Digitale Reprints

Dokserver des Zentrums
für Zeithistorische Forschung Potsdam
http://zeitgeschichte-digital.de/Doks

Mario Keßler

Die SED und die Juden – zwischen Repression und Toleranz. Politische Entwicklungen bis 1967

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Reprint von:
Mario Keßler, Die SED und die Juden – zwischen Repression und Toleranz. Politische Entwicklungen bis 1967, Akademie Berlin, 1995 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 6), ISBN 3-05-003007-0

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2017 Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g. Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <redaktion@zeitgeschichte-digital.de>

ZENTRUM FÜR ZEITHISTORISCHE FORSCHUNG POTSDAM

Zitationshinweis:

Mario Keßler (1995), Die SED und die Juden – zwischen repression und Toleranz. Politische Entwicklungen bis 1967, Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam, http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Ursprünglich erschienen als: Mario Keßler, Die SED und die Juden – zwischen repression und Toleranz. Politische Entwicklungen bis 1967, Akademie Berlin, 1995 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 6), ISBN 3-05-003007-0

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Zeithistorische Studien

Herausgegeben vom Forschungsschwerpunkt
Zeithistorische Studien Potsdam

Band 6

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Mario Keßler

Die SED und die Juden – zwischen Repression und Toleranz

Politische Entwicklungen bis 1967

Akademie Verlag

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Der Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien ist eine Einrichtung der Förderungsgesellschaft Wissenschaftliche Neuvorhaben mbH München, die von der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft e.V. zur Betreuung von sieben geisteswissenschaftlichen Forschungsschwerpunkten gegründet wurde.

Gedruckt mit Unterstützung der Förderungsgesellschaft
Wissenschaftliche Neuvorhaben mbH

ZZF 4631 (HBB)
Förderungsgesellschaft
Wissenschaftliche Neuvorhaben mbH
Forschungsschwerpunkt
Zeithistorische Studien
Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Kessler, Mario:
Die SED und die Juden – zwischen Repression und Toleranz :
politische Entwicklungen bis 1967 / Mario Kessler. –
Berlin : Akad. Verl., 1995
(Zeithistorische Studien ; Bd. 6)
ISBN 3-05-003007-0
NE: GT

© Akademie Verlag GmbH, Berlin 1995
Der Akademie Verlag ist ein Unternehmen der VCH-Verlagsgruppe.

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.
Das eingesetzte Papier entspricht der amerikanischen Norm ANSI Z.39.48 – 1984
bzw. der europäischen Norm ISO TC 46.

Alle Rechte, insbesondere die der Übersetzung in andere Sprachen, vorbehalten. Kein Teil dieses Buches darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Photokopie, Mikroverfilmung oder irgendein anderes Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsmaschinen, verwendbare Sprache übertragen oder übersetzt werden.

Satz: Dörlemann-Satz, Lemförde
Druck: GAM Media GmbH, Berlin
Bindung: Dieter Mikolai, Berlin

Printed in the Federal Republic of Germany

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Inhalt

Vorwort 9

Kapitel 1
Traditionslinien: Arbeiterbewegung und Antisemitismus in Deutschland bis 1945 13

1. Arbeiterbewegung und Antisemitismus im Kaiserreich und in der Weimarer Republik 13
2. Die deutsche Arbeiterbewegung und die Juden: Unter dem Hakenkreuz und im Exil 23

Kapitel 2
Schuld und Verantwortung. KPD, SED und die Juden in der Sowjetischen Besatzungszone 1945–1949 31

1. Die deutsche Verantwortung für den Judenmord. Stellungnahmen von KPD und SED nach Kriegsende 32
2. Schuld und Sühne: Reparation und Restitution in der Sowjetischen Besatzungszone 37
3. Die SED und die Gründung des Staates Israel 47

Kapitel 3
Stalinismus und antisemitische Tendenzen in der DDR 1949–1953 52

1. Exkurs: Stalinismus und Antisemitismus – das sowjetische Modell 52
2. Die Stalinisierung der SED und die Juden in der „Säuberungs"-Welle 1949/1950 65
3. Der „Fall Merker": Stalinistischer Antisemitismus in der DDR 1952/1953 85
4. Der Druck auf die Jüdischen Gemeinden 1952/1953 99

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Kapitel 4
Von der Repression zur Toleranz: Ein Weg der Emanzipation? 106

1. Die Juden und die Vergangenheitsaufarbeitung in der DDR 106
2. Die SED-Politik und Israel: Die Schatten der Vergangenheit auf einer Nicht-Beziehung 123
3. Die SED-Führung und der israelisch-arabische Krieg vom Juni 1967. Die Kritik westdeutscher Linker an der Haltung der DDR 132

Zusammenfassung 148

Anhang 152

1. Dokumente 152

Dokument 1: Entschließung gegen die antisemitische Hetzpropaganda. Anlage zum Protokoll der Sitzung des Kleinen Sekretariats des Parteivorstandes der SED vom 28. Februar 1949 152

Dokument 2: Lehren aus dem Prozeß gegen das Verschwörerzentrum Slánský. Beschluß des ZK der SED vom 20. Dezember 1952 (Auszüge) 153

Dokument 3: Brief Paul Merkers an Wilhelm Pieck vom 26. November 1952 (Auszüge) 156

Dokument 4: Brief Paul Merkers an Wilhelm Pieck vom 30. November 1952 (Auszug) 156

Dokument 5: Brief von Paul Merker an Wilhelm Pieck, Luckenwalde, 14. April 1956 (Auszüge) 157

Dokument 6: Paul Merker an die Zentrale Parteikontrollkommission des ZK der SED, 1. Juni 1956. 157

Dokument 7: Hausmitteilung, Albert Norden an Walter Ulbricht, 28. Mai 1960 (Auszug) 171

Dokument 8: Hausmitteilung, Albert Norden an Walter Ulbricht, 25. Oktober 1960 (Auszug) 171

Dokument 9: Fernsehinterview von Prof. Gerhart Eisler mit Walter Ulbricht am 7. März 1965 (Sonntagsgespräch des Deutschlandsenders; Auszüge) 172

Dokument 10: Erklärung des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik zur Aggression Israels 172

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Dokument 11: Rede Walter Ulbrichts auf der Wählerversammlung am 15. Juni 1967 in Leipzig (Auszüge) 173

Dokument 12: Erklärung jüdischer Bürger der DDR 174

Dokument 13: Hausmitteilung, Albert Norden an Walter Ulbricht, 8. Juni 1967 (leicht gekürzt) 176

2. Kurzbiographien 177

3. Abkürzungsverzeichnis 197

4. Quellen- und Literaturverzeichnis 199

5. Danksagungen 215

6. Personenregister 216

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Vorwort

Kurz vor seinem Tode sprach Henry Marx, Herausgeber des New Yorker „Aufbau", in einem Interview „die unzureichende und oftmals instrumentalisierte Beschäftigung mit dem Holocaust" in der DDR an. Dies „führte zur Verdrängung individueller Schuld und verhinderte bis Mitte der achtziger Jahre eine umfassende Rezeption der jüdischen Geschichte. Unbestreitbar bleibt natürlich trotz dieser Kritik der wichtige Anteil der DDR bei der Abrechnung mit dem Faschismus."[1]

Beide Aspekte – die antifaschistische Tradition wie die teilweise Verdrängung von Geschichte – werden im vorliegenden Buch behandelt. Sein Thema ist durch das im Titel enthaltene Begriffspaar „Repression" und „Toleranz" umrissen. Die SED-Politik gegenüber den Juden bewegte sich in der Tat zwischen zeitweiliger Repression und schließlicher Toleranz, wobei beide Elemente in unterschiedlichem Maße hervortraten. Sie und ihre Hintergründe zu schildern und zu erklären, ist Aufgabe dieser Darstellung und Dokumentation.

Die Juden – das waren im offiziellen Verständnis der SED-Führung zwar vorrangig die aktiven Mitglieder der Jüdischen Gemeinden. Doch läßt sich eine spezifische Politik auch gegenüber anderen Menschen jüdischer Herkunft wie gegenüber dem Staat Israel beobachten, die eine eigenständige Untersuchung rechtfertigt. Diese stützt sich auf archivalische Materialien, vornehmlich des früheren Zentralen Parteiarchivs der SED (jetzt Teil der Stiftung Archive der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv), auf gedruckte Quellen, relevante Periodika sowie die deutsche und ausländische Sekundärliteratur. Zum Verständnis des Themas werden die historischen Voraussetzungen geschildert, das heißt, die Positionen der deutschen Arbeiterbewegung gegenüber Antisemitismus und jüdischer Emanzipation, werden in die Darstellung einbezogen.

Das erste Kapitel umreißt allgemeine Traditionslinien der deutschen Arbeiterbewegung zu diesen Fragen bis 1945. Daran schließt sich im zweiten Kapitel eine bereits detailliertere Schilderung über die KPD, die SED und die Juden in der Sowjetischen Besatzungszone an, wobei Reaktionen innerhalb der SED auf die israelische Staatsgründung mit behandelt werden.

Das dritte Kapitel analysiert Stalinismus und antisemitische Tendenzen in der DDR 1949 bis 1953. Da diese Tendenzen der Politik der UdSSR, also Stalins Intentionen, geschuldet

[1] Henry Marx, „Der Krieg ist aus, die Rebellen sind wieder unsere Landsleute", in: Holger Becker/Volker Külow (Hg.), Zeugen der Zeitgeschichte, Berlin 1994, S. 121. Henry Marx starb am 22. Juni 1994 in New York.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

waren, wird zunächst der Zusammenhang zwischen Stalinismus und Antisemitismus in der Sowjetunion untersucht. Der stalinistische Antisemitismus, der nicht dem nationalsozialistischen Massenmord an den Juden vergleichbar ist, wurde in abgeschwächter Form auf die DDR übertragen. Nach dem Tode Stalins verschwand er und die ursprünglichen Vorstellungen der SED-Politik kamen wieder zum Tragen: Toleranz gegenüber jüdischer Existenz bei Instrumentalisierung für die eigenen Bestrebungen. Daß die kurze Phase des stalinistischen Antisemitismus in der DDR bis zu ihrem Ende offiziell kein Thema war, blieb jedoch, wie gezeigt werden soll, als Manko der Politik wie der wissenschaftlichen Beschäftigung mit diesen Fragen stets spürbar. Hinzu kamen außenpolitische Erwägungen, so die Beziehungen der DDR zu arabischen Staaten, wie im vierten Kapitel aufgezeigt wird, das den Bogen bis zum israelisch-arabischen Krieg 1967 spannt.

Prominente Persönlichkeiten jüdischer Herkunft spielten im öffentlichen Leben der DDR von Beginn an eine wichtige Rolle, auch wenn ihre jüdische Herkunft nur selten Diskussionsthema war. Ein biographischer Anhang, der sich an den Dokumententeil anschließt, informiert hierüber.

Die wissenschaftliche Beschäftigung mit diesem Thema ist, was kaum verwundert, noch immer nicht von den politischen Kontroversen um den Platz der DDR in der deutschen Geschichte zu trennen. Noch wichtiger erscheint allerdings die Auseinandersetzung mit dem Erbe dieser Geschichte der Jahre 1933 bis 1945. Dem Schatten dieses Teils der Vergangenheit konnte die DDR sowenig entrinnen wie die Bundesrepublik. Sie verstand sich als Alternativentwurf zum bisherigen Verlauf der Geschichte, wie sich die SED als Teil der wichtigsten Gegenkraft zur kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, der kommunistischen Weltbewegung, definierte. Die kommunistische Bewegung hatte den Anspruch formuliert, eine Gesellschaft der Freiheit und sozialen Gleichheit aufzubauen, in der die Diskriminierung von Menschen aufgrund ethnischer und sozio-kultureller Merkmale ein für allemal beseitigt sein sollte. Auch die Unterdrückung und Verfolgung von Juden sollte in ihr der Vergangenheit angehören. Bereits in der ersten Phase dieser Gesellschaft, der durch die „Diktatur des Proletariats" abgesicherten sozialistischen Entwicklungsetappe, würde jederart antijüdischer Politik ein Ende gesetzt sein. Als „Juden" werden in der vorliegenden Darstellung all jene Menschen bezeichnet, deren jüdische Herkunft (auch eines Elternteils) sie zu Verfolgten unter dem Naziregime hatte werden lassen und deren Erfahrungen somit spezifischer, von der Mehrheit der Bevölkerung unterschiedener, Natur waren.

In der DDR wurden jüdisches Leben in Deutschland und seine schließliche Vernichtung durch den Nationalsozialismus geschildert und vermittelt. Bis zum faktischen Ende der DDR im Herbst 1989 ging jedoch keine Veröffentlichung auf die antisemitischen Tendenzen in der SED-Politik zu Beginn der fünfziger Jahre ein. Dieses Verschweigen lastete auf beinahe allen Äußerungen, die sich mit der Lage von Juden in der DDR seit diesem Zeitraum beschäftigten. Auch die in Anlehnung an die sowjetische Politik verfolgte distanzierte Haltung gegenüber dem Staat Israel erschwerte eine wissenschaftliche Bearbeitung des Themas. Dieses Buch zeigt jedoch auch, daß mit Einschränkungen dennoch über Antisemitismus, jüdische Existenz und die Beziehungen zwischen Juden und Nichtjuden gearbeitet werden konnte – sofern die heiklen Punkte der eigenen Geschichte und Gegenwart umgangen wurden. Keine der in der DDR erschienenen Untersuchungen über den Kampf der deutschen Arbeiterbewegung gegen den Antisemitismus war frei von der apologetischen Sichtweise der SED-Führung auf die Geschichte des Sozialismus und Kommunismus (vgl. 4. Kapitel). So waren, um nur zwei Beispiele zu nennen, die problematischen Aspekte von Marx' „Zur Judenfrage"

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

ebenso tabuisiert, wie das Problem des proletarischen und lumpenproletarischen Antisemitismus, an den Hitler erfolgreich apelliert hatte, undiskutiert geblieben.

Die Behandlung der DDR auch in wissenschaftlichen Publikationen der Bundesrepublik war zunächst von den Frontstellungen des Kalten Krieges geprägt. Die meisten der in den sechziger Jahren zum hier behandelten Thema erschienenen Veröffentlichungen zollten dem Geist dieser Zeit bis in die Sprache hinein Tribut. Dennoch benannten sie einige der von der SED-Geschichtsschreibung ausgesparten Punkte zutreffend.[2] Mit Beginn der siebziger Jahre wurde die DDR endgültig zum Gegenstand ernsthafter wissenschaftlicher Untersuchungen, so auch beispielsweise die Haltung der DDR zu Israel oder zur Frage der Reparationen.[3] In den wenigen außerhalb der Bundesrepublik zum Thema veröffentlichten Arbeiten überwogen in den sechziger Jahren reportagenhafte Schilderungen über das Leben der Juden in der DDR.[4] Später erschienen einige wissenschaftliche Abhandlungen.[5] Es gelang übrigens nicht, auch nur eine sowjetische Darstellung ausfindig zu machen, die die SED-Politik gegenüber den Juden oder Israel berührt hätte.

Der Zusammenbruch der DDR und die deutsche Vereinigung zogen eine ganze Reihe von Veröffentlichungen über das hier behandelte Thema nach sich. Dies betraf zunächst Arbeiten autobiographischer Natur, unter denen der Lebensbericht von Helmut Eschwege hervorragt.[6] Es erschienen alsbald Berichte in Tageszeitungen, die oftmals zu Vorboten längerer wissenschaftlicher Abhandlungen wurden.[7] Ich selbst veröffentlichte eine Reihe von Zwischenergebnissen meiner Forschung, die auch in kollegialer Kooperation entstanden waren.[8] Dabei bemühte ich mich, an den Erkenntnisstand meiner früheren Bücher

[2] Demgegenüber ist Jens Hacker, Deutsche Irrtümer, Berlin 1992, der Meinung, eine Auseinandersetzung mit der DDR ohne die Prämissen des Kalten Krieges sei gänzlich verfehlt und ihre Exponenten seien „Schönfärber und Helfershelfer der SED-Diktatur im Westen". So der Untertitel von Hackers Buch.

[3] Vgl. beispielsweise Peter Dittmar, DDR und Israel. Ambivalenz einer Nicht-Beziehung, in: Deutschland Archiv, 1977, Nr. 7, S. 737–754, Nr. 8, S. 848–861.

[4] Darunter Leo Katcher, Post Mortem. The Jews in Germany – Now, New York 1968; Peter Lust, Two Germanies. Mirror of an Age, Montreal 1966.

[5] Jerry E. Thompson, Jews, Zionism and Israel. The Story of the Jews in the German Democratic Republic since 1945. PhD. Thesis, Washington State University, Pullman, Wash. 1978. Hebräischsprachige Publikationen wurden nicht herangezogen.

[6] Helmut Eschwege, Fremd unter meinesgleichen. Erinnerungen eines Dresdner Juden, Berlin 1991. – Zuletzt erschien eine autobiographische Skizze von Hans Jacobus, Träume zu Asche?, Berlin o.J., in der er ebenfalls kurz über seine mehrmonatige Inhaftierung 1953 berichtet. Diese Tatsache konnte in den vorliegenden Text nicht mehr eingearbeitet werden, sie findet jedoch im biographischen Anhang Erwähnung.

[7] Vgl. z. B. Wolfgang Kießling, Die Anklage war absurd: das war kein Spion!, in: Junge Welt, 2. Februar 1990, sowie zahlreiche weitere Veröffentlichungen Kießlings, darunter: Partner im Narrenparadies. Der Freundeskreis um Noel Field und Paul Merker, Berlin 1994.

[8] Mario Keßler, Zwischen Repression und Toleranz. Die SED-Politik und die Juden (1949–1967), in: Jürgen Kocka (Hg.), Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien, Berlin 1993, S. 149–167, wiederabgedruckt in: Olaf Groehler/Mario Keßler, Die SED-Politik, der Antifaschismus und die Juden in der SBZ und der frühen DDR, Berlin 1995, S. 32–54; Jürgen Danyel/Olaf Groehler/Mario Keßler, Antifaschismus und Verdrängung. Zum Umgang mit der NS-Vergangenheit in der DDR, in: Jürgen Kocka/Martin Sabrow (Hg.), Die DDR als Geschichte. Fragen-Hypothesen-Perspektiven, Berlin 1994, S. 148–152; Mario Keßler (Hg.), Arbeiterbewegung und Antisemitismus. Entwicklungslinien im 20. Jahrhundert, Bonn 1993.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

anzuknüpfen.[9] Zuletzt sind auch zahlreiche bislang unter Verschluß gehaltene Dokumente aus DDR-Archiven der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden.[10] Eine Reihe weiterer, bislang zumeist unveröffentlichter Archivalien sind ganz oder teilweise auch im Anhang dieses Buches abgedruckt.

Die vorliegende Darstellung hat die Politik der SED zum Thema und basiert daher auf den veröffentlichten oder, zumeist, unveröffentlichten Äußerungen von SED-Gremien oder führenden Persönlichkeiten. Die in der Oral History angewandte Methode des Interviews mit Personen nach einem bestimmten Muster, auf die hier verzichtet wurde, hätte andere zentrale Fragestellungen und eine andere Struktur des Buches erfordert.[11] Dennoch schöpfte ich natürlich auch aus Berichten Beteiligter, von denen ich eine Reihe kenne oder kannte. Ich erfuhr jedoch mehr über die Hintergründe mancher Ereignisse, wenn ich die jeweiligen Gewährsleute nicht zu protokollierten Ausssagen verpflichtete. Es bleibt zu hoffen, daß die hier dargelegten Forschungsergebnisse genügend Stoff zur weiteren Diskussion bieten. Dabei ist ohnehin nicht beabsichtigt, endgültige Aussagen zu einem sehr kontroversen Thema zu formulieren oder definitive Urteile abzugeben.

Als ich mich 1991 mit dem Thema zu befassen begann, wollte ich zunächst eine vergleichende Studie über die Behandlung des Themas in der DDR und in der Bundesrepublik anfertigen. Noch ehe ich mich in die Problematik voll eingearbeitet hatte, stieß ich jedoch auf eine sehr detaillierte Arbeit über das Verhältnis der bundesdeutschen Linken zu Israel, die mich zur Konzentration auf die DDR veranlaßte.[12] Ich begann 1992 mit der Materialsammlung und anderen intensiven Vorarbeiten für das nun vorliegende Buch, dessen Niederschrift dann zwischen Januar 1994 und Februar 1995 erfolgte, ohne daß ich die Arbeit an anderen Forschungsthemen aufgeben mußte. Das Manuskript wurde im September/Oktober nochmals überarbeitet.

Berlin und Potsdam, im Oktober 1995 Mario Keßler

[9] Mario Keßler, Antisemitismus, Zionismus und Sozialismus. Arbeiterbewegung und jüdische Frage im 20. Jahrhundert, Mainz 1993, 2. Aufl. 1994; ders., Zionismus und internationale Arbeiterbewegung 1897–1933, Berlin 1994.

[10] Vgl. Jeffrey Herf, Antisemitismus in der SED. Geheime Dokumente zum Fall Paul Merker aus SED- und MfS-Archiven, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 1994, Nr. 4, S. 635–667. – Von eindeutig politisch erkenntnisgeleitetem Interesse ist die Arbeit von Michael Wolffsohn bestimmt. Vgl. ders., Die Deutschland-Akte. Juden und Deutsche in Ost und West. Tatsachen und Legenden, München 1995. Dort spricht Wolffsohn vom „Gehabe von Gysi, Heym & Co-PDS" und vom „Mißbrauch von Juden für kommunistische Politik" sowie vom „vorgeblich antifaschistische(n) Erbe der DDR" (S. 12). Eine detaillierte Analyse dieses Buches wird Gegenstand eines separaten Aufsatzes des Verfassers sein.

[11] Hier sei auf eine laufende Forschungsarbeit und deren erste Ergebnisse verwiesen: Karin Hartewig, Jüdische Kommunisten in der DDR und ihr Verhältnis zu Israel, in: Wolfgang Schwanitz (Hg.), Jenseits der Legenden. Araber, Juden, Deutsche, Berlin 1994, S. 123–136.

[12] Martin W. Kloke, Israel und die deutsche Linke. Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses, Frankfurt a. M. 1990. Vgl. auch ders., Und (k)ein bißchen weiser ...? Westdeutschlands Linke im Konflikt um Israel, in: Ralph Giordano (Hg.), Deutschland und Israel: Solidarität in der Bewährung. Bilanz und Perspektive der deutsch-israelischen Beziehungen, Gerlingen 1992, S. 127–136, wiederabgedruckt in: Keßler (Hg.), Arbeiterbewegung und Antisemitismus, S. 165–172. Vgl. weiterhin: Reinhard Renger (Hg.), Die deutsche „Linke" und der Staat Israel, Leipzig 1994, zur DDR die Beiträge von Karin Kulow und Heike Liebsch.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

KAPITEL 1

Traditionslinien: Arbeiterbewegung und Antisemitismus in Deutschland bis 1945

1. Arbeiterbewegung und Antisemitismus im Kaiserreich und in der Weimarer Republik

Das Verhältnis von Arbeiterbewegung und jüdischer Emanzipation ist seit längerer Zeit Gegenstand historischer Forschung. Proletarier und Juden waren, wie Walter Grab hervorhob, „zwei Gruppen von Außenseitern, die beide – wenn auch aus verschiedenen Gründen – von den Machtträgern diskriminiert und daher gleichermaßen an sozialem Wandel und an Demokratisierung interessiert sein mußten ... Bereits in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts gelangte eine Anzahl jüdischer Intellektueller zu der Erkenntnis, daß die Befreiung der Arbeiter von kapitalistischer Ausbeutung und die Emanzipation der Juden von religiöser und rassischer Diskriminierung zwei Seiten derselben Medaille waren. Sie betonten, daß die beiden Außenseitergruppen den Druck der Repressionsgewalten nur durch eigene gezielte Selbsttätigkeit abschütteln könnten. Es ist daher keineswegs (ein) Zufall, daß zu den Pionieren der entstehenden sozialistischen Arbeiterbewegung Persönlichkeiten gehörten, die dem Judentum entstammten."[1]

Stephan Born, Ferdinand Lassalle, natürlich Karl Marx und eine Vielzahl weiterer Persönlichkeiten nach ihnen, belegen die Feststellung Walter Grabs. Die Haltung der Arbeiterbewegung in all ihren Varianten gegenüber den Juden war und ist hingegen umstritten. Gilt auch für die Arbeiterbewegung in Deutschland Gershom Scholems bitteres Fazit, wonach eine Gemeinsamkeit der Anschauungen, „ein deutsch-jüdisches Gespräch in irgendeinem echten Sinne" nie existiert, sondern „immer nur vom Chorus der jüdischen Stimmen her bestanden" habe und „auf der Ebene historischer Realität niemals etwas anderes als eine Fiktion" gewesen sei, „die zu hoch bezahlt worden ist"?[2] Angesichts des Blutzolls, den die

[1] Walter Grab, Sozialpropheten und Sündenböcke. Juden in der deutschen Arbeiterbewegung 1840 bis 1933, in: Julius H. Schoeps (Hg.), Juden als Träger bürgerlicher Kultur in Deutschland, Stuttgart/Bonn 1989, S. 357; Wiederabdruck in: Walter Grab, Der deutsche Weg der Judenemanzipation 1789–1933, München/Zürich 1991, S. 134. Vgl. hierzu auch Mario Keßler, Walter Grab über die Judenemanzipation in Deutschland, in: Utopie kreativ, Nr. 17/18, März/April 1992, S. 82–84; Wiederabdruck in: Ders., Antisemitismus, Zionismus und Sozialismus. Arbeiterbewegung und jüdische Frage im 20. Jahrhundert, Mainz 1993,2. Aufl. 1994, S. 81–84.

[2] Gershom Scholem, Wider den Mythos vom deutsch-jüdischen Gespräch, in: Ders., Judaica 2, Frankfurt a. M. 1963, S. 7ff.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

FSPZS

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

deutsche Arbeiterbewegung im Kampf gegen die Nazi-Diktatur entrichtete, verneinten dies manche Historiker. Sie würdigten den mutigen Einsatz von Sozialisten und Kommunisten gegen Antisemitismus und rassistische Verfolgung, für eine gleichberechtigte Integration der Juden in die menschliche Gemeinschaft. So stellte Paul Massing 1949 in einer Pionierarbeit zu diesem Thema fest: „Niemals erlag sie (die sozialistische Bewegung; M. K.) der Versuchung - die manchmal stark gewesen sein muß - durch Konzessionen an antijüdische Vorurteile Anhänger zu gewinnen. Für die antisemitischen Agitatoren und die Gruppen, die hinter ihnen standen, hatte sie nur Verachtung (übrig). Vom Beginn der sozialistischen Arbeiterbewegung bis zu ihrer Unterdrückung durch den Nationalsozialismus zeugen die Äußerungen ihrer Führer, die Beschlüsse der Parteitage und ihr politisches Verhalten in kritischen Situationen für die standhafte Opposition gegen jede Art von Antisemitismus."[3] Ähnlich urteilte Ernst Hamburger 1968, als er schrieb, „daß die Sozialisten weder in der Theorie noch in der politischen Praxis jemals geschwankt und sich gegen alle Versuchungen, antisemitischen Regungen um taktischer Erfolge willen entgegenzukommen, (als) gefeit erwiesen haben."[4] Im Gegensatz dazu kam Edmund Silberner nach Auswertung einer Fülle antijüdischer Bemerkungen öffentlicher und privater Natur zu dem Schluß, daß es „eine langanhaltende antisemitische Tradition im modernen Sozialismus" nicht nur in Deutschland gebe, man somit von einem „sozialistischen Antisemitismus" als einer eigenständigen Form von Judenfeindschaft sprechen müsse.[5] Silberner bestritt nicht, „daß die deutsche Sozialdemokratie entschieden gegen judenfeindliche Ausschreitungen auftrat, ebenso wie sie jedes politische Programm bekämpfte, das sich auf den Antisemitismus stützte"[6] - seine Grundaussage blieb davon indes unberührt.

Seit den Arbeiten von Massing, Hamburger und Silberner ist eine vielfältige Forschungsliteratur zum Themenbereich Arbeiterbewegung und Antisemitismus entstanden. Diese Literatur blieb nicht unbeeinflußt von der politischen Diskussion, die - vor dem Hintergrund des Kalten Krieges - durch die Kampagnen gegen „Kosmopolitismus" und „Zionismus" in der Sowjetunion und ihren Satellitenstaaten ausgelöst wurde, wovon in diesem Buch noch die Rede sein wird. „Der ‚Antizionismus' der nachstalinistischen Phase und vor allem dann die sozialistische Israelkritik in den westlichen Ländern seit 1967 bewirkten eine bis heute anhaltende Intensivierung dieser Diskussion, in deren Verlauf die These einer prinzipiellen Unvereinbarkeit von Sozialismus und Antisemitismus radikal in Frage gestellt und stattdessen von konservativer und auch von liberaler Seite das Bild eines ‚linken' Antisemitismus entworfen wurde", wie Reinhard Rürup schrieb.[7] Daß ehemalige Linke

[3] Paul W. Massing, Vorgeschichte des politischen Antisemitismus, Frankfurt a. M. 1985, S. 159 (Reprint der deutschen Erstausgabe von 1959; das Original erschien 1949 unter dem Titel „Rehearsal for Destruction" in den USA).

[4] Ernst Hamburger, Juden im öffentlichen Leben Deutschlands. Regierungsmitglieder, Beamte und Parlamentarier in der monarchischen Zeit 1848-1918, Tübingen 1968, S. 148.

[5] Edmund Silberner, Sozialisten zur Judenfrage. Ein Beitrag zur Geschichte des Sozialismus vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis 1914, Berlin (West) 1962, S. 290.

[6] Ebenda, S. 203.

[7] Reinhard Rürup, Sozialismus und Antisemitismus in Deutschland vor 1914, in: Walter Grab (Hg.), Juden und jüdische Aspekte in der deutschen Arbeiterbewegung 1848-1918, Tel-Aviv 1977, S. 203. Für eine kurze Übersicht von Fragestellungen in der Forschung vgl. auch Mario Keßler, Arbeiterbewegung und Antisemitismus. Zur Problematik des Themas, in: Ders. (Hg.), Arbeiterbewegung und Antisemitismus. Entwicklungslinien im 20. Jahrhundert, Bonn 1993, S. 9-17.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

ihren politischen Gesinnungswandel auch mit dem Vorwurf des Antisemitismus an ihre früheren Mitstreiter vollzogen und rechtfertigten, kann hier außer acht gelassen werden.[8] Wichtiger erscheint, daß innerhalb der sachorientierten Debatten eine methodologisch wichtige Unterscheidung getroffen wurde: Die Differenzierung zwischen den politischen Äußerungen der Führungsgremien der deutschen sozialistischen (und später auch kommunistischen) Bewegung und die Positionen von Juden im Alltag des Parteilebens fand zunehmende Beachtung in der Forschung. Dabei wurden Tendenzen eines proletarischen und subproletarischen Antisemitismus bereits für die Entstehungsphase der sozialistischen Bewegung benannt.[9] Die Fortexistenz judenfeindlicher Vorurteile an der Parteibasis spiegelte sich auch - wenngleich in unterschiedlichem Maße - im gelegentlichen Gebrauch entsprechender Stereotype durch sozialistische Politiker und Theoretiker wider; eine Tatsache, die in der Geschichtsschreibung eingehend behandelt worden ist.[10] Dennoch besteht in der ernstzunehmenden Forschung Einigkeit darüber, daß das Engagement für eine vollständige Emanzipation der Juden ein immanenter Bestandteil des Kampfes um Menschenrechte und soziale Emanzipation war, dem sich die sozialistische Arbeiterbewegung von Anbeginn an verpflichtet fühlte.[11] Bereits in der Mitte des 19. Jahrhunderts scheuten sich ihre Gegner nicht, an judenfeindliche Emotionen der unaufgeklärten Massen zu appellieren. Dabei half es Karl Marx wenig, daß er in seiner Frühschrift „Zur Judenfrage" die Emanzipation der Juden durch die „Emanzipation der Gesellschaft vom Judentum", d. h. durch eine Vorwegnahme des sozialistischen Assimilationskonzeptes, zu erreichen suchte.[12] Für viele seiner Gegner blieb er „der" Jude. So publizierte sein ehemaliger Parteigänger Eduard von Müller-Tellering nach seiner Loslösung vom revolutionären Lager im Jahre 1850 die Hetzschrift „Vorgeschmack in die künftige deutsche Diktatur von Marx und Engels", worin Marx als ein „aufgeblasener Jude" geschmäht wurde, der angeblich „demokratischen Knoblauch ... ausdunstet."[13] Auch Wilhelm Marr, der 1879 den Terminus

[8] Dies betrifft namentlich Henryk Broder. Vgl. ders., Antizionismus - Antisemitismus von links?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 24, 12.6.1976, S. 31-46; ders., Linker Antisemitismus?, in: Karlheinz Schneider/Nikolaus Simon (Hg.), Solidarität und deutsche Geschichte. Die Linke zwischen Antisemitismus und Israelkritik, Berlin 1984, S. 21-60.

[9] Zum proletarischen und subproletarischen Antisemitismus in Deutschland vgl. Arno Herzig, The Role of Antisemitism in the Early Years of the German Workers' Movement, in: Leo Baeck Institute, Year Book XXVI, London 1981, S. 243-259; ders., Judenhaß und Antisemitismus bei den Unterschichten und in der frühen Arbeiterbewegung, in: Ludger Heid/Arnold Paucker (Hg.), Juden und deutsche Arbeiterbewegung bis 1933. Soziale Utopien und religiös-kulturelle Traditionen, Tübingen 1992, S. 1-18; Reinhard Rürup, Emanzipation und Antisemitismus. Studien zur „Judenfrage" in der bürgerlichen Gesellschaft, Göttingen 1975, bes. S. 37ff.

[10] Vgl. hierzu neben der bereits genannten Literatur Julius Carlebach, Karl Marx and the Radical Critique of Judaism, London/Boston/Henley 1978; Rosemarie Leuschen-Seppel, Sozialdemokratie und Antisemitismus im Kaiserreich. Die Auseinandersetzung der Partei mit den konservativen und völkischen Strömungen des Antisemitismus (1871-1914), Bonn 1978; Robert S. Wistrich, Socialism and the Jews. The Dilemmas of Assimilation in Germany and Austria, Rutherford, N. J. 1982, Hans-Gerd Henke, Der „Jude" als Kollektivsymbol in der deutschen Sozialdemokratie 1890-1914, Mainz 1994.

[11] Dies wurde von manchen Kritikern Silberners übersehen.

[12] Karl Marx, Zur Judenfrage, in: MEW, Bd. 1, S. 377. Vgl. die überzeugende Analyse von Albert Massiczek, Der menschliche Mensch. Karl Marx' jüdischer Humanismus, Wien 1968.

[13] Zit. nach Edmund Silberner, Kommunisten zur Judenfrage. Zur Geschichte von Theorie und Praxis des Kommunismus, Opladen 1983, S. 327, Anm. 108.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

„Antisemitismus" in Umlauf brachte, war einst ein Mann der äußersten Linken gewesen, der später Judenfeindschaft mit Antisozialismus verband.[14]

Im späten 19. Jahrhundert erlagen manche deutsche und österreichische Sozialisten der gefährlichen Illusion, die antijüdischen Ressentiments proletarisierter Kleinbürger in antikapitalistische Bahnen zu lenken und damit für ihre eigenen Ziele nutzen zu können. Solchen Tendenzen entgegentretend, warnte Friedrich Engels 1890 sehr entschieden vor den Gefahren, die eine undifferenzierte Gleichsetzung von Juden und Kapitalisten in sich barg. Eine solche Sichtweise war damals unter französischen Sozialisten und Anarchisten häufig anzutreffen. Sie legitimierten mit ihren vorgeblich ökonomisch motivierten Verbalattacken gegen das „jüdische Kapitel" den rassistischen Antisemitismus der präfaschistischen Rechten in der Dritten Republik.[15] Auch die russische Organisation Narodnaja Wolja (Volkswille), in der übrigens nicht wenig Juden organisiert waren, begrüßte die Pogrome der Jahre 1881 und 1882, da sie in ihnen einen bäuerlichen Protest gegen jüdische Pächter und Kleinhändler erblickte, deren angeblich ausbeuterische Praktiken zur Not der Bevölkerung in der Südukraine mit beigetragen habe.[16] In einem 1890 in der Wiener „Arbeiter-Zeitung" veröffentlichten Offenen Brief wies Engels jedwedes Paktieren von Sozialisten mit dem Antisemitismus deutlich zurück. Er bezeichnete die judenfeindlichen Tendenzen gerade unter Anhängern der Arbeiterparteien als ein „Merkzeichen einer zurückgebliebenen Kultur" und rief zur bedingungslosen Solidarität mit den „am schlimmsten ausgebeuteten und ... allerelendsten" jüdischen Proletariern auf.[17] Diese Forderung fand in der Zweiten Internationale und in der SPD nur allmählich Widerhall. Der Brüsseler Kongreß der Internationale verzichtete nach Interventionen von Paul Singer und Victor Adler auf eine geplante Verurteilung des Antisemitismus und verabschiedete statt dessen eine neutraler gehaltene Resoultuion, die „anti- und philosemitische Hetzereien" als für den Sozialismus gleichermaßen schädlich zurückwies.[18] Die SPD, in der die judenfeindliche Agitation eines Eugen Dühring - bis zu deren Verurteilung durch Engels[19] - in den mittsiebziger Jahren

[14] Zu Marr vgl. Werner Jochmann, Struktur und Funktion des deutschen Antisemitismus 1878–1914, in: Herbert A. Strauss/Norbert Kampe (Hg.), Antisemitismus. Von der Judenfeindschaft zum Holocaust, Bonn 1985, S. 99–142, bes. S. 111ff.; Moshe Zimmermann, Wilhelm Marr, The Patriarch of Anti-Semitism, New York/Oxford 1986.

[15] Diese früher in der Forschung umstrittene Interpretation ist seit der Publikation von Zeev Sternhell, La droite révolutionnaire 1885–1914. Les origines françaises du Fascisme, Paris 1978, hierzu bes. S. 177–214, in zunehmendem Maße akzeptiert worden.

[16] Vgl. I. Michael Aronson, Troubled Waters. The Origins of the 1881 Anti-Jewish Pogroms in Russia, Pittsburgh 1990.

[17] Friedrich Engels, Über den Antisemitismus (Aus einem Brief nach Wien), in: MEW, Bd. 22, S. 49–51.

[18] Die Resolution ist abgedruckt in: Verhandlungen und Beschlüsse des Internationalen Arbeiter-Kongresses zu Brüssel (16.–22. August 1891), Berlin 1893, S. 16. Zu den Umständen der Entstehung dieser Resolution vgl. Ezra Mendelsohn, The Jewish Socialist Movement and the Second International: The Struggle for Recognition (1889–1914), in: Jewish Social Studies, 1964, Nr. 3, S. 131–146, hierzu S. 132ff.

[19] Engels schrieb von Dührings „bis ins Lächerliche übertriebene(m) Judenhaß", ohne sich natürlich vorstellen zu können, daß zwei Generationen später Dührings Phantasmagorien einer Vernichtung der Juden schreckliche Realität werden sollten. Friedrich Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, in: MEW, Bd. 20, S. 104.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

bedingt toleriert wurde, änderte später ihre Haltung: Sie engagierte sich für die Rechte aller im Kaiserreich sozial ausgegrenzten Kräfte und nahm auch gegen den Antisemitismus christlich-konservativer Provenienz, etwa von Adolf Stoecker, Stellung.[20]

Doch erst der Kölner Parteitag von 1893 befaßte sich mit dem Thema der judenfeindlichen Propaganda, die zu Beginn der neunziger Jahre, nach einer Zeit der Abschwächung, wiederum stärker wurde.[21] August Bebel hielt damals einen vielbeachteten Diskussionsbeitrag, worin er den reaktionären Charakter des Antisemitismus sichtbar machte. Dieser greife in seiner Agitation gegen das „jüdische Ausbeuterthum" lediglich Erscheinungen der Klassenherrschaft, nicht aber diese selbst an. Die in judenfeindlichen Vorstellungen befangenen antikapitalistischen Rebellen müßten jedoch geradezu zwingend zu der Einsicht gelangen, daß „die Sozialdemokratie der entschiedenste Feind des Kapitalismus ist" und „die Ausbeutung der Menschen durch den Menschen keine speziell jüdische, sondern eine der bürgerlichen Gesellschaft eigentümliche Erwerbsform ist, die erst mit dem Untergang der bürgerlichen Gesellschaft endigt." Daraus zog Bebel eine weitreichende Schlußfolgerung: Der Antisemitismus werde auf die Dauer den Sozialdemokraten sogar nützen, weil die Klassen, deren Unzufriedenheit von den Antisemiten ausgenutzt werden, „zur Erkenntnis kommen müssen, daß nicht bloß der jüdische Kapitalist, sondern die Kapitalistenklasse überhaupt ihr Feind ist und daß nur die Verwirklichung des Sozialismus sie aus ihrem Elende befreien kann."[22]

Diese deterministische Sicht - wonach die Ausgebeuteten zu den von der Sozialdemokratie vertretenen Anschauungen gelangen „müßten" - machte die Stärke und die Schwäche der sozialistischen Argumentation aus. Anders als bürgerlich-liberale Gegner des Antisemitismus sahen die Sozialdemokraten „den Kern der Sache in der sozialen und wirtschaftlichen Struktur und zogen daraus Schlüsse, die in jedem Fall einleuchtend und logisch waren; die Liberalen hatten hauptsächlich ihren Kummer und ihre Abneigung gegen die Vernunftwidrigkeit und Roheit des Antisemitismus geäußert und Zuflucht in der Hoffnung gesucht, daß solche periodischen Wogen der Finsternis zurückweichen würden, wie sie gekommen waren."[23] Doch verliehen die Sozialdemokraten auch ihrer Gewißheit Ausdruck, daß die Juden als eigenständige sozio-kulturelle Gemeinschaft im Laufe des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritts notwendigerweise verschwinden, sich in die Gesamtbevölkerung unter Aufgabe ihrer Traditionen eingliedern würden. Die Juden seien keine Nation, sondern lediglich eine durch Religion und gemeinsames wirtschaftliches Schicksal geeinte Gemeinschaft, schrieben unisono so unterschiedliche sozialistische Schriftsteller wie Karl Kautsky und Otto Bauer, W. I. Lenin und J. W. Stalin, Rosa Luxemburg und Leo Trotzki.[24] Kautskys Büchlein „Rasse und Judentum", zuerst 1914 und in erweiterter

[20] Zum Erstarken des christlich-konservativen Antisemitismus und seinen Ursachen vgl. Peter G. J. Pulzer, Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867-1914, Gütersloh 1966, S. 100ff.

[21] Vgl. zu dieser Problematik ebenda, S. 93ff.

[22] Bebels Rede ist abgedruckt in: Protokoll über die Verhandlungen der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Köln a. Rh. vom 22. bis 29. Oktober 1893, Berlin 1893, S. 223-240. Hieraus die folgenden Zitate.

[23] Pulzer, S. 214.

[24] Vgl. hierzu ausführlich Enzo Traverso, Die Marxisten und die jüdische Frage. Geschichte einer Debatte (1843-1943), Mainz 1995.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Fassung 1921 erschienen, brachte die Diskussionen der Zweiten Internationale zu dieser Problematik auf einen Nenner. Zwar verzichtete Kautsky auf die (von Marx zum Axiom erhobene) Gleichsetzung von Judentum und Kapitalismus. Doch sei eine grundlegende Verbesserung der bedrückenden Lage namentlich der osteuropäischen Juden, die „heute den Schein einer jüdischen Nationalität" erwecken würden,[25] nur durch vollständige „Assimilierung" an eine Umwelt möglich, die selbst am Vorabend einer revolutionären Transformation stehe.[26] Eine „Auflösung des Judentums" als Kollektivum könne, wie man heute sagen würde, zu einem Modernisierungsschub der Gesellschaft beitragen: „Wir sind nicht völlig aus dem Mittelalter heraus, solange das Judentum noch unter uns existiert. Je eher es verschwindet, desto besser für die Gesellschaft und die Juden selbst."[27] Während diese Ausführungen unter den zionistisch orientierten Juden, aber auch bei dem um Integration in die deutsche Gesellschaft bemühten Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens stark ablehnende Reaktionen hervorrief,[28] wurden sie von der Mehrheit der Sozialdemokraten begrüßt.[29]

Über die Ablehnung des Zionismus als Weg zur Lösung der jüdischen Frage - der Beseitigung von Diskriminierung und Ausgrenzung - gab es bis etwa 1907/08 einen Konsens innerhalb der SPD, die sich dabei im Einklang mit den in der Zweiten Internationale formulierten Positionen befand. Der Zionismus wurde als bürgerlich-nationalistische Bewegung angesehen, der die Juden zurück ins Ghetto drängen wolle,[30] jüdische von nichtjüdischen Proletariern trennen und damit die internationale Arbeiterbewegung aufspalten werde. Die Unfähigkeit der Zionisten, so ihre marxistischen Kritiker, gemeinsame Interessen von Juden und Nichtjuden zu formulieren, sei verbunden mit der Anlehnung an die Kolonialpolitik der herrschenden Klassen - hier bezogen auf Palästina - und der indirekten Förderung und Begünstigung antisemitischer Tendenzen.[31] Auch das Problem der Auseinandersetzung mit der arabischen Bevölkerung Palästinas wurde diskutiert: In der von Karl Kautsky herausgegebenen „Neuen Zeit" warnten Mitglieder des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes von Rußland, Polen und Litauen vor den möglichen Dimensionen einer solchen Konfrontation.[32] Doch nach dem Stuttgarter Kongreß der Internatinonale von 1907

[25] Karl Kautsky, Rasse und Judentum, 2. Aufl., Stuttgart 1921, S. 107. Ausführlich hierzu Jack L. Jacobs, Kautsky on the Jewish Question. PhD. Thesis, Columbia University, New York 1893; ders., Sozialisten und die „jüdische Frage" nach Marx, Mainz 1994, S. 17ff.

[26] Kautsky, S. 95, 107.

[27] Ebenda, S. 108.

[28] Vgl. Jacobs, Sozialisten, S. 134ff.; Jehuda Eloni, Die zionistische Bewegung in Deutschland und die SPD 1897-1918, in: Walter Grab (Hg.), Juden und jüdische Aspekte, S. 85-112, bes. S. 107f.

[29] Vgl. Jacobs, Kautsky, S. 235ff.

[30] Kautsky, Rasse und Judentum, Stuttgart 1914, S. 82.

[31] „In der Idee der Aussiedlung, des Auszugs aus den Ländern, in denen sie zu Hause waren und die ihre Vorfahren seit Jahrhunderten bewohnt hatten, sahen die Antizionisten einen Verzicht auf ihre Rechte, ein Nachgeben gegenüber dem feindlichen Druck und eine Kapitulation vor dem Antisemitismus", schrieb Isaac Deutscher. „Für sie schien der Antisemitismus im Zionismus zu triumphieren, der die Rechtmäßigkeit und Gültigkeit des alten Geschreis: ‚Juden raus!' anerkannte. Die Zionisten waren bereit zu ‚verschwinden'." Isaac Deutscher, Die ungelöste Judenfrage. Zur Dialektik von Antisemitismus und Zionismus, Berlin (West) 1977, S. 40.

[32] Zur Gesamtproblematik vgl. John Bunzl, Klassenkampf in der Diaspora. Zur Geschichte der jüdischen Arbeiterbewegung, Wien 1975, S. 110ff.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

gewannen Vertreter einer sogenannten revisionistischen Kolonialpolitik an Boden innerhalb der Arbeiterbewegung. Sie begannen nunmehr, vor allem in den Berliner „Sozialistischen Monatsheften", den Zionismus deutlich positiver als bisher zu beurteilen. Im Einklang mit verschiedenen Theorien, die Sozialismus und Zionismus miteinander zu verbinden suchten, argumentierten sie, eine starke Präsenz jüdischer Arbeiter in Palästina werde zum Grundstock einer revolutionären Bewegung im Nahen Osten. Diese Kontroverse über den Stellenwert des Zionismus für die Arbeiterbewegung dauerte in den folgenden Jahrzehnten, sich ständig intensivierend, an. Das Bestreben nach Assimilation der Juden im Wilhelminischen Kaiserreich wurde durch die SPD aber dadurch nicht beeinflußt: Der Zionismus sei, argumentierten Pro- und Antizionisten gleichermaßen, eine Frage, die für Juden in Osteuropa, aber nicht im deutschsprachigen Raum, von Bedeutung sei. Erst nach 1933 änderten sich die Inhalte der Debatten und Kontroversen, obwohl in der Weimarer Republik die entschieden antizionistische KPD unter linken Intellektuellen jüdischer Herkunft eine nennenswerte Resonanz erzielte.[33]

Im deutschen Kaiserreich waren die Juden zwar formal den übrigen Bürgern gleichgestellt. Doch waren sie von einer Reihe von Berufen, so den Offiziers- und Beamtenlaufbahnen, ausgeschlossen. Diese bizarre Situation reflektierte anschaulich den Charakter des 1871 mit „Blut und Eisen", anstatt infolge einer demokratischen Willensbildung zusammengeschmiedeten Reiches, in dem die überlieferte soziale Hierarchie und das monarchische Prinzip beibehalten wurden. „Nicht das kosmopolitische und menschheitsbefreiende Ideengut der Aufklärung, sondern romantische Vorstellungen einer pseudo-mittelalterlichen Kaiserherrlichkeit prägten das geistige Antlitz des Bismarckstaats. Nicht brüderliche Gleichberechtigung aller Nationen, sondern chauvinistischer Dünkel und der irrationale Glaube an die Überwertigkeit des Deutschtums wurden zur herrschenden Gesinnung", wie Walter Grab zusammenfassend schrieb.[34] Dieser nationalistische Ungeist korrespondierte mit den wirtschaftlichen und politischen Expansions- und Aggressionsplänen der herrschenden Eliten, deren Griff nach der Weltmacht im Ersten Weltkrieg dann scheiterte. In der Weimarer Republik, dem Produkt der demokratischen Revolution von 1918, konnten jedoch die nationalistischen Kräfte, die für das Desaster des Krieges verantwortlich waren, ihre Machtstellung im wesentlichen behaupten. Auch der durch sie geförderte Antisemitismus ging in den Turbulenzen der Nachkriegszeit keineswegs zurück, sondern erstarkte vielmehr. Die herrschende Propaganda, so Grab, „behauptete, daß Marxisten und Juden den Sieg des tapferen deutschen Soldaten durch einen feigen Dolchstoß in den Rücken vereitelt hätten. Diese Legende, die die Verantwortung von den wahren Urhebern der nationalen Katastrophe auf Demokraten und Sozialisten abwälzte, verschmolz mit der Propagandakampagne gegen die sogenannte Kriegsschuldlüge. Das Märchen von der Einkreisung Deutschlands durch böse Feinde, die dem eigenen Heldenvolk seinen rechtmäßigen Platz an der Sonne mißgönnt und geraubt hätten, wurde in den Massenmedien, in zahllosen Versammlungen und offiziellen Veranstaltungen immer wieder eingehämmert und von breiten Kreisen geglaubt."[35] Auch in der Weimarer Republik vermochte es die Arbeiterbewegung nicht, die reaktionären Kräfte aus ihren Machtstellungen zu verdrängen

[33] Vgl. hierzu ausführlicher Mario Keßler, Zionismus und internationale Arbeiterbewegung 1897–1933, Berlin 1994, bes. Kapitel 3–5.

[34] Walter Grab, Gefahren des deutschen Nationalismus, in: Europäische Ideen, 1992, Nr. 82, S. 21.

[35] Ebenda, S. 23.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

und eine umfassende Demokratisierung einzuleiten. Ihre beiden miteinander konkurrierenden Großorganisationen, die KPD und die SPD, unterschätzten auch, wenngleich in unterschiedlicher Weise, das Ausmaß und die neue Qualität des Antisemitismus, der mit dem Aufkommen der Nazipartei seine tödliche Destruktivität annahm. Insbesondere die Politik der KPD wurde diesem neuen Phänomen nicht gerecht. Sie knüpfte über alle politischen Richtungsänderungen hinweg an die traditionelle marxistische Analyse der jüdischen Frage an, befürwortete demnach eine Emanzipation der Juden durch Assimilation und wandte sich in entschiedener Weise gegen den Zionismus. Sie hielt auch an der Einschätzung der deutschen Vorkriegs-Sozialdemokratie fest, wonach jüdische und proletarische Emanzipation eng miteinander verbunden waren. Doch mit ihrer Forderung, daß die Juden sich ihrer religiösen und kulturellen Traditionen entledigen und dadurch dem Antisemitismus den Boden entziehen sollten, akzeptierte die KPD letztlich die von den konservativen Eliten aufgestellten Normen, wonach jüdisches kulturelles Leben nicht prinzipiell durch die Gesellschaft zu schützen und zu erhalten sei. Die deutschen Kommunisten verteidigten jedoch vehement das auch in der Weimarer Verfassung festgeschriebene Prinzip der Rechtsgleichheit, was die (ursprünglich konfessionelle) Benachteiligung von Juden aus der Zeit des Kaiserreiches aufhob. In der ersten deutschen Republik mußten sich Adel, Großgrundbesitz und die Offizierskaste demokratisch maskieren. Doch setzten sie in allen Krisen auf die antidemokratischen Kräfte, schließlich auf die Nazipartei. Deren rabiater Antisemitismus bestimmte mehr und mehr das politische Klima im Reich.

Die Persönlichkeiten jüdischer Herkunft innerhalb der KPD-Führungsgremien traten als Juden zwar nicht hervor, waren jedoch gerade als solche die Angriffsobjekte von seiten der extremen Rechten. Rosa Luxemburg und Leo Jogiches, die Mitbegründer der KPD, sowie Eugen Levine wurden Opfer einer Mordkampagne, die gleichermaßen antikommunistisch wie antisemitisch ausgerichtet war. In den ersten Jahren der KPD waren jüdische Intellektuelle in wichtigen Positionen innerhalb der Partei tätig; genannt seien Paul Levi, August Thalheimer, Paul Frölich, etwas später Ruth Fischer, Arkadi Maslow, Werner Scholem, Iwan Katz, Karl Korsch, Heinz Neumann und Arthur Rosenberg. Doch existierten in der Parteimitgliedschaft antisemitische Unterstörmungen, die von Clara Zetkin und einem (namentlich nicht genannten) Anhänger Heinrich Brandlers auf dem 9. KPD-Parteitag im April 1924 angesprochen wurden.[36] Im gleichen Jahr trat unter Kommunisten in Bayern und im mitteldeutschen Raum ein lumpenproletarischer, sich antikapitalistisch gebender Antisemitismus auf, der zeitweise Einzug in den „Klassenkampf", eine KPD-Zeitung in Halle, hielt.[37] Aus tagespolitischer Opportunität gab es Tendenzen einer Rücksichtnahme gegenüber judenfeindlichen Einstellungen von Schichten, die für die KPD gewonnen werden sollten. Dies drückte sich in einer Rede von Ruth Fischer am 25. Juli 1923 vor kommunistischen und völkischen Studenten aus, als sie betonte: „Wer gegen das Judenkapital aufruft, meine Herren, ist schon Klassenkämpfer, auch wenn er es nicht weiß. *Tretet die Judenkapitalisten nieder, hängt sie an die Laterne, zertrampelt sie.* Aber, meine Herren, wie stehen Sie zu den Großkapitalisten, den Stinnes, Klöckner ...?"[38] Doch nahm die Parteipresse auch entschieden Stellung gegen antisemitische Tendenzen, die sich - auch unter dem Eindruck

[36] Vgl. Bericht über die Verhandlungen des IX. Parteitages der KPD (7. bis 10. April 1924), Berlin 1924, S. 93, 289.

[37] Einzelheiten bei Silberner, Kommunisten zur Judenfrage, S. 270.

[38] Nach einem Bericht im SPD-Blatt „Vorwärts" vom 22. August 1923. Hervorhebung im Text.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

des Zuzugs von Juden aus Osteuropa – nach dem Ersten Weltkrieg unter den von der Inflation sozial zerriebenen Mittelschichten ausbreiteten.[39] Auch während ihrer „nationalbolschewistischen" Phase im Jahre 1919[40] und der Annäherung an die nationalistische Rechte nach Karl Radeks sogenannter Schlageter-Rede 1923[41] behielt die KPD ihre Gegnerschaft zum Antisemitismus bei. Doch fanden sich antisemitische Vorurteile bisweilen im Zentralorgan „Die Rote Fahne", etwa wenn der Berliner sozialdemokratische Polizeivizepräsident Bernhard Weiß, der jüdischer Herkunft war, mit dem antisemitischen Schimpfnamen „Isidor" belegt wurde. Dies war mehr als ein bloßer Lapsus, denn die Nazis bedienten sich genau jener diskriminierenden Vorgehensweise.[42]

Nach dem Aufstieg der NSDAP zur zweitstärksten politischen Kraft in den Reichstagswahlen vom 14. September 1930 kam die KPD-Führung nicht länger umhin, den Judenhaß Hitlers und seiner Paladine ernstzunehmen. In einer maßgeblichen Schrift, „Sowjetstern oder Hakenkreuz", setzte sich Hermann Remmele in polemischer Form damit auseinander. Er vermutete irrtümlicherweise, der zweite Teil des Nazi-Schlachtrufes „Deutschland erwache! Juda verrecke!" werde im Zusammenhang mit Spenden jüdischer Großkapitalisten an Nazis – diese Fälle kamen ganz vereinzelt vor[43] – zunehmend verschwinden. Die lautstarke Pogromhetze der NSDAP sei nicht genuin, sondern ein reiner Schwindel, da jüdische Bankiers ebenso wie „arische" Unternehmer Nutznießer des Hitlerfaschismus seien. Sie alle würden sich der Nazis um ihrer eigenen Profitinteressen willen bedienen.[44] Eine Reihe von Pressebeiträgen und Otto Hellers theoretische Arbeit „Der Untergang des Judentums", die eine scharfe Kritik am Zionismus und eine Apologie der Stalinschen Politik gegenüber den Juden war, unterstützte diese Interpretation.[45] Andererseits waren die deutschen Kommunisten in ihrer täglichen Arbeit mit dem gewalttätigen Judenhaß der Nazis und seiner Duldung durch große Teile der herrschenden Kreise konfrontiert. Sie bezogen dagegen deutlich Stellung und wirkten dementsprechend auch in Organisationen wie etwa der „Roten Hilfe", die unter anderem Material über judenfeindliche Aktionen sammelte und eingewanderten Juden aus Osteuropa beistand.[46] Die dabei gesammelten Erfahrungen

[39] Vgl. Neue Zeitung (München), 23. Dezember 1923.

[40] Diese Politik erwuchs aus der Opposition gegen den Versailler Friedensvertrag und die Anerkennung der deutschen Kriegsschuld, wie sie von den alliierten Siegern festgeschrieben worden war. Vgl. Ossip K. Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik, (Neuausgabe) Frankfurt a. M. 1976, bes. S. 140.

[41] Karl Radek versuchte vor der Sitzung der Erweiterten Exekutive der Komintern am 20. Juni 1923, eine Annäherung zwischen Kommunisten und völkischen Nationalisten zu erreichen und pries dementsprechend Albert Leo Schlageter, einen nationalistischen Desperado, der nach seiner standrechtlichen Erschießung durch französisches Militär im Ruhrgebiet zum Märtyrer der Rechten geworden war.

[42] Vgl. Die Rote Fahne, 5. Juli 1923. – Weiterhin Dietz Bering, Von der Notwendigkeit politischer Beleidigungsprozesse – der Beginn der Auseinandersetzungen zwischen Polizeipräsident Bernhard Weiß und der NSDAP, in: Walter Grab/Julius H. Schoeps (Hg.), Juden in der Weimarer Republik, Stuttgart/Bonn 1986, S. 305–329.

[43] Vgl. Die Rote Fahne, 29. April und 7. September 1932.

[44] Vgl. Hermann Remmele, Sowjetstern oder Hakenkreuz. Die Rettung Deutschlands aus der Youngsklaverei und Kapitalistenherrschaft, Berlin o. J. (1930), bes. S. 14.

[45] Vgl. Otto Heller, Der Untergang des Judentums. die Judenfrage/Ihre Kritik/Ihre Lösung durch den Sozialismus, Berlin/Wien 1931, 2. Aufl. 1933.

[46] Vgl. Hans-Helmuth Knütter, Die Juden und die deutsche Linke in der Weimarer Republik 1918–1933, Düsseldorf 1971, S. 199.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

schlugen sich in Stellungnahmen nieder, die den Antisemitismus und sein Ausmaß nicht mehr beschönigten.[47] Doch kamen diese Erkenntnisse zu spät, um in gemeinsame Aktionen der beiden großen Arbeiterparteien gegen die zur Macht drängenden Nazis zu münden.

Auch die SPD mußte auf die Herausforderung durch die Nazi-Ideologie reagieren. Von der völkischen Rechten waren die Sozialdemokraten seit dem Ende des Ersten Weltkrieges als Hauptverantwortliche für die deutsche Niederlage und die Entstehung der angeblichen „Judenrepublik" von Weimar angeprangert worden. Ein schwerer Korruptionsvorwurf, der sogenannte Sklarek-Skandal, goß im Jahre 1929 Wasser auf die Mühlen der republikfeindlichen Kräfte.[48] Während der Weltwirtschaftskrise, die ein Drittel der deutschen Lohnabhängigen um ihren Arbeitsplatz brachte, wurde die Judenfeindschaft mehr denn je zum Vehikel all derjenigen, die die demokratischen Strukturen der ersten deutschen Republik untergruben. Die von der SPD stets angestrebte Beseitigung der Überreste der Feudalgesellschaft, d.h. das Verschwinden des Adels als sozial und politisch privilegierten Standes, hatte nicht das demokratische Bewußtsein, sondern den Antisemitismus gestärkt.[49] In den letzten Jahren der Weimarer Republik verstärkte sich der Haß auf prominente Sozialdemokraten jüdischer Herkunft derart, daß die SPD solchen Ressentiments einige Zugeständnisse machte, etwa jüdische Kandidaten für kommunale Posten von ihrer Nominierung Abstand nehmen ließ und statt dessen nichtjüdische Sozialdemokraten aufstellte.[50] Der Tod des zur SPD zurückgekehrten ehemaligen KPD-Vorsitzenden Paul Levi veranlaßte die Nazis zu einer ihrer schmutzigsten antisemitischen Kampagnen: „Der Stürmer" schrieb im Februar 1930, Levi habe „seinen eigenen Rassegeruch nicht ertragen können, ist zum Fenster gestürzt – da ist er hinausgeflogen."[51] Als im Reichstag die Trauerrede auf ihn gehalten wurde, erhoben sich die Abgeordneten, nur die der NSDAP – und die Kommunisten – verließen demonstrativ den Saal.[52] Zu Zielscheiben des Judenhasses wurden auch Rudolf Hilferding, Fritz Naphtali, Joseph Bloch, Ernst Heilmann, Julius Moses und Hugo Heimann – Hilferding, Heilmann und Moses wurden von den Nazis nach deren Machtantritt und während des Zweiten Weltkrieges umgebracht.[53] Die Faschismus- und Antisemitismus-Analysen von Sozialdemokraten zeichneten sich durch größere inhaltliche Tiefe, gemessen an denen der KPD, aus, doch die Tolerierungspolitik des Parteivorstandes gegenüber den Feinden der Demokratie trug zur politischen Entwaffnung der SPD bei. Die Anlehnung an arbeiterfeindliche Maßnahmen des Kabinetts Brüning war Ausdruck des Scheiterns einer Politik, die ökonomische und soziale Lage der Arbeiterklasse mit reforme-

[47] Vgl. Kommunismus und Judenfrage, in: ... der Jud' ist schuld? Diskussionsbuch über die Judenfrage, Basel/Berlin/Leipzig/Wien 1932, S. 272–286.

[48] Zu diesem Korruptionsskandal, in den Mitglieder der SPD verwickelt waren, vgl. Donna Harsch, Der Sklarek-Skandal 1929 und die sozialdemokratische Reaktion, in: Heid/Paucker (Hg.), Juden und deutsche Arbeiterbewegung bis 1933, S. 193–213. Arthur Rosenberg (Geschichte der Weimarer Republik, /Neuausg./Hamburg 1991, S. 201) verglich die Rolle des „Sklarek-Pelzes" (die Sklarek-Brüder waren Pelzhändler) mit der des Halsbandes von Marie Antoinette beim Ende des Ancien Régime.

[49] Vgl. Grab, Sozialpropheten und Sündenböcke, S. 372.

[50] Vgl. hierzu die Diskussion in der „Jüdischen Rundschau", 1930, Nr. 77/78.

[51] Zit. nach Charles Bloch, Paul Levi – ein Symbol der Tragödie des Linkssozialismus in der Weimarer Republik, in: Grab/Schoeps (Hg.), Juden in der Weimarer Republik, S. 260.

[52] Vgl. ebenda.

[53] Vgl. Grab, Sozialpropheten und Sündenböcke, S. 375.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

rischen Mitteln zu verbessern, wie es Fritz Tarnow in seiner sehr umstrittenen Formulierung vom „Arzt am Krankenbett des Kapitalismus" auf dem Leipziger Parteitag 1931 pointiert hatte.[54] Während der Weltwirtschaftskrise fanden sich die Herrschenden zu keinerlei relevanten Zugeständnissen mehr bereit. Die kleineren Linksgruppierungen, die KPD-Opposition, die Sozialistische Arbeiterpartei, die Trotzkisten oder der Leninbund, waren viel zu schwach und politisch zu sehr isoliert, um ihre oftmals richtigen Analysen über Nazismus und Judenfeindschaft in massenwirksame Aktionen umsetzen zu können.[55] Mit dem Machtantritt Hitlers setzte der systematische Vernichtungsfeldzug gegen die organisierte Arbeiterbewegung ein. Die totale Ausschaltung der Arbeiterparteien und die Liquidierung aller verfassungsstaatlichen Institutionen waren die Voraussetzungen für den Nazismus, um den zweiten Griff Deutschlands nach der Weltmacht und die Ausrottung angeblich minderwertiger Menschen„rassen" in die Wege zu leiten.

2. Die deutsche Arbeiterbewegung und die Juden: Unter dem Hakenkreuz und im Exil

Das NS-Regime trieb die KPD als erste politische Partei in die Illegalität. Nach KPD-Schätzungen wurden von den rund 300 000 Mitgliedern, die der Partei vor dem 30. Januar 1933 angehörten, etwa die Hälfte unmittelbar verfolgt. Sie wurden eingekerkert, in die Konzentrationslager verschleppt, zu Zehntausenden ermordet oder gelangten bestenfalls in ein ungewisses Exil.[56] Auch die in die Sowjetunion emigrierten KPD-Mitglieder gerieten größtenteils in den Teufelskreis von Machtwahn, Mißtrauen und Massenverfolgungen der Stalinschen Inquisition. Noch immer liegen keine genauen Zahlen über das Ausmaß des Aderlasses vor, den die deutsche kommunistische Partei während der Jahre 1937/1938 erlitt, doch betragen die geschätzten Zahlen der Getöteten und langjährig Inhaftierten Zehntausende.[57] Nicht wenige der von Kommunisten verfolgten Kommunisten wurden an Deutschland ausgeliefert, wo die Juden unter ihnen die Vernichtung erwartete.[58] Doch wurden deutsche Kommunisten eher als Deutsche - und damit als „suspekte Elemente" -, denn als Juden verfolgt.[59]

Mit Hitlers Machtergreifung begann unverzüglich die Verfolgung von Juden und Kommunisten in Deutschland. Letztere wurden als der potentiell noch gefährlichere Gegner

[54] Zit nach Heinz Niemann u. a., Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1917–1945, Berlin (Ost) 1982, S. 257.

[55] Vgl. Theodor Bergmann, Das Zwischenfeld der Arbeiterbewegung zwischen SPD und KPD 1928–1933, in: Manfred Scharrer (Hg.), Kampflose Kapitulation. Arbeiterbewegung 1933, Reinbek b. Hamburg 1984, S. 162–182.

[56] Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5, Berlin (Ost) 1966, S. 436.

[57] Die neueren Forschungsergebnisse sind zusammengefaßt in: In den Fängen des NKWD. Deutsche Opfer des stalinistischen Terrors in der UdSSR. Hg. vom Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin 1991, und in: Hermann Weber/Dietrich Staritz (Hg.), Kommunisten verfolgen Kommunisten. Stalinistischer Terror und „Säuberungen" in den kommunistischen Parteien Europas seit den dreißiger Jahre, Berlin 1993.

[58] Vgl. Hans Schafranek, Zwischen NKWD und Gestapo. Die Auslieferung deutscher und österreichischer Antifaschisten aus der Sowjetunion an Nazideutschland 1937–1941, Frankfurt a. M. 1990.

[59] Vgl. Mario Keßler, Der Stalinsche Terror gegen jüdische Kommunisten 1937/1938, in: Weber/Staritz (Hg.), Kommunisten verfolgen Kommunisten, S. 87–102.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

zunächst viel stärker bedrängt. Dennoch protestierte die KPD nicht nur gegen die Verfolgung der politischen Gegner Hitlers, sondern auch gegen die judenfeindlichen Kampagnen.[60] Doch zunächst glaubten manche Kommunisten nicht, daß die Nazis es mit ihrer Rassenlehre wirklich so ernst meinten, wie sie es angekündigt hatten. Am 1. April 1933, dem ersten organisierten Boykott jüdischer Geschäfte, Ärzte, Rechtsanwälte und Universitätslehrer, wurden laut einem Bericht im offiziösen Organ der Komintern große Zeitungsunternehmen wie Ullstein und Mosse, Großhandelsketten, Banken und die Börse, die als „jüdisches Großkapital" namhaft gemacht wurden, von Boykottmaßnahmen ausgeschlossen.[61] Einem anderen Bericht zufolge sei der „Rassenkampf" ein faschistisches Betrugsmanöver, das auf die verzweifelte Stimmung des vom Kapitalismus ruinierten Mittelstandes abziele. Die Judenverfolgungen würden indes dem Mittelstand nicht nützen und seine Lage nicht verbessern. Die Mittelständler würden feststellen, „daß alle Warenhäuser weiter bestehen, daß die jüdischen Bankkapitalisten und Börsenspekulanten weiter ihr Wesen treiben, daß keinem jüdischen Industriekapitalisten ein Haar gekrümmt ist - daß das einzige Resultat der Judenverfolgung darin besteht, daß einige tausend jüdische Angestellte, Ärzte, Rechtsanwälte und sonstige Intellektuelle und einige tausend kleine jüdische Geschäftsinhaber verprügelt und vielleicht wirtschaftlich ruiniert sind."[62] Die KPD rief den Mittelstand zum Kampf gegen den Kapitalismus auf und appellierte an alle arbeitenden Menschen, sich nicht im Namen rassistischer Losungen gegeneinander hetzen zu lassen. Unter ihren Aufrufen vor dem November 1938 fehlte jedoch ein solcher für diejenigen verfolgten Juden, die durch keinerlei Klassenschranken mehr geschützt waren.[63] Auch der 7. Weltkongreß der Komintern, der 1935 stattfand und auf dem die Analyse des Faschismus das Zentralthema war, verzichtete auf eine Resolution, die den Antisemitismus verurteilte.[64]

Erst nach dem staatlich organisierten Riesenpogrom vom 9. November 1938, das als sogenannte Reichskristallnacht in die Geschichte einging, stellte sich die KPD bedingungslos an die Seite aller verfolgten Juden. In ihrer Erklärung „Gegen die Schmach der Judenpogrome" erhob sie, wie eindringlich formuliert wurde, „gemäß den stolzen Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung, im wahren Geiste der größten deutschen Dichter und Denker, ... ihre Stimme gegen die Judenpogrome Hitlers, die vor der gesamten Menschheit die Ehre Deutschlands mit tiefster Schmach bedeckt haben."[65]

[60] Zu den verschiedenen Phasen der judenfeindlichen Kampagnen der Nazis und ihrer stufenweisen Eskalierung vgl. Kurt Pätzold (Hg.), Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung. Dokumente des faschistischen Antisemitismus 1933-1942, Leipzig 1983 (mit guter Einleitung des Herausgebers).

[61] Vgl. Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung, Basel, Nr. 8, 7. April 1933, S. 197f.

[62] Ebenda, Nr. 9, 12. April 1939, S. 234f.

[63] Vgl. ebenda sowie das Manifest des ZK der KPD zum 1. Mai 1933, abgedruckt in: Rundschau ..., Nr. 11, 28. April 1933, S. 304f., sowie F. Bruno (Bruno Frei), Der Jud' ist schuld, in: Die Internationale, 1937, Nr. 7/8, S. 48-56, bes. S. 50. Vgl. auch Silberner, Kommunisten zur Judenfrage, S. 287f., und David Bankier, The German Communist Party and Nazi Antisemitism, 1933-1938, in: Leo Baeck Institute, Yearbook XXXII, London 1987, S. 325-340

[64] Vgl. Keßler, Zionismus und internationale Arbeiterbewegung, S. 169.

[65] Gegen die Schmach der Judenpogrome! Erklärung des ZK der KPD, hier zit. nach Helmut Eschwege (Hg.), Kennzeichen J. Bilder, Dokumente, Berichte zur Geschichte der Verbrechen des Hitlerfachismus an den deutschen Juden 1933-1945, Berlin (Ost) 1966, S. 105. Hiernach auch die folgenden Zitate.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

„Die Bestialitäten", hieß es weiter, „die von kommandierenden SS-Leuten in Zivil im Auftrage der Hitler, Himmler, Goebbels, Göring und Streicher an wehrlosen Juden begangen wurden, werden von allen anständigen Deutschen abgelehnt und verabscheut. Das deutsche Volk hat mit den Brandstiftern der Synagogen, mit den Plünderern jüdischer Geschäfte und Wohnungen, mit den Peinigern und Mördern von jüdischen Mitbürgern nichts gemein."

Der Aufruf hob hervor, es seien nicht die Juden, sondern die Nazi-Führer, die im Auftrag des Großkapitals die Löhne niedrig hielten, den Mittelstand ruinierten, jedes freie Wort verfolgten, Hunderttausende in Konzentrationslager und Zuchthäuser sperrten und einen Angriffskrieg vorbereiteten. Der Kampf gegen die Judenpogrome sei deshalb ein untrennbarer Teil des deutschen Freiheits- und Friedenskampfes gegen die nationalsozialistische Diktatur. Daher wende sich die KPD „an alle Kommunisten, Sozialisten, Demokraten, Katholiken und Protestanten, an alle anständigen und ehrbewußten Deutschen mit dem Appell: Helft unsern gequälten jüdischen Mitbürgern mit allen Mitteln! Isoliert mit einem Wall der eisigen Verachtung das Pogromgesindel von unserem Volk! Klärt die Rückständigen und Irregeführten, besonders die mißbrauchten Jugendlichen, die durch die nationalsozialistischen Methoden zur Bestialität erzogen werden sollen, über den wahren Sinn der Judenfrage auf!" Die Partei hoffte auf nennenswerte Zeichen der Solidarität unter den Deutschen; sie hob „die tapfere, ehrenvolle Haltung von vielen Deutschen aus allen Volksschichten (hervor), die unter den schwierigsten Verhältnissen versucht haben, ihren Protest gegen die Judenpogrome zum Ausdruck zu bringen und den verfolgten Juden menschliche Hilfe zu leisten."

Im Sinne des Kurses der Komintern hieß es abschließend: „Solidarität im Mitgefühl und in der Hilfe für die jüdischen Volksgenossen (!; M. K.), Solidarität mit den bedrohten Katholiken, Solidarität aller untereinander im täglichen Kampf zur Unterhöhlung und zum Sturz des verhaßten Naziregimes durch die Schaffung der breitesten deutschen Volksfrontbewegung - das ist das, was die Stunde von allen friedens- und freiheitsliebenden Deutschen verlangt!"

„Gegen die Schmach der Judenpogrome" wurde zum klassischen Text des offiziellen deutschen Kommunismus in bezug auf die Solidarisierung mit den verfolgten Juden. Die Führung der SED sollte sich noch Jahrzehnte später auf die eindringlichen Worte dieses Appells berufen - zuletzt im Jahre 1988 anläßlich der Gedenkveranstaltungen zum 50. Jahrestag der Reichspogromnacht.[66] Aus dem Exil heraus, aber „mit dem Gesicht nach Deutschland", wie eine damals weitverbreitete Redewendung besagte, gab die KPD-Führung der Hoffnung Ausdruck, zwischen dem Regime des Pogroms und den deutschen Werktätigen klaffe ein Abgrund. So schrieb Wilhelm Pieck zwei Wochen nach der staatsterroristischen Aktion, „die Arbeiterklasse, und an ihrer Spitze die Kommunisten, lehnen nicht nur jede Hetze gegen die Juden ab, sondern fühlen sich mit der verfolgten jüdischen Bevölkerung solidarisch verbunden und sehen in deren Verteidigung die Wahrung ihrer eigenen Interessen."[67] Walter Ulbricht meinte, „bei allen bisherigen Pogromen hätten die Massen der Arbeiter und des deutschen Volkes sich mit Abscheu von diesen barbarischen Verbrechen abgewandt und in vielen Fällen die Juden beschützt. Intellektuelle hätten

[66] Vgl. den Bericht vom offiziellen Festakt in: Neues Deutschland (ND), 10. November 1988.

[67] Wilhelm Pieck, Nicht nur Entrüstung, sondern Taten, in: Rundschau ..., Nr. 57, 24. November 1938, S. 1941f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

erklärt, man schäme sich, ein Deutscher zu sein. Viele Arbeiter seien verhaftet worden, weil sie Juden gegen die SS-Horden geschützt hätten."[68]

Die Forschungsergebnisse marxistischer Historiker, nach denen die deutsche Arbeiterklasse noch am wenigsten von allen sozialen Großgruppen gegen Ideologie und Praxis des Nationalsozialismus anfällig gewesen ist,[69] konnten auch durch neuere Arbeiten nicht widerlegt werden.[70] An der sogenannten Arisierung jüdischen Eigentums - das heißt am staatlich angeordneten Raubzug - partizipierten neben den Hauptnutznießern im Großkapital auch zahlreiche Klein- und Mittelständler.[71] Sie vor allem zeigten einen elementaren Mangel an Mitgefühl mit den stigmatisierten Juden, doch mußte auch die augenfällige Passivität der eingeschüchterten und entmutigten Arbeiter auf die Kommunisten - und nicht nur auf sie - ernüchternd wirken.[72] Die gescheiterten Hoffnungen auf erkennbare Gegenwehr, die weiteren Terror zumindest dämpfen würde, sollte den Diskussionen und Kontroversen unter den Kommunisten über Schuld und Verantwortung des deutschen Volkes am Nazismus eine scharfe und bittere Note verleihen, wovon noch die Rede sein wird. Die „Berner Konferenz" der KPD (die Anfang 1939 bei Paris stattfand) endete mit einer Resolution, die weniger zuversichtlich, eher beschwörend der Hoffnung Ausdruck verlieh, das deutsche Volk werde sich dem Regime nicht kampflos beugen: „Die Antifaschisten dürfen der erbärmlichen Judenhetze ... nicht die geringsten Konzessionen machen, sondern müssen überall der Judenhetze aufklärend entgegentreten, die Pogromisten im Volk isolieren und die jüdischen Mitbürger moralisch und materiell nach Kräften unterstützen. Der Kampf gegen den Antisemitismus ist untrennbar verbunden mit dem Kampf gegen den Krieg und zur Befreiung des ganzen Volkes vom Joch der Hitlerdiktatur."[73]

Eine Analyse der illegalen Publikationen und der im republikanischen Spanien tätigen Radiostation „Deutscher Freiheitssender 29,8" ergab, daß die KPD in den späten dreißiger Jahren, solange es ihr möglich war, auf den Antisemitismus als zentralem Teil der Nazi-Ideologie hinwies und die Gefahren klar benannte, die den Juden erwuchsen.[74]

[68] Walter Ulbricht, Die Judenpogrome - eine Waffe der faschistischen Kriegspolitik, in: Ebenda, S. 1953f.

[69] Vgl. Timothy Mason, Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936-1939, Opladen 1975; Detlev J. K. Peukert, Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde. Anpassung, Ausmerze und Aufbegehren unter dem Nationalsozialismus, Köln 1982. Für die offizielle Geschichtsinterpretation der SED vgl. Klaus Mammach, Die KPD und die deutsche antifaschistische Widerstandsbewegung 1933-1939, Berlin (Ost) 1974. Materialreicher Überblick bei Horst Duhnke, Die KPD von 1933 bis 1945, Köln 1972.

[70] Dies bezieht sich vor allem auf einige Beiträge in Michael Prinz/Rainer Zitelmann (Hg.), Nationalsozialismus und Modernisierung, 2. Aufl., Darmstadt 1994.

[71] Vgl. Helmut Genschel, Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich, Göttingen 1966; Avraham Barkai, Vom Boykott zur „Entjudung". Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933-1943, Frankfurt a. M. 1987.

[72] Vgl. die Zusammenstellung von Augenzeugenberichten in: Jörg Wollenberg (Hg.), „Niemand war dabei und keiner hat's gewußt". Die deutsche Öffentlichkeit und die Judenverfolgung 1933-45, München/Zürich 1989.

[73] Resolution der Berner Konferenz der KPD. 30. Januar bis 1. Februar 1939, in: Zur Geschichte der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung 1933-1945. Eine Auswahl von Materialien, Berichten und Dokumenten, Berlin (Ost) 1957, S. 169.

[74] Vgl. Bankier, The German Communist Party ..., S. 335f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Walter Ulbricht räumte in einer Lektion im Rahmen einer Parteischulung am 24. Dezember 1944 in der Sowjetunion ein, die KPD habe die NSDAP-„Propaganda des Rassismus nicht genügend erkannt." Ulbricht betonte: „Nicht einfach die Verschärfung der Unterdrükkung des Volkes, sondern die Anwendung der modernsten Technik zur Vernichtung und Ausrottung der Gegner des Hitlerregimes und der Gegner des deutschen Monopolkapitals waren für die faschistischen Herrschaftsmethoden charakteristisch. Das war die Besonderheit. Es wurden Gegner nicht wie früher ins Gefängnis geworfen, sondern vernichtet. Es wurden nicht Zuchthausurteile gefällt, sondern Gaswagen konstruiert, um die Gegner in Massen zu vernichten."[75]

Unter denkbar schwierigsten Bedingungen wirkten im jüdischen Widerstand während des Zweiten Weltkrieges Kommunisten, Sozialdemokraten, Mitglieder proletarischer Kleinorganisationen und Zionisten zusammen. Sie widerlegten eindrucksvoll die Legende, wonach die Juden sich ihrem Schicksal kampflos ergeben hätten.[76]

Die nazistische Propagandafigur eines angeblich jüdischen Marxismus war in gleicher Weise gegen Kommunisten wie Sozialdemokraten gerichtet. Die strikte Ablehnung außerparlamentarischer Aktionen und die Vertröstung auf einen späteren Kampfeinsatz von seiten der SPD-Führung, der Austritt des SPD-Vorsitzenden Otto Wels aus der Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und die Ablehnung von - zu späten - Kooperationsangeboten von seiten der KPD konnte die nazistischen Machthaber nicht davon abhalten, die SPD zu zerschlagen. Noch nach der Ausschaltung der Gewerkschaften Anfang Mai 1933 gab sich ein Teil des sozialdemokratischen Parteivorstandes der verhängnisvollen Illusion hin, die legale politische Arbeit fortsetzen zu können.[77] Die Reichstagsabgeordneten der SPD - sofern sie ihr Mandat noch wahrnehmen konnten - widersetzten sich dem Hitlerschen „Ermächtigungsgesetz", das die verfassungsmäßigen Grundlagen der ersten deutschen Republik beseitigte, doch am 17. Mai stimmte die SPD-Fraktion der demagogischen „Friedensresolution" Hitlers zu, die das Ausland über die wahren Absichten der Nazi-Führung hinwegtäuschen sollte. Ebenso schwer wog, daß wichtige SPD-Politiker auch der Welle des Antisemitismus nicht widerstehen konnten: Am 19. Juni 1933 fand in Berlin eine Sitzung der in Deutschland verbliebenen und noch nicht verhafteten Mitglieder des Parteivorstandes statt. Sie distanzierte sich von den Erklärungen ihrer exilierten Genossen, indem sie beschloß, „die Angriffe von Emigranten auf das neue Deutschland" - gemeint war das diktatorische Nazi-Regime - „zurückzuweisen."[78] Unter Federführung Paul Löbes wurde ein sechsköpfiges Direktorium mit der Leitung der Partei beauftragt. Diesem Gremium gehörten, ungleich dem bisherigen Parteivorstand, keine Juden mehr an. In dieser politisch nicht zu rechtfertigenden Konzession an das Regime kam, wie Fritz Naphtali

[75] Walter Ulbricht, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen, Bd. II: 1933–1946, Zusatzband, Berlin (Ost) 1966, S. 188f., 192f.

[76] Vgl. Arnold Paucker, Jüdischer Widerstand in Deutschland, Berlin 1989. Diese Legendenbildung sollte für die Diskussionen um die Rolle von Juden innerhalb des antifaschistischen Widerstandes noch bedeutsam werden, wie im folgenden Kapitel belegt wird.

[77] Vgl. Niemann u. a., Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, S. 316ff.; Jutta von Freyberg u. a., Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, 3. Aufl., Köln 1989, S. 191ff.

[78] Zit. nach Hagen Schulze (Hg.), Anpassung oder Widerstand? Aus den Akten des Parteivorstands der deutschen Sozialdemokratie 1932/33, Bonn 1974, S. 197.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

aus der Emigration an seinen SPD-Genossen Paul Hertz schrieb, „die Assimilation an Hitler in der Partei sehr scharf zum Ausdruck."[79]

Es würde den Rahmen dieser Darstellung überschreiten, die politischen Analysen der Sozialdemokraten im Exil, ihre Diskussionen über den Charakter und die Perspektiven des nazistischen Regimes im einzelnen zu verfolgen.[80] Generell sei festgehalten, daß über alle politischen Unterschiede hinweg der Parteivorstand (die Sopade), die links von ihm stehenden Revolutionären Sozialisten sowie die außerhalb der SPD wirkenden Gruppierungen „Neu Beginnen" und SAPD (die nur bedingt dem sozialdemokratischen Spektrum zuzurechnen sind) sich in der unzweideutigen Verurteilung jeglichen Antisemitismus' ab 1934 einig waren.[81] Doch nur die im Londoner Exil gebildete Gruppe „Fight for Freedom" um Curt Geyer rief zur Vergeltung der antijüdischen - und weiteren - Verbrechen der Nazis durch kollektive Bestrafung des deutschen Volkes auf.[82] Mit dieser emotional verständlichen, aber politisch falschen Haltung, die sich am englischen Politiker Sir Vansittart orientierte, isolierte sich die Gruppe allerdings innerhalb des sozialdemokratischen Exils.

In den USA wurde der im Mai 1944 gegründete „Council for a Democratic Germany" zur wichtigsten Diskussionstribüne bezüglich der Zukunft Deutschlands nach dem sich abzeichnenden Kriegsende. Neben Schriftstellern wie Heinrich Mann, Wissenschaftlern wie Paul Tillich, Liberalen und Sozialdemokraten gehörten dem Council auch Kommunisten, so Albert Schreiner und Albert Norden, an.[83]

Einen entscheidenden Anteil an der Arbeit des Councils hatte der aus Österreich stammende, vor 1933 zur KPDO gehörende Karl Frank. Überlegungen entgegentretend, wonach die Deutschen in toto antisemitisch eingestellt seien,[84] schrieb Frank (unter dem Pseudonym Paul Hagen), daß der „Antisemitismus in Deutschland ein Produkt reaktionärer Bewegungen und keine spezifisch rassische Veranlagung der Deutschen oder irgend eines anderen Volkes" sei.[85] Er meinte (etwas zu optimistisch), „bedeutende Teile des deutschen

[79] Zit. nach Jehuda Riemer, Nach dem Zusammenbruch: Fritz Naphtali im Briefwechsel 1933-34, in: International Review of Social History, 1982, Nr. 3, S. 335.

[80] Vgl. hierzu neben den bisher genannten Arbeiten Rudolf Morsey, Mit dem Gesicht nach Deutschland. Eine Dokumentation über die sozialdemokratische Emigration, Düsseldorf 1968; Lewis J. Edinger, Sozialdemokratie und Nationalsozialismus. Der Parteivorstand der SPD im Exil von 1933-1945, Hannover/Frankfurt a. M. 1960.

[81] Zur Tätigkeit und den politischen Analysen dieser und anderer proletarischer Kleinorganisationen vgl. Jan Foitzik, Zwischen den Fronten. Zur Politik, Organisation und Funktion linker politischer Kleinorganisationen im Widerstand 1933 bis 1939/40 unter besonderer Berücksichtigung des Exils, Bonn 1986.

[82] Vgl. Gerhard Gleissberg, SPD und Gesellschaftssystem. Aktualität der Programmdiskussion 1934-1946. Dokumente und Kommentar, Frankfurt a. M. 1973, S. 39ff.; Werner Röder, Die deutschen sozialistischen Exilgruppen in Großbritannien 1940-1945. Ein Beitrag zur Geschichte des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus, Hannover 1968.

[83] Zur Politik des Council for a Democratic Germany vgl. Albrecht Ragg, The German Socialist Emigration in the United States. PhD. Thesis, The Loyola University of Chicago, Chicago 1977, S. 404ff.

[84] Bekanntlich näherte sich auch Albert Einstein solchen Auffassungen an. Vgl. ders., Out of my Later Years, New York 1950.

[85] Paul Hagen (Karl Frank), Are the Germans Inherently Anti-Semitic?, in: Jewish Frontier, März 1944, S. 14; enthalten in: Hoover Institution on War, Revolution and Peace, Stanford, California. Karl Frank Collection, Box No. 4, Folder: Lectures and Speeches 1944.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Volkes (seien) bis zum heutigen Tag gegen den Antisemitismus immun geblieben"; das dies vor allem für ehemalige Mitglieder der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften gelte, stand für Frank außer Frage.[86] In zahlreichen Vorlesungsreisen durch die USA betonte Frank, daß eine De-Industrialisierung Deutschlands entsprechend den Vorstellungen des Morgenthau-Plans nur negative Auswirkungen für die Errichtung demokratischer Verhältnisse wie für die Friedenssicherung in Mitteleuropa haben werde.[87] In einem Streitgespräch mit dem Kriminalschriftsteller Rex Stout, der Antisemitismus und Militarismus aus dem deutschen Nationalcharakter ableiten wollte, erinnte Frank an die „Hunderttausende, die hingerichtet und umgebracht wurden - Freiheitskämpfer, wie es sie unter anderen Völkern gibt" und rief die Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts ins Gedächtnis.[88] Der Theologe Paul Tillich, SPD-Mitglied und Vorsitzender des Council for a Democratic Germany, setzte sich in diesem Sinne ein „für eine perspektivreiche Zukunft des deutschen Volkes als Teil der Völker von Europa und nicht als ein Niemandsland in deren Mitte."[89] Anders reagierten führende deutsche Kommunisten: In einem recht gehässigen Kommentar beschuldigte Albert Norden Karl Frank, dessen Warnungen vor einer „Zerstückelung Deutschlands" als Ergebnis der Beschlüsse von Jalta negierten die Notwendigkeit der Ausmerzung aller Wurzeln des Nazismus und Militarismus; Norden ließ den Antisemitismus unerwähnt. Er bestritt Frank, die Auffassungen des Councils wiederzugeben.[90] Die nicht mehr zu überbrückenden Unterschiede zwischen sozialdemokratischen und (partei-)kommunistischen Auffassungen über die Zukunft Deutschlands brachen unmittelbar nach Kriegsende offen aus. Sie wurden verschärft durch Denunziationen beispielsweise von Ruth Fischer, die jede Zusammenarbeit mit „Typen wie (Albert) Schreiner" als „unverzeihlich" attackierte.[91]

Doch die innerhalb des Councils wirkenden Sozialdemokraten begründeten ihr Engagement mit dem Wunsch nach Einheit der Antifaschisten wie ihrem Widerstand gegen die Kollektivschuld-These.[92] Eduard Heimann, bereits in der Weimarer Republik bekannter sozialdemokratischer Hochschullehrer und Publizist, verweigerte sich der Mitarbeit ausdrücklich unter Berufung auf die unermeßlichen Verbrechen der Nazis und, wie er hervor-

[86] Ebenda. Übersetzung dieser und aller weiteren fremdsprachigen Zitate von mir, M. K.

[87] Vgl. die Redemanuskripte „The present policy of De-Industrialzation in Germany ..." und „Can Democracy succeed in Germany?", in: Hoover Institution, Frank Collection, Box No. 4, Folder: Lectures and Speeches 1945.

[88] What should be done with defeated Germany?, in: Ebenda, Box No. 5, Folder D: Writers War Board.

[89] Paul Tillich, Outlook for 1945, in: Bulletin of the Council for a Democratic Germany, Jg. 1, 1. Januar 1945, Nr. 3; enthalten in: Hoover Institution, Frank Collection, Box No. 5, Folder I D: Council for a Democratic Germany.

[90] Albert Norden, Neu beginnen - aber nicht im alten Geleise, in: The German American, 1. Juni 1945; enthalten in: Hoover Institution, Frank Collection, Box No. 7, Folder I D: Attacks on Karl Frank in the press.

[91] Ebenda (Abschrift aus: The Network, hg. von Ruth Fischer, Nr. 3, 1944). - Der Historiker Veit Valentin fragte Paul Tillich in einem Brief vom 18. März 1944 „vertraulich": „Wie ist es möglich, daß eine berüchtigte Feindin von Stalin, eine Frau, die in New York als ‚Gelehrte' posiert, in der Lage ist, giftige und verleumderische Nachrichten über Ihre Arbeit zu verbreiten?" Harvard University, School of Divinity, Paul Tillich Correspondence.

[92] Vgl. die Briefe der sozialdemokratischen Historiker und Soziologen Siegfried Marck und Carl Landauer vom 17. bzw. 23. März 1944 an Paul Tillich. Ebenda.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

hob, des deutschen Volkes an den Juden: „Drei Millionen Juden sind hingemordet worden, nicht von den Nazis, sondern von den deutschen Soldaten. Vielleicht wurde dies von Spezialeinheiten durchgeführt, so hinterhältig es nur irgend ging ... Wir wissen, daß die Soldaten des Vichy-Regimes und italienische Soldaten sich weigerten, Befehle zur Deportation von Juden auszuführen. Wir haben nicht gehört, daß deutsche Soldaten ihren Befehlen nicht Folge leisteten." Ein Engagement für einen gerechten Frieden für Deutschland sei seine, Heimanns, Sache nicht mehr, so sehr er demokratische Verhältnisse im Interesse der Jüngeren und künftiger Generationen für notwendig halte.[93]

Die Frage von Schuld und Verantwortung der Deutschen wurde mit Kriegsende zu einem zentralen Problem aller Antifaschisten.

[93] Eduard Heimann an Paul Tillich, 22. März 1944. Ebenda (Brief in Englisch). - Für weiterführende Fragen und deren Erörterung innerhalb des kommunistischen wie sozialdemokratischen Exils vgl. Klaus Voigt (Hg.), Friedenssicherung und europäische Einigung. Ideen des deutschen Exils 1939–1945, Frankfurt a. M. 1988.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

KAPITEL 2

Schuld und Verantwortung. KPD, SED und die Juden in der Sowjetischen Besatzungszone 1945–1949

„Durch den Kampf gegen die allgemeine Ungerechtigkeit von Klasse zu Klasse wird auch Juden als Juden Gerechtigkeit gesichert ... durch die Anwendung allgemeiner Prinzipien gesellschaftlichen Umbaus und allgemeiner Gerechtigkeit finden sie ihre Sicherung."[1]

Arnold Zweigs Worte schienen sich in der sowjetischen Besatzungszone und am Anfang der DDR für jene Juden zu bewahrheiten, die aus der Emigration zurückgekommen waren, Konzentrationslager oder Gefängnis überlebt oder in der Illegalität das Naziregime überstanden hatten. Sie wählten das Leben in Ostdeutschland ganz bewußt mit dem Ziel, eine, wie sie meinten, bessere Gesellschaft, den Sozialismus, aufzubauen. Sie entschieden sich für die DDR und gegen ein Leben in ihrem bisherigen Emigrationsland, in der Bundesrepublik oder in Israel.

In der Tat waren die unmittelbaren Nachkriegsjahre im Osten Deutschlands vom Versuch eines Neuanfangs geprägt. Bedeutend stärker als in den Westzonen, der entstehenden Bundesrepublik, wurden die Verantwortlichen für die Verbrechen des Nazismus zur Rechenschaft gezogen: So wurden im Jahre 1948 etwa 520 000 frühere Mitglieder der NSDAP überprüft und nahezu 13 000 wegen der Durchführung von oder Beteiligung an Kriegsverbrechen zu Strafen unterschiedlicher Härte verurteilt. In den Westzonen mit ihrer um dreimal größeren Bevölkerungszahl und einer entsprechend höheren Zahl alter Nazis wurden zum gleichen Zeitpunkt nur 6450 Personen verurteilt; und ein Jahr später, 1949, saßen nur noch etwa 300 Nazi- und Kriegsverbrecher im Gefängnis.[2]

Die Politik der sowjetischen Behörden und ihrer deutschen Verbündeten stand im Zeichen des Anknüpfens an die Traditionen der kommunistischen Arbeiterbewegung vor 1933, deren Kontinuität durch den Nazi-Terror – oftmals blutig – unterbrochen worden war. Doch knüpfte damit die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, die sich seit etwa 1948 in einem folgenschweren Prozeß der Stalinisierung befand,[3] auch an das Assimilationskon-

[1] Arnold Zweig, in: Heinz Seydel (Hg.), Welch Wort in die Kälte gerufen. Die Judenverfolgung des 3. Reiches im deutschen Gedicht, Berlin (Ost) 1968, S. 9.

[2] Die Zahlen nach Sonia Combe, Mémoire collective et histoire officielle. Le passé nazi en RDA, in: Esprit, Nr. 10. Oktober 1987, unter Zugrundelegung verschiedener deutscher Quellen.

[3] Zur Stalinisierung der SED vgl. u. a. Hermann Weber (Hg.), Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Dokumente und Materialien zum Funktionswandel der Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR 1945–1952, Köln 1982; Ders. Geschichte der DDR, München 1985; Andreas Malycha/Wladislaw Hedeler, Die Stalinisierung der SED, Mainz 1991.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

zept der Kommunistischen Internationale zur Lösung der jüdischen Frage an: Juden sollten sich, ungeachtet der jeweiligen soziokulturellen Umstände, durch Verzicht auf eine (wie auch immer begriffene) jüdische Identität in die kommunistische Bewegung einfügen. Innerhalb dieser Bewegung sollten sie für eine klassenlose Gesellschaft streiten, in der dem Antisemitismus jede Grundlage genommen werden sollte.[4] Die Befreiung vom Hitler-Regime durch die Armeen der Antihitler-Koalition hatte bei vielen deutschen Kommunisten zu einem „Bestätigungsglauben"[5] von der Richtigkeit der eigenen Sache geführt. Dies und die Dominanz, um nicht zu sagen Omnipräsenz, der sowjetischen Administration bestimmte die Haltung der KPD und alsbald auch der 1946 gegründeten SED gegenüber den in Ostdeutschland lebenden Juden. Doch waren davon auch die Stellungnahmen geprägt, die führende Kommunisten über Schuld und Verantwortung der Deutschen am Nazismus abgaben.

1. Die deutsche Verantwortung für den Judenmord. Stellungnahmen von KPD und SED nach Kriegsende

Während der gesamten Zeit des Nazismus hatte die KPD, wie wir gesehen haben, die Auffassung vertreten, daß die nationalsozialistische Barbarei mitsamt der Judenverfolgung dem deutschen Volk insgesamt fremde Erscheinungen waren. Erste Änderungen dieser Haltung deuteten sich während des Krieges aber unter einigen kommunistischen Exilanten an. Dies erfolgte unter dem Eindruck der systematischen Vernichtung jüdischen Lebens, die allmählich in das Bewußtsein der Geflüchteten zu dringen begann. Ebenso wichtig war, daß vor allem die Emigranten in England den Krieg infolge des Bombenterrors der deutschen Luftwaffe unmittelbar erlebten. Anders als beispielsweise das ausgesprochen stark politisch geprägte mexikanische Exil bestand die Gemeinschaft der Emigranten in Großbritannien vor allem aus Personen, die aus Österreich beziehungsweise den Ländern des ehemaligen Habsburgerreiches stammten oder dorthin zumindest enge Verbindungen hatten. Hinzu kam, daß Lord Vansittarts Auffassungen von einer grundsätzlich negativen Bewertung der gesamten deutschen Vergangenheit und Gegenwart breite Resonanz nicht nur in der Bevölkerung fanden, sondern auch unter dem sich von allem Deutschen abgrenzenden Teil der österreichischen Emigration. Eine Analyse des Organs der Exil-KPD in London, der „Freien Tribüne", ergab, daß die Zeitschrift sich diesen Stimmungen besonders unmittelbar vor Kriegsende nicht mehr verschloß. Namentlich Wilhelm Koenen sah nunmehr eine Mitschuld des gesamten deutschen Volkes, ausdrücklich auch der Arbeiterklasse, am Nazi-Terror, verneinte die Existenz eines relevanten Widerstandes gegen Hitler und bestritt Deutschland das Recht auf einen selbstgelenkten Wiederaufbau wie ein Recht

[4] Zur Politik der Komintern gegenüber den Juden vgl. Mario Keßler, Die Komintern und die jüdische Frage, in: Theodor Bergmann/Mario Keßler (Hg.), Aufstieg und Zerfall der Komintern. Studien zur Geschichte ihrer Transformation (1919–1943), Mainz 1992, S. 202–224; wiederabgedruckt in: Mario Keßler, Antisemitismus, Zionismus und Sozialismus. Arbeiterbewegung und jüdische Frage im 20. Jahrhundert, Mainz 1993, 2. Aufl. 1994, S. 40–65.

[5] Terminus bei Olaf Groehler, Erblasten. Der Umgang mit dem Holocaust in der DDR, in: Hanno Loewy (Hg.), Holocaust. Die Grenzen des Verstehens. Eine Debatte über die Besetzung der Geschichte, Reinbek b. Hamburg 1992, S. 110f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

auf die Grenzen von 1937. Dagegen wandte sich besonders entschieden der nach Mexiko exilierte Paul Merker, dessen Schicksal im nächsten Kapitel geschildert wird.[6] Doch mit dem Ende des Krieges stellte sich die Frage nach kollektiver Schuld und Verantwortung der Deutschen für die KPD-Spitze.

Bereits am 4. Mai 1945 klagte der KPD-Vorsitzende Wilhelm Pieck die deutschen „Werktätigen" an: „Ihr habt auf die Warnungen der Antifaschisten nicht gehört, seid ihren Aufrufen nicht gefolgt", rief er aus. „Ihr ließet Euch blenden von den scheinbaren Erfolgen der Hitlermacht und nahmt in Euch das Nazigift der imperialistischen Raubideologie auf. Ihr wurdet zu Werkzeugen des Hitlerkrieges und habt damit eine große Mitschuld und Verantwortung auf Euch geladen."[7]

Im Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945 wurden die Schuldfrage gestellt und „die gewissenlosen Abenteurer und Verbrecher" namhaft gemacht: „Es sind die Hitler und Göring, die Himmler und Goebbels, die aktiven Anhänger und Helfer der Nazipartei. Es sind die Träger des reaktionären Militarismus, die Keitel, Jodl und Konsorten. Es sind die imperialistischen Auftraggeber der Nazipartei, die Herren der Großbanken und Konzerne, die Krupp und Röchling, Poensgen und Siemens."[8]

Doch auch die Frage nach dem Anteil des Volkes an den nicht wieder gutzumachenden Verbrechen wurde gestellt. Angesichts der Tatsache, daß das Hitler-Regime nicht durch inneren Widerstand zusammengebrochen, sondern durch die Anstrengungen der alliierten Armeen überwunden worden war, hieß es:

„Um so mehr muß in jedem deutschen Menschen das Bewußtsein und die Scham brennen, daß das deutsche Volk einen bedeutenden Teil Mitschuld und Mitverantwortung für den Krieg und seine Folgen trägt. Nicht nur Hitler ist schuld an den Verbrechen, die an der Menschheit begangen wurden! Ihr Teil Schuld tragen auch die zehn Millionen Deutsche, die 1932 bei freien Wahlen für Hitler stimmten, obwohl wir Kommunisten warnten: ‚Wer Hitler wählt, der wählt den Krieg!'

Ihr Teil Schuld tragen alle jene deutschen Männer und Frauen, die willenlos und widerstandslos zusahen, wie Hitler die Macht an sich riß, wie er alle demokratischen Organisationen, vor allem die Arbeiterorganisation, zerschlug und die besten Deutschen einsperren, martern und köpfen ließ. Schuld tragen alle jene Deutschen, die in der Aufrüstung die ‚Größe Deutschlands' sahen und im wilden Militarismus, im Marschieren und Exerzieren das allein seligmachende Heil der Nation erblickten."

Der Aufruf beklagte, daß Millionen Deutsche dem „Gift der tierischen Rassenlehre" anheimgefallen waren und „daß breite Bevölkerungsschichten das elementare Gefühl für Anstand und Gerechtigkeit verloren und Hitler folgten, als er ihnen einen gutgedeckten Mittags- und Abendbrottisch auf Kosten anderer Völker durch Krieg und Raub versprach."

[6] Vgl. Lieselotte Maas, „Unerschüttert bleibt mein Vertrauen in den guten Kern unseres Volkes". Der Kommunist Paul Merker und die Exil-Diskussion um Deutschlands Schuld, Verantwortung und Zukunft, in: Thomas Koebner/Gert Sautermeister/Sigrid Schneider (Hg.), Deutschland nach Hitler. Zukunftspläne im Exil und aus der Besatzungszeit, Opladen 1987, S. 182f.

[7] Wilhelm Pieck, Rundfunkansprache vom 4. Mai 1945, wiederabgedruckt in: Ders., Reden und Aufsätze. Auswahl aus den Jahren 1908–1950, Bd. 1, Berlin (Ost) 1950, S. 424.

[8] Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945, in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III, Bd. 1, Berlin (Ost) 1959, S. 15f. Hiernach auch die folgenden Zitate.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Der Aufruf forderte, die Sache der Demokratisierung Deutschlands, die Sache der bürgerlich-demokratischen Umgestaltung, die 1848 begonnen hatte, zu Ende zu führen.

Walter Ulbricht sagte in einer Rede am 25. Juni 1945 vor Funktionären der KPD, die Tragödie des deutschen Volkes bestehe darin, daß es einer Bande von Verbrechern gehorcht habe. „Es wäre zum Schaden unserer eigenen Nation", so Ulbricht, „wenn wir nicht den Mut aufbringen würden anzuerkennen, daß die deutsche Arbeiterklasse und das schaffende Volk geschichtlich versagt haben."[9]

Die führenden Kommunisten erinnerten an die Opfer des Naziterrors. „Die Welt schreit auf vor Entsetzen", so Pieck in der erwähnten Rede, „über die unmenschlichen Grausamkeiten, die von der Nazibande in ihren Vernichtungslagern in Buchenwald, Sachsenhausen, Dachau, Belsen, Auschwitz, Majdanek und in den vielen anderen an Millionen von Menschen verübt wurden."[10] Die fabrikmäßig betriebene Menschenvernichtung wurde vom ZK der KPD im Aufruf vom 11. Juni 1945 angeprangert.[11] Auch Walter Ulbricht machte das deutsche Volk dafür mitverantwortlich, daß es „die Haßpropaganda gegen das französische, polnische, russische und englische Volk" zugelassen habe.[12]

Die Unterschiede zum Aufruf „Gegen die Schmach der Judenpogrome" vom November 1938 fallen ins Auge. Die Klasseninteressen, denen das Naziregime nach Meinung der KPD-Politiker dienten, wurden klar benannt, auch der Trennungsstrich zwischen Eliten und Beherrschten in Deutschland wurde gezogen - 1938 wie 1945. Das Problem der Mitschuld großer Teile des deutschen Volkes an den Verbrechen hatte jedoch vor dem Zweiten Weltkrieg für die KPD nicht gestanden. Unter dem Eindruck von Millionen Ermordeter kamen die Kommunisten nicht umhin, sich das Scheitern ihrer Hoffnungen auf eine Isolierung der Nazi-Machthaber innerhalb Deutschland einzugestehen. Ihre Schlußfolgerungen konnten kaum überraschen.

Doch neben der Forderung nach einem Schuldbekenntnis aller Mittäter und sogenannten Mitläufer kann ein zweiter Unterschied zum Aufruf von 1938 nicht übersehen werden: Weder im Zusammenhang mit den nazistischen Konzentrationslagern, noch der Vernichtungspolitik oder Frage nach den Hintermännern und Nutznießern des Naziregimes wurden die Juden als diejenige Gruppe von Menschen genannt, die zum Hauptopfer der Vernichtungspolitik geworden war. Edmund Silberner sah darin eine Anlehnung der KPD-Führung an den „Sowjetimperialismus", wobei man „eben damals in der Sowjetunion nicht über die Ausrottung der Juden zu sprechen (pflegte), weshalb auch die KPD die Juden nicht beim Namen nannte."[13]

Die Diskussionen um Schuld und Verantwortung der Deutschen entzündeten sich in den ersten Nachkriegsjahren, wie Olaf Groehler herausgearbeitet hat,[14] weder am Nürnberger

[9] Walter Ulbricht, Rede vom 25. Juni 1945, wiederabgedruckt in: Ders., Reden und Aufsätze, Hamburg 1968, S. 27f.

[10] Pieck, Rundfunkansprache, S. 424.

[11] Aufruf des ZK der KPD, S. 17.

[12] Ulbricht, Rede vom 25. Juni 1945, S. 27.

[13] Edmund Silberner, Kommunisten zur Judenfrage. Zur Geschichte von Theorie und Praxis des Kommunismus, Opladen 1983, S. 293f.

[14] Olaf Groehler, die Diskussion um die Judenverfolgung in SBZ und DDR, in: Mario Keßler (Hg.), Arbeiterbewegung und Antisemitismus. Entwicklungslinien im 20. Jahrhundert, Bonn 1993, S. 79–85.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Prozeß noch an der Aufklärungsarbeit der Alliierten oder antifaschistischen Filmen wie Wolfgang Staudtes „Die Mörder sind unter uns" oder Kurt Maetzigs „Ehe im Schatten". Vielmehr waren aktuelle Ereignisse dafür verantwortlich. 1947 waren in ganz Deutschland antisemitische Vorfälle zu registrieren. In Berlin und in Garmisch-Partenkirchen kam es im Anschluß an Filmaufnahmen über die Rückkehr exilierter deutscher Juden aus Schanghai sowie über die Wiedereinweihung der Münchner Synagoge zu Tumulten. Jüdische Friedhöfe wurden entweiht, so in Berlin, in Oranienburg in unmittelbarer Nähe des KZ Sachsenhausen, in Chemnitz und Zwickau.[15] Diese „Zwischenfälle und Ausschreitungen in verschiedenen Teilen Deutschlands (würden) beweisen, daß der Antisemitismus in einer latenten Form nach wie vor in unserem Volke schlummert", hieß es in einer Erklärung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) vom Oktober 1947.[16]

Diese Erklärung wurde mit einem Aufruf zur Vorbereitung von Gedenkfeiern aus Anlaß der sogenannten Reichskristallnacht verbunden. Die im November 1947 in vielen deutschen Städten veranstalteten Gedenkfeiern waren, so Groehler, „in ihrem Kern eine einzige Anklage gegen den deutschen Nachkriegsantisemitismus."[17] Die im früheren Zentralen Parteiarchiv der SED gesammelten Unterlagen belegen die Richtigkeit dieser Feststellung. Hellmut Bock, ein leitender VVN-Funktionär, mußte in seiner Rede am 9. November 1947 zahlreiche Beispiele dafür anführen, daß der Ungeist der Pogromnacht von 1938 noch keinesweg tot war.[18] Noch intensiver befaßten sich SED und VVN mit dem bedrückenden Thema im folgenden Jahr, in dem sich die organisierte Pogromwelle der Nazis zum zehnten Mal jährte. In bewegenden Worten wies Paul Merker im „Neuen Deutschland" auf „Die Hintergründe der Kristallnacht" (so der Titel seines Aufsatzes) hin.[19] Die „Tägliche Rundschau", die Zeitung der sowjetischen Besatzungsmacht, brachte einen mit „J. B." gezeichneten längeren Artikel über „Kristallnacht, Rassismus, Israel. Das Problem des Judentums und seine Lösung in der Sowjetunion".[20] Auch beinahe alle anderen relevanten Zeitungen und Zeitschriften in Deutschland - bürgerliche, sozialdemokratische und kommunistische - widmeten kürzere oder längere Beiträge dem zehnten Jahrestag der Reichspogromnacht.[21]

Im Jahre 1948 erschienen in der SBZ auch erste Arbeiten über die Ursachen und Hintergründe des Antisemitismus in Deutschland, in dessen Resultat ein Großteil des europäischen Judentums planmäßig-technokratisch ausgerottet worden war: die beiden Broschüren von Stefan Heymann, einem Überlebenden der nazistischen Todesfabriken, und von Siegbert Kahn, einem Wirtschaftswissenschaftler, der aus britischem Exil zurückgekehrt war. Beide im Dietz-Verlag erschienenen Arbeiten knüpften an wichtige Einsichten

[15] Vgl. SAPMO-BArch, ZPA V, 278/2/139.

[16] Ebenda.

[17] Groehler, Die Diskussion ..., S. 81.

[18] SAPMO-BArch, ZPA V, 278/2/139. Vgl. auch das Referat von Leon Löwenkopf zur Erinnerung an die „Kristallnacht" des 9. November 1938, am 9. November 1947 im Hygiene-Museum zu Dresden. Ebenda.

[19] Paul Merker, Die Hintergründe der Kristallnacht, in: ND, 9., 10. November 1948.

[20] J. B., Kristallnacht, Rassismus, Israel. Das Problem des Judentums und seine Lösung in der Sowjetunion, in: Tägliche Rundschau, 10. November 1948.

[21] Vgl. die Zusammenstellung von Zeitungsausschnitten, in: SAPMO-BArch, ZPA V, 278/2/139: Generalsekretariat VVN (Hochschulgruppen).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

aus den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen an, besonders an die unheilvolle Allianz zwischen Naziführung und Teilen der deutschen Eliten, dem Großkapital und den Junkern. Sie verwiesen auf den historischen Platz und die soziale Funktion von Rassismus und Antisemitismus. Der mörderische Judenhaß war für Heymann und für Kahn das zentrale Element von Hitlers Ideologie, weit wichtiger noch als Antikommunismus und Antisozialismus.[22]

Siegbert Kahns Arbeit war noch aus zwei weiteren Gründen bemerkenswert: Zum einen forderte Kahn, daß „jeder Deutsche, der jüdisches oder anderes fremdes Eigentum angetastet oder im Verlauf der ‚Arisierung' erschlichen hat, jeder, der sich an Unschuldigen vergangen, der jüdische oder ausländische Zwangsarbeiter mißhandelt oder ausgebeutet hat, sie alle müssen der strafenden Gerechtigkeit ausgeliefert werden ... Es wird darüber hinaus auch notwendig sein, im Rahmen der wirtschaftlichen Gegebenheiten eine Wiedergutmachung für die an den Juden begangenen Verbrechen zu leisten. Was in Theresienstadt, in Auschwitz und Buchenwald, in Dachau und Lublin geschehen ist, kann nicht wiedergutgemacht werden ... (Doch) die Unterstützung der Juden bei der Wiederherstellung ihres vernichteten religiösen, kulturellen und sozialen Lebens ist eine Ehrenpflicht der neuen deutschen Demokratie. Jedem Juden muß die vorbehaltlose gleichberechtigte Einreihung in das deutsche Leben sowohl wie die Entfaltung jüdischen Eigenlebens gewährleistet werden. Es darf weder eine erzwungene Abschließung noch eine erzwungene Assimilation der Juden geben."[23]

Einzig Paul Merker forderte ähnlich eindringlich die kollektive Pflicht der Deutschen zur größtmöglichen Restitution für die an den Juden begangenen Verbrechen, wovon im folgenden noch die Rede sein wird. Wie Merker bezweifelte Kahn die universelle Gültigkeit der marxistischen Forderung nach Assimilation der Juden. Diese sei, so die Folgerung beider, nach Auswitz mindestens fragwürdig geworden.

Damit ist der zweite Punkt angeschnitten, durch den sich Kahns Arbeit vom Gros der marxistischen Literatur abhob. Zwar zitierte er ausgiebig den „marxistischen Klassiker" Stalin und seine Anhänger, doch er verschwieg nicht, daß „die deutsche Arbeiterbewegung nicht immer die wahre Bedeutung der antisemitischen Agitation und vor allem nicht die Gefahr (erkannte), die der Antisemitismus für alle fortschrittlichen Bewegungen darstellt ... Anstatt unverzüglich einen energischen Kampf gegen ihn aufzunehmen, betrachtete die Sozialdemokratie den Antisemitismus nur als einen ‚Froschmäusekrieg' zwischen verschiedenen Fraktionen der Bourgeoisie und bezog eine Stellung *über* den Parteien ... Das Verhalten in der deutschen Sozialdemokratie in der Frage des Antisemitismus war also nicht dazu angetan, ein wahrhaft politisches Bewußtsein in der deutschen Arbeiterschaft herzustellen ... Es war eine zünftlerische Politik, die nur nach den engsten Sonderinteressen urteilte und nicht begriff, daß es die Aufgabe der Arbeiterbewegung in Deutschland mehr noch als in jedem anderen Lande sein mußte, sich der Sache aller Unterdrückten anzunehmen, gegen jede Form von Reaktion zu kämpfen und das Unrecht auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens anzuprangern und auszumerzen."[24]

[22] Stefan Heymann, Marxismus und Rassenfrage, Berlin 1948; Siegbert Kahn, Antisemitismus und Rassenhetze. Eine Übersicht über ihre Entwicklung in Deutschland, Berlin 1948.

[23] Kahn, S. 90f.

[24] Ebenda, S. 55f. Hervorhebung im Text.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Diese eindringliche Kritik betraf die Politik der deutschen Sozialdemokratie vor 1914. In der unmittelbaren Nachkriegszeit konnten in der SBZ die Fehler, Versäumnisse, Irrtümer und Illusionen der Arbeiterbewegung weit offener als später benannt werden. Es bleibt festzuhalten, daß eine solche - von der neueren Forschung inzwischen oft bestätigte - Bewertung[25] durch die spätere DDR-Historiographie auch nicht annähernd geteilt wurde. Ein knappes Vierteljahrhundert nach Kahns Büchlein erschien Walter Mohrmanns Dissertation zum Antisemitismus im Kaiserreich und in der Weimarer Republik als Monographie. Dieses Buch, das übrigens einige empirische Ergebnisse vor allem der angelsächsischen Forschung schlichtweg ignorierte, verschwieg die wichtigsten Punkte der Kritik marxistischer und nichtmarxistischer Historiker an der Haltung der deutschen Arbeiterbewegung zum Antisemitismus.[26]

Siegbert Kahn äußerte die Hoffnung auf „eine freie und bessere Zukunft" des deutschen Volkes, „befreit von der faschistischen Gewaltherrschaft, befreit aber auch von der erniedrigenden Rassenhetze und von allen reaktionären Traditionen des deutschen Geisteslebens..."[27] Diese Hoffnung stand in direktem Gegensatz zu Verdammungsurteilen etwa von Alexander Abuschs „Irrweg einer Nation", ganz zu schweigen vom Verdikt der „deutschen Daseinsverfehlung" durch Ernst Niekisch.[28]

2. Schuld und Sühne: Reparation und Restitution in der Sowjetischen Besatzungszone

Bereits im Sommer und Frühherbst 1945 wurden in den Provinzen bzw. Ländern der SBZ durch die sowjetische Militärverwaltung Richtlinien und Verordnungen zur Restitution und zur Versorgung oder Betreuung der Opfer des Nazismus erlassen.[29] Entsprechende Beschlüsse galten in Brandenburg seit dem 24. August 1945, in Sachsen seit dem 9. September, in Thüringen seit dem 14. September, aber in Mecklenburg erst ab Juni 1946. In Berlin hatte

[25] Vgl. u.a. Rosemarie Leuschen-Seppel, Sozialdemokratie und Antisemitismus im Kaiserreich. Die Auseinandersetzungen der Partei mit den konservativen und völkischen Strömungen des Antisemitismus 1878-1914, Bonn 1978; Marjorie Lamberti, Liberals, Socialists and the Defense against Antisemitism in the Wilhelminian Period, in: Leo Baeck Institute, Yearbook XXV, London 1980, S. 147-162; Robert S. Wistrich, German Social Democracy and the Problem of Jewish Nationalism 1897-1917, in: Ebenda, Yearbook XXI, London 1976, S. 109-142; Jack Jacobs, Sozialisten und die „jüdische Frage" nach Marx, Mainz 1994, S. 132ff.

[26] Walter Mohrmann, Antisemitismus. Ideologie und Geschichte im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Berlin (Ost) 1972.

[27] Kahn, S. 93.

[28] Alexander Abusch, Der Irrweg einer Nation, Berlin 1945; Ernst Niekisch, Deutsche Daseinsverfehlung, Berlin 1946.

[29] Für die folgenden Zahlen vgl. SAPMO-BArch, ZPA IV 2/2027/29, Bl. 31: Deutsche Zentralverwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge in der SBZ, Referat OdF. Vgl. auch Angelika Timm, Der Streit um Restitution und Wiedergutmachung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, in: Babylon. Beiträge zur jüdischen Gegenwart, 1992, Nr. 10/11, S. 125-138; Olaf Groehler, Integration und Ausgrenzung von NS-Opfern. Zur Anerkennungs- und Entschädigungsdebatte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, in: Jürgen Kocka (Hg.), Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien, Berlin 1993, S. 105-127.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

der neugebildete Magistrat bereits am 30. Mai 1945 eine „Anordnung über Hilfsmaßnahmen für die Opfer des Faschismus (OdF) und deren Angehörige" erlassen. Diese wurde am 7. November 1946 durch „Richtlinien für die Gewährung von Vorauszahlungen auf die Wiedergutmachung für die durch das Nazi-Regime verursachten Schäden" ergänzt. Bei den letztgenannten Festlegungen wurde unterschieden zwischen Kämpfern gegen den Faschismus, Opfern des Faschismus und Opfern der Nürnberger Gesetzgebung. Am 30. April 1946 waren deshalb im Berliner Raum 4 614 Kämpfer gegen den Faschismus, 1 902 Opfer des Faschismus und 9 286 Opfer der Nürnberger Rassengesetzgebung erfaßt worden.

Während in Berlin zwischen den drei genannten Gruppen von Menschen unterschieden wurde, nannte eine Aufstellung der Deutschen Zentralverwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge in der SBZ vom 18. Juni 1946 zwei Gruppen: die Kämpfer gegen den Faschismus, zu denen 15 536 Personen gezählt wurden, und die Opfer des Faschismus, 42 287 Personen.

Die Zuordnung zu einer dieser beiden Gruppen war keineswegs unproblematisch. Bereits im Verlauf seiner ersten Sitzungen hatte der Berliner Hauptausschuß der OdF den Begriff des Kämpfers eingegrenzt. Am 3. Juli 1945 veröffentlichte das KPD-Zentralorgan, die „Deutsche Volkszeitung", einen Bericht über die erste Sitzung des Hauptausschusses. Darin hieß es:

„Opfer des Faschismus sind Millionen Menschen und alle diejenigen, die ihr Heim, ihre Wohnung, ihren Besitz verloren haben. Opfer des Faschismus sind die Männer, die Soldat werden mußten und in die Bataillone Hitlers eingesetzt wurden, sind alle, die für Hitlers verbrecherischen Krieg ihr Leben geben mußten. Opfer des Faschismus sind die Juden, die als Opfer des faschistischen Rassenwahns verfolgt und ermordet wurden, sind die Bibelforscher und die ‚Arbeitsvertragssünder'. Aber soweit können wir den Begriff ‚Opfer des Faschismus' nicht ziehen. Sie haben alle geduldet und Schweres erlitten, aber sie haben nicht gekämpft! Diesen Menschen wird und muß im Rahmen der allgemeinen Fürsorge geholfen werden."[30] Im August 1945 wiederholte Ottomar Geschke, erster Bezirkschef der Berliner KPD, diese Äußerung wortwörtlich in einem Interview für den Rundfunk.[31] Dementsprechend schloß der Hauptausschuß der OdF bereits Anfang Juli 1945 Juden und Bibelforscher aus der Kategorie der Kämpfer aus.[32]

Doch kam es innerhalb des OdF-Ausschusses darüber zu heftigen Auseinandersetzungen. Sowohl Probst Heinrich Grüber, Leiter des „Evangelischen Hilfswerkes für nichtarische Christen", wie der Auschwitz-Überlebende Julius Meyer forderten eine Revidierung des Beschlusses.[33] Ihre Bemühungen blieben nicht ohne Erfolg, denn am 25. September berichtete die „Deutsche Volkszeitung", daß der Hauptausschuß künftig dafür Sorge tragen wolle, „die rassisch Verfolgten in den Kreis der von ihm betreuten Opfer des Faschismus einzubeziehen. Sie, die einem machtpolitisch begründeten Rassenwahn zum Opfer fielen, haben Ungeheures erlitten, und es ist Pflicht der Gesellschaft, ihre Not zu lindern. Ihre Betreuung durch den Hauptausschuß wird daher durch eine besondere Abteilung desselben

[30] DVZ, 3. Juli 1945. Doch bereits am 15. September wies das Blatt in einem Beitrag auf die besonderen Opfer der Juden hin.

[31] Vgl. Olaf Groehler, „Aber sie haben nicht gekämpft!", in: Konkret, 1992, Nr. 5, S. 38.

[32] Vgl. DVZ, 3. Juli 1945.

[33] Vgl. Clemens Vollnhals (Hg.), Die evangelische Kirche nach dem Zusammenbruch. Berichte ausländischer Beobachter aus dem Jahre 1945, Göttingen 1988, S. 96; Groehler, Integration und Ausgrenzung ..., S. 109.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

geschehen." Die Leitung dieser Abteilung übernahm Julius Meyer, sein Stellvertreter wurde Heinz Galinski.[34]

Die Haltung zu den rassisch Verfolgten stand auch im Mittelpunkt einer Funktionärskonferenz in Leipzig, zu der am 27. und 28. Oktober 1945 etwa 200 Delegierte der Landesgremien der OdF zusammentraten. Der Leiter der Kulturabteilung im OdF-Hauptausschuß und Auschwitz-Überlebende Heinz Brandt meinte, daß Juden zwar mehrheitlich keine Kämpfer gewesen seien, aber unter kommunistischer Führung zu Kämpfern werden könnten. Ein Delegierter aus Thüringen stellte die Frage, ob alle Juden Opfer des Faschismus seien und beantwortete sie, wenn auch „schweren Herzens", bejahend.[35] Kritisiert wurde auf der Tagung, daß bislang kaum Sozialfürsorgemaßnahmen für die jüdischen Opfer ergriffen worden waren. Allerdings tauchte zumindest einmal eine antisemitische Denkfigur in der Debatte auf, als Jenny Matern erklärte: „Die Frage der finanziellen Unterstützung - das möchte ich ganz offen und ehrlich aussprechen - spielt in diesen Kreisen eine besondere Rolle, die oft nicht sehr glücklich ist"; mit „diesen Kreisen" waren die jüdischen Nazi-Opfer gemeint.[36]

Als Kompromißlösung erhielten diejenigen Juden den Status des Opfers und einen entsprechenden Ausweis zuerkannt, die im KZ gewesen waren, in der Illegalität überlebt oder zum Tragen des gelben Sterns verurteilt worden waren, nicht aber die sogenannten Mischlinge oder Juden, die mit nichtjüdischen Ehepartnern verheiratet waren. Etwas zynisch wurde festgehalten: „Im allgemeinen haben sie keine so besonderen Schwierigkeiten gehabt, daß man sie als Opfer ansehen kann, und wir werden sie dann also auch nicht anerkennen."[37]

Für Olaf Groehler stand bereits damals fest, „daß schon zu diesem frühen Zeitpunkt die Gegnerschaft zum Nationalsozialismus verhängnisvoll an politische Vorgaben geknüpft worden ist, die nur jenem Antifaschismus ‚Echtheit' bescheinigten, der zugleich, dem Politikverständnis der Komintern folgend, auch die gesellschaftlichen Verhältnisse umstürzen wollte, die den Faschismus hervorgebracht hatten. Da es gemäß der Dimitroffschen Definition einen untrennbaren Zusammenhang zwischen Faschismus und Monopolkapitalismus gab,[38] mußte, wer als ‚echter' Antifaschist gelten wollte, sich also das Ziel setzen, den Kapitalismus zu beseitigen. Mochte sich die Programmatik anderer politischer Parteien nach 1945 immerhin teilweise und vorübergehend mit diesem Ziel decken, so bereitete der Umgang mit den jüdischen Opfern des nationalsozialistischen Terrorregimes erhebliche Schwierigkeiten."[39]

Diese 1992 in der Zeitschrift „Konkret" erschienene Aussagen lösten unter anderen prominenten Historikern der früheren DDR einen Sturm des Protestes aus. Jürgen Kuczynski mußte eingestehen, „daß man Antisemitismus bzw. seine Nachwirkungen auch bei

[34] DVZ, 25. September 1945. Der Artikel trug die bemerkenswerte Überschrift „Juden sind auch Opfer des Faschismus. Arbeitsprogramm der antifaschistischen Kämpfer".

[35] Archiv der Internationalen Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (IVVdN), Akte 27. Oktober 1945, Leipzig, Bl. 112f.; zit. in: Groehler, Integration und Ausgrenzung ..., S. 110f.

[36] Archiv des IVVdN, Bl. 156; zit. ebenda, S. 111.

[37] Archiv des IVVdN, Bl. 204; zit. ebenda.

[38] Der Faschismus an der Macht war, so Georgi Dimitroff auf dem VII. Weltkongreß der Komintern 1935, "die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals." VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale. Referate und Resolutionen, Berlin (Ost) 1975, S. 93.

[39] Groehler, „Aber sie haben nicht gekämpft", S. 39.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

mittleren (natürlich nicht hohen) Funktionären der SED finden konnte", und brachte ein Beispiel: Als 1946 „das erste gesellschaftswissenschaftliche Buch in unserer Republik (der SBZ; M. K.) erschien, übergab der Cheflektor des Gewerkschaftsverlages mir, dem Autor, das Buch mit der Bemerkung: ‚Eigentlich war ich gegen die Veröffentlichung. Mir scheint es taktisch falsch, als erstes das Buch eines jüdischen Autors herauszubringen.'"[40] Auch Kurt Gossweiler, der sich in sehr schrillen Tönen gegen Groehlers Darlegungen wandte und ihm Behauptungen „Aus dem Arsenal des Kalten Krieges" (so die Artikelüberschrift) vorwarf, mußte die Fakten anerkennen. Er konnte nicht bestreiten, daß bei den Ehrenpensionen „nur die aktiven Kämpfer gegen den Faschismus berücksichtigt werden sollten. Diese Entscheidung", so Gossweiler weiter, „war falsch, rief berechtigten Protest hervor und wurde nur wenige Wochen später korrigiert – (übrigens nur unvollständig, weil bekanntlich noch etliche Opfer-Gruppen, wie Roma und Sinti, Homosexuelle u. a. ausgeschlossen blieben)."[41] Hinzuzufügen wären die Bibelforscher, deren Gemeinschaft von der KPD argwöhnisch beobachtet wurde.[42] Es dauerte bis zum Juni 1946, ehe die Zuerkennung von Pensionen auf rassisch Verfolgte ausgedehnt wurde.[43]

Der jüdische KPD-Mitarbeiter Leo Zuckermann schrieb zu dieser Problematik am 27. April 1948 in der „Weltbühne": „Die Wiedergutmachung[44] erstreckt sich hauptsächlich auf zwei Gruppen von Verfolgten: auf die politisch Verfolgten und auf die Juden. Beiden Gruppen ist gemeinsam, daß sie vom Naziregime auf das brutalste verfolgt wurden. Doch geschah die Verfolgung nicht aus den gleichen Gründen. Der politische Gegner des Nationalsozialismus ... führte den Kampf aus freiem, eigenem Entschluß mit dem Ziel auf Beseitigung der faschistischen Staatsmacht ... Seine Belohnung erblickt der kämpfende Antifaschist darin, daß der faschistische Machtapparat zerstört wurde, die Reste des Faschismus ausgerottet werden und eine demokratische Gesellschaftsordnung errichtet wird, die ihm und allen ein menschenwürdiges Dasein sichert."[45]

Grundsätzlich anders stehe das Problem „für die ehemals verfolgten und politisch nicht aktiven Juden", so Zuckermann weiter: „Der Nazistaat hatte dem gesamten jüdischen Volk den Krieg erklärt. Es ging nicht um die Beseitigung eines politischen Gegners im Innern, sondern um die Ausrottung einer nationalen Minderheit. Aus diesem grundlegenden Unterschied ergibt sich eine unterschiedliche Wiedergutmachung."[46]

Dem „jüdischen Volk" billigte Zuckermann „die gleichen Ansprüche auf Wiedergutmachung" wie allen anderen „überfallenen Völkern" zu. Während jedoch die im Ausland lebenden Juden einen Kollektivanspruch auf Restitution hätten, den auch ein zu gründender jüdischer Staat Israel einfordern könne, besäßen die nach Deutschland zurückkehrenden (oder dort überlebt habenden) Juden einen „Anspruch auf Rückgabe des ihnen von den Nazis geraubten Eigentums, soweit dieses Eigentum noch ermittelt werden kann."[47]

[40] Jürgen Kuczynski, Wo wäre das anders gewesen?, in: Konkret, 1992, Nr. 8, S. 44.
[41] Kurt Gossweiler, Aus dem Arsenal des Kalten Krieges, in: Ebenda, S. 46.
[42] Vgl. Groehler, Integration und Ausgrenzung ..., S. 112.
[43] Vgl. ebenda, S. 112f.
[44] Ich verwende durchgängig – außer in Zitaten – statt des Terminus' "Wiedergutmachung" den Begriff der Restitution. Die Verbrechen der Nazis konnten nicht "wiedergutgemacht" werden.
[45] Leo Zuckermann, Restitution und Wiedergutmachung, in: Die Weltbühne, 1948, Nr. 17, S. 431.
[46] Ebenda.
[47] Ebenda, S. 432.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Zuckermann gab in seinem Artikel durchaus den damaligen Diskussionsstand innerhalb der SED wieder. In einem Protokoll des Zentralsekretariats der SED vom 19. November 1946 findet sich die Forderung, „daß die enge Verbindung zwischen der Organisation der OdF und der Partei (im zentralen und im Berliner Maßstab) sichergestellt wird."[48] Zentralsekretariatsmitglied Paul Merker engagierte sich nach seiner Rückkehr aus mexikanischer Emigration im Juli 1946 besonders für die Belange der Juden. Im Dezember 1946 wandte er sich gegen den Gebrauch des Terminus „Mischling", da solche „unfundierten nazistischen Ausdrücke ... nur der Rassenhetze" dienten.[49] Er brachte diesen Einwand vor im Zusammenhang mit den erwähnten Richtlinien über die Anerkennung von Opfern des bzw. Kämpfern gegen den Faschismus. Im Januar 1947 ersuchte Merker den OdF-Hauptausschuß um konkrete Vorschläge zur Restitution bezüglich der in den Jahren 1933 bis 1945 Verfolgten und ließ von einem Mitarbeiter der Abteilung Arbeit und Sozialfürsorge im SED-Zentralsekretariat einen Bericht über die Lage der jüdischen Bevölkerung in der SBZ erstellen. Dieser Bericht wurde dem Parteivorstand am 28. Februar 1947 zugeleitet. Das Gutachten beklagte die schleppende Ausführung ergangener Verfügung zur Besserung der Lage der Juden, deren Zahl für die SBZ mit 1 500 angegeben wurde. Selbst die „Forderung der jüdischen Bevölkerung über Rückgabe der geraubten Möbel und Wohnungen" wurde als „sehr entfernt von ihrer praktischen Verwirklichung" eingeschätzt. Auch auf die Notwendigkeit einer „energische(n) Bekämpfung schon wieder aufkommender antisemitischer Tendenzen" wurde verwiesen. Das Fehlen eines Gesetzes zur Bekämpfung des Antisemitismus wurde kritisiert. „Viele Juden", hieß es weiter, „seien sehr enttäuscht über die Lage in Deutschland und es bestehe daher bei vielen die Absicht, auszuwandern."[50]

Am 8. April 1947 erhielt Merker einen streng vertraulichen Bericht eines Weimarer Polizeioffiziers, in dem es hieß: „Es ist festgestellt worden, daß zwischen der polnischen und der sowjetischen Besatzungszone[51] ein umfangreicher Menschenhandel getrieben wird. Es handele sich dabei meistens um Ostjuden: Es ist von seiten der zuständigen Stellen (darauf) zu achten, daß vor allen Dingen in größeren Städten irgendwelche aus dem Osten eingewanderten Juden keine Zuzugsgenehmigung erhalten. Es ist im großen ganzen für das Thüringer Land nicht erwünscht, daß solche Personen seßhaft werden. Sollte schon irgendwo in Städten die Zuzugsgenehmigung an solche Personen erteilt sein, (ist) sie, wenn irgend möglich, rückgängig zu machen. Auf dem Land sind diese Personen unter strengste Kontrolle zu nehmen, um ihnen jede Möglichkeit abzuschneiden, irgendwo als Gewerbetreibende oder selbständige Kaufleute aufzutreten. Meistens sind diese Leute im Besitz von ‚Opfer-des-Faschismus-Ausweisen, worauf auf keinen Fall Rücksicht genommen (zu) werden braucht."[52]

[48] SAPMO-BArch, ZPA IV 2/2027/29, Bl. 159: Protokoll Nr. 55 der Sitzung des Zentralsekretariats vom 19. November 1946.

[49] Zit. in: Timm, Der Streit um Restitution ..., S. 129.

[50] SAPMO-BArch, ZPA IV 2/2027/30, Bl. 42: Rücksprache von Nettball (SED) mit dem Generalsekretär der Jüdischen Gemeinde Mendelsohn.

[51] Mit polnischer Besatzungszone waren die Gebiete des ehemaligen Deutschen Reiches gemeint, die entsprechend dem Potsdamer Abkommen zunächst unter polnische Verwaltung gestellt wurden.

[52] SAPMO-BArch, ZPA IV 2/2027/30, Bl. 60: Hausmann, Polizei-Inspektion Nord-Mitte, Erfurt, 8. April 1946 an Merker (die im Archiv befindliche Abschrift vom 24. April 1946 weist erhebliche, hier korrigierte, orthographische und syntaktische Mängel auf).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Daß „diese Leute" als „displaced persons"[53] - so wurden sie allerdings nur im Westen bezeichnet - sich um einen Neuanfang nach Jahren grausamster Verfolgung bemühten, war dem Polizei-Bürokraten offenbar keine Überlegung wert. Schuld und Verantwortung gegenüber den Hauptopfern des Naziterrors waren in den ersten Nachkriegsjahren keineswegs Allgemeingut im Denken und Fühlen der Deutschen. Angesichts ihres eigenen Überlebenskampfes und der oft als demütigend empfundenen Niederlage sowie Besetzung Deutschlands durch die Alliierten blieb das Mitgefühl mit den Menschen, die durch deutsche Schuld entsetzlich gelitten hatten, begrenzt. Dies galt natürlich auch für die SBZ. „Die russische Besatzungsarmee", schrieb Ruth Fischer an den amerikanischen Journalisten Louis Lochner, „betrat das Land mit einem gut durchdachten politischen Konzept; das Bild sah nur widerspruchsvoll und verwirrt aus für diejenigen, die nicht aufhören, den russischen Kurs als eine Improvisation aufzufassen. Das Wegschleppen der Industrie für russische Reparationszwecke hatte, neben der offenkundigen wirtschaftlichen, eine wichtige politische Bedeutung. Erfassung der Sachwerte als Reparation ist dasjenige Instrument der russischen Politik, das der endgültigen Vernichtung der deutschen Bourgeoisie dient." Ruth Fischer erkannte an: „Es hat nichts zu tun mit dem Morgentauplan und zielt keineswegs auf eine spätere Agrarisierung Deutschlands."[54] Isaac Deutscher, der in der unmittelbaren Nachkriegszeit als Korrespondent des Londoner „Observer" auch die SBZ bereiste, bat um Verständnis für die sowjetischen Maßnahmen, indem er an die schweren Verwüstungen erinnerte, die die deutsche Besetzung der westlichen UdSSR hinterlassen hatte. „Es gibt viele Fehler in den russischen Methoden", schrieb er im Dezember 1945, „aber sie haben wenigstens das Verdienst, daß sie breiten Teilen des deutschen Volkes das Gefühl geben, daß die sozialen Veränderungen in ihrem Interesse geschahen"; Deutscher bezog sich auf die Bodenreform und die begonnene Verstaatlichung der Industrie.[55] An anderer Stelle wies er jedoch darauf hin, daß die russische Politik mit einer „Racheorgie" die Bevölkerung ihrer Besatzungszone niemals auf ihre Seite bringen werde.[56] Die Enttäuschung der Arbeiterklasse sei zu groß; beigetragen dazu hätten die harte Reparations- und Demontagepraxis, die Vertreibung von zehn Millionen Deutscher aus den Ostgebieten, die Plünderungen und Gewalttätigkeiten der Rotarmisten nach dem Einmarsch in Deutschland. „Die Russen sind wie hungrige Heuschreckenschwärme nach Deutschland gekommen", urteilte Deutscher, mit dem Gefühl, „daß sie sich zurückholen würden, was die Deutschen ihnen geraubt hatten."[57]

[53] Der Begriff „displaced persons" bezeichnete Angehörige alliierter Staaten, die sich als Folge des Krieges außerhalb ihrer Heimatländer befanden. In der SBZ wurde der Begriff nicht verwendet. Vgl. Wolfgang Jacobmeyer, Vom Zwangsarbeiter zum heimatlosen Ausländer. Die Displaced Persons in Westdeutschland 1945–1951, Göttingen 1985; ders., Jüdische Überlebende als „Displaced Persons", in: Geschichte und Gesellschaft, 1983, Nr. 3, S. 421–452; Angelika Königseder/Juliane Wetzel, Lebensmut im Wartesaal. Die jüdischen DPs (Displaed Persons) im Nachkriegsdeutschland, Frankfurt a.M. 1995.

[54] Ruth Fischer an Louis Lochner, Mai 1946, in: Hoover Institution on War, Revolution and Peace, Stanford, California, Louis Lochner Collection, Box No. 4, Folder Germany.

[55] Isaac Deutscher, in: Observer, 30. Dezember 1945, zit. in Ludger Syré, Isaac Deutscher - Marxist, Publizist, Historiker. Sein Leben und Werk 1907–1967, Hamburg 1984, S. 366, Anm. 43.

[56] Deutscher in: Economist, 27. Oktober 1945, zit. ebenda, S. 367, Anm. 51.

[57] Deutscher in: Observer, 7. Oktober 1945, zit. ebenda. Über ähnliche Situationen existieren allerdings auch Berichte aus der französischen Besatzungszone; vgl. die Materialien in: Hoover Institution, Louis Lochner Collection, Box No. 2, Folder: French Occupation Zone - Essay, mit Angaben besonders über die Lage in Freiburg/Br.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Aus dem kubanischen Exil warnte August Thalheimer 1945 vor einer Politik der Siegermächte, die neuen Nationalismus in Deutschland hervorrufen würde und kritisierte in diesem Sinne die gewaltsame Umsiedlung von Millionen Menschen aus ihrer bisherigen Heimat östlich von Oder und Lausitzer Neiße.[58] Mit administrativ-bürokratischen „Bestimmungen über die Auflösung der Organisationen und Apparate der Nazis, über Bestrafung gewisser Kategorien von Nazis und über die berühmte Umerziehung", so Thalheimer, „kann man einige oder viele Nazis vernichten, aber nicht den Nazismus. Im Gegenteil, man hält ihn damit am Leben und züchtet neuen Nazismus. Die Vernichtung des Nazismus kann nur durchgeführt werden als eigene, freie Handlung des deutschen Volkes. Wird sie von fremden Eroberern durchgeführt, wird sie unausweichlich das nationale Selbstgefühl verletzen."[59] 1947 führte Thalheimer das Buchenwalder Manifest[60] als Beweis dafür an, daß unmittelbar nach Kriegsende „die deutschen klassenbewußten Arbeiter von sich aus bereit waren, das zusammengebrochene Nazi-Regime, im Wesen der Sache, wenn auch nicht dem Namen nach, durch eine sozialistische Räterepublik abzulösen."[61] Eine solche Orientierung wurde jedoch, wie auch die Forschung inzwischen nachgewiesen hat, von der Mehrheit der deutschen Bevölkerung nicht mitgetragen.[62] Thalheimers und Deutschers Warnungen vor

[58] Vgl. August Thalheimer, Die Potsdamer Beschlüsse. Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg, 2. Aufl., o. 0. 1950, S. 19 (zuerst 1945). Liselotte Maas verweist auf die in Schweden von Josef und Theodor Bergmann herausgegebenen, der KPDO (und damit Thalheimer) nahestehenden „Politischen Briefe", Nr. 9/1945, S. 16, worin die von den Alliierten geforderten Reparationen als „Versuch der Besatzungsmächte" bezeichnet werden, „die Ausraubung Deutschlands zu regeln"; die in Teheran und Jalta beschlossenen Gebietsabtretungen wurden als „Landraub" und die Vertreibung der Deutschen aus diesen Gebieten als eine „Schande" und „Barbarei" bezeichnet. Alle Zitate in Liselotte Maas, Paul Merker und die Exildiskussionen um Deutschlands Schuld, Verantwortung und Zukunft, in: BzG, 1990, Nr. 2, S. 156.

[59] Thalheimer, Die Potsdamer Beschlüsse, S. 10. Als Marxist forderte Thalheimer: "Man kann den Nazismus nicht vernichten, ohne seine Wurzel zu vernichten, nämlich den Kapitalismus und den feudalen Großgrundbesitz. Man kann nicht die Kapitalisten bewahren, schonen und schützen, ohne die Nazis zu bewahren, zu schonen und zu schützen, denn der Nazismus war ein Werkzeug des Kapitals." Ebenda. Daß diese Sicht unmittelbar nach Kriegsende nicht nur auf marxistische Kleingruppen begrenzt, sondern von relevanten Teilen der Intelligenz und von Gewerkschaftsvertretern geteilt wurde, ist dokumentiert bei Axel Eggebracht (Hg.), Die zornigen alten Männer. Gedanken über Deutschland seit 1945, Reinbek 1982, hierzu bes. die Beiträge von Wolfgang Abendroth, Jean Améry, Axel Eggebrecht, Walter Fabian und Ossip K. Flechtheim.

[60] Zwei Tage nach ihrer Befreiung am 11. April 1945 veröffentlichten 34 ehemalige Häftlinge des KZ Buchenwald das "Buchenwalder Manifest" als Plattform für die angestrebte Vereinigung der deutschen Arbeiterparteien im Sinne der Verwirklichung des Sozialismus als unmittelbarer Gegenwartsaufgabe. Der Text des Manifestes befindet sich u. a. in Wolfgang Abendroth, Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie, 3. Aufl., Mainz 1974, S. 123–127.

[61] Internationale monatliche Übersicht über Mai 1947, Nr. 10, wiederveröffentlicht und zit. in August Thalheimer, Westblock-Ostblock. Welt- und Deutschlandpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg, hg. von der Gruppe Arbeiterpolitik, o. 0. 1992, S. 190.

[62] Vgl. aus der Fülle der Literatur Christoph Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955, 4. Aufl., Bonn 1986, bes. Kapitel II bis IV, und die Zusammenfassung bei Jürgen Kocka, 1945: Neubeginn oder Restauration?, in: Carola Stern/Heinrich A. Winkler (Hg.), Wendepunkte deutscher Geschichte, erweiterte Neuausgabe, Frankfurt a. M. 1994, S. 159–192. Interessante Stimmungsberichte auch bei Douglas Botting, From the Ruins of the Reich. Germany 1945–1949, New York 1986.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

einem möglichen Wiederaufleben nazistischer Ressentiments in Teilen des besiegten und niedergehaltenen deutschen Volkes erwiesen sich jedoch als berechtigt und erklären auch die antisemitischen Stimmungen, die sich 1947 deutlich artikulierten. In der SBZ trafen sie, insbesondere bei Flüchtlingen aus den ehemaligen Ostgebieten, mit Polen-und Russenhaß zusammen und vermengten sich mit Antikommunismus.[63] Diese Zusammenhänge wurden in der Presse der SBZ allerdings nicht vermittelt.[64]

Der Zusammenhang zwischen der Restitutions-Problematik und der Überwindung der nazistischen Ideologie war offensichtlich. In diesem Sinne beantragte die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in den Landtagen Sachsens und Thüringens die Rückgabe enteigneten jüdischen Vermögens, aber auch beispielsweise von Betrieben, an ihre früheren Eigentümer.[65] SED-Landtagsmitglied Leon Löwenkopf teilte aus Dresden dem Zentralsekretariat mit, daß auch, „soweit die jüdischen Bürger ihre Rechte nicht selbst wahrnehmen können, ... das ehemalige jüdische Eigentum der Kontrolle und Überwachung durch die jüdischen Gemeinden oder ihre Bevollmächtigten unterstellt" werden solle. Die weitergehenden Ansprüche der jüdischen Bürger sollten in einem besonderen Gesetz geregelt werden.[66] Ein dem Schreiben beigefügter Vermerk eines Mitarbeiters des Zentralsekretariats unterstrich den Wunsch von Juden und jüdischen Gemeinden des Westens und des Auslands nach Überweisung des Vermögens, das auf 10 bis 11 Milliarden Reichsmark geschätzt wurde. Doch hieß es weiter: „Wegen des zu großen Abflusses von deutschem Volksvermögen sei Genosse Löwenkopf jetzt nicht dafür, sondern prinzipiell nur für Sicherstellung und Verwaltung durch die jüdischen Gemeinden."[67]

Paul Merker kritisierte in einem Schreiben an Walter Ulbricht und Max Fechner, daß die SED immer noch keine verbindlichen Richtlinien zur Frage der Entschädigung jüdischer Opfer des Faschismus ausgearbeitet habe, „so daß nunmehr die Initiative von der LDP in einer Frage ergriffen wird, die bei ihrer internationalen Bedeutung kompliziert ist und in der wir eine vertretbare Einstellung herausarbeiten müssen."[68] In einer „Besprechung der Wiedergutmachungsfragen" am 8. August 1947 im Zentralsekretariat der SED, an der auch

[63] Hierzu befindet sich wichtiges Material in: Hoover Institution, William Sander Collection, Box No. 1, Überlegungen zur Ostzone: „... der russische Gesinnungszwang geht doch über alles Erlebte hinaus, und vor allem ist es das Gegenteil von dem Versprochenen und täglich Behaupteten ... An anderer Stelle wurde vor allem das Verhalten der deutschen Kommunisten betont, die unter dem Schutz der Russen für sich selber sorgten und sich weniger um ihre Kollegen kümmerten als je ein anderer." Berichte aus der russischen Besatzungszone, ebenda: "Wo ist denn eigentlich in der russischen Zone etwas von Sozialismus oder Demokratie zu spüren? Sozialismus für die eigene Tasche, o ja, das gibt es überall. Aber doch nicht für die breite Masse, für den Arbeiter." An gleicher Stelle zahlreiche weitere Beispiele, so wurden die Russen als "ein primitives Volk, dem selbstverständliche Begriffe unserer Erziehung fehlen", bezeichnet. Enttäuschung über gescheiterte Vorstellungen des Aufbaus einer besseren Gesellschaft vermischte sich mit nationalistischen (um nicht zu sagen: nazistischen) Klischees über die Russen.

[64] Vgl. Groehler, Die Diskussion ..., S. 80f.

[65] Vgl. Timm, Der Streit um Restitution ..., S. 131f.

[66] SAPMO-BArch, ZPA IV 2/2027/30, Bl. 87: Telegramm von L. Löwenkopf an das Zentralsekretariat vom 30. Mai 1947.

[67] SAPMO-BArch, ZPA IV 2/2027/30. Vermerk eines Mitarbeiters der Abteilung Arbeit und Sozialfürsorge im Zentralsekretariat vom 5. Juni 1947.

[68] Ebenda: Schreiben Paul Merkers an Walter Ulbricht und Max Fechner vom 4. Juni 1947.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Julius Meyer, der Leiter der Zentralstelle für rassisch Verfolgte in der SBZ, und Karl Raddatz, Generalsekretär der VVN, teilnahmen, wurden zwar verschiedene Maßnahmen zur Sicherung der wirtschaftlichen Existenz jüdischer Gewerbetreibender vorgeschlagen (so die Gewährung günstiger Kredite), doch eine Regelung der Wünsche im Sinne der LDP-Anträge abgelehnt. Als Begründung wurde angegeben, dies fördere den Antisemitismus.[69] Doch begünstigte diese defensive Haltung indirekt antisemitische Stimmungen, statt ihnen entgegenzuwirken.

Schließlich beschloß das SED-Zentralsekretariat am 26. Januar 1948 den Entwurf eines Gesetzes „Über die Betreuung der Verfolgten des Naziregimes und die Vorbereitung für Wiedergutmachung." Als Verfolgte im Sinne des Entwurfes galten Personen, „die aus demokratischen Beweggründen am Widerstand gegen den nationalsozialistischen Staat teilgenommen haben und deswegen Verfolgungen des Naziregimes ausgesetzt waren, sowie solche Personen, die wegen ihrer religiösen Einstellung oder auf Grund der nazistischen Rassengesetze verfolgt wurden. Den VdN stehen gleich Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit nicht besitzen und die innerhalb oder außerhalb Deutschlands vom Naziregime verfolgt wurden, solange sie sich freiwillig im Lande aufhalten." Dies bezog sich auch auf Hinterbliebene, doch nur, insofern diese „sich des Verstorbenen würdig erwiesen haben." An konkreten Maßnahmen wurden unter anderem genannt: eine bestmögliche Wiedergutmachung gesundheitlicher Schäden, Bevorzugung in der Ausbildung und der Arbeit, Bevorzugung bei der Beschaffung von Kleidung, Wohnraum und Hausrat, Zusatzurlaub und Höhereinstufung in den Lebensmittel-Verbrauchergruppen.[70]

„Die Festlegungen von 1948", so Angelika Timm, „wurden in den Folgejahren in der SBZ und später in der DDR weitgehend realisiert. Personen, die als Verfolgte des Naziregimes anerkannt wurden, hatten beispielsweise Anspruch auf Wiederinbesitznahme ihrer früheren Wohnung; Möbel und Hausrat, die ihnen zur Verfügung gestellt wurden, gingen in ihr Eigentum über. Die Rückerstattung von Vermögenswerten, die in der Zeit vom 30. Januar 1933 bis zum 8. Mai 1945 aus Gründen der Rasse, Religion, Weltanschauung oder politischen Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus entzogen wurden, sollte beschleunigt durchgeführt werden."[71]

Doch enthielt der Entwurf auch Einschränkungen: Er bezog sich nur auf Personen, die in Deutschland ihren Wohnsitz hatten. Auch sollten „Vermögensgegenstände, die in Volkseigentum übergegangen oder sonstwie nach dem 8. Mai 1945 für einen öffentlichen Zweck enteignet oder an ein öffentliches Unternehmen veräußert oder einem öffentlichen Unternehmen zugewendet worden sind, nicht der Rückerstattung" unterliegen.[72] Der Gesetzentwurf ging zusammen mit einem ähnlich gehaltenen Entwurf eines Gesetzes über die Rechtsstellung der Verfolgten des Naziregimes im März 1948 an die Länderparlamente, die als einzige deutsche Selbstverwaltungsorgane eine bedingte legislative Gewalt ausübten.[73]

[69] Vgl. ebenda, Bl. 3.

[70] SAPMO-BArch, ZPA IV 2/2027/31: Gesetz über die Betreuung der Verfolgten des Naziregimes und die Vorbereitung für Wiedergutmachung.

[71] Timm, Der Streit um Restitution ..., S. 133.

[72] SAPMO-BArch, ZPA IV 2/2027/31, Bl. 7.

[73] Vgl. ebenda.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

In den Länderparlamenten kam es hierüber zu Diskussionen. Dabei ist das Beispiel Thüringens beachtenswert. Dort war bereits am 14. September 1945 vom Landtag ein „Wiedergutmachungsgesetz" verabschiedet worden.[74] Es regelte die Rückgabe beschlagnahmten Eigentums von in der Nazizeit politisch, rassisch oder religiös Verfolgten. Die Anmeldung von Ansprüchen seitens ehemaliger jüdischer Eigentümer erwies sich jedoch als schwierig, da die meisten von ihnen im Ausland lebten. Ihre Ansprüche, und dies war ein bedeutender Unterschied zu den obigen Entwürfen des SED-Zentralsekretariats, sollten jeoch nicht verfallen. Deshalb wurde durch ein speziell eingerichtetes „Referat für Wiedergutmachung" bei der Thüringer Präsidialkanzlei der Weg der Treuhandschaft beschritten. Die Anwendung der Treuhandschaft erlaubte es den in viele Teile der Welt emigrierten jüdischen Flüchtlingen, auch nach Verstreichen der ursprünglichen Frist des 30. September 1946, ihre Ansprüche, von denen sie oft erst spät erfuhren, geltend zu machen. Deshalb verlängerte der Thüringer Landtag die Anmeldefrist auch zweimal. Doch im Frühjahr 1947 kritisierte die SED-Fraktion im Landtag die Entschädigungs-Praxis und unterstellte, daß manche Juden „in der damaligen Zeit (des Nazismus; M. K.) gar keine Schäden gehabt (hätten), sie waren mit der Lösung, wie sie damals angestrebt wurde, einverstanden, ja, sie waren sogar Träger der nationalsozialistischen Zwangsmaßnahmen, wenn auch nicht offiziell, so doch inoffiziell ..." Hier sollte es deshalb „keine Wiedergutmachung" geben.[75] Diese SED-Demarche leugnete dabei, daß den Juden vom Naziregime die Unterschrift zur Überlassung des Vermögens buchstäblich abgepreßt worden war, und sie keine Wahl hatten, am wenigsten nach der sogenannten „Reichskristallnacht" 1938.

Der Befehl Nr. 64 der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) vom 17. April 1948 traf Festlegungen hinsichtlich des „Volkseigentums", das nunmehr den jüdischen Restitutionsansprüchen entzogen wurde. Der Befehl Nr. 82 vom 29. April verbot Ausländern die direkte Nutzung ihres Eigentums in Thüringen. Daraufhin wandten sich am 11. Juni Vertreter des thüringischen Landesverbandes der VVN und der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen sowie Julius Meyer, Präsident des Verbandes der Jüdischen Gemeinden der SBZ, an das SED-Zentralsekretariat. Ihr gemeinsamer dringender Wunsch war, laufende oder abgeschlossene Restitutionsverfahren gemäß dem Thüringer Gesetz weiterzuführen beziehungsweise nicht zu revidieren. Doch dieses Ersuchen wurde abschlägig beantwortet. Im Frühjahr 1949 wurde dann das „Referat für Wiedergutmachung" in Thüringen aufgelöst. Mit den SMAD-Befehlen Nr. 124 und 126 gelangten ehemals jüdische Firmen, für die sich der nationalsozialistische Staat besonders interessiert hatte, als Nazivermögen unter Sequester beziehungsweise Konfiskation, fielen somit auch aus den Restitutionsverfahren heraus. Andere Schiedsverfahren verliefen äußerst schleppend oder wurden im April 1949 ausgesetzt. In Einzelfällen wurde den Restitutionsansprüchen jedoch Genüge getan.[76]

Innerhalb der SED gab es zweifellos Bedenken gegen eine solche Vorgehensweise. Hans Seigewasser, damals Mitarbeiter im Zentralvorstand, brachte in einem Brief vom 21. Mai 1948 an Paul Merker diese Bedenken zum Ausdruck, als er Leon Löwenkopfs Standpunkt

[74] Einzelheiten bei Thomas Schüler, Das Wiedergutmachungsgesetz vom 14. September 1945, in: Wolfgang Benz (Hg.), Jahrbuch für Antisemitismusforschung 2, Frankfurt a. M./New York 1993, S. 118–138.

[75] Was geschah im Thüringer Landtag. Jg. 1947, S. 213, zit. in: Ebenda, S. 129.

[76] Vgl. ebenda, S. 131ff.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

wiedergab, „daß es unmöglich sei, durch Gesetz die Juden zum zweiten Male zu enteignen."[77] Aus der Abteilung Justiz des Zentralvorstandes gelangte eine Hausmitteilung am 25. Mai an Ulbricht, worin auf die Gefährlichkeit der jüdischen Forderungen - genannt wurden Löwenkopf und Meyer - hingewiesen wurde. Die Durchführung der Restitution „würde einen Einbruch in unsere neue sozialistische Ordnung bedeuten ... und hätte eine enorme finanzielle Belastung unserer zukünftigen Wirtschaft zu Gunsten ausländischer Kapitalisten zur Folge."[78] Am 5. Oktober 1949, zwei Tage vor Gründung der DDR, wurde die „Anordnung zur Sicherung der rechtlichen Stellung der anerkannten Verfolgten des Naziregimes" erlassen, die sich auf die individuelle Betreuung der in Frage kommenden Personen und auf beachtliche Sozialleistungen für sie konzentrierte, jedoch keine Stellung bezog zu Fragen der Restitution oder Entschädigungszahlungen.[79] Damit war die Politik der DDR zu diesen Fragen für die kommenden Jahrzehnte vorgezeichnet.

3. Die SED und die Gründung des Staates Israel

In einer instruktiven neueren Studie wurde die deutsche Nachkriegslinke insgesamt als „Avantgarde der ‚Wiedergutmachung'" bezeichnet und diese Charakterisierung auch auf die Haltung bezüglich des entstehenden Staates Israel ausgedehnt: Obwohl „auch die inmitten der Trümmer sich wieder reorganisierenden Überreste der politischen Linken ... in erster Linie an Fragen des täglichen physischen Überlebens interessiert" waren, suchten sie noch am ehesten die „politische Selbstbezogenheit ... zu durchbrechen."[80] Dies galt natürlich nicht nur für KPD und SED, sondern auch für linksliberale und christlich-sozialistische Strömungen. Die von Walter Dirks und Eugen Kogon seit 1946 herausgegebenen „Frankfurter Hefte" beklagten bereits von Anfang an die moralische Gleichgültigkeit vieler Deutscher angesichts des millionenfachen Mordes. Dirks und Kogon wußten und betonten, daß auf Jahrzehnte ein normales Verhältnis zwischen Tätern und Opfern kaum möglich war.[81] Der Überlebende des KZ Buchenwald Eugen Kogon wies 1949 auch auf die prekären Existenzgrundlagen des jüdischen Staates und auf die deutsche Verpflichtung ihm gegenüber hin.[82] Die Texte in den „Frankfurter Heften" weisen in Inhalt wie Duktus bemerkenswerte Ähnlichkeiten mit entsprechenden Aufsätzen der Ostberliner „Weltbühne" jener Jahre auf. Das renommierte Blatt war 1946 im sowjetischen Sektor von Groß-Berlin neu gegründet worden und lehnte sich seitdem an Vorstellungen der SED-Führung an, wenngleich es offiziell parteipolitisch unabhängig blieb. Vor Ausbruch des Kalten Krieges

[77] SAPMO-BArch, ZPA IV 2/2027/31: Aktennotiz Seigewasser vom 21. Mai 1948.

[78] Ebenda: Hausmitteilung Abteilung Justiz vom 25. Mai 1948.

[79] Vgl. die Zusammenfassung der Anordnung bei Timm, Der Streit um Restitution ..., S. 135f.

[80] Martin W. Kloke, Israel und die deutsche Linke. Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses, Frankfurt a. M. 1990, S. 41. Vgl. zu diesem Buch auch Mario Keßler, Die Linke und Israel, in: Sozialismus, 1992, Nr. 3, S. 55, wiederabgedruckt in: Ders., Antisemitismus, Zionismus und Sozialismus, S. 85–87 (dort unter dem Titel: Die deutsche Linke und Israel).

[81] Vgl. Eugen Kogon, Christen und Juden, in: Frankfurter Hefte, Nr. 6, September 1946, S. 6–8; Walter Dirks, Noch einmal: Christen und Juden, in: Ebenda, Nr. 7, Oktober 1946, S. 583–584.

[82] Vgl. Eugen Kogon, Juden und Nichtjuden in Deutschland, in: Ebenda, Nr. 9, September 1949, S. 726–729. Mehr dazu bei Kloke, S. 43ff.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

bestanden durchaus zahlreiche Affinitäten zwischen kommunistischen und nichtkommunisten Linken in Deutschland, sowohl in Ost wie in West. Die SED, zumal mit ihrem starken sozialdemokratischen Bestandteil, verstand sich noch als Teil einer gesamtdeutschen und gesamteuropäischen Linken. Die Blockkonfrontation und besonders die Stalinisierung der SED - ihre Umwandlung zur „Partei neuen Typus" - schuf jedoch eine gänzlich andere Situation.

Die 1947 bis 1949 in der „Weltbühne" zum Ausdruck kommende eindeutige Unterstützung Israels war somit wohl nicht nur eine Anlehnung an die damalige Außenpolitik der Sowjetunion.[83] Sie reflektierte auch das Bemühen vieler Marxisten und Nichtmarxisten, bisherige Prämissen der Arbeiterbewegung, aber auch vieler bürgerlicher Linker bezüglich der jüdischen Frage zu überdenken. Nach Auschwitz war das Assimilationskonzept insbesondere der kommunistischen Bewegung zumindest fragwürdig geworden. Für die meisten Überlebenden der nazistischen Todesfabriken stand eine Angleichung an Verhältnisse ihrer Umwelt unter Verzicht auf jüdische Identität und Leidenserfahrung kaum noch zur Diskussion. Der Zionismus und das Streben nach einem jüdischen Staat wurde von vielen Marxisten nunmehr anders bewertet, als dies vor dem Nazismus der Fall gewesen war. Anstelle der bisherigen Ablehnung trat eine positive Bewertung des Zionismus.

Mit Bezug auf die UNO-Diskussionen des Jahres 1947 setzte sich Freiherr von Schönaich in der „Weltbühne" vom 1. November 1947 für eine Zweistaaten-Lösung des Palästina-Konfliktes ein.[84] Am 1. Februar 1948 schrieb Paul Merker in dieser Zeitschrift unter der Überschrift „Der neue Staat des jüdischen Volkes entsteht" über die Entscheidung der UN-Vollversammlung zur Bildung eines jüdischen und eines arabischen Staates auf dem Territorium Palästinas:

„Der Beschluß entspricht den Erfordernissen der historischen Gerechtigkeit. Mit ihm wird, wenn auch nur in geringfügiger Weise, begonnen, das unermeßliche Unrecht wieder gutzumachen, das dem jüdischen Volkse seit 1800 Jahren zugefügt wurde. Die Entscheidung ist das Resultat eines beharrlichen und zähen Emanzipationskampfes der Massen des jüdischen Volkes, der die Bewunderung aller um ihre Freiheit kämpfenden Völker und aller fortschrittlichen Menschen hervorgerufen hat."[85]

Nach einem Überblick der Positionen arabischer Nationalbewegungen und Staaten zum Palästina-Problem seit Ende des Ersten Weltkrieges, der von souveräner Beherrschung des Stoffes zeugte, nach Berichten über antijüdische Ausschreitungen in verschiedenen arabischen Ländern und einer Analyse der wahrscheinlichen militärischen Stärke beider Lager ging Merker auf die Kämpfe zwischen jüdischen und arabischen Verbänden in Palästina ein:

„Am 30. November (1947; M. K.) proklamierte der Exmufti von Jerusalem, Hadj Amin al Husseini, von seinem zeitweiligen Hauptquartier in Libanon aus einen dreitägigen Generalstreik der Araber gegen die Teilung Palästinas. Mitglieder der arabischen Legion, die 8000 Mann zählt und die von britischen Offizieren ausgebildet und von englischen Kreisen finanziert wurde, begannen mit Überfällen auf die jüdische Bevölkerung. Unterdessen hat sich erwiesen, daß einzelne Truppen der arabischen Legion von deutschen SS-Leuten geführt werden. Die mobilen Kampfestruppen der jüdischen Haganah, die Palmach, umfassen 6000 Mann. Sie sind gut ausgebildet und schwer bewaffnet und versuchen, die Angriffe

[83] Dies nimmt aber Kloke (S. 42) an.

[84] Freiherr von Schönaich, Das Palästina-Problem, in: Die Weltbühne, 1947, Nr. 21, S. 920f.

[85] Paul Merker, Der neue Staat des jüdischen Volkes entsteht, in: Ebenda, 1948, Nr. 5/6, S. 110.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

abzuwehren. Unterdessen haben sich der Irgun Zvai Leumi und die Sterntruppe entschieden, mit der Haganah gemeinschaftlich zu kämpfen."[86] Die unterschwellige Differenzierung in Merkers Aufsatz bezüglich der verschiedenen Fraktionen im zionistischen Lager zeigt, daß der Autor sich der unleugbaren Differenzen zwischen sozialistischem linken und rechten Zionismus, letzterer auch durch die Militärverbände des Irgun und der Stern-Gruppe repräsentiert, bewußt war. „Die Angehörigen der jüdischen Palmach", so Merker weiter, „stehen Tag und Nacht an den Grenzen der Städte und Dörfer auf der Wacht, um Überfälle arabischer Legionen und zugleich auch unüberlegte Handlungen von Juden gegen die an den Kämpfen unbeteiligte arabische Bevölkerung abzuwehren."[87]

Für Merker stand die arabische Schuld an den bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen in Palästina unmittelbar vor dem Erlöschen des britischen Mandates fest. Er vernachlässigte jedoch die Tatsache, daß laut einem Bericht des Subkomitees 2 des UN Special Comittee on Palestine (UNSCOP) die jüdische Bevölkerung Palästinas nur in den Ebenen von Sharon und Esdraelon dank der Städte Tel Aviv und Petach Tikva die Bevölkerungsmehrheit stellte, in anderen Teilen des den Juden zuerkannten künftigen Staatsgebietes aber die Araber zahlenmäßig überwogen, jedoch unter jüdische Kontrolle gestellt werden sollten.[88] Die von Merker benannten „unüberlegten Handlungen von Juden" waren eine Beschönigung der Anschläge radikaler Zionisten, so die am 22. Juni 1946 erfolgte Sprengung eines Flügels des King-David-Hotels, in dem die Mandatsregierung und die Führung der britischen Palästina-Armee ihren Sitz hatte. Merker verwies auf Bestrebungen, „den neuen jüdischen Staat unter den Einfluß des amerikanischen Imperialismus zu stellen" und gab der Hoffnung Ausdruck, Israel werde sich „nicht in die politische oder wirtschaftliche Abhängigkeit der einen oder der anderen imperialistischen Großmacht ... begeben, enge freundschaftliche Beziehungen mit der Sowjetunion, den Ländern der neuen Demokratie (d.h. Osteuropa; M. K.) und den um ihre nationale Freiheit kämpfenden asiatischen Völkern" unterhalten.[89] In einem weniger empirisch fundierten Aufsatz vom 8. Juni 1948 stellte Merker die angeblich „vorwiegend aus faschistischen Elementen zahlreicher Nationalitäten" zusammengesetzte Arabische Legion - was übrigens nicht stimmte - dem „heldenmütige(n) Verhalten der Haganah entgegen, der es schließlich gelang", so Merker, „das Gebiet des neuen jüdischen Staatswesens von der Arabischen Legion zu reinigen."[90] Wenig später sah Wolfgang Harich „die jüdischen Terroristen wie die arabischen Faschisten" im Solde „der englischen und ... amerikanischen Trusts", ohne zu bemerken, daß die britischen und US-Interessen in Palästina/Israel 1948 einander diametral entgegenstanden.[91] In den Kurzberichten des „Neuen Deutschland" wurden die Staatsgründung Israels und die bewaffneten Aktionen der Juden im Lande von dem aus Deutschland stammenden Günter Stillmann (unter dem Pseudonym „C. D.") mit Sympathie, aber ohne

[86] Ebenda, S. 113 (Druckfehler korrigiert).

[87] Ebenda, S. 114.

[88] Vgl. Walter Hollstein. Kein Frieden um Israel. Zur Sozialgeschichte des Palästina-Konflikts, 5. Aufl., Bonn 1977, S. 128.

[89] Merker, Der neue Staat ..., S. 115f.

[90] Margarete Merker, Der Kampf in Palästina, in: Die Weltbühne, 1948, Nr. 23, S. 652 u. 654. Merker veröffentlichte hier unter dem Namen seiner Frau, der Artikel stammt nach Inhalt und Stil aber offenkundig von ihm.

[91] Wolfgang Harich, Die Tragödie der Juden, in: Ebenda, Nr. 24, S. 695.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

vordergründige Apologetik notiert.[92] Dies entsprach auch der Politik der Kommunistischen Partei Palästinas, die - nach einem von Spaltungen begleiteten komplizierten Prozeß zwischen 1943 und 1947[93] - sich im Gefolge der sowjetischen Position für die Gründung eines jüdischen Staates in Palästina ausgesprochen hatte.[94] Eine proisraelische Haltung läßt sich noch in mehreren „Weltbühne"-Artikeln der ersten Hälfte des Jahres 1949 finden.[95]

Am Vorabend der Gründung der DDR dominierten in der SED-Politik gegenüber den Juden, was die öffentliche Präsentation anbelangt, durchaus linke, aufklärerische Gedanken. Defizite bei der Problematik von Reparation und Restitution waren gleichwohl unübersehbar. Der Kampf gegen antisemtische Tendenzen bildete jedoch ein Grundprinzip der Arbeit. Am 22. und am 28. Februar 1949 befaßten sich das Kleine Sekretariat und das Politbüro mit Problemen der antisemitischen Hetze, wie es hieß.[96] „Antisemitismus, Rassenhaß und Völkerverhetzung sind stets eine Methode der Reaktion zur Unterwerfung des Volkes und der Arbeiterklasse", wurde unterstrichen (*vgl. Dokument 1*). In einem Brief vom 8. Juni 1949 forderte Parteivorstandsmitglied Herbert Warnke eindringlich Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl und Anton Ackermann auf, einen polnischen Film über das Vernichtungslager Auschwitz möglichst rasch in Ostdeutschland zu zeigen. „Der Film ist außerordentlich eindrucksvoll und künstlerisch hochstehend. Er ist geeignet, die ganze Schwere der nazistischen Verbrechen in Polen dem deutschen Volke vor Augen zu führen. Meines Erachtens nach sollte man versuchen, diesen Film selbst in den Betrieben der Ostzone spielen zu lassen."[97]

Doch die SED-Führung war in ihren Entscheidungen nicht unabhängig und konnte es nicht sein. Sie war an die Maßnahmen der sowjetischen Führung gebunden. Diese hatte bis zum Ende der vierziger Jahre Ostdeutschland noch keineswegs nach sowjetischem Muster umgestaltet. „Eine frühzeitige Sowjetisierung der Sowjetzone", heißt es in einer materialreichen amerikanischen Studie, „würde nicht nur die Ausweitung des sowjetischen Einflusses auf ganz Deutschland verhindert und eine militärische Konfrontation mit dem Westen riskiert haben, sondern hätte auch die sowjetische Forderung nach umfangreichen Repara-

92 Vgl. z. B. ND, 15. Mai 1948 (und folgende Tage). Günter Stillmann kehrte 1949 in seine Geburtsstadt Berlin zurück und arbeitete als Journalist bei der "Neuen Berliner Illustrierten", die auch (Nr. 49/1985 bis Nr. 13/1986) seine Lebenserinnerungen über die Zeit in Palästina abdruckte. Sie erschienen unter dem Titel: Berlin-Palästina und zurück, 1989 im Ostberliner Dietz-Verlag.

93 Vgl. Musa Budeiri, The Palestine Communist Party 1919–1948. Arab and Jew in the Struggle for Internationalism, London 1979, Kap. 6. Noch in ihrem "Memorandum to the United Nations Organisation on the Problem of Palestine" vom 7. Februar 1947 sowie im "Memorandum to the United Nations Special Committee on Palestine" vom 5. Juli 1947 - letzteres also nach der sowjetischen Unterstützung für die Zwei-Staaten-Lösung - sprach sich das ZK der Kommunistischen Partei Palästinas für einen binationalen Staat in Palästina aus.

94 Dokumentiert bei Budeiri, S. 172ff.

95 Vgl. Karl-Eduard von Schnitzler, Und wieder: ... die Juden sind schuld, in: Die Weltbühne, 1949, Nr. 3, S. 86ff.; Frank Bussard, Süße Frucht, bittere Frucht Palästina, ebenda, 1949, Nr. 6, S. 202–208; Hugo Elias, Konsequenzen der israelischen Staatsgründung, ebenda, 1949, Nr. 18, S. 619–622.

96 Vgl. SAPMO-BArch, ZPA IV 2/3/5, Bl. 3: Protokoll der Sitzung des Politbüros vom 22. Februar 1949, und ebenda J IV 2/3/8, Bl. 3 u. 11f.: Protokoll Nr. 8 der Sitzung des Kleinen Sekretariats vom 28. Februar 1949, mit Anlage.

97 Ebenda, NL 182/931, Bl. 91.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

tionen unterhöhlt."[98] Doch die Verschärfung des Kalten Krieges und die Errichtung des Sowjetblocks in Ost- und Ostmitteleuropa führte zwangsläufig zu einer Übertragung innenpolitischer Prozesse der UdSSR auf ihre Satellitenstaaten und zog diese immer stärker in Mitleidenschaft. So machte auch die Welle des stalinistischen Antisemitismus der späten vierziger und frühen fünfziger Jahre um die Länder der „Volksdemokratie" keinen Bogen. Auch die DDR wurde in Mitleidenschaft gezogen.

[98] Ann L. Phillips, Soviet Policy Toward East Germany Reconsidered. The Postwar Decade, New York/Westport, CT/London 1986, S. 218. Zum neuesten Forschungsstand vgl. Norman M. Naimark, The Russians in Germany. A History of the Soviet Zone of Occupation 1945–1949, Cambridge 1995 (im Erscheinen).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

KAPITEL 3

Stalinismus und antisemitische Tendenzen in der DDR 1949–1953

1. Exkurs: Stalinismus und Antisemitismus – das sowjetische Modell

Daß ein Volk, das ein anderes unterdrückt, selbst nicht frei sein kann, gehörte von Beginn an zu den proklamierten Grundsätzen des Marxismus. Daß ein sich sozialistisch nennender Staat immer auch an der Behandlung seiner ethnischen und sozio-kulturellen Minoritäten gemessen wird, ist von Kritikern wie (offiziell auch) von Verteidigern der Sowjetgesellschaft oft betont worden. Mit dem Sturz des Zarismus in Rußland 1917 wurden auch den Juden die gleichen Rechte wie allen anderen Bürgern zuerkannt, doch Kirche und Armee als Hauptträger des Antisemitismus nicht entmachtet. Erst die Oktoberrevolution brachte für die Juden eine Besserung ihrer Lage.

Die für die sowjetischen Juden folgenreichen Entwicklungen der nächsten Jahrzehnte können aber nicht losgelöst von den allgemeinen Entwicklungsbedingungen der UdSSR betrachtet werden, ebensowenig wie das Verhältnis der SED-Führung zu den Juden in SBZ und DDR ohne die direkte Einflußnahme der sowjetischen Führung verständlich wird.[1]

Die Bolschewiki hielten, wie Isaac Deutscher schrieb, „ihre Revolution für das Vorspiel einer kontinentalen Erhebung; sie gingen davon aus, daß die fortschrittlichen Kräfte Deutschlands und Frankreichs sie auf ihrem weiteren Weg unterstützen würden; daß die antisemitische Krankheit in einem vernünftig organisierten und gesunden sozialistischen Europa der Vergangenheit angehören würde."[2]

Doch die Geschichte verlief anders: Die russische Revolution blieb isoliert. Sie mußte für die zurückgebliebenste der Wirtschaften die fortgeschrittensten Formen der gesellschaft-

[1] Dieser Abschnitt faßt frühere Veröffentlichungen zusammen. Vgl. Mario Keßler, Stalinismus und Antisemitismus. Zu einem bitteren Problem in der Geschichte des Sozialismus, in: Sozialismus, 1991, Nr. 4, S. 32–38; in veränderter Form auch erschienen in: Ders. (Hg.), Arbeiterbewegung und Antisemitismus. Entwicklungslinien im 20. Jahrhundert, Bonn 1993, S. 47–55. Vgl. weiterhin ders., Antisemitismus, Zionismus und Sozialismus. Arbeiterbewegung und jüdische Frage im 20. Jahrhundert, Mainz 1993, S. 116–141; ders., Zionismus und internationale Arbeiterbewegung 1897–1933, S. 133–141, 165–170. Dort finden sich auch Literaturhinweise.

[2] Isaac Deutscher, Die ungelöste Judenfrage. Zur Dialektik von Antisemitismus und Zionismus, Berlin (West) 1977, S. 43.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

lichen Organisation schaffen, unterentwickelte Produktivkräfte mit einem Rahmenwerk gesellschaftlichen Eigentums und staatlicher Planung umgeben. Dies mußte über das Verständnis der Menschen hinausgehen; und daher entwickelte sich das revolutionäre Regime gegen den Willen der Mehrhheit. Der Staat starb nicht ab, wie Lenin prophezeit hatte, sondern wurde zum Instrument „revolutionären Zwangs", gegen den rebellierende Revolutionäre wie die Kronstädter Matrosen 1921 sein einstiges libertäres Versprechen anführten. Mit deren gewaltsamer Ausschaltung mußten sich in der Sowjetgesellschaft alle Probleme zuspitzen, darunter das Problem einer Fortexistenz der traditionellen Judenfeindschaft.

Für die Juden, deren politisch engagierteste Vertreter die sozialistische Bewegung im Zarenreich mit ins Leben gerufen hatten, brachte die Oktoberrevolution zunächst gute Bedingungen. Die damalige Sowjetregierung garantierte ihnen und allen anderen nationalen Minoritäten nicht nur juristischen Schutz vor antisemitischer Hetze. Sie verpflichtete auch alle Staatsorgane, den Antisemitismus entschieden zu bekämpfen. In einem am 27. Juli 1918 (neuen Stils) in der Regierungszeitung „Iswestija" veröffentlichten Dekret erklärte der Rat der Volkskommissare, „daß die antisemitische Bewegung und antijüdischen Pogrome die Sache der Arbeiter- und Bauernrevolution diskreditieren und appelliert an das arbeitende Volk des sozialistischen Rußland, dieses Übel mit allen Mitteln zu bekämpfen. Der Rat der Volkskommissare weist alle Sowjets der Arbeiter-, Bauern- und Soldatendeputierten an, Schritte zu unternehmen, die die antisemitische Bewegung an den Wurzeln effektiv zerstören. Es wird hiermit befohlen, daß Pogromisten und Personen, die zu Pogromen aufhetzen, außerhalb des Gesetzes zu stellen sind."[3]

Mit dem Beginn der Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) 1921 konnten sich Juden nach Ende des Bürgerkrieges in allen Bereichen der Sowjetgesellschaft frei entfalten. Viele von ihnen brachten ihr bedeutendes geistiges Potential in das wirtschaftliche und kulturelle Leben ein. Andere, vor allem die zahlreichen Kleinhändler, nutzten die ihnen von der Regierung gewährten Möglichkeiten, so der Landansiedlung auf der Krim und in der Ukraine. 1928 wurde vom Staat im Fernen Osten, in der Region am Amur, das Jüdische Autonome Gebiet Birobidshan geschaffen, in das jedoch bis Ende 1933 lediglich 8200 der über 2,7 Millionen Sowjetjuden zogen. Bei der Gründung dieses Gebietes verbanden sich Überlegungen, die Juden von der kleinen Warenproduktion zu trennen, ihnen ein eigenständiges Territorium zur Verfügung zu stellen und sie teilweise in der Landwirtschaft zu beschäftigen, mit pragmatischen Gesichtspunkten: die jüdischen Siedler sollten die bislang kaum erschlossene Region am Amur wirtschaftlich entwickeln helfen. Für die übergroße Mehrheit der sowjetischen Juden war dies jedoch keine allzu verlockende Perspektive. Sie zog es statt dessen vor, sich in ihren angestammten Wohngegenden im Westen der UdSSR in die Gesamtbevölkerung zu integrieren.

Dies stieß jedoch auf starke Widerstände. Die oft noch im traditionellen Antisemitismus der Zarenzeit befangenen russischen und ukrainischen Bauern betrachteten die jüdischen Kleinhändler, die die Chancen der NÖP besser als sie selbst zu nutzen verstanden, mit unverhohlenem Mißtrauen. Für alle Feinde der Oktoberrevolution schien diese wenig mehr als ein Umsturz im Interesse der Juden gewesen zu sein, deren Symbolfigur Leo Trotzki

[3] Zit. nach Dekrety sovetskoj vlasti, Bd. 3, Moskau 1964, S. 93.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

war.[4] Die nichtjüdischen Bolschewiki blieben gegenüber ihren neuen jüdischen Genossen reserviert. Sie vergaßen nicht, daß viele von ihnen vor 1917 bei den Menschewiki oder den Sozialrevolutionären, im Jüdischen Arbeiterbund oder den zionistischen Parteien organisiert gewesen und sich erst nach der Oktoberrevolution den Bolschewiki angeschlossen hatten. Einige der jüdischen Bolschewiki betrieben in der Jewsekzija, der jüdischen Sektion der KP, eine besonders intensive antizionistische, aber auch antireligiöse Propagandakampagne und gerieten schnell in den Ruf von intoleranten Karrieristen. Außerdem waren es oftmals jüdische Intellektuelle, die mit der radikalen Übernahme westlicher Kultur manche ihrer russischen Kollegen verstimmten.[5] Übrigens schränkten die Sowjetbehörden zu Beginn der zwanziger Jahre die Aktivitäten der Zionisten zwar ein, unterbanden sie aber noch nicht vollständig.[6] Bis 1928 erteilten sie auch Auswanderungsgenehmigungen für Juden nach Palästina. Noch bis zum selben Jahr duldeten sie auch die Existenz einer kleinen linkszionistischen Gruppe, der Poale Zion (Arbeiter Zions). Auch dies erweckte bei manchem Russen das Gefühl, gegenüber den Juden benachteiligt zu sein.

Manche dieser Widersprüche existierten nicht nur zwischen Juden und Nichtjuden. Doch der Antisemitismus traf mit den Problemen des Verhältnisses zwischen jüdischen und nichtjüdischen Kommunisten zusammen. Dies erkannte die Partei und ließ seit den frühen zwanziger Jahren eine Vielzahl von Schriften erscheinen, die sich mit jüdischer Geschichte und Gegenwart sowie mit den sozialen Ursachen des Antisemitismus befaßten.

Doch die Situation komplizierte sich Mitte der zwanziger Jahre, als sich die Kontroversen zwischen Stalin und Trotzki verschärften. In Stalins Vorgehen gegen Leo Trotzki, Lew Kamenew und Grigorij Sinowjew kam der Begriff „Jude" offiziell niemals vor. Vielmehr war manchmal von „Elementen ohne Wurzeln in ihrem Vaterland" die Rede – wobei jeder wußte, was damit gemeint war. Stalin ließ sogar eine Erklärung verbreiten, in der beteuert wurde, man bekämpfe die Führer der Opposition nicht ihrer jüdischen Herkunft wegen. Diese Worte sollten wohl jeden daran erinnern, daß Stalins wichtigste Gegner Juden waren.[7]

Doch auch unter den Stalinisten gab es viele Juden. Die Zwangskollektivierung in der Ukraine wurde von Lazar Kaganowitsch geleitet. An seiner Person entzündeten sich die

[4] Diese Denkfigur taucht sogar noch in einer neueren – allerdings wissenschaftlichen Ansprüchen nicht genügenden – Arbeit auf. Vgl. Sonja Margolina, Das Ende der Lügen. Rußland und die Juden im 20. Jahrhundert, Berlin 1992; und hierzu die Kritik von Juliane Wetzel, Ein Ende der Lügen?, in: Wolfgang Benz (Hg.), Jahrbuch für Antisemitismusforschung 2, Frankfurt a. M./New York 1993, S. 359–377. Vgl. zum Gesamtkomplex als neueste und wohl beste Darstellung Matthias Vetter, Antisemiten und Bolschewiki. Zum Verhältnis von Sowjetsystem und Judenfeindschaft 1917–1939, Berlin 1995. Dieses Buch ist geeignet, die zuerst 1951 erschienene Arbeit von Salomon M. Schwarz, The Jews in the Soviet Union, 2. Aufl., New York 1972, als Standardwerk abzulösen.

[5] Auch diese Kampagne ist in jüngster Zeit wiederaufgelebt. Vgl. Gerd Koenen/Karla Hielscher, Die schwarze Front. Der neue Antisemitismus in der Sowjetunion, Reinbek b. Hamburg 1991, bes. S. 51ff. (mit zahlreichen Belegen).

[6] Vgl. hierzu die einzige – mir bekannte – ernstzunehmende Arbeit aus der UdSSR der achtziger Jahre: L. Ja. Dadiani, Kritika ideologii i politiki social-sionizma, Moskau 1986. Trotz einer polemischen Sprache präsentiert dieses Buch wichtige Fakten auf der Basis von Quellenmaterial, was in der sowjetischen Historiographie zum Thema nicht selbstverständlich war. Vgl. meine Rezension dieser Arbeit in: asien-afrika-lateinamerika (aal), Berlin (Ost) 1988, Nr. 2, S. 370–372.

[7] Vgl. Leo Trotzki, Thermidor und Antisemitismus, in: Iring Fetscher (Hg.), Marxisten gegen Antisemitismus, Hamburg 1974, S. 185.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

antisemitischen Ressentiments unter der bäuerlichen Bevölkerung erneut. In Stadt und Land blieb der Antisemitismus damit ein fortdauerndes Problem.

Antisemitische Untertöne, auf die Trotzki im Exil hinwies, begleiteten auch die Moskauer Prozesse 1936 bis 1938. Härter als alle anderen Nationalitäten der UdSSR trafen die Massenrepressalien dieser Zeit die Juden. Während die übrigen Nationalitäten aufgrund ihrer territorialen Basis einen Zusammenhalt zu bewahren wußten, war dies bei den verstreut lebenden Juden nach der Zerschlagung ihrer kulturellen Organisationen kaum noch der Fall. Ein Teil von ihnen versuchte sich zu assimilieren, die Verbreitung der jiddischen Sprache ging zurück.

Speziell gegen Juden richtete sich 1939 die Maßnahme, sie weitgehend aus dem diplomatischen Dienst auszuschalten, was im erzwungenen Rücktritt von Außenminister Litwinow gipfelte. Dieser hatte eine politische Annäherung der UdSSR an die Westmächte und eine internationale Isolierung Deutschlands befürwortet. Im Zusammenhang mit den seit dem Frühjahr 1939 bestehenden diplomatischen Kontakten zwischen der Sowjetunion und Deutschland wurde er durch Wjatscheslaw Molotow ersetzt.

Wäre es vorstellbar gewesen, daß der Jude Maxim Litwinow und Nazi-Reichsaußenminister Ribbentrop einen Nichtangriffs- und einen Freundschaftsvertrag miteinander geschlossen hätten? „Dafür brauchte man schon einen ‚reinen' Arier", schrieb Isaac Deutscher nicht ohne Bitterkeit.[8]

Als die Verträge im Spätsommer 1939 unter Dach und Fach waren, verschwand jeder kritische Hinweis auf die bestialische antijüdische Politik der Nazis aus der sowjetischen Presse, obwohl noch die sogenannte Reichskristallnacht vom 9. November 1938 in der Sowjetunion entschieden verurteilt worden war. Dieser letztgenannte Fakt zeigte, daß der rassistische Antisemitismus der Nazis in der UdSSR nie populär war.

Der 21. Juni 1941 änderte die Lage völlig. Zwei Millionen Juden wurden aus dem Westen der Sowjetunion ins Landesinnere evakuiert und somit vor dem Zugriff der deutschen Aggressoren, damit vor der Vernichtung, gerettet. Die Rote Armee kämpfte auch für das Leben von Millionen Juden. Nach dem Sieg über die Nazis bestand die Hoffnung, daß sich auch die Stalinschen Grausamkeiten nicht wiederholen würden. Insbesondere die sowjetischen Juden begrüßten die neue Palästina-Politik der UdSSR. Diese unterstützte 1947/1948 politisch und indirekt auch militärisch (durch die Bewilligung tschechoslowakischer Waffenlieferungen) die Juden in Palästina im Kampf gegen die reaktionären Kräfte der arabischen Liga.[9] Die Staatsgründung Israels am 14. Mai 1948, von der Sowjetunion offiziell begrüßt, löste auch bei jenen Juden Freude aus, die den Zionismus ablehnten und argumentierten, man dürfe nicht die Araber Palästinas durch Wegnahme von Teilen ihres Landes für den nazistischen Völkermord an sechs Millionen europäischer Juden bezahlen lassen.[10]

Spontane Sympathiekundgebungen zehntausender sowjetischer Juden auf dem Roten Platz in Moskau im Oktober 1948, die der israelischen Botschafterin Golda Meir galten,

[8] Deutscher, Die ungelöste Judenfrage, S. 47.

[9] Die erste DDR-Arbeit, die diesen Fakt vermeldete war Martin Robbe, Scheidewege in Nahost. Der Nahostkonflikt in Vergangenheit und Gegenwart, Berlin(Ost) 1982, S. 126.

[10] Diese Aspekte finden sich (explizit oder implizit) in zeitgenössischen sowjetischen Veröffentlichungen. Vgl. V. B. Luckij, Palestinskaja problema, Moskau 1946; L. N. Vatolina, Palestinskaja problema, in: Mirovoe chozjaistvo i mirovaja politika, 1947, Nr. 12, S. 63–77; I. A. Genin, Palestinskaja problema, Moskau 1948.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

bewirkten jedoch eine Wende. In Stalins reglementiertem Polizeistaat mußten diese nicht von oben herab verordneten Manifestationen größten Argwohn hervorrufen. Hinzu kam, daß Stalins Hoffnungen, Israel werde sich in Richtung auf eine sogenannte Volksdemokratie nach osteuropäischem Muster entwickeln, sich nicht erfüllten. Es ist sicher, daß Stalin dadurch in den Juden schlechthin unzuverlässige Elemente sah, die im Zeichen des begonnenen Kalten Krieges mit ihren verwandtschaftlichen Beziehungen ins Ausland eine potentielle Gefahr für sein System darzustellen schienen. Nur so ist die 1948 einsetzende Politik zu erklären, die Juden ganz aus dem öffentlichen Leben der Sowjetunion auszuschalten.

Der erste Schritt dazu war noch 1948 die Auflösung des im Zweiten Weltkrieg geschaffenen Jüdischen Antifaschistischen Komitees und die Verhaftung, schließlich die Ermordung seiner führenden Mitglieder. Man warf ihnen die Verbindung mit jüdischen Organisationen im Ausland vor. Dies war absurd, denn das Komitee war eigens dazu gegründet worden.

Das Regime entfaltete eine heftige Kampagne gegen den „Kosmopolitismus", worunter allgemein eine internationalistische Haltung verstanden wurde, die sich dem als „Sowjetpatriotismus" bezeichneten aggressiven russischen Chauvinismus zu widersetzen suchte. Im speziellen Fall wurde damit aber jedwede Äußerung jüdischen kulturellen Lebens verunglimpft. Alle noch verbliebenen jiddischen Zeitungen, Verlage, Theater und Bildungseinrichtungen mußten ihre Tätigkeit für zunächst längere Zeit einstellen. 1948/49 wurde eine Reihe prominenter Schriftsteller und Schauspieler, die sich der jiddischen Sprache bedienten, verhaftet und schließlich 1952 ermordet. Sie teilten dieses Schicksal mit vielen prominenten und weniger bekannten Bolschewiki jüdischer Herkunft. Eine inoffizielle Quotierung jüdischer Studienbewerber sollte ihnen den Weg zu höherer Bildung verlegen. Aus Lehr- und Forschungseinrichtungen, Redaktionen und aus dem medizinischen Dienst, aus den Justizorganen und dem Parteiapparat sowie der Armee wurden Juden weitestgehend entfernt. Diese Vorgänge waren begleitet von einer Kampagne in der Presse, die die russischen Namen jüdischer Intellektueller als Pseudonyme „aufdeckte", von angeblich spontanen Ausschreitungen gewalttätiger Elemente gegen die jüdische Bevölkerung und von Verfälschungen der Leistungen jüdischer Gelehrter wie von Entstellungen der jüdischen Geschichte.[11]

Die Repressalien des Regimes richteten sich damals nicht nur gegen die Juden. Nach dem Zweiten Weltkrieg deportierte es Wolgadeutsche, Kalmücken, Tschetschenen, Inguschen, Karatschaier, Kurden, Balkaren und Krimtataren massenhaft aus ihren angestammten Gebieten. Der Historiker Roy Medwedew schätze die Zahl der von den Deportationen Betroffenen auf fünf Millionen![12] Zwar bedarf es noch intensiver Forschungen, um herauszufinden, warum gerade die genannten Nationen durch den Stalinschen Terror besonders betroffen waren. Doch darf gesagt werden, daß massenhafter Terror gegen Minoritäten zu einem Kennzeichen des Stalinismus wurde. Nationale, kulturelle, sozial-strukturelle Minderheiten, sogenannte „feindliche" Klassen, „volks- und klassenfremde Parasiten", angebliche „Überbleibsel des Kapitalismus" oder „Agenten des Westens" wurden zu klassischen Sündenböcken erklärt und für die Mißerfolge des stalinistischen Regimes verantwortlich

[11] Vgl. die Dokumentation bei Francois Fejtö, Judentum und Kommunismus. Antisemitismus in Osteuropa, Wien/Frankfurt a. M./Zürich 1967, mit zahlreichen diesbezüglichen Auszügen aus sowjetischen Quellen.

[12] Roy Medwedew, Die Wahrheit ist unsere Stärke. Geschichte und Folgen des Stalinismus, Frankfurt a. M.1973, S. 544.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

gemacht. Die gleichermaßen unpräzise wie emotional aufgeladene Wortwahl bei der Stigmatisierung der jeweiligen Opfergruppen erleichterte es den Machthabern, ihre Angriffe auf jeden beliebigen Teil der Gesellschaft zu richten. Doch gingen die Repressalien gegen die Juden in Stalins letztem Lebensjahr in zweifacher Hinsicht weiter als gegen alle anderen angeblich feindlichen Gruppen:

Zum einen erreichten sie eine neue Qualität durch die Übertragung der Kampagne gegen „Kosmopolitismus" und „Zionismus" auf andere Länder im sowjetischen Machtbereich, besonders auf die Tschechoslowakei. Zumindest im westlichen, tschechischen Landesteil besaß der Antisemitismus keine (verglichen mit Rußland) starken Traditionen. Interne Rivalitäten innerhalb der kommunistischen Partei ausnutzend, inszenierten tschechoslowakische Stalinisten und ihre sowjetischen „Berater" im November 1952 den ersten offen antisemitischen Schauprozeß in der Geschichte der Arbeiterbewegung.[13] Von den vierzehn Angeklagten waren elf Juden, darunter Rudolf Slánský, der ehemalige Generalsekretär der tschechoslowakischen KP. Die Angeklagten wurden solange gefoltert, bis sie endlich „Geständnisse" abgelegt hatten, in denen sie sich aller nur denkbaren Verbrechen beschuldigten.

Sie wurden immer wieder als „jüdisch-bourgeoise Elemente", „Zionisten" und „wurzellose Kosmopoliten" denunziert. Das Gericht verurteilte elf Angeklagte, darunter Slánský, zum Tode, die drei anderen zu lebenslänglicher Haft. Am 30. Dezember 1952 wurden die Todesurteile vollstreckt.[14]

Ein ähnliches Szenario plante Stalin für den sogenannten „Ärzteprozeß" in der Sowjetunion. Am 13. Januar 1953 gab die „Prawda" bekannt, es sei den Sicherheitsorganen gelungen, eine Verschwörung von (zumeist jüdischen) Ärzten des medizinischen Dienstes des Kreml aufzudecken. Die Ärzte hätten das Politbüromitglied Shdanow ermordet und das gleiche Schicksal vielen hochrangigen Militärs zugedacht. Es gab dunkle Hinweise auf weitere, unmittelbar bevorstehende „Enthüllungen" über das Ausmaß des „Komplotts".

Obgleich dieser Fall, so Isaac Deutscher, „so stark an die alten Säuberungsprozesse erinnerte, gab es darin einen bestürzend neuen Zug. In den alten Prozessen waren die Angeklagten, unter anderem, stets beschuldigt worden, sie hätten Woroschilow, Kaganowitsch, Molotow und anderen Parteiführern nach dem Leben getrachtet. Dieser Umstand war für letztere von großer Bedeutung. Die Liste der von den ‚Verschwörern' auserkorenen Opfer war sozusagen Stalins Ehrenliste ... Ein Politbüromitglied, dessen Name in dieser

[13] Die vorangegangenen Prozesse in Ungarn und Bulgarien hatten zwar mit versteckten Hinweisen auf die „unpatriotische Wühltätigkeit" (teilweise jüdischer) früherer „Westemigranten" antisemitische Ressentiments angesprochen, jedoch keine offene Pogromstimmung geschürt.

[14] Die Fülle an Literatur zum Slánský-Prozeß findet sich zusammengefaßt bei Karel Kaplan, Die politischen Prozesse in der Tschechoslowakei 1948–1954, München 1986, und bei Georg Hermann Hodos. Schauprozesse. Stalinistische Säuberungen in Osteuropa 1948–54, aktualisierte Aufl. Berlin 1990. Die journalistische Darstellung von Miroslav Šiška, Verschwörer, Spione, Staatsfeinde ..." Politische Prozesse in der Tschechoslowakei 1948–1954, Berlin 1991, ist die erste in deutscher Sprache, die umfangreiche Materialien aus den jetzt zugänglichen Archiven herangezogen hat. Der neueste Forschungsstand findet sich bei Jan Osers, Die Spezifika des Slánský-Prozesses in der ČSR im Vergleich mit den übrigen Schauprozessen in Osteuropa, in: Hermann Weber/Dietrich Staritz (Hg.), Kommunisten verfolgen Kommunisten. Stalinistischer Terror und "Säuberungen" in den kommunistischen Parteien Europas seit den dreißiger Jahren, Berlin 1993, S. 459–469.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

sonderbaren Ehrenliste fehlte, war damit faktisch in Ungnade gefallen, denn wenn die ‚Feinde des Volkes' nicht versuchten, ihn zu vernichten, so war er entweder seines hohen Amtes nicht würdig, oder er stand vielleicht gar mit ihnen im Bunde."[15]

Somit war das zweite neue Merkmal des Stalinschen Terrors im letzten Lebensjahr des Diktators, daß im „Ärzteprozeß", wie Deutscher hervorhob, „den Angeklagten nicht zur Last gelegt wurde, auch nur gegen einen einzigen der lebenden Parteiführer einen Mordanschlag versucht zu haben – nur Shdanow und Schtscherbakow, die längst tot waren, figurierten als ihre Opfer. Die Anklage betonte mit bewußtem Nachdruck, daß die Ärzte es ausschließlich auf die Führer der Streitkräfte abgesehen hatten. Dieser seltsame Umstand ... gab den Parteiführern Stoff zu vielen besorgten Überlegungen. Sie mußten sich klar werden, was die Moral dieser Geschichte sein sollte. Wer immer diese Geschichte ausgeheckt hatte, war offensichtlich darauf aus, das Militär auf ein Podest zu heben und damit indirekt die zivilen Führer herabzusetzen ... Was kündigte dies für die Parteiführer an? Sollten sie ihrer Ämter enthoben und ausgemerzt werden? Hatten Stalins Angriffe auf Molotow, Mikojan, Woroschilow und Andrejew das zu bedeuten? Sollte dies vielleicht seine letzte und abschließende Säuberung sein, sein endgültiger Bruch mit der Partei, die er erniedrigt und bis zur völligen Erschöpfung zur Ader gelassen hatte? Richtete er, mit einem Fuß im Grabe, die Bühne für den bonapartistischen Putsch her, vor dem sich die Bolschewisten so lange gefürchtet hatten, oder half er den Generälen bei dessen Vorbereitung? Aber welches Interesse hatte Stalin, so zu handeln? Er sollte sein Geheimnis mit sich ins Grab nehmen; und die Parteiführer konnten danach das Knäuel seiner Pläne ebensowenig entwirren, wie es die Nachwelt kann – seine Motive und Handlungen schienen jeden inneren Zusammenhang verloren zu haben."[16]

Deutschers Feststellung gilt auch für den in unserem Zusammenhang wichtigsten der vermuteten Pläne Stalins: die versuchte Deportation der sowjetischen Juden nach einer Serie kalkulierter Pogrome.

Zeitgenössischen westlichen Stimmen zufolge sollte die Mehrheit der sowjetischen Juden aus den Großstädten nach Birobidshan zwangsweise umgesiedelt werden.[17] Entsprechende Vermutungen wurden auch im sowjetischen „politischen Untergrund" der siebziger Jahre geäußert. Roy Medwedew zitierte ein Dokument aus dem Privatarchiv des Altbolschewiken E. P. Frolow, das die Vorbereitung systematischer Pogrome in der Ukraine und „die Umsiedlung von Juden ins Ghetto" sowie die „Errichtung von Baracken" anführt.[18] Lew Kopelew prangerte die „Stalinschen Völkermörder" an und nannte Umsiedlungspläne, die Juden und Angehörige der baltischen Völker en masse betrafen.[19] Ein dritter Dissident, Anton Antonow-Owsejenko, veröffentlichte 1983 präzisere Angaben. Unter Berufung auf mündliche Aussagen eines sowjetischen Spitzenfunktionärs[20] schrieb er:

[15] Isaac Deutscher, Stalin. Eine politische Biographie, Neuausg. Berlin 1990, S. 778.

[16] Ebenda, S. 778f.

[17] Vgl. beispielsweise die Dokumentation in: Notes. Soviet Affairs, Nr. 145, 2 March 1953: The Status of Jews in the Soviet Union.

[18] Medwedew, S. 548f.

[19] Lew Kopelew, Zur „jüdischen Frage in der UdSSR" (Ein Brief an Roy Medwedew), in: Ders., Im Willen zur Wahrheit. Analysen und Einsprüche, Frankfurt a. M. 1984, S. 73.

[20] Koenen/Hielscher, S. 190, vermuten im Anschluß an Antonow-Owsejenko (vgl. nachf. Anmerkung), es habe sich um Anastas Mikojan gehandelt.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

„Unverhofft erschien eines Tages der Generalsekretär in der Sitzung (des Politbüros; M. K.). Alle erhoben sich. ‚Ich komme mit einer außergewöhnlichen Frage', fing er an. ‚Es besteht die Gefahr eines Pogroms gegen die Juden. Es sind zahlreiche Fälle registriert worden, bei denen Strolche verdiente Juden überfallen haben. Ich glaube, Genossen, daß man unsere Juden retten und schützen muß. Am besten siedelt man sie aus Moskau und Leningrad an einen sicheren Platz um. Es gibt eine Liste von Leuten, um die wir uns in erster Linie kümmern werden.'"[21]

Enzo Traverso hat unter Berufung auf Saul Friedländer[22] betont, daß der nazistische Mord an den Juden „hinter einer vagen, kodierten und anzüglichen Sprache getarnt (wurde), deren einziges Ziel die Verschleierung des Genozids war. Selbst in den Todeslagern wurden die Hinrichtungen noch ‚Sonderbehandlung' genannt, die Gaskammern ‚Spezialeinrichtungen'. 1943 sagte Himmler zu den SS-Generälen, die Ausrottung der Juden müsse ein Ruhmesblatt der deutschen Geschichte sein, das niemals aufgeschrieben werde."[23] Die Mörder fürchteten die Verantwortung, müssen demnach gewußt, zumindest gefühlt oder gefürchtet haben, daß ihr Handeln von der Geschichte gerichtet werden würde. Der nationalsozialistische Völkermord an den Juden war, so Eberhard Jäckel, der „Vollzug einer Weltanschauung",[24] deren Kern die Vernichtung angeblich unwerten Lebens bedeutete. Der Antisemitismus Stalins war damit nicht vergleichbar. Doch benötigte auch er eine sprachliche Verkleidung. Stalin und der von ihm beherrschte Partei- und Staatsapparat hielten immer noch verbal am Ziel des Kommunismus, der Errichung einer Gesellschaft der Freiheit und sozialen Gerechtigkeit, fest. Sie gaben auch das marxistische Vokabular nicht auf, selbst dann nicht, als sie die kritisch-analytische Erkenntnistheorie von Marx zu einer Legitimations„wissenschaft" und zur Ideologie eines bürokratischen Despotismus herabgewürdigt hatten. Sie bemühten noch immer die Tradition der Arbeiterbewegung wie der Oktoberrevolution zur Rechtfertigung ihrer Herrschaftspraktiken. Nicht einmal innerhalb des engsten Kreises seiner Vasallen (es waren längst keine Mitstreiter mehr) durfte Stalin seinem Rassismus freien Lauf lassen und seinen in den letzten Lebensjahren gesteigerten Judenhaß, den nicht nur seiner Tochter belegen konnte,[25] zur offiziellen Begründung der Repressionen heranziehen. Doch unabhängig von der plumpen und demagogischen Alibi-Behauptung, „daß man unsere Juden retten und schützen muß", mußte ein organisierter Antisemitismus zur Aufkündigung der marxistischen und der leninistischen Traditonslinie, auf die sich die Sowjetunion berief, führen. „Stalin legte jetzt", schrieb Deutscher, „die Axt an die Wurzeln der Idee, durch die die Revolution, die Partei und der Staat gelebt hatten; er vernichtete die Geburtsurkunde und den ideologischen Rechtstitel seiner eigenen Herrschaft. Durch diesen Akt beging der Stalinismus Selbstmord, noch ehe sein Begründer starb. Trotz ihrer Degeneration und Abgestumpftheit konnte die Partei Stalin auf diesem selbstzerstörerischen Weg nicht folgen."[26]

21 Anton Antonow-Owsejenko, Stalin – Porträt einer Tyrannei, München 1983, S. 354.

22 Saul Friedländer, Kitsch und Tod. Der Widerschein des Nazismus, München 1986.

23 Enzo Traverso. Die Juden und Deutschland. Auschwitz und die „jüdisch-deutsche Symbiose", Berlin 1993, S. 156.

24 Eberhard Jäckel, Hitlers Herrschaft. Vollzug einer Weltanschauung, Stuttgart 1986.

25 Vgl. Swetlana Allilujewa, Zwanzig Briefe an einen Freund, Wien 1967. Für weitere Zeugnisse vgl. Edmund Silberner, Kommunisten zur Judenfrage. Zur Geschichte von Theorie und Praxis des Kommunismus, Opladen 1983, bes. S. 126ff.

26 Deutscher, Stalin, S. 786.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Konnte sie dies wirklich nicht? Der jahrelange Appell an den großrussischen Nationalismus, im Zweiten Weltkrieg noch von einer gewissen Logik und Rationalität geprägt, war während des Kalten Krieges zu einem pseudo-sozialistischen Messianismus übersteigert worden. Die systematische Leugnung wissenschaftlicher und allgemein-zivilisatorischer Errungenschaften des Auslandes ging einher mit den absurdesten Behauptungen über die Ursprünge der geistigen Kulturgüter der Menschheit, die nach stalinistischer Lesart stets in Rußland oder zumindest auf dem Territorium der UdSSR zu finden waren. Dieser Appell an die rückständigsten Hirngespinste diente nicht nur zur Kompensation materiellen Elends und geistiger Unmündigkeit. Vielmehr noch diente er der Begründung einer Idee von der Auserwähltheit des russischen Volkes, durch Rückgriffe auf den Panslawismus auch der slawischen Völker schlechthin. Eine solche Ideologie sollte auch der Eigenliebe der militär-bürokratischen Herrschaftsschicht schmeicheln, bestehende Rivalitäten zwischen ihren Segmenten einebnen und ihre Konstituierung zu einer neuen Klasse von Ausbeutern erleichtern. Bereits 1936 hatte Trotzki scharfsichtig bemerkt, daß sich die stalinistische Bürokratie in der weiteren Entwicklung ihrer Herrschaftskonsolidierung „unvermeidlich nach Stützen in den Besitzverhältnissen umsehen (muß). Man mag einwenden, es sei dem großen Bürokraten gleichgültig, welche Eigentumsformen vorherrschen, wenn sie ihm nur das nötige Einkommen garantieren. Dieser Einwand übersieht nicht nur, wie unsicher die Rechte der Bürokratie sind, sondern auch das Schicksal der Nachkommenschaft ... Die Privilegien sind nur halb soviel wert, wenn man sie nicht den Kindern vermachen kann. Doch das Vererbungsrecht ist vom Eigentumsrecht nicht zu trennen. Es genügt nicht, Direktor eines Trusts zu sein, man muß Teilhaber sein. Ein Sieg der Bürokratie auf diesem entscheidenden Gebiet würde bedeuten, daß sie sich in eine neue besitzende Klasse verwandelt hat."[27] Ein solcher Prozeß mußte mit einer sukzessiven, doch systematischen Absage an alle Gleichheitspostulate des Sozialismus und Kommunismus einhergehen. Er mußte im Bereich der materiellen Produktion alle juristischen und gewerkschaftlichen Rechte der arbeitenden Menschen zerstören. Der ökonomische und politische Status der Lohnabhängigen mußte nunmehr in ein Knechtschaftsverhältnis verwandelt werden, das, wie Dallin und Nikolajewskij nachwiesen, mehr und mehr Züge mit dem System der Straflager und seiner Sklavenarbeit gemeinsam hatte.[28] Schließlich sollte das alte sozialistische Prinzip der unentgeltlichen Bildung darauf reduziert werden, „daß die Millionenmassen nur zu dem Zweck Lesen und Schreiben lernen dürfen, damit sie all das Falsche aufnehmen, das ihnen die Propaganda einhämmert", wie Jacques Hannak vielleicht etwas überspitzt schrieb.[29] Eine solche Gesellschaft bedurfte des organisierten Terrors zur Einschüchterung der Menschen. Was lag näher, als diesen Terror gegen ungeschützte Minderheiten zu richten?

Die sowjetischen Juden waren eine ungeschützte Minderheit par excellence. Aus oben angeführten Gründen war der Antisemitismus in der Zeit der gesellschaftlichen Krise am

[27] Leo Trotzki, Verratene Revolution. Was ist die Sowjetunion und wohin treibt sie?, Neuausg. Essen 1990, S. 256f.

[28] Vgl. David J. Dallin/Boris I. Nicolaevsky, Forced Labor in Soviet Russia, New Haven, Conn. 1947.

[29] Jacques Hannak in: Arbeiterzeitung, Wien, 12. September 1954; zit. in Ludgar Syré, Isaac Deutscher. Marxist, Publizist, Historiker. Sein Leben und Werk 1907–1967, Hamburg 1984, S. 377. Syrés Kritik an Hannaks Polemik gegen Deutscher ist einleuchtend, daß Hannak „im Geiste des platten Antikommunismus" und „in nicht mehr zu überbietender Einfachheit" schrieb (ebenda, S. 376f.), scheint mir jedoch in der Wertung überzogen.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Beginn der fünfziger Jahre erneut relativ leicht einzusetzen. Sein geplantes Ausmaß sollte aber alle früheren, vom Zarismus wie vom Stalinismus gesetzten Maßstäbe sprengen. „An der Mär von der antisowjetischen Verschwörung des Weltjudentums", so nochmals Deutscher, „haftete das Odium der ‚Protokolle der Weisen von Zion' und der Machwerke der Goebbelsschen Propaganda. Hätte man dieses Ränkespiel weiterlaufen lassen – wäre es wirklich zum Prozeß gegen die Ärzte gekommen – so konnte nur eines die Folge sein: ein landesweites Pogrom."[30]

Die Vorbereitungen für die landesweite Pogromwelle sind inzwischen eingehend beschrieben worden, wobei alle Darstellungen bis vor kurzem auf mündliche Aussagen Beteiligter und Betroffener angewiesen waren.[31] Nunmehr hat jedoch der Schriftsteller, Jurist und Journalist Arkadi Waksberg in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Rechtskommission des Schriftstellerverbandes eine Darstellung vorgelegt, die auf Archivmaterialien des KGB, des Obersten Gerichts und der Militärstaatsanwaltschaft der UdSSR basiert. Durch die dort präsentierten Quellen haben sich die bislang vorliegenden Indizien einer systematisch geplanten Massendeportation von Juden nach Birobidshan weiterhin verdichtet – einschließlich der Tatsache, daß Stalin dort ihre Internierung in Baracken geplant haben soll, was für Ältere und Kranke lebensgefährlich gewesen wäre. Einschränkend bemerkte Waksberg jedoch, daß „weder Stalin, noch Jeshow oder Berija oder irgend jemand sonst ... die entscheidenden Anordnungen zum großen Terror schriftlich gegeben (hat). Besonders Stalin nicht. Vieles, wahrscheinlich das Wichtigste, hat er nicht einmal mündlich geäußert; es genügte, wenn der Führer der Völker seine Absicht erkennen ließ. Dokumente finden zu wollen, die seine Rolle etwa bei der Ermordung Kirows, bei Gorkis Schicksal oder bei der ‚Endlösung der Judenfrage' belegen, ist sinnlos."[32]

Die Materialien über das Jüdische Antifaschistische Komitee im Archiv des KGB belaufen sich, Waksberg zufolge, auf 42 Bände der Voruntersuchungen, neun Bände Gerichtsprotokolle und drei Bände über Zusatzüberprüfungen. Über die inhaftierte Frau von Außenminister Molotow, Polina Shemtschushina, die jüdischer Herkunft war, wurde versucht, eine Verbindung herzustellen zwischen dem Komitee, Molotows Stellvertreter Salomon Losowskij, den inhaftierten Schriftstellern und den Ärzten, die angeblich „Stalin beseitigen wollten". Der Prozeß gegen Losowskij und die Schriftsteller fand geheim statt, die Ärzte sollten öffentlich auf dem Roten Platz hingerichtet werden. Unmittelbar danach würden im ganzen Land Pogrome gegen die Juden ausbrechen. Am nächsten Tag sollten die Medien einen Aufruf jüdischer Persönlichkeiten verbreiten, worin diese Stalin bitten würden, ihre Glaubensbrüder vor dem gerechten Volkszorn zu retten und in den Fernen Osten zu bringen. Dort sollten sie ihre Schuld als Mörder und Verräter wiedergutmachen. Stalin würde dieser Bitte natürlich entsprechen.[33]

Nach verschiedenen, aber übereinstimmenden Aussagen von Opfern, aber auch von hochrangigen Beamten – darunter Stalins Leibwächter Alexej Rybin – stammte die Idee zur Deportation von Dmitrij Tschesnokow, Chefredakteur der Zeitschrift „Fragen der Philoso-

[30] Deutscher, Stalin, S. 786.

[31] Vgl. an neueren Veröffentlichungen u. a. Louis Rapoport, Hammer, Sichel, Davidstern. Judenverfolgung in der Sowjetunion, Berlin 1992 (meine Rezension hierzu in: IWK, 1994, Nr. 1, S. 167–168); Arkadi Waksberg, Die Verfolgten Stalins. Aus den Verliesen des KGB, Reinbek bei Hamburg 1993.

[32] Ebenda, S. 9.

[33] Vgl. ebenda, S. 204ff.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

phie" und sollte unter maßgeblicher Aufsicht Kaganowitschs durchgeführt werden. Der Aufruf an Stalin, dessen Text Louis Rapoport zu rekonstruieren versuchte, soll von dem Historiker Isaak Minz, dem Philosophen Mark Mitin und dem Journalisten Jakow Chawinson entworfen worden sein.[34] Unter erheblichem Druck sollen eine Reihe von Persönlichkeiten den Aufruf unterschrieben haben, so die Physiker Lew Landau und Pjotr Kapiza, der Violinist David Oistrach, die Schriftsteller Wassilij Grossman und Samuil Marschak und der Historiker Eugen (Jewgenji) Tarlé. Vier Persönlichkeiten sollen den außerordentlichen Mut gehabt haben, die Unterschrift zu verweigern: General Jakow Kreiser, der Sänger und Schauspieler Mark Reisen sowie die Schriftsteller Wenjamin Kawerin und Ilja Ehrenburg.[35]

Die Historikerin Ewa Berard-Zarycka und Arkadi Waksberg veröffentlichten unabhängig voneinander den Text eines Briefes vom März 1953, den Ehrenburg an Stalin schrieb. Berard-Zarycka nennt ein Privatarchiv als Quelle und schreibt, der Brief sei nie abgesandt worden.[36] Waksberg nennt seine Quelle, aus der er schöpft und den Brief in extenso zitiert, nicht, läßt jedoch offen, ob der Brief seinen Adressaten erreicht hat oder nicht.[37] Ehrenburg selbst ging im 3. Band seiner Memoiren sehr kurz auf diese entscheidende Situation ein: „Die Februartage waren für mich sehr schwer, von dem damals Erlebten zu erzählen, halte ich für verfrüht. In den Augen von Millionen Lesern war ich ein Schriftsteller, der zu Stalin hätte gehen und ihm sagen können, womit er nicht einverstanden sei. In Wirklichkeit war ich genauso ein ‚Rädchen' oder ‚Schräubchen' wie meine Leser. Ich versuchte zu protestieren. Doch das alles entschied nicht mein Brief, sondern das Schicksal."[38]

Dieser Brief[39] richtete sich „angesichts der außerordentlichen Wichtigkeit des Problems" an Stalin. „Genosse Minz und Genosse Marinin (Pseudonym von Chawinson; M. K.) machten mich heute mit dem Text des Briefes an die ‚Prawda' bekannt und boten mir an, ihn zu unterschreiben. Ich halte es für meine Pflicht, Ihnen meine Zweifel mitzuteilen und Sie um Rat zu bitten ... Ich befürchte, daß die kollektive Initiative, die von einer kleinen Zahl von Vertretern der russisch-sowjetischen Kultur ausgeht, die nichts anderes verbindet als ihre Herkunft, das Risiko in sich birgt, die nationalistischen Tenzen zu verschärfen. Der Schlag, der durch diesen ‚Brief an die Redaktion' unseren Anstrengungen zur Vertiefung und Erweiterung der weltweiten Friedensbewegung versetzt werden kann, beunruhigt mich sehr. Jedesmal, wenn ich in verschiedenen Kommissionen und auf Pressekonferenzen über das Verschwinden von Schulen und Zeitungen in jiddischer Sprache in der Sowjetunion gefragt wurde, habe ich stets geantwortet, daß der ‚Ansiedlungsstreifen'[40] nach dem Krieg vollständig beseitigt wurde und die neuen Generationen sowjetischer Bürger jüdischer Herkunft nicht von den Völkern, unter denen sie leben, isoliert sein wollen. Die Veröffent-

[34] Vgl. ebenda, S. 229f.

[35] Vgl. ebenda, S. 230.

[36] Ewa Berard-Zarycka, Ehrenburg in Post-War USSR, in: Soviet Jewish Affairs, 1987, Nr. 1, S. 45; Rapoport, S. 209f.

[37] Waksberg, S. 230f.

[38] Ilja Ehrenburg, Menschen, Jahre, Leben. Memoiren, Bd. 3, Berlin (Ost) 1978, S. 525f. Im 4. Band (Berlin 1990, S. 115) nannte Ehrenburg „die Erinnerung an Hitlers Völkermord, die Judenverfolgungen in den Jahren 1948 bis 1952, die Feindseligkeit mancher Nachbarn" als Gründe für die sowjetischen Juden, „ein gesteigertes Interesse für ihre Nationalität" zu zeigen.

[39] Im folgenden zit. nach dem Text bei Waksberg, S. 230f.

[40] Gemeint war der Ansiedlungsrayon im Westen des Zarenreiches, außerhalb dessen Juden nur in Einzelfällen ihren Wohnsitz nehmen durften.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

lichung des Briefes, der von Wissenschaftlern und Komponisten jüdischer Herkunft unterzeichnet ist, birgt das Risiko in sich, die widerwärtige antisowjetische Kampagne neu zu beleben."[41]

Im Jahre 1988 wurde die Tatsache bekannt, daß Ehrenburg einige Briefe dem Archiv der Holocaust-Gedenkstätte Yad va Shem in Jerusalem zugeleitet hat, in denen er gebeten worden war, sich der antisemitischen Hetze entgegenzustellen. Andere Briefe forderten ihn jedoch auf, sich der Verdammung der angeklagten Ärzte anzuschließen.[42] Das in Ehrenburgs Memoiren erwähnte Schicksal, das entschied, war der Tod Stalins am 5. März 1953.

Damit begann für die Sowjetunion ein neuer Abschnitt ihrer Geschichte. Am 4. April 1953 brachte die „Prawda" eine Erklärung des Innenministeriums, worin festgestellt wurde, daß die Kreml-Ärzte zu Unrecht verhaftet worden seien. Die Geständnisse, die sie abgelegt hatten, seien durch vom Gesetz verbotene Untersuchungsmethoden erzwungen worden.

Dem brutalen Antisemitismus der letzten Stalin-Jahre wurde durch die neue Regierung unter Georgij Malenkow nunmehr ein Riegel vorgeschoben, die persönliche Sicherheit der jüdischen Bürger nicht länger angetastet. Doch in den osteuropäischen Satellitenstaaten der Sowjetunion wurde die vorgeblich antizionistische Kampagne, wenn auch in verminderter Intensität, noch fortgeführt. Sie endete erst mit dem 20. Parteitag der KPdSU im Februar 1956. Doch selbst in seiner mutigen Geheimrede auf diesem Parteitag ging Nikita Chruschtschow mit keinem Wort auf die Judenverfolgungen in der Sowjetunion und ihre Ursachen ein, obwohl er die angebliche „Ärzteverschwörung" als Intrige Stalins anprangerte.[43] Dies zeigte deutlich die Grenze der Entstalinisierung in der Sowjetunion. Dieses Thema blieb für die Öffentlichkeit in der UdSSR wie auch in der DDR für Jahrzehnte ein Tabu.

Der unbestrittene systematische Terror, der die Sowjetunion unter Stalin in Mitleidenschaft zog, bewog Historiker und Schriftsteller aus sehr unterschiedlichen politischen Lagern zu Vergleichen zwischen den beiden wichtigsten diktatorischen Regimen des 20. Jahrhunderts. „Der Faschismus, namentlich der sogenannte Nationalsozialismus deutscher Prägung, und der Stalinismus wiesen viele Gemeinsamkeiten auf", schrieb 1991 der deutsche sozialistische Historiker Wolfgang Ruge, der selbst viele Jahre in sowjetischen Straflagern und in der Verbannung zugebracht hatte. Für Ruge war es eine „Tatsache, daß sich verbrecherische Machthaber hier wie dort über die Menschenrechte hinwegsetzten, daß ihnen ein Einzelleben nichts galt, daß die Massen mißbraucht und total manipuliert wurden, daß Terror und Geheimpolizei herrschten, daß alle Regungen des Geistes der lähmenden Überwachung unterworfen waren. Entlastend für den Stalinismus könnte vielleicht ins Feld geführt werden, daß er keine industriemäßige Vernichtung von Menschen in speziellen Todeslagern betrieb und schon gar keine Verwertung der Haare, der Haut, der Goldprothesen seiner Opfer kannte."[44] Dabei bleibt unbestritten, daß in Stalins Lagern

[41] Im dritten Band der zitierten Memoiren (vgl. S. 525) beschrieb Ehrenburg seine Betroffenheit angesichts antisemitischer Tendenzen unter französischen Kommunisten im Zusammenhang mit dem „Ärzteprozeß".

[42] Vgl. Rapoport, S. 212–214, der aus diesen Archivalien zitiert.

[43] Vgl. N. S. Chruschtschow, Über den Personenkult und seine Folgen. Rede in der internen Sitzung des XX. Parteitages der KPdSU, 25. Februar 1956, in: Josef Gabert/Lutz Prieß (Hg.), SED und Stalinismus. Dokumente aus dem Jahre 1956, Berlin 1990, S. 50.

[44] Wolfgang Ruge, Stalinismus. Eine Sackgasse im Labyrinth der Geschichte, Berlin 1991, S. 128.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

zumeist die Schwerstarbeit, die katastrophal unzureichende Versorgung mit Lebensmitteln und Kleidung, eine völlig unzulängliche medizinische Betreuung und nicht zuletzt die schlimme Unterbringung zum Massensterben der Inhaftierten führte. Hinzu kam ein dosierter Terror von Erschießungen ganzer Gruppen.[45] Dennoch wird Solschenizyns Verdikt der Spezifik des Stalinschen Terrors in den Lagern nicht gerecht: „Für Gaskammern hatten wir kein Gas", schrieb er im „Archipel Gulag".[46]

Solschenizyn ließ die Tatsache unberücksichtigt, daß der Stalinsche Terror auf keinem „Generalplan Ost" mitsamt dessen systematischer Versklavung und Ausrottung ganzer Völker basierte. Es gab keine gezielte Vernichtung oder Sterilisation sogenannter Erbkranker, Homosexueller oder Juden. Dies soll, schrieb Wolfgang Ruge, nicht als „entlastend für den Stalinismus ... ins Feld geführt werden" – im Gegenteil. Denn dabei, so Ruge weiter, „ist auch eine Aussage zu treffen, die den Stalinismus zusätzlich belastet. Im Gegensatz zum Faschismus, der seine Gegner, die Widerstand leisteten, und diejenigen vernichtete, die seiner wahnwitzigen Rassen‚theorie' zufolge einer minderwertigen Kategorie angehörten, vergriff sich Stalin an den Stützen seines eigenen Regimes. Er schickte fast alle seine Kampfgefährten in den Tod, ließ Hunderttausende Kommunisten ermorden (wohl mehr als irgendein faschistischer oder militaristischer Diktator), dezimierte die für das Gedeihen seines Landes tätige Intelligenz, drosselte ihre Initiative und entzog den Ernährern der Bevölkerung, den Bauern, die normale Lebensgrundlage."[47] Doch Ruge hielt fest: „Von ihrem Ursprung her völlig verschieden, verbargen sich hinter der barbarischen Praxis der beiden Regime auch schwerwiegende Gegensätze. Was bei dem einen die Perfektionierung menschenfeindlicher Vorstellungen darstellte, war bei dem anderen maßlose Pervertierung und Umkehr ursprünglich humanistischen Gedankenguts."[48]

Diesen Umstand hob auch der aus Leningrad nach Paris exilierte Germanist und Romanist Efim Etkind hervor: „Während des Krieges glaubten wir, unsere Ideen seien den menschenfresserischen Schlagworten der Nazis weit überlegen; der Internationalismus, die Gleichberechtigung der Rassen und Völker, aller Gesellschaftsmitglieder, der Kollektivismus anstatt der geizigen Triebe des Eigentümers – all diese Ideen besaßen selbstverständlich einen unwiderstehlichen Reiz, konnte man sie auch nur vergleichen mit den teuflischen Rassentheorien, mit der absurden Propaganda der Herrenrasse, die angeblich alle Rechte über den Untermenschen besitzen sollte, darunter auch das Recht, ihm sein Leben zu nehmen?"[49]

[45] Einen solchen Vorgang des massenhaften Erschießens schildere M. B., The Trotskyists in Vorkuta Prison Camp, in: Tariq Ali (Hg.), The Stalinist Legacy. Its Impact on 20th Century World Politics, Harmondsworth 1984, S. 187–196. Der Bericht erschien zuerst in: Socialističeskij Vestnik, New York, Oktober/November 1962. Der Name des Augenzeugen „M. B." blieb unbekannt. Einzelheiten über Massenerschießungen finden sich gesammelt bei Andrzej J. Kaminski, Konzentrationslager 1896 bis heute. Geschichte, Funktion, Typologie, München/Zürich 1990, bes. S. 90 (allerdings teile ich nicht Kaminskis Prämisse von Lenin und Trotzki als Urheber des stalinistischen Terrors im Bürgerkrieg 1918–1921).

[46] Alexander Solschenizyn, Der Archipel Gulag, Bd. 2, Bern 1975, S. 86.

[47] Ruge, S. 128f.

[48] Ebenda, S. 129.

[49] Efim Etkind, Sind Sie glücklich in Paris?, in: Karl Corino (Hg.), Autoren im Exil, Frankfurt a. M. 1981, S. 159f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Ein anderer sowjetischer Exilant, der in Schweden lehrende Historiker Alexander Kan, bemerkte in einer nuancierten Besprechung von Ruges Buch, „daß der Stalinismus nach Stalins Tod sich in vielen Ländern der Dritten Welt und in rückständigen Balkanländern mit natürlichen Modifikationen wiederholte, manchmal mit vergleichbarer Lebensvergeudung am eigenen Volke."[50] Ruge selbst kam zu anderen Schlußfolgerungen: „Trotz seiner Anlehnung an das sowjetische Modell war der epigonale Stalinismus (erst recht der epigonale Poststalinismus) osteuropäischen Typs ... sowohl seiner Qualität als auch seinen Folgen nach ein wesentlich andersgeartetes Phänomen als die diktatorische Herrschaft Stalins in den endzwanziger, dreißiger und vierziger Jahren. Unter ihm erreichten Initiativlähmung und Flexibilitätsverlust längst nicht solche totalen Dimensionen wie im Mutterland des ‚real existierenden Sozialismus'."[51] Die Behandlung der Juden seitens der Führungen in den osteuropäischen Satellitenstaaten unterschied sich deutlich vom stalinistischen Antisemitismus, dessen Grundzüge wir hier gesehen haben.[52] Die Übermacht sowjetischen Einflusses und die relativen Ähnlichkeiten der osteuropäischen Gesellschaften mit dem sowjetischen Modell erfordern jedoch eine Kenntnis der stalinistischen Politik gegenüber den Juden, um die Situation im jeweiligen Land zu verstehen. Dies gilt auch für die Untersuchung der SED-Politik gegenüber den Juden. Die spezifische Lage der DDR als Teil eines Landes, über dem der Schatten Hitlers lag, war jedoch mit keinem anderen Land innerhalb des sowjetischen Machtbereiches vergleichbar.

2. Die Stalinisierung der SED und die Juden in der „Säuberungs"-Welle 1949/1950

Ein Jahr vor Gründung der DDR zählte die SED fast zwei Millionen Mitglieder. Ein Drittel von ihnen war ursprünglich in der SPD organisiert gewesen. Viele ehemalige Sozialdemokraten standen kritisch bis oppositionell zur Parteiführung, ebenso wie ehemalige Angehörige proletarischer Kleinorganisationen wie SAPD und KPDO. Gegen die letztgenannten hatte bereits 1947 der Marburger (später Leipziger) Romanist Werner Krauss einen scharfen Angriff im „theoretischen Organ" der SED, der „Einheit", geführt.[53] Die 10. Tagung des Parteivorstandes am 12./13. Mai 1948 verpflichtete die ostdeutschen Massenorganisationen, darunter die VVN, auf die Linie der SED, statt der bisherigen Überparteilichkeit Rechnung zu tragen.[54] Die 11. Tagung stellte im Juni 1948 fest, die SED habe „als Avantgarde die Lösung der Gesamtheit der demokratischen, wirtschaftlichen und organisatorischen Aufgaben zu leiten und die ganze Initiative der Arbeiterklasse und der

[50] Alexander Kan, Rezension zu: Wolfgang Ruge, Stalinismus. Eine Sackgasse im Labyrinth der Geschichte, Berlin 1991, in: IWK, 1991, Nr. 4, S. 516.

[51] Ruge, S. 134.

[52] Die Vertreibung von etwa 25 000 Juden aus Polen im Jahre 1968 verdient allerdings eine gesonderte Analyse.

[53] Werner Krauss, Über marxistische Abweichungen in älterer und jüngster Zeit, in: Einheit, 1947, Nr. 3, S. 253–259, Nr. 4, S. 356–365.

[54] Vgl. Olaf Groehler, SED, VVN und Juden in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (1945–1949), in: Wolfgang Benz (Hg.), Jahrbuch für Antisemitismusforschung 3, Frankfurt a. M. 1994, S. 281–302, bes. S. 293ff.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Bevölkerung mit Hilfe der Massenorganisationen zu entfalten."[55] Diese Verpflichtung der SED-Führung auf ein monolithisches und Avantgarde-Konzept wurde in die Tat umgesetzt: Am 3. Juli 1948 verurteilte eine ZK-Entschließung die jugoslawische Häresie, das heißt den Selbstbehauptungskampf der jugoslawischen Kommunisten gegen die Stalinsche Hegemonie.[56] Dies wurde mit einer „Säuberung" in den eigenen Reihen verbunden. Ein verschärfter Kampf gegen „Schumacher-Leute (also Sozialdemokraten; M. K.), die KPDO (die nicht mehr existierte; M. K.), die Trotzkisten" wurde gefordert, die „führende Rolle" der Sowjetunion sollte vorbehaltlos anerkannt, ein Bestreben nach einem nationalen, einem „besonderen deutschen Weg zum Kommunismus", wie ihn Anton Ackermann 1947 – durchaus im Sinne der Parteiführung – vorgeschlagen hatte, nicht mehr toleriert werden.[57]

Im September 1948 beschloß die 13. Tagung des Parteivorstandes die Bildung einer Zentralen Parteikontrollkommission (ZPKK), auch dies nach sowjetischem Vorbild. Zu ihrem Vorsitzenden wurde Hermann Matern berufen, dessen Name in den folgenden Jahren jedes kritische Parteimitglied schrecken sollte. Das SED-Zentralsekretariat beschloß daran anschließend, den „Kurzen Lehrgang der Geschichte der KPdSU(B)" zum verbindlichen Studienmaterial für alle Grundorganisationen zu erklären. Millionen von Kommunisten sollten in der Folgezeit dieses wichtigste Produkt der „Stalinschen Fälscherschule", so Leo Trotzki,[58] als einzige offizielle Richtlinie für das Studium der Parteigeschichte nutzen. Ende Januar 1949 beschloß die 1. Parteikonferenz der SED die Umwandlung zu einer „Partei neuen Typus". Oberstes Leitungsgremium wurde nunmehr, wie in der sowjetischen Partei, ein Politbüro, das nicht mehr paritätisch aus Ex-KPD- und Ex-SPD-Funktionären zusammengesetzt war. Analog dazu wurde auf allen Ebenen die paritätische Besetzung der Leitungen abgeschafft; eine Dominanz früherer KPD-Kader wurde sichtbar. Die Duldung von Fraktionen und Gruppierungen wurde ausdrücklich verboten.[59]

[55] Zit. in Gerhard Roßmann u. a., Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Abriß, Berlin (Ost) 1978, S. 181 (im folgenden: Geschichte der SED).

[56] Diese Entschließung ist abgedruckt in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. II, Berlin (Ost) 1952, S. 81f., und in Hermann Weber, Von der SBZ zur „DDR", Bd. 1: 1945–1955, Hannover 1966, S. 125 (Auszug). Beachtenswert sind die Anführungszeichen, in die auch Hermann Weber, dem damaligen Zeitgeist (um nicht Sprachregelung zu sagen) folgend, die Bezeichnung DDR setzte. Im zweiten Band (Hannover 1967) wird auf die Anführungszeichen verzichtet. Im persönlichen Gespräch meinte Weber, er habe die Anführungszeichen gesetzt, um überhaupt sein Buch gedruckt zu sehen und in der Bundesrepublik realistische Informationen zur DDR vermitteln zu können.

[57] Vgl. ebenda, Bd. 1, S. 48.

[58] Leo Trotsky, The Stalin School of Falsification, New York 1979. Diese Arbeit erschien zuerst 1937, also kurz vor der Erstveröffentlichung des „Kurzen Lehrganges", stellt aber quasi eine vorweggenommene Korrektur zumindest der gröbsten Fälschungen dieses stalinistischen „Standardwerkes" dar.

[59] Zur Entwicklung der SED zur „Partei neuen Typus" vgl. neben den in Anmerkung 3 des 2. Kapitels genannten Arbeiten auch Thomas Friedrich, „Welch eine Kraft es gab, als Stalin sprach". Personenkult und SED, Mainz 1992; Günter Benser, Die SED zwischen Massenpartei und Kaderpartei neuen Typs 1946–1948, in: Dietmar Keller u. a. (Hg.), Ansichten zur Geschichte der DDR I, Berlin/Bonn 1993, S. 81–98, Andreas Malycha, Die Vereinigung von SPD und KPD und die Stalinisierung der SED, in: Der Stalinismus in der KPD und SED. Wurzeln, Wirkungen, Folgen, Berlin 1991, S. 51–58. Für die Wurzeln dieser Politik, die in den Jahren 1924–1928 liegen, vgl. Mario Keßler/Yvonne Thron, Entscheidung für den Stalinismus? Die Bolschewisierung in KPD und Komintern,

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Dies war die Legitimierung einer politischen Repressionswelle, euphemistisch als „Säuberung" verharmlost, die sich gegen Sozialdemokraten (die dies auch in der SED zu bleiben wünschten), gegen Angehörige früherer antistalinistischer Gruppierungen und gegen kritische Kommunisten allgemein richtete.[60] Betroffen wurden auch in zunehmendem Maße Personen, die durch ihre Sozialisation als verdächtig und als anfällig für mögliche „parteifremde" Auffassungen galten: Parteimitglieder nichtproletarischer Herkunft und frühere Westemigranten. Beide Kriterien trafen auf Juden in höherem Maße zu, als auf das Gros der übrigen SED-Mitglieder.

Offiziell differenzierten weder damals noch später die veröffentlichten Analysen der SED zwischen Juden und Nichtjuden. Dies war ein wesentlicher Unterschied zur Praxis in der Sowjetunion. Es schien somit ein reiner Zufall, daß ein im Juni 1949 von sowjetischen Sicherheitsorganen verhaftete SED-Funktionär ein Jude, Bernhard Steinberger, war. Diese Verhaftung, wie so viele spätere mit angeblicher „fraktioneller, parteischädigender" Tätigkeit „begründet", erfolgte im Zusammenhang mit dem Rajk-Prozeß in Ungarn, einem der wichtigsten stalinistischen Schauprozesse der Nachkriegszeit.[61] Steinbergers Frau Ibolya stammte aus Ungarn. Sie wurde am 28. Mai 1949 in Budapest verhaftet und erst im Mai 1955 amnestiert. Steinberger selbst, der während der Nazizeit im italienischen und schweizerischen Exil überlebt hatte, wurde am 9. Juni 1949 verhaftet und ins russische Untersuchungsgefängnis in BerlinHohenschönhausen eingeliefert.[62] Generaloberst I. A. Serow, Leiter der Abteilung Innere Angelgenheiten der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD), erließ nach Steinbergers Verhaftung im September 1949 zwei Direktiven an Ulbricht. In der ersten wurde die Einberufung eines Ausschusses bei der ZPKK angeordnet. Dieser sollte die Verbindungen deutscher Kommunisten mit Noel H. Field untersuchen. Field war während des Zweiten Weltkrieges Leiter des Unitarian Service Committee, einer von den Quäkern begründeten Hilfsorganisation für deutsche Exilanten in der Schweiz und in Südfrankreich gewesen. Am 12. Mai

ebenda, S. 19–28, und Hermann Weber, Stalinismus und KPD, ebenda, S. 29–35. Die letztgenannten drei Beiträge wurden auf einer Konferenz zum Thema Stalinismus gehalten, die die Historische Kommission beim Parteivorstand der PDS im Dezember 1990 ausrichtete. Zu dieser Konferenz vgl. Mario Keßler, Die Last der Vergangenheit. Der Stalinismus in KPD und SED, in: Sozialismus, 1991, Nr. 2, S. 18–22. Zum Verlust sozialistisch-demokratischen Denkens während des Stalinisierungs-Prozesses vgl. u. a. ders., Die kommunistische Linke und die Weimarer Republik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 32-33/94, 12. August 1994, S. 20–30.

[60] Zur Verfolgung ehemaliger KPDO-Mitglieder durch sowjetische und ostdeutsche Organe in den späten vierziger Jahren vgl. Theodor Bergmann, „Gegen den Strom". Die Geschichte der Kommunistischen Partei-Opposition, Hamburg 1987, S. 337ff. (Meine Rezension dieser Arbeit in: Utopie kreativ, 1991, Nr. 5, S. 90–92). Erschütternde Erlebnisberichte ehemaliger Sozialdemokraten und Kommunisten in: Der Stalinismus in der KPD und SED, S. 116ff. Vgl. weiterhin Jan von Flocken/ Michael Klonovsky (Hg.), Stalins Lager in Deutschland 1945–1950. Dokumentation, Zeugenberichte, München 1994. Dennoch bleibt dieses Thema ein Desiderat der Forschung.

[61] Zum Rajk-Prozeß vgl. Hodos, S. 66ff.; Béla Szász, Freiwillige für den Galgen. Die Geschichte eines Schauprozesses, Leipzig 1991. Vgl. auch den bewegenden Bericht von Lazar Brankov, Ein Augenzeugenbericht zum Rajk-Prozeß, in: Wolfgang Maderthaner u. a. (Hg.), „Ich habe den Tod verdient". Schauprozesse und politische Verfolgung in Mittel- und Osteuropa 1945–1956, Wien 1991, S. 33–36.

[62] Vgl. Mitteilungsblätter des Informationsbüros West, 9. April 1956, 3. Dezember 1956; zit. nach: Hodos, S. 179.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

1949 wurde er in Prag verhaftet. Zusammen mit seiner Frau Herta und seinem Bruder Hermann war ihm die Rolle eines „Bauern im roten Spiel" zugedacht, wie seine Biographin schrieb - einer Figur in den konstruierten Anklagen der geplanten Schauprozesse in Osteuropa.[63]

Die zweite Direktive Serows „wies die zentrale Kaderabteilung der SED an", schreibt Hodos, „bestimmte Personengruppen aus wichtigen Partei- und Staatsfunktionen zu entfernen. Dazu gehörten Genossen, die längere Zeit in westlicher oder jugoslawischer Kriegsgefangenschaft verbracht hatten bzw. ins westliche Ausland emigriert waren und daher möglicherweise von den Imperialisten oder den Titoisten als Agenten angeworben worden waren. Serow übergab Ulbricht auch die Liste der spionageverdächtigen deutschen Westemigranten aus den Verhörprotokollen von Field, Szönyi[64] und Steinberger."[65]

Steinberger wurde von den sowjetischen Organen nach Workuta deportiert, dem Todeslager für zahllose wirkliche oder angebliche Gegner Stalins.[66] Dort verblieb er bis 1955 in Haft. Nach seiner Rückkehr in die DDR sollte dieser Leidensweg eine Fortsetzung erfahren: Am 29. November 1956 geriet er zusammen mit der (vom Staatssicherheitsdienst konstruierten) „Harich-Gruppe" für vier weitere Jahre in Zuchthaus-Haft.[67]

Am 7. November 1949 richtete der ZPKK-Vorsitzende Matern einen Brief an die Landesparteikontrollkommissionen. Darin waren der Plan und die Aufgaben zur Überprüfung aller Verantwortlichen in Staat, Partei und Wirtschaft auf Landesebene festgelegt. Nora Goldenbogen wies am sächsischen Beispiel nach, daß die dazu nachgelieferten Überprüfungshinweise innerhalb der Schweizer Emigration die Exilanten jüdischer Herkunft bereits als besonders zu beobachtende Gruppe nannten. Als Grund wurde die unterstellte Verbindung vieler ihrer Mitglieder zur „zionistischen Bewegung", zum amerikanischen Geheimdienst und zur „trotzkistisch-jüdischen Bewegung" festgehalten. Bei allen aufgelisteten Emigrantenorganisationen wurde auf den hohen Anteil von Juden, wo dies möglich war, hingewiesen.[68]

Zu den hier verwendeten Schlagworten sei angemerkt: Als „zionistisch" wurde, besonders seit den späten vierziger Jahren, jedwede speziell jüdische Aktivität oder Äußerungen von Juden als solchen in der Sowjetunion bezeichnet. Noch schwerer wog das Odium der „trotzkistisch-jüdischen Bewegung". Trotzki selbst hatte sich stets als Internationalist in der Arbeiterbewegung engagiert, ohne seine jüdische Herkunft jemals zu verleugnen. Dem Zionismus stand er bis in die dreißiger Jahre ablehnend gegenüber. Die nazistische Politik der Vernichtung der Juden hatte er allerdings - und dies innerhalb der sozialistischen Bewegung als einziger - bereits 1938 antizipiert und nunmehr die Evakuierung der Juden aus Europa unterstützt, auch wenn er die Zukunft des jüdischen „Nationalheims" in

63 Flora Lewis, Bauer im roten Spiel. Das Leben des Noel H. Field, Frankfurt a. M./Berlin (West) 1965.

64 Tibor Szönyi gehörte zu den Ermordeten des Rajk-Schauprozesses 1949. Er wurde posthum 1955 rehabilitiert. Vgl. Hodos, S. 73 und passim.

65 Ebenda, S. 181. Vgl. auch Carola Stern, Porträt einer bolschewistischen Partei, Köln 1957, S. 113ff. Hodos folgt dieser Darstellung.

66 Zum Straflager Workuta vgl. die genannten Arbeiten von Dallin/Nicolaevsky und Kaminski.

67 Vgl. Wilfriede Otto, Antizionismus - übergestülptes Feindbild und antisemitische Haltung, in: Keßler (Hg.), Arbeiterbewegung und Antisemitismus, S. 111.

68 Vgl. Nora Goldenborgen, „Säuberungen" und Antisemitismus in Sachsen (1949-1953), ebenda, S. 126.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Palästina eher besorgt kommentierte.[69] All diese Zusammenhänge wurden natürlich in der SBZ und DDR nicht vermittelt. Da das Wort „Trotzkismus" allein das denkbar schlimmste Stigma war, das einem „Abweichler" von der Parteilinie angeheftet werden konnte, implizierte der Terminus „trotzkistisch-jüdisch", daß auch Juden in höchstem Maße als verdächtig galten. Hier zeigte sich natürlich der sowjetische Einfluß.

Materns Brief war der Auftakt zu einer Welle der Überprüfungen. Allein in Sachsen betraf dies 4653 Personen, die den Parteioberen mißfielen. Die schließlich zusammengestellten Listen von „verdächtigen Elementen, Agenten, Trotzkisten" und sonstigen „fragwürdigen Elementen" umfaßten 140 Personen. Diese Angaben wurden an die ZPKK sowie an eigens geschaffene Sonderkommissionen weitergeleitet und dort miteinander verglichen.[70]

„Auf diese Weise", so Nora Goldenbogen, „wurde ein ganzes Arsenal von potentiellen Feinden und Verdächtigen zusammengestellt. Ausführliche Charakteristiken wurden (vor allem) über die ‚Westemigranten' erarbeitet, wobei die jüdische Herkunft, bzw. die jüdisch-bourgeoise Herkunft in den meisten Fällen gesondert vermerkt wurde. In diesem Verfahren filterte man Sonderfälle heraus, führte sie speziellen Überprüfungen zu und konservierte sie zum Teil für den Gebrauch in kommenden Untersuchungen. Diese erste Welle führte zu beruflichen Konsequenzen, Parteiausschlüssen und Verhaftungen, letztere vor allem im Zusammenhang mit Verdächtigungen und Beschuldigungen im beruflichen Bereich einiger Betroffener, die aber in vielem durch das entstandene Klima des Mißtrauens und der Denunziation befördert wurden. Gerade in diesem Bereich waren vor allem in Dresden mehrere Juden bzw. SED-Mitglieder jüdischer Herkunft betroffen."[71]

Der Dresdner Jude Helmut Eschwege, damals Mitglied der SED, bestätigte in seinen Erinnerungen diese Ergebnisse, zu denen Nora Goldenbogen nach ausführlicher Analyse von Dokumenten des früheren Bezirksparteiarchives Dresden gelangt ist.[72] Im Zuge seiner Parteiüberprüfung, die am 1. Juni 1951, also relativ spät, begann, trug er in den Fragebogen als Nationalität „Jude" ein. Nach einer Reihe sogenannter Aussprachen, die mit ihm geführt wurden, unterschrieb er schließlich, deutscher Nationalität zu sein. Doch am 4. August beschwerte er sich bei der Landeskommission zur Überprüfung der Parteimitglieder über den Druck, den die Sonderkommission auf ihn ausgeübt hatte. Eschwege schrieb: „Ich weiß, daß heute eine Anzahl von Genossen unserer Partei sich als völlig assimiliert betrachten, darunter befinden sich viele, die Angst haben, daß ihnen aus dem Bekenntnis zum jüdischen Volk, mit dem sie noch gestern gemeinsam gelitten haben, Nachteile erwachsen könnten. Ich bin stolz auf meine Nationalität und auf mein Volk und empfinde es, solange ich nicht eines Besseren belehrt werde, als eine Schande, mich dem Beschluß der Sonderkommission unterworfen zu haben, zumal dafür keine marxistische Begründung gefunden wurde."[73] Diese Intervention hatte zunächst für Eschwege noch keine negativen Konsequenzen.

[69] Vgl. hierzu Mario Keßler, Leo Trotzkis Haltung zum Zionismus und zur Palästinafrage, in: Martin Robbe (Hg.), Palästina - Sehnsucht und Machtpolitik. Geschichte, Strukturen und Perspektiven eines Konfliktes, Berlin 1990, S. 65-72. Dies ist der Text eines Konferenzbeitrages vom 18. September 1989 an der Akademie der Wissenschaften der DDR, Institut für Allgemeine Geschichte.

[70] Vgl. Goldenbogen, S. 126.

[71] Ebenda.

[72] Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, SED-Archiv, A/2017 (ohne Paginierung); teilweise auch zit. in Goldenbogen, S. 126.

[73] Helmut Eschwege, Fremd unter meinesgleichen. Erinnerungen eines Dresdner Juden, Berlin 1991, S. 66f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Die nunmehr im früheren Zentralen Parteiarchiv in Berlin zugänglich gewordenen ZPKK-Akten erlauben eine Scharfeinstellung auf diese Problematik. In den Jahren 1949 und 1950 führten die Überprüfungen zahlreicher, darunter auch jüdischer Parteimitglieder, fast ausnahmslos im Kontext der Beschäftigung mit sogenannten Westemigranten, zu ersten Verhaftungen. Nach Steinberger betraf dies unter anderem Leo Bauer, Lex Ende, Rudolf Feistmann und Bruno Goldhammer, die sämtlich jüdischer Herkunft und in westlicher Emigration gewesen waren. Zum Anlaß genommen wurde die „Erklärung des Zentralkomitees und der Zentralen Parteikontrollkommission zu den Verbindungen ehemaliger deutscher politischer Emigranten zu dem Leiter des Unitarian Service Committee Noel H. Field" vom 24. August 1950. Diese Resolution faßte, wie Hodos schrieb, „die von dem MWD (dem sowjetischen Innenministerium, M. K.) redigierten und in den Parteijargon übersetzten Ergebnisse des Sonderausschusses der ZPKK zusammen."[74] Jedweder Kontakt zu Field und zum Initarian Service Committee wurde als Beweis einer Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Nachrichtendient gewertet. Durch mangelnde Wachsamkeit gegenüber dem in die Reihen der Exil-Kommunisten eindringenden Feind habe dieser wertvolle Parteiinformationen erhalten. Die Unterstützung des Klassenfeindes liege somit auf der Hand; als dafür verantwortlich wurden elf Namen – bereits Verhörte – genannt: Vier von ihnen – Bruno Fuhrmann, Hans Teubner, Walter Beling und Wolfgang Langhoff – wurden aller Funktionen enthoben, sieben weitere – Bruno Goldhammer, Willy Kreikemeyer, Paul Merker, Lex Ende, „der inzwischen verstorbene" Paul Bertz sowie „der jetzt als langjähriger amerikanischer Agent entlarvte Leo Bauer" – wurden aus der SED ausgeschlossen.[75]

„Bauer, Goldhammer und Kreikemeyer konnten die Erklärung nicht mehr lesen", schrieb Hodos.[76] Sie waren am Tag vorher, am 23. August, verhaftet und in das Staatssicherheitsgefängnis in Berlin-Hohenschönhausen eingeliefert worden. Leo Bauer, bislang Chefredakteur des Deutschlandsenders, berichtete nach seiner Freilassung und anschließender Flucht in den Westen 1956 über Einzelheiten seiner Haft:

„Am 25. August 1950, gegen 22 Uhr, erhielt ich im Gefängnis den Besuch des Mitglieds des Zentralkomitees der SED, des Staatssekretärs im Staatssicherheitsministerium der DDR, Mielke. Unumwunden teilte er mir in Gegenwart eines anderen Beamten mit, daß es die Absicht der Partei sei, spätestens im Februar 1951 gegen Merker, Ende, Kreikemeyer, Goldhammer und mich einen Schauprozeß durchzuführen, und daß er von mir erwarte, daß ich der Partei keine Schwierigkeiten dabei machen würde. Der Begleiter Mielkes unterstrich einige Wochen später in einer neuen Vernehmung, die sehr ‚freundlich' verlief, die persönliche Rolle von Ulbricht in der ganzen Angelegenheit, indem er feststellte, es würde im entscheidenden Maße von Walter Ulbricht persönlich abhängen, welchen Verlauf die Untersuchung nehme."[77]

Der Schriftsteller Gerhard Zwerenz schrieb in seinen Erinnerungen über Leo Bauers und seinen eigenen „gemeinsame(n) Ulbricht-Komplex",[78] doch diese Aussage scheint davon

[74] Hodos, S. 184.

[75] Die Erklärung ist abgedruckt in: Dokumente der SED, Bd. III, Berlin (Ost) 1952, S. 197ff. Auszüge im Dokumentenanhang dieser Arbeit; vgl. Dokument Nr. 2.

[76] Hodos, S. 184.

[77] Leo Bauer, „Die Partei hat immer recht", in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. B 27, 4. Juli 1956.

[78] Gerhard Zwerenz, Der Widerspruch. Autobiographischer Bericht, Berlin 1991, S. 325.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

nicht geprägt gewesen zu sein. Andererseits mußte Hermann Weber feststellen, „die konkreten Maßnahmen zur Prozeßvorbereitung gehen aus den geheimen Akten der SED ... allerdings nicht hervor."[79] Weber zitiert jedoch aus einer Besprechung Wilhelm Piecks mit sowjetischen Vertretern, unter ihnen Botschafter Wladimir Semjonow, vom 3. Juli 1950, worin, so Pieck, „Untersuchungen über parteifeindliche Elemente" behandelt wurden. Dabei sollten die Staatssicherheit über ihren Chef Wilhelm Zaisser und die ZPKK eingeschaltet werden.[80]

Die „Überprüfungen" - das heißt die Einleitung von Repressionen - konzentrierten sich damals vor allem auf den früheren KPD-Reichstagsabgeordneten Lex (eigentlich: Adolf) Ende. Unter offenbar ungeheuerem psychischen Druck stehend, erklärte Ende am 29. Juni 1950 vor der ZPKK: „Ich bin ein einziges Mal mit ihm (Noel H. Field; M. K.) zusammengetroffen, als die Frage der Befreiung von Franz (Dahlem aus französischer Internierung; M. K.) stand ... Wenn F(ield) etwas mitbrachte, dann brachte er es nicht zu mir. Einmal brachte er eine Beglaubigung mit von Hofmeier und Bertz. Ich erfuhr das erst 14 Tage später, von Paul Merker, der mir sagte, es ist da ein amerikanischer Genosse gekommen. Ich nehme an, er hat gesagt, Genosse ... Ich weiß bis heute nicht, wo ist der F. angelaufen. Ich vermute bei Hilda (Abusch?; M. K.), Maria Weiterer oder bei der Genossin Marum."[81] Leo Zuckermann, so Ende, habe wohl keine Verbindung mit Field gehabt. Dieser habe mit den deutschen Genossen zusammen Anstrengungen unternommen, um zwei jüdische Spanienkämpfer aus dem Internierungslager Les Milles herauszubekommen und sie damit vor der Deportation zu retten.[82]

Endes Erklärung erscheint auf den ersten Blick banal. Angesichts der Tatsache, daß hier eine Verschwörung konstruiert werden sollte, die sich eben nicht auf Tatsachen stützen konnte, ist dies kaum verwunderlich. Wichtig war jedoch etwas anderes: Jeder Name, der in einer solchen Befragung fiel, hatte zur Folge, daß sein Träger oder seine Trägerin in höchste Gefahr geriet. Die stalinistischen Prozesse liefen, jenseits jeder Rechtsgrundlage, nach dem Prinzip guilt by association ab. Die Schuld der Angeklagten, ja, sogar der beliebig verdächtigten (und Verdächtigen) stand von vornherein fest. Wer mit den auserkorenen Opfern der Terror„justiz" in Berührung stand, konnte willkürlich das nächste Opfer werden. Dies entsprach vollkommen jenem Verständnis von Rechtssprechung, das der sowjetische Generalstaatsanwalt Andrej Wyschinskij während der Moskauer Schauprozesse der dreißiger Jahre praktiziert hatte. Eine Anklage, so Wyschinskij im Prozeß gegen Bucharin und seine Mitangeklagten 1938, sei „bewiesen durch die Geständnisse aller Angeklagten, sogar jener, die sich nicht voll oder teilweise irgendeines anderen Verbrechens schuldig bekannt haben ... Jeder Angeklagte muß die Verantwortung für die Gesamtheit der Verbrechen tragen, als Mitglied der Verschwörerorganisation, deren verbrecherische Aufgaben und Ziele, deren verbrecherische Methoden zur Durchführung jedem von ihnen bekannt waren, von

[79] Hermann Weber, Schauprozeß-Vorbereitungen in der DDR, in: Weber/Staritz (Hg.), Kommunisten verfolgen Kommunisten, S. 439.

[80] SAPMO-BArch, ZPA NL 36/736, zit, ebenda. Ein vorangegangenes Gepräch Pieck-Semjonow vom 24. Dezember 1949 ging bereits auf angebliche „Agenten im Apparat" und auf „Schwächen in der Partei" im Zusammenhang mit dem „Prozeß (d.h. den Prozessen, M. K.) Rajk-Kostow" ein. Ebenda, S. 437.

[81] SAPMO-BArch, ZPA IV, 2/4/108,Bl. 111.

[82] Ebenda, Bl. 114f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

jedem gebilligt und angenommen wurden."[83] Damit wurde auch das Prinzip der individuellen Schuld hinweggefegt - und Geständnisse wurden als „Beweise" genommen; „Geständnisse", die noch dazu erzwungen waren.

Harter Kern der Anschuldigungen gegen Ende war dessen angebliche Weigerung „jeder Überprüfung seiner Tätigkeit in Verbindung mit verantwortlichen Genossen der KPF (frankreichs)..." Weiter hieß es: „Als Anfang 1942 die KPF den deutschen Kameraden, die sich in der Südzone befanden, die Frage ihrer Rückkehr in die besetzte Zone stellte, damit sie dort unter den Okkupationstruppen arbeiten sollten, widersetzte sich Lex dieser Aufforderung und ging soweit, um seine gegenteilige Auffassung zu rechtfertigen, daß er die Resolution der KPF als eine Polizei-Provokation hinstellte."[84]

Bereits am 13. April 1946 hatte Lex Ende in einer Erklärung versichert: „Selbstverständlich war ich für eine systematische politische Arbeit unter der deutschen Besatzung. Bereits im Februar 1941 bot ich mich als Erster an, aus dem damals noch unbesetzten Südfrankreich nach Paris zur Leitung der Soldatenarbeit zu fahren. Wurde von den verantwortlichen Freunden in Vernet abgelehnt. (Otto) Niebergall selbst bestätigt das in seinem hier im Oktober 1945 verfaßten Bericht, damit indirekt die Tatsache meiner Bereitschaft, nicht auszuwandern, sondern gerade wegen der Soldatenarbeit ins besetzte Gebiet zu fahren."[85]

In einem Brief an die ZPKK vom 23. August 1950 verwahrte sich Ende gegen die Anschuldigung, sein Mitgenosse Kreikemeyer habe von ihm den Auftrag erhalten, das KPF-Schreiben betreffs der Arbeit in der besetzten Zone Frankreichs vom April 1942 an Field zu schicken. „Kreikemeyer muß es aus eigener Sorge getan haben, weil er zumindest zeitweilig meine Haltung zu dem Dokument nicht billigte und bei Paul Bertz eine Klarstellung herbeiführen wollte." Ende bekannte „selbstkritisch", wie er betonte, daß er „einer politischen Täuschung zum Opfer gefallen" sei, die auf seinem Vertrauen „zu Paul Bertz, Paul Merker" und einem schweizerischen Genossen basierte. Er bestritt, daß die französische Partei jemals gegen ihn ein formelles Verfahren durchgeführt habe, obwohl er - wohl zur Klarstellung - noch im Sommer 1944 darum gebeten habe.[86]

„Trotz mancher Fehler, die ich gemacht", schrieb Ende am Schluß seines Briefes, „trotz mancher Schwächen, die ich gezeigt habe, glaube ich doch sagen zu können, daß ich in meiner Haupttätigkeit als Journalist und nicht zuletzt im Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus eine gute Arbeit geleistet habe. Das gibt mir die Kraft, Euch darum zu bitten, den von Euch gefaßten schrecklichen Beschluß für mich zu revidieren, und es mir zu ermöglichen, auch weiterhin wie bisher in den Reihen der Partei meine Kraft für den Sieg unserer Ideen einzusetzen."[87]

Der „schreckliche Beschluß" war der Ausschluß Endes aus der SED. Dieser Ausschluß wurde im „Neuen Deutschland", dem SED-Zentralorgan, dessen Chefredakteur Ende bis 1949 war, am 14. September 1950 bekanntgegeben. In der Zeitschrift „Friedenspost", die Ende mitbegründet und redigiert hatte, wurde er von Friedrich Ebert, damals bereits Mitglied des Politbüros, angegriffen, ohne sich natürlich zur Wehr setzen zu können. „Zweifellos gab es Signale dafür, daß Lex Ende kein ehrlicher Kämpfer für Frieden und

[83] A. J. Wyschinskij, Gerichtsreden, Berlin (Ost) 1951, S. 714f.
[84] SAPMO-BArch, ZPA IV 2/4/108, Bl. 138.
[85] Ebenda, Bl. 142.
[86] Ebenda, Bl. 337.
[87] Ebenda, Bl. 345.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Völkerfreundschaft war", so Ebert.[88] Der Parteiausschluß bedeutete für Ende auch die vollkommene berufliche Degradierung. Er wurde „zur Bewährung in die Produktion", wie die griffige Formel damals und später in der DDR hieß, geschickt. Im VEB Hüttenwerk Muldenhütten im Erzgebirge war er im Uranbergbau tätig.

In der bisherigen Forschung ist beinahe unisono betont worden, daß die Umstände des baldigen Todes von Lex Ende nicht bekannt seien. Doch wurde vermutet, er „starb schon wenige Monate später an den grausamen Verhältnissen der Sklavenarbeit", wie ein so unvoreingenommener Chronist wie Georg Hermann Hodos schreibt.[89] Diese Vermutungen können jetzt mit einigen Angaben verglichen werden, denn in den ZPKK-Akten finden sich aufschlußreiche, in jedem Fall aber erschütternde Materialien über den Tod von Lex Ende.

Nach einem Bericht der SED-Betriebsgruppe Muldenhütten vom 31. Januar 1951 an die Kaderabteilung des ZK verstarb Ende am 15. Januar. Er sei „plötzlich und, wie es nach ärztlichem Befund heißt, an Herzschlag verschieden." Ende war, diesem Brief zufolge, im Lohnbüro des Betriebes beschäftigt gewesen. „Dieser Kanzleitätigkeit war er nicht gewachsen"; Ende hatte nie eine kaufmännische Ausbildung erhalten, muß hinzugefügt werden. Etwas denunziatorisch hieß es weiterhin: „Während der Arbeitszeit verschwand er manchmal stundenlang in andere Kanzleien unserer Verwaltung, um sich mit anderen Verwaltungskollegen zu unterhalten. Diese Kollegen wurden über diese Unterhaltungen befragt; es stellte sich immer heraus, daß Lex Ende versuchte, seine Fehler in das schönste Licht zu setzen und alles auf Kreikemeyer abzuschieben. Den Kollegen wurde verboten, sich mit Ende in eine Unterhaltung einzulassen ... Ende Oktober wollte er nach Berlin fahren, das wurde ihm vom Betriebsgruppensekretariat verboten. Er fuhr aber trotzdem acht Tage später, ohne die Betriebsgruppe zu verständigen ... Zu Weihnachten fuhr er mit Bewilligung von uns und unserer Kreisleitung acht Tage nach Berlin zu seiner Familie. Er wollte auch im Zentralkomitee vorsprechen, um dort über verschiedene Dinge zu sprechen. Das war alles, was über Lex Ende zu sagen ist."[90]

Was über Lex Ende zu sagen war, galt bis zum Zusammenbruch der DDR als eines der bestgehüteten Geheimnisse. Die Nachricht von seinem Tod gelangte dennoch damals sofort in den Westen und gab Anlaß zu Spekulationen. Am 30. Januar 1951 verabschiedete die SED-Betriebsleitung des Hüttenwerkes deshalb eine kämpferisch gehaltene Resolution, deren Text natürlich dem ZK zugeleitet wurde (falls nicht von dort genaue Vorgaben gekommen waren). Es hieß darin:

„Wir 600 Arbeiter, Angestellte und techn(ische) Intelligenz des volkseigenen Betriebes - Hüttenwerk Muldehütten - sind empört über die schmutzige, hemmungslose und gemeine Hetze des von den Anglo-Amerikanern befehligten Rias, der anläßlich des Ablebens unseres Belegschaftsmitgliedes Lex Ende bekanntgab, daß Ende in einem ‚Zwangsarbeitslager' bei Freiberg/Sa. dem ‚kommunistischen Terror' zum Opfer gefallen wäre. Wir erklären, daß wir noch niemals so freie Menschen waren, wie wir sie jetzt in unserer Deutschen Demokratischen Republik sein können. Lex Ende, der in unserem Betrieb in der Lohn-

[88] Friedenspost, 1950, Nr. 37; auch zit. im Brief Endes an Hermann Matern vom 22. September 1950, in: SAPMO-BArch, ZPA IV 2/4/108, Bl. 373. Der im „Neuen Deutschland" vom 14. September 1950 abgedruckte Beschluß ist Teil der erwähnten ZK-Entschließung vom 24. August 1950.

[89] Hodos, S. 186.

[90] SAPMO-BArch, ZPA IV 2/4/108, Bl. 351.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

buchhaltung arbeitete, und vor wenigen Tagen an einem Herzschlag verschied, war gleichberechtigtes Belegschaftsmitglied."[91]

Das „gleichberechtigte Belegschaftsmitglied" Lex Ende konnte jedoch anders als die „freien Menschen", die seine Arbeitskollegen geworden waren, nicht entscheiden, wann er nach Berlin fuhr, um in seinen eigenen Angelegenheiten vorstellig zu werden. Man kann sich denken, welche Verunsicherung bei den lokalen Parteigrößen geherrscht haben muß, als Ende in Pausengesprächen die gegen ihn angewandten Maßnahmen kritisierte. Es gibt jedoch keinen Hinweis darauf, daß er gewaltsam aus dem Weg geräumt wurde. Der Literaturhistoriker Alfred Kantorowicz, ein Freund der Familie Ende, berichtete in seinem Tagebuch, daß Endes Witwe Gertrud ihn am 7. Oktober 1951 besuchte, den „– gottlob natürlichen – Tod von Lex" erwähnte und anschließend überlegte: „Jedenfalls war's ein natürlicher Tod, auch die Ärzte hätten ihm nicht viel länger Zeit gegeben; aber wer will wissen, ob sein krankes Herz nicht doch noch jahrelang zusammengehalten hätte, wenn ihm das Kommando von einem hoffnungsgläubigen Geist gegeben worden wäre."[92] Dennoch bleiben offene Fragen über die genaue Todesursache.

Am 24. Januar 1951 schrieb Gertrud Ende an die ZPKK. Ihr war, wie sie mitteilte, als Todesursache ihres Mannes nicht Herzversagen, sondern „Gehirnblutung" mitgeteilt worden. Sie bat, in ihrem und ihres Sohnes Interesse, „die Untersuchung gegen Lex auch jetzt, nach seinem Tode weiterzuführen und die von ihm seinerzeit eingereichte Erwiderung zu prüfen bzw. die dort angeführten Zeugen zu vernehmen. Ich persönlich bin fest davon überzeugt, daß es Lex in nicht allzu ferner Zeit gelungen wäre, das Vertrauen unserer Partei wiederzugewinnen, und er dann in unsere Partei wieder aufgenommen worden wäre, wie es sein höchster Wunsch war."[93]

Am gleichen Tag schickte Gertrud Ende zwei Gedichte und eine „Weise über Muldehütten" an Hermann Axen, die er selbst noch absenden wollte. Die ungefügen Verse beschreiben eine Arbeitswelt in der aufgetragen-deklamatorischen Art jenes „sozialistischen Realismus", der damals als Ausdruck höchsten künstlerischen Empfindens verordnet worden war. Die Verse geben aber auch Einblick in die Psyche eines Menschen, der das exemplarische Leben eines Parteisoldaten führte, der sein Bestes in den Dienst einer Parteiführung stellte – die alle Ideale des Menschen Lex Ende längst mißbrauchte.[94]

In einer Mitteilung an die ZPKK vom 27. September 1950 war zu lesen: „Dem Gen. Behr ist bekannt, daß R. F. und L. E. häufig Besprechungen während und nach der Dienstzeit in der Wohnung des Lex Ende hatten. Während dieser Besprechungen waren sie oft allein.

[91] Ebenda, Bl. 350.

[92] Alfred Kantorowicz, Deutsches Tagebuch. Zweiter Teil, Berlin(West) 1979, S. 226f.

[93] SAPMO-BArch, ZPA IV 2/4/108, Bl. 347. Interessanterweise spielte eine – in stalinistischen Augen – Ende belastende biographische Tatsache bei den Untersuchungen gegen ihn (soweit bisher bekannt) keine Rolle: Ende war in erster Ehe, die nach langer Trennung der Partner 1946 geschieden wurde, mit Margarethe Herold verheiratet gewesen, somit Ex-Schwager des früheren Kandidaten des Exekutivkomitees der Komintern Erich Hausen. Dieser gehörte jedoch seit 1928 zur KPDO.

[94] Vgl. ebenda, Bl. 352. – Wie gefährlich allein die Erwähnung des Themas Ende später war, beschreibt der Schriftsteller Erich Loest in seinen Erinnerungen. Als 1956/57 im Gefolge des 20. Parteitages der KPdSU und der Rede Chruschtschows in intellektuellen Zirkeln die Frage aufgeworden wurde: „Wie war das in der DDR gewesen mit den Prozessen gegen Leo Bauer und Lex Ende?", war genau der Punkt erreicht, an dem die Staatsmacht zuschlug. Vgl. Erich Loest, Durch die Erde ein Riß. Ein Lebenslauf, Leipzig 1990, S. 289.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Von einem Mal ist bekannt, daß französische Offiziere an der Besprechung teilnahmen, diese dauerte mehrere Stunden. Nach Beendigung der Unterhaltung mußte er feststellen, daß R. F. stark erregt war."[95]

R. F. war Rudolf Feistmann, damals außenpolitischer Redakteur des „Neuen Deutschland" und wie Ende jüdischer Herkunft und aus westlicher Emigration zurückgekommen. Der genaue Grund seiner Erregung kann natürlich nicht mehr festgestellt werden, doch hing er offensichtlich mit der bedrückenden Atmosphäre von Denunziationen, Überwachungen und Anhörungen zusammen.

Auch Feistmanns Befragung ist in den Akten der ZPKK dokumentiert.[96] Eine Verbindung zu Noel Field konnte ihm nicht nachgewiesen werden, obgleich die Befrager immer wieder diesbezüglich in ihn drangen. Feistmanns frühere Privatbeziehung zu der schweizerischen Fotografin und Kommunistin Gertrude Düby (sie hatte vor 1933 der verfemten SAPD angehört), seine politischen Kontakte zu tschechischen Genossen (darunter zur Familie des Schriftstellers Egon Erwin Kisch) und seine Zusammenarbeit mit Lex Ende galten als suspekt. Zu Maßnahmen gegen ihn kam es nicht mehr, denn am 8. Juni 1950 meldete das „Neue Deutschland", daß Feistmann am Vortag „an den Folgen einer schweren Fleischvergiftung" verstorben sei.[97] In einer Aktennotiz vom 1. November 1951 wurde vermerkt, daß Feistmanns Schwester Helene (Leni) „von verschiedenen Seiten immer wieder zu verstehen gegeben (worden sei), die offizielle Version des plötzlichen Todes von Rudolf Feistmann sei nicht richtig, es handle sich um einen Freitod ... Leni Feistmann bittet deshalb um Auskunft, wie sie sich weiterhin verhalten soll. Sie zeigt sich sehr verständig, ist aber der Meinung, daß die Partei ihr helfen muß, die angegebene Tatsache zu verteidigen und solche Parteimitglieder zur Rechenschaft zu ziehen, die irgendwelche Andeutungen über Freitod usw. machen. Sie glaubt, daß derartige Gerüchte in erster Linie durch Sonja Kahane lanciert werden."[98] Aufschlußreich ist die folgende Passage: „Sonja Kahane, die mit Rudolf Feistmann in den letzten 3 Monaten seines Lebens zusammengelebt hatte, wich auf die konkrete Frage, was an diesen Andeutungen richtig ist, aus. Sie erklärte ihr lediglich, daß es der Wunsch des Vorsitzenden der SED[99] ist, die in der Presse veröffentlichte Version aufrecht zu erhalten, und sie habe die Verpflichtung, über alle anderen Dinge zu schweigen."[100] Feistmanns Tod verhinderte seine erneute Anhörung vor der ZPKK am 7. Juni 1950. Dort sollte er Hertha Geffke, der Leiterin der Sondergruppe zur Aufdeckung der Kontakte mit Field, berichten.[101] Rudolf Feistmann war nach Paul Bertz der zweite in drei Wochen, der im Freitod den einzigen Ausweg sah, demütigenden Befragungen, Vorverurteilungen und schließlich der Verurteilung zu entgehen. Feistmann und Ende waren die ersten beiden jüdischen Kommunisten, deren Tod im Zusammenhang

[95] SAPMO-BArch, ZPA IV 2/4/111, Bl. 131.

[96] Vgl. ebenda, Bl. 137–140.

[97] Vgl. auch Wolfgang Kießling, „Fleischvergiftung". Der Fall Rudolf Feistmann, in: ND, 26.August 1992.

[98] SAPMO-BArch, ZPA IV 2/4/111, Bl. 130.

[99] Der inneren Wahrscheinlichkeit nach dürfte es sich um Wilhelm Pieck, nicht um Otto Grotewohl, gehandelt haben (der Vorsitz der SED war damals noch paritätisch mit einem ehemaligen KPD- und einem früheren SPD-Funktionär besetzt).

[100] SAPMO-BArch, ZPA IV 2/4/111, Bl. 130.

[101] Vgl. Kießling, „Fleischvergiftung".

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

mit den stalinistischen Repressionen in der DDR gesehen werden muß.[102] Obwohl der Antisemitismus dabei keine ersichtliche Rolle spielte, kann gesagt werden, daß die jüdische Herkunft der beiden - neben der Emigration in den Westen - sie verwundbar machte. In der Zeit der nazistischen Besetzung großer Teile Europas waren jüdische Kommunisten doppelt gefährdet gewesen. Es war klar, daß sie in noch stärkerem Maße als ihre nichtjüdischen Genossen und Freunde auf internationale Kontakte und auf Hilfe durch meist „bürgerliche" Organisationen angewiesen waren, die ihnen Visa und Arbeitserlaubnis besorgten. Sie mußten daher zuallererst in das Fadenkreuz der Verdächtigungen, Gerüchte, Halbwahrheiten und Mutmaßungen geraten.

Im Jahre 1950 wurden zumeist solche Parteimitglieder von der ZPKK überprüft, die in der Emigration nicht an exponierter Stelle tätig gewesen waren. Hierbei wurde immer wieder nach Verbindungen zu ehemaligen Mitgliedern der KPD gesucht, die sich dem Stalinismus widersetzt hatten und aus der Partei ausgeschlossen worden oder ausgetreten waren. Von ihnen wurden gerade diejenigen als sogenannte Renegaten verleumdet, die dies keineswegs geworden waren, sondern nach ihrer Trennung vom stalinistischen Kommunismus sich weiterhin als Sozialisten oder als antistalinistische Kommunisten bekannten. So hieß es, daß zwar gegen Dora Benjamin „keine Bedenken" bestünden, doch wurde ihre Bekanntschaft zur Familie Thalheimer, zu Lucie Rosenberg, Rosi Wolfstein und Else Langen-Fränken, der früheren Sekretärin Willy Münzenbergs, kritisch vermerkt.[103] All diese Namen standen für einen gänzlich anderen Sozialismus und Kommunismus, als dessen offizielle Repräsentanten von Stalin bis Ulbricht. „Keine entscheidenden Bedenken" gab es gegen Dora Benjamins Lebensgefährten Hans Schaul,[104] ernsthafte aber gegen Feistmanns Freund Hans Marum, der im Februar 1950 die Redaktion des „Neuen Deutschland" von einem auf den anderen Tag hatte verlassen müssen, um, wie es hieß, die Redaktion der Chemnitzer „Volksstimme" zu verstärken. „Tatsächlicher Grund: Marums Familie hatte einst in Frankreich von Field menschliche Hilfe angenommen. Diese Sachlage erfuhr im ND außer dem Betroffenen (ihm mitgeteilt von Robert Korb, dem Leiter der SED-Presseabteilung, der ihn deswegen in seine Privatwohnung rief) nur der Chefredakteur Rudolf Herrnstadt (durch Horst Sindermann vom zentralen Parteisekretariat) und Rudolf Feistmann", wie jüngst dokumentiert wurde.[105]

Manchmal galt die bürgerliche Herkunft als ein Makel: Ein Genosse, Ernst Frankfurter, „aus dem Bürgertum kommend", habe „in seiner 40jährigen beruflichen Kaufmannstätigkeit fast ein ganzes Menschenleben lang den handels- u. kolonialpolitischen Interessen der deutschen, englischen und französischen Export-Industrie gedient. Diese und weitere Faktoren „ergeben in Hinsicht seiner Berufung und Verwendung in verantwortlich leitende Staatspositionen arge Bedenken", hieß es bündig.[106] Andere galten als wenig zuverlässig im

[102] Wilfriede Otto (Antizionismus, S. 98) rechnet auch Paul Bertz zu den jüdischen Verhafteten. Diese Information hatte sie von mir. Beim genaueren Recherchieren kamen mir jedoch Zweifel an der Richtigkeit meiner bisherigen Annahme. Ich bin nicht sicher, ob Bertz Jude war oder nicht.

[103] SAPMO-BArch, ZPA IV 2/4/108, Bl. 56. Ein nicht näher bekannter jüdischer Kommunist, Rudolf Landmann, war Ende 1939 im französischen Internierungslager Vierzon der KPDO beigetreten, was bei den Überprüfungen herauskam. Vgl. ebenda, Bl. 407.

[104] Ebenda, IV 2/4/110, Bl. 51.

[105] Kießling, „Fleischvergiftung".

[106] SAPMO-BArch, ZPA IV 2/4/110, Bl. 377.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Exil: Max Friedemann zählte in seiner Zeit als Spanienkämpfer angeblich "immer zu den unsicheren Elementen", vermeldete die Landesberhörde der Volkspolizei in Sachsen.[107] Doch sein Exilskamerad Otto Niebergall entlastete Friedemann: "Die Anwürfe einiger Genossen gegenüber dem Verhalten des Genossen Friedemann in der Emigration bestätigten sich nach Anhören weiterer Genossen (genannt wurde Niebergall; M. K.) nicht.„[108] Somit bestanden "keine Bedenken gegen die Verwendung des Genossen Max Friedemann in der Hauptabteilung Wissenschaft und Technik.„[109] Schwerwiegend war der Vorwurf, Edith Berger, die zudem noch vor 1933 der KPDO angehört habe, sei "aller Wahrscheinlichkeit nach" Agentin des Deuxième Bureau, des französischen Geheimdienstes, gewesen. Die entsprechende Hausmitteilung des "Sektors Kaderregistratur" an das ZK der SED vom 10. Juni 1951 mußte aber vermelden, daß der gegenwärtige Aufenthaltsort der Gesuchten unbekannt sei.[110]

Der Mathematiker Otto Stamfort und seine Frau Hilde, die aus der Rheinpfalz in die SBZ übergesiedelt waren, wurden gleichfalls beargwöhnt. Otto Stamfort war 1943 die Flucht vor der Auslieferung an die Deutschen aus einer französischen Arbeitskompanie geglückt. Danach arbeitete er im Untergrund als Widerstandskämpfer, wurde nach der Befreiung Frankreichs Sekretär der Vereinigung der deutschen Antifaschisten in Toulouse und Vizepräsident des französischen Zweiges des NKFD. Nach seiner Rückkehr unterrichtete er an der Oberrealschule in Ludwigshafen unter anderem den späteren Bundeskanzler Helmut Kohl.[111] Doch von größerem Interesse für die Parteikontrolleure war Hilde Stamfort: In Toulouse war sie, so der Vermerk, im Büro von Hertha Jurr-Tempi beschäftigt gewesen, die der Verbindung mit Noel Field bezichtigt worden war und deren verstorbener Mann Werner Jurr zu Beginn der dreißiger Jahre ebenfalls kurzzeitig der KPDO angehört hatte.[112] Hilde Stamfort war zudem als Übersetzerin im Büro des Unitarian Service Committee, das von Field geleitet worden war, beschäftigt gewesen,[113] weiter hatte sie Verbindung mit Käthe Dahlem, deren Mann, Franz Dahlem, wenig später ins Kreuzfeuer der Kritik geraten sollte.[114] Angesichts dieser Umstände ist es verblüffend, daß Hilde Stamfort keine Repressalien widerfuhren.[115] Auch Klaus Gysi, damals Bundessekretär des Kulturbundes, wurde überprüft, doch gab es bei ihm „keine Bedenken für eine weitere Beschäftigung in der Partei."[116]

Wie weit Parteitreue, Loyalität, Furcht, Unterwerfung oder blinder Glaube an die „Sache" die Gründe für die jeweiligen Betroffenen waren, das Spiel, das keines war, mitzuspielen,

[107] Ebenda, Bl. 383.
[108] Ebenda, Bl. 389.
[109] Ebenda, Bl. 384.
[110] Ebenda, Bl. 59.
[111] Vgl. Werner Maser, Helmut Kohl. Der deutsche Kanzler, aktualisierte Ausg., Frankfurt a. M./Berlin 1993, S. 36f.
[112] Vgl. Bergmann, „Gegen den Strom", S. 391.
[113] Vgl. SAPMO-BArch, ZPA IV 2/4/11o, Bl. 117-125.
[114] Vgl. ebenda, Bl. 131.
[115] Die im Dietz-Verlag als Lektorin beschäftigte Recha Rothschild setzte sich sehr für Hilde Stamfort ein, ausschlaggebend war aber wohl die Unterstützung von Käthe Dahlem - zu einer Zeit, in der Franz Dahlem noch hohe Ämter innehatte. Vgl. ebenda, Bl. 128 und 131.
[116] Ebenda, IV/2/109, Bl. 45.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

stelle sich von Fall zu Fall unterschiedlich dar. Manchmal kamen sicher auch persönliche Differenzen aus der Emigrationszeit hinzu. Es läßt sich in vielen Fällen nicht mehr rekonstruieren, inwieweit 1950 getroffene Aussagen über politisch „falsches" Verhalten der Exilsjahre zurückprojizierte Konflikte zum Zeitpunkt der Aussage gewesen sind, inwieweit auch ins Politische übersetzte persönliche Auseinandersetzungen. Eine intensive Beschäftigung mit den SED-Kaderakten aller Rückkehrer, die aber – von rechtlichen Fragen ganz abgesehen -die Kapazität jedes einzeln Forschenden bei weitem übersteigen würde, könnte sicher hier und da die Konturen schärfer zutage treten lassen. Doch gilt, daß jede in der Extremsituation der frühen fünfziger Jahre getroffene Aussage, Behauptung oder Vermutung weniger über den Menschen berichtet, der darin eine Rolle spielte, als vielmehr die Institutionen und ihre Verantwortlichen zu charakterisieren hilft, die mit den geforderten Angaben ihre Politik abstützten. Dies sollte bedacht werden, wenn man beispielsweise liest, daß Edith Hauser in einem Brief vom 1. September 1950 an die ZPKK die Kampagne gegen Ende, Bauer und Genossen begrüßte. „Es ist mir ein Bedürfnis", schrieb sie, „dem Polit-Bureau und dem Zentralkomitee unserer Partei für den heute veröffentlichten Beschluß vom 24.8.1950 zu danken. Die Entlarvung der Verbindungen von Funktionären der SED mit amerikanischen Agenten bedeutet eine große Stärkung und Festigung unserer Partei und ist ein sichtbares Zeichen für die Entwicklung der SED zu einer Partei neuen Typus." Ihre Bitte an das Politbüro, vom Berliner Rundfunk auf einen anderen Arbeitsplatz versetzt zu werden, „entsprang der Erkenntnis, in einer Atmosphäre, in der Leo Bauer vielfach tonangebend war, nicht länger arbeiten zu können", da Bauers Auftreten „despotisch, zynisch und in höchstem Maße unkameradschaftlich sei."[117]

Der ZK-Beschluß vom 24. August 1950 hatte elf Namen genannt, deren Träger der „Unterstützung des Klassenfeindes" geziehen worden waren. Vier von ihnen waren jüdischer Herkunft: Leo Bauer, Lex Ende, Bruno Goldhammer und Wolfgang Langhoff. Doch wurden zunächst nicht sie in Befragungen mit ihrem jüdischen Hintergrund konfrontiert, sondern einer der prominentesten SED-Politiker: Alexander Abusch.

Am 11. Juli 1950 hatte das SED-Politbüro nach einer Mitteilung des ZPKK-Vorsitzenden Matern beschlossen: „Auf Grund des Berichtes des Vorsitzenden der ZPKK über ein Untersuchungsverfahren gegen den Genossen Abusch im Zusammenhang mit dem Fall Field scheidet Genosse Abusch aus dem Sekretariat des Politbüros aus."[118]

Bereits am 10. Juli war Abusch von der ZPKK einer ersten Befragung unterzogen worden. Es hieß im Protokoll:

„Vorgeladen erscheint der Gen. Alexander Abusch. Mit dem Gegenstand der Untersuchung bekannt gemacht, erklärt er sofort: ‚Ich kenne Field nicht und habe niemals mit ihm in Verbindung gestanden.' Dem Genossen A. wird vorgehalten, daß er vom Weltfriedenskongreß in Paris einen Brief an den Gen. Leo Bauer überbracht hat. Der Genosse A. hält das für völlig ausgeschlossen und erklärt, Field auf dem Friedenskongreß nicht gesehen zu haben und auch nichts von seiner Anwesenheit gewußt zu haben. Auf den bestimmten Vorbehalt, daß er den Brief tatsächlich mitgebracht hat, erklärt er, er könne, zwar nicht ganz präzise, an folgenden Vorfall erinnern: Auf dem Kongreß war eine 33–35 Jahre alte Frau, die

[117] Ebenda, Bl. 59f.

[118] Protokoll Nr. 97 der Sitzung des Politbüros vom 11. Juli 1950, in: Ebenda, J IV 2/2/097; auch zit. in: Weber, Schauprozeß-Vorbereitungen in der DDR, S. 439.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

die Rundfunkübertragung von Paris nach Prag berichtete und die mit ihm in Verbindung kam, weil sie ihn um sein Manuskript bat, das sie benötigte, um den auf Band aufgenommenen Text seiner Rede zu schneiden. Irgendwie ist er mit ihr ins Gespräch gekommen, wobei sie darum gebeten hat, einen Gruß an den Gen. Bauer mitzunehmen. Seinem Eindruck nach handelte es sich um eine im Stich gelassene frühere Freundin des Gen. Bauer, die anscheinend wieder nach Deutschland wollte."

Bei dieser Frau handelte es sich um Erica Wallach, geb. Glaser, die Pflegetochter von Noel und Herta Field. Sie war Tochter deutscher Emigranten, hatte in der Schweiz mit deutschen und ungarischen Flüchtlingen zusammengearbeitet, nach dem Krieg zuerst im amerikanischen Office of Strategic Service (OSS), dann für die KPD gearbeitet. 1947 verließ sie die KPD und heiratete den amerikanischen Offizier Robert Wallach. Als sie in Paris vom Verschwinden der beiden Fields sowie Noel Fields Bruder Hermann erfuhr, entschloß sie sich, im Spätsommer 1950 nach Ostberlin zu fahren. Sie wollte sich bei ihren alten Genossen nach dem Schicksal der Verschwundenen erkundigen. Am 26. August wurde sie auf der Straße festgenommen. Da sie noch von Paris aus den Kontakt mit Leo Bauer hatte herstellen können, geriet auch Bauer unter Druck, unter dem er sich vom MWD erpressen ließ: Er schrieb Erica Wallach und bestärkte sie in ihrem Entschluß, nach Ostberlin zu kommen. Damit befanden sich alle unfreiwillig Mitwirkenden eines geplanten möglichen Schauprozesses in Ostberlin, alle waren - im Sinne ihrer Feinde - „kompromittiert" und die Verbindung zum Rajk-Prozeß war, wie gewollt, hergestellt.[119]

Bekanntlich war der Rajk-Prozeß in Ungarn der erste Schauprozeß, den Stalin und seine Handlanger außerhalb der Sowjetunion aufziehen ließen. „Hier konstruierte man das erste Mal die Fiktion von Noel Field als dem Anwerber aller in den Westen exilierten Kommunisten für den amerikanischen Spionagedienst, als dem Bindeglied zwischen der imperialistischen und titoistischen Unterwanderung der kommunistischen Parteien Osteuropas. Die Verbindung mit Field brachte Tod und Gefängnis für Hunderte von Kommunisten in Ungarn, Polen, Ostdeutschland und der Tschechoslowakei; weitere Tausende wurden liquidiert, weil sie Freunde, Bekannte, Mitarbeiter der mit Field Verbundenen waren. Die Field-Fiktion stellte den Auftakt zum Schauprozeß in Budapest dar, von dort fiel ihr unheilbringender Schatten über Prag, Warschau und Ost-Berlin."[120] Georg Hermann Hodos' Worte brachten das schreckliche Szenario auf den Punkt.

Verschiedene Autoren haben festgehalten, daß Alexander Abusch in den Plänen der Strategen des Terrors eine Rolle spielte.[121] Die nunmehr zugänglich gewordenen Materialien zeigen klar, daß versucht wurde, ihm jene Kontakte zu Field anzulasten, durch die er als angeblicher Verschwörer hätte „entlarvt" werden sollen. Er besaß alle Voraussetzungen: Er war Westemigrant gewesen, als Jude ein Außenseiter, der dies durch Überangepaßtheit zu kompensieren suchte, und mußte Kontakte zu Erica Wallach, mithin zum engsten Kreis um Field, einräumen.

[119] Vgl. Hodos, S. 60f., 128f. Leo Bauers Darstellung in: Horst Krüger (Hg.), Das Ende einer Utopie. Hingabe und Selbstbefreiung früherer Kommunisten, Olten/Freiburg 1963, S. 73ff.

[120] Hodos, S. 57.

[121] Vgl. die kurze Erwähnung bei Hodos, S. 193, und bei Helmut Eschwege, Auswirkungen des Stalinismus auf die Juden der DDR von 1949 bis 1957, in: Weber/Staritz (Hg.), Kommunisten verfolgen Kommunisten, S. 513.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Vor der ZPKK beteuerte Abusch, nichts mit all diesen Dingen, die ihm unterstellt wurden, zu tun zu haben. Ob er bei der Beerdigung von Egon Erwin Kisch im April 1948 Field gesehen habe, wurde er gefragt. „Gen. Abusch wird weiter gefragt, ob er in Mexiko den Besuch von Field erhalten hat. Auch das bestreitet Gen. A. Nachdem ihm vorgehalten wird, daß Field in Mexiko war und Besprechungen mit den Genossen Merker und Jungmann durchgeführt hat, erklärt er, er sei von den beiden Genossen, obgleich er Mitglied des Sekretariats gewesen sei, nicht über alles informiert worden. Deswegen habe er mit ihnen auch Differenzen gehabt. Er erklärt, überhaupt nichts von einem Besuch des Field in Mexiko zu wissen. Niemand habe ihm etwas davon erzählt, trotzdem er mit den verschiedensten Genossen verkehrte. Auch der Gen. Feistmann, bei dem er häufig persönlich verkehrte, habe ihm nichts von einem derartigen Besuch erzählt. Das einzige Mal, wo er etwas von Field gehört habe, sei folgender Vorfall: Als seine Frau noch in Marseille war, sei sie einmal mit Grete Menzel und Henny Stibi in deren Hotel zusammengetroffen. Bei dieser Unterhaltung hatte es plötzlich geheißen: Jetzt mußt du weggehen, denn die Frau von Field kommt. Bei dieser Gelegenheit wurde Frau Field als eine verkappte Kommunistin bezeichnet."[122]

Auf die Frage, ob Abusch mit irgend jemandem über die Angelegenheit Field gesprochen habe, sagte er, „lediglich vor einigen Wochen mit dem Gen. Zuckermann über die Angelegenheit gesprochen zu haben, wobei Gen. Zuckermann ihm mitteilte, daß der Field-Komplex jetzt untersucht werde." Abusch wiederholte, er selbst habe Field „niemals gesehen und niemals gesprochen."[123]

In einem noch am 10. Juli, unmittelbar nach der Anhörung vor der ZPKK an Matern gerichteten Brief unterstrich Abusch, er habe auch in keiner „mündlichen oder schriftlichen Verbindung durch dritte Personen mit Field gestanden", sondern habe Fields Namen lediglich „in Marseille 1944 (soll heißen 1941, M. K.) ganz allgemein im Zusammenhang mit dem Unitarien-Komitee gehört ..." Den kurzen Treff mit Erica Wallach räumte er ein. Sein „schwerer Fehler" habe darin bestanden, daß er den Brief durch sein Sekretariat im Kulturbund an Leo Bauer weiterleiten ließ, gegen den er „keinerlei politisches Mißtrauen hegte."[124] Abusch fügte hinzu: „Ich bin mit Bauer nicht befreundet oder näher bekannt und hatte bis gestern keine Ahnung, daß er in irgendeiner Verbindung zu Field stand."[125]

Konnte Abusch damals wissen, wir sehr er mit diesen und den folgenden Aussagen all jene belastete, deren Namen er auch nur nannte? Als Zeugen dafür, daß er mit Field in Mexiko nicht in Verbindung gestanden habe, führte er Paul Merker, Erich Jungmann und Leo Zuckermann an, als Zeugen dafür, daß er in Marseille keinen Kontakt zu Field hatte, nannte er Lex Ende, wiederum Leo Zuckermann, Grete Merker (Menzel) und Henny Stibi. Er berief sich auf Gisl Kisch, die Witwe des berühmten Journalisten, für seine Aussage, daß er Field auch nicht in Prag kennengelernt habe.[126]

Am 18. Juli 1950 faßte die ZPKK einen Beschluß, der Alexander Abusch vor dem Schlimmsten bewahrte. Es hieß:

[122] SAPMO-BArch, ZPA IV 2/4/111, Bl. 9.
[123] Ebenda.
[124] Ebenda.
[125] Ebenda.
[126] Ebenda, Bl. 10.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

„Die ZPKK hat festgestellt:

1. Eine direkte Verbindung mit Field ist dem Genossen Abusch nicht nachzuweisen.
2. Im Jahre 1949 erhielt Gen. Abusch auf dem Weltfriedenskongreß in Paris von der amerikanischen Agentin Erika Glaser einen Brief des Noel Field an den Gen. Leo Bauer. Obgleich Gen. Abusch von dem Inhalt des Briefes Kenntnis hatte, hat er der Partei davon keine Mitteilung gemacht.
   Nachdem er jetzt als Mitglied des Sekretariats Kenntnis von Untersuchungen, die die ZPKK führte, hatte, hat er trotzdem keine Mitteilung von diesem Brief gegeben.

Die ZPKK beschließt:

Gen. Abusch wird aus dem Sekretariat abberufen und soll keine leitenden Parteifunktionen haben."[127]

Am 19. August schrieb Abusch dem Politbüro, er halte den ZPKK-Beschluß für richtig, doch ersuchte er um eine „mildere Beurteilung (s)eines Fehlers." Er hob hervor: „Nicht richtig ist aber, wenn behauptet werden sollte, ich hätte diesen Brief der ZPKK verschwiegen. Ich wußte auch nach der Affäre Feistmann nicht, daß der mir persönlich nicht näher bekannte Gen. Leo Bauer in den Komplex Field verwickelt war; niemand informierte mich über diesen Zusammenhang ... Ich habe also der Partei nichts verschwiegen. Hätte ich den Zusammenhang auch nur geahnt, hätte ich sofort meine Pflicht als Parteimitglied erfüllt." Abusch versicherte, seine „Treue zur Stalinschen Politik unserer Partei erneut unter Beweis zu stellen."[128]

Nach diesen Ausführungen kann kein Zweifel mehr über eine ursprünglich zentrale Rolle Abuschs bestehen, die ihm als prominentes Opfer in einer „Säuberungs"-Kampagne zugedacht werden sollte. Zusammen mit dem im März 1950 in Ostberlin verhafteten 2. Vorsitzenden der westdeutschen KPD, Kurt Müller, war er der prominenteste jener angeblichen Parteifeinde, durch deren Verurteilung Parteikader und Bevölkerung eingeschüchtert werden sollten. Doch ergaben sich bei Abusch einfach nicht genug Anhaltspunkte für eine verschwörungstheoretische Fundierung der Anklage. Ungleich Kurt Müller konnte Abusch auch kein Kontakt zu ehemaligen KPDO-Mitgliedern unterschoben oder mangelnde Härte gegen „Titoisten" nachgesagt werden.[129] Die episodische Begegnung Abuschs mit Erica Wallach reichte den Parteikontrolleuren offenbar nicht als Eckstein für ihr Gebäude an Verleumdungen aus. Wer letztlich die Entscheidung traf, die Aufmerksamkeit nicht länger hauptsächlich auf Abusch zu konzentrieren, sondern ein anderes prominentes Opfer zu suchen, muß offenbleiben. War es Ulbricht, waren es die sowjetischen Bestimmer? Obwohl

[127] Ebenda, Bl. 13.

[128] Ebenda, Bl. 19.

[129] In der Bundesrepublik wurden 1950/51, kurz nach den „Parteisäuberungen" in der DDR, zahlreiche KPD-Mitglieder des Kontaktes zur antistalinistischen „Gruppe Arbeiterpolitik" beschuldigt, wobei Kurt Müller besonders exponiert auf Ausschluß kritischer KPD-Mitglieder drang. Vgl. Ulrich Heyden, Säuberungen in der KPD 1948 bis 1951, in: Maderthaner u.a. (Hg.), „Ich habe den Tod verdient", S. 139–158. Die Gruppe Arbeiterpolitik verstand sich in der Kontinuität antistalinistisch-kommunistischer Opposition, besonders der KPDO. Ihre wichtigsten Köpfe waren der frühere KPD-Vorsitzende Heinrich Brandler und der Redakteur der Zeitschrift „Arbeiterpolitik", der aus schwedischem Exil zurückgekehrte Theodor Bergmann. Vgl. Klaus Peter Wittemann, Kommunistische Politik in Westdeutschland nach 1945. Der Ansatz der Gruppe Arbeiterpolitik, Hannover 1977.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Abuschs Memoiren in ihrem zweiten Teil den Titel „Mit offenem Visier" tragen, findet sich in der gedruckten Ausgabe von 1986 zu diesen Dingen kein Wort verzeichnet. Die Historikerin Karin Hartewig fand jedoch im Zentralen Parteiarchiv das Manuskript des Bandes und stellte fest, daß zwei Kapitel für die Veröffentlichung gestrichen wurden, darunter eines, in dem sich Abusch mit seinem Parteiverfahren auseinandersetzte. Abusch sprach in diesem Kapitel von sich in der dritten Person, „denn was passierte, das scheint mir wie ein feines Erlebnis, in das eigentlich nicht der Erzählende nach seinem ganzen bisherigen Leben, sondern nur ein anderer verwickelt werden konnte ... Es geschah im Sommer 1951, daß der Vorsitzende der Zentralen Parteikontrollkommission der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands dem Mann, dessen Geschichte bisher erzählt wurde, entgegenkam mit einem Gesicht, aus dem persönliche Freude leuchtete, und sagte: ‚Also, es ist nichts gewesen.' Der angesprochene Genosse stand stumm, starrte Genossen Hermann Matern an, den er als einen Kommunisten von lauterem Charakter, Kampfgefährten aus Thälmanns Zeiten gut kannte, ja, sich ihm herzlich verbunden fühlte ... Hermann Matern nahm in freundschaftlich in den Arm. ‚Setz Dich doch, bitte! Das Parteiverfahren gegen Dich hat niemals stattgefunden. Verstehst Du immer noch nicht, was ich damit meine?' Was er Tage, Nächte, Monate erwartet hatte, war nun geschehen. Aus Hermann Matern sprach das große, strenge und gütige Herz der Partei, die geprüft und befunden hatte."[130]

In einer bedrückenden Atmosphäre, in der Verdächtigungen und Denunziationen an der Tagesordnung waren, konnten aus Tätern leicht die nächsten Opfer werden. So geriet Willy Prinz, der zusammen mit Kurt Müller in der westdeutschen KPD eifrig „Parteifeinden" nachgespürt hatte, nur wenig später, im Februar 1951, selbst in die Fänge der Ostberliner Staatssicherheit.[131] Auch Fritz Sperling, dem Nachfolger Müllers als 2. KPD-Vorsitzender, half es nichts, daß er sich zu Beginn der Kampagnen gegen mögliche „Abweichler" hervorgetan hatte. Er war bereits am 24. August 1950 verhaftet worden.[132] Prinz, Müller und Sperling wurden 1954/1955 aus dem Gefängnis entlassen, Sperling blieb in der DDR, Müller und Prinz gingen, ebenso wie Leo Bauer und Erica Wallach, in die Bundesrepubik. Sie berichteten der westlichen Öffentlichkeit von ihrem Schicksal: Erica Wallach, Kurt Müller und Bruno Goldhammer waren neben Bernd Steinberger nach Moskau überstellt, dort zum Tode verurteilt und schließlich zu je 25 Jahren Haft „begnadigt" worden. In der Periode des „Tauwetters" freigekommen, mußten sie, sofern sie in die DDR gingen und dort wiederum SED-Mitglieder wurden, strengstes Stillschweigen über die schreckliche Zeit bewahren. Nur Steinberger tat dies nicht.[133]

[130] Alexander Abusch, Mit offenem Visier, Manuskript in: SAPMO-BArch, ZPA RA 1o84/2 u. 3. Bl. 295; so zit. in Karin Hartewig, Das „Gedächtnis" der Partei. Biographische und andere Bestände im Zentralen Parteiarchiv der SED in der „Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv", in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1993, S. 321.

[131] Vgl. Heyden, S. 150; Hodos, S. 184ff.: Kurt Müller, Ein historisches Dokument aus dem Jahre 1956, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament", B 11/90, 9. März 1990, S. 16-29; Jochen von Lang, Erich Mielke. Eine deutsche Karriere, Berlin 1991, S. 232ff.

[132] Vgl. Karl Heinz Jahnke, „... ich bin nie ein Parteifeind gewesen". Der tragische Weg der Kommunisten Fritz und Lydia Sperling, Bonn/Bern 1993. Sperlings Rolle in den stalinistischen Kampagnen wird jedoch in diesem (ansonsten lesenswerten) Buch beschönigt.

[133] Über ihre Haftzeit vgl. den Bericht von Erica Wallach, Licht um Mitternacht. Fünf Jahre in der Welt der Verfemten, München 1969.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Bis dahin aber vergingen Jahre, in die das vielleicht dunkelste Kapitel der DDR-Geschichte fällt: Die vorgeblich antizionistische, in Wahrheit antisemtische Kampagne von 1952/1953.

Ihre Vorboten zeigten sich bereits im November 1950. Am 10. November hatte sich Alexander Abusch erneut einer Befragung der Genossen Sens und Hertha Geffke vor der ZPKK zu stellen. Unter anderem wurde er wie folgt vernommen:

Frage: Es ist doch auch ziemlich viel Geld eingenommen worden von jüdischen Wirtschaftsemigranten (in Mexiko, M. K.)?

Abusch: Es wurde gesammelt.

Frage: Es wurden doch auch Pässe verkauft?

Abusch: Nicht nur an jüdische Emigranten. Das war eine Idee von Merker, die er mit Zuckermann und Janka ausgehechelt hat. Diesen Paß bekamen demokratische Auslandsdeutsche, einige ganz wenige jüdische Emigranten auch, auch die Antifaschisten aus der Gruppe.

...

Frage: Es gibt doch eine Erklärung von Merker, daß der eine Entschädigung bekommt, der einen solchen Ausweis hat?

Abusch: Nein. Das ist mir nicht bekannt. Darüber haben Zuckermann und Merker geschrieben. Merker überspitzte die nationale Frage der deutschen Juden. Über diesen Punkt war mit ihm nicht zu diskutieren.

Frage: Welche Genossen mußten in die Menora[134] eintreten?

Abusch: Das war eine Vereinigung, in der von uns der Kampf geführt wurde um eine antifaschistische Linie.

Frage: Warum habt ihr die Genossen aufgefordert, dort einzutreten?

Abusch: Um für eine antifaschistische Orientierung zu kämpfen. Es wurden auch nicht alle jüdischen Genossen aufgefordert, dort hineinzugehen, sonders sie sind hineingegangen.

Frage: Du warst nicht Mitglied und hast auch aufgefordert, einzutreten?

Abusch: Das ist nicht richtig. Unser Sekretär war damals der Meinung, daß man hineingehen soll, um den Kampf zu führen.

...

Frage: Du bist nicht Mitglied der Jüdischen Gemeinde?

Abusch: Nein. Ich habe auch in Mexiko gesagt, daß diese Überspitzung vollkommen unsinnig ist. Meine Frau ist Nichtjüdin, mein Kind halb, ich stehe seit meinem 16. Lebensjahr in der deutschen Arbeiterbewegung. Die Frage in Deutschland ist doch ganz falsch gestellt.[135]

In seinen zwei Tage später, am 12. November 1950, der ZPKK nachgereichten „Ergänzungen zu meinen mündlichen Aussagen vom 10.11.1950" unterstrich Abusch:
„ich wende mich aber entschieden dagegen, daß irgendwelche falschen Dinge, die Merker nach seiner Rückkunft in der ganz anderen deutschen Situation und bei einer ganz anderen

[134] Zu dieser Kulturorganisation jüdischer Emigranten in Mexiko vgl. Fritz Pohle, Das mexikanische Exil. Ein Beitrag zur Geschichte der politisch-kulturellen Emigration aus Deutschland (1937–1946), Stuttgart 1986, passim.

[135] SAPMO-BArch, ZPA IV 2/4/111, Bl. 30–34.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

weltpolitischen Lage machte, vielleicht gleichgesetzt werden mit einer vergangenen Tätigkeit unter den besonderen Bedingungen Lateinamerikas und in der Situation des breitesten Antihitler-Kampfes während des zweiten Weltkrieges."[136]

Zur Arbeit von Kommunisten in der überparteilichen jüdischen Kulturorganisation „Menora" vermerkte Abusch:
„Sie taten dort, in Zusammenarbeit mit fortschrittlichen bürgerlichen Elementen – und zur Entwicklung dieser Elemente – von innen heraus das gleiche, was wir in unserer Hauptarbeit durch die eigenen Organisationen Bewegung Freies Deutschland und Heinrich-Heine-Klub selbständig außen taten."[137]

Abusch lehnte es, wie er in seinem Ergänzungsbrief weiter schrieb, „als politisch unzweckmäßig ab, daß ich als bekannter politischer Sprecher der Freien Deutschen Bewegung und Chefredakteur des ‚Freien Deutschland' in eine jüdische Organisation eintrat. Ich hatte eine so exponierte politische Stellung, daß beide Parteiaufgaben nicht miteinander zu vereinbaren waren ... Außerdem hatte ich – seit ich als Lehrling beim Januarstreik 1918 in die Arbeiterbewegung eintrat, nachdem ich mich unter schweren häuslichen Kämpfen vom Einfluß des Judentums freimachte – mich nie wieder für jüdische Fragen interessiert, niemals darüber geschrieben und besaß keine Erfahrung für politische Arbeit auf diesem Gebiet, und bin außerdem noch nichtjüdisch verheiratet."[138]

Nicht die von Abusch genannten Fakten sind bemerkenswert, wohl aber der Ton seines Briefes. Er schrieb beinahe im Duktus der Entschuldigung davon, daß er einst unter dem „Einfluß des Judentums" gestanden habe. Indessen habe er sich von diesem Einfluß befreien können und fortan kein Interesse mehr an jüdischen Angelegenheiten mehr gezeigt – als sei es gewissermaßen ehrenrührig, sich als Kommunist nach Auschwitz für die Belange von Juden einzusetzen. Mehr als alles andere gibt dies einen Hinweis darauf, wie dramatisch sich die Atmosphäre innerhalb des SED-Apparates damals gerade änderte.

Über die mexikanische Emigration gab Abusch folgendes Stimmungsbild in seinem Brief ab: „Bei der Ankunft unserer Gruppe im Dezember 1941 in Mexiko fanden wir dort eine kleine Parteigruppe vor, die nur aus Intellektuellen bestand, welche sich meist prinzipienlos persönlich bekämpften. Auf der einen Seite waren Wortführer Genossen wie Bruno Frei, der sich in Frankreich bei Kriegsausbruch schwach und schwankend gezeigt hatte, jung in der Partei war, – auf der anderen Seite stand besonders André Simone, der sich als Redner und Schriftsteller für die Sowjetunion und die 2. Front bereits eine hervorragende Stellung in der mexikanischen Öffentlichkeit errungen hatte, aber der durch seinen übersteigerten Individualismus viele Genossen innerhalb der Gruppe abstieß und mit sich verfeindete."[139]

136 Ebenda, Bl. 42.

137 Ebenda.

138 Ebenda, Bl. 43. Im mexikanischen Exil war Abusch, entgegen seiner späteren Aussage, sehr wohl von spezifisch jüdischen Fragen berührt. Im November 1944 schrieb er über das Vernichtungslager Majdanek: „Es bedurfte dieser schlimmsten Erfahrung unseres Lebens, um uns nicht nur vorzustellen, sondern zu wissen: daß Deutsche diese Mordfabriken erfunden und betrieben haben, ... daß Deutsche diese Menschenvernichtung ersonnen haben, deren kalt überlegte Bestialität mit Hunnentum oder Kannibalismus zu bezeichnen nur eine Beleidigung für die Hunnen und Kannibalen wäre." Abusch betonte, daß „für alles Geschehene" alle Deutschen die „moralisch-politische Verantwortung" tragen würden, auch die „deutschen Hitlergegner". Alexander Abusch, Hitlers Todesfabriken und die Verantwortung der Deutschen, in: Freies Deutschland, 1944, Nr. 12, S. 13ff.

139 SAPMO-BArch, ZPA IV/2/4/111, Bl. 45.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Der jüdische Kleinbürgersohn Abusch mußte hier natürlich dem pseudoproletarischen Klischee des angeblich wankelmütigen Intellektuellen Tribut zollen; einem Klischee, das von Stalin und seinem lumpenproletarischen Anhang verbreitet worden war. Es sollte eine gute Tradition der Arbeiterbewegung nachhaltig beschädigen. Diese Bewegung hatte sich, was ihre Stärke zu einem nicht geringen Teil ausmachte, bekanntlich im Zusammenwirken von Arbeitern und Intellektuellen konstituiert.

Auch ein anderer wichtiger Gedanke der Arbeiterbewegung, der des solidarischen Handelns, wurde immer mehr zur bloßen Phrase herabgewürdigt. Hildegard Abusch, die Frau des gerade der Verurteilung Entronnenen, berichtete an Hertha Geffke von der ZPKK am 15. Mai 1951: „Werte Genossin Geffke, heute mittags um 12 Uhr wurde ich angerufen, ich war allein zu Hause und ging ans Telefon. Am Telefon meldete sich Paul Merker und fragte nach meinem Mann. Ich sagte ihm wörtlich: ‚Höre zu, wir haben nichts miteinander zu besprechen', und hängte ein. Dies wollte ich Euch nur mitteilen."[140]

Paul Merker sah sich von seinen einstigen Kampfgefährten isoliert, als er auf ihre Hilfe und Solidarität dringend angewiesen war.

3. Der „Fall Merker": Stalinistischer Antisemitismus in der DDR 1952/1953

In den Jahren 1949 und 1950 hatten sich die Kampagnen der SED Führung vor allem gegen kritische Kommunisten, aber auch gegen treue Gefolgsleute gerichtet, die durch Kontakte in den Westen, nach Jugoslawien oder aufgrund ihrer früheren Zugehörigkeit zu einer antistalinistisch-marxistischen Gruppierung aufgefallen waren. Daß besonders unter früheren Westemigranten der Anteil von Kommunisten jüdischer Herkunft relativ hoch war, ist bereits gesagt worden. Bislang jedoch galt die jüdische Herkunft an sich nicht als Makel. Sie wurde vermerkt und bei den Anhörungen auch gelegentlich ins Feld geführt. Als Begründung für parteifeindliche Aktionen wurde sie jedoch explizit nicht herangezogen. Dies änderte sich im Gefolge des gewalttätigen stalinistischen Antisemitismus, der die Sowjetunion beherrschte, seit 1952 in der DDR dramatisch. Ausgangspunkt war die ČSR.

Mit dem „Prozeß gegen die Leitung des staatsfeindlichen Verschwörerzentrums mit Rudolf Slánský an der Spitze", der im November 1952 in Prag eröffnet wurde, begann eine judenfeindliche Hetze, die sich bis zur Pogromstimmung steigerte. Rudolf Slánský, ein Jude, war jahrelang einer der Spitzenfunktionäre der tschechoslowakischen KP und einer der überzeugtesten Stalinisten gewesen. Noch im Juli 1950 war sein fünfzigster Geburtstag mit dem üblichen Personenkult zelebriert worden. Doch einige Wochen später wurde er als Generalsekretär abgelöst und schließlich im November 1951 verhaftet. Ein Jahr später fand der Schauprozeß statt, von dessen vierzehn Angeklagten elf Juden waren. Während des Tribunals und in der Prozeßberichterstattung wurde immer wieder auf die kleinbürgerliche und jüdische Herkunft der Opfer hingewiesen, alte, längst unwichtige frühere Kontakte zu zionistischen Organisationen wurden ins Licht der Öffentlichkeit gerückt. Die Angeklagten beschuldigten sich selbst und einander aller nur denkbaren Verbrechen gegen den sozialistischen Staat und die Parteispitze. Immer wieder wurden angeblich bestehende Verbin-

[140] Ebenda, Bl. 55.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

dungen in die USA, zu „jüdischen Kapitalisten" und nach Israel „aufgedeckt". Das Bild einer „jüdischen Weltverschwörung", von Hitler nur sieben Jahre früher gezeichnet, lebte im Prager Prozeßsaal wieder auf. Später wurde bekannt, daß unter den Folterknechten, die die Aussagen aus den Gefangenen herauspreßten, auch einstige tschechische Kollaborateure der nazistischen deutschen Mörder waren. Die Verhaftung von zwei israelischen linkssozialistischen Politikern, Mordechai Oren und Shimon Ornstein, paßte genau in das verschwörungstheoretische Konzept der tschechoslowakischen Stalinisten und ihrer sowjetischen Hintermänner. Der Slánský-Prozeß hatte für Stalin einen ähnlichen Stellenwert wie die Reichspogromnacht vom 9. November 1938 für Hitler: Die Reaktionen des Auslandes, aber auch der Bevölkerung, sollten zeigen, ob bei weiterreichenden Repressalien mit irgendeinem manifestem Widerstand zu rechnen war.

Daneben gab es natürlich Unterschiede zum Regime Hitlers: Der antijüdische Terror diente weder in der Sowjetunion noch in der Tschechoslowakei der Ausschaltung noch verbliebener Kapitalisten jüdischer Herkunft. Es gab kein nennenswertes Eigentum an Produktionsmitteln (und nicht einmal an Sachwerten), das zu „arisieren" war. Doch sollten auch antisowjetische und antikommunistische Ressentiments in der Bevölkerung kanalisiert werden. Robert Wistrich schrieb hierzu, daß „es Stalin mit einer machtpolitischen Raffinesse sondergleichen gelungen (war), jüdische Kommunisten für die Konsolidierung der beim Volk unbeliebten kommunistischen Nachkriegsregierungen in Polen, Ungarn und Rumänien einzuspannen, ebenso bei der Staliniserung der Tschechoslowakei. Er konnte sich auf ihre bedingungslose Loyalität gerade deswegen verlassen, weil ihre eigene Sicherheit in Ländern mit einer seit jeher antisemitischen Bevölkerung (deren judenfeindliche Vorurteile durch den Völkermord Hitlers eher verstärkt als abgebaut waren) nur durch eine starke kommunistische Macht gewährleistet schien. Die bloße Tatsache aber, daß in Spitzenpositionen der neuen stalinistischen Regime in Osteuropa moskautreue Juden auftauchten, war geeignet, vorhandene antisemitische Ressentiments in der Bevölkerung zu verstärken, empfanden doch viele Menschen die Machtübernahme der Kommunisten nicht als Höhepunkt, sondern als Tiefpunkt in der Geschichte ihres Landes. Keine noch so bemühte Propaganda vermochte den Eindruck zu verwischen, daß es sich bei den kommunistischen Regierungen Osteuropas um Satrapenregime der Sowjetmacht handelte. Stalin, dem dies nicht verborgen blieb, wollte die sowjetische Hegemonie festigen, ohne seine Satrapen noch unpopulärer zu machen, als sie es ohnehin schon waren. Er löste dieses Problem, indem er einige führende jüdische Kommunisten opferte, sie als Komplizen einer ‚zionistischen Verschwörung' brandmarkte und so den Volkszorn auf den Zionismus, d. h. das ‚internationale Judentum' lenkte. Damit dirigierte er einerseits den aufgestauten Nationalismus der osteuropäischen Völker in ein für die Sowjetunion ungefährliches Fahrwasser und kam andererseits dem Karriereehrgeiz der jüngeren, leichter manipulierbaren einheimischen Kommunistengeneration entgegen."[141] Wenn man dieser Prämisse zustimmt, erscheint auch offenkundig, daß der Slánský-Prozeß Teil des brutalen, doch noch selektiven Zweckantisemitismus Stalins war, nicht aber Auftakt zu einer gezielten und vollständigen Vernichtung der Juden in der Tschechoslowakei.

Warum hatten die Sowjetführer aber die Tschechoslowakei für ihre Zwecke ausgewählt? Im tschechischen Landesteil war der Antisemitismus, anders als in der Slowakei, nicht

[141] Robert Wistrich, Der antisemitische Wahn. Von Hitler bis zum Heiligen Krieg gegen Israel, Rastatt 1989, S. 317f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

besonders populär und hatte, auch verglichen mit dem deutschen und österreichischen Umfeld, keine übermäßig starken historischen Traditionen. Glaubte Stalin, die eventuellen antijüdischen Emotionen und Manifestationen hier leichter als anderswo unter Kontrolle halten zu können, daß sie sich nicht in einer Richtung entluden, die für die Herrschaft seiner Platzhalter gefährlich werden könnte? Wichtiger erscheint ein anderer Gesichtspunkt. Die in Parlamentswahlen vom Mai 1946 als eindeutig stärkste Kraft dominierende KP erschien nach Kriegsende vielen Tschechen und Slowaken keineswegs „als Tiefpunkt in der Geschichte ihres Landes", um Wistrichs Formulierung zu gebrauchen, denn die tschechoslowakische KP knüpfte, wie Zdeněk Mlynář hervorhob, nach 1945 zunächst an linke demokratische Traditionen an. Sie „versprach, daß sie die diktatorischen Züge des sowjetischen Systems nicht kopieren wird, daß sie den privaten Kleinunternehmersektor beibehalten wird, daß sich die landwirtschaftlichen Genossenschaften ausschließlich auf freiwilliger Basis entwickeln werden, daß man nicht die gewaltsame sowjetische Kollektivierung auf dem Land nachahmen wird."[142] Obwohl nach der Beseitigung des parlamentarischen Systems im Februar 1948 von den Versprechungen nicht viel übrigblieb, mußte Stalin eine Partei, die solche Positionen kurz zuvor vertreten hatte, als unberechenbar erscheinen. Es ist gut möglich, daß er ihr auch den offensichtlichen Rückhalt in großen Teilen der Bevölkerung neidete, da er glaubte, allein solchen Rückhalt beanspruchen zu dürfen. Wie dem auch sei: Der Slánský-Prozeß, dem eine Vielzahl von Prozessen auf unterer Ebene folgte, versetzte der kommunistischen Elite in der Tschechoslowakei – Stalinisten und potentiellen Häretikern gleichermaßen – einen schweren Schlag. Das Gericht verurteilte elf Angeklagte, unter ihnen Slánský, zum Tode, die drei anderen zu lebenslanger Haft. Am 30. Dezember 1952 wurden die Todesurteile vollstreckt. 1963 sollte der Oberste Gerichtshof des Landes alle Verurteilten rehabilitieren. Am 1. Mai 1968 erhielten sie, die Gehenkten wie die Überlebenden, den höchsten Orden der Tschechoslowakei. Die Okkupation des Landes am 21. August 1968 durch die Truppen des Warschauer Vertrages erfolgte genau zu der Zeit, in der die Bevölkerung der ČSSR immer deutlicher forderte, die Verantwortlichen für die Justizmorde zur Rechenschaft zu ziehen.[143]

Die DDR erschien für ein deutsches Parallel-Szenario zum Slánský-Prozeß als der denkbar ungeeignetste Ort. Der Schatten von Auschwitz lag noch immer über Deutschland. In den Augen der meisten Menschen in aller Welt hatte die systematisch und industriemäßig betriebene Massenvernichtung von Millionen das deutsche Volk von der Liste der zivilisierten Nationen gestrichen. Auch in Deutschland selbst schien jede Regierung, die auch nur den leisesten Versuch machte, den Juden zu schaden, politisch und moralisch für immer geächtet. Am wenigsten war denkbar, daß der offizielle Kommunismus, die SED-Führung, die Solidarität mit den Juden aufkündigen könnte. Der Antifaschismus, der jeden

[142] Zdeněk Mlynář, Die Vorstellungen der KPTsch im Jahre 1968 zur Entwicklung des sozialistischen Systems, in: Theodor Bergmann/Mario Keßler (Hg.), Ketzer im Kommunismus – Alternativen zum Stalinismus, Mainz 1993, S. 340.

[143] Für den Kampf der Opfer des Slánský-Prozesses um ihre Rehabilitierung vgl. Eugen Löbl/Dušan Pokorný, Die Revolution rehabilitiert ihre Kinder. Hinter den Kulissen des Slánský-Prozesses, Wien 1968; Jiří Pelikan (Hg.), Das unterdrückte Dossier. Bericht der Kommission des ZK der KPTsch über politische Prozesse und „Rehabilitierungen" in der Tschechoslowakei 1949–1968, Wien 1970; Artur London, Ich gestehe. Der Prozeß um Rudolf Slánský, Neuausg. Berlin 1991. Vgl. auch Anmerkung 14 dieses Kapitels.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Antisemitismus per se ausschloß, war in der DDR nicht nur verordnet, um einen viel später aufgekommenen polemischen Terminus anzuführen.[144] Er bildete auch die conditio sine qua non für die Herrschaft der SED-Führung, einschließlich der sowjetischen Präsenz im Osten Deutschlands. Nach der Barbarei des Nazismus schien es unmöglich, daß eine antijüdische Politik in dem Land, von dem der Holocaust ausgegangen war, mehrheitsfähig werden könnte. Warum sollte die DDR dennoch zum Schauplatz eines antisemitischen Schauprozesses werden?

Einen Hinweis darauf könnte man bekommen, wenn man die Argumente gegeneinander abwägt, die zur Begründung hervorgebracht werden für die Tatsache, daß bis zum Sommer 1951 die Verfolgungswelle abebbte. Leo Bauer nannte später als Grund dafür „die große Dummheit und das Unvermögen der Vernehmer", den Widerstand einiger Inhaftierter (er meinte vor allem sich selbst) zu brechen.[145] Zbigniew Brzezinski sah die Schwäche der SED als Grund für den Stopp der Verfolgung.[146] Georg Hermann Hodos hält dies für wenig plausibel, zitiert aber Brzezinskis zweites Argument zustimmend, „daß man bestimmte linksstehende Kreise Westdeutschlands nicht vor den Kopf stoßen wollte."[147] Auch Heinz Brandt argumentierte ähnlich: Ein möglicher Schauprozeß wäre zeitlich mit dem sowjetischen Vorschlag für ein vereintes und neutrales Deutschland zusammengefallen und hätte das dafür erforderliche Zusammenspiel mit dem Westen behindert.[148]

Die sowjetischen Initiativen, dokumentiert in den Noten vom 10. März und 9. April 1952, zeigten zunächst das Interesse Moskaus, eine mögliche Westintegration der Bundesrepublik zu verhindern. Mit dem, so Christoph Kleßmann, „stärksten Trumpf, der Wiederherstellung des Nationalstaates, zu locken", erschien als Preis dafür nicht zu hoch.[149] Neuere, kontrovers diskutierte Studien verdichten den Eindruck, daß die DDR in gewisser Hinsicht Stalins „ungeliebtes Kind" gewesen war, wenngleich dieser wohl nicht bereit war, die DDR bündig für ein neutrales Deutschland preiszugeben, wie Wilfried Loth vermutet.[150] Doch mag Stalin an einer SED-Führung ohne Ulbricht und dessen engste Parteigänger interessiert gewesen sein, um seinen eigenen Handlungsspielraum in der Deutschlandpolitik zu erweitern. Diese Vorgehensweise hätte durchaus in der Tradition Stalinscher Politik gestan-

144 Diesen Terminus benutzt Ralph Giordano, Die zweite Schuld oder Von der Last, Deutscher zu sein, Hamburg 1987. Zu den Implikationen dieser Argumentation vgl. Cornelia Dieckmann/Mario Keßler, Right Wing Extremism and Anti-Semitism after the Transformation: The Case of the New German States, in: Jan Hancil/Michael Chase (Hg.), Anti-Semitism in Post-Totalitarian Europe, Prague 1993, S. 259–271, hierzu bes. S. 260f., sowie die Thesen von Jürgen Danyel/Olof Groehler/Mario Keßler, Antifaschismus und Verdrängung. Zum Umgang mit der NS-Vergangenheit in der DDR, in: Jürgen Kocka/Martin Sabrow (Hg.), Die DDR als Geschichte. Fragen – Hypothesen – Perspektiven, Berlin 1994, S. 148–152.

145 Bauer, „Die Partei hat immer recht", S. 412f.

146 Zbigniew Brzezinski, Der Sowjetblock, Köln/Berlin (West) 1962, S. 112f.

147 Ebenda, S. 118; Hodos, S. 271.

148 Heinz Brandt, Ein Traum, der nicht entführbar ist. Mein Weg zwischen Ost und West, Frankfurt a. M. 1983, S. 201.

149 Christoph Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955, 4. Aufl. Bonn 1986, S. 212.

150 Vgl. Wilfried Loth, Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte, Berlin 1994. Kritisch hierzu Heinrich A. Winkler, Im Zickzackkurs zum Sozialismus, in: Die Zeit, Nr. 25, 17. Juni 1994.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

den: Im Jahre 1938 hatte Stalin die kommunistische Partei Polens auflösen lassen, um den potentiellen Widerstand für einen künftigen deal mit Hitler, den auch Kommunisten geleistet hätten, auszuschalten. Damals diente das Stigma des „Trotzkismus", um die polnische KP-Führung innerhalb der Komintern völlig zu diskreditieren.[151] Wenn es Stalin darum ging, Ulbrichts Position entscheidend zu schwächen, erschien es zweckmäßig, ihn mit dem Odium des Antisemitismus zu belasten – eine im „sozialistischen" Nachkriegsdeutschland für einen hochrangigen Kommunisten unmögliche Etikettierung. Stalins Politik zeichnete sich – innerhalb seines dogmatischen und scholastischen Weltbildes – stets durch eine hohe Manövrierfähigkeit aus.

Ulbricht und seine Anhänger durften im Interesse des eigenen Überlebens Stalins Weg der offenen Judenverfolgung nicht mitgehen, so sehr sie sich als die „besten" Stalinisten präsentierten. Es erschien ihnen opportuner, „zionistische Abweichungen" von der Parteilinie im Kontext ihrer Kampagne gegen „Westemigranten" zu bestrafen. Ein Jude wie Abusch hätte als „deutscher Slánský" Ulbricht weit mehr geschadet als genützt. Auch in einem Schauprozeß mit antisemitischer Komponente schien ein Nichtjude als Hauptangeklagter als besonders prädestiniert. Dann fiel es gegebenenfalls leichter, den Vorwurf des Antisemitismus zurückzuweisen. Hier konnte man zum ersten Mal eine Seite jenes Phänomens beobachten, das im sowjetischen Machtbereich in den künftigen Jahrzehnten immer wieder eine Rolle spielte: der „Antisemitismus ohne Juden", wie später ein bekannter Buchtitel lauten sollte.[152]

Der mögliche Hauptangeklagte mußte der Öffentlichkeit als einflußreicher Verschwörer mit dunklen internationalen Verbindungen und als nichtjüdischer „Kosmopolit", als getarnter Gegner der Sowjetunion dargestellt werden. Als Mitglied der engsten Führung sollte er in der Lage sein, Ulbricht zu stürzen und damit die DDR „dem Westen zu verkaufen", wie die damals gängige Formulierung lautete.

Warum Paul Merker zur Hauptfigur des geplanten Prozesses werden sollte, erscheint somit offenkundig: Er hatte sich im Exil, wie gezeigt wurde, für die Interessen der verfolgten Juden eingesetzt, er besaß einen weiten, international geprägten Horizont, hatte die Linie der Partei nicht immer unkritisch mitgetragen und hob sich allein durch seine mündliche und schriftliche Ausdrucksfähigkeit von manchen zur Uniformität erzogenen „Parteiarbeitern" ab.

Der 1894 in Sachsen geborene Merker hatte sich autodidaktisch eine breite Bildung angeeignet, war über die USPD 1920 zur KPD gekommen, preußischer Landtagsabgeordneter geworden und konnte zu Beginn der dreißiger Jahre im Auftrag der Roten Gewerkschaftsinternationale mehrjährige wichtige Erfahrungen in den USA sammeln. Über

[151] Vgl. Pierre Frank, Geschichte der Kommunistischen Internationale 1919–1943, Bd. 2, Frankfurt a. M. 1981, S. 649f.

[152] Paul Lendvai, Antisemitismus ohne Juden. Entwicklungen und Tendenzen in Osteuropa, Wien 1972. Es würde den Rahmen dieses Buches sprengen, die gesamten Repressionsmaßnahmen der SED-Führung in den frühen fünfziger Jahren zu schildern, doch sei darauf verwiesen, daß auch der Überlebende des KZ Buchenwald, der Nichtjude Walter Bartel zeitweilig als möglicher Mit- oder sogar Hauptangeklager eines geplanten Schauprozesses figurieren sollte. Vgl. die entsprechenden Materialien der ZPKK vom Frühjahr und Sommer 1953 (! – M.K.), abgedruckt in Lutz Niethammer u. a., Der „gesäuberte" Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald, Berlin 1994, S. 410ff., 432ff.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Frankreich ins mexikanische Exil gelangt, machte er sich nicht nur durch seine Parteifunktionen, sondern auch als politischer Publizist einen Namen. Wichtigste Frucht seiner schriftstellerischen Tätigkeit war das Buch „Deutschland – Sein oder Nichtsein".[153]

1925 war Merker in das „Thälmannsche ZK" der KPD, dann ins Politbüro aufgerückt. Doch 1930 wurde er seiner Funktionen enthoben, als die KPD-Führung auf Moskauer Weisung hin den Kampf gegen die „Rechten" und „Versöhnler" in den eigenen Reihen führte – gegen Kommunisten, die sich der Stalinisierung der KPD, der Beseitigung der innerparteilichen Demokratie und der Unterordnung der Partei unter Stalins jeweilige politische Schachzüge widersetzten.[154] Als Gewerkschafter in den USA war sein direkter Moskauer Vorgesetzter Salomon Losowskij, der 1952 den antisemitischen Repressalien in der UdSSR zum Opfer fallen sollte. Nach erneuten Unstimmigkeiten mit der Parteiführung unmittelbar nach dem Hitler-Stalin-Pakt 1939, schlug Merker die Möglichkeit aus, in die Sowjetunion zu gelangen. In Mexiko brachte er sich dann als Sekretär des Lateinamerikanischen Komitees der Bewegung „Freies Deutschland" für verantwortliche Aufgaben der Nachkriegszeit ins Gespräch. Er wurde schließlich Mitglied des Parteivorstandes der SED, seines Zentralsekretariats und des Politbüros, Abgeordneter des brandenburgischen Landtages, Staatssekretär im ersten Ministerium für Land- und Forstwirtschaft der DDR und war verantwortlich für die Integration der aus den früheren deutschen Ostgebieten, der Tschechoslowakei und Ungarn vertriebenen Deutschen in der SBZ, dazu noch für die Wiedereingliederung heimgekehrter Kriegsgefangener und für andere soziale Fragen. Im August 1950 von allen Funktionen entbunden, erfuhr er seinen Parteiausschluß aus der Zeitung. Seinen künftigen Lebensunterhalt mußte er in seinem einst erlernten Beruf als Gastronom verdienen: Ihm wurde die Leitung einer HO-Gaststätte in Luckenwalde zugewiesen. Im Januar 1951 schrieben „Gäste" an das ZK der SED, sie könnten es nicht ertragen, ihr Bier von einem imperialistischen Agenten ausgeschenkt zu bekommen. Merker verlor seine Arbeit und schrieb, ohne Aussicht auf Publikation, Ergänzungen zu seinen in Mexiko entstandenen Büchern. Daneben arbeitete der sprachkundige Publizist als Übersetzer.[155]

Am 2. Dezember 1952, noch während des Slánský-Prozesses, wurde Merker verhaftet. In der Untersuchungsanstalt der Staatssicherheit in Berlin-Hohenschönhausen völlig isoliert, blieb ihm damals auch die Kenntnis jenes ZK-Beschlusses versagt, in dem die „Lehren" aus

153 Paul Merker, Deutschland – Sein oder Nichtsein; 2 Bde., Mexico, D.F. 1944/45 1944/45.

154 Zur Stalinisierung der KPD bleibt das Standardwerk die Arbeit von Hermann Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD, 2 Bde. Frankfurt a. M. 1969. Für die internationale Ebene finden sich neuere Forschungsergebnisse u. a. in: Theodor Bergmann/Mario Keßler (Hg.), Aufstieg und Zerfall der Komintern. Studien zur Geschichte ihrer Transformation (1919–1943), Mainz 1992, und in: Jürgen Rojahn (Hg.), The Communist International and its National Sections, 1919–1943 (im Druck).

155 Zu Merkers biographischen Angaben vgl. u. a. Werner Röder/Herbert A. Strauss (Hg.), Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, Bd. 1, München etc. 1980; Jochen Černý (Hg.), Wer war wer – DDR. Ein biographisches Lexikon, Berlin 1992; Wolfgang Kießling, Die Anklage war absurd: das war kein Spion! Der Fall Merker – ein finsteres Kapitel SED-Geschichte, in: Junge Welt, 2. Februar 1990; ders., Laßt euch nicht von jedem ins Fuchsloch jagen. Vor 100 Jahren wurde Paul Merker geboren. Sein Verständnis von Demokratie und Eigenverantwortung deutscher Kommunisten, in: ND, 1. Februar 1994.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

dem Slánský-Prozeß gezogen und Merker als Hauptfeind stigmatisiert wurde (*vgl. Dokument Nr. 2*).[156]

In dem ZK-Beschluß vom 20. Dezember 1952 wurde versichert, daß die Werktätigen der volksdemokratischen Länder im Geiste der Völkerfreundschaft und des proletarischen Internationalismus erzogen worden seien und sich solidarisch mit den vom Faschismus verfolgten Juden gefühlt hätten. Doch die in Prag Angeklagten hätten versucht, wachsame, fortschrittliche Genossen durch die Beschuldigung des Antisemitismus zu diskreditieren. In diesem Prozeß sei eindeutig bewiesen worden, daß über das Verhalten von Parteimitgliedern in der Emigrationszeit nicht der Mantel der Liebe gedeckt werden dürfe. Vielmehr müßten die Dinge bis zum Ende hin geklärt werden.

Nach diesem typisch stalinistischen Mißbrauch von moralischen Werten der Arbeiterbewegung ging der Beschluß zum „Fall" von Paul Merker über. Wie bereits bei seinem Parteiausschluß wurde ihm vorgeworfen, mit dem Unitarian Service Committee und mit Noel H. Field in Verbindung gestanden zu haben. Nunmehr beschuldigte die SED-Führung Merker, daß sich unter seinem Einfluß die Emigrantenzeitschrift „Freies Deutschland" in Mexiko mehr und mehr zu einem Publikationsorgan zionistischer Auffassungen entwickelt habe. Daran sei Merker zusammen mit Alexander Abusch, Erich Jungmann und „dem im Prager Prozeß verurteilten Verbrecher André Simone" beteiligt gewesen. Als „ein Subjekt der USA-Finanzoligarchie" habe Merker „die zusammengeraubten Kapitalien des mit der Wallstreet eng liierten Bankhauses Warburg & Co. und des Siemens-Schuckert-Konzerns als ‚jüdisches Gut'" bezeichnet. Er habe die Entschädigung der jüdischen Vermögen nur gefordert, „um dem USA-Finanzkapital das Eindringen in Deutschland zu ermöglichen. Das ist die wahre Ursache seines Zionismus." Er habe sich für die Errichtung Israels eingesetzt, das aber nur ein „Staat von amerikanischen Gnaden" sei, und habe die mögliche Auswanderung jüdischer Bürger deutscher Nationalität unter anderem nach Israel gefordert, die auf Kosten des deutschen Staates erfolgen sollte.

Der ZK-Aufruf begnügte sich jedoch nicht mit dieser Anklage Merkers. Er griff auf ein klassisches Schlagwort der Nazipropaganda zurück, indem festgestellt wurde: „Die Verschiebung von deutschem Volksvermögen fordert er (Merker; M. K.) mit den Worten: ‚Die Entschädigung des den jüdischen Staatsbürgern zugefügten Schadens erfolgt sowohl an die Rückkehrer wie an diejenigen, die im Ausland bleiben wollen.'"

Dieser Vorwurf mitsamt seiner Wortwahl war kein Lapsus, denn an anderer Stelle des ZK-Beschlusses wurde Merker im Zusammenhang mit der Reparationsfrage nochmals der „Preisgabe deutschen Volksvermögens" angeklagt.

Die gesamte publizistische Tätigkeit Merkers für die Zeitschrift „Freies Deutschland" kann hier nicht nachgezeichnet werden.[157] Es muß die Feststellung genügen, daß sämtliche

[156] Der Beschluß wurde abgedruckt in: Dokumente der SED, Bd. 4, Berlin (Ost) 1954.

[157] Vgl. Pohle, S. 315ff.; Liselotte Maas, „Unerschüttert bleibt mein Vertrauen in den guten Kern unseres Volkes". Der Kommunist Paul Merker und die Exil-Diskussion um Deutschlands Schuld, Verantwortung und Zukunft, in: Thomas Koebner/Gert Sautermeister/Sigrid Schneider (Hg.), Deutschland nach Hitler. Zukunftspläne im Exil und aus der Besatzungszeit 1939–1949, Opladen 1987, S. 181–189; Knut Mellenthin, Paul Merker und die Juden, in: Arbeiterkampf, Nr. 343, 3. Juni 1992, S. 27–29; Wolfgang Kießling, Im Widerstreit mit Moskau. Paul Merker und die Bewegung „Freies Deutschland" in Mexiko, in BzG, 1992, Nr. 3, S. 29–42.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Anwürfe und „Zitate", die Merker vorgehalten wurden, auf Passagen seiner Aufsätze beruhten, die aus ihrem Zusammenhang gerissen worden waren.

Die Regisseure der „Parteisäuberungen" in der SED gingen aber zumindest in einem Punkt über die Praktiken ihrer sowjetischen Vorbilder hinaus. Merker habe, so hieß es, die zionistische Agentur des amerikanischen Imperialismus als eine „nationaljüdische" Bewegung deklariert. Damit diese Agentur ihre Spione und Diversanten in das neue Deutschland entsenden könne, habe er verlangt, man solle die Juden als nationale Minderheit anerkennen; eine Formulierung, die Merkers Ausführungen wiederum nur entstellt wiedergab.[158] Damit habe Merker die „marxistisch-leninistische Theorie der nationalen Frage" verlassen und „sich auf die Plattform des von Lenin und Stalin stets bekämpften kleinbürgerlich-opportunistischen ‚Bund' (begeben), der als Garantie gegen die Assimilation der Juden die national-kulturelle Autonomie forderte."

Hier wurde das Arsenal der klassischen stalinistischen Kampagne gegen den Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbund Rußland, Polen und Litauen, der mit an der Spitze der Arbeiterbewegung im Zarenreich gestanden hatte,[159] um ein Element ergänzt, das in der Sowjetunion erst in einer späteren Zeit, ab 1967, zum Propagandainstrumentarium gehören sollte: um die Vermengung des „jüdischen Nationalismus" des Arbeiterbundes mit dem Zionismus.[160] Dagegen hatten sich Stalins Gefolgsleute in der Sowjetunion während der (tendenziell) antijüdischen Repressalien von 1937/1938[161] und besonders während des offenen Antisemitismus zwischen 1948 und 1953 gehütet, ehemalige Bundisten, die in die Mühle der „Säuberungen" geraten waren, als „Zionisten" zu stigmatisieren. Es war in der Sowjetunion noch zu gut bekannt, daß der Bund – bei aller Gegnerschaft zur bolschewistischen Partei – den Zionismus in all seinen Varianten weit unnachgiebiger als jemals Lenin und sogar Stalin angegriffen hatte.[162] Statt dessen wurde in der UdSSR der verwaschene Slogan des "wurzellosen Kosmopolitismus" zur ideologischen Waffe, die gegen Juden mit zionistischer wie nichtzionistischer Vergangenheit eingesetzt werden konnte. Dennoch scheinen die sowjetischen Stellen mit dem Eifer ihrer DDR-Juniorpartner nicht ganz

158 1946 hatte Merker geschrieben: „Die Zugehörigkeit zu einer nationalen Bewegung, wie z. B. zum Zionismus, schließt die Zugehörigkeit deutscher Staatsbürger jüdischer Herkunft zur Bewegung Freies Deutschland nicht aus". Und weiter: „Ihr Wille (der jüdischen Mitglieder der Organisation, M. K.) ist es, durch die Zusammenarbeit der Juden – in derem eigenen Interesse – den Beweis zu liefern, daß das deutsche Volk nicht nur aus Nazis und Antisemiten besteht." Paul Merker, Brief an einen Freund. Die Bewegung Freies Deutschland und die Zukunft der Juden, in: Freies Deutschland, 1944, Nr. 5, S. 6ff.

159 Vgl. aus der Fülle der Literatur John Bunzl, Klassenkampf in der Diaspora. Zur Geschichte der jüdischen Arbeiterbewegung, Wien 1985; Nathan Weinstock, Le pain de misère. Histoire du mouvement ouvrier juif en Europe, 3 Bde., Paris 1984–1986; Jack Jacobs, Sozialisten und die „jüdische Frage" nach Marx, Mainz 1994.

160 Zur Bewertung der antizionistischen (oft aber antisemitischen) Propaganda in der Sowjetunion nach dem Juni-Krieg von 1967 vgl. u. a. Robert S. Wistrich, Der antisemitische Wahn, S. 309ff.; ders., Anti-Semitism. The Longest Hatred, London 1992, S. 179ff.

161 Vgl. Mario Keßler, Der Stalinsche Terror gegen jüdische Kommunisten 1937/1938, in: Hermann Weber/Dietrich Staritz (Hg.), Kommunisten verfolgen Kommunisten, S. 87–102, Wiederabdruck in: Keßler, Antisemitismus, Zionismus und Sozialismus, S. 116–132.

162 Zur Auseinandersetzung des Jüdischen Arbeiterbundes mit dem Zionismus vgl. ders., Zionismus und internationale Arbeiterbewegung, S. 67ff., und die dort verwertete Literatur.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

zufrieden gewesen zu sein. So berichtete Rudolf Herrnstadt, damals Politbüromitglied und selbst jüdischer Herkunft, der politische Berater der Sowjetischen Kontrollkommission, Wladimir Semjonow, sei damals außer sich gewesen, weil ihm die deutsche Seite kein belastendes Material über Gerhart Eisler übergeben hätte.[163] Eisler war als Jude, ehemaliger KPD-"Abweichler" von der "Generallinie", Westemigrant und damals Leiter des Amtes für Information bei der DDR-Regierung für einen antisemitischen Schauprozeß geradezu prädestiniert. Am 29. Dezember 1952 verlor Eisler seinen Posten als Leiter des Informationsamtes. Schon am 18. Dezember hatte sich Arnold Zweig von seiner Funktion als Präsident der Deutschen Akademie der Künste beurlauben lassen.

Nach einer Gesprächsnotiz des Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinden in der DDR, Julius Meyer, hatte der Chef der Sowjetischen Kontrollkommission bereits im Dezember 1951 einige führende Mitglieder der Jüdischen Gemeinden der DDR zu sich bestellt und gefragt: „Woher bekommen Ihre Gemeinden ihre Anordnungen? Bekommen sie diese in der Weise wie die Kirche aus Rom? Haben sie Hirtenbriefe? ... Ist Ihnen denn nicht klar, aus welchen Gründen ‚Joint' die Liebesgaben nach Deutschland bringt?"[164]

Von Paul Merker wurden nach seiner Inhaftierung Aussagen anderer Art erwartet. Wolfgang Kießling, der eine Reihe biographischer Berichte über Merker veröffentlicht hat, zitiert aus den Aufzeichnungen eines Agenten der Staatssicherheit, der mit Merker eine Gefängniszelle in Hohenschönhausen teilte. Er stellte sich Merker unter dem Namen Erwin vor und behauptete, selbst ein verfolgter SED-Genosse zu sein. Laut Kießling war der MfS-Mann „Erwin" mit „außergewöhnlichem Gedächtnis" Erwin Bruhn, der den Auftrag, Merker auszuhorchen, von Oberst Alfred Scholz, dem Leiter der Untersuchungsabteilung des MfS, hatte.[165] „Erwin" sei in die Fänge der Untersuchungsorgane geraten, weil er seine Frau bei Verwandtenbesuchen in Westberlin begleitet habe. In Abständen wurde „Erwin" angeblich zu Verhören geholt. Doch habe er in Wirklichkeit aufzuschreiben gehabt, was Merker an Bemerkenswertem in der Zelle geäußert habe.[166]

[163] Vgl. Nadja Stulz-Herrnstadt (Hg.), Das Herrnstadt-Dokument. Das Politbüro der SED und die Geschichte des 17. Juni 1953, Reinbek b. Hamburg 1990, S. 273.

[164] Julius Meyer, nach einem Manuskript von Rainer Hildebrandt, dem Leiter der antikommunistischen „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit", vom Frühjahr 1953, in dem dieser eine Gesprächsnotiz von Julius Meyer nach dessen Flucht nach Westfalen wiedergibt. Das Manuskript befindet sich in den Jewish Research Archives, New York (YIVO), trägt die Signatur FAD-1, Box 25, und ist zitiert in Olaf Groehler, Antifaschismus und jüdische Problematik in der SBZ und der frühen DDR, in: Olaf Groehler/Mario Keßler, Die SED-Politik, der Antifaschismus und die Juden in der SBZ und der frühen DDR. Hefte zur ddr-Geschichte, Nr. 26, Berlin 1995, S. 16 (im folgenden: Groehler/Keßler).

[165] Vgl. Wolfgang Kießling, Partner im Narrenparadies. Der Freundeskreis um Noel Field und Paul Merker, Berlin 1994, S. 278. Eine gekürzte Fassung: Paul Merker in den Fängen der Sicherheitsorgane Stalins und Ulbrichts, erschien als „Heft zur ddr-Geschichte", Nr. 25, Berlin 1995.

[166] Hierzu und zum folgenden: Wolfgang Kießling, „Ich werde mich nicht selbst bezichtigen". Paul Merkers Gedanken in Zelle 36 des MfS-Gefängnisses Berlin-Hohenschönhausen, aufgenommen vom Kammeragenten Erwin, in: ND, 30. November 1993, in veränderter Form abgedruckt in: Ders., Partner im Narrenparadies. Dieser Aufsatz basiert auf einem Gespräch zwischen Merker und Kießling im Frühjahr 1966 in Eichwalde sowie vor allem auf den Materialien des MfS-Archives in Berlin. Kießling zitiert die Aktennummern ohne Nachweis. Dieser Nachweis findet sich jedoch bei Jeffrey Herf, East German Communists and the Jewish Question: the Case of Paul Merker, in:

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

„Erwins" Berichte umfassen laut Kießling die Zeit zwischen dem 10. Januar und dem 13. April 1953. Nach einigen Bedenken Merkers habe dieser allmählich offener mit „Erwin" über die Umstände seiner Inhaftierung gesprochen. Merker habe „Erwin" für seinen Standpunkt zu gewinnen versucht, wobei er sah, welche Aufgabe sein Zellenkamerad hatte.

Merker rechnete damit, erschossen zu werden - doch nicht nur als still zu liquidierendes Opfer. „Das Ziel, was man verfolgt, es ist genau wie mit Sinowjew, wie ich Ihnen schon erzählt habe", zitiert Kießling „Erwin". Merker weiter: „Bis heute bin ich vierundsechzigmal vernommen worden. Heute appellierte der Vernehmer an mein proletarisches Gewissen und wollte von mir hören, daß ich ein großer Verbrecher bin. Alle Einschüchterungsversuche lassen mich vollkommen kalt. Ich habe dem Vernehmer schon mehrmals gesagt, daß ich mich nicht fürchte."

An anderer Stelle schreibt Kießling, „die Öffentlichkeit in Paris, London, New York, Tel Aviv und anderswo hätte aufgeschrien, wären ihr Details aus der Berliner Scharnhorststraße bekannt geworden."[167] Dies geschah jedoch nicht. Bereits die Moskauer Schauprozesse der dreißiger Jahre wurden von den meisten wichtigen sozialistischen Intellektuellen des Westens gutgeheißen oder bestenfalls mit Stillschweigen übergangen. Nicht nur Feuchtwanger und Laxness, das Ehepaar Webb oder der britische Kronanwalt Pritt hatten die Moskauer Justizmorde lauthals gerechtfertigt, sondern auch Sozialisten, die später wichtige Analysen über und gegen den Stalinismus verfassen sollten, wie Paul Sweezy und Bertram David Wolfe.[168] Die von Wyschinskij damals ständig wiederholte Behauptung, Trotzki stehe im Solde Hitlers und der Gestapo, wurde noch Jahrzehnte später von Historikern kolportiert.[169] Der Slánský-Prozeß wurde vom Lager der Stalinisten mit Jubel begrüßt, dem sich im Westen diejenigen Medien anschlossen, die von den fellow-travellers der Sowjetunion kontrolliert wurden, am deutlichsten in Frankreich.

Maxime Rodinson schrieb in „La Nouvelle Critique", einer prostalinistischen Zeitschrift, die Zionisten seien nichts anderes als Separatisten, Kolonialisten, Rassisten und Kapitalisten; sie würden „die Juden zum Schlachthof führen, die Sowjetunion provozieren und sich

Journal of Centemporary History, 1994, Nr. 4, S. 658. Merkers MfS-Akte umfaßt über eintausend hand- und maschinengeschriebene Seiten und trägt die Archiv-Nr. 192/56, Untersuchungsvorgang Nr. 294/52. Vgl. weiterhin Jeffrey Herf, Der Geheimprozeß, in: Die Zeit, 7. Oktober 1994; ders., Antisemitismus in der SED. Geheime Dokumente zum Fall Paul Merker aus SED- und MfS-Archiven, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 1994, Nr. 4, S. 635–667. im folgenden werden die dort genannt Fakten zusammengefaßt, jedoch nicht in allen Einzelheiten wiederholt.

167 Wolfgang Kießling, Paul Merker und der „Sozialismus der dummen Kerls", in: Keßler (Hg.), Arbeiterbewegung und Antisemitismus, S. 89. Der Aufsatz erschient zuerst in: ND, 1. Dezember 1992, und zuletzt in: Kießling, Partner im Narrenparadies, S. 159–188 (dort in erweiterter Fassung).

168 Vgl. zu Feuchtwanger dessen Buch: Moskau 1937. Ein Reisebericht für meine Freunde, Neuausg. Berlin 1993; zu Laxness: Alexander Kan, Nikolai Bucharin und die skandinavische Arbeiterbewegung, Mainz 1993, S. 163ff.; zur Gesamtproblematik Isaac Deutscher, Trotzki, Bd. 3: Der verstoßene Prophet 1929–1940, 2. Aufl., Stuttgart 1972, S. 344f., ausführlich David Caute, The Fellow-Travellers. Intellectual Friends of Communism, Neuausg. New Haven/London 1988, bes. S. 140ff.

169 Darunter auch von Wolfgang Kießling. Vgl. ders., Exil in Lateinamerika, Leipzig 1980, S. 193, wo es ohne jeden Beleg heißt: „Vermutungen lagen nahe, daß Trotzki auch direkte Kontakte zu den führenden Faschisten in Deutschland und Italien unterhielt." Gegenüber dem Verfasser des vorliegenden Buches versicherte Kießling, daß er diese Äußerung heute tief bedauere.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

zum Komplizen des Antisemitismus machen."[170] Francis Crémieux behauptete in der gleichen Zeitschrift, daß die angelsächsischen Geheimdienste durch die Entlarvung des titoistischen Netzes um Lászlo Rajk in Ungarn und Traitscho Kostow in Bulgarien ihre Trümpfe eingebüßt hätten. Sie würden indes neue Reserven in die Schlacht werfen. Zahlreiche Infiltrationskanäle in die Volksdemokratien seien ihnen verschlossen; sie könnten nicht länger religiöse Wohlfahrtsorganisationen, Handels- und Presseagenturen oder Kirchenfürsten wie Kardinal Mindszenty für ihre Zwecke nutzen. „Nur die zionistischen Organisationen und die israelischen Botschaften sind noch über jeden - oder fast jeden - Verdacht erhaben."[171] Auch Georges Cogniot, Pierre Hervé und Annie Kriegel, um nur sie zu nennen, äußerten sich ähnlich.[172] Andererseits sprach Jean-Paul Sartre damals von einem „Antisemitismus von ‚links'" und leitete seine Abkehr vom Kommunismus Stalinscher Prägung damit ein.[173] Als innerhalb der französischen KP jede Kritik am stalinistischen Antisemitismus unterbunden wurde, verließ eine Reihe prominenter Intellektueller die Partei, die nicht nur allen Prinzipien der Arbeiterbewegung zuwiderhandelte, sondern auch das Erbe der französischen Revolution, der "Dreyfusards" und der bürgerlichen Rechtsgrundsätze, ausschlug. Zu ihnen gehörten Claude Aveline, Roger Laporte und Charles Vildrac.[174] Natürlich muß dieser blinde Glaube der westlichen Kommunisten an den Stalinismus auch im Kontext des Kalten Krieges mitsamt seines irrationalen, oftmals geradezu hysterischen Antikommunismus gesehen werden. Doch hätte sozialistische Stalinismuskritik, von Kommunisten öffentlich geäußert, einiges zum Verebben der antikommunistischen Welle beitragen können. Zwischen den Mühlsteinen der Kalten Krieges, zwischen Antikommunismus und Stalinschem Kommunismus blieb kaum eine Möglichkeit, den wenigen isolierten Stimmen der antistalinistischen Marxisten oder auch progressiver Liberaler Gehör zu verschaffen. Angesichts permanenter Spannungen in vielen Teilen der Welt, des Wettrüstens und ideologischer Kreuzzüge und Kampagnen diente der Antisemitismus im Sowjetblock nur der Bestätigung der jeweiligen festgefügten ideologischen Vorurteile. Sahen die einen in diesen Vorgängen ein Zeichen der Brutalität, die jedem sozialistischen Gesellschaftsentwurf zwangsläufig eigen sei, feierten die anderen in ihnen den Sieg über die imperialistische Hydra, die die neue Welt erdrosseln wollte. Nur sieben oder acht Jahre nach Hitlers Ende waren die Schwüre der überparteilichen Résistance

[170] Maxime Rodinson, Sionisme et Socialisme, in: La nouvelle critique, 1953, Nr. 2, S. 49, zit. in: Léon Poliakov, Vom Antizionismus zum Antisemitismus, Freiburg i. Br. 1992, S. 72. Rodinson hat später mehrmals öffentlich zu diesem seinem Irrtum kritisch Stellung bezogen; vgl. ders., Peuple juif ou problème juif?, Paris 1981.

[171] Francis Crémieux, Le sionisme et la question juive, in: La nouvelle critique, 1953, Nr. 3, S. 28, zit. in: Poliakov, S. 72.

[172] Vgl. ebenda, S. 71ff.; Waksberg, S. 251.

[173] Evidences, Januar 1953, zit. in: Poliakov, S. 73.

[174] Vgl. Caute, S. 312. Auch die westdeutsche KPD und die KP Österreichs unterstützten publizistisch den Slánský-Prozeß sowie die Repressalien in der DDR. Vgl. Dietrich Staritz, Von der "Schande der Judenpogrome" zur "zionistischen Diversionsarbeit". Judenverfolgung und Antisemitismus in der Wahrnehmung der KPD, in: Werner Bergmann/Rainer Eib/Albert Lichtblau (Hg.), Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antismitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt a.M./New York 1995, S. 223ff.; Fritz Keller, Die KPÖ und die Schauprozesse in Osteuropa 1948 bis 1953, in: Maderthaner u.a. (Hg.), "Ich habe den Tod verdient", S. 199ff.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

vergessen oder verdrängt. Nun sorgte der Ost-West-Gegensatz in seiner aggressivsten Form für eine Atmosphäre der Gleichgültigkeit gegenüber jenen, deren Schicksal sich nicht als Munition für die Waffen militanter Streiter in Ost und West eignete. Paul Merker, soviel wird aus dem vorliegenden Material klar, war weder bereit, sich seinen Peinigern zu unterwerfen und ihr grausames Spiel mitzuspielen, noch seiner sozialistischen Überzeugung - wenn er denn wieder in Freiheit war - abzuschwören und zum Antikommunisten zu werden. Sein Schicksal erregte deshalb auch damals keine größere Aufmerksamkeit in der internationalen Öffentlichkeit.

Am 20. Januar 1953 sagte Merker nach seiner Vernehmung laut Kießling zu seinem Zellenkameraden:

„Man will mich in einen Schweinekoben mit einer Kette um den Hals einsperren. Ich komme dann wohl in eine Extrazelle. Heute haben beide Vernehmer vier Stunden nur geschimpft und gedroht. Aber ein Protokoll wurde nicht geschrieben. Ich weiß nicht, was ich machen soll. Vielleicht komme ich vor ein sowjetisches Militärgericht ... Die ganze Situation mit meinen Bekannten ist die gleiche wie mit meiner Bekanntschaft mit Sinowjew und Bucharin. Wie konnte ich diese Leute entlarven, wo sie hohe Funktionäre der Komintern waren? Es ist richtig, daß ich beide gut kannte ... Ich soll mich selber als Trotzkist beschuldigen. Man kann mir keine Verbindung zu Agenturen nachweisen. Wenn ich auch Ursache dazu habe, mit den Personen abzurechnen, um derentwillen ich hier bin, mache ich es nicht. Denn dann werden immer neue Personen mit in den Kreis hineingezogen, und ich bin dann das Zentrum dieser Gruppe ... Was man mit mir heute macht, ist mit alten Genossen in allen Ländern der Volksdemokratie gemacht worden oder wird noch gemacht werden. Man stempelt Genossen zu Agenten, nur um propagandistische Argumente gegen Amerika zu haben. Das nennt man Klassenkampf und betrügt die Massen. Dies alles geschieht im Namen der Partei und steht im Widerspruch zur marxistischen Theorie. Denn der Marxismus ist Humanismus."

Als „Erwin" versuchte, Paul Merker vom verwirklichten Humanismus und der Rechtsstaatlichkeit in der Sowjetunion zu überzeugen, soll dieser geantwortet haben: „So idealistisch wie Sie war ich auch einmal."

„Die Demokratie im ZK", wird Merker weiter zitiert, „wird nur formal durchgeführt. Es entscheiden nur einige Mitglieder. Ich habe es oft genug erlebt und mitgemacht. Ich habe oft nicht bis zu Ende gedacht und die richtigen Schlußfolgerungen daraus gezogen ... Es ist wahrscheinlich, daß der engste Kreis im ZK sich nicht darüber einig wird, ob ich erledigt werden soll oder am Leben bleibe. Die Verantwortung will keiner offen übernehmen. Einigen von den Mitgliedern des ZK wird es wohl bald nicht anders gehen als mir." Ein anderes Mal sagte Merker laut Kießling, er fürchte den Tod nicht, der für ihn eine Erlösung sei, doch habe man ihm gedroht, seine Familie „ebenfalls zu vernichten." Doch Merker habe sich standhaft geweigert, den amerikanischen früheren Spanienkämpfer Edward Barsky zu belasten, der im Zweiten Weltkrieg deutsche Antifaschisten in Mexiko finanziell unterstützt hatte.[175]

Als Merker am 9. Februar von der Vernehmung in die Zelle zurückkam, soll er berichtet haben, man habe ihn „König der Juden" genannt, weil er sich für bestmögliche Entschädi-

[175] Zu Edward K. Barsky vgl. Arno Lustiger, Schalom Libertad! Juden im spanischen Bürgerkrieg, Frankfurt a. M. 1989, S. 167ff.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

gungen für die Verfolgten eingesetzt habe. Er hoffte, dies werde an die Öffentlichkeit gelangen und die Juden würden ihn unterstützen.

Am 3. März 1953 soll Merker dann zu seinen jüdischen Kontakten vernommen worden sein. Er sollte gestehen, den Zionismus zu unterstützen. „Ich wundere mich gar nicht mehr, wenn man mir sagt, ich wollte die DDR an den Staat Israel oder an die jüdischen Kapitalisten verschachern. Man will unbedingt einen zweiten Fall Slánský organisieren. Sollen die oben einen Justizmord an mir selber verantworten. Ich unterschreibe nicht mein eigenes Todesurteil." Merker ahnte, daß die Auftraggeber in der Sowjetunion saßen, soll aber überzeugt gewesen sein: „Der Organisator der Geschichte ist Ulbricht, mit dem ich persönliche Differenzen hatte", während Pieck sich wohl anders verhalten hätte. „Wenn die von mir unterzeichneten Protokolle vorgelegt werden, wird Ulbricht klug genug sein und feststellen, daß diese zu mager sind, mir einen Prozeß zu machen." Am 13. April scheint aber der Ton der Verhöre, die ein Russe und ein Deutscher führten, freundlicher geworden zu sein. Was Merker noch nicht wußte: Stalin war am 5. März 1953 gestorben.

Dies bedeutete nicht das Ende von Merkers Leidensweg. Wohl wurden ihm keine „Geständnisse" für einen antisemitischen Schauprozeß mehr abverlangt; Aussagen, die ihm früher oder später doch abgepreßt worden wären. Aber er blieb bis zum Februar 1956 in Haft. Im März 1955 wurde er in einem Geheimprozeß zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Dabei spielten bei der ihm immer noch unterstellten parteifeindlichen Tätigkeit lediglich seine Verbindungen zu Field keine Rolle mehr. Am 20. September 1956 meldete das „Neue Deutschland" in zwei knappen Absätzen die Rehabilitierung der in Sofia und Budapest Verurteilten und stellte fest, daß die Noel H. Field zur Last gelegten Beschuldigungen falsch gewesen seien.[176]

Merker kannte Field aus seiner Zeit in Frankreich. Bereits am 26. November 1946 hatte er an Franz Dahlem geschrieben, er „teile nicht die Auffassung der Genossin Aenne von Fischer, daß es sich bei Field um einen amerikanischen Agenten handelt. Field gehörte der KP Amerikas an ... Es ist für ihn nicht möglich, als Parteigenosse aufzutreten, denn er repräsentiert ja eine Kirche, und er steht vor der Alternative, entweder (deren) Anweisungen ... durchzuführen oder zurückzutreten."[177] Auch in zwei Briefen an Wilhelm Pieck vom 26. und 30. November 1952, unmittelbar vor seiner Verhaftung, denunzierte er Field nicht, obwohl er die Beschuldigungen des Slánský-Prozesses darin referierte, wissend, daß er für die unglücklichen Angeklagten nichts mehr tun konnte (*vgl. Dokument Nr. 3 und 4*).

Bald nach seiner Entlassung aus dem Zuchthaus Brandenburg, wo er zwei Jahre in Isolationshaft verbracht hatte, nahm Paul Merker den Kampf um seine Rehabilitierung auf. Ein bewegender Brief an Pieck vom 14. April 1956 bestätigt seinen festen Willen, die ihm zugedachte Rolle im Schauprozeß keinesfalls spielen zu wollen. Der Brief zeigt auch, daß nach all dem ihm widerfahrenem Leid Paul Merker sich jene Überzeugung bewahrt hatte, die ihn 1934 unter größter Gefahr illegale Arbeit in Deutschland hatte leisten lassen (*vgl. Dokument Nr. 5*). Am 1. Juni 1956 gab er in einer umfangreichen Denkschrift an die ZPKK eine detaillierte Stellungnahme zur jüdischen Frage ab, wie er sie im Exil analysiert hatte (*vgl. Dokument Nr. 6*).

[176] Bedeutsame Tagung des ZK der KP Bulgariens, in: ND, 20. September 1956; Warum Noel H. Field in Ungarn blieb. Erklärung des amerikanischen Staatsbürgers in „Szabad Nép", in: Ebenda.

[177] SAPMO-BArch, ZPA, NL 102/27, Bl. 2: Aktennotiz Paul Merkers an Franz Dahlem betr. Noel H. Field, 26. November 1946.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Am 21. Juli 1956 verkündete der 1. Strafsenat des Obersten Gerichts der DDR lakonisch, daß „in der Strafsache gegen Merker, Paul Friedrich ... das Urteil des Obersten Gerichts vom 30. März 1955 ... aufgehoben (wird). Der Angeklagte wird freigesprochen."[178] Damit gab sich Merker nicht zufrieden. Er verlangte eine vollständige, dies hieß politische und juristische Rehabilitierung sowie eine Entschädigung. Nach einem Brief an das Oberste Gericht[179] entschied dieses, ihm eine Pauschalsumme von 50000 DM (Ost) zu überweisen.[180] Auf seine Anfragen an die Parteiführung antwortete ihm Walter Ulbricht am 31. Juli 1956. Ulbricht berief sich auf die 28. ZK-Tagung vom Juli 1956, über die es in einem offiziellen Geschichtswerk später hieß: "Im Zusammenhang mit der Kritik am Personenkult und seinen Folgen hob die 28. Tagung eine Reihe Anfang der fünfziger Jahre gefaßter Beschlüsse auf, da sich die Anschuldigungen gegen einige Funktionäre der SED, die darin erhoben worden waren, als unbegründet erwiesen hatten. Diese Genossen wurden rehabilitiert.„[181] Eine Diskussion, gar eine öffentliche Auseinandersetzung mit den eigenen Fehlentwicklungen und Verbrechen fand nicht statt. Dementsprechend schrieb Ulbricht an Merker lapidar:

„Die unter Berücksichtigung neuer Gesichtspunkte durchgeführte Nachprüfung ergab, daß die Dir zur Last gelegten Anschuldigungen in der Hauptsache politischer Natur sind, die eine strafrechtliche Verfolgung nicht rechtfertigen. Das hatte bereits zu Beginn dieses (!; M. K.) Jahres zu Deiner Freilassung und zur Wiederaufnahme des Verfahrens geführt. Mit sozialistischem Gruß ..."[182] Jede weitere Diskussion über heikle Fragen pflegte man innerhalb der Partei nach einem solchen Bescheid mit der Warnung "Keine Fehlerdiskussion!" abzubrechen. Doch Merker ließ nicht locker. Am 23. August 1956 schrieb er wiederum an Ulbricht und fragte ihn, wie der Satz auszulegen sei, daß die Merker zur Last gelegten Anschuldigungen in der Hauptsache politischer Natur seien, die eine strafrechtliche Verfolgung nicht rechtfertigen würden.

„Hält das Zentralkomitee die gegen mich erhobenen und öffentlich verbreiteten Anschuldigungen weiter aufrecht und fühlt es sich nur zu dem Zugeständnis veranlaßt, festzustellen, daß diese Anschuldigungen eine strafrechtliche Verfolgung, die aber doch tatsächlich stattgefunden hat, nicht rechtfertigt?"[183]

Merker verteidigte, wie er betonte, seine Würde als Kommunist im und nach dem Prozeß sowie auch „die Interessen der Partei und ihrer Führung gegen Werkzeuge der Berijabande,

[178] Ebenda, Bl. 73. – Das Urteil des Obersten Gerichts der DDR vom 30. März 1956 – also nach dem 20. Parteitag der KPdSU und Nikita Chruschtschows antistalinistischer „Geheimrede"! – konstruierte noch immer absurde „Begründungen" einer angeblichen geheimdienstlichen Tätigkeit Merkers. Auch die antisemitischen Vorwürfe einer Verbindung mit „Kreise(n) der emigrierten jüdischen Kapitalisten" sowie mit dem „Chef der Verschwörer in der KPČ, Rudolf Slánský tauchten wieder auf. Der Vizepräsident des Obersten Gerichts Ziegler führte die Verhandlung, Oberrichter war Dr. Löwenthal. Das Dokument befindet sich in: BStU, MfS-Archiv, Untersuchungsvorgang Nr. 294/52, Paul Merker, Bd. III, Nr. 192/56, Bl. 00138–00152, und ist abgedruckt in: Herf, Antisemitismus in der SED, S. 643–650, hierzu S. 647f.

[179] Vgl. SAPMO-BArch, ZPA, NL 102/27, Bl. 76: Brief Paul Merkers an das Oberste Gericht der DDR, 2. August 1956.

[180] Vgl. ebenda, Bl. 81.

[181] Roßmann u.a., Geschichte der SED, S. 354.

[182] SAPMO-BArch, ZPA, NL 102/27, Bl. 84: Walter Ulbricht an Paul Merker, 31. Juli 1956.

[183] Ebenda, Bl. 85.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

die sich über die Partei und ihre Führung erhoben, die mich auf das würdeloseste behandelten und die mich verhöhnten, weil ich es nicht vorgezogen hatte, mich ihren Verfolgungen durch die Flucht nach Westdeutschland zu entziehen, sondern mich ihnen entgegenstellte." Als Anerkennung dafür sei er in einem für die Justiz der DDR schmachvollen Verfahren verurteilt worden. „Und nun, nachdem mit diesen Schändlichkeiten endlich aufgeräumt werden mußte, werde ich von der Parteiführung immer noch wie ein Aussätziger gemieden. Ich kann mich des Eindruckes nicht erwehren, daß die politische Behandlung meines Falles seit meiner Entlassung aus dem Zuchthaus Brandenburg - der Beschluß des 28. ZK-Plenums ist ja wohl ihre vorläufige Krönung - nicht das Ziel verfolgte, schweres Unrecht auch in politischer Hinsicht aus der Welt zu schaffen, sondern es zu beschönigen und es, wenn auch in stark abgeschwächter Form, weiter aufrecht zu erhalten."[184]

„Du hast recht", schrieb Ulbricht daraufhin an Merker, „daß Deine Aufnahme in die Partei auf Grund der Beschlüsse des 28. Plenums unverzüglich hätte vollzogen werden müssen. Deine Freilassung wurde von der Partei und von den staatlichen Organen als Rehabilitierung betrachtet."[185]

Merker lebte fortan relativ zurückgezogen als Verlagslektor und später als Kreisvorsitzender der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft in Königs Wusterhausen. Kurz vor seinem Tode im Jahre 1969 durfte er noch eine staatliche Auszeichnung, den Vaterländischen Verdienstorden in Gold, entgegennehmen. Eine öffentliche Diskussion seiner Angelegenheit erlebte er nicht mehr. Sie fand erst statt, als die DDR zu existieren aufhörte, für deren antifaschistisch-demokratische Entwicklung sich Merker so engagiert hatte, und die es ihm mit so wenig Dank vergalt.

4. Der Druck auf die Jüdischen Gemeinden 1952/1953

Der von der Sowjetunion ausgehende antisemitische Druck zog in den Jahren 1952/1953 auch die Jüdischen Gemeinden in der DDR in Mitleidenschaft. Diese Gemeinden bildeten die Überreste jenes jüdischen Lebens, das vor dem nationalsozialistischen Völkermord die Kultur in Deutschland entscheidend bereichert hatte. Die allermeisten der überlebenden Juden in Deutschland waren 1945 der Meinung, sie könnten mit dem Volk der Mörder nicht mehr zusammenleben. Viele von ihnen, die in Deutschland überlebt oder aus den Lagern dorthin gelangt waren, sahen das Land nur als Durchgangsstation auf dem Weg nach Palästina oder in die USA an. So wurde die Berliner Gemeinde damals „Liquidationsgemeinde" genannt. Ihre Aufgabe sollte, so Helmut Eschwege, darin bestehen, „die letzten Reste des jüdischen Gemeindelebens in Deutschland zu liquidieren und für die Auswanderung der Überlebenden zu sorgen.[186] Der harte Winter 1945/1946 und das Erkennen des tragischen Endes ihrer Angehörigen ließ, so Eschwege weiter, "eine ganze Reihe von Juden den Freitod wählen ... Groß waren damals auch als Folgen der KZ-Leiden die Sterbe-

184 Ebenda, Bl. 87.

185 Ebenda, Bl. 92: Ulbricht an Merker, 7. September 1956.

186 Helmut Eschwege, Die jüdische Bevölkerung der Jahre nach der Kapitulation Hitlerdeutschlands auf dem Gebiet der DDR bis zum Jahre 1953, in: Julius H. Schoeps (Hg.), Juden in der DDR. Geschichte-Probleme-Perspektiven, Duisburg 1988, S. 69.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

fälle."[187] Eine kleine Gruppe von Überlebenden gründete jedoch bereits am 15. Juli 1945 die Jüdische Gemeinde von Berlin.

Doch erwuchsen der Gemeinde alsbald Schwierigkeiten. Ihr erster Vorsitzender Erich Nelhans wurde 1947 von der sowjetischen Besatzungsmacht verhaftet und beschuldigt, Deserteure der Roten Armee begünstigt zu haben. Zu fünfzehn Jahren Gefängnis verurteilt, verschwand er spurlos.[188] Bereits im Herbst 1945 war Hans Erich Fabian als neuer Gemeindevorsitzender gewählt worden. Er wanderte 1949 nach New York aus.

Im Herbst 1945 begann das American Joint Distribution Committee, die Berliner Gemeinde zu unterstützen. In einem Bericht des Committee vom Februar/März 1946 hieß es, die Gemeinde habe „eine äußerst komplizierte und irreführende Struktur. Es gibt Volljuden, Halbjuden und Vierteljuden sowie jüdische Protestanten und Katholiken." Es kam zu Spannungen wegen der Frage, wem die Mitgliedschaft in der Gemeinde zugestanden wurde. Probleme traten auch zwischen deutschen und polnischen Juden auf. „Die polnischen Juden", hieß es im Bericht, „tadeln das unjüdische Gebahren der Gemeindemitglieder, während diese keine Gelegenheit auslassen, die Schwarzmarktgeschäfte der polnischen Juden anzuprangern."[189]

Im Februar 1946 zählte die Berliner Gemeinde 7070 Mitglieder, von denen 4121 (etwa 90 Prozent) nichtjüdische Ehepartner hatte. 1321 hatten das Nazi-Regime in der Illegalität überlebt, 1628 waren in den Konzentrationslagern befreit worden.[190] Durch gemeinsame Bemühungen jüdischer Organisationen und der Besatzungsmächte konsolidierte sich das Gemeindeleben allmählich. Die Leitung der Gemeinde übernahm 1949 Heinz Galinski, der auf einen überparteilichen Kurs und Ausgleich mit allen vier alliierten Mächten orientierte, was vor dem Hintergrund des Kalten Krieges und insbesondere der Berlin-Krise zunehmend komplizierter wurde.

Dennoch bildeten sich zunächst weitere Gemeinden auf dem Gebiet der SBZ: In Dresden zählte die Gemeinde 1946 zeitweilig 176 Mitglieder, in Erfurt sogar 227, in Halle 87, in Chemnitz 57, in Magdeburg 184 und in Schwerin 90 Mitglieder. Die größte Jüdische Gemeinde in der SBZ außerhalb Berlins war die Leipziger mit 300 Mitgliedern. Zwischen neun und 20 Mitgliedern zählten die Gemeinden von Plauen, Gera, Jena, Eisenach und Mühlhausen, die jedoch Ende der vierziger oder zu Beginn der fünfziger Jahre ihre Tätigkeit einstellten.[191] Alle Gemeinden waren auf staatliche Unterstützung angewiesen. Sie erhielten einen Teil der Objekte früherer, von den Nazis ausgelöschten Gemeinden. So wurde das frühere Jüdische Krankenhaus in Leipzig der dortigen Gemeinde übereignet, die es verkaufen und einen Teil des Erlöses an ihre Mitglieder auszahlen konnte.[192] Die Mitgliedsbeiträge bildeten nur einen kleinen Teil des staatlich gebilligten und finanzierten Haushalts der Gemeinden.

Mit Ausnahme der Berliner Gemeinde schlossen sich diese 1952 zum Verband der Jüdischen Gemeinden in der Deutschen Demokratischen Republik zusammen. Seine

187 Ebenda.

188 Vgl. Robin Ostow, Jüdisches Leben in der DDR, Frankfurt a. M. 1988, S. 12.

189 AJDC-Report, 21. Februar und 31. März 1946, zit. ebenda, S. 13.

190 Vgl. ebenda, S. 12.

191 Die Zahlen nach: Harry Maor, Über den Wiederaufbau der Jüdischen Gemeinden in Deutschland. Phil. Diss. Universität Mainz 1961, Anlage IV; Erica Burgauer, Zwischen Erinnerung und Verdrängung. Juden in Deutschland nach 1945, Reinbek b. Hamburg 1992, S. 138.

192 Vgl. Ostow, S. 141.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Gründung führte allerdings zu einer Beschneidung der Gemeindeautonomie. Die Gemeinden wurden verpflichtet, dem Verband ihr Budget zu unterbreiten. Nur die Berliner Gemeinde wurde direkt vom Ostberliner Magistrat finanziert. Sie trat auch erst im Jahre 1960 dem Verband bei.[193]

Ende 1952 erfuhren die Gemeinden zunehmend Behinderungen aufgrund der Kampagnen im Kontext des Slánský-Prozesses. Die Gemeindebüros wurden von Angehörigen des Staatssicherheitsdienstes durchsucht und Akten beschlagnahmt.[194] Dies löste große Ängste unter den Juden aus. Leo Zuckermann, der zeitweilig Wilhelm Piecks Kanzleichef war, suchte Zuflucht in der Westberliner Wohnung von Heinz Galinski. Allein im Januar 1953 flohen 400 Juden in den Westen, darunter Zuckermann und der Volkskammerabgeordnete Julius Meyer. Der amerikanische, in Berlin tätige Rabbiner Nathan Peter Levinson drängte Galinski, die Juden in der DDR aufzufordern, diese zu verlassen. Nach anfänglichem Zögern willigte Galinski ein und berief eine Pressekonferenz ein. Die Gemeindebibliothek wurde aus Ostberlin über die offene Grenze in den Westteil der Stadt gebracht.[195] Auch die Vorsteher der Jüdischen Gemeinden von Leipzig, Helmut Salo Lohser, von Erfurt, Günter Singer, von Halle, Leon Zamojre und von Schwerin, Franz Unikomer, gingen in den Westen.[196]

Julius Meyer, der Vorsitzende des Verbandes der Jüdischen Gemeinden in der DDR, war besonders gefährdet. Er hatte in seiner Wohnung ein Treffen von Ministerpräsident Grotewohl mit dem israelischen Konsul in München Yachil und dem Westberliner Vertreter der Jewish Agency Livneh organisiert, zwischen denen bereits seit 1948 Kontakte bestanden.[197] Damals hatte Grotewohl wahrscheinlich inoffiziell Entschädigungsleistungen angeboten, von denen an der Jahreswende 1952/1953 keine Rede mehr sein konnte.[198] Am 6. Januar 1953 mußte sich Meyer vor der ZPKK in einem fünfstündigen Gespräch mit deren stellvertretenden Vorsitzenden Günter Tenner verantworten. Tenner verlangte Auskunft über das American Joint Distribution Committee, die Westkontakte der Jüdischen Gemeinde, deren

193 Vgl. ebenda, S. 143.

194 Vgl. Karl Wilhelm Fricke, Warten auf Gerechtigkeit. Kommunistische Säuberungen und Rehabilitierungen. Bericht und Dokumentation, Köln 1971, S. 87, sowie bereits ders., Die SED und die Juden, in: SBZ-Archiv, 1964, Nr. 23, S. 355ff. Alfred Kantorowicz kommentierte diese Vorgänge und die sie begleitende Kampagne mit folgenden Worten: „Das ist die Sprache Streichers, die Gesinnung Himmlers, die Atmosphäre der Gestapoverhöre und der Volksgerichtshofverhandlungen unter Freislers Vorsitz, die ‚Moral' der Menschenschlächter von Dachau und Buchenwald, der Vergaser von Auschwitz und Majdanek. es ist unmenschlich. Hitler, du hast Schule gemacht – nicht nur im Westen ..., sondern auch im Osten." Kantorowicz, Deutsches Tagebuch. Zweiter Teil, S. 335. Über Anzeichen antisemitischer Ressentiments innerhalb des MfS berichtet Herbert Brehmer, Antisemitismus im Geheimdienst, in: Zwie-Gespräch. Beiträge zur Aufarbeitung der Stasi-Vergangenheit, 1991, Nr. 3, S. 25–28.

195 Vgl. Peter Maser, Juden und Jüdische Gemeinden in der DDR bis in das Jahr 1988, in: Shulamit Volkov/Frank Stern (Hg.), Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 1991, Gerlingen 1991, S. 404; Ostow, S. 15f.

196 Vgl. Lothar Mertens, Schwindende Minorität. Das Judentum in der DDR, in: Schoeps (Hg.), Juden in der DDR, S. 128.

197 Vgl. Inge Deutschkron, Israel und die Deutschen. Zwischen Ressentiment und Ratio, Köln 1970, S. 217f.

198 Vgl. ebenda, S. 219, unter Berufung auf ein Gespräch der Autorin mit Dr. Yachil am 20. Mai 1969.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Haltung zum Zionismus und zum Slánský-Prozeß. Meyer lehnte eine Stellungnahme vor einer Rücksprache mit den Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinden in der DDR ab, und brachte diese Begründung auch in einem Gespräch mit dem VVN-Vorsitzenden Ottomar Geschke am nächsten Tag vor. Am 8. Januar forderte Tenner in einer erneuten Anhörung Meyers diesen auf, detaillierte Angaben über die Gemeindemitglieder und ihre Kontakte in den Westen, insbesondere nach Israel, zu liefern. Die Juden in der DDR sollten nachdrücklich den Slánský-Prozeß billigen, den Antisemitismus in der DDR und den anderen „sozialistischen" Staaten als Propagandalüge des Westens zurückweisen sowie Israel als faschistischen Staat brandmarken. Dies war für Meyer das Signal zur Flucht am 13./14. Februar.[199]

In Westberlin wurde Julius Meyer von Richard Löwenthal für die „Jerusalem Post" interviewt. Er sagte, daß ihn Hermann Matern 48 Stunden lang verhört habe. Für Meyer fand nunmehr eine Politik, die sich bereits in der Ablösung der sowjetischen Kulturoffiziere jüdischer Herkunft im Jahre 1951 manifestiert hatte, ihren vorläufigen Tiefpunkt. Nach dem Anlaufen der Kampagne gegen „Zionismus" und „Kosmopolitismus" wollten, so Meyer, führende nichtjüdische VVN-Funktionäre ihre jüdischen Kollegen nach etwaigen Verbindungen ins Ausland und nach der Herkunft der bis 1950 empfangenen Pakete des Joint Distribution Committee aushorchen. Meyer habe sich allerdings geweigert, entsprechende Informationen zu liefern. Er wies auch die Forderung ab, wonach die Gemeindemitglieder ihre Verbindungen ins Ausland abbrechen und sich demonstrativ gegen den Zionismus, Israel und den Joint aussprechen sollten.[200]

Am Sonntag, dem 25. Januar 1953 wurden Kommunisten jüdischer Herkunft verhaftet, die den geflohenen Gemeindemitgliedern Hilfe geleistet hatten. Darunter befand sich auch Bruno Wolf, der Vorsitzende der Abteilung Bildung und religiöse Angelegenheiten im ZK der SED. Bereits am 20. Januar waren Meyer, Löwenkopf, Singer und Lohser vom Zentralvorstand der VVN ausgeschlossen worden. Diese Loyalitätsbekundung nützte der VVN allerdings nichts mehr, denn einen Monat später mußte sie ihre Arbeit auf dem Gebiet der DDR einstellen. Ihre letzten Zusammenkünfte waren offensichtlich von den schlimmsten Befürchtungen ihrer jüdischen Mitglieder überschattet. So vermeldete ein Bericht der VVN Leipzig, daß wiederholt Kameraden fragten, ob sich ein Judenpogrom entwickeln würde. „Man kann einwandfrei erkennen, daß dieselben den Rias hören", hieß es.[201]

[199] Diese Angaben nach Groehler, in: Groehler/Keßler, S. 18f. Sie sind zusammengefaßt im Bericht: The Flight of Jewish Leaders from East Germany and the Communist Attacks on Zionism, in: National Archives, Washington, D.D., Decimal File 762 b, 862 b, 962 b, Bl. 0437–0456. Auch der beim stellvertretenden Ministerpräsidenten Otto Nuschke für Kirchenfragen zuständige Referatsmitarbeiter Simon Hirsch wurde von Tenner vernommen. Vgl. Groehler, in: Groehler/Keßler, S. 18. Die Vernehmungen Meyers und Hirschs konnten in den ZPKK-Archivalien noch nicht gesichtet werden.

[200] Die Aussagen des Interviews, das die „Jerusalem Post" am 6. Februar 1953 abdruckte, sind zusammengefaßt in: Esther Ludwig, Die Leipziger Jüdische Gemeinde und der Prager Slánský-Prozeß, in: Sächsische Heimatblätter, 1993, Nr. 6, S. 338f. Im folgenden wird diese Darstellung benutzt.

[201] Sächsisches Staatsarchiv Leipzig, SED, IV 5/01/523, zit. ebenda, S. 340. (Vgl. auch: ND, 29. Januar 1953).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

In einer Versammlung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes am 16. Januar in Leipzig kam es zu einem antisemitischen Vorfall, als der Referent Stein, ein Schulleiter, „betonte, daß Juden nie durch Arbeit ihr Vermögen haben und deshalb von Hitler umgebracht werden sollten." Der Redner riet, „daß man auf die hiesige und andere jüdischen Gemeinden aufpassen müßte."[202]

Am 8. Januar 1953 hatte sich die SED-Kreisleitung Leipzig-Stadt mit dem Slánský-Prozeß befaßt. Die daraufhin einsetzende Kampagne an Überprüfungen zog mindestens einhundert Leipziger jüdischer Herkunft in Mitleidenschaft. Darunter befanden sich 26 Personen, die nicht der Gemeinde angehörten, 42 Personen waren SED-Mitglieder (die Mitgliedschaft sowohl in der SED wie in der Gemeinde war damals und in Ausnahmefällen auch noch später möglich). 28 Personen, darunter neun Gemeindemitglieder, mußten sich in Parteiüberprüfungen für wirkliche oder angebliche Abweichungen von der Parteilinie in der Emigration verantworten, darunter das Vorstandsmitglied der Gemeinde Emanuel Henik sowie die Professoren Hermann Budzislawski und Josef Schleifstein, die beide nicht der Gemeinde angehörten. Ein Vorstandsmitglied der Gemeinde, Richard Frank, trat – offiziell aus Gesundheitsgründen – aus dem Vorstand aus, einem anderen Gemeindemitglied, Eugen Gollomb, wurde der Status eines Kämpfers gegen den Faschismus aberkannt.[203] Die Mitgliederzahl der Leipziger Jüdischen Gemeinde sank von 317 im Jahre 1950 auf 173 im August 1953.[204] Auch die anderen Gemeinden verzeichneten einen drastischen Rückgang. Eine Mitgliederstatistik der DDR-Gemeinden nennt für das Jahr 1955 noch 1715 Mitglieder, wobei aber auch die natürliche Abnahme aufgrund des relativ hohen Durchschnittsalters der Gemeindemitglieder in Rechnung gestellt werden muß.[205]

Der Tod Stalins und die Rehabilitierung der verhafteten Kreml-Ärzte in der „Prawda" vom 4. April 1953 beendete den Druck auf die Jüdischen Gemeinden in der DDR, der alsbald durch hohe materielle Zuwendungen kompensiert werden sollte. Doch Mißtrauen und Angst blieben unter den Juden in der DDR noch längere Zeit spürbar.[206] Auch den Rapatriierungsgesuchen jüdischer Emigranten, die bislang teilweise abschlägig beschieden worden waren, wurde nun stattgegeben.[207] Ohne den Druck auf die Jüdischen Gemeinden

202 Ebenda (unter Zugrundelegung der gleichen Quelle).

203 Vgl. Helmut Eschwege, Die erneute Vertreibung der Juden, in: Leipziger Volkszeitung, 21./22. Juli 1990. Zu Golomb vgl. Peter Maser, Juden und Jüdische Gemeinden in der Innenpolitik der DDR, in: W. Bergmann u. a. (Hg.), Schwieriges Erbe, S. 351f.

204 Vgl. Ludwig, S. 341.

205 Vgl. Maor, S. 181; Burgauer, S. 154, 359.

206 Vgl. Heinz Brandt, Ein Traum, der nicht entführbar ist. Mein Weg zwischen Ost und West, München 1967, S. 192f. Die Repressalien gegen Heinz Brandt, die in seiner Entführung von West- nach Ostberlin und seiner Inhaftierung zwischen 1961 und 1964 gipfelten, scheinen aber keinen antisemitischen Hintergrund gehabt zu haben. Vgl. Andreas Herbst, „Ich werde über alles unterrichten". Wer war Heinz Brandt? Anmerkungen zum Lebensweg eines Sozialisten zwischen Ost und West, in: ND, 15. November 1994. Auch die noch immer nicht ganz aufgehellten Umstände der Ermordung des Journalisten Kurt Lichtenstein an der deutschdeutschen Grenze lassen wenig Raum für antisemitische Beweggründe. Vgl. Rainer Zunder, Erschossen in Zichorie. Vom Leben und Sterben des Journalisten Kurt Lichtenstein, Berlin 1994.

207 Vgl. Carl Jacob Danziger, Die Partei hat immer recht, Stuttgart 1976, S. 27; Franz Loeser, Antisemitismus in der DDR, in: Kontinent, 1989, Nr. 2, S. 50–54; ders., Die unglaubwürdige Gesellschaft. Quo vadis, DDR?, Köln 1984.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

und die gegen Juden gerichteten Maßnahmen zu rechtfertigen, bleibt festzuhalten, daß die SED-Politik nicht in Exzesse wie in der Sowjetunion und der Tschechoslowakei ausartete. Von offizieller Seite wurden, entgegen mancher Befürchtungen unter den Juden, keine Pogrome angezettelt oder auch nur geduldet. Im Gegenteil: Das „Neue Deutschland" berichtete am 29. Januar 1953, daß die Bezirksgerichte von Magdeburg, Gera und Frankfurt/Oder mehrere Bürger, „die antisemitische Hetzparolen und Verleumdungen über jüdische Mitbürger verbreitet hatten", zu Zuchthausstrafen von ein bis zwei Jahren verurteilte.[208] Beachtenswert ist die Tatsache, daß der Arbeiter-Aufstand vom 17. Juni 1953 offenkundig ohne jeden antisemitischen Unterton ablief. Die Propagandafigur der Nazis vom „jüdischen Bolschewismus" zeigte in der Erhebung gegen das stalinistische SED-Regime keine Nachwirkung.[209]

Der von der Sowjetunion ausgegangene und abgestuft auf die DDR übertragene stalinistische Antisemitismus blieb somit eine schlimme, doch zeitlich begrenzte Episode in der Geschichte des ostdeutschen Staates. Dennoch war der damit verursachte Schaden über das Leid der Betroffenen hinaus nicht wiedergutzumachen. Die stalinistische Führung der SED hatte antisemitische Maßnahmen im Lande des Holocaust zugelassen und ergriffen. Vor diesem Hintergrund verdienen die Repressalien auch eine qualitativ andere historische Beurteilung als eine judenfeindliche Politik in anderen Ländern. Das Verhalten des SED-Apparates war außerdem der konzentrierte Ausdruck einer Pervertierung der sozialistischen und kommunistischen Ziele, die auf eine völlige Gleichberechtigung aller Menschen ungeachtet ihrer ethnischen Herkunft oder sozio-kulturellen Verwurzelung gerichtet waren.

Der Antisemitismus in der Sowjetunion und ihren Satellitenstaaten, der im Namen der sozialistischen Ideale praktiziert wurde, schadete der Linken und war Wasser auf den Propagandamühlen der extremen Rechten, wie Léon Poliakov hervorhob:
„Für die Neonazis", schrieb er, „die sich in Deutschland unmittelbar nach der Unterzeichnung des Luxemburger Vertrages über die Entschädigungen der Opfer des Rassismus regten, war diese Enthüllung ein unmißverständlicher Aufruf, sich zu sammeln. So bestand der unmittelbare politische Nutzeffekt des Slánský-Prozesses darin, den alten Antisemitismus hitlerscher Provenienz im benachbarten Deutschland über Radio und Zeitungen

[208] ND, 29. Januar 1953.

[209] Zumindest sind in keinem der Standardwerke zum 17. Juni 1953 antisemitische Haltungen der aufständischen Arbeiter thematisiert worden. Für den Forschungsstand vgl. Torsten Diedrich, Der 17. Juni 1953 in der DDR. Bewaffnete Gewalt gegen das Volk, Berlin 1991. Doch bleibt dieser Punkt ein Desiderat der Forschung. Lutz Niethammer betonte, die Juden in der DDR „sympathisierten in der Regel mit dem Drang nach einer Liberalisierung der Verhältnisse und mit einer Verdrängung des SED-Bonzentums, aber angesichts einer bewegten und undisziplinierten Masse von Deutschen, die acht Jahre nach Hitler die Macht der Straße erkämpften und unter denen es binnen weniger Stunden auch zu Gewalttätigkeiten kam, empfanden sie Angst und waren deshalb der Roten Armee für ihre weitgehend unblutige Intervention nicht undankbar." Lutz Niethammer, Zur Einführung. Der 17. Juni – vierzig Jahre danach, in: Kocka/Sabrow (Hg.), Die DDR als Geschichte, S. 47. Alfred Kantorowicz ging in seinen Fragen, laut Tagebuchnotiz vom 20. Juni 1953, einen Schritt weiter: „Warum haben wir Intellektuellen und alten Sozialisten uns nicht an die Spitze der Bewegung gestellt? Was außer passiver Resistenz, außer Raunzen, Klagen, äußerstenfalls geistiger Selbstbehauptung haben wir getan?" Kantorowicz lag zu dieser Zeit erkrankt in der Berliner Charité.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

erneut anzuheizen."[210] Es waren jedoch Radio und Zeitungen in der DDR, nicht die obskuren Publikationen westdeutscher Neonazis, die antijüdische Ressentiments einem Millionenpublikum in Deutschland nahebrachten.

Konnte die SED-Führung aus der ihr von sowjetischer Seite aufgedrängten antijüdischen Politik irgendeinen Nutzen ziehen? Die Frage ist berechtigt, denn von einem Widerstand Ostberlins gegen diesen Kurs ist nichts bekannt. Ein solcher Widerstand, der für die Betreffenden ein hohes persönliches Risiko bedeutet hätte, wäre gleichwohl im Interesse der Legitimation des Regimes notwendig gewesen. Statt dessen war ein Einverständnis mit dem sowjetischen Kurs zu beobachten, zumindest aber das Bestreben, daraus - kurzsichtigen - Profit herauszuschlagen.

Nach Abwägen aller Faktoren wird man feststellen dürfen, daß die repressive Politik der SED-Führung gegenüber den Juden in den Jahren 1952/1953 einen vierfachen Zweck verfolgte:

1. Die Jüdischen Gemeinden wurden als eigenständige Organisationen mit einer eigenen politischen Basis de facto eliminiert. Fortan waren sie der strikten Kontrolle unterworfen.
2. Die Trennung der Jüdischen Gemeinden in der DDR von jenen im Westen wurde vollzogen.
3. Der Ausschluß jüdischer und nichtjüdischer Kommunisten, die mit moralisch lauteren Absichten am Aufbau der DDR mitarbeiten wollten, von wichtigen Positionen öffnete die Karriereleiter für willfährige Gehilfen der offiziellen Politik.
4. Es ist kaum zuviel gesagt, wenn man festhält, daß sich durch eine „Dosis" von Antisemitismus sogar ehemalige Mittäter des Naziregimes in gewisser Weise entlastet fühlen konnten. Der „Mythos" des jüdischen Verfolgten war beschädigt worden.

Die Repressionspolitik gegen die Juden trug zum Verlust an Glaubwürdigkeit für die SED-Führung bei, obwohl die Mehrzahl der jüdischen Kommunisten wie Nichtkommunisten weiterhin eine aktive Rolle im gesellschaftlichen Leben der DDR spielte. Besonders die der herrschenden Partei als Mitglieder oder Funktionäre verbundenen Juden konnten davon ausgehen, daß die SED insgesamt nicht antisemitisch orientiert war. Da die DDR bis zum Herbst 1989 ihr stalinistisches Erbe jedoch niemals wirklich überwand, bestand auch keine Möglichkeit zur wahrheitsgetreuen Aufarbeitung dieses dunklen Kapitels ihrer Geschichte. Es gab somit auch keine Chance, die Opfer wirklich zu rehabilitieren.

[210] Poliakov, S. 65.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

KAPITEL 4

Von der Repression zur Toleranz: Ein Weg der Emanzipation?

1. Die Juden und die Vergangenheitsaufarbeitung in der DDR

Die Jahre zwischen 1953 und 1967 verzeichneten – was die obige Fragestellung anbelangt – vergleichsweise wenig spektakuläre Ereignisse. Zwei Grundtendenzen des Verhältnisses der SED-Führung zu den Juden sind jedoch beachtenswert:

Zum einen wurde der Trennungsstrich zwischen Antisemitismus und Antizionismus recht deutlich gezogen. Dies galt bis zum Ende der DDR 1989/90. Zum anderen versuchte sich die DDR gegenüber der Bundesrepublik Deutschland prononciert als „besserer", weil einzig antifaschistischer deutscher Staat darzustellen. Das geschah vor dem Hintergrund der sogenannten Hallstein-Doktrin als wichtigster Waffe der Bundesregierung bei der diplomatischen Blockade der DDR. Diese Erwägungen bestimmten und beeinflußten auch die Haltung der SED-Führung gegenüber den Juden. Doch wurde gerade damit einer der Grundfehler der Arbeiterbewegung – nicht nur ihres stalinistischen Teils – erneut begangen, nämlich der, die Stellung gegenüber den Juden von gänzlich andersgearteten politischen Faktoren abhängig zu machen. Das Verhältnis der SED-Führung zu den Juden wurde vor allem in dreierlei Hinsicht spürbar: Bezüglich der Vergangenheitsaufarbeitung vor dem Hintergrund der Verbreitung antifaschistischen Bewußtseins, der Stellung zu den Jüdischen Gemeinden, schließlich im Hinblick auf das Verhältnis – oder Nicht-Verhältnis – der DDR zum Staat Israel.

Die literarische, künstlerische und durch die Massenmedien vermittelte Auseinandersetzung mit der nazistischen Vergangenheit verstärkte sich in den fünfziger und sechziger Jahren eher, als daß sie sich abgeschwächt hätte. Die beiden wichtigsten Sujets der entstehenden Literatur der DDR waren die künstlerische, zum Teil auch halb-dokumentarische Darstellung des antifaschistischen Widerstandskampfes sowie die als „Wandlung" apostrophierte geistige Neuorientierung vor allem jüngerer Menschen nach 1945. Die im Exil entstandene antifaschistische und sozialistische Literatur wurde den Lesern sehr rasch zugänglich gemacht, so ihre Verfasser keine Kritik am Stalinismus übten oder einem der zahlreichen Verdikte (etwa dem des „Formalismus") durch sowjetische oder ostdeutsche Ideologen anheimfielen. Unter den Büchern, die in zumeist hoher Auflage erschienen, befanden sich nicht wenige von Schriftstellern jüdischer Herkunft: „Das siebte Kreuz" von Anna Seghers, Arnold Zweigs „Das Beil von Wandsbeck", Lion Feuchtwangers „Geschwister Oppermann", Stephan Hermlins „Der Leutnant Yorck von Wartenberg" oder „Wo

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Deutschland lag ..." von Harald Hauser sowie „Das Tagebuch der Anne Frank". „Professor Mamlock" von Friedrich Wolf, schilderte eindringlich den Beginn der Judenverfolgung im Dritten Reich mitsamt der Passivität und Gleichgültigkeit vieler angeblich nicht beteiligter „Mitläufer" des Regimes und wurde auch in der Verfilmung durch Konrad Wolf 1961 nochmals ein Erfolg. Zu den massenwirksamen Filmen, die sich der Auseinandersetzung mit dem antijüdischen Vernichtungs-Terror widmeten, gehörte bereits 1947 Kurt Maetzigs „Ehe im Schatten" (der zweite DEFA-Film nach Wolfgang Staudtes „Die Mörder sind unter uns"). Ein weiterer früher wichtiger DEFA-Film, Erich Engels „Affäre Blum", behandelte 1948 den Antisemitismus der Weimarer Zeit. Doch erst an der Wende von den fünfziger zu den sechziger Jahren, als offenbar auch die Erinnerung an die antisemitischen Tendenzen in der frühen DDR vergessen schien, wurden wieder Filme produziert, die sich des nazistischen Judenmordes annahmen: „Sterne" unter der Regie von Konrad Wolf 1959 und „Nackt unter Wölfen", Frank Beyers Verfilmung von Bruno Apitz' Roman 1962. Im gleichen Jahr erschien Franz Fühmanns Erzählung „Das Judenauto". Vier Jahre früher hatte die Malerin Lea Grundig ihre Autobiographie „Gesichte und Geschichte" veröffentlichen können, in dem ihr Exil in Palästina, besonders aber der Linkszionismus und seine Vertreter im für die DDR ungewohnt positiven Licht erschienen. Seit Beginn der sechziger Jahre erschienen literarische Werke jüdischer Autoren, die aus Deutschland und den Nachbarländern vertrieben worden waren und nicht zurückkehrten, so „Die Ermittlung" von Peter Weiss und Moshe Yakov Ben Gavriels „Das Haus in der Karpfengasse", die Nazismus und Judenmord behandelten. Prägend für das intellektuelle Klima in der DDR wurden die Romane von Arnold Zweig (seine „Bilanz der deutschen Judenheit" von 1933/34 erfuhr aber keine Neuausgabe) und die sprachkritische Untersuchung „LTI" des Romanisten Victor Klemperer, der als Jude den Naziterror in Deutschland überlebte.[1]

Das Maß an Aufarbeitung der Vergangenheit kann selbstverständlich am genauesten an der Geschichtswissenschaft abgelesen werden. Seit den sechziger Jahren, nach der Etablierung einer - dem Anspruch nach - marxistischen Geschichtswissenschaft an den Universitäten und Akademie-Instituten setzten die ersten ernsthaften Forschungsarbeiten seit den 1948 erschienenen Broschüren von Heymann und Kahn ein. In den fünfziger Jahren hatte die „Angelegenheit Merker-Field" auch unter der Historikerzunft für eine Tabuisierung der heiklen „jüdischen" Problematik gesorgt. Die prominenten Fachvertreter jüdischer Herkunft vermieden öffentliche Äußerungen dieser Art: Jürgen Kuczynski und Leo Stern, seit Ende der fünziger Jahre auch Hans Mottek, Stefan Doernberg und Arnold Reisberg. Der Bruder des Mediävisten und Neuzeithistorikers Leo Stern, Manfred, als „General Kléber" zu legendärem Ruhm im Spanienkrieg gelangt, war 1937 ein Opfer des Stalin-Terrors

[1] Vgl. zu diesem Themenkomplex u. a. Karl-Heinz Hartmann, Das Dritte Reich in der DDR-Literatur. Stationen erzählter Vergangenheit, in: Hans Wagner (Hg.), Gegenwartsliteratur und Drittes Reich. Deutsche Autoren in der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, Stuttgart 1977, S. 306-328; Jean-Paul Bier, Auschwitz et les littératures allemandes, Bruxelles 1979; Christel Berger, Traditionen der DDR-Literatur. Gewissensfrage. Antifaschismus. Analysen, Interpretationen, Interessen, Berlin 1990; Dieter Schiller, Alltag, Widerstand und jüdisches Schicksal. Aspekte der Auseinandersetzung mit dem Dritten Reich in der literarischen Öffentlichkeit der SBZ und frühen DDR, in: Werner Bergmann/Rainer Erb/Albert Lichtblau (Hg.), Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt a.M./New York 1995, S. 393-407.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

geworden.[2] Reisberg selbst war erst 1956 nach langer Haft aus der Sowjetunion in die DDR gekommen und wurde später Professor am Institut für Marxismus-Leninismus.[3] Der Historiker Joseph Winternitz, die Literaturhistoriker Hans Mayer, Alfred Kantorowicz und Rudolf Schottländer sowie der Soziologe Leo Kofler gerieten in Konflikt mit der Linie von Staat und Partei und gingen schließlich in den Westen, wobei Schottländer aber 1960 wieder zurückkehrte. Der „Fall" von Ernst Bloch ist in der Literatur ausgiebig geschildert worden, so daß hier die Feststellung genügt, daß in den Auseinandersetzungen mit ihm seine jüdische Herkunft keine ersichtliche Rolle spielte.[4] Ein weiterer Historiker jüdischer Herkunft, Heinz Kamnitzer, wurde 1955 freier Schriftsteller und schließlich Vizepräsident (ab 1970 dann Präsident) des PEN-Zentrums der DDR. Er schrieb viel über Arnold Zweig, blendete jedoch die problematischen Momente von dessen Leben in der DDR aus, wovon noch die Rede sein wird. Als gegenwartsbezogene Publizistik stehen die Arbeiten des Juristen Friedrich Karl Kaul am Rande der Geschichtswissenschaft. Kaul schrieb allerdings ausführlich zu Nazismus und Antisemitismus.[5]

Es blieb somit vorrangig einem weniger prominenten Historiker jüdischer Herkunft vorbehalten, das Thema des nazistischen Völkermordes an den Juden in den Kontext deutscher Geschichte zu stellen. Helmut Eschwege begann Mitte der fünfziger Jahre, ohne vom Staat größere Unterstützung zu erfahren, mit seinen intensiven Forschungsarbeiten zur Geschichte der Juden in Deutschland und ihrer Vernichtung im Nationalsozialismus. 1966 erschien seine großangelegte Dokumentation „Kennzeichen J. Bilder, Dokumente, Berichte zur Geschichte der Verbrechen des Hitlerfaschismus an den deutschen Juden 1933–1945". Das umfangreiche Buch wurde durch eine „Chronik der faschistischen Judenverfolgungen" von Klaus Drobisch abgerundet und erhielt ein verdientes Glanzlicht durch das Vorwort von Arnold Zweig.

In seinen Memoiren berichtet Eschwege von den Schwierigkeiten bei der Abfassung des Buches. So bekam er keine Freistellung von der Technischen Universität Dresden, an der er als Dokumentalist angestellt war, um auswärtige Bibliotheken für seine Recherchen aufzusuchen, und konnte dafür nur seine Urlaubszeit nutzen. Aufgrund seines niedrigen Gehaltes war er gezwungen, Teile seines Buchbestandes zu verkaufen, um Foto- und Schreibarbeiten bezahlen zu können, da er von der Universität keinerlei Unterstützung erhielt. Am 21. April 1956, in einer kurzen Periode des „Tauwetters" und der Entstalinisierung in der Sowjetunion, wandte sich Eschwege brieflich an Kurt Hager. Dieser war als ZK-Sekretär für Wissenschaft, Volksbildung und Kultur zuständig. Eschwege mag an die Sensibilität des mit einer Jüdin verheirateten Hager appelliert haben, als er ihm die Schwierigkeiten, denen er

[2] Zu Manfred Stern vgl. Arno Lustiger, Schalom Libertad! Juden im spanischen Bürgerkrieg, Frankfurt a. M. 1989, S. 223ff.

[3] Zu Arnold Reisberg vgl. Karl Stadler, Opfer verlorener Zeiten. Geschichte der Schutzbund-Emigration 1934, Wien 1974, passim.

[4] Allerdings hielt Punkt 21 des MfS-Operativplanes zur Überwachung von Ernst Bloch und Hans Mayer im März/April 1957 fest: „Es ist die Möglichkeit zu überprüfen, ob ein Jude gefunden und angeworben werden kann, der in der Perspektive auf Mayer und Bloch anzusetzen ist." Zit. nach Guntolf Herzberg, Ernst Bloch in Leipzig: Der operative Vorgang „Wild", in: ZfG, 1994, Nr. 8, S. 685. Die Suche der MfS-Bezirksverwaltung Leipzig blieb offenbar erfolglos..

[5] Friedrich Karl Kaul, Der Fall Eichmann, Berlin (Ost) 1963; ders., Der Fall Herschel Grynszpan, Berlin (Ost) 1965; ders., Ärzte in Auschwitz, Berlin (Ost) 1968.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

unterworfen war, schilderte und ihn fragte: „Hat es einen Sinn, in der DDR an einem Werk über die Geschichte der Juden Deutschlands zu schreiben?" Hagers Antwort vom 5. Mai blieb allerdings zurückhaltend: „Ich bestätige den Eingang Deines Briefes vom 21.4. 1956, den ich an die für diese Frage zuständige Stelle des ZK weitergeleitet habe. Nach meiner persönlichen Ansicht gibt es bei uns keine Diskriminierung jüdischer Bürger, dennoch werden wir uns mit den in Deinem Brief enthaltenen Feststellungen beschäftigen."[6] Die zurückhaltende Formulierung - es gäbe nur Hagers „persönlicher Ansicht" nach keine Diskreminierung jüdischer Bürger in der DDR - deutet indes auf Selbstzweifel hin. Eschweges Arbeit wurde dennoch nicht erleichtert. Obwohl sich prominente jüdische Persönlichkeiten wie Stefan Heymann, damals stellvertretender DDR-Außenminister, und Rudolf Lappe, Professor an der TU Dresden und ZK-Mitglied, später auch Arnold Zweig und Jürgen Kuczynski für eine baldige Drucklegung einsetzten, konnte ein negatives Gutachten des wissenschaftlich nur teilweise kompetenten Absolventen des ZK-Instituts für Gesellschaftswissenschaften Henry Görschler die Herausgabe weiterhin verzögern. Als das Buch dann erschienen war, erhielt es im In- und Ausland breite Zustimmung.[7]

Als die Frage der Herausgabe eines Textbandes im Anschluß an „Kennzeichen J" aktuell wurde, forderte das Ministerium für Kultur zwei Verlagsgutachten von Horst Dohle und Rudi Goguel an. Goguel, ein jüdischer Kommunist und früherer KPD-Zeitungsredakteur in Westdeutschland, schrieb, es sei beschämend, daß bis dato in der DDR noch keine Arbeit über die Ausrottung der Juden erschienen sei. Der Textband solle unverzüglich nach einer redaktionellen Bearbeitung herausgegeben werden. Dies geschah nicht, da der Sechs-Tage-Krieg zwischen Israel und seinen arabischen Gegnern vom Juni 1967 dazwischenkam. Es erschien nicht opportun, in der DDR mit ihren engen Kontakten zu arabischen Staaten ein Buch zu veröffentlichen, in dem Juden eine zentrale Rolle spielten. Derart war das offizielle Verständnis vom Stellenwert wissenschaftlicher Arbeit als unmittelbarem Instrument politischer Legitimation.

In seinen Memoiren berichtete Eschwege von einer bewegenden Begebenheit bei der Rezeption seines Buches. Er erhielt eine Reihe von Dankschreiben von sowjetischen, aber aus Deutschland stammenden Juden. Sie waren 1933 ins Exil getrieben worden und trotz großer Leiden unter dem Stalinismus nicht ins nachfaschistische Deutschland zurückgekehrt. In einem Brief hieß es:

„Tief erschüttert hat mich Ihr neuestes Buch ‚Kennzeichen J'. Man kann es nur stückweise lesen, um danach eine Pause einzulegen. Zu ergreifend ist diese fürchterliche Wahrheit, auch wenn wir sie selber miterlebt haben. Auch ich bin eine von den Faschisten vertriebene deutsche Jüdin, doch war ich mit Hilfe des ZK der Kommunistischen Jugend rechtzeitig in die Sowjetunion geflohen, wo ich meine zweite Heimat fand. Liebe Genossen! Ich möchte Sie um etwas bitten: Zunächst bestellen Sie bitte meinen herzlichsten Dank dem Genossen Eschwege für das außerordentlich nützliche Riesenwerk. Wie lange schon haben wir auf so ein Buch von der Deutschen Demokratischen Republik gewartet - und daß er damit vielen Leuten ..., die wir uns alle vielleicht gern in Vergessenheit wiegen möchten,

[6] Helmut Eschwege, Fremd unter meinesgleichen. Erinnerungen eines Dresdner Juden, Berlin 1991, S. 186.

[7] Ders. (Hg.), Kennzeichen J. Bilder, Dokumente, Berichte zur Geschichte der Verbrechen des Hitlerfaschismus an den deutschen Juden 1933–1945, Berlin (Ost) 1966 (eine zweite Auflage erschien 1981).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

noch und noch vor Augen hält, was war und was nie wieder sein darf ... gez. Hella Rabinowitsch, ehemals Berlin-Halensee."[8]

Die Absenderin dieses Briefes war ein Opfer der stalinistischen Repressalien geworden. Nicht weniger als siebzehn Jahre mußte sie in den Haftanstalten und Lagern der Sowjetunion verbringen.[9] Der stalinistische Terror gegen jüdische Kommunisten wurde in der DDR bis zu ihrem Ende nur ganz am Rande erwähnt. Dies geschah gelegentlich im Zusammenhang mit dem Schicksal ermordeter russisch- oder jiddischsprachiger Schriftsteller jüdischer Herkunft in den verschiedenen „Säuberungs"-Wellen. Auch die Ermordung deutscher Kommunisten jüdischer Herkunft im sowjetischen Exil der dreißiger Jahre wurde seit den siebziger Jahren nicht mehr verschwiegen, wenngleich die Gründe und Herrschaftsmechanismen ausgeblendet blieben, die den Terror hervorgebracht hatten.[10] Die vor Hitler in die Sowjetunion geflohenen deutschen Juden wurden dort, wie bereits erwähnt, eher als „feindliche Ausländer" denn als Juden verfolgt, was das Verhindern einer Diskussion über den stalinistischen Antisemitismus erleichterte.[11]

Neben Eschwege war es namentlich der mit ihm zunächst eng kooperierende Rudi Goguel, der sich, von(partei-)kommunistischer Haltung her, der Frage nach einer jüdischen Existenz unter dem Hakenkreuz annahm. Zwischen beiden kam es indes zu Meinungsverschiedenheiten im Hinblick auf die, wie Eschwege schrieb, „jüdisch-nationale Frage", denn „Dr. Goguel und seine Freunde Dr. Drobisch und Werner Müller waren der Ansicht, daß die deutschen Juden sich der Assimilation verschrieben hatten und unerschüttert von den Ereignissen zwischen 1933 und 1945 daran festgehalten haben. Wie die KPD sprachen sie den Juden das Recht auf nationale Eigenständigkeit ab. Eine weitere unterschiedliche Auffassung bestand darin, wer Jude ist. Nach Goguel und seinen Freunden waren es nur die, die an der Religion festhielten, in keinem Falle aber die Mitglieder der Arbeiterparteien. Eine weitere Differenz gab es auch in der Einschätzung der politischen Einstellung der deutschen Juden."[12]

Die Differenzen konnten nicht überbrückt werden und führten schließlich zur Trennung. Der Deutsche Verlag der Wissenschaften veranlaßte daraufhin eine „Neubearbeitung" der von Eschwege begonnenen Dokumentation durch das Trio Rudi Goguel, Klaus Drobisch und Werner Müller. Als sie 1973 unter dem Titel „Juden unterm Hakenkreuz" erschien, fand der Leser auf Seite 1 lediglich den kurzen Hinweis: „Die Autoren danken Helmut Eschwege für Anregung und Vorarbeiten zu diesem Buch."[13] Goguel scheint jedoch, so Eschwege, mit seinem Widerstand gegen allzu simplifizierte Wertungen über den Nahost-Konflikt dafür gesorgt zu haben, daß die Arbeit einen streng wissenschaftlichen Charakter behielt.

Maßgebend für die offizielle Interpretation wurden jedoch andere Arbeiten, wie die von Henry Görschler. In seiner Dissertation über den Rassenantisemitismus in Deutschland

[8] Eschwege, Fremd unter meinesgleichen, S. 206.

[9] Vgl. ebenda.

[10] Vgl. z. B. Klaus Jarmatz/Simone Barck/Peter Diezel, Exil in der UdSSR, Leipzig 1979. Eine zweite, kurz vor dem Zerfall der DDR 1989 erschienene erweiterte Auflage ging ausführlicher auf die Hintergründe der Repressalien ein.

[11] Vgl. Abschnitt 1.2. dieser Arbeit.

[12] Eschwege, Fremd unter meinesgleichen, S. 206.

[13] Klaus Drobisch/Rudi Goguel/Werner Müller (unter Mitwirkung von Horst Dohle), Juden unterm Hakenkreuz. Verfolgung und Ausrottung der deutschen Juden 1933-1945, Berlin (Ost) 1973, S. 1.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

1933–1945,[14] von der auch eine gekürzte Druckfassung erschien,[15] hatte er den Antisemitismus einseitig an den Antikommunismus gebunden, jede, auch tendenzielle Homogenität der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland in Abrede gestellt und zwischen jüdischer Ethnizität, Religion und dem Zionismus unhaltbare Verbindungslinien gezogen. In einer anderen Arbeit bezeichnete er „Zur Judenfrage", das unausgewogene und noch keineswegs „marxistische" Frühwerk von Karl Marx[16] als „Richtschnur" für die Behandlung der gesamten Problematik und stellte fest:

„So sehr Lenin und die Bolschewiki auch immer vor dem jüdischen Nationalismus, wie er von den reaktionären Kräften des ‚Bund' und der zionistischen Kreise verbreitet wurde, warnten, so ermöglichten sie dennoch eine solche Entwicklung, um besonders den orthodoxen Kreisen des Ostjudentums die bestrebte eigennationale Entwicklung zu ermöglichen. Sie sollte auch für die Seßhaftmachung der Juden auf dem Lande ausgenutzt werden. Die jüdischen Kolonisationsgebiete wurden besonders in der Ukraine, Weißrußland und auf der Krim gefördert. Dazu kam als zentrales und größtes Projekt die Errichtung eines jüdisch national-autonmen Rayons – Birobidjan – im Fernen Osten."[17]

Allein diese Passage weist, vom schlechten Deutsch des Verfassers einmal abgesehen, mindestens drei gravierende Fehler auf: Zum ersten gab es zwischen dem Zionismus und den als „reaktionär" bezeichneten „Kräften des ‚Bundes'" keine gemeinsame Grundlage, da der Jüdische Arbeiterbund bekanntlich den Zionismus und die Palästina-Kolonisation durch Juden ablehnte. Zum zweiten richteten sich die Siedlungsangebote der Bolschewiki in den zwanziger Jahren, in der vor-stalinistischen Periode der Sowjetunion, nicht unbedingt an die „orthodoxen Kreise des Ostjudentums", sondern an die sogenannten jüdischen „Luftexistenzen", an diejenigen Menschen, die infolge des russischen Bürgerkrieges Beruf und oft auch Wohnsitz verloren hatten. Sie sollten, vorrangig auf der Krim, die Möglichkeit der Ansiedlung und landwirtschaftlicher Betätigung erhalten. Zum dritten wurde, was auch Görschler aus ihm zugänglichen Quellen hätte erfahren können,[18] das Birobidshan-Projekt erst ab Ende der zwanziger Jahre diskutiert, eben als sich ein Scheitern der jüdischen Siedlungsprogramme auf der Krim und in der Südukraine andeutete. Interessant ist aber Görschlers Verweis auf die „reaktionären Kräfte ... der zionistischen Kreise", was, entgegen seinen sonstigen Ausführungen, auch die mögliche Existenz nichtreaktionärer Kräfte unter den Zionisten bedeuten konnte. Görschler mußte eingestehen, daß der Nazismus mitsamt seiner antisemitischen Ideologie auch zunehmenden Einfluß unter den Arbeitern gewonnen hatte. Von einem proletarischen und lumpenproletarischen Antisemitismus, auch von

[14] Henry Görschler, Das soziale Wesen und die politisch-theoretischen Voraussetzungen des faschistischen Rassenantisemitismus in Deutschland 1933–1945, Berlin (Ost): Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED 1963 (die Dissertation lag mir nicht vor).

[15] Ders., Rassen, Rassentheorie und imperialistische Politik, Berlin (Ost) 1961.

[16] Die wohl beste Interpretation dieser Marx-Schrift lieferte Albert Massiczek, Der menschliche Mensch. Karl Marx' jüdischer Humanismus, Wien 1968. Ebenfalls wichtig ist Julius Carlebach, Karl Marx and the Radical Critique of Judaism, London/Boston/Henley 1978. Vgl. auch Abschnitt 1.1. dieser Arbeit.

[17] Henry Görschler, Die revolutionäre Arbeiterbewegung und ihr Verhältnis zum Antisemitismus, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig, Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe, 1965, Nr. 3, S. 547.

[18] Beispielsweise von Otto Heller, Der Untergang des Judentums. die Judenfrage/Ihre Kritik/Ihre Lösung durch den Sozialismus, Berlin/Wien 1931, 2. Aufl. 1933.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

zeitweiligen Konzessionen, die innerhalb der KPD in der Weimarer Zeit an diesen gemacht wurden, war jedoch keine Rede. Eine Prämisse Görschlers lautete kurz und bündig: „Die revolutionäre Arbeiterbewegung betrachtete die Judenfrage zu keiner Zeit als ein selbständiges Problem."[19] Hätte Görschler diese - zutreffende - Feststellung als Kritik und nicht als Apologie verstanden, dann wäre er imstande gewesen, sich der komplexen Problematik in angemessener Weise zu nähern.

Andere Veröffentlichungen versuchten, ein differenzierteres Bild zu zeichnen. Hier sind für die frühen und mittsechziger Jahre vor allem die damals jungen Leipziger Historiker Hans Schleier, Gustav Seeber und Manfred Unger zu nennen. Schleier und Seeber sparten in einem 1961 in der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft" erschienenen Aufsatz „Zur Entwicklung und Rolle des Antisemitismus in Deutschland von 1871 bis 1914" nicht mit Kritik am Forschungsstand zum Thema. Sie versuchten, das „noch immer aktuelle Thema wieder in den Blickpunkt der marxistischen Historiker zu rücken" und bemerkten, daß Siegbert Kahns Arbeit von 1948, „wenn man von gelegentlichen Hinweisen in anderen Untersuchungen absieht, bisher die einzige marxistische deutsche Arbeit für den behandelten Zeitraum geblieben" sei.[20] Die Autoren bezogen sich positiv auf Paul Massings soeben in deutscher Fassung erschienenes Buch über die Vorgeschichte des politischen Antisemitismus. Bemerkenswerterweise zitierten sie aus dem Vorwort von Theodor W. Adorno und Max Horkheimer zu Massings Darstellung. „Das wissenschaftliche Bewußtsein darf sich nicht bescheiden, das Rätsel der antisemitischen Irrationalität auf eine selber irrationale Formel zu bringen."[21] Nach Schleier und Seeber wandten sich die Hauptvertreter der Frankfurter Schule damit „offensichtlich" gegen einen Teil der bundesdeutschen Historikerzunft, die mit personalisierenden und psychologisierenden Erklärungsmustern die Gründe der verhängnisvollen deutschen Entwicklung nicht erhellt hätten. Die beiden DDR-Forscher erklärten sich mit Adorno und Horkheimer einverstanden, wenn diese schrieben, „was irrationalen Ursprungs sein soll, wird der rationalen Durchdringung entzogen und zu einem schlechterdings Hinzunehmenden magisiert."[22] Doch ließen sich Adorno und Horkheimer an gleicher Stelle selbst von Irrationalität leiten: Sie kritisierten mit Recht, daß deutschtümelnde Ideologen (sie nannten Fries und Jahn) in der DDR zu unkritisch rezipiert würden, vermochten dies jedoch lediglich in die Worte zu fassen, daß diese „heute bei den Fronvögten der Ostzone in hohen Ehren" stünden.[23] Die Frankfurter Leuchten waren also selbst nicht einmal bereit, zumindest den Begriff DDR zu verwenden. Schleier und Seeber arbeiteten die Unterschiede innerhalb der herrschenden deutschen Eliten klar heraus und betonten, daß nicht alle Repräsentanten des kaiserlichen Deutschland genuin antisemitisch gewesen seien. Manche hätten allerdings den Antisemitismus instrumentell verwendet und dadurch zeitweise die antisemitischen Parteien gefördert. Der Aufsatz hob sich insgesamt sehr positiv von einer vulgärmarxistischen Lesart ab, die einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen Herrschaftsinteressen und antisemitischer Politik

[19] Görschler, Die revolutionäre Arbeiterbewegung ..., S. 540.

[20] Hans Schleier/Gustav Seeber, Zur Entwicklung und Rolle des Antisemitismus in Deutschland von 1871-1914, in: ZfG, 1961, Nr. 7, S. 1592.

[21] Max Horkheimer/Theodor W. Adorno, Vorwort zu: Paul W. Massing, Vorgeschichte des politischen Antisemitismus, Frankfurt a. M. 1959 (Neudruck 1985), S. VII.

[22] Ebenda, S. VI.

[23] Ebenda.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

konstruierte. Nur knapp fiel das positive Fazit über die Rolle der SPD aus: „Es ist das Verdienst der deutschen Sozialdemokratie, das von Lenin mehrmals hervorgehoben wurde, den deutschen Arbeitern im Anschluß an die Arbeiten von Karl Marx die sozialen Wurzeln und die politische Rolle des Antisemitismus umfassend auseinandergesetzt zu haben."[24] Die damaligen Erkenntnisschranken der Verfasser – oder auch die Toleranzgrenze der Redakteure der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft", wo die Arbeit erschienen war – hätten nicht deutlicher zum Ausdruck gebracht werden können.[25]

Der von Schleier und Seeber positiv erwähnte Siegbert Kahn hatte unterdessen in den neugegründeten „Beiträgen zur Geschichte der Arbeiterbewegung" mehrere „Dokumente des Kampfes der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung gegen Antisemitismus und Judenverfolgung" veröffentlicht. Der Titel von Kahns Arbeit ließ jedoch mehr erwarten, als im Text dann zu lesen war: Die „revolutionäre deutsche Arbeiterbewegung" wurde, kaum überraschend, mit der KPD gleichgesetzt, doch deren hier veröffentlichte Appelle und Resolutionen bezogen sich keineswegs auf die gesamte Zeit ihrer Wirksamkeit, sondern lediglich auf den Aufruf „Gegen die Schande der Judenpogrome" vom November 1938 sowie ein illegales Flugblatt und einen Artikel der Pariser „Deutschen Volkszeitung" vom 20. November 1938. Eine kritische Analyse der KPD-Linie vor 1938 fand nicht statt.[26]

Der bei weitem inhaltsreichste Beitrag zur nazistischen Judenpolitik war eine Spezialuntersuchung des Leipziger Historikers und Archivars Manfred Unger über „die ‚Endlösung' in Leipzig", der – untertrieben als „Miszelle" betitelt – 1963 in der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft" erschien. Basierend auf den Materialien des Leipziger Stadtarchives, zeigte Unger, wie die Nationalsozialisten ab 1933 den Terror gegen die jüdische Bevölkerung der Messestadt, wo eine große jüdische Bevölkerungsgruppe ansässig war, systematisch forcierten. Er wies nach, daß der frühere Oberbürgermeister und spätere Widerstandskämpfer gegen Hitler, Carl Goerdeler, beispielsweise durch seine Mitarbeit an der nazistischen Stadtverfassung und enge Beziehungen zur SS an der Diskriminierung gegen jüdische Bürger in hohem Maße beteiligt gewesen war. Unger zeigte detailreich die alltäglichen Schikanen, die der Vertreibung und schließlichen Ermordung der Juden vorangingen. Er dokumentierte, wie die sogenannte Arisierung „für die faschistische Bourgeoisie reiche Früchte" trug.[27] Der Aufsatz listete die Deportationen der Juden nach dem jeweiligen Konzentrationslager auf und hielt fest, daß beispielsweise „der HASAG, einem der größten Rüstungsbetriebe Leipzigs, nach der Okkupation Polens die unversehrt gebliebenen Muni-

[24] Schleier/Seeber, S. 1597.

[25] Hans Schleier würdigte übrigens in seiner 1975 als Buch erschienenen Habilitationsschrift über die Geschichtswissenschaft in der Weimarer Republik eine Reihe bis dahin in der DDR kaum genannter – auch jüdischer – Außenseiter der Historikerzunft. Die einzige Stelle, wo er sich zu unsachlicher Kritik gegen einen linken Wissenschaftler hinreißen ließ – den angeblichen „Renegaten" Arthur Rosenberg –, hatte nichts mit Antisemitismus zu tun. Vgl. Hans Schleier, Die bürgerliche deutsche Geschichtsschreibung der Weimarer Republik, Berlin (Ost) 1975; für die Attacke gegen Rosenberg vgl. S. 32.

[26] Vgl. Siegbert Kahn, Dokumente des Kampfes der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung gegen Antisemitismus und Judenverfolgung, in: BzG, 1960, Nr. 31, S. 552–564. Die Zeitschrift trug damals noch den Titel „Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", wobei das „deutsch" später fortfiel.

[27] Manfred Unger, Die „Endlösung" in Leipzig. Dokumente zur Geschichte der Judenverfolgung 1933–1945, in: ZfG, 1963, Nr. 5, S. 947.

FSPZS Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

tionsfabriken in Kamiena zugefallen" waren.[28] Antisemitische Irrationalität und die „Rationalität" imperialer Machtpolitik wurden in ihrer gegenseitigen Bedingtheit analysiert. Ungers Spezialstudie fand jedoch zur damaligen Zeit keine Parallele, bezogen auf andere Städte oder Regionen. Die Vernichtung der Juden wurde in einer Reihe von Darstellungen und Dokumentationen behandelt, so in der Kollektivarbeit „SS im Einsatz" (1957), in Heinz Kühnrichs Buch über das System der deutschen Konzentrationslager (1960), in den von Peter Alfons Steininger herausgegebenen Auszügen des Nürnberger Prozesses (1962) oder in der fünfbändigen Materialiensammlung über den deutschen Imperialismus und den zweiten Weltkrieg, die in den Jahren 1960 bis 1962 als Produkt gemeinsamer Arbeit von Historikern der DDR, der Sowjetunion und Polens erschien.[29] Der Judenhaß war in diesen Büchern zwar nicht das Zentralthema, wurde aber als Bestandteil nazistischer Ideologie und Herrschaftspraxis klar benannt. Im Rezensionsteil der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft" wurde eine Reihe von Neuerscheinungen aus der internationalen wissenschaftlichen Literatur zu diesem Thema vorgestellt, wenngleich kaum eines dieser Bücher dem historisch interessierten Leser ohne das Privileg einer speziellen Nutzungsgenehmigung „für wissenschaftliche Zwecke" in den Bibliotheken zugänglich war.

Seit der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre erschienen in deutscher Übersetzung in der DDR eine Reihe größerer Arbeiten polnischer Autoren, die sich speziell mit der Ermordung der Juden und mit dem jüdischen Widerstand, insbesondere dem Warschauer Ghetto-Aufstand von 1943, befaßten. Hierzu gehörten zuallererst die bewegende Darstellung von Bernard Mark über den Ghettoaufstand (1957), die vom Warschauer Jüdischen Historischen Museum herausgegebene Dokumentation über Ausrottung und Widerstand der Juden in Polen (1960) und die Erlebnisberichte aus dem Warschauer Ghetto (1966).[30] Mit Beginn der sechziger Jahre gelangten eine ganze Reihe erschütternder Tagebuchaufzeichnungen von Überlebenden des Massenmordes in die Hände der Leser in der DDR.[31] Vorangegangen war dem eine von Arnold Zweig mitinitiierte Anthologie von Augenzeugenberichten des Warschauer Ghettos und seiner Vernichtung, die 1958 herauskam. Es dauerte zehn Jahre, ehe 1968 eine Sammlung deutscher Lyrik erschien, deren Thema die Judenverfolgung im „Dritten Reich" war.[32] Doch hatten in den sechziger Jahren kirchliche[33]

[28] Ebenda, S. 950.

[29] SS im Einsatz. Eine Dokumentation über die Verbrechen der SS, Berlin (Ost), 3. Aufl. 1960; Heinz Kühnrich, Der KZ-Staat, Berlin (Ost) 1960; Peter Steininger (Hg.), Der Nürnberger Prozeß. Aus den Protokollen und Materialien des Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, 2 Bde., Berlin (Ost) 1962; Der deutsche Imperialismus und der Zweite Weltkrieg, 5 Bde., Berlin (Ost) 1960–1962.

[30] Bernard Mark, Der Aufstand im Warschauer Ghetto, Berlin (Ost) 1957 (3. Aufl. 1960); Faschismus-Ghetto-Massenmord. Dokumentation über Ausrottung und Widerstand der Juden in Polen während des zweiten Weltkriegs, Berlin (Ost) 1960; Ghetto. Berichte aus dem Warschauer Ghetto, Berlin (Ost) 1966.

[31] Das Tagebuch des David Rubinowicz, Berlin (0st) 1961; Maria Bienas, Begegnung mit Edith Stein, Leipzig 1963; Mascha Rolnikaite, Mein Tagebuch, Berlin (0st) 1967.

[32] Im Feuer vergangen. Tagebücher aus dem Ghetto, Berlin (Ost) 1958, 2. Aufl. 1959; Heinz Seydel (Hg.), Welch Wort in die Kälte gerufen. Die Judenverfolgung des 3. Reiches im deutschen Gedicht, Berlin (Ost) 1968.

[33] Kurt Meier, Kirche und Judentum. Die Haltung der evangelischen Kirche zur Judenpolitik des Dritten Reiches, Halle 1968; Heinrich Fink (Hg.) Stärker als die Angst. Die sechs Millionen, die keinen Retter fanden, Berlin (Ost) 1968.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

sowie SED-Historiker[34] Dissertationen, Monographien oder Quellensammlungen vorgelegt, die sich mit der ambivalenten Haltung beider Kirchen zum Antisemitismus des Nazi-Regimes befaßten. Dies ging einher mit einer breiten Rezeption etwa der literarischen Werke von Rolf Hochhuth, Peter Weiss oder Heinar Kipphardt in der DDR, obgleich jeder der Genannten gegenüber dem bürokratischen Sozialismus der DDR deutliche Vorbehalte geäußert hatte. (Der ähnlich argumentierende Erich Fried blieb allerdings noch lange eine „Unperson" für den offiziellen Literaturbetrieb der DDR.)[35] Interessanterweise spielte beim Streit um Franz Kafka in den mittsechziger Jahren seine jüdische Sozialisation keine Rolle. Auch das prägende „jüdische" Element in seinen Werken oder die Tatsache, daß einige seiner wichtigsten Befürworter wie Eduard Goldstücker Juden waren, wurde nicht offen thematisiert.[36]

Für die breite Vermittlung der Geschichte des Nationalsozialismus war selbstverständlich die an die Konzentrationslager geknüpfte Erinnerung mitentscheidend. Unmittelbar nach 1945 wurde, insbesondere im Rahmen der VVN, zwar noch aller Antifaschisten gedacht; Zeitzeugen erinnerten sich an Kundgebungen der VVN, auf denen Mitglieder der Jüdischen Gemeinde die Fahne der zionistischen Bewegung mit dem blauen Davidstern auf weißem Grund schwenkten.[37] Im Februar 1948 schrieb Karl Schirdewan, ehemaliger Häftling von Sachsenhausen, über die Notwendigkeit von Forschungsstellen der Geschichte des Antifaschismus bei den verschiedenen VVN-Landesverbänden. Es müsse ein Gesamtbild entstehen, das über Partei- und weltanschauliche Grenzen hinwegreiche. „Sozialisten und Demokraten", so Schirdewan, „waren die Kräfte des Widerstandes gegen den Faschismus."[38]

Doch im Februar 1953 mußte der Zentralvorstand der VVN seine Selbstauflösung beschließen. Die offizielle, von Franz Dahlem vorgetragene Begründung lautete: „Die Entwicklung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in der DDR hat zur Ausrottung aller Wurzeln des Faschismus geführt ... Jene speziellen Aufgaben der VVN, die in der Pflege der Traditionen des antifaschistischen Kampfes und der Popularisierung der Helden des antifaschistischen Widerstandes weiterbestehen, müssen heute auf breiterer Grundlage und mit ganz anderen Mitteln geführt werden, als das die VVN zu leisten imstande war."[39]

Anstelle der VVN wurde das Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer gebildet, dessen vom ZK der SED ausgewählte Mitglieder, wie die Historikerin und Publizistin Annette Leo schrieb, „das schmale Stück Erinnerung (repräsentierten), das nach den Ausgrenzungs- und Verleumdungskampagnen der Jahre zuvor übriggeblieben war. Keine

[34] Horst Dohle, Die Stellung der evangelischen Kirche in Deutschland zum Antisemitismus und zur Judenverfolgung zwischen 1933 und 1945. Phil. Diss., Berlin: Humboldt Universität 1963; U. Müller, Antisemitische Theorie und Politik im deutschen Katholizismus seit Beginn der allgemeinen Krise des Kapitalismus bis zur Zerschlagung der faschistischen Diktatur in Deutschland, Phil. Diss., Leipzig: Karl-Marx-Universität 1965 (Die letztgenannte Dissertation war mir nicht zugänglich).

[35] Vgl. hierzu die Literaturangaben in Anm. 1 dieses Kapitels.

[36] Zur Kafka-Debatte vgl. Martina Langermann, Zur Geschichte der Edition und Adaption Franz Kafkas in der DDR (1962 bis 1966), in: Jürgen Kocka (Hg.), Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien, Berlin 1993, S. 345-359.

[37] Darüber informiert Annette Leo, Antifaschismus und Kalter Krieg, in: Mythos Antifaschismus. Ein Traditionskabinett wird kommentiert, Berlin 1992, S. 144.

[38] Karl Schirdewan in der VVN-Zeitschrift „Unser Appell" vom Februar 1948, zit. ebenda.

[39] ND, 26. Februar 1953.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Rede war mehr vom bürgerlichen liberalen und konservativen Widerstand, auch der christliche und sozialdemokratische Beitrag waren ausgeblendet, der Massenmord an den Juden allenfalls ein Randthema."[40]

Dieser Massenmord blieb auch deshalb ein Randthema in den Ausstellungen der Konzentrationslager, weil in den Konzeptionen der Gedenkstätten die jüdischen Opfer kaum als solche benannt, sondern generell zu Opfern der betreffenden Nation - der polnischen, russischen, französischen usw. - erklärt wurden.

Daran nahmen jüdische Besucher der Gedenkstätten teilweise Anstoß, so der israelische Pharmakologe Felix Bergmann, Professor an der medizinischen Fakultät der Hebräischen Universität Jerusalem. Bergmann hatte, was eine außerordentliche Seltenheit war, als israelischer Forscher auf Einladung seines Berliner Kollegen Jakob Segal Forschungen und Lehrveranstaltungen an der Humboldt-Universität durchführen können. Eines seiner Spezialgebiete war die Erforschung der Purine, die zu den Bausteinen der DNS gehören. 1933 hatte er Deutschland verlassen müssen. Im September 1960 nutzte er seinen DDR-Aufenthalt auch zu einem Besuch des Konzentrationslagers Buchenwald. Daran anschließend wandte er sich brieflich an Ministerpräsident Otto Grotewohl. Bergmann schrieb:

„Gestatten Sie mir bitte, Ihnen folgende Bitte vorzutragen: Als Gast der Humboldt-Universität habe ich das Buchenwald-Lager besucht, um mit eigenen Augen die brutalen Quälmethoden der Nazis zu sehen. Den Opfern dieser Verbrecher hat man im Mahnmal ein ergreifendes Denkmal gesetzt, aber zu meiner tiefsten Enttäuschung hat man mein Volk, das jüdische Volk, dort vergessen.

Die tausende Juden, die in Buchenwald gemordet wurden, und die Millionen Juden, die in den Gaskammern erstickt wurden, haben nicht genügt, meinem Volk einen Platz einzuräumen unter all den anderen Nationen, die ihre Söhne verloren haben? Das ist nicht nur eine Mißachtung der elementaren Rechte der jüdischen Nation, deren Kinder den Tod fanden, nur weil sie Juden waren, aber es beraubt auch das deutsche Volk eines ständigen Appells an sein Gewissen, um es zu erinnern, was Deutsche hier getan haben.

Im Namen aller meiner Brüder, im Namen vieler Juden und Nichtjuden, mit denen ich in der DDR darüber gesprochen habe, im Namen der Verständigung der Völker und im Namen einfacher, menschlicher Gerechtigkeit bitte ich Sie, verehrter Herr Ministerpräsident, dieses historische Unrecht aus der Welt zu schaffen. Ich glaube, daß ein solcher Akt der DDR nicht nur in den Augen des jüdischen Volkes, aber auch im Herzen aller guten Menschen höchste Anerkennung finden wird."[41]

Im Namen Grotewohls antwortete Georg Spielmann, Vorsitzender des Komitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer.

„In der Deutschen Demokratischen Republik wurde das Vermächtnis der Helden des antifaschistischen Widerstandskampfes erfüllt und die Lehren aus der faschistischen Vergangenheit gezogen", schrieb Spielmann an Bergmann. „Antisemitismus, Völker- und Rassenhetze werden unnachsichtig strafrechtlich geahndet. In unserer Republik gibt es, im Gegensatz zu Westdeutschland und Westberlin, wo sich das immer stärker zeigt, keine diffamierende Unterscheidung zwischen Juden und Deutschen, wie das zu den verbrecheri-

[40] Leo, S. 149f.

[41] SAPMO-BArch, ZPA NL 90/550, Bl. 264: Prof. F. Bergmann, Jerusalem, an den Ministerpräsidenten Otto Grotewohl, Vorsitzender des Kuratoriums für das Mahnmal Buchenwald. Abschrift vom 25. September 1960.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

schen Methoden des Naziregimes gehörte." Spielmann übersandte dem israelischen Naturwissenschaftler eine Broschüre, die am Beispiel des Schulwesens die, wie es hieß, „in Westdeutschland entstandene neue Gefahr der Faschisierung" behandelte. Weiter schrieb er:

„Sie sind der Meinung, daß den Juden, die in Buchenwald ermordet wurden, bei der Gestaltung der Mahn- und Gedenkstätte keine Ehrung zuteil wurde. Eine solche Auffassung entbehrt unseres Erachtens jeglicher Grundlage. Die in Buchenwald ermordeten Juden kamen in dieses Lager als polnische, russische, ungarische, belgische, französische und deutsche Staatsbürger. Gerade das aber wollten die Hitlerfaschisten nicht wahrhaben. Ihre Politik war, wie sie es ausdrückten, darauf gerichtet, die Juden aus dem ‚Volkskörper' auszuschließen. Mit einer solchen Politik glaubten sie, einen Keil zwischen die Juden und die anderen Bürger treiben zu können, um ihr schändliches Handwerk der Ausrottung leichter ausüben zu können. Diese Methode stieß auf den entschlossenen Widerstand der Antifaschisten und der aufrechten Patrioten in allen Ländern Europas."

Spielmann betonte, mit der Errichtung der Stelen auf der Straße der Nationen würden die in das KZ Buchenwald verschleppten Menschen ohne Unterschied der Rasse, Religion oder Weltanschauung geehrt. Dies habe „bei den jüdischen Bürgern unseres Staates, in den Reihen der europäischen Widerstandsbewegung und bei allen Besuchern der Mahn- und Gedenkstätte ... volle Zustimmung gefunden."[42]

Bergmanns zornige Erwiderung ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Er nannte es „eine furchtbare Verdrehung der Tatsachen", daß die in Buchenwald ermordeten Juden als russische, ungarische oder deutsche Staatsbürger in das Lager eingeliefert worden seien. „Die Juden kamen ins Lager als ‚Juden', d. h. als Angehörige des jüdischen Volkes, und wurden daher innerhalb des Lagers in einem abgezäunten Sonderlager, getrennt von den ‚Ariern' aller anderen Länder und Völker, mit besonders bestialischen Methoden und besonders niedrigen Hungerrationen zu Tode gequält." Dies könne in Bruno Apitz' „Nackt unter Wölfen" nachgelesen werden. „Wissen Sie wirklich nicht", fuhr Bergmann fort, „daß nicht nur der überwiegende Teil des deutschen, sondern auch des polnischen, ukrainischen, ungarischen Volkes und anderer die Juden, die sich versteckt hielten, den Nazis zur Vernichtung auslieferten? Ist Ihnen nicht bekannt, daß in den Vernichtungslagern und Gaskammern neben den Söhnen Ihres Volkes auch Polen, Ukrainer und andere ‚tätig' waren? Es ist wirklich eine Verhöhnung meines Volkes, wenn sie jetzt erklären, die ‚Juden wurden als polnische, russische, ungarische ... deutsche Staatsbürger' in die Lager geschleppt und ausgerottet. Damals hat keines dieser Völker unsere Staatsbürgerrechte hervorgezogen."

„Die Tatsache", so Bergmann weiter, „daß die DDR sich weigert, meinem Volk dort einen Stein zu setzen, beweist also, daß Sie die jüdische Nation nicht anerkennen. Statt dessen sagen Sie, daß Sie die Juden als zum deutschen Volkskörper gehörig betrachteten. Diese Auffassung ist für uns Juden beleidigend und gefährlich, aber darüber hinaus stellt sie dem deutschen Volk ein schlechtes Kulturzeugnis aus." Bergmann berichtete, einer der Studenten der Humboldt-Universität habe zu ihm gesagt, die Juden hätten sich zu assimilieren. Bergmann sah darin Anzeichen „einer neuen Form der Brutalität, die nicht zu einem guten Ende führen kann." Er brachte dies in Verbindung mit der von ihm in Ost- wie Westdeutsch-

[42] Georg Spielmann, Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer in der DDR, an Prof. F. Bergmann, 14. Dezember 1960. Ebenda, Bl. 265–267.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

land beobachteten Tendenz, die Verbrechen der Nazis und die eigene Mittäterschaft zu verschweigen: „Den Mund halten und auf die ‚anderen' abschieben, solange man sich verstecken kann. Wenn man aber durch ein Mißgeschick geschnappt wird, dann sagen - es war Befehl von oben."

Bergmann beschloß seinen Brief mit den beschwörenden Sätzen: „Eine wirkliche seelische Umkehr drückt sich in Taten aus. Wenn diese Umkehr in der DDR stattfinden wird, wird es Ihnen mit einem Mal aufgehen, was es bedeutet, das jüdische Volk geistig auszulöschen. Dieser Moment ist für die DDR sehr wichtig, viel wichtiger als für die Juden, denn wir werden auch ohne den Denkstein in Buchenwald überleben. Wir haben sogar den deutschen Faschismus überlebt und wir schicken uns an, auch die DDR zu überdauern."[43]

Diese Mahnung - wenn auch ohne die Prophezeiung - wurde zumindest von einem berühmten jüdischen Schriftsteller geteilt. Arnold Zweig schrieb im September 1958: „Unter den 21 Fahnen der Völker, welche sich auf dem Ettersberg zusammenfanden, um das unauslöschliche Gedenken der Helden und Märtyrer mit dem Kampfruf gegen die Wiederkehr der Barbarei zu verbinden, fehlte die Fahne mit dem uralten Emblem des Davidsterns, welche die jüdischen Opfer des faschistischen Terrors vertreten hätte."[44]

Die SED-Führung sah sich auch weiterhin mit diesem Teil der Erinnerung an die Geschichte des Völkermordes konfrontiert. Am 28. Februar 1961 schrieb Georg Spielmann an das Politbüromitglied Albert Norden:[45]

„Hinsichtlich des Ersuchens der Union der antinazistischen Kämpfer Israels, im internationalen Museum der Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen eine Ausstellung über das Märtyrertum und den Kampf des jüdischen Volkes zu schaffen, habe ich das Institut für Marxismus-Leninismus von Deiner Meinung dazu informiert. Darauf erhielten wir vom Institut folgendes Schreiben:

‚(...) wir sehen keine Möglichkeit, im Rahmen dieser Ausstellung die Hinweise des Genossen Norden zu realisieren. Die einzige Möglichkeit besteht darin, in einer der erhalten gebliebenen Baracken, in der sich jüdische Gefangene befanden, Materialien und Dokumente über die Solidarität der Gefangenen anderer Nationen mit den jüdischen Häftlingen und darüber hinaus auf das gesamte Problem der Verfolgung und Vernichtung der Juden eingehend, auszustellen. Das sollte selbstverständlich nicht als eine besondere Ausstellung Israels gestaltet werden, sondern es wäre ein Teil der von der DDR vorbereiteten Gesamtausstellung. Bei der Einrichtung dieser Baracke müßten wir uns dennoch auf eine begrenzte Ausstellung orientieren, damit das Schwergewicht nicht nach dieser Seite verlagert wird.'"

Spielmann folgerte daraus, man könne der israelischen Seite „keine auch nur annähernd befriedigende Antwort geben."

[43] Ebenda, Bl. 269–273: Bergmann an Spielmann, 29. Januar 1961. Professor Felix Bergmann (Jg. 1908) erlebte das Ende der DDR. Angaben zu seiner Person in: Werner Röder/Herbert A. Strauss (Hg.), Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, Bd. 1, München 1980, S. 89f.

[44] Arnold Zweig im Vorwort zu: Im Feuer vergangen, S. 9 (der 2. Aufl.). Hingegen betonte das Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer in einem Briefwechsel mit der Jewish Nazi Victim Organization of America die „würdige(n) und eindrucksvolle(n) Mahn- und Gedenkstätten, die zu wahren Pilgerorten unserer Bevölkerung" geworden seien. Undatierter Briefentwurf (Herbst 1962), in: SAPMO-BArch, ZPA IV 2/2028/76, Bl. 86.

[45] Vgl. zum folgenden ebenda, Bl. 53–55.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

In einer Mitteilung vom 1. März betonte Norden gegenüber Spielmann: „Selbstverständlich kann und darf man keine ‚besondere Ausstellung Israels' auch nur ins Auge fassen." Nordens Begründung für die Erinnerung an die Vernichtung der Juden war aufschlußreich: „Aber die Massenvernichtung der Juden und das, was die Antifaschisten zum Schutze der rassisch verfolgten Menschen getan haben, das muß man unbedingt in die Sachsenhausen-Ausstellung hineinbringen. Tut man das nicht, dann leistet man jenen feindlichen Verleumdungen Vorschub, die in der Weltöffentlichkeit bereits mehr als einmal erhoben wurden, daß in der DDR die Leiden der Juden unter dem Hitlerfaschismus nicht genügend beachtet werden."

Nicht der Wunsch nach Erinnerung und Mahnung, den so viele Juden hatten, auch nicht die Notwendigkeit einer Aufklärungsarbeit unter den Menschen, besonders auch der nachwachsenden Generation, nicht einmal die Würdigung der mutigen Männer und Frauen, die unter Einsatz ihres Lebens den verfolgten Juden halfen, waren nach Norden gute Gründe, das Wissen um die Einzigartigkeit der systematischen Vernichtung der Juden weiter zu vermitteln. Es ging Norden lediglich darum, den „feindlichen Verleumdungen" entgegenzuwirken, die allerdings über die elektronischen Medien auch die Bevölkerung der DDR erreichten. Dem Rabbinersohn Albert Norden mag seine nichtproletarische Herkunft als ein Makel erschienen sein - jedenfalls gab keine Veröffentlichung in der DDR einen Hinweis auf Nordens familiären Hintergrund, ganz im Gegensatz übrigens zu biographischen Hinweisen beispielsweise Ulbrichts, worin dieser immer wieder als „Sohn der deutschen Arbeiterklasse" tituliert wurde. Vielleicht hatten sich auch die Exzesse des stalinistischen Antisemitismus in der Sowjetunion und ihr Übergreifen auf die DDR warnend in Nordens Gedächtnis eingegraben. Dies kann nur Vermutung bleiben. Jedenfalls sollte sich Ulbricht bei einigen Fragen, die Israel oder die Juden betrafen, stets an Norden wenden. Doch für Norden wie für Ulbricht und das Gros der hohen SED-Würdenträger stand außer Frage, daß sie genau zu wissen meinten, was für die Menschen gut und was schlecht war, was man ihnen zumuten konnte und wovor man sie abzuschirmen hatte. Dies galt natürlich auch für den ritualisierten Antifaschismus mitsamt der dosierten Behandlung der Massenvernichtung an den Juden. Die Bürger der DDR blieben unter Vormundschaft der Spitzen einer allmächtigen Partei- und Staatsbürokratie. Sie waren gerade nicht jene „Assoziation freier Produzenten", die für Marx und Engels den Sozialismus prägen sollten. Wie alle anderen Menschen, waren natürlich auch die Juden in der DDR unmittelbar den Restriktionen der Bürokratie ausgesetzt. Ihre Rechte, wie die aller Menschen, waren nicht einklagbar oder gegen den Willen der Herrschenden durchsetzbar. Wie alle anderen Gruppen der Gesellschaft waren sie dem jeweiligen Kalkül der Mächtigen unterworfen, von deren Maß an Tolerenz abhängig. Damit war diese Toleranz, die die Repressionen der Jahre 1952/53 abgelöst hatte, immer fragwürdig. Sie darf nicht verwechselt werden mit wirklicher Emanzipation. Doch dies betraf, sicher von Fall zu Fall mit Abstufungen, alle sozialen Gruppen in der DDR, die gesamte Bevölkerung und damit letztlich jeden einzelnen Menschen. Die jüdische Bevölkerung konnte in der DDR ihr Leben ohne Angst vor Diskriminierung oder gar vor Pogromen gestalten. Alle Gesetze des Staates standen auf ihrer Seite. In Anbetracht der jüngsten deutschen und europäischen Geschichte war dies ein sehr zu begrüßender Fortschritt. Juden lebten in der DDR, zumeist als Angehörige der Intelligenzschicht, eher besser als schlechter, verglichen mit dem Durchschnitt der Bevölkerung. Bis zu einem gewissen Grad konnten sie auch ihre verwandtschaftlichen Beziehungen ins Ausland pflegen. Zumindest den Älteren unter ihnen mag ihre internationale Erfahrung, auch die

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Kenntnis von Fremdsprachen von Nutzen gewesen sein. Eine Reihe von Persönlichkeiten jüdischer Herkunft rechtfertigte - wie andere prominente DDR-Bürger - den Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961, wenngleich sie dies teilweise in sachlicher Art taten. So antwortete Stephan Hermlin am 17. August in einem Schreiben an „Die Welt" auf kritische Äußerungen von Wolfdietrich Schnurre und Günter Grass. Er schrieb: „Ich habe meiner Regierung am 13. August kein Danktelegramm geschickt und ich würde meine innere Verfassung auch nicht als eine solche ‚freudige Zustimmung', wie manche sich auszudrükken belieben, definieren. Wer mich kennt, weiß, daß ich ein Anhänger des Miteinanderlebens bin, des freien Reisens, des ungehinderten Austausches auf allen Gebieten des menschlichen Lebens, besonders auf dem Gebiet der Kultur. Aber ich gebe den Maßnahmen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik meine uneingeschränkte ernste Zustimmung. Sie hat mit diesen Maßnahmen, wie sich bereits zeigt, den Antiglobkestaat gefestigt, sie hat einen großen Schritt vorwärts getan zu Erreichung eines Friedensvertrages, der das dringendste Anliegen ist, weil er allein angetan ist, den gefährlichsten Staat der Welt, die Bundesrepublik, auf ihrem aggressiven Weg zu bremsen."[46]

Während sich der Lyriker Paul Wiens und der Komponist Paul Dessau ähnlich, aber schärfer im Ton, äußerten, war der Bau der Mauer und der daraufhin erfolgte Weggang ihres Sohnes Anlaß für Ernst und Karola Bloch, gleichfalls nicht in die DDR zurückzukehren. Sie blieben in der Bundesrepublik, in der sie sich damals gerade aufhielten.

Da die große Mehrheit der DDR-Bürger jüdischer Herkunft aus einer kommunistischen Tradition kam oder sich zumindest als Teil dieser Tradition begriff, akzeptierte sie auch die offizielle Lesart, wonach Kommunisten (und nicht primär Juden) Hauptangriffsziel und Hauptopfer der nazistischen Gewaltpolitik gewesen seien. „Die Untersuchung von Funktion und Konsequenzen des nazistischen Rassenwahns mit Auschwitz als grauenvollem Kulminationspunkt bot kaum Ansatzmöglichkeiten zur Identitätsbildung - und galt folglich als wenig relevanter Aspekt der NS-Zeit", heißt es pointiert in einer neueren Studie zum Thema.[47] Dies galt auch für die Vermittlung dieser Periode der deutschen Geschichte im Schulunterricht.

In den ersten Nachkriegsschullehrbüchern waren, wie es in einer aktuellen unveröffentlichten Studie heißt, „Berührungsängste mit der jüdischen Geschichte ... kaum zu verbergen."[48] In den Lehrmaterialien, die zunächst noch oft aus dem Russischen übersetzt werden mußten, kam die Geschichte des jüdischen Volkes nur am Rande vor. Das 1952 erschienene erste Lehrbuch für den Geschichtsunterricht (an dem ein Autor jüdischer Herkunft, der Indologe Heinz Mode, mitarbeitete) behandelte ausführlicher die Geschichte Palästinas von der Gründung der Staaten Israel und Juda bis zur römischen Zeit und informierte auch über die hebräische Literatur. Spätere Lehrbücher boten jedoch nur noch sehr wenige Teilinformationen über die Sozial- und Kulturgeschichte der Juden in der Antike und im

[46] Stephan Hermlin in: Hans Werner Richter (Hg.), Die Mauer oder Der 13. August, Reinbek b. Hamburg 1961, S. 66. Vgl. auch die nachfolgenden Stellungnahmen von Paul Wiens (ebenda, S. 69f.) und Paul Dessau (ebenda, S. 76f.).

[47] Erica Burgauer, Zwischen Erinnerung und Verdrängung - Juden in Deutschland nach 1945, Reinbek b. Hamburg 1992, S. 199f. Diese Darstellung stützt sich noch nicht auf die Materialien im Zentralen Parteiarchiv.

[48] Stefan Küchler, Die Darstellung der jüdischen Geschichte im Geschichtsbild und den Geschichtsbüchern der ehemaligen DDR, Ms., o. O. 1994, S. 10. Hiernach auch das folgende.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

christlichen Mittelalter. In der Klassenstufe 9 wurde jedoch die Vernichtung der Juden durch die Nationalsozialisten behandelt, die Juden wurden aber nur als Opfer dargestellt. Berichte über den jüdischen Widerstand fehlten. In der Klassenstufe 10 wurde seit den sechziger Jahren auf den israelisch-arabischen Konflikt - bei negativer Bewertung des Zionismus - hingewiesen. Im Deutschunterricht wurde Friedrich Wolfs „Professor Mamlock" gelesen. Die jiddische Kultur war nicht Teil des Schulstoffes, obwohl die in der DDR lebende Sängerin Lin Jaldati diese Kultur über die Medien einem großen Bevölkerungskreis nahebringen konnte. Erwähnt sei auch der (meist aus Nichtjuden bestehende) Leipziger Synagogalchor, der jiddisches und hebräisches Liedgut pflegte.

Die Religionsfreiheit wurde in der Verfassung garantiert. Dennoch war die offizielle Ideologie - der hybride „Marxismus-Leninismus" - als Antithese zur religiös dominierten Kultur konzipiert. Der religionsgeschichtliche Unterricht beschränkte sich auf die Veranstaltungen an den theologischen Fakultäten der Universitäten, die kirchlichen Hochschulen sowie die kirchliche Unterweisung für Laien. Den Jüdischen Gemeinden, genauer: ihren Resten, wurden beachtliche Mittel zuteil, vor allem für die Restaurierung von Synagogen, für das jüdische Altersheim, eine koschere Fleischerei und für die Instandhaltung der jüdischen Friedhöfe. Die Jüdischen Gemeinden, so der kanadische Journalist Peter Lust in einem zeitgenössischen Reisebericht, seien jedoch bloße „Museumsstücke und die DDR-Regierung möchte sie so lange wie möglich fortbestehen lassen, um dem Ausland zu zeigen, daß sie wirklich die am meisten antinazistische Regierung in Europa ist, daß den Juden geholfen wird und sie unterstützt werden und daß die Religion in Ostdeutschland nicht verfolgt wird."[49]

Noch im November 1952, während der „antizionistischen" Kampagnen, wurden erste fünfstellige Summen für die Rekonstruktion der Berliner Synagoge in der Rykestraße überwiesen. Im Oktober 1956 wandte sich die Ostberliner Gemeinde an den Westberliner Senat. Sie ersuchte um finanzielle Unterstützung und um Hilfe bei der Gewinnung von jungen Menschen aus beiden Teilen Berlins, die den jüdischen Friedhof in Berlin-Weißensee pflegen sollten. Die evangelische Kirche unterstützte dies (was in spätere Hilfeleistungen mündete), doch der Westberliner Senat wies die Bitte ab. Es könne Westberliner Jugendlichen nicht zugemutet werden, an Aktionen beteiligt zu sein, die direkt oder indirekt unter dem Patronat der FDJ stünden.[50]

Seit 1961 gab die Jüdische Gemeinde eine Vierteljahresschrift heraus. Das Blatt interpretierte ohne Abweichung die „Linie" der SED-Führung, hielt sich allerdings mit Kritik an Israel deutlich zurück, folgte hierin keineswegs der offiziellen Ideologie. Es würdigte immer wieder die in der DDR-Verfassung jedem Bürger garantierte Glaubensfreiheit und das Recht religiöser Gemeinschaften auf Selbstverwaltung sowie die soziale Sicherheit der Überlebenden des Völkermordes und ihren gesetzlichen Schutz vor antisemitischer Hetze.[51] „Seit 1953 ist die Regierung der DDR in allem, was die Juden betrifft, außerordentlich zuvorkommend und hilfsbereit", hieß es in einer westlichen Darstellung aus dem Jahre 1988.[52]

[49] Peter Lust, Two Germanies: Mirror of an Age, Montreal 1966, S. 214. Das Buch von Norbert Muhlen, The Survivors: A Report on the Jews in Germany Today, New York 1962, ist weit mehr als Lusts Bericht vom Geist des Kalten Krieges beeinflußt.

[50] Vgl. Richard L. Merrit, Politics of Judaism in East Germany, Vortragsmanuskript (1988), S. 11.

[51] Vgl. Nachrichtenblatt des Verbandes der Jüdischen Gemeinden in der DDR, 1961, Nr. 1ff.

[52] Robin Ostow, Jüdisches Leben in der DDR, Frankfurt a. M. 1988, S. 17.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Nach der Spaltung der Berliner Jüdischen Gemeinde wurde in Ostberlin ein provisorischer Vorstand ernannt. Er verurteilte die Flucht führender Gemeindemitglieder in den Westen. Martin Riesenburger wurde zum Gemeinderabbiner ernannt. Er trat in der Folgezeit öffentlich hervor, seine Predigten wurden vom Berliner Rundfunk übertragen und er erreichte als Buchautor Popularität.[53] Nach seinem Tod im April 1965 wurde Heinz Schenk neuer Gemeindevorsitzender. Nach dem Krieg SED-Mitglied geworden, was im Westen sehr kritisch vermerkt wurde,[54] setzte er sich dafür ein, daß die Kosten für die Restaurierungsarbeiten an den Synagogen und anderen Stätten vollständig vom Staat übernommen wurden.[55] In der Nachkriegszeit wurden neue Synagogen in Dresden und Erfurt erbaut, in Ostberlin, Leipzig und Halle wurden sie rekonstruiert. In Karl-Marx-Stadt entstand ein Gemeindehaus mit Betsaal. Auch in Schwerin und Magdeburg wurden den Gemeinden Betsäle zur Verfügung gestellt.[56] 1954 übergab Otto Nuschke, Stellvertretender Ministerpräsident und verantwortlich für die Hauptabteilung Verbindung zu den Kirchen, die Summe von 925000 Mark an die Gemeinden.[57] 1964 wurde Helmut Aris Vorsitzender des Verbandes der Jüdischen Gemeinden. Aris, vor 1933 Sozialdemokrat und seit 1946 SED-Mitglied, war ein wichtiger Funktionsträger in der DDR. Er war Mitglied des Nationalrates der Nationalen Front, des Präsidiums des Friedensrates sowie der Zentralleitung des Komitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer. Diese Fülle an Ämtern zeigte, welchen Wert die DDR den winzigen Jüdischen Gemeinden beimaß, aber auch das Maß an Kontrolle, das sie durch einen so hochrangigen Funktionär ausüben konnte. Darin unterschied sich Aris von seinem Vorgänger, dem Hallenser Hermann Baden. Dieser hatte sich geweigert, die Ostberliner Gemeinde in den Verband aufzunehmen. Laut interner Berichte des Staatssekretariats für Kirchenfragen sei er „in keinem Fall in der Öffentlichkeit positiv in Erscheinung getreten", habe vielmehr die Gemeindevorstände beeinflußt, „sich zurückhaltend gegenüber den staatlichen Organen und bei Stellungnahmen zu Fragen des Friedens und der Wiedervereinigung" zu verhalten. Bis zu seinem Tode 1962 warf er wiederholt die Frage einer Entschädigung für das vom NS-Regime geraubte jüdische Eigentum auf.[58]

Die Überalterung der Gemeinden wirkte sich auf ihre Mitgliederzahl dramatisch aus: Nach einer bundesdeutschen Darstellung, die sich auf offizielle Quellen berief, lebten Ende 1952 rund 2600 Gemeindemitglieder in der DDR (einschließlich Ostberlins). 1962 waren es noch 1800, davon 950 in Ostberlin. Bis 1967 war die Gesamtzahl der Gemeindemitglieder

[53] Martin Riesenburger, Also spricht dein Bruder, Berlin (Ost) 1958; ders., Das Licht verlöschte nicht, Berlin (Ost) 1960.

[54] Vgl. Ostow, S. 18.

[55] Vgl. Heinz Schenk, Jewish Citizens and their Religious Communities in the GDR, in: GDR Review, 1965, Nr. 9, S. 8.

[56] Vgl. Lothar Mertens, Schwindende Minorität. Das Judentum in der DDR, in: Julius H. Schoeps (Hg.), Juden in der DDR-Geschichte, Probleme, Perspektiven, Duisburg 1988, S. 139.

[57] Vgl. Jerry E. Thompson, Jews, Zionism and Israel. The Story of the Jews in the German Democratic Republic,. Ph.D. Thesis, Pullmann: Washington State University 1978, S. 256f. Bedauerlicherweise enthält diese Arbeit eine Vielzahl grober Sachfehler.

[58] BA Koblenz, Abt. Potsdam, 04/1333, Bl. 59; auch zit. in: Angelika Timm, Die DDR, die Schoah und der offizielle Antizionismus, in: Mario Keßler (Hg.), Arbeiterbewegung und Antisemitismus. Entwicklungslinien im 20. Jahrhundert, Bonn 1993, S. 70.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

auf etwa 1500 gesunken. Für sie stand kein eigener, in der DDR lebender Rabbiner zur Verfügung. Deshalb übernahm der Ungar Ödön Singer dieses Amt.[59]

Es bleibt festzuhalten, daß in der DDR „der kleine Rest der Juden kulturell völlig integriert (war), da es sich hier überwiegend um Kommunisten ohne jüdische Bindung handelte, die aus politischen Motiven in die DDR zurückgekehrt waren." So faßte Monika Richarz die damalige Situation zusammen. Es galt dabei „als Beweis für die Überwindung des Antisemitismus, daß Studenten der Humboldt-Universität in Berlin, an der mehrere Juden lehren, nicht angeben konnten, wer von ihren Professoren jüdischer Herkunft ist."[60] Dieses Nichtwissen unter großen Teilen der Bevölkerung war die Kehrseite jüdischer Existenz in der DDR ohne Bewahrung der Tradition. „Jüdisches Leben in der alten DDR ... hat es in Wirklichkeit nie gegeben", lautete das bittere Fazit Heiner Lichtensteins.[61] Selbst wer einer solch rigide formulierten Bilanz nicht zustimmen möchte, wird fragen müssen, wie selbstverständlich jüdische Existenz nach Auschwitz im östlichen Teil Deutschlands war. Juden in der DDR waren, etwas verkürzt gesagt, „mal als ‚Zionisten' beargwöhnt, mal als ‚Antifaschisten' privilegiert",[62] wenngleich sie ihre Privilegien, falls sie solche besaßen, nicht ihrer Herkunft verdankten, sondern ihrer Teilnahme am antifaschistischen Kampf. Der antifaschistische Konsens der DDR verband aber die allermeisten Juden in einem überdurchschnittlich hohen Maße mit dem Staat. Keine Kritik an der Politik der DDR vermochte diesen Konsens prinzipiell aufzulösen. Er blieb stabil, obwohl die offizielle Position der DDR gegenüber dem jüdischen Staat Israel unter den ostdeutschen Juden nicht immer unumstritten blieb.

2. Die SED-Politik und Israel: Die Schatten der Vergangenheit auf einer Nicht-Beziehung

Die Haltung der SED-Führung gegenüber dem jüdischen Staat behielt durch die Last der jüngsten deutschen Vergangenheit ihre spezifische Dimension. Dies galt bis zum Ende der DDR, obwohl deren Führung eine Verantwortung des ostdeutschen Staates für den Völkermord auch weiterhin als gegenstandslos ansah. Unter diesen Vorzeichen ergriff die Regierung Ben Gurion Anfang 1954 die Initiative. Im Zusammenhang mit dem Außenministertreffen, das in Berlin über die Zukunft Deutschlands beriet, schlug sie der DDR Verhandlungen über Restitutionsleistungen vor. Dies geschah in Fortsetzung einer israelischen Note an die Sowjetunion vom 12. März 1951. Damals hatte Israel den vier Siegermächten des Zweiten Weltkrieges ein Schreiben mit der Forderung nach finanzieller Entschädigung für die von den Nazis am jüdischen Volk verübten Verbrechen übergeben. Die Forderungen beliefen sich auf eine Milliarde US-Dollar an die Bundesrepublik und 500 Millionen US-Dollar an die DDR. Die Westmächte schlugen direkte deutsch-israelische Verhandlungen vor. Diese könnten jedoch, so die sowjetische Seite, erst nach Abschluß eines Friedensver-

[59] A bis Z. Ein Taschen- und Nachschlagebuch über den anderen Teil Deutschlands, Bonn 1969, S. 308.

[60] Monika Richarz, Kultur, jüdische, in: Kulturpolitisches Wörterbuch Bundesrepublik Deutschland/Deutsche Demokratische Republik im Vergleich, Stuttgart 1984, S. 349f.

[61] Heiner Lichtenstein, Nicht auf gepackten Koffern sitzend, in: Tribüne, 1991, Nr. 117, S. 116.

[62] Marianne Krüger-Potratz, Anderssein gab es nicht. Ausländer und Minderheiten in der DDR, Münster/New York 1991, S. 91.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

trages stattfinden. Am 15. September hatte Israel daraufhin in einer Note an die UdSSR erneut auf die Forderung nach Entschädigung gegenüber der DDR verwiesen. Die DDR blieb eine offizielle Antwort schuldig. Eine frühere Erklärung zur Verhandlungsbereitschaft, die DDR-Vizepräsident Ernst Goldenbaum abgegeben hatte, wurde als nicht autorisiert dementiert.[63] Israel, so Nahum Goldmann in seinen Erinnerungen, habe „diese Opfer gerettet und eine ungeheure finanzielle Belastung auf sich genommen" und hielt sich daher „für berechtigt, diese Forderung im Namen des jüdischen Volkes zu stellen, obschon natürlich Israel keinen legalen Anspruch hatte, da es ja zur Zeit des Nazi-Regimes als Staat noch nicht existierte."[64] Dies war für Israel, so Goldmann weiter, „die emotionale Kernfrage des direkten Kontaktes mit Deutschland", die „nunmehr zu einer politischen Aktualität geworden" war.[65] Dies schien die DDR-Führung möglicherweise berücksichtigen zu wollen: Es kam zwischen 1954 und 1956 in Moskau zu Kontakten von Vertretern beider Seiten, die aber ohne Ergebnis blieben.

Am 28. Dezember 1956 übergab der Botschaftsrat der DDR in Moskau, Karl Seitz, dem israelischen Botschafter Shmuel Eliaschiv ein Aide-mémoire als offizielle Antwort an die israelische Regierung. Darin hieß es:

„Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat bisher alles in ihren Kräften Stehende getan, um den deutschen Faschismus mit seinen Wurzeln zu vernichten und Bedingungen zu schaffen, die ausschließen, daß von Deutschland nochmals eine Bedrohung der Sicherheit und Existenz anderer Völker - auch des jüdischen Volkes - ausgeht. Den auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik wohnhaften Opfern des Faschismus wurde in großzügiger Weise Unterstützung und Hilfe gewährt. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat die von den vier Alliierten festgelegten Reparationsleistungen zur Wiedergutmachung des von dem deutschen Faschismus angerichteten Schadens erfüllt."[66] Diese Antwort wurde im folgenden Jahr in einer weiteren Note bestätigt. Der israelische Vorschlag, in direkte Verhandlungen einzutreten, die auch die internationale Anerkennung der DDR vorangebracht hätten, wurde damit abgelehnt.

Während des Suezkrieges von 1956 stellte sich die DDR auf die Seite des angegriffenen Ägypten. Zunächst wurden jedoch vorrangig die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs verantwortlich gemacht, „die den von ihnen selbst inszenierten Angriff Israels als Vorwand für ihren Überfall auf Ägypten benutzten."[67] Am 22. Dezember 1956 forderte dann DDR-Außenminister Lothar Bolz die Regierung in Bonn auf, „die sogenannte Wiedergutmachung, die der Aufrüstung des israelischen Aggressors diente, der Republik Ägypten zur

[63] Vgl. Angelika Timm, DDR-Israel: Anatomie eines gestörten Verhältnisses, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. B4/93, 22. Januar 1993, S. 48.

[64] Nahum Goldmann, Mein Leben als deutscher Jude, Frankfurt a. M./Berlin(West)/Wien 1983, S. 377.

[65] Ebenda.

[66] Zit. in Timm, S. 49, nach einem Dokument im Archiv des israelischen Außenministeriums.

[67] Erklärung der DDR zur Suezaggression, in: Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. V, Berlin (Ost) 1958, S. 70. Dabei sah sich die SED mit dem Problem konfrontiert, die Haltung gegenüber Israel der Bevölkerung verständlich zu machen, ohne dabei antisemitischen Stimmungen Nahrung zu geben. Auf solche Stimmungen, die auch in Berichten lokaler SED-Organisationen verzeichnet sind, verweist Jan N. Lorenzen, Die Haltung der DDR zum Suez-Krieg. Das Jahr 1956 als Zäsur in der Nahost-Politik der DDR, in: Deutschland Archiv, 1995, Nr. 3, S. 283.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Wiedergutmachung der durch israelische Truppen angerichteten Schäden zur Verfügung zu stellen."[68] Damit wurden die Opfer der britisch-französisch-israelischen Aggression mit den Opfern des Holocaust tendenziell auf eine Stufe gestellt.

In den folgenden Jahren versuchte die DDR, gerade im arabischen Raum die Hallstein-Doktrin der Bundesregierung zu durchbrechen, ohne vereinzelte Kontakte zur israelischen Seite ganz aufzugeben. Auf ihrer zweiten Botschafter-Konferenz rief die DDR Anfang 1957 zum Kampf gegen diese Doktrin auf, um den angestrebten Übergang von Handels- zu diplomatischen Beziehungen zu erreichen.[69] Oft bahnte die Kammer für Außenhandel die entsprechenden Kontakte an, da sie formell nicht an die SED gebunden war. Trotz des Bonner Drucks konnte die DDR zwischen 1950 und 1957 die Zahl ihrer Wirtschaftspartner von 71 auf 130 Länder erhöhen. Eine Schwerpunktregion bildete von Beginn an der Nahe und Mittlere Osten.

Entgegen ihrer offiziellen Linie sah sich die DDR 1957 im Orientierungsplan ihres Außenministeriums faktisch als einer der beiden Rechtsnachfolger des „Dritten Reiches" an. Sie betonte jedoch zugleich, der „einzig rechtmäßige Staat in Deutschland" und damit „für alle politischen Fragen, die sich für ganz Deutschland ergeben", zuständig zu sein. Sie wies erneut die israelischen Forderungen zurück, erwog aber eine „deutsche Lastenteilung".[70] Diese Überlegung blieb indes folgenlos.

Die Politik der DDR wurde durch eine Reihe neugegründeter Organisationen vermittelt, die infolge der nationalen Unabhängigkeit vieler bislang kolonialunterdrückter Staaten entstanden: die ZK-Arbeitsgruppe Kampf gegen den Kolonialismus, der ZK-Arbeitskreis Afrika, die Liga für Völkerfreundschaft, das Komitee der Solidarität mit den Völkern Afrikas und verschiedene regional ausgerichtete Organisationen, darunter die Deutsch-Arabische Gesellschaft. Die DDR gewährte Studenten aus den neu entstandenen Staaten großzügig bemessene Stipendien. Eine Reihe von wissenschaftlichen Darstellungen hatten die Orientpolitik des deutschen Kaiserreiches und den antikolonialen Kampf der deutschen Sozialdemokratie zum Inhalt.[71] Es entstanden zwölf länderbezogene deutsch-arabische Freundschaftsgesellschaften sowie DDR-Kulturzentren in Kairo, Damaskus, Bagdad und später Khartum. Im ZK entwickelte die von Peter Florin geleitete Abteilung IV für außenpolitische Fragen insbesondere ab 1962 wachsende Aktivitäten, als in verschiedenen arabischen Ländern die Schlüsselindustrien verstaatlicht wurden. Nunmehr wurden Wirtschaftsexperten, FDJ-Instrukteure und Ausbilder in den Nahen und Mittleren Osten geschickt. Viele Kontakte liefen auch über den Weltgewerkschaftsbund, den Weltbund demokratischer Studenten und sogar das Internationale Rote Kreuz.

Zum Hauptpartner der DDR wurde Ägypten, das volksreichste arabische Land. Im November 1955 besuchte eine Regierungsdelegation der DDR unter Leitung des Stellver-

[68] Diese Erklärung ist abgedruckt in: Angelika und Wolfgang Bator (Hg.), Die DDR und die arabischen Staaten. Dokumente 1956–1982, Berlin (Ost) 1984, S. 62.

[69] Vgl. SAPMO-BArch, ZPA IV72/20/81, Bl. 65, auch referiert in: Wolfgang Schwanitz, SED-Nahostpolitik als Chefsache. Die ZK-Abteilung Internationale Verbindungen 1946–1970 sowie die Nachlässe von Otto Grotewohl und Walter Ulbricht, in: aal, 1993, Nr. 1, S. 67. Diesem und dem im folgenden zitierten Aufsatz von Schwanitz verdankt die vorliegende Studie wichtige Hinweise.

[70] Ebenda.

[71] Für einen Überblick der an der Karl-Marx-Universität Leipzig angefertigten diesbezüglichen Arbeiten vgl. Die Afrika-, Nahost- und Asienwissenschaften in Leipzig. Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig. Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe, 1985, Nr. 6.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

tretenden Ministerpräsidenten Heinrich Rau Kairo. Die internen Berichte der DDR beurteilten das Nasser-Regime illusionslos als eine „antikommunistische Militärdiktatur", deren Ausmaß an Unterdrückung der Linkskräfte die Forschung inzwischen offengelegt hat.[72] Diese Einschätzung stand im Gegensatz zu von Fred Oelßner im März 1955 verfaßten Thesen, wonach die Beurteilung solcher vorgeblich progressiver Regimes dem „Charakter der Epoche", dem Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus, entsprechen müsse.[73] Der DDR-Beauftragte in Kairo, Ernst Scholz, meinte auf der erwähnten Botschafter-Konferenz, daß Israel in Kairo als Brückenkopf angesehen werde. Doch gebe es keinen Antisemitismus im Sinne des Nazi-Faschismus, sondern nur Wut auf Israel und die USA, die bei Israels Staatsgründung Pate gestanden habe (die Sowjetunion fand keine Erwähnung). Dies sei doch kein rassistischer Haß auf Israel.[74] Eine traurige Kuriosität stellte die syrische Offerte vom 8. September 1956 an die DDR dar, diese möge auf syrischer Seite an der Grenze zu Israel 20 bis 30 Wehrdörfer errichten, was nicht geschah.[75]

Anfang 1959 bereiste DDR-Ministerpräsident Grotewohl verschiedene Länder Asiens und Afrikas, darunter auch Ägypten. Im Vorfeld der Reise trug Grotewohls persönlicher Referent Fred Stempel diesem vor, daß Ägyptens Diktator Nasser im Interview mit einem indischen Blatt sich damit gebrüstet habe, er könne anhand der „Protokolle der Weisen von Zion" beweisen, daß dreihundert Juden das Schicksal Europas beherrschten.[76] Die Verteilung von Materialien ägyptischer Linkskräfte, die gegen den Chauvinismus und Antikommunismus Nassers protestierten und die auch die DDR-Führung mehrmals erreichten,[77] wurde untersagt, da dem „Protestschritte und Gegenmaßnahmen der VAR-Regierung" folgen könnten.[78] In Argumentationsnot geriet die SED-Führung auch wegen der sowjetischen Waffenlieferungen an Ägypten, wo mit diesen Waffen die demokratische und sozialistische Opposition bekämpft wurde, sowie an den Irak, wo sie außerdem zur Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung eingesetzt wurden. Man zog es vor, in den DDR-Medien darüber erst gar nicht zu berichten. Die DDR-Stellen fragten jedoch bei ihren arabischen Partnern an, welche Maßnahmen denn gegen westdeutche Firmen ergriffen werden könnten, die im Zuge des „Wiedergutmachungs"-Abkommens zwischen der Bundesrepublik und Israel Sachwerte in den jüdischen Staat exportierten.[79]

Von Interesse ist der Bericht von Oberstleutnant Wollny, der als Militärvertreter zur DDR-Regierungsdelegation gehörte, die an den Feierlichkeiten zum Nationalfeiertag der

[72] Vgl. Wolfgang Schwanitz, „Israel ja, Zionismus nein". Zum Israel-Bild in SED-Akten über Arabien (1948–1968), in: Mario Keßler (Hg.), Arbeiterbewegung und Antisemitismus. Entwicklungslinien im 20. Jahrhundert, Bonn 1993, S. 133 (im folgenden: Schwanitz, Israel).

[73] Ebenda.

[74] Vgl. SAPMO-BArch, ZPA IV/2/20/81, Bl. 477f; zit. ebenda, S. 135.

[75] Vgl. Schwanitz, Israel, S. 135.

[76] Vgl. ebenda; Michael Lemke, Der Nahe Osten, Indien und die Grotewohlreise im Januar 1959. Zur Anerkennungspolitik der DDR in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre, in: aal, 1993, Nr. 6, S. 1036 (für die Gespräche Nasser-Grotewohl).

[77] Vgl. SAPMO-Arch, ZPA IV 2/20/373, Bl. 108–114: Originalbrief von Angehörigen der politisch Inhaftierten vom 3. Dezember 1959, abgegeben in der DDR-Handelsvertretung; zit. in: Schwanitz, Israel, S. 136.

[78] Ebenda, IV 2/20/370, Bl. 37f.: Beschluß des Politbüros vom 14. Juli 1959; zit. in: Schwanitz, Israel, S. 136.

[79] Vgl. ebenda, IV 2/20/373, Bl. 143f.; Schwanitz, Israel, S. 136.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Republik Irak (dem Jahrestag des erfolgreichen Putsches Abd al-Karim Qasims) am 14. Juli 1961 teilnahm. Es hieß:

„Der Einfluß des westdeutschen Imperialismus und Militarismus ist zur Zeit nicht nur ökonomisch sehr stark, sondern wirkt sich auch auf die Armee aus. So wird zum Beispiel am Military College viel gelehrt über die Führung des Wüstenkrieges und die Taktik, die der faschistische Feldmarschall Rommel in Nordafrika anwandte ... (Weiterhin) war bei der Eröffnung der Ausstellung ein Buch in der Halle des Verteidigungsministeriums ... ausgestellt, auf dem der faschistische Feldmarschall Rundstedt auf dem Umschlag prangte. Auf Befragen gaben die irakischen Offiziere zur Antwort, daß sie alles, was gut war, bei Rundstedt, Rommel usw. übernehmen und lehren. Schließlich haben Rundstedt, Rommel usw. gegen die Engländer gekämpft." Wollny berichtete weiter, der Irak habe begonnen, eine „Palästina-Armee" zu rekrutieren. Beim Aufbau dieser Elitetruppe leiste Westdeutschland finanzielle Unterstützung. „Anläßlich der Feierlichkeiten", fuhr der Bericht fort, „war von westdeutscher Seite aus als Militärdelegation der ehemalige Hitlergeneral, Brigadegeneral Fritz Berendsen (Stellvertretender Stabschef der Operationsabteilung Armeegruppe Mitte) und der ehemalige Hitleroberst Tschachel (z. Zt. Militärattaché im Irak) anwesend."[80]

Auch der Bagdader ADN-Korrespondent Ralf Bergmann warnte vor Fehleinschätzungen bezüglich der Politik des sich sozialistisch nennenden irakischen Regimes. In einem Bericht vom 8. Januar 1960 schrieb er, die irakische Presse habe die Schändung jüdischer Kultstätten und Friedhöfe in der Bundesrepublik als das Werk von Zionisten hingestellt. Diese würden damit nur Mitleid zu erwecken versuchen, um an noch mehr Geld zu gelangen. Das Wort Israel dürfe nur vorsichtig verwendet werden. Allerdings melde die Presse ständig Verhaftungen angeblicher israelischer Spione. Schneide man das Thema an, würden einem die Elendsquartiere der palästinensischen Flüchtlinge entgegengehalten, und jede Diskussion höre damit auf.[81]

Angesichts ihrer diplomatischen Bemühungen um Anerkennung blieben all diese Punkte in den DDR-Medien unerwähnt. Man befürchtete, wohl mit Recht, daß andernfalls die arabischen Staaten keine Beziehungen auf Botschafterebene herstellen würden. Doch begab sich die DDR mit ihrem Kurs des Verschweigens dieser Entwicklungen auch der Möglichkeit, im politischen Konkurrenzkampf der beiden deutschen Staaten in Israel einen Bonus zu erwerben. Denn die wichtigen Probleme der Reparation und Restitution waren und blieben zwischen der ostdeutschen und der israelischen Seite ungeklärt.

Die (Nicht-)Beziehungen zwischen Israel und der DDR spielten mittelbar auch eine Rolle während jenes Ereignisses, das die jüngste Vergangenheit schlagartig zum Bestandteil der Gegenwart werden ließ: dem Eichmann-Prozeß. Am 23. Mai 1960 leitete der Staat Israel das Strafverfahren gegen den ehemaligen SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann ein, den wenige Tage zuvor ein Geheimkommando in Argentinien gefaßt und nach Israel gebracht hatte. Die Entführung und der am 11. April 1961 eröffnete Strafprozeß wurden in der DDR-Presse lebhaft verfolgt. Im Zentrum der Berichterstattung stand die Frage nach den Tätern und den Verantwortlichen des Judenmordes. In einem wichtigen Aufsatz von Jürgen Kuczynski gab die Überschrift bereits das Grundmuster der Argumentation vor: „Die Barbarei - extremster Ausdruck der Monopolherrschaft in Deutschland".

[80] SAPMO-BArch, ZPA NL 182/1333, Bl. 42f.

[81] Ebenda, IV 2/20/366, Bl. 56; nach Schwanitz, Israel, S. 137.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

„In der Tat", so Kuczynski, „war Eichmann auch nichts anderes als ein Manager - nicht eines einzelnen Industriekonzerns, sondern des deutschen Monopolkapitals insgesamt, besonders aber ... seines reichsten Kerns in der Zeit der Herrschaft der Faschisten, des IG-Farbenkonzerns."[82] Gegen Eichmann laufe aber „der Prozeß in Jerusalem eng, säuberlich begrenzt, jede gesellschaftliche Ausweitung vermeidend, tief erregend in dem, was von neuem enthüllt wird, Herz und Hirn zerreißend - und doch, welch grausamer Kontrast, spürt man immer wieder die lenkende Hand eines Chefs des Protokolls, der dafür sorgt, daß die Ausdehnung der Anklage auf die, die Eichmann repräsentiert, verhindert wird."[83]

Kuczynski gab eine sehr instrumentelle Erklärung für den Massenmord an den europäischen Juden: „Eichmann, Rockefellers (Reklamefachmann; M. K.) Ivy Lee und IG Farben verband ...sowohl die Judenverfolgung wie auch das Öl. Alle waren mit den Judenverfolgungen einverstanden - aber während die einen die Befehle dazu gaben, waren die anderen damit beschäftigt, sie propagandistisch zu rechtfertigen, unter Anleitung von einem amerikanischen Experten in der Monopolapologetik."[84] Für Kuczynski stellte sich das schreckliche Geschehen folgendermaßen dar: „Judenverfolgung durch die deutschen Faschisten. Daraufhin Rückgang der Verkäufe von IG-Produkten in den USA. Daraufhin Beschluß der IG-Direktion über eine große Propaganda-Kampagne für die Hitlerregierung, einschließlich Einflußnahme auf ausländische Regierungen zugunsten der Hitlerregierung. Als Fachmann für die Kampagne in den USA wird der am teuersten bezahlte Experte seiner Art, Ivy Lee, herangezogen ..."[85]

Schließlich treffen sich in der Produktion, fuhr Kuczynski fort, „der Millionenmörder Eichmann und die IG-Farben - allgemein natürlich und gewissermaßen ganz persönlich, sich genau ergänzend! Die IG liefert das Gas zur möglichst zahlreichen Vernichtung von Juden pro Stunde; dankbar ist Eichmann der IG für diese Rationalisierung, Technisierung, ja fast schon Automatisierung des Mordes! Und umgekehrt: Eichmann liefert der IG Juden für ihren Betrieb, insbesondere ihr Werk in Auschwitz."[86] Damit blieb das Interpretationsmuster für den Mord an den Juden auf die politisch-ökonomische Dimension des nazistischen Antisemitismus fixiert und somit bestenfalls als Erklärung für die antijüdischen Maßnahmen des Regimes vor 1939 ausreichend. Am Anfang des Holocaust habe nach einer solchen Sichtweise überdies nicht der Nazismus gestanden, sondern das Monopolkapital. Die Ausrottungspolitik wurde durch die Auflistung der von den todgeweihten Juden in den KZs erbrachten „Arbeitsleistungen" zu einem Aspekt ökonomischer Rationalität. Doch eine solche unterstellte „Ökonomie der Endlösung" verwischte den entscheidenden Unterschied zwischen den ausgebeuteten und oftmals zu Tode geschundenen Kriegsgefangenen und den Juden, für die nichts anderes als die vollständige Vernichtung geplant war. Diese Interpretation blendete auch, um dies nochmals zu betonen, den prinzipiellen Unterschied zum stalinistischen Lagersystem aus, doch wurden derartige Vergleiche selbst unter westlichen Marxisten damals ohnehin kaum gezogen - geschweige denn in der DDR. Die Überhöhung des (unbedingt diskutablen) Zusammenhanges von Nazismus und Großkapi-

[82] Jürgen Kuczynski, Die Barbarei - extremster Ausdruck der Monopolherrschaft in Deutschland, in: ZfG, 1961, Nr. 7, S. 1485.
[83] Ebenda.
[84] Ebenda, S. 1487.
[85] Ebenda.
[86] Ebenda, S. 1489.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

tal vernachlässigte auch die entscheidende Rolle, die das radikalisierte Kleinbürgertum und das Lumpenproletariat beim Aufstieg der faschistischen Bewegungen gespielt hatte. Diese Rolle zu erörtern, hätte natürlich zwangsläufig zur sachlichen Diskussion der Faschismustheorien beispielsweise von Leo Trotzki und August Thalheimer führen müssen, was in der DDR aber ausgeschlossen war.

Dennoch verschloß sich die DDR-Geschichtswissenschaft ihren marxistischen Kritikern aus dem Westen nicht ganz. Der Engländer Tim Mason kritisierte mit Blick auf die ostdeutsche Forschung den Gedanken einer ökonomischen Rationalität der Judenvernichtung scharf und hielt dem einen „Primat der Politik" entgegen: Dies allein erkläre Ausrichtung und Funktion des NS-Systems. Mason verwies auf die weitgehende Ausschaltung von Vertretern des Großkapitals aus den Entscheidungsprozessen, die zur Vernichtung der Juden führten. Er hob den schwindenden Einfluß der Wirtschaftsverbände auf die NS-Politik hervor und betonte, daß „schwerwiegende Strukturveränderungen", nämlich „die Verselbständigung des nationalsozialistischen Staatsapparats, den ‚Primat der Politik'" ermöglicht hätten.[87] Die DDR-Wissenschaftler Eichholtz, Gossweiler sowie Czichon warfen Mason vor, er leugne die historische Erklärbarkeit des Faschismus, reduziere ihn auf einen „Betriebsunfall" der Geschichte und stelle die marxistisch-leninistische Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Frage. Würde Masons Argumentation stimmen, dann, so Eichholtz und Gossweiler, liefe sie auf eine „komplette Widerlegung der marxistischen Gesellschaftsanalyse" hinaus, die anzuwenden die ostdeutschen Historiker beanspruchten.[88]

Dieses Interpretationsschema blieb für die DDR-Forschung weiterhin bestimmend, obwohl die siebziger und achtziger Jahre einige Nuancierungen erbringen sollten.[89] Die im

[87] Tim Mason, Der Primat der Politik - Politik und Wirtschaft im Nationalsozialismus, in: Das Argument, Nr. 41, 1966, S. 473f.

[88] Dietrich Eichholtz/Kurt Gossweiler, Noch einmal: Politik und Wirtschaft 1933-1945, in: Ebenda, Nr. 47, 1968,S. 210-227; Eberhard Czichon, Der Primat der Industrie im Kartell der nationalsozialistischen Macht, in: Ebenda, S. 168-192. Masons Erwiderung auf Czichon, Primat der Industrie - Eine Erwiderung, in: Ebenda, S. 193-209.

[89] Für einen Überblick der DDR-Forschung auch späterer Jahre vgl. u. a. Konrad Kwiet, Historians of the German Democratic Republic on Antisemitism and Persecution, in: Leo Baeck Institute, Yearbook XXI, London 1976, S. 173-198; ders., Judenverfolgung und Judenvernichtung im Dritten Reich. Ein historiographischer Überblick, in: Dan Diner (Hg.), Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit, Frankfurt a. M. 1987, S. 237-264, bes. S. 239f.; Walter Schmidt, Jüdisches Erbe deutscher Geschichte im Erbe- und Traditionsverständnis der DDR, in: ZfG, 1989, Nr. 8, S. 692-714; Alain Brossat/Sonia Combe/Jean-Charles Szurek, Le génocide juif vu de l'Est (URSS, RDA, Pologne), in: Yannis Thanassekos/Heinz Wissmann (Hg.), Révision de l'Histoire. Totalitarismes, crimes et génocides nazis, Paris 1990, S. 223-250; Georgi Verbeek, Marxism, Antisemitism and the Holocaust, in: Leo Baeck Institute, Yearbook XXXV, London 1990, S. 385-396, bes. S. 390f.; ders., Coming to Terms with the Past: Historical Self-Perception in the GDR and in Unified Germany. Paper delivered at the 4th conference of the GDR Studies Association, Washington, D. C., 12-15 November 1992; Jürgen Danyel, Vom schwierigen Umgang mit der Schuld, Die Deutschen in der DDR und der Nationalsozialismus, in: ZfG, 1992, Nr. 10, S. 915-928; Olaf Groehler/Ulrich Herbert, Zweierlei Bewältigung. Vier Beiträge über den Umgang mit der NS-Vergangenheit in den beiden deutschen Staaten, Hamburg 1992; Enzo Traverso, Die Juden und Deutschland. Auschwitz und die „jüdisch-deutsche Symbiose", Berlin 1993, S. 179ff. Für übergreifende Aspekte vgl. W. Bergmann u. a. (Hg.), Schwieriges Erbe; Jürgen Danyel (Hg.), Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten, Berlin 1995.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Gefolge des Eichmann-Prozesses entstehenden Veröffentlichungen folgten Kuczynskis Lesart. Dies betraf die beiden Monographien über Eichmann von Friedrich Karl Kaul und Heinz Kühnrich[90] ebenso wie die drei Dokumentationen zum Prozeß[91] und weitere - wichtige - Veröffentlichungen über die Rolle der IG Farben und des Flick-Konzerns innerhalb des Systems der nazistischen Todeslager.[92]

Die DDR-Geschichtswissenschaft stellte mit diesen Arbeiten dennoch eine Herausforderung an vergleichbare Studien bundesdeutscher Forscher dar.[93] Die im Westen seit Mitte der fünfziger Jahre allmählich erscheinenden Arbeiten deutscher Emigranten zum Themenbereich Antisemitismus und Judenvernichtung blieben dagegen in der DDR verbotene Bücher. Die Zeit, da etwa Herbert Marcuse und Franz L. Neumann (in der unmittelbaren Nachkriegsphase) an die Leipziger Universität geholt werden sollten, waren längst Vergangenheit.[94]

In scharfer Frontstellung gegen die Bundesrepublik versuchte die SED-Führung, wie Norden an Ulbricht im Mai 1960 schrieb, „den Fall Eichmann ... maximal gegen das Bonner Regime zuzuspitzen" (*vgl. Dokument Nr. 7*). „Unter Berücksichtigung unserer Beziehungen mit den arabischen Staaten", so Norden im Oktober, „scheint es mir nicht tunlich, daß die Deutsche Demokratische Republik sich im Eichmann-Prozeß offiziell engagiert." Statt dessen sollten jüdische DDR-Bürger als Nebenkläger beim Prozeß aufzutreten versuchen (*Vgl. Dokument Nr. 8*). An anderer Stelle konnte Norden an Ulbricht vermelden, daß die israelische Regierung „dem in Genf stationierten ADN-Korrespondenten, Gerhard Leo, offiziell das Einreisevisum zum Prozeß gegen Eichmann erteilt und ihm gestattet (hat), etwa 14 Tage vor Beginn des voraussichtlich im Dezember stattfindenden Prozesses einzureisen."[95]

„Offensichtlich ist", berichtete Gerhard Leo nach seiner Ankunft in Jerusalem, „daß die Schaffung der legalen Grundlagen für die Judenverfolgung mit größter Vorsicht vom Gericht und (der) Staatsanwaltschaft behandelt wird. Bisher gelang es, den Namen Globke zu vermeiden, wenn es auch manchmal schon sehr nahe heranging (...)."[96] Fast noch wichtiger sei jedoch „die Frage der jüdischen Kollaborateure Eichmanns. Wenn die Rolle der Palästina-Ämter und der Zusammenarbeit der Judenräte in den Ghettos mit der Gestapo aufgerollt würde, käme es zu einer Verurteilung der reaktionärsten Aspekte der

[90] Kaul, Der Fall Eichmann (vgl. Anm. 5); Heinz Kühnrich, Judenmörder Eichmann. Kein Fall der Vergangenheit, Berlin (Ost) 1961.

[91] Ausschuß für Deutsche Einheit, Eichmann - Henker, Handlanger, Hintermänner, Berlin (Ost) 1961; Korrekt und ohne Tadel. Porträt eines Massenmörders, Berlin (Ost) 1961; Der Eichmann-Prozeß und die Eichmänner in Westdeutschland, Berlin (Ost) 1961.

[92] IG Farben, Auschwitz, Massenmord. Über die Blutschuld der IG Farben, Berlin (Ost) o. J.; Karl-Heinz Thieleck (Hg.), Fall 5. Anklageplädoyer, ausgewählte Dokumente. Urteil des Flick-Prozesses mit einer Studie über die „Arisierungen" des Flick-Konzerns, Berlin (Ost) 1965.

[93] Vgl. Hans-Joachim Bieber, Zur bürgerlichen Geschichtsschreibung und Publizistik über Antisemitismus, Zionismus und den Staat Israel, in: Das Argument (Sonderband), Nr. 75, 1972, S. 231-274.

[94] Diese Bemühungen, vor allen von Fritz Behrens, Marcuse und Neumann neben vielen anderen Emigranten nach Leipzig zu holen, belegt Helmut Steiner, Zur politisch-ökonomischen Kritik des „real existierenden Sozialismus". Ein Musterfall - Fritz Behrens, in: Der Stalinismus in der KPD und SED. Wurzeln, Wirkungen, Folgen, Berlin 1991, S. 96.

[95] SAPMO-BArch, ZPA IV 2/2/2028/2, Bl. 59: Norden an Ulbricht, 4. Juli 1960.

[96] Ebenda, IV 2/20/363, Bl. 12: Bericht des Sonderkorrespondenten Gerhard Leo.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

zionistischen Bewegung in der Nazizeit. Die Umgebung Ben Gurions ist aber von Repräsentanten dieser Politik durchsetzt, die, wie sein Berater Dr. Kastner, sehr eng mit der SS zusammenarbeiteten ... Weiter nützt die Verteidigung natürlich die Zusammenarbeit mit den Zionistenführern aus und droht, wenn auch verklausuliert, mehr darüber zu bringen als die Staatsanwaltschaft gewillt ist." Leo rühmte die Unterstützung der KP Israels und der Organisation der antifaschistischen Widerstandskämpfer für seine Arbeit und empfahl, als Arbeitsmaterial für die beim Prozeß akkreditierten Journalisten einige Broschüren aus der DDR zu schicken.[97] Diese Schriften untersuchten die Tätigkeit von Adenauers Staatssekretär Globke während der Nazizeit, wo dieser sich unter anderem als Kommentator der Nürnberger „Rassegesetze" von 1935 hervorgetan hatte.[98] Auf diese Tatsache wie auf die generelle Präsenz zahlreicher ehemaliger NS-Funktionsträger im „Herrschaftsapparat der Bundesrepublik" (so eine Dokumentation) wies die DDR-Regierung - übrigens auch der Verband der Jüdischen Gemeinden - mehrmals hin.[99] Der Rechtsanwalt Kaul scheiterte jedoch mit seinem Bemühen, zum Prozeß als Nebenkläger zugelassen zu werden. Er konnte jedoch als Berichterstatter nach Jerusalem fahren. Sein Buch „Der Fall Eichmann" fand in der DDR weite Verbreitung.

Die DDR-Medien wiesen seit dem Eichmann-Prozeß verstärkt auf die Integration ehemals hochrangiger Nationalsozialisten in die Führungseliten der Bundesrepublik hin; und dies erfuhr noch eine Steigerung im Zusammenhang mit dem Frankfurter Auschwitz-Prozeß. Zwischen dem 20. Dezember 1963 und dem 19. August 1965 sagten 356 Zeugen, darunter viele aus der DDR, aus. Sie berichteten erschütternde Einzelheiten aus den Todesmaschinen der Nazis. Von einem Teil der westdeutschen Medien angegriffen oder beargwöhnt, amtierte Friedrich Karl Kaul als Nebenkläger. Jürgen Kuczynski war einer der Gutachter. Die Urteile - sechsmal lebenslänglich, elf Freiheitsstrafen zwischen drei und vierzehn Jahren sowie drei Freisprüche - wurden von seiten der DDR als nur teilweise genügend empfunden.[100]

Anders als im Fall der Bundesrepublik, unterließ die DDR die Auflistung hochrangiger ehemaliger Nazis, sofern diese in Ländern des Nahen und Mittleren Ostens Zuflucht gefunden und sich oftmals einer gerichtlichen Verfolgung entzogen hatten. Das zeigte sich am Beispiel Ägyptens, zu dem die DDR immer engere Beziehungen knüpfte. Diese fanden ihren Höhepunkt im Besuch Ulbrichts in Ägypten im Februar und März 1965, dem ersten außerhalb des Ostblocks. In seinen Auftritten ging Ulbricht weder auf die langjährige Unterdrückung marxistischer Kräfte in Ägypten noch auf Nassers Hegemonialbestrebungen ein, die Ägypten zur regionalen Vormacht werden lassen sollten. Schon gar nicht erwähnte Ulbricht die Tatsache, daß die ägyptischen und syrischen Streitkräfte von einer großen Zahl ehemaliger Nazioffiziere ausgebildet wurden, was die ägyptische Seite üb-

[97] Ebenda, Bl. 12f.

[98] Ausschuß für Deutsche Einheit (Hg.), Globke und die Ausrottung der Juden. Über die verbrecherische Vergangenheit des Staatssekretärs im Amt des Bundeskanzlers Adenauer; Berlin (Ost) o. J.; Globke - der Bürokrat des Todes, Berlin (Ost) o. J.

[99] Antisemitismus in Westdeutschland. Judenfeinde und Judenmörder im Herrschaftsapparat der Bundesrepublik. Eine Dokumentation des Verbandes der Jüdischen Gemeinden in der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin (Ost) 1967; Der Eichmann-Prozeß (vgl. Anm. 91).

[100] Zum Auschwitz-Prozeß und seinen Begleitumständen vgl. Hermann Langbein, Der Auschwitz-Prozeß. Dokumentation, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1965.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

rigens niemals bestritt. Eine teilweise offene Glorifizierung Nazideutschlands ging in Ägypten einher mit einem groben Antisemitismus, der einen quasi-offiziellen Bestandteil jener Lehre darstellte, die Nasser als „arabischen Sozialismus" ausgab. [101] Ulbricht goß Wasser auf die Mühlen der ägyptischen Propaganda, indem er Israel „als gegen die Rechte des arabischen Volkes und dessen Kampf für Befreiung und Fortschritt gerichtete Speerspitze" bezeichnete.[102] Nach seiner Rückkehr aus Nordafrika klagte Ulbricht in einem Fernsehauftritt die Bonner Regierung an, da diese „schwere Waffen und anderes Kriegsgerät geschenkweise an den imperialistischen Stützpunkt Israel" lieferte (*vgl. Dokument Nr. 9*). Die scharfen internationalen Reaktionen, besonders aus Israel, veranlaßten Ulbricht allerdings, auf einer Staatsratssitzung gegen den Vorwurf des Antisemitismus Stellung zu beziehen. Er nahm aber dabei sein Verdikt über Israel nicht zurück, sondern betonte:

„Es gab auch keine solchen Erscheinungen, daß etwa der Kampf gegen den imperialistischen Militärstützpunkt Israel mit irgendwelchen antisemitischen Äußerungen verbunden worden wäre. Davon kann gar keine Rede sein. Es hat auch mit Antisemitismus nicht zu tun, sondern es handelt sich darum, daß der imperialistische Militärstützpunkt Israel den Frieden der arabischen Völker bedroht. Die Bonner Regierung hilft jetzt, die israelischen Truppen im Sinne der ‚Vorwärtsstrategie' des deutschen Imperialismus auszubilden. Deshalb versteht jeder, was dieser Militärstützpunkt bedeutet. Der Kampf gegen den imperialistischen Militärstützpunkt Israel ist der Kampf um die Sicherung des Friedens im arabischen und afrikanischen Raum."[103]

Nur gut zwei Jahre später sollte der „Kampf gegen den imperialistischen Militärstützpunkt Israel" jeoch zur Zerreißprobe für die internationale Linke werden und sogar die Juden in der DDR ansatzweise entzweien.

3. Die SED-Führung und der israelisch-arabische Krieg vom Juni 1967. Die Kritik westdeutscher Linker an der Haltung der DDR

Der israelisch-arabische Krieg vom Juni 1967 sah die Linke beinahe weltweit in zwei kaum miteinander zu versöhnenden Lagern. Noch nie seit den Zusammenstößen von 1929 in Palästina ging der Riß über die Frage nach Recht und Unrecht derart scharf mitten durch

[101] Für eine kritische zeitgenössische Analyse Ägyptens unter Nasser vgl. Anouar Abdel-Malek, Ägypten: Militärgesellschaft,. Frankfurt a. M. 1971; für die Repressionen gegen die ägyptische Linke vgl. Joel Beinin, Was the Red Flag Flying There? Marxist Politics and the Arab-Israeli Conflict in Egypt and Israel, 1948–1965, Berkeley/Los Angeles 1990.

[102] Angelika u. Wolfgang Bator (Hg.), Die DDR und die arabischen Staaten, S. 98 (das Zitat entstammt der Gemeinsamen Erklärung DDR-VAR).

[103] SAPMO-BArch, ZPA NL 182/721, Bl. 38f. (Ulbricht auf der 16. Sitzung des Staatsrates am 12. März 1965). – Die deutsch-deutschen Rivalitäten führten auch auf Bonner Seite zu Merkwürdigkeiten: So hatte auch Adenauer 1959 den Verdacht geäußert, die damals einsetzende Welle antisemitischer Schmierereien auf jüdischen Friedhöfen sei von der DDR inszeniert gewesen. Diese Lesart findet sich zuletzt – in allerdings weit überzogener Diktion vorgetragen – bei Michael Wolffsohn, Die Deutschland-Akte. Juden und Deutsche in Ost und West. Tatsachen und Legenden, München 1995, 18ff.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Parteien und Gruppen.[104] Die Identifikation eines Großteils der westeuropäischen und nordamerikanischen Linken mit Israel gab es nach diesem Krieg so nicht mehr. Die Erinnerung an die Schoah beeinflußte beinahe durchgängig die Wortmeldungen jüdischer Marxisten. Der Mythos eines Israel als Insel der Zivilisation und sozialen Wohlfahrt stand gegen den entstehenden Mythos eines sozialistischen Palästina, mit dem die PLO von zahlreichen Linkskräften identifiziert wurde. Die erregten Debatten entzündeten sich an der Frage, ob der israelische Angriff auf seine arabischen Nachbarn eine unmittelbare Bedrohung des jüdischen Staates abwehrte oder ob er ein kalkulierter Schlag gegen progressive Bestrebungen in diesen Ländern war, denen Israel im Auftrag des US-Imperialismus das Wasser abgraben sollte.

Nach der israelischen Beteiligung am britisch-französischen Angriff auf Ägypten im Jahre 1956 war der jüdische Staat in der arabischen Welt vollkommen isoliert. Die nationalistischen Regime in Ägypten, Syrien und dem Irak waren noch weniger als die alten Monarchien in Jordanien und Saudi-Arabien bereit, die staatliche Existenz Israels zu akzeptieren. Mit der Formierung der PLO an der Jahreswende 1964/1965 fand die jahrelange Enttäuschung der unintegrierten Palästinenser in den Flüchtlingslagern einen konkreten, auch militärisch relevanten Ausdruck. Es kam zu ersten Angriffen von PLO-Einheiten auf israelisches Territorium. Im Februar 1966 gelangte in Syrien eine linksnationalistische Fraktion der Baath-Partei um Nureddin al-Atassi an die Macht. Sie proklamierte den „nichtkapitalistischen Entwicklungsweg". Dies bedeutete die Etablierung eines Staatskapitalismus, an dessen Schaltstellen führende Vertreter des vorgeblich sozialistischen Regimes saßen. Die seit Ende der fünfziger Jahre betriebene antifeudale Agrarreform wurde jedoch fortgesetzt und der staatliche Sektor durch eine Industrialisierung nach sowjetischem Vorbild ausgebaut. Allein dies verunsicherte die israelische Regierung. Am 14. April 1967 erklärte Generalstabschef Jitzchak Rabin, daß Israel kein „sozialistisches Regime" in Syrien dulden könne.[105] Genau einen Monat später unterstrich Premierminister Levi Eschkol anläßlich einer Militärparade in Jerusalem, Israel sei bereit und in der Lage, auf alle Angriffe gegen seine Grenzbefestigungen zu antworten; „an einem Ort, zu einer Zeit und durch eine Methode, die wir selbst bestimmen."[106] Daraufhin veranlaßte Ägypten den Abzug der seit 1957 auf der Halbinsel Sinai stationierten UN-Truppen und ließ die Straße von Tiran, den Seeweg nach Israel durch das Rote Meer, sperren. Ägypten, Jordanien und der Irak schlossen einen Vertrag über gegenseitigen militärischen Beistand. Der PLO-Vorsitzende Shukairi, aber auch die offizielle Propaganda der arabischen Anrainerstaaten Israels übten sich in gewalttätiger Rhetorik, die in der Ankündigung gipfelte, Israel auszulöschen. Am 1. Juni bildete Eschkol eine Regierung der nationalen Einheit, der außer den Kommunisten alle israelischen Parlamentsparteien beitraten. Die Regierung beschloß - gegen den Widerstand von zwei der Linkspartei Mapam angehörenden Ministern - einen militärischen Angriff gegen die arabischen Staaten. Am 5. Juni griff die israelische Armee Ägypten, Syrien

[104] Zu den Auseinandersetzungen innerhalb der internationalen Arbeiterbewegung um die jüdisch-arabischen Zusammenstöße vom August 1929 vgl. Mario Keßler, Zionismus und internationale Arbeiterbewegung 1897-1933, Berlin 1994, S. 147ff.

[105] Vgl. Walter Hollstein, Kein Frieden um Israel. Zur Sozialgeschichte des Palästina-Konflikts, Neuausg., Bonn 1977, S. 159.

[106] Zit. nach: Johannes Glasneck/Angelika Timm, Israel. Die Geschichte des Staates seit seiner Gründung, Bonn/Berlin 1992, S. 146.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

sowie Jordanien an. Innerhalb von sechs Tagen brachen die zahlenmäßig weit überlegenen arabischen Armeen zusammen. Nur die Intervention der Großmächte rettete die Hauptstädte Kairo, Damaskus und Amman vor dem Angriff durch die israelischen Truppen.[107]

Zum ersten Mal seit der Gründung des Staates Israel im Jahre 1948 entzweite der Krieg die Kommunisten des Landes. Vor dem Zweiten Weltkrieg hatte die damalige KP Palästinas den Zionismus abgelehnt, doch während des Krieges sich über der Frage einer möglichen Akzeptanz des zionistischen „Nationalheimes" gespalten. 1948 unterstützten die Kommunisten, analog der Haltung der Sowjetunion, enthusiastisch die Staatsgründung und riefen zur Verteidigung gegen den Angriff der Arabischen Liga auf. Das Jahr 1956 sah sie in Opposition zur Regierungspolitik des „Suez-Abenteuers", wie es hieß. Der Slánský-Prozeß in Prag, der stalinistische Antisemitismus im Ostblock und die strikte Parteinahme der UdSSR für die arabischen Staaten führten zu allmählichen Erosionstendenzen innerhalb der KP Israels. Seit 1965 bestanden praktisch zwei kommunistische Parteien, von denen die eine unter Shmuel Mikunis und Moshe Sneh sich von der sowjetischen Politik zunehmend distanzierte, die andere unter Meir Vilner und Tawfiq Toubi auf einer prosowjetischen Haltung verblieb, doch dabei die Ergebnisse des 20. KPdSU-Parteitages nur zögernd akzeptierte.[108] Die Stellungnahmen beider Gruppierungen zum Sechstagekrieg hätten unterschiedlicher kaum sein können.

Die Maki-Gruppe um Mikunis und Sneh sah in diesem Krieg „eine Fortsetzung des Unabhängigkeitskrieges von 1948, der damals ebenfalls von den Armeen der Arabischen Liga mit dem Ziel vom Zaune gebrochen worden war, den Staat Israel bei seiner Geburt zu liquidieren und das Recht des jüdischen Volkes auf unabhängige Eigenstaatlichkeit in einem Teil Palästinas zu unterdrücken." Das gleiche Ziel verfolge die arabische Allianz auch jetzt; seine Verwirklichung wäre „eine Fortsetzung der hitleristischen Ausrottung". Ein Sieg Israels würde hingegen auch „den Beweis erbringen ... für die Notwendigkeit eines gegenseitigen jüdisch-arabischen Friedensvertrages, der ein harter Schlag für den Imperialismus wäre und den Völkern der Region den Weg zur Zusammenarbeit weisen würde ..., zum Wohlstand und sozialen Fortschritt."[109]

Die Rakach (Neue Kommunistische Liste) um Vilner und Toubi stellte hingegen fest, daß „die Sicherheit und Zukunft des Staates Israel ein Ende der Aggression und des Komplotts mit den amerikanischen Erdöl- und Rüstungsmagnaten erfordert, deren Hände mit dem Blut der Völker Vietnams und anderer Länder besudelt sind." Sie forderte einen Rückzug der israelischen Armee auf ihre Ausgangslinien und enthielt sich einer Verurteilung der arabischen Seite.[110]

[107] Für die gegensätzlichen Interpretationen vgl. zwei Standardwerke: Walter Laqueur, Nahost – vor dem Sturm. Die Vorgeschichte des Sechstagekrieges im Juni 1967, Frankfurt a. M. 1968; Maxime Rodinson, Israel and the Arabs, Harmondsworth 1968, erw. Neuausg. 1982.

[108] Zur Entwicklungsgeschichte der KP Israels vgl. u. a. Mario Offenberg, Kommunismus in Palästina. Nation und Klasse in der antikolonialen Revolution, Meisenheim am Glan 1975; Alain Greilsammer, Les communistes israeliens, Paris 1978.

[109] Zit. nach: Peretz Merchav, Die israelische Linke. Zionismus und Arbeiterbewegung in der Geschichte Israels, Frankfurt a. M. 1972, S. 230f.

[110] Zit. nach: Martin Robbe, Scheidewege in Nahost. Der Nahostkonflikt in Vergangenheit und Gegenwart, Berlin (Ost) 1982, S. 248.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Die Beziehungen der SED zur KP Israels reichten bis in die späten vierziger Jahre zurück. Damals lebten in Palästina noch Juden aus Deutschland, die - als Kommunisten - in die Sowjetische Besatzungszone zurückzukehren wünschten.[111] Nach der Staatsgründung Israels wie der DDR versuchte die Ostberliner Regierung, über die KP Israels mit dem jüdischen Staat Wirtschaftskontakte zu knüpfen. Im israelischen KP-Organ „Kol Haam" hieß es dazu am 6. Januar 1950:

„Die leitenden Wirtschaftsbehörden Ostdeutschlands brachten schon mehrmals zum Ausdruck, daß sie sehr stark am Warenaustausch zwischen ihrem Lande und Israel interessiert sind und daß sie uns in einer Weise entgegenkommen würden, wie sie dies anderen Staaten gegenüber nicht zu tun bereit wären, z. B. durch Abnahme von Waren, die für uns günstig wären, aber dort im allgemeinen als Luxus nicht importiert werden dürfen."[112]

Die damalige politische Situation bot keinen Raum zur Verwirklichung dieser Idee. Dreizehn Jahre später regte Meir Vilner jedoch an, die DDR möge in Tel Aviv ein „Zentrum antifaschistischer Kräfte" mitsamt einer Druckerei im Wert von einer Million US-Dollar einrichten. SED-Politbüromitglied Paul Verner wandte sich jedoch gegen „diese Art von Reparationen". Er schlug statt dessen die regelmäßige Information über das Erstarken des Nazismus in der Bundesrepublik vor.[113]

Nach einigen Initiativen Vilners wurde schließlich 1964 eine Liechtensteiner Firma „mit Sitz in Wien" gegründet. Sie besaß das Exklusivrecht für den Handel mit zehn DDR-Firmen und deren Interessen in jenen Drittländern, mit denen die DDR keine Handelsbeziehungen unterhielt. Einige Druckaufträge und Warenlieferungen kamen der KP Israels unmittelbar zugute.[114]

Die DDR registrierte die Spaltungstendenzen in der israelischen Partei. Sie seien aber nicht ernstzunehmen; es gäbe etwa zwölf „Revisionisten" und drei „Dogmatiker", die sich im Kampf gegen die UdSSR und die KPdSU träfen.[115] Als Dogmatiker galten offenbar Parteimitglieder, die sich Chruschtschows Kurs der (halben) Entstalinisierung widersetzten, bevor dieser von der Gruppe um Breshnew abgesetzt wurde. Doch kritisierte die israelische Partei ihre deutschen Genossen bisweilen, da in deren Presse allzuviele Anleihen aus dem Arsenal des arabischen Nationalismus zu finden seien.[116] Der „BZA"-Korrespondent Ernst Hanisch besuchte vom 18. April bis 2. Mai 1965 Israel und traf dort nicht nur mit Kommunisten, sondern auch mit dem Achduth-Haavoda-Abgeordneten Shlomo Derech, einem linken Zionisten, zusammen.[117]

Ulbrichts scharfe Attacken gegen Israel wurden von Mikunis und Sneh zurückgewiesen.[118] Die KP Israels entsandte keine Delegation zum VII. Parteitag der SED im April

[111] Vgl. die Erinnerungen von Günter Stillmann, Berlin-Palästina und zurück, Berlin (Ost) 1989.

[112] SAPMO-BArch, ZPA 2/11/v. 1142: Übersetzung eines Artikels aus „Kol Haam" vom 6. Januar 1950.

[113] Ebenda, NL 182/1293, Bl. 3ff.: Verner an Ulbricht, 7. Februar 1963; zit. in: Schwanitz, Israel, S. 138.

[114] SAPMO-BArch, ZPA NL 182/1293, Bl. 7ff., 43; zit. ebenda, S. 139.

[115] Ebenda.

[116] Ebenda.

[117] SAPMO-BArch, ZPA IV A 2/902/43.

[118] Nach einem Bericht der SPD-Zeitung „Vorwärts" vom 26. Mai 1965, zit. in: Peter Dittmar, DDR und Israel. Ambivalenz einer Nicht-Beziehung, Teil II, in: Deutschland Archiv, 1977, Nr. 8, S. 849.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

1967, noch schickte sie ein Grußschreiben. Zeitgleich mit der Verurteilung der Gruppe Mikunis-Sneh in der Juli-Ausgabe des KPdSU-Organs „Kommunist“[119] bezog auch die SED-Führung eine entsprechende Position. Es hieß:

„In der ideologischen Konzeption der Gruppe Sneh/Mikunis zeigte sich immer offener der Einfluß der herrschenden Klasse in Israel, trat der Übergang zum bürgerlich-zionistischen Nationalismus und Chauvinismus zutage.“ Der Gruppe wurde vorgeworfen, in der Knesseth, dem israelischen Parlament, für die Verteidigungsmaßnahmen der Regierung gestimmt zu haben. Die Angriffe richteten sich besonders gegen Moshe Sneh, der, bevor er 1954 der KP beitrat, „bis dahin hintereinander in mehreren zionistischen Organisationen, von extrem rechten bis zu ‚linken‘ Gruppen, tätig gewesen“ war. Er sei der „ideologische Führer der Mikunis-Gruppe“, die unter seinem Einfluß „die Klassenposition der Arbeiterklasse“ verlassen habe. Die Gruppe habe sich seit längerer Zeit „gegen die Entlarvung der proimperialistischen Politik der herrschenden Kreise Israels durch die Sowjetunion, die DDR und die anderen sozialistischen Länder“ gewandt. Nur der Rakach wurde durch die SED-Führung „Hochachtung und brüderliche Solidarität“ bezeugt.[120] „Neues Deutschland“ übernahm ein Interview, das Meir Vilner dem italienischen KP-Organ „Unitá“ gegeben und worin er erklärt hatte: „Als Sohn des jüdischen Volkes schäme ich mich, daß Israel zum zweiten Mal gemeinsam mit den imperialistischen Mächten einen Krieg begann.“[121] Der Nachdruck des Interviews zeigte aber auch, daß die Rakach – anders als die SED-Führung – den Unabhängigkeitskrieg Israels 1948 nicht als Angriffskrieg der israelischen Seite interpretierte, sondern nur die Kriege von 1956 und 1967.

Seit 1965 kritisierte das „Neue Deutschland“ sehr scharf das Waffenhilfeabkommen zwischen Bonn und Jerusalem sowie die intensiver werdende Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Israel.[122] Bonn sei „für Überfälle Israels“ auf Stellungen der arabischen Guerilla „mitverantwortlich“, hieß es.[123] Von einem angeblichen „Bonner Stützpunkt Israel“[124], einem „Waffenkomplott Bonn-Tel Aviv“[125] oder, fast gleichlautend, einem „Komplett Bonn-Israel“[126] war die Rede. „Kiesinger verstärkt Kollaboration mit Israel“[127] und „Bonn gießt Öl ins Feuer“[128] waren die Schlagzeilen.

Diese Tonart verschärfte sich während des Juni-Krieges. Zum Anlaß wurde die Lieferung von Gasmasken durch die Bundesrepublik an Israel, weil das ägyptische Nasser-Regime im Krieg gegen den Jemen Giftgas eingesetzt hatte und ähnliches auch im Kampf gegen Israel zu befürchten war. Das SED-Zentralorgan behauptete, diese Gasmasken-Lieferung hätte die Kriegsvorbereitung der Israelis unterstützt, da Israel „erst kürzlich eine große Menge

[119] Vgl. John Bunzl, Die Sowjetunion und der Nahe Osten – Elemente einer Analyse, in: Ders. u. a., Falscher Alarm? Studien zur sowjetischen Nahostpolitik, Wien 1985, S. 60.

[120] ND, 15. Juli 1967.

[121] ND, 21. Juli 1967.

[122] Interessanterweise wurde eine einschlägige Arbeit aus polnischer Feder in der DDR nicht vertrieben. Vgl. Tadeusz Walichnowski, Israel und die Bundesrepublik, Warschau 1968 (poln.: Warszawa 1967).

[123] ND, 31. Mai 1965. Vgl. zum folgenden auch Dittmar, S. 849f.

[124] ND, 30. Oktober 1965.

[125] ND, 1. Dezember 1965.

[126] ND, 14. Mai 1965.

[127] ND, 5. April 1967.

[128] ND, 25. Mai 1967.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Giftgas in Großbritannien gekauft" habe. „Die arabischen Länder verfügen demgegenüber über kein Giftgas."[129] Die Darstellung von über Giftgas verfügenden Juden mußte zwangsläufig Assoziationen an die nationalsozialistischen Massenmorde durch Gas erinnern. Da die Juden, die nur schlecht kaschiert als Israelis bezeichnet wurden, als Täter erschienen, die noch dazu über Massenvernichtungswaffen verfügten, führte diese Art der Haßpropaganda zur letztlichen, wenngleich kaum beabsichtigten Relativierung des Holocaust. Dies wurde auch von Kritikern der SED-Politik festgehalten. So schrieb Walter Laqueur, die ostdeutsche „Propaganda war immer verlogener gewesen, und im Vergleich mit dem ‚Neuen Deutschland' war die ‚Prawda' eine gemäßigte und staatsmännische Zeitung."[130] Der Londoner „Guardian", ein linkes Blatt, kam zu dem Schluß: „Die Berichte in der ostdeutschen Presse sind so verzerrt und so gekonnt manipuliert, daß sie einem Goebbels zur Ehre gereicht hätten und daß sogar einige der treuesten Anhänger des Ulbricht-Regimes angeblich bestürzt sind und befürchten, diese Kampagne könnte Anklagen eines zügellosen Antisemitismus auf deutschem Boden nach sich ziehen."[131]

Solche Befürchtungen waren schon im weiteren Vorfeld des Krieges aufgetreten. Alfred Scheidemann, Vizepräsident des Verbandes der Jüdischen Gemeinden, setzte sich mit einem am 21. Februar 1967 in der Erfurter SED-Zeitung „Das Volk" erschienenen Artikel auseinander, der unter der Überschrift „Ein gehorsamer Satellit des Weltimperialismus" Israel verdammt hatte. In ungewohnt deutlicher Form schrieb Scheidemann: „Wir sind über die Art des Artikels empört, besonders darüber, daß ihr Mitarbeiter von einer ‚Sonderform des hebräischen Sozialfaschismus' spricht, ein Begriff, der fast nazistischer Prägung sein könnte. Leider ist es jedoch so, daß viele Menschen, auch bei uns, den Staat Israel mit ‚den Juden' identifizieren. Ist Ihrem Mitarbeiter nicht bekannt, daß Regierung und Bevölkerung Israels, zu der ja auch Christen, Moslems und Atheisten gehören, durchaus nicht einer Meinung sind, daß große Teile der Bevölkerung die Beziehungen zu Westdeutschland ablehnen, daß in Israel eine sehr aktive kommunistische Partei besteht, und daß die UdSSR als erster Staat Israel anerkannte?"[132]

Trotz der analytischen Ungereimtheiten - die Juden tauchten als religiöse Gemeinschaft, nicht als Volk, auf, die Identifizierung der Juden mit Israel wurde bedauert, die Stärke der KP Israels grotesk überschätzt - verdient die Schlußfolgerung Scheidemanns Beachtung: „Wir hätten es für ratsam gehalten, wenn Sie sich vor Veröffentlichung dieses Artikels mit uns oder mit dem Landesverband Thüringen ... in Verbindung gesetzt hätten. Wir erwarten, daß Sie sich von dem Artikel distanzieren."[133]

Nach einer Aussprache zwischen dem Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde Erfurt und dem verantwortlichen Redakteur kam man überein, „von einer öffentlichen Distanzierung

[129] ND, 3. Juni 1967.

[130] Laqueur, S. 237.

[131] Zit. ebenda, S. 236. Vgl. auch die Analyse: „Neues Deutschland" and Israel: A Diary of East German Reactions, in: Robert S. Wistrich (Hg.), The Left against Zion. Communism, Israel and the Middle East, London/Totowa, N. J. 1979, S. 114–136. Dort wird besonders auf die scharfmacherischen Artikel des ND-Korrespondenten in Kairo, Rolf Günther, hingewiesen.

[132] Brief Scheidemanns an den Chefredakteur von „Das Volk" vom 10. März 1967 (unveröff.); zit. nach Burgauer, S. 191, die die Akten des Verbandes der Jüdischen Gemeinde auswertete.

[133] Ebenda.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

abzusehen."[134] Die Partei konnte sich selbst auf lokaler Ebene nicht die Blöße geben, einen Fehler einzugestehen.

Kurz nach dem Krieg erschien in einem anderen SED-Bezirksblatt, der „Schweriner Volkszeitung", eine Stellungnahme Scheidemanns, in der er schrieb:

„Auch ich verfolge mit Besorgnis die von der Staatsführung Israels ausgelösten kriegerischen Ereignisse. Was dort geschehen ist, widerspricht meiner Auffassung von der Verantwortlichkeit jüdischer Menschen für die Erhaltung eines dauerhaften Friedens in der Welt... So denke ich als Jude in der Deutschen Demokratischen Republik, deren Bürger ich bin, geachtet und gleichberechtigt und nicht bedroht. Daher werde ich alle meine Kraft für die Ziele dieses Staates einsetzen ..."[135]

Eine Erklärung des Verbandes der Jüdischen Gemeinden vom 2. Juli 1967 enthielt sich jedoch einer einseitigen Schuldzuweisung an Israel. Es hieß darin:

„Wir haben mit großen Befürchtungen und Entsetzen den Krieg in Nah-Ost verfolgt und anerkennen die große, bedeutsame Friedenstat der Sowjetunion zur Erreichung einer Waffenruhe im Nahen Osten"; gemeint waren die hektischen Vermittlungsversuche Moskaus nach jahrelanger Unterstützung jeder, auch der irrationalsten und antisemitischsten Propaganda der arabischen Regime.[136]

Die Erklärung appellierte an die Großmächte und an die Vereinten Nationen, „entsprechend den wahren Interessen aller Völker im Nahen Osten diese (Völker; M. K.) weise an den Verhandlungstisch zu führen, damit Wege gefunden werden, die Freiheit, Gerechtigkeit und Unabhängigkeit für die arabischen Staaten und Israel für alle Zeiten garantieren."[137]

Die Verbandsführung beugte sich dem Druck von SED und Blockparteien nicht, die auf eine deutliche Stigmatisierung Israels als Aggressor drangen. Gegenüber dem Stellvertretenden Staatsratsvorsitzenden und CDU-Vorsitzenden Gerald Götting widerstanden Helmut Aris, Heinz Schenk und Gerhard Ringer einer Aufforderung zu einem Treffen nach Wittenberg am 20. Juli 1967. Alfred Scheidemann, der als einziges Leitungsmitglied zu diesem Treffen fuhr, mußte sich harte interne Kritik gefallen lassen. Die Verbandsleitung beklagte, eine zurückhaltende Stellungnahme würde ihr das Odium der „jüdischen Faschist(en)" bei linientreuen Parteifunktionären eintragen.[138] Furcht und Ungewißheit über die nächste Zukunft waren unter Gemeindemitgliedern damals verbreitet, wie auch einer der wenigen westlichen Journalisten festhielt, der die Gelegenheit hatte, mit einigen von ihnen zu sprechen. Sie seien „unvorbereitet über den Weg, den sie einschlagen sollten, und ungewiß darüber, ob es einen Weg gibt, der wenigstens die Aussicht auf eine zeitweilige Freiheit eröffnen würde."[139] Doch auch unter der überwältigenden nichtjüdischen Bevölkerungsmehrheit der DDR gab es erhebliche Zweifel an der politischen und moralischen Rechtfertigung des offiziellen Israel-Bildes. So hieß es in einem Informationsbericht der Berliner SED-Bezirksleitung vom 6. Juni 1967:

[134] Brief des Abteilungsleiters für Propaganda von „Das Volk" an Scheidemann vom 14. April 1967; zit. ebenda.

[135] Schweriner Volkszeitung, 17./18. Juni 1967; zit. ebenda, S. 192.

[136] Zit. ebenda nach verbandsinternen Unterlagen.

[137] Zit. ebenda, S. 193.

[138] Zit. ebenda.

[139] Leo Katcher, Post Mortem. The Jews in Germany - Now, London 1968, S. 200.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

„In der Haltung eines Teils der Bevölkerung gibt es eine spürbare Zurückhaltung bei der Verurteilung Israels. Sie resultiert vor allem aus der Beurteilung der Auseinandersetzung als eine Glaubens- und Rassenfrage. Zugleich werden wiederholt solche Argumente angeführt wie: ‚Die Juden wurden schon immer unterdrückt, sie führen einen gerechten Kampf.' ‚Wir Deutschen haben gegenüber den Juden viel gut zu machen.' ‚Es ist nicht vorstellbar, daß Menschen, die so viel im letzten Krieg durchgemacht haben, jetzt selbst einen Krieg vom Zaun brechen.'"[140]

Unter die vom Parteiapparat vorbereiteten Resolutionen gegen den „Aggressor Israel" verweigerten Parteimitglieder und Parteilose ihre Unterschrift. In einer Gewerkschaftsgruppe des VEB Grubenlampe Zwickau waren dies von 70 Kollegen nicht weniger als 67. Ein SED-Mitglied führte als Begründung an: „Wenn Nasser gesagt hat, daß er die Juden ins Meer treiben wolle, dann ist seine Politik gegen das Volk gerichtet. Aus diesem Grunde muß ich einen Protest an Israel ablehnen." Eine Reihe von schnell einberufenen Partei- und Gewerkschaftsversammlungen änderte daran nichts.[141] Diese aufrechte Haltung zeigte eindrucksvoll, daß unter den Arbeitern der DDR das Gefühl für elementare moralische Normen, die auch am Beginn der Arbeiterbewegung gestanden hatten, nicht verloren gegangen war.

Anders verhielt es sich in der Führungsetage der DDR. In einer Erklärung des Ministerrates, die das „Neue Deutschland" am 8. Juni veröffentlichte (*vgl. Dokument Nr. 10*), wurde die israelische Seite des „Blitzkrieges" als Teil der US-Globalstrategie bezichtigt. Auch das Wort von der Speerspitze fehlte nicht. „In dieser Erklärung", wurde mit Recht betont, „wird assoziativ das antisemitische Bild von den verschwörerischen Drahtziehern des Konfliktes Bundesrepublik und USA gezeichnet. Israel erscheint mit der Strategie des Blitzkrieges darin ferner als militärisch-strategischer Erbe der nationalsozialistischen Wehrmacht"[142] – die Juden im Nahen Osten somit in gefährlicher Nähe zur Politik ihrer schlimmsten Feinde.

Was trieb verantwortliche Gremien und Presseorgane zu solchem Tun? Bislang unterschwellige, nun zum Ausbruch gelangte antisemitische Einstellungen müssen sicher als ein Grund hierfür genannt werden. Hinzu kam eine damit zusammenhängende, hier jedoch gesondert zu nennende Tatsache:

Die DDR-Presse führte, oft mit vielen Einzelheiten, die nationalsozialistische Vergangenheit prominenter Politiker und Wirtschaftsführer der Bundesrepublik an. Doch arbeiteten ehemalige Nazis auch in der DDR an verantwortlicher Stelle, wie es in einer amerikanischen Darstellung hieß: „Von 500 Volkskammerabgeordneten während der Legislaturperiode 1954 bis 1958 waren 20 nazistisch belastet. Nach den Wahlen von 1958 waren es 49, von 1963 bis 1967 stieg ihre Zahl auf 53. Allerdings gehörten nur 8 der SED und die übrigen der NDP an, die ohnehin nur die Aufgabe hat, Nazis kleinen und mittleren Kalibers eine neue politische Heimat zu bieten."[143]

Der Westberliner „Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen", eine im Kalten Krieg entstandene Vereinigung, gab die Namen von fünf Mitgliedern des DDR-Ministerrates

[140] SAPMO-BArch, ZPA IV A 2/5/22; zit. nach: Karin Hartewig, Jüdische Kommunisten in der DDR und ihr Verhältnis zu Israel, in: Wolfgang Schwanitz (Hg.), Jenseits der Legenden: Araber, Juden, Deutsche, Berlin 1994, S. 132.

[141] Ebenda.

[142] Ebenda, S. 133.

[143] John Dornberg, Deutschlands andere Hälfte. Profil und Charakter der DDR, München 1970, S. 270.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

bekannt, die der NSDAP angehört hatten: Hans Bentzien, Hans Reichelt, Heinz Matthes, Ernst-Joachim Gießmann und Herbert Weiz.[144] Hinzu kam der NDP-Vorsitzende Heinrich Homann. Weitere prominente Ex-Nazis waren der Akademiepräsident Werner Hardtke, sein Stellvertreter Hans Frühauf, das frühere Staatsratsmitglied Peter-Adolf Thiessen, ein weltweit bekannter Chemiker und Atomphysiker,[145] und der Metallurge Kurt Säuberlich, wie Thiessen ein Mitglied des DDR-Forschungsrates.[146]

Interessant war in diesem Zusammenhang die Präsenz von ehemaligen Nationalsozialisten an verantwortlichen Stellen im Medienbereich, dort, wo die antiisraelische Propaganda inszeniert wurde. Dies betraf Kurt Blecha, den Regierungssprecher, ebenso wie Günter Kertzscher, den stellvertretenden Chefredakteur des „Neuen Deutschland". Kurz nach dem Junikrieg veröffentlichte der österreichische „Bund jüdischer Verfolgter des Naziregimes" eine Dokumentation, die von der SED-Führung zwar totgeschwiegen, aber niemals dementiert wurde. Sie enthielt die Namen von 39 ehemaligen Nazis in wichtigen Positionen der DDR-Gesellschaft. Auffallend war der hohe Anteil der im Pressedienst Tätigen unter ihnen. Dies betraf neben den Genannten unter anderem Hans Walter Aust, Chefredakteur der Zeitschrift „Deutsche Außenpolitik", Werner Gast, Vorstandsmitglied des Journalistenverbandes, Karlheinz Gerstner, Chefreporter der „Berliner Zeitung" und Fernsehkommentator, Heinz Huster, stellvertretender Chefredakteur des „Bauern-Echo", Willi Siebenmorgen, Redakteur des „Neuen Deutschland" oder Peter Theek, stellvertretender Chefredakteur der „Wahrheit" (und später Chefredakteur eines Blattes, das den Namen von Carl von Ossietzkys „Weltbühne" übernommen hatte). Besonders brisant waren die Fälle von Wolfgang Rödel, der an der Leipziger Universität für die Ausbildung fast aller DDR-Pressejournalisten mitverantwortlich war, und von Herbert Kröger, Rektor der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft, beziehungsweise Direktor des Instituts für Internationale Beziehungen. Kröger war 1938 SS-Oberscharführer im „Reichssicherheitshauptamt" gewesen.[147] Unter Berücksichtigung individueller Verschiedenheiten kann wohl angenommen werden, daß zumindest indirekt verdrängte antijüdische Denkmuster bei mancher Formulierung in der Presse Pate gestanden haben dürften.

Entscheidender waren indes die Vorgaben der SED-Führung. Kein anderer als Walter Ulbricht zeigte kurz nach dem Juni-Krieg einmal mehr, daß stalinistische Denkfiguren zu einer äußerst simplifizierten (Fehl-)Beurteilung der Situation der Juden wie des israelisch-arabischen Konfliktes führen mußten. Ulbricht erklärte, es habe sich bei diesem Krieg nicht

144 Vgl. ebenda.

145 Thiessens früherer Mitarbeiter Hartmut Linde berichtete 1991, Thiessen habe zu ihm einst gesagt: „‚Mein lieber Linde, die Nazis haben wir beschissen, und die Kommunisten bescheißen wir ganz genauso.' Für ihn (Thiessen; M. K.) war nur die Wissenschaft wichtig." Hartmut Linde in: Guntolf Herzberg/Klaus Meier (Hg.), Karrieremuster. Wissenschaftlerporträts, Berlin 1992, S. 21. Hier sei angefügt: Thiessen war zwischen 1926 und 1945 (mit einer kurzen Unterbrechung) Mitglied der NSDAP. Er starb fast 91jährig im März 1990.

146 Vgl. Dornberg, S. 271; Jochen Černý (Hg.), Wer war wer - DDR. Ein biographisches Lexikon, 2. Aufl., Berlin 1992, entsprechende Personenartikel.

147 39 ehemalige Nazis in wichtigen Positionen der revisionistischen DDR der sechziger Jahre. Nachdruck aus einer Dokumentation des „Bundes jüdischer Verfolgter des Naziregimes" (Österreich) von 1968, Frankfurt a. M. o. J. Dieser Nachdruck wurde vom Frankfurter Buchladen Georgi Dimitroff besorgt. Er enthält auch faksimilierte Schriftstücke, die das nazistische Engagement ihrer Verfasser bezeugen.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

um einen Existenzkampf des jüdischen Staates oder um einen Kampf auf Leben und Tod gehandelt - wie die „Phrasen" (so Ulbricht wörtlich) alle heißen mögen (*vgl. Dokument Nr. 11*). Es habe keine militärische Bedrohung des Staates Israel gegeben, behauptete er entgegen allen Tatsachen. Ulbricht bekundete einerseits Sympathien für die „nicht wenigen" in Israel lebenden Opfer des nazistischen Judenmordes. Doch sei es im Krieg nicht um das „sogenannte" (Ulbricht wörtlich) Überleben der Juden gegangen.

„Es ging weder um David noch um Goliath noch um altehrwürdige Tempel im jordanischen Teil Jerusalems. Erinnerungen an das (Alte; M. K.) Testament wurden skrupellos ausgenutzt, um die Menschen zu betrügen und kriegsreif zu machen."

Enthielt dieser Satz - abgesehen von seiner einseitigen und tendenziösen Zielrichtung - eine Teilwahrheit, was die Propaganda der Kräfte um Menachem Begin betraf,[148] so kann die folgende Behauptung nur als „krasser Vulgärmarxismus"[149] bewertet werden. „Es ging doch vielmehr", so Ulbricht, „um eine Klassenauseinandersetzung zwischen den monopolistischen Erdölinteressen und ihren imperialistischen Regierungen einerseits und den arabischen Völkern andererseits."

In Ulbrichts Interpretation der Ereignisse gab es unter den arabischen Völkern offenbar keine herrschenden und keine unterdrückten Klassen mehr, auch keine Scharfmacher im arabischen Lager, die mit ihrem Konfrontationskurs für den Junikrieg in hohem Maße mitverantwortlich gewesen waren. Schon gar nicht benannt wurden die gravierenden Mißgriffe von Nassers Moskauer Protektoren, die Ägypten, aber auch Syrien in eine abenteuerliche Politik mit hineingetrieben hatten.[150] Immerhin machte sich die DDR nicht, wie vom Atassi-Regime in Syrien gefordert, zum Vorreiter der antiisraelischen Kampagne in Osteuropa.[151] Im Lande des Holocaust konnte es auch nicht zu einer Entwicklung kommen, wie sie unmittelbar danach in Polen einsetzte und dort zur Vertreibung von etwa 25 000 Juden führte.[152]

Die SED-Spitze versuchte allerdings, jüdische Bürger der DDR zu einer öffentlichen Stellunganhme gegenüber Israel zu bewegen. Diese erschien am 9. Juni im „Neuen Deutschland" (*vgl. Dokument Nr. 12*). „Es ist die Tragik der jüdischen Bevölkerung Israels",

[148] Die Herut-Partei Menachem Begins, die gegenüber den Nachbarstaaten Israels ein annexionistisches Programm vertrat, war vor dem Junikrieg Teil der Regierung der Nationalen Einheit geworden.

[149] So Edmund Silberner, Kommunisten zur Judenfrage. Zur Geschichte von Theorie und Praxis des Kommunismus, Opladen 1983, S. 296.

[150] Zur sowjetischen Nahostpolitik vgl. den Forschungsüberblick bei Bunzl u. a., Falscher Alarm, für das Jahr 1967 bes. S. 59f.

[151] „Im Gespräch des Generalkonsuls der DDR in der Syrischen Arabischen Republik, Genossen Horst Grunert, mit dem syrischen Außenminister Dr. Makhos vom 7. Februar 1967 äußerte Letzerer die in den dortigen Regierungskreisen vertretene Auffassung, daß die DDR die Rolle des ‚Vortrupps der europäischen sozialistischen Staaten in ihrer Haltung gegenüber Israel' spielen sollte ... Diese Forderung kann aus einer Reihe von Gründen ... nicht akzeptiert werden. Die Politik der gegenwärtigen Baath-Regierung Syriens gegenüber Israel steht im Widerspruch zu den politischen Realitäten und kann von den sozialistischen Staaten nicht unterstützt werden." Brief des stellvertretenden Außenministers Kohrt an Ulbricht, abgedr. im Anhang zu Schwanitz, Israel, S. 156f.

[152] Vgl. Adam Ciolkosz, „Anti-Zionism" in Polish Communist Party Politics, in: Wistrich (Hg.), The Left against Zion, S. 137-152; Silberner, Kommunisten zur Judenfrage, S. 257ff.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

hieß es darin, „daß die Machthaber dieses Staates eine Politik betreiben, die sich in den Dienst der strategischen Interessen imperialistischer Großmächte am Suezkanal und an den arabischen Ölquellen gestellt hat. Leider trifft das nicht nur auf das Jahr 1967 zu. Schon die Geburt Israels ist behaftet mit Wortbruch und Annexion." Die letztgenannte Passage entwertete mit ihrer plakativen Simplifizierung der Zusammenhänge die Teilwahrheit der ersten Aussage. Die Erklärung wurde von einigen bekannten und weniger bekannten jüdischen Bürgern unterschrieben. Heute weiß man, daß sich die angesprochenen Schriftsteller Heinz Kamnitzer und Peter Edel, die Sängerin Lin Jaldati, der Präsident des Verbandes der Jüdischen Gemeinden Helmut Aris und besonders Arnold Zweig, der literarischen Weltruhm genoß, weigerten, die Erklärung zu unterschreiben. Albert Norden, der diese Haltung in einem Brief an Walter Ulbricht beklagte, kritisierte darin besonders Zweig und seine „althergebrachte prozionistische Einstellung" (*vgl. Dokument Nr. 13*). Seine ambivalente Haltung gegenüber der DDR-Politik brachte der Sozialist Zweig in einem Gespräch mit dem israelischen Publizisten Amos Elon zum Ausdruck. Wohl nicht ohne Sarkasmas stellte er fest: „Hier in der DDR gibt es überhaupt kein ‚Bewältigungsproblem' wie drüben. Drüben hat ja die Bewältigung mehr mit der faschistischen westdeutschen Gegenwart zu tun als mit der Vergangenheit. Wir sind mit der Vergangenheit fix und fertig. Man hat sie nicht bewältigt. Man hat sie ausgekotzt."[153]

Solch gallebittere Äußerungen blieben der DDR-Bevölkerung natürlich vorenthalten. Vor allem die aus der Emigration zurückgekehrten jüdischen Intellektuellen zogen es vor, ein Bekenntnis zur DDR abzulegen und dabei doch „eine ritterliche Form der ‚inneren Emigration" zu wahren, wie ein anderer israelischer Journalist, Walter Zadek, mit Blick auf Zweig schrieb.[154] Noch 1986, so Zadek weiter, soll Stephan Hermlin zu Ralph Giordano geantwortet haben, warum er die DDR nicht verlasse: „Ich kenne die Geschehnisse und bin selbst manchen Schwierigkeiten ausgesetzt; aber ich ziehe es vor, in einem kommunistischen Staat zu leben."

Dieser Zwiespalt, zwischen Kritik und Engagement zu leben, erwies sich für die Juden in der DDR so wenig auflösbar, wie sich die SED-Politik gegenüber den Juden von teilweiser Repression zur Toleranz hinbewegte, ohne die eigenen Defizite auch nur ansatzweise

[153] Amos Elon, In einem heimgesuchten Land, München 1966, S. 188. Von den ihm von der Springer-Presse in den Mund gelegten Äußerung, wonach die DDR die „Hölle" sei und er „den virulenten Antisemitismus hier nicht aushalten" könne, distanzierte sich Zweig allerdings entschieden – nicht aber von Elons Ausführungen. Vgl. die Erklärung Zweigs vom 9. September 1967, in: Stiftung Archiv der Akademie der Künste, Nachlaß A. Zweig, Nr. 2514.

[154] Walter Zadek, Der „verstaatlichte" Dichter. Hatte der Schriftsteller Arnold Zweig Angst in der DDR?, in: Tribüne, 1991, Nr. 117, S. 149. Druckfehler korrigiert.

[155] Vgl. hierzu Martin W. Kloke, Israel und die deutsche Linke. Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses, Frankfurt a. M. 1990; weiterhin Susann Heenen, Deutsche Linke, linke Juden und der Zionismus, in: Dietrich Wetzel (Hg.), Die Verlängerung von Geschichte. Deutsche, Juden und der Palästinakonflikt, Frankfurt a. M. 1983, S. 103–112; Detlev Claussen, Im Hause des Henkers, in: Ebenda, S. 113–125; ders., Ein kategorischer Imperativ. Die politische Linke und ihr Verhältnis zum Staat Israel, in: Micha Brumlik u. a. (Hg.), Jüdisches Leben in Deutschland seit 1945, Frankfurt a. M. 1986, S. 230–242; Jeffrey Herf, The „Holocaust" Reception in West Germany: Right, Center and Left, in: Anson Rabinach/Jack Zipes (Hg.), Germans and Jews since the Holocaust. The Changing Situation in West Germany, New York/London 1986, S. 208–233, sowie eine thematische Nummer der Zeitschrift „Ästhetik und Kommunikation": Deutsche, Linke, Juden, Nr. 51, Juni 1983.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

aufzuarbeiten. Eine solche Aufarbeitung hätte einen Bruch mit den stalinistischen Strukturen vorausgesetzt, denen die DDR bis zuletzt verhaftet blieb. Daß die Haltung zu Israel im Junikrieg 1967 aber ein gesamtdeutsches Problem war, zeigt auch ein Blick auf die Kontroversen innerhalb der westdeutschen Linken.

In einer umfassenden Darstellung ist nachzulesen, daß bis zum Juni 1967 die nichtkommunistische Linke der Bundesrepublik durchgängig proisraelisch eingestellt war.[155] Diese Haltung steigerte sich teilweise bis zur Glorifizierung der israelischen Aufbauleistungen und zur Mystifizierung des Kibbutz-Experimentes. Die historisch-soziologischen Zionismus-Analysen, vor allem aber die scharfe Kritik von großen Teilen der Vorkriegs-Arbeiterbewegung seien hingegen durch Auschwitz widerlegt worden. In den Augen fast aller nichtjüdischer Linker verbot die moralische Hypothek ohnehin jede deutsche Kritik an Israel.[156]

Dieses idealisierte Denkgebäude brach im Sechstagekrieg zusammen. Die „identifikatorische Nähe linker Kräfte zu den progressiven Traditionen jüdischer Geistesgeschichte" ließ die Linke seitdem „besonders empfindlich auf die gewaltförmigen Implikationen des zionistischen Projektes" reagieren, wie Martin Kloke festhielt.[157] Dies war nicht nur ein deutsches Problem. Zwischen der Solidarität mit Israel und der Solidarität mit den Palästinensern hin- und hergerissen, kam es zu heftigen Kontroversen innerhalb der linksstehenden Bewegungen und ihrer Wortführer in Westeuropa wie in Nordamerika. Jean-Paul Sartre empfand es als „unerträglich, daß eine jüdische Gemeinschaft, wo auch immer und welche auch immer, dieses Golgatha von neuem ertragen und Märtyrer für ein neues Massaker liefern könnte."[158] Isaac Deutscher wiedersprach dem heftig. Er bestritt, daß die Gefahr einer Vernichtung Israels in diesem Krieg bestanden habe und rief in einem Interview, das seine letzte politische Äußerung werden sollte, zur Solidarität mit den palästinensischen Flüchtlingen auf: „Wir dürfen noch nicht einmal zulassen", so Deutscher, „daß die Berufung auf Auschwitz uns unter Druck setzt, die falsche Sache zu unterstützen. Ich spreche als Marxist jüdischer Herkunft, dessen nächste Angehörige in Auschwitz umgekommen sind und dessen Verwandte in Israel leben. Man erweist Israel einen schlechten Dienst und schadet ihm auf lange Sicht, wenn man seine Kriege gegen die Araber rechtfertigt oder entschuldigt."[159] Herbert Marcuse bemühte sich um Differenzierung und Ausgleich: „Es besteht in der Linken in der Tat eine sehr starke und sehr verständliche Identifizierung mit Israel. Auf der anderen Seite kann es sich die Linke, und gerade die marxistische Linke, nicht verhehlen, daß die arabische Welt teilweise identisch ist mit der antiimperialistischen Welt." Dennoch bat Marcuse um Verständnis dafür, daß er sich „in einer sehr persönlichen und nicht nur persönlichen Weise mit Israel solidarisch und identisch" fühlte.[160]

156 Vgl. Kloke, S. 43ff.

157 Ebenda, S. 152.

158 Jean-Paul Sartre, Um der Wahrheit willen, in: Heinz Abosch (Hg.), Der israelisch-arabische Konflikt. Eine Dokumentation, Darmstadt 1969, S. 13.

159 Isaac Deutscher, On the Israeli-Arab War, in: New Left Review, 23. Juni 1967; hier zit. nach der deutschen Übersetzung in: Isaac Deutscher, Die ungelöste Judenfrage. Zur Dialektik von Antisemitismus und Zionismus, Berlin (West) 1977, S. 101. Isaac Deutscher starb am 19. August 1967. Eine überscharfe Erwiderung auf dieses Interview findet sich bei Michael Landmann, Das Israelpseudos der Pseudolinken, Berlin (West) 1971.

160 Herbert Marcuse, Für eine gemeinsame Front, in: Diskussion 1967, Nr. 23; hier zit. nach Ernst Vogt, Israel – Kritik von links. Dokumentation einer Entwicklung, Wuppertal 1976, S. 131.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

In der Bundesrepublik äußerten sich vor allem christliche Kreise, denen die moralische Verantwortung der Deutschen für das Schicksal der Juden wichtig war. Sie wie auch die Überlebenden des nazistischen Massenmordes an den Juden riefen zur Verteidigung Israels und seiner Politik auf. Für die erstgenannte Gemeinschaft wurde der linke Theologe Helmut Gollwitzer (der selbst mit einer Jüdin verheiratet war) zum wichtigsten Sprecher.[161]

In seinem wenige Monate nach dem Krieg erschienenen Buch „Vietnam, Israel und die Christenheit" schrieb Gollwitzer: „Es gibt Fälle, in denen Einseitigkeit Vorurteil ist, und Fälle, in denen einseitiges Urteil christlich geboten ist. Im Falle von Hitlers Überfall auf die Tschechoslowakei, im Falle der Austreibung der Deutschen aus den Ostgebieten, im Falle der arabischen Bedrohung Israels, im Falle Vietnams ist, wie zweiseitig hier wie überall die Schuldursachen auch liegen, einseitige Verurteilung der Aktion selbst geboten."[162] Gollwitzer legte Israelis und Arabern ein Durchdenken verhärteter Positionen nahe, sprach sich dann aber eindeutig für die israelische Seite aus. Ein anderer wichtiger Theologe, Rolf Rendtorff, äußerte sich ähnlich und kritisierte besonders scharf die DDR: „Die deutsche Boulevard-Presse spricht von den ‚Wüstenfüchsen' und den ‚Erben Rommels'. Das ‚Neue Deutschland' und die (neonazistische; M. K.) ‚Deutsche Nationalzeitung' verbünden sich, indem sie Israel als Aggressor bezeichnen."[163] Auch der sozialistische Politikwissenschaftler Iring Fetscher übte Kritik: „Aber in der Frage der Anerkennung des Staates Israel und seiner Grenzen verhalten sich viele arabische Politiker nicht anders als die Rechtsextremisten unter den bundesdeutschen Flüchtlingsvertretern. Sie sind nicht bereit anzuerkennen, daß die israelische Bevölkerung durch eine mehr als 20jährige Aufbauarbeit einen naturrechtlichen Eigentumstitel auf dieses Land erworben hat, das einst fast durchweg wertlose Wüste gewesen ist. So wenig die genannten deutschen Rechtsradikalen bereit sind, sich mit den Ergebnissen des Zweiten Weltkrieges abzufinden, sind es diese arabischen Politiker. Aus diesem Grunde entbehrt es auch nicht der Komik, daß ausgerechnet deutsche Kommunisten in der DDR mit Emphase Partei für die arabischen Revisionisten ergreifen, wobei sie sich des keineswegs passenden Klischees Nationale Befreiungsbewegung versus Imperialismus bedienen."[164]

Die linken Kritiker solcher Auffassungen machten auf die Schwachstellen in der Argumentation aufmerksam. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund ging auf Distanz zu Israel und dessen linken Verteidigern in der Bundesrepublik. In einer Erklärung des Bundesvorstandes des SDS wurde hervorgehoben, „wir Sozialisten in der BRD, die wir von Anfang an den Kampf gegen den Antisemitismus nicht nur unter moralischen, humanitären oder gar antirassistischen Gesichtspunkten betrieben haben, (dürfen) in der jetzigen Situa-

[161] Diese Tatsache mag zur Akzentuierung von Gollwitzers Stellungnahmen mit beigetragen haben. Zur Person von Brigitte Gollwitzer, die übrigens protestantisch getauft war, vgl. Hajo Funke, Die andere Erinnerung. Gespräche mit jüdischen Wissenschaftlern im Exil, Frankfurt a. M. 1989, S. 381ff. Kritisch angemerkt sei, daß der Untertitel dieses Buches irreführend ist: Unter den interviewten 21 Personen hatten nicht weniger als sechs ihren Wohnsitz in Israel, das sie kaum je als Exil verstanden haben dürften.

[162] Helmut Gollwitzer, Vietnam, Israel und die Christenheit, München 1968; hier zit. nach dem Besprechungsaufsatz von Theodor Bergmann, Gewissenserforschung im Nahost-Konflikt, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 1968, Nr. 8, S. 463.

[163] Rolf Rendtorff, in: Ernst Bloch u. a., Frieden im Nahen Osten. Zum arabisch-israelischen Konflikt, Frankfurt a. M. 1967, S. 29.

[164] Iring Fetscher, in: Ebenda, S. 24f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

tion unsere Gefühle für das israelische Volk nicht verwechseln ... mit der rationalen, ökonomischen und politischen Analyse der Position des Staates Israel im internationalen Konfliktsystem zwischen den hochindustrialisierten Ländern und den Ländern der Dritten Welt."[165]

Im Zusammenhang mit der Studentenrevolte nach dem Besuch des iranischen Schah und der Ermordung von Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967 in Westberlin entfesselte die Springer-Presse eine Diffamierungskampagne gegen die studentische Linke. Zur gleichen Zeit feierte sie den militärischen Sieg Israels in militaristischen Metaphern aus dem Arsenal der Wehrmachtsberichte des Zweiten Weltkrieges.[166] Eine solche Situation drohte, wie Kloke zusammenfassend schrieb, „für das Verhältnis des SDS zu Israel zwangsläufig auch Konsequenzen psychologischer Art mit sich zu bringen, die ihm eine rational fundierte historisch-politische Analyse des jüdisch-arabischen Konflikts beträchtlich erschwerte."[167] Dem allzu positiven Israelbild zumeist älterer Linker, die über der Aufbauarbeit in der Wüste die systematische Verdrängung der arabischen Bevölkerung von ihrem Land negierten, setzten die linken Studenten ein nicht weniger einseitiges entgegen: In ihm erschien Israel als bloße Kolonialmacht mit autoritären und sogar faschistischen Zügen, die PLO als revolutionär-sozialistischer Vortrupp und das arabische Lager allgemein als ein Sachwalter des antiimperialistischen Kampfes.[168] Damit geriet die studentische Linke in einen Konflikt mit der SPD und dem Deutschen Gewerkschaftsbund, die hinter Israel standen.[169]

Wie in der DDR, waren auch in der Bundesrepublik die dort lebenden Juden, von Ausnahmen abgesehen, am wenigsten zur Verurteilung Israels bereit. Die Linken unter ihnen gerieten in Konflikte. Der in Belgien lebende, aber für die westdeutsche Öffentlichkeit wichtige Schrifsteller Jean Améry sprach damals „vom Zwang und der Unmöglichkeit, Jude zu sein" und schrieb:

„Nun, es ist klar: für jeden Juden in der Welt, er stehe politisch wo auch immer, ... ist der Bestand des kleinen Judenstaates eine existenzielle Frage, denn in Israel haben die Juden, wie Ernst Bloch in einem anderen Zusammenhang es nennt, den ‚aufrechten Gang' gelernt und haben den starken Schritt, die grade Haltung auch jenen Juden eingeübt, die in der Diaspora wohnen ... (Der jüdische Linksintellektuelle) ist, seit sich die feindlichen Armeen um Israel sammeln, seit die zügellosesten Stimmen aus den arabischen Ländern schon laut werden lassen, es müsse aus dem kleinen Land ein großes Konzentrationslager gemacht werden, seit davon gesprochen wird, die Israelis ins Meer zu stoßen - kein Linksintellektueller mehr, nur noch ein Jude: denn hinter ihm liegt Auschwitz und vor ihm vielleicht das seinen Stammesgenossen ... zu bereitende Auschwitz II am Mittelmeer."[170]

Der von Améry zitierte Ernst Bloch empfand ähnlich: „Ein kleines Volk sollte und soll erwürgt werden. Schon seit 1948 ergehen tödliche Drohungen von den Arabern. Endziel klar und deutlich: Israel soll vernichtet werden. Endlösung diesmal nicht Gas, sondern

165 Erklärung des SDS vom 5. Juni 1967. Auszug bei Kloke, S. 69.

166 Belege bei Kenneth M. Lewan, Der Nahostkrieg in der westdeutschen Presse, Köln 1970.

167 Kloke, S. 70.

168 Zahlreiche Beispiele ebenda, bes. S. 76ff.

169 Vgl. Rolf Vogel (Hg.), Deutschlands Weg nach Israel, Stuttgart 1967, S. 329ff., sowie die Erklärung des Deutschen Gewerkschaftsbundes im Anhang des in Anm. 175 zitierten Aufsatzes.

170 Jean Améry, Das Dilemma des Engagements, in: Die Weltwoche, 9. Juni 1967; hier zit. nach dem Wiederabdruck in: Améry, Widersprüche, Stuttgart 1971, S. 239f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

wörtlich: ersaufen wie Ratten."[171] Demgegenüber gelte, so Bloch: „Nichts ist aber selbstverständlicher, als das Recht der Verfolgten auf eine rechtlich gesicherte Heimstätte, und gar auf die, der fast zweitausend Jahre das Gebet galt: im nächsten Jahr in Jerusalem."[172]

Für die antistalinistischen Marxisten, die zum Teil bereits in der Weimarer Republik politisch aktiv gewesen waren, stellte sich das Problem nicht weniger scharf. Die Trotzkisten aller Gruppierungen hielten an der Vorkriegsanalyse mit ihrer scharfen Verurteilung des Zionismus fest.[173] Die aus der KPDO-Tradition kommenden linken Hochschullehrer äußerten sich zurückhaltender. Wolfgang Abendroth, der kein Jude war, stellte Israel als „Vortrupp amerikanischer Interessen" den „im wesentlichen progressiven republikanischen Militärdiktaturen" der arabischen Welt gegenüber, warnte aber vor einer Vereinfachung der Zusammenhänge: „Das heißt natürlich nicht, daß man sich mit der nationalistischen Hysterie in den arabischen Ländern identifizieren könnte." Abendroth bedauerte, daß im Weltmaßstab eine Situation entstanden sei, „in der die Gesamtinteressen der kolonialen Revolution, der sozialistischen Länder und auch des revolutionären Flügels der internationalen Arbeiterbewegung stärker mit denen der arabischen Staaten (nämlich Ägyptens, Syriens und Algeriens, nicht der Fürstenstaaten) als mit den Interessen Israels übereinstimmen."[174] Theodor Bergmann hingegen, dessen erstes von mehreren Zufluchtsländern das damalige Palästina gewesen war, beurteilte zwar die Wirkung der antiisraelischen Propaganda, die von arabischer Seite inszeniert worden war, als gering: „Man braucht die Worte nicht ernster zu nehmen, als frühere oder spätere Erklärungen; der Bär wurde nicht erlegt, dessen Fell (PLO-Chef) Schukeiri verteilt hat."[175] Er kritisierte jeoch die Politik der Sowjetunion, der DDR, aber auch der Bundesregierung und sprach von einer „Umkehr der Allianzen", die nicht „grotesker Aspekte" entbehre: „Die Bundesregierung hat die volle diplomatische Anerkennung Israels erst ausgesprochen, als die Araber die Beziehungen zur DDR verstärkten, nicht aus eigener Initiative ... (Die DDR) kämpft zwar in Europa für die Respektierung der Grenzen und Ergebnisse des zweiten Weltkrieges; im Nahen Osten dagegen unterstützt sie die Revisions- und Revancheforderungen arabischer Nationalisten."[176]

„Niemand hat das Recht, Öl ins Feuer zu gießen", warnte Bergmann, „auch nicht die DDR, die sich damit diplomatische Anerkennung erkaufen will ... Eine friedliche Lösung des Konfliktes ist zu suchen, die das Lebensrecht Israels sichert und die Zusammenarbeit zwischen Israel und den Arabern anbahnt."[177] Von solchem Bemühen um Differenzierung war die von der SED-Führung verordnete Sicht des Konfliktes weit entfernt. Die SED-Politik gegenüber den Juden hatte sich von der - kurzzeitigen - Repression zur Toleranz entwickelt, ohne jedoch die vielschichtige Problematik jüdischer Existenz in Deutschland

[171] Ernst Bloch, in: Ders. u. a., Frieden im Nahen Osten, S. 15.

[172] Ebenda, S. 18.

[173] Für eine zusammenfassende Darstellung der trotzkistischen Position vgl. George Novak, How Can Jews Survive? A Socialist Answer to Zionism, New York 1969.

[174] Wolfgang Abendroth an Berthold Simonsohn, 6. Juni 1967; zit. nach Kloke, S. 70f.

[175] Theodor Bergmann, Wirtschaftliche und soziale Probleme im Nahen Osten, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 1967, Nr. 7, S. 390.

[176] Ebenda.

[177] Ebenda, S. 391. Der Deutsche Gewerkschaftsbund verbreitete auf Initiative seines Vorsitzenden Ludwig Rosenberg diesen Aufsatz als Sonderdruck unter seinen Funktionären.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

wie in Israel genügend wahrzunehmen. Deshalb wurden die Beziehungen zwischen Juden und Nichtjuden vor dem Hintergrund der jüngsten deutschen Geschichte zu wenig diskutiert oder erforscht. Die schmerzhaften Konflikte wurden als nicht vorhanden angesehen - indessen blieben sie oftmals nur verdrängt.

Diese Verdrängung dauerte bis zum Herbst 1989 an. Sie war so stark, daß beispielsweise bei den Auseinandersetzungen um die Ausbürgerung Wolf Biermanns Ende 1976 der hohe Anteil von Juden unter den Protestierenden gar nicht mehr im öffentlichen Bewußtsein sichtbar war. Auch die am Ende der achtziger Jahre von der SED-Führung geförderten Aktivitäten jüdischen Lebens hatten eher mit außenpolitischen Erwägungen, so mit Erich Honeckers geplanter USA-Reise, denn mit wirklicher Aufarbeitung der Vergangenheit zu tun. Es war deshalb überfällig, daß sich die Regierung Modrow an der Jahreswende 1989/90 um eine deutliche Verbesserung der Beziehungen zu Israel bemühte. Die im März 1990 gewählte letzte Volkskammer der DDR verabschiedete schließlich am 12. April eine von allen Parteien getragene Erklärung. „Wir bitten die Juden in aller Welt um Verzeihung", hieß es darin, „für Heuchelei und Feindseligkeit der offiziellen DDR-Politik gegenüber dem Staat Israel und für die Verfolgung und Entwürdigung jüdischer Mitbürger auch nach 1945 in unserem Land."[178] Wenig später ging mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik ein widersprüchliches Kapitel der Beziehungen zwischen Juden und Nichtjuden in Deutschland zu Ende. Ein neues Kapitel begann - mit noch offenem Ausgang.

[178] ND, 14./15. April 1990.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Zusammenfassung

1. Die unmittelbaren Nachkriegsjahre waren im Osten Deutschlands stärker als im Westen vom Versuch eines Neuanfangs geprägt. Deshalb wählten viele aus der Emigration zurückgekehrte oder in Deutschland illegal überlebende Juden die spätere DDR als Wohnort. Die Politik der sowjetischen Behörden und ihrer deutschen Verbündeten stand in der SBZ im Zeichen des Anknüpfens an die Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung, vor allem ihres kommunistischen Zweiges, aus der Zeit vor 1933. Doch damit knüpfte die SED, die sich seit 1948 in einem folgenschweren Prozeß der Stalinisierung befand, auch an das Assimilationskonzept der Kommunistischen Internationale zur Lösung der jüdischen Frage an: Juden sollten sich, ungeachtet der jeweiligen soziokulturellen Umstände, durch Verzicht auf eine (wie auch immer begriffene) jüdische Identität in die kommunistische Bewegung einfügen. Innerhalb dieser Bewegung sollten sie für eine klassenlose Gesellschaft streiten. In einer solchen Gesellschaft würde auch dem Antisemitismus jede Grundlage (die in der Komintern im wesentlichen auf ökonomische Faktoren reduziert worden war) genommen werden.
2. In der unmittelbaren Nachkriegszeit wiesen führende kommunistische Politiker verschiedentlich auf die Mitschuld großer Teile des deutschen Volkes an den nationalsozialistischen Verbrechen hin. In ihren Erklärungen wurde aber der Völkermord an den Juden nicht besonders hervorgehoben. Dies entsprach der damaligen sowjetischen Linie, die den Holocaust nur als ein sekundäres Merkmal der nazistischen Diktatur ansah, ohne ihn allerdings zu verschweigen. Dennoch gab es in den unmittelbaren Nachkriegsjahren in Ostdeutschland – und nur damals – ernsthafte Überlegungen, den überlebenden Juden nicht nur Individual-, sondern auch Kollektiv„entschädigung" zuteil werden zu lassen. Die Gründung des Staates Israel und sein Verteidigungskampf gegen die Aggression der Arabischen Liga wurden 1948 in der SED-Presse sehr positiv kommentiert. Seit Ende der vierziger Jahre vertrat die SED-Führung dann zunehmend die Auffassung, daß die nationalsozialistische Barbarei und Judenverfolgung dem deutschen Volk insgesamt fremde Erscheinungen waren. Damit versuchte sie, die Kluft zwischen sich und großen Teilen der Bevölkerung zu überbrücken. Aufstiegschancen in der entstehenden DDR eröffneten sich aber vor allem für bewährte Antifaschisten, darunter für nicht wenige Kommunisten jüdischer Herkunft.
3. Diese Aufstiegs- und damit guten Integrationsmöglichkeiten wurden durch die Periode eines stalinistischen Antisemitismus Ende der vierziger und Anfang der fünfziger Jahre

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

zeitweise gestoppt. Die antisemitische Kampagne, die in der Sowjetunion seit 1948 lief, wurde sehr rasch auf Ostdeutschland - wenngleich in deutlich abgeschwächter Form - ausgedehnt. Der bislang postulierte Zusammenhang von demokratischer Wiedergeburt und entschiedener Bekämpfung des Antisemitismus geriet bald aus dem parteioffiziellen Blickfeld, obwohl gegen antisemitische Tendenzen in der Bevölkerung vorgegangen wurde. Bereits im November 1949 wurde mit Überprüfungen aller Verantwortungsträger auf Länderebene durch die Zentrale Parteikontrollkommission begonnen. Erstmals wurden Parteimitglieder jüdischer Herkunft teilweise als gesondert zu überprüfende Gruppe ausgewiesen.

4. Diese Hinweise wurden jedoch für die Betroffenen erst in der zweiten Überprüfungs-Welle, die die Merkmale einer „Säuberungsaktion" annahm, zur Gefahr. Im Zusammenhang mit dem antisemitischen Slánský-Prozeß in Prag ergriff die SED-Führung auch Maßnahmen gegen Juden. Bis zum Mai 1953 wurden jene SED-Mitglieder, die entweder in westlicher Emigration oder in jugoslawischer Kriegsgefangenschaft gewesen oder jüdischer Herkunft waren, auf eine mögliche, oft nur unterstellte Illoyalität gegenüber der „Linie" der Parteiführung überprüft, wobei die Intensität der Überprüfung sehr unterschiedlich war. Doch zogen insbesondere Mitglieder der Jüdischen Gemeinden, von denen einige zugleich der SED angehörten, eine besorgniserregende Verbindung zwischen den Repressalien in Moskau und Prag, den Geschehnissen in der DDR und den antisemitischen Verfolgungen der jüngsten deutschen Geschichte. Bis Ende März 1953 flüchteten etwa 550 Juden, größtenteils Gemeindemitglieder, aus der DDR in den Westen, darunter wichtige Repräsentanten jüdischen Lebens. Sie berichteten von Hausdurchsuchungen und beruflicher Zurücksetzung. Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, in der zahlreiche Juden organisiert waren, wurde aufgelöst.
5. Wie in der Sowjetunion der zwanziger Jahre, diente eine Kampagne mit antisemitischen Untertönen auch in der DDR als Mittel innerparteilicher Fraktionskämpfe. Opfer dieser Kampagne wurden das (nichtjüdische) Politbüromitglied Paul Merker und seine jüdischen wie nichtjüdischen Freunde. In einem Beschluß vom 20. Dezember 1952 zog das ZK der SED die „Lehren aus dem Prozeß gegen das Verschwörerzentrum Slánský". Dieses Dokument ordnete sich in die Bemühungen der osteuropäischen kommunistischen Parteien ein, durch die „Entlarvung" angeblich parteifeindlicher Kräfte Beweise für die Unterwürfigkeit unter Stalins Repressionsapparat zu liefern. Damit sollten alle nationalen Entwicklungswege - gar nach jugoslawischem Vorbild - im Ansatz verhindert werden. Die Kampagne gegen „Kosmopolitismus" und „Zionismus" bildete dabei eine wichtige, aber nicht die alleinige Dimension. Mit dieser Kampagne sollten die jüdischen Parteimitglieder mitsamt ihrer internationalistischen Tradition getroffen und möglichst aus dem Parteileben ausgeschaltet oder zumindest von wichtigen Positionen verdrängt werden. Paul Merker, Alexander Abusch und Erich Jungmann wurde vorgeworfen, in der Emigrationszeit zionistische Auffassungen verbreitet zu haben. Merker habe die Entschädigung der von den Nazis geraubten jüdischen Vermögen nur gefordert, um dem amerikanischen Finanzkapital das Eindringen in Deutschland zu ermöglichen. Dies wurde von der SED-Führung mit dem nazistischen Terminus der „Verschiebung deutschen Volksvermögens", die Merker angeblich gefordert habe, gebrandmarkt. Stand während des Jahres 1950 Alexander Abusch im Mittelpunkt parteiamtlicher Vernehmungen, so wurde 1953 Paul Merker dazu ausersehen, in einem möglichen Prozeß als Hauptangeklagter auftreten zu müssen. Einige Parteifunktionäre jüdischer Herkunft

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

wurden verhaftet und zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt (Paul Baender, Leo Goldhammer, Lex Ende). Der Tod Stalins am 5. März 1953 und der Stopp der antisemitischen Kampagne in der Sowjetunion einen Monat später verhinderten weitere mögliche Repressalien, nicht aber die Verurteilung Merkers in einem Geheimprozeß 1955, wobei die Beschuldigungen antisemitischer Natur aufrechterhalten wurden. Die allmähliche Begnadigung der Verurteilten nach dem 20. Parteitag der KPdSU 1956 ging nicht mit einer vollständigen Rehabilitierung einher, die auch die Verantwortlichen für die Ungerechtigkeiten zur Rechenschaft gezogen hätte.

6. Seit dem Frühjahr 1953 zog die SED-Führung einen deutlichen Trennungsstrich zwischen Antizionismus und Antisemitismus. Die Haltung gegenüber dem Staat Israel war seit dem Slánský-Prozeß in Prag von Distanz geprägt, das Existenzrecht des jüdischen Staates wurde aber nicht bestritten. Zwischen 1954 und 1956 kam es zu Kontakten zwischen der DDR und Israel in Moskau auf der Ebene höherer Mitarbeiter der Außenministerien. Die ostdeutsche Seite lehnte jedoch den israelischen Vorschlag ab, in direkte Verhandlungen über Restitutionen einzutreten, obwohl solche Verhandlungen auch die internationale Anerkennung der DDR vorangebracht hätten. Doch unternahm die DDR vorsichtige Annäherungsversuche an Israel im Zusammenhang mit dem Eichmann-Prozeß. Dies geschah, um gegenüber der Bundesrepublik in der internationalen Arena an Boden zu gewinnen. Zur israelischen kommunistischen Partei bestanden offizielle, zu anderen israelischen Organisationen vereinzelt inoffizielle Kontakte. Zwischen der DDR und Israel gab es einen geringen Warenaustausch über Drittländer. Im Frühjahr 1965 bezeichnete Ulbricht während seines Staatsbesuches in Ägypten Israel als eine gegen die Interessen der Völker des Nahen Ostens gerichtete „Speerspitze" des Imperialismus, was möglichen Handlungsspielräumen der DDR gegenüber der Bundesrepublik in Israel ein Ende setzte. Das Israel-Bild in den Medien der DDR blieb entsprechend einseitig, doch wurde auf antisemitische Klischees weitgehend verzichtet.
7. Nach dem Ende der antisemitischen Kampagne 1953 verstärkte sich allmählich die literarische, künstlerische und durch die Massenmedien vermittelte Auseinandersetzung mit der nazistischen Vergangenheit, was besonders in wichtigen belletristischen Werken zum Ausdruck kam. Einige jüdische Autoren, auch solche des Auslandes, wurden in teilweise hohen Auflagen publiziert. Die Debatte um Werk und Wirkung Franz Kafkas in den mittsechziger Jahren blieb von antisemitischen Tönen frei. Vor allem aus der Feder polnischer Autoren erschienen Berichte über den jüdischen Widerstand im Zweiten Weltkrieg. Seit Beginn der sechziger Jahre kamen erste zeitgeschichtliche Darstellungen zu jüdischen Themen von DDR-Autoren heraus, die teilweise an die Erkenntnisse von Arbeiten der späten vierziger Jahre anknüpften. Einige dieser Arbeiten wurden auch in der bundesdeutschen Fachwissenschaft rezipiert. Die dort seit der Mitte der fünfziger Jahre erscheinenden Bücher deutscher Exilanten, darunter vieler Marxisten, zum Thema Antisemitismus blieben hingegen in der DDR verboten. Sie wurden auch kaum in der DDR-Wissenschaft diskutiert. Dies wirkte sich mit negativ auf das Niveau zahlreicher DDR-Veröffentlichungen aus. Keine der DDR-Untersuchungen über den Kampf der deutschen Arbeiterbewegung gegen den Antisemitismus war frei von der Sichtweise der SED auf die Geschichte des Sozialismus, Kommunismus und des antifaschistischen Widerstandes. Dieser Widerstand fand in der DDR breite Würdigung, doch wurde seine spezifisch jüdische Komponente eher vernachlässigt. Auch der nazistische Völkermord an den europäischen Juden – der nie

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

verschwiegen wurde - trat hinter die antikommunistische Dimension der Politik des „Dritten Reiches" zurück.

8. Die Beziehungen zu den Jüdischen Gemeinden gestalteten sich nach 1953 für die SED-Führung relativ problemlos. Sie waren 1952/1953 als eigenständige Organisationen mit einer eigenen politischen Basis weitgehend ausgeschaltet worden und unterstanden nunmehr der strikten Kontrolle durch den Staat. Ihre Trennung von den Gemeinden im Westen wurde vollzogen. Dennoch ließ sich im Verhalten einiger Gemeinde-Funktionäre ein gewisses Maß an Selbstbehauptung feststellen. Die Gemeinden enthielten sich auch jeder Verurteilung der Politik des Staates Israel. Sie konnten allerdings kaum Kontakte zu israelischen Stellen unterhalten. Die DDR-Bürger jüdischer Herkunft, ob sie der Gemeinde angehörten oder nicht, genossen jedoch ein Maß an Toleranz, das ihnen erlaubte, sich in die Gesellschaft zu integrieren. Der Antisemitismus wurde moralisch geächtet und jede entsprechende Äußerung unter Strafe gestellt. Die Selbstorganisation öffentlichen jüdischen Lebens außerhalb des durch die SED-Führung vorgegebenen Rahmens war jedoch nicht möglich. Dies war jedoch keine Spezifik jüdischer Existenz in der DDR, sondern entsprach der Staats- und Gesellschaftsverfassung in Ostdeutschland wie in anderen Ländern des Machtbereiches der UdSSR. Das Maß an Toleranz war durch die Politik der Parteiführung vorgegeben. Die Grundrechte waren für die Juden wie für alle Menschen verfassungsmäßig garantiert, jedoch nicht einklagbar. Dennoch brauchten sich jüdische DDR-Bürger nach 1953 in ihrer Existenz nicht bedroht zu fühlen.
9. Für die Juden entstand in der DDR auch keine bedrohliche Situation, als ein Teil von ihnen die offizielle Kampagne gegen Israel im Juni 1967 durch die DDR-Regierung nicht mittrug. Dies unterschied die Situation in der DDR wesentlich von der in Polen, wo die antisemitische Politik die meisten Juden 1968 aus dem Lande trieb. Die Führung der SED versuchte zwar, jüdische Persönlichkeiten zu einer Stellungnahme gegen Israel zu bewegen. Als dies einige der Angesprochenen verweigerten, entstanden ihnen aber keine Nachteile. Ulbricht behauptete allerdings - entgegen den Tatsachen - es habe im Junikrieg keine militärische Bedrohung Israels gegeben und es sei nicht um das „sogenannte" (Ulbricht wörtlich) Überleben der Juden gegangen. Ulbrichts Interpretation des Krieges nahm (wenngleich nicht expressis verbis) Abschied von einer marxistischen Analyse. Er behauptete, es gehe „um eine Klassenauseinandersetzung zwischen den monopolistischen Erdölinteressen und ihren imperialistischen Regierungen einerseits und den arabischen Völkern andererseits". Hingegen verwiesen westliche Marxisten darauf, daß es auch im arabischen Lager herrschende und unterdrückte Klassen mit je spezifischen Interessen gebe. Doch wurde die DDR nicht, wie vom syrischen Atassi-Regime gefordert, zum Vorreiter einer antisemitischen Propagandakampagne im Ostblock.
10. Auch nach dem Juni-Krieg von 1967 kam es zu keiner selbstkritischen öffentlichen Überprüfung eigener Positionen gegenüber den Juden durch die SED-Führung. Ihre Politik hatte sich von der kurzzeitigen Repression zur Toleranz entwickelt, ohne die vielschichtige Problematik jüdischer Existenz in Deutschland wie in Israel genügend wahrzunehmen. Diese Probleme wurden und blieben eher verdrängt. Die Verdrängung dauerte bis zum Herbst 1989 an. Es war deshalb ein Akt der historischen Gerechtigkeit, daß die letzte Volkskammer der DDR am 12. April 1990 die Juden in aller Welt um Verzeihung bat.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Anhang

1. Dokumente

Dokument 1
Entschließung gegen die antisemitische Hetzpropaganda. Anlage zum Protokoll der Sitzung des Kleinen Sekretariats des Parteivorstandes der SED vom 28. Februar 1949

Die britische Militärregierung hatte für ihre Besatzungszone und für den britischen Sektor in Berlin die Vorführung des importierten antisemitischen Filmes „Oliver Twist" erlaubt. Die Protestaktionen der Verfolgten des Naziregimes in Berlin, Hamburg, Hannover und in anderen Städten erzwangen die Absetzung des Filmes vom Spielplan. Zur Zeit sind in weiteren Städten der englisch-besetzten Zone Demonstrationen gegen dieses antisemitische Machwerk im Gange.

Die britische Militärregierung und der Berliner Westmagistrat gingen nicht etwa gegen jene vor, die für die Zulassung und Vorführung dieses Kulturschmutzes verantwortlich sind. Sie setzten bewaffnete Polizei gegen die Überlebenden der faschistischen Konzentrationslager ein und knüppelten sie rücksichtslos nieder. Die reaktionäre Presse, an ihrer Spitze „Der Tag" und „Sozialdemokrat", eröffneten eine antisemitische Hetzkampagne im Stile von Streicher und Goebbels. Fast täglich werden in den westlichen Besatzungszonen, und besonders in der englischen, jüdische Friedhöfe geschändet. Antisemitische Flug- und Zeitschriften erscheinen mit Erlaubnis der dortigen Militärbehörden. In den Schulen und Universitäten Westdeutschlands wird nichts unternommen, um den Lehren der Rassen- und Völkerverhetzung wirksam entgegenzutreten. Naziaktivisten und Verbrecher gegen die Menschlichkeit werden begnadigt und bekleiden wichtige Stellungen in Wirtschaft und Staat. Hingegen sind Demokraten und antifaschistische Widerstandskämpfer immer größeren Verfolgungen ausgesetzt.

Antisemitismus, Rassenhaß und Völkerverhetzung sind stets eine Methode der Reaktion zur Unterwerfung des Volkes und der Arbeiterklasse und zur Zerstörung ihrer fortschrittlichen Kräfte. In einem Augenblick, wo das deutsche Volk um seine Einheit und um seine nationale Unabhängigkeit ringt, versucht die in- und ausländische Reaktion durch Völkerverhetzung und Antisemitismus Bevölkerungsschichten gegeneinander aufzuwiegeln, um die innere Widerstandskraft des deutschen Volkes und damit den Kampf um seine politische Unabhängigkeit zu schwächen. Durch neuen Chauvinismus und Antisemitismus, durch eine Wiederbelebung nazistischer Ideologien soll das deutsche Volk aufgepeitscht werden, sein Blut in einem dritten Weltkrieg für die Interessen der anglo-amerikanischen Geschäftemacher herzugeben.

Die deutsche Arbeiterklasse ist nicht gewillt, dieser chauvinistischen und antisemitischen Hetze, die soviel Elend und Unglück über sie brachte, tatenlos zuzusehen. Ihr Kampf um Demokratie und Fortschritt in Deutschland ist gleichzeitig der Kampf für die Verteidigung der Menschenrechte und der Menschenwürde aller, die vom imperialistischen Chauvinismus und Rassismus verfolgt und unterdrückt werden. Jeder Chauvinist und Antisemit ist ein Feind der Arbeiterklasse, ein Feind der neuen

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

demokratischen Ordnung in der sowjetischen Besatzungszone, ein Feind der Einheit Deutschlands, ein Feind des Friedens.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands fordert die werktätige Bevölkerung und alle fortschrittlichen Deutschen ohne Unterschied ihrer parteipolitischen, religiösen oder gewerkschaftlichen Zugehörigkeit auf, mit aller Energie der Schmach der antisemitischen Hetze entgegenzutreten und angesichts der kriegslüsternen Propaganda der Imperialisten den gemeinsamen Kampf aller Völker um Demokratie und nationale Unabhängigkeit zu verstärken.

Quelle: SAPMO-BArch, ZPA, J IV 2/3/8, Bl. 11f.

Dokument 2
Lehren aus dem Prozeß gegen das Verschwörerzentrum Slánský. Beschluß des ZK der SED vom 20. Dezember 1952 (Auszüge)

... Unter jüdisch-nationalistischer Flagge segelnd, getarnt als zionistische Organisation und als Diplomaten der amerikanischen Vasallenregierung Israels, verrichten diese amerikanischen Agenten ihr Handwerk. Aus dem im Prager Prozeß enthüllten „Morgenthau-Acheson-Plan" geht eindeutig hervor, daß der amerikanische Imperialismus über den Staat Israel seine Spionage- und Diversantentätigkeit mit Hilfe zionistischer Organisationen in den volksdemokratischen Ländern organisiert und durchführt ...

Der Prozeßverlauf in Prag und die Aussagen einiger der angeklagten Verbrecher beweisen, daß es eine Methode dieser Verbrecher war, wachsame, fortschrittliche Genossen durch die Bezichtigung des Antisemitismus zu diskreditieren ... Die zionistische Bewegung hat nichts gemein mit Zielen der Humanität und wahrhafter Menschlichkeit. Sie wird beherrscht, gelenkt und befehligt vom USA-Imperialismus, dient ausschließlich seinen Interessen und den Interessen der jüdischen Kapitalisten ...

Die Erfahrungen des Prager Prozesses lehren, unablässig an der Erhöhung der politischen Wachsamkeit zu arbeiten, gegen ideologische Sorglosigkeit, gegen Nachlässigkeit und alle Abweichungen von der Parteilinie einen entschiedenen Kampf zu führen. Zustände, die die Entfaltung von Kritik und Selbstkritik hemmen, die vor allem die für die Partei so wichtige Kritik von unten ersticken, müssen bekämpft und überwunden werden ...

Die SED darf keine ungeklärten Verhältnisse mehr dulden. Sie muß in allen Fragen restlos Klarheit schaffen und über jedes Parteimitglied im Bilde sein. Von besonderer Wichtigkeit ist für die Sicherheit und Festigung der Partei - und das beweisen die Ergebnisse des Prager Prozesses eindeutig - über die Emigrationszeit und das Verhalten der Parteimitglieder in dieser Zeit nicht den „Mantel der Liebe" zu decken, sondern diese Dinge bis zu Ende zu klären. Mit dem Beschluß des Zentralkomitees und der ZPKK vom 24. August 1950 über die Verbindungen ehemaliger deutscher politischer Emigranten zu dem Leiter des Unitarian Service Committee, Noel H. Field, hat die Partei bereits Klarheit über einige bis dahin ungeklärte Fragen des Verhaltens von Parteimitgliedern in der Emigration geschaffen. Die Entlarvung der Zionisten als einer Agentur des amerikanischen Imperialismus entlarvt zugleich die feindliche Rolle des Agenten Paul Merker in der deutschen Emigrationsgruppe in Mexiko von 1942 bis 1946. Während dieser Zeit arbeitete Merker eng mit dem im Prager Prozeß verurteilten Verbrecher André Simone zusammen. Die von dem Genossen Alexander Abusch mit vielen Beiträgen von Paul Merker, André Simone und dem Genossen Erich Jungmann in Mexiko herausgegebene Zeitschrift „Freies Deutschland" entwickelte sich immer mehr zu einem Publikationsorgan zionistischer Auffassungen.

Im Juni 1942 hatte die Zeitschrift noch einen Aufruf des II. Kongresses der Vertreter des jüdischen Volkes vom 24. Mai 1942 in Moskau veröffentlicht, der die Juden der ganzen Welt zum bewaffneten Kampf und zur Verstärkung der Waffenproduktion gegen die faschistischen Aggressoren aufruft. Von dem Zeitpunkt an, als Paul Merker die Leitung der Emigrationsgruppe übernimmt, beginnt in der Zeitschrift „Freies Deutschland" die Verteidigung der Interessen zionistischer Monopolkapitalisten. In

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

der Augustausgabe 1942 bezeichnet Merker die zusammengeraubten Kapitalien des mit der Wallstreet eng liierten Bankhauses Warburg & Co. und des Siemens-Schuckert-Konzerns als „jüdisches Gut". Die amerikanische Familie Warburg ist Partnerin des USA-Bankkonzerns Cuhn, Loeb & Co., New York.

J. P. Warburg, der ehemalige Leiter der Bank of Manhattan und der International Acceptance Bank, war 1933 Finanzberater der USA-Delegation bei der Londoner Wirtschaftskonferenz und von 1942 bis 1944, also zur Zeit von Merkers Aufenthalt in Mexiko, stellvertretender Leiter der deutschen Abteilung des USA-Informationsdienstes.

Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß Merker ein Subjekt der USA-Finanzoligarchie ist, der die Entschädigung der jüdischen Vermögen nur forderte, um dem USA-Finanzkapital das Eindringen in Deutschland zu ermöglichen. Das ist die wahre Ursache seines Zionismus. Für diesen Staat von amerikanischen Gnaden setzt er sich im gleichen Artikel mit den Worten ein:

„Die Frage der Schaffung eines jüdischen Nationalstaates ist damit mehr denn je zu einem aktuellen internationalen Problem geworden."

In der gleichen Weise wie die Verbrecher in der ČSR fordert er die Finanzierung der Auswanderung jüdischer Kapitalisten nach Israel, indem er schreibt: „Die Einwanderung jüdischer Bürger deutscher Nationalität nach dem Kriege nach einem Land freier Wahl erfolgt auf Kosten des Staates (des deutschen Staates)."

Die Verschiebung von deutschem Volksvermögen fordert er mit den Worten: „Die Entschädigung des den jüdischen Staatsbürgern zugefügten Schadens erfolgt sowohl an die Rückkehrer wie an diejenigen, die im Ausland bleiben wollen."

Merker fälschte die aus den deutschen und ausländischen Arbeitern herausgepreßten Maximalprofite der Monopolkapitalisten in angebliches jüdisches Eigentum des jüdischen Volkes um. In Wirklichkeit sind bei der „Arisierung" dieses Kapitals nur die Profite „jüdischer" Monopolkapitalisten in die Hände „arischer" Monopolkapitalisten übergewechselt.

Im April 1944 wird Merker noch offener. Jetzt deklariert er die zionistische Agentur des amerikanischen Imperialismus als eine „national-jüdische Bewegung". Damit diese Agentur die Möglichkeit erhält, ihre Spione und Diversanten in das neue Deutschland zu entsenden, verlangt er, daß die Juden in Deutschland als nationale Minderheit anerkannt werden.

Merker verläßt die marxistisch-leninistische Theorie der nationalen Frage und begibt sich auf die Plattform des von Lenin und Stalin stets bekämpften kleinbürgerlichopportunistischen „Bund", der als Garantie gegen die Assimilation der Juden die national-kulturelle Autonomie forderte. An eine andere Autonomie hat Merker nicht gedacht, da die Juden in Deutschland nicht auf einem eigenen Siedlungsgebiet leben und „keine mit der Scholle verbundene breite stabile Schicht haben, die auf natürliche Weise die Nation nicht nur als ihr Gerippe, sondern auch als ‚nationalen' Markt zusammenhält" (J. W. Stalin, Werke, Bd. 2, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 303).

André Simone inspirierte diese zionistische Politik, und Merker verkündete sie in der Presse der deutschen Emigrationsgruppe. Im Februar 1945 wird diese feindliche Linie von dem heutigen Chefredakteur Genossen Erich Jungmann in einem Artikel vertreten. Obgleich Jungmann die fürchterlichen Zerstörungen, die die faschistischen Okkupanten vor allem in der Sowjetunion und in Volkspolen angerichtet haben, nur zu gut bekannt waren, fordert er, „daß alle den deutschen Juden zugefügten Schäden vom deutschen Volk und bevorzugt vor allen anderen Schäden wiedergutgemacht werden" ... Ebenso wie Merker verlangt er, daß die Juden nicht gehindert werden würden, nach Palästina, das heute eine amerikanische Agentur darstellt, auszureisen.

Diese Äußerungen von Merker und Jungmann sind kein Ausdruck eines Kampfes gegen den Antisemitismus, sie sind nichts anderes als eine Verherrlichung des Zionismus.

Merker verhöhnt die wirklichen Antifaschisten, deren Kampf gegen den Hitlerfaschismus zugleich ein Kampf gegen jede Rassenhetze war, in der gemeinsten Weise. Er schreibt im April 1944: „Die antinazistischen Kämpfer, die wegen ihrer politischen Einstellung oder Tätigkeit mißhandelt, eingekerkert oder ermordet wurden, sind Feinde des Naziregimes. Ihnen stand es frei, sich am Kampf gegen das Regime zu beteiligen oder beiseite zu stehen."

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Mit dieser offenen Verhöhnung sagt dieser Agent dem Sinne nach: „Hättet ihr es gemacht wie ich, wäret ihr dem Kampf ausgewichen, so wäre euch nichts passiert. Deshalb zählen eure Opfer und Leiden nichts gegenüber den Opfern und Leiden des jüdischen Volkes."

Merker, der in Worten die Schuld der deutschen Arbeiterklasse und des gesamten deutschen Volkes am Sieg des Faschismus anerkennt, lehnt diese Schuld in doppelzünglerischer Weise in Wirklichkeit ab, indem er die jüdische deutsche Bevölkerung von dieser Schuld ausdrücklich freispricht ...

Nach seiner Rückkehr nach Deutschland setzte Merker seine Dienste für die zionistische Agentur fort; zusammen mit Zuckermann forderte er alle Genossen jüdischer Abstammung auf, in die jüdische Gemeinde einzutreten, *angeblich*, damit sie in den Genuß von Carepaketen der amerikanischen Agentenzentrale Joint kommten sollten, in Wirklichkeit, damit sie auf diese Weise dieser imperialistischen Agentur verpflichtet würden.

Merker benutzte die Zeitschrift „Freies Deutschland" zur Propagierung des Kosmopolitismus und der Ausplünderung Deutschlands durch die imperialistischen Mächte. Seine Agentenrolle kommt in dem Artikel vom Oktober 1944 „Deutsche Außenpolitik in Vergangenheit und Zukunft" unverhüllt zum Ausdruck. In seinen sechs „Prinzipien" einer künftigen deutschen Außenpolitik verschweigt er bewußt jedes Wort über das Verhältnis Deutschlands zur Sowjetunion.

Der vierte Punkt seiner „Prinzipien" fordert die Preisgabe des deutschen Volksvermögens mit folgenden Worten: „Die prinzipielle Grundlage für die Außenpolitik einer kommenden deutschen Demokratie besteht deshalb in dem freiwilligen Verzicht auf den egoistisch-nationalistischen Standpunkt, daß die in deutscher Erde lagernden Rohstoffe und die in Deutschland vorhandenen Industrien ausschließlich dem deutschen Volke gehören. Sie muß vielmehr dahin wirken, daß im Interesse des Wiederaufstiegs Europas und des Wohlstandes seiner Einwohner alle Nachbarvölker an der gemeinsamen Ausnützung der deutschen Kohle, des deutschen Stickstoffs, der deutschen Chemie und Technik gleichberechtigt teilnehmen können."

Merker, der sich mit diesen „Prinzipien" als Feind der Sowjetunion und als Feind seines eigenen Volkes entlarvt, spricht, wenn auch mit anderen Worten, die gleiche Sprache wie Adenauer, Ollenhauer und andere Agenten des amerikanischen Imperialismus und Feinde Deutschlands. Daher erweist er sich als Feind der deutschen Arbeiterklasse. Bereits im Beschluß des ZK und der ZPKK vom 24. August 1950 wurde aufgezeigt, daß die Merker und Konsorten kein Vertrauen in die Kraft der Arbeiterklasse hatten. Am 5. März 1945 gab Merker in einer Versammlung in Mexiko eine „programmatische Darlegung". Der Inhalt zeigt, daß Merker sich zu diesem Zeitpunkt bereits völlig von der Arbeiterklasse und der Kommunistischen Partei gelöst hatte. In dieser Versammlung bezog er die gleiche ideologische Plattform wie Tito, der faschistische Henker des jugoslawischen Volkes. Ebenso wie Tito die Volksfront als die einzige revolutionäre und nationale Bewegung in Jugoslawien bezeichnet, erklärt der Agent Merker: „Die Bewegung ‚Freies Deutschland' ist die einzige bestehende, organisierte, fortschrittliche Kraft, über die unser Volk verfügt. Die Bewegung ‚Freies Deutschland' ist die einzige nationale Bewegung unseres Volkes, die einzige revolutionäre Bewegung unseres Volkes."

Für den amerikanischen Agenten Merker gab es keine Kommunistische Partei Deutschlands, gab es keine Arbeiterklasse ...

Die Entlarvung und Unschädlichmachung von Agenten wie Merker ist für die Partei heute von größter Wichtigkeit. In der Periode des sozialistischen Aufbaus kann die Partei keine Abweichungen, keine doppelten Meinungen in ihren Reihen dulden. Sie muß, um ihre gestellten Aufgaben zu lösen, wachsam und noch einmal wachsam sein, muß die Parteimitglieder zur Unversöhnlichkeit erziehen und ihnen Klarheit verschaffen über die gegenwärtige Tätigkeit des Feindes ...

Quelle: Hermann Matern, Über die Durchführung des Beschlusses des ZK der SED „Lehren aus dem Prozeß gegen das Verschwörerzentrum Slánský", Berlin (Ost) 1953, Anhang, hierzu S. 52–61; vollständig abgedruckt auch in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. 4, Berlin (Ost) 1954, S. 199–219.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Dokument 3
Brief Paul Merkers an Wilhelm Pieck vom 26. November 1952 (Auszüge)

... In dem Prozeß gegen die Slánský-Bande ist mein Name in drei Fällen genannt worden. Der Verräter Geminder hat nach den Pressemeldungen ausgesagt, an mich Spionagematerial gegeben zu haben. Geminder war mir bis zum II. Parteitag der SED persönlich unbekannt ...

Ein gewisser London sagte aus, daß er von Field Briefe zur Weiterleitung erhalten habe, darunter sei auch ein Brief für mich gewesen. Er habe die Briefe jedoch vernichtet. Ich erkläre hierzu: Dieser London ist mir völlig unbekannt.

Der Spion Otto Katz hat ausgesagt, daß ich ihn wiederholt in Prag besucht hätte ... Ich kannte (Katz, d. i. André Simone; M. K.) nur flüchtig von Frankreich her. Ich wußte jedoch, daß er seit Jahren zur Arbeit an der Peripherie benutzt worden war, daß er sich nach dem Ausschluß Münzenbergs angeblich von diesem getrennt hatte, und daß er in einem engeren Verhältnis zu Franz Dahlem und Gerhart Eisler stand, daß, als gegen Katz wegen seiner Tätigkeit für die spanische Volksfrontregierung von den spanischen Genossen verschiedene Beschwerden erhoben wurden, das Auslandssekretariat (der KPD; M. K.) 1939 eine Überprüfung seiner Vergangenheit veranlaßte, und daß nach dem dazu erstatteten Bericht gegen Katz angeblich nichts Nachteiliges vorlag ...

Bei der Untersuchung gegen ihn in Mexiko verstand es Katz, den Vorwurf, Frankreich mit Hilfe eines Mannes des Intelligence Service verlassen zu haben, zu widerlegen. Seine Angaben wurden von Alexander Abusch und von Kurt Stern, die sich zu der fraglichen Zeit in Paris befunden hatten und Katz seit langer Zeit kannten, bestätigt bzw. ergänzt. Die Anschuldigung, Katz arbeite für das englische Informationsbüro in Mexiko, wurde soweit aufgeklärt, daß sie für ein Vorgehen gegen Katz nicht ausreichte. Es gab somit damals keine Handhabe gegen Katz.

Aufgrund seiner sozialen Herkunft und seiner zahlreichen undurchsichtigen Verbindungen ließ ich jedoch nicht zu, daß er weiterhin der engeren Leitung der Emigrantengruppe und der Leitung der Bewegung Freies Deutschland angehörte.

Über die ganze Angelegenheit fertigte ich einen ausführlichen Bericht an und übergab ihn den Genossen der SU-Botschaft in Mexiko zur Weitergabe nach Moskau. Ich selbst brachte den Bericht 1946 mit nach Berlin und übergab ihn Franz Dahlem.

Quelle: SAPMO-BArch, ZPA, NL 102/27, Bl. 10–12.

Dokument 4
Brief Paul Merkers an Wilhelm Pieck vom 30. November 1952 (Auszug)

... Erst nachträglich ersehe ich aus einem Artikel des Genossen Georg Krausz über den Prager Prozeß, daß dort eine weitere unerhörte Verleumdung gegen mich erhoben wurde. Er schreibt, an der Vernehmung des Verräters Slánský sei dessen direkte Verbindung mit mir behandelt worden, auch hätte ich ihn wiederholt in Prag aufgesucht.

Die Unsinnigkeit dieser Beschuldigung ergibt sich aus der Tatsache, daß mir dieser Slánský persönlich überhaupt unbekannt ist, daß ich nie irgend eine Verbindung zu ihm hatte, nie irgendwie mit ihm zu tun hatte, ihn nie besucht, und ihn nie gesprochen habe.

Quelle: SAPMO-BArch, ZPA, NL 102/27, Bl. 15.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Dokument 5
Brief von Paul Merker an Wilhelm Pieck, Luckenwalde, 14. April 1956 (Auszüge)

(...) Was mir in den Wochen nach meiner Freilassung über verschiedene Ereignisse der letzten Jahre zur Kenntnis gelangte sowie das Studium der Reden und Beschlüsse des XX. Parteitages der KPdSU offizieller Materialien anderer kommunistischer und Arbeiter-Parteien bestätigen mir, daß auch das ungerechte Vorgehen gegen mich von Vertretern Berias, die in der DDR tätig waren, veranlaßt wurde, daß diese es waren, die das falsche Anklagematerial gegen mich lieferten bzw. diese oder jene, im Verlaufe von dreißig Jahren von mir in der Parteiarbeit durchgeführten Schritte und von mir gemachten oder mir unterschobenen Fehler zu Verbrechen stempelten.

Diese Überzeugung zwang sich mir schon unmittelbar nach meiner Verhaftung durch das Auftreten und die Äußerungen dieser Vertreter bei meinen Vernehmungen auf. Das veranlaßte mich, nach Überwindung einer kurzen, durch die gegen mich erhobenen hemmungslosen Anschuldigungen und ihre Begründung verursachten Verwirrung zu dem Entschluß, unter keinen Umständen den Weg, den andere gegangen sind, die vor mir in die gleiche Lage versetzt wurden wie ich, zu beschreiten. Ich lehnte es deshalb mit aller Entschiedenheit ab, mich, ungeachtet meiner völligen Schuldlosigkeit, als „imperialistischen Agenten" zu bezeichnen und andere schuldlose Menschen zu beschuldigen, imperialistische Agenten zu sein, und sie somit in das Verderben zu reißen.

Solche Handlungen wurden von den Vernehmern, die sich als sowjetische und deutsche Kommunisten ausgaben, von mir verlangt und als eine Forderung des Politbüros des ZK der Partei an mich hingestellt. Sie sagten, es sei meine Pflicht als Kommunist, der Partei auf diese Weise im Kampfe gegen den amerikanischen Imperialismus beizustehen. Meine Weigerung, mich diesem Ansinnen zu fügen, wurde als Widerstand gegen die Parteidisziplin und als Fortsetzung meiner angeblichen trotzkistischen Tätigkeit bezeichnet. Ich zog mir dadurch den immer schärfer werdenden Haß meiner Vernehmer zu.

(...) Die Tatsache, daß der Kampf, den ich unter schweren Bedingungen an einer so eigenartigen Front zu führen gezwungen war, dazu beigetragen hat, auch in Berlin einen Prozeß zu arrangieren, der sich letzten Endes als eine schwere Schädigung der Partei ausgewirkt hätte, hilft mir, die Auswirkungen dieses Kampfes auf meine Gesundheit und mein persönliches Leben leichter zu tragen. Dasselbe trifft für meine Frau, Genossin Grete Menzel-Merker, zu, die ebenfalls schuldos einige Tage verhaftet und, da sie es ablehnte, eine Erklärung gegen mich abzugeben, von der KPKK Luckenwalde aus der Partei ausgeschlossen wurde.

(...) Ich habe seit meinem ungerechtfertigten Ausschluß aus der Partei immer wieder erklärt, daß es nichts gibt, das mich von meiner kommunistischen Überzeugung und von meiner Verbundenheit mit der Partei und der sozialistischen Welt abbringen könnte. Ich habe immer wieder darauf hingewiesen, daß ich nie aufhören werde, meine Rehabilitierung zu erstreben, von der ich stets überzeugt war. (...)

Quelle: SAPMO-BArch, ZPA, NL 102/27: Bestand Paul Merker, Bl. 27–29.

Dokument 6
Paul Merker an die Zentrale Parteikontrollkommission des ZK der SED, 1. Juni 1956.

Vorbemerkung: Merkers umfassender Bericht über seine Haltung gegenüber den Juden wird hier auszugsweise abgedruckt. Umfangreichere Teile des Dokuments wurden zuerst veröffentlicht von Jeffrey Herf, Antisemitismus in der SED. Geheime Dokumente zum Fall Paul Merker aus SED- und MfS-Archiven, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 1994, Nr. 4, S. 643–667. Merkers Abhandlung ist vollständig abgedruckt bei Wolfgang Kießling, Paul Merker in den Fängen der Sicherheitsorgane Stalins und Ulbrichts, Berlin 1995 (Hefte zur ddr-geschichte, Nr. 25), S. 27–68.

Im folgenden werden die Teile von Merkers Bericht abgedruckt, die sich direkt mit wesentlichen Punkten der gegen ihn vorgebrachten Anschuldigungen auseinandersetzen. Hier nicht dokumentiert

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

werden Teil VI., Die Erwähnung der Hamburger Warburgbank, sowie Teil X. Die Beziehungen der KPD- und KPÖ-Emigranten zu Mitgliedern der Organisation der deutschsprachigen jüdischen Emigranten Menorah und der Charakter sowie die Tätigkeit der Menorah.

Werte Genossen!

Eurem Wunsche nachkommend, gebe ich nachfolgend eine Darstellung meiner Stellungnahme zur Judenfrage, wie ich sie in der Zeit meines Aufenthaltes in Mexiko zum Ausdruck brachte, und deren falsche Auslegung mit als Anklagepunkte gegen mich verwendet wurden.

I. Die gegen mich erhobenen Beschuldigungen.

In dem Beschluß des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei vom 26. Januar 1953, der mir erst nach meiner im Januar 1956 erfolgten Freilassung bekanntgeworden ist, wird mir vorgeworfen:

1. „Die Interessen zionistischer Monopolkapitalisten verteidigt zu haben."
2. „Ein Subjekt der USA-Finanzoligarchie zu sein, das die Entschädigung der jüdischen Vermögen nur forderte, um dem USA-Finanzkapital das Eindringen in Deutschland zu ermöglichen."
3. „Die Finanzierung der Auswanderung jüdischer Kapitalisten nach Israel und die Verschiebung von deutschem Volksvermögen gefördert zu haben."
4. „Die aus deutschen und ausländischen Arbeitern herausgepreßten Maximalprofite der Monopolkapitalisten in angebliches Eigentum des jüdischen Volkes und die zionistische Agentur des amerikanischen Imperialismus in eine national-jüdische Bewegung umgefälscht zu haben."
5. „Gefordert zu haben, daß die Juden als nationale Minderheit anerkannt werden, damit diese Agentur die Möglichkeit erhalte, ihre Spione und Diversanten in das neue Deutschland zu entsenden."
6. „In Mexiko alles daran gesetzt zu haben, die gesamte Emigration in das feindliche Agentennetz einzubeziehen und zu diesem Zwecke den größten Teil der Emigration beauftragt zu haben, in die zionistische Loge Menorah einzutreten."
7. Nach meiner Rückkehr nach Deutschland „die Dienste für die zionistische Agentur fortgesetzt und alle Genossen jüdischer Abstammung aufgefordert zu haben, in die jüdische Gemeinde einzutreten, angeblich, damit sie in den Genuß von Care-Paketen der amerikanischen Agenturzentrale ‚Joint' kommen sollten, in Wirklichkeit, damit sie auf diese Weise dieser imperialistischen Agentur verpflichtet werden."

Von dem sowjetischen Vernehmer und den deutschen Vernehmern der Staatssicherheit wurden nach meiner Verhaftung 1952 Beschuldigungen im ähnlichen Sinne gegen mich erhoben und mir in diesem Zusammenhange unterstellt, selbst Jude zu sein. Ich wurde von ihnen als „König der Juden" und als „von den Juden gekauft" bezeichnet. Meine Absicht sei gewesen, „die DDR an die Juden zu verschachern".

Als Beweis für diese unsinnigen Anklagen führten sie einige aus dem Zusammenhang gerissene Sätze aus verschiedenen Artikeln an, die ich in den Jahren 1941 bis 1945 geschrieben habe, deren Sinn und Zweck sie völlig entstellten. Um diese Entstellungen aufrechterhalten zu können, weigerten sich die Vernehmer, den vollständigen Wortlaut der Artikel zur Grundlage der Vernehmung zu machen und ihn auch mir zur Einsicht vorzulegen. Auch lehnten sie deshalb immer wieder ab, meine wahrheitsgemäßen Darlegungen über den wirklichen Sinn und Zweck der Artikel und der darin vertretenen Anschauungen;

über die Beziehungen der KPD- und KPÖ-Emigration in Mexiko zu der deutschsprachigen jüdischen Emigration und deren Organisation Menorah;

über den Charakter, die Zusammensetzung und die Tätigkeit dieser Organisation;

über die Tatsache, daß ich keinen Genossen beauftragt habe, der Menorah beizutreten, sondern daß deren Beitritt schon vor meinem Eintreffen in Mexiko erfolgt war und

über den wirklichen Zweck meiner Aufforderung an einige Genossen jüdischer Herkunft, in Berlin der jüdischen Gemeinde beizutreten,

zu Protokoll zu nehmen und den Akten beizufügen.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

In der von einem sehr jungen deutschen Vernehmer verfaßten Anklageschrift sind ähnliche Beschuldigungen enthalten, wie sie in dem bereits erwähnten Beschluß des ZK der SED gegen mich erhoben werden.

In der Verhandlung vor dem Obersten Gericht der DDR wurden diese Beschuldigungen von dem Staatsanwalt Krügelstein und dem Vorsitzenden Dr. Ziegler zum zentralen Punkt der Anklage, des Strafantrages und der Urteilsbegründung gemacht.

Auch in der Verhandlung wurden mir die Artikel, mit deren Wortlaut ich die Unhaltbarkeit dieser Beschuldigungen hätte nachweisen können, vorenthalten. Meine wahrheitsgemäßen Darlegungen gegen die Beschuldigungen wurden von dem Staatsanwalt und dem Gericht mit dem Hinweis auf angebliche Erfahrungen aus anderen Prozessen als lügnerisch und demagogisch zurückgewiesen. Der sowjetische Vernehmer und die deutschen Vernehmer haben immer wieder erklärt, es sei ihnen völlig unverständlich, daß ein Nichtjude, wie ich, für die Juden eintrete, wenn er nicht in ihrem Solde oder im Solde jüdischer Organisationen stehe, wobei die letzteren nach der Meinung dieser Vernehmer ausnahmslos als Agenturen imperialistischer Mächte anzusehen seien. Darum könne ein Nichtjude, der so wie ich für die Juden eingetreten sei, auch nur ein Agent des Imperialismus sein. Für sie war mein Eintreten für die jüdischen Menschen, das in einer Zeit ihrer grausamsten Verfolgung durch die Hitlerfaschisten stattfand, allein schon der genügende Beweis dafür, daß ich ein Agent des Imperialismus und ein Feind der Arbeiterklasse sein müsse. Der Staatsanwalt und das Gericht schlossen sich dieser Anschauung bedenkenlos an und verurteilten mich nach Artikel 6 der Verfassung und nach Abschnitt 38 der Direktive der Militärregierung.

Daß ich für mein von politischen und nationalen Erwägungen sowie von Gefühlen der Menschlichkeit diktiertes Auftreten gegen den Antisemitismus und für mein von denselben Erwägungen diktiertes Eintreten für die jüdischen Menschen, das, ich wiederhole, in der Zeit der furchtbarsten Verfolgungen, die sie von seiten des Hitlerfaschismus zu erleiden hatten, stattfand, von einer sozialistischen Justiz des Verrates an der Arbeiterklasse, der ich entstamme, und ihrer Partei, zu der ich mich seit 1918 bekenne, angeklagt und eingekerkert werden würde, ist so unfaßbar, daß ich es nie für möglich gehalten hätte. Ich bin auch diesen verleumderischen Beschuldigungen während der Dauer der Untersuchung und in der Verhandlung vor dem Obersten Gericht mit aller Entschiedenheit entgegengetreten.

II. Die Ursache meines Interesses für die jüdischen Menschen

Mein Interesse galt nicht den jüdischen Monopolisten, sondern den einfachen jüdischen Menschen und den fortschrittlichen Angehörigen der jüdischen Intelligenz. Es wurde schon durch Ereignisse, die in der Zeit des Ersten Weltkrieges stattfanden, geweckt, als sich mein sozialistisches Bewußtsein zu formen begann.

In meinem Truppenteil, der Luftschiff-Abteilung 4 Mannheim-Sandhofen, war ich Zeuge, wie ein schwächlicher jüdischer Kamerad von Offizieren und Unteroffizieren so unwürdig behandelt und gehetzt wurde, daß er, obwohl ich und andere Kameraden ihn, wenn es nur möglich war, in Schutz nahmen, doch zugrunde ging.

In dem Luftschiffhafen Jambol/Bulgarien sah ich, wie ein jüdischer Hilfsarzt, der Besitzer eines Sanatoriums in einem Kurort bei Frankfurt/Main war, sich ohne Zögern bereit erklärte, in einem aus Strohhütten und Stacheldraht bestehendem Lager die Behandlung von an Flecktyphus erkrankten serbischen Kriegsgefangenen zu übernehmen und sie durchführte, während der nichtjüdische Stabsarzt und der nichtjüdische Oberarzt des Luftschiffhafens die Behandlung der Kriegsgefangenen wegen der damit verbundenen Ansteckungsgefahr ablehnten.

Zu diesen und anderen Erlebnissen, die ich damals mit jüdischen Menschen hatte, kam bald die Bekanntschaft mit den Werken des Begründers des wissenschaftlichen Sozialismus, Karl Marx, mit den Leistungen jüdischer Wissenschaftler und Schriftsteller sowie die Kenntnis von dem Kampf Rosa Luxemburgs und anderer linker deutscher und ausländischer Sozialisten jüdischer Herkunft.

Während einer Versammlungstour in Mecklenburg 1929 stieß ich mit einem Apostel des Hitlerischen Antisemitismus zusammen, der die Wirkung seiner Hetzreden gegen die Juden mit abstoßenden

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

bildlichen Darstellungen jüdischer Menschen noch verstärken wollte. Ich verfolgte ihn fast eine Woche lang von Ort zu Ort und erreichte durch mein Auftreten, daß er zusammen mit seiner Schutzgarde aus allen Versammlungen hinausgeworfen wurde.

Während meiner Tätigkeit in den USA 1931/1933 hatte ich in New York und in Chicago Gelegenheit, das Leben jüdischer Proletarier kennenzulernen. In New York waren ca. 75 Prozent der Mitglieder der KPUSA jüdischer Herkunft. Die starke sozialistische Gewerkschaft der Pelzarbeiter befand sich in ihren Händen. In den sozialistischen Gewerkschaften der Bekleidungsarbeiter und der Hutmacher bildeten sie eine starke Minderheit. Ein besonderer Charakterzug der jüdischen Proletarier und der jüdischen Intellektuellen und der jüdischen Mittelständler war ihre Solidarität mit der farbigen Bevölkerung, die unter dem weißen Chauvinismus, der auch in der amerikanischen Arbeiterklasse noch weit verbreitet ist, schwer zu leiden hatte.

Sowohl in New York als auch in Chicago und anderen Städten der USA befanden sich unter den Parteimitgliedern und unter den mit der Partei Sympathisierenden viele Angehörige der Intelligenz, Ärzte, Anwälte, Künstler, Schriftsteller, Angestellte, Handwerker, Kaufleute und kleine Unternehmer. Sie übten den Aktionen der Partei gegenüber eine vorbildliche Solidarität, z. B. bei der in den USA sehr wichtigen Aufbringung von oftmals sehr hohen Kautionen oder Bürgschaften zur Ermöglichung der Entlassung verhafteter Kommunisten, bei Sammlungen zur finanziellen Stützung des Parteiapparates und der Parteipresse, zur Finanzierung von Partei- und sonstigen Konferenzen, bei Sammlungen für die Rote Hilfe und für Streikende und bei der Überlassung von Räumen als illegale Wohnungen und Sitzungszimmer.

In der Zeit meiner Tätigkeit als Mitglied der illegalen Landesleitung der KPD in Berlin fanden die schon bis dahin von mir gemachten Erfahrungen, daß es unter den jüdischen Menschen im Verhältnis zu ihrer Zahl und ihrer sozialen Schichtung einen großen Prozentsatz gab, der, ohne Parteimitglied zu sein, doch stets bereit war, die Arbeit und den Kampf der Partei zu fördern, eine neue Bestätigung. In vielen Fällen waren es jüdische Familien, die trotz ihrer besonderen Gefährdung Räume als illegale Wohnungen und Sitzungszimmer zur Verfügung stellten, illegale Genossen für kürzere oder längere Zeit aufnahmen und verpflegten und sonstige Hilfe leisteten.

Diese Erfahrungen trugen dazu bei, daß der mörderische Antisemitismus des Hitlerfaschismus nicht nur aus grundsätzlichen, politischen und nationalen, sondern auch aus menschlichen Motiven in mir einen entschiedenen Gegner fand. Mit der Zunahme der nazistischen Judenverfolgungen kam mir immer stärker zum Bewußtsein, daß der Kampf der deutschen Arbeiterklasse gegen den Antisemitismus unzulänglich gewesen war, und es schien mir besonders die Pflicht nicht-jüdischer Menschen zu sein, entschieden gegen den Antisemitismus aufzutreten.

III. Meine Arbeiten über den Antisemitismus

So wurde ich veranlaßt, die Frage der Entwicklung des Antisemitismus in Deutschland, die Stellungnahme der deutschen Arbeiterbewegung dazu, die ökonomischen Hintergründe der verschiedenen antisemitischen Exzesse, die in Deutschland stattgefunden haben, sowie die Besonderheiten des hitlerfaschistischen Antisemitismus eingehender zu studieren. Ich begann damit im Jahre 1938 nach der „Kristallnacht" und dem Bekanntwerden ihrer Folgen und schrieb darüber eine Arbeit für die in Paris vom Auslandskomitee der Partei herausgegebenen „Deutschland-Informationen".

Der Artikel „Hitlers Antisemitismus und wir", den ich im Oktober 1942 in der Zeitschrift „Freies Deutschland" Mexiko veröffentlichte, war eine weitere Niederschrift von Gedanken und Erkenntnissen den Antisemitismus betreffend, die mich schon seit Jahren beschäftigten und deren Formulierung angesichts der Auswirkungen des aufwühlenden mörderischen hitlerfaschistischen Antisemitismus dringlich geworden waren.

Der Artikel war also nicht das Resultat angeblicher Beziehungen zu jüdischen Monopolisten und Kapitalisten. Ich habe mit dem Artikel auch nicht die Redaktion der Zeitschrift „Freies Deutschland" Mexiko überrascht, wie Alexander Abusch, der damalige Chefredakteur dieser Zeitschrift, vor dem Obersten Gericht behauptete, sondern ich wurde in einer der üblichen Redaktionssitzungen, die zur

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Vorbereitung einer jeden Nummer der Zeitschrift unter Leitung von Abusch stattfanden und an denen in der Regel sieben bis neun Genossen teilnahmen, - wenn ich nicht irre, auf eine Anregung von Egon Erwin Kisch hin - veranlaßt, einen grundsätzlichen Artikel gegen den Antisemitismus zu schreiben und die Stellung der Bewegung „Freies Deutschland" zur Judenfrage darzulegen.

Das geschah, weil sich unter den Deutschen in Lateinamerika, in den USA noch starke antisemitische Tendenzen zeigten, und da in der deutschsprachigen jüdischen Emigration und in ihrer Presse eine aggressive deutschfeindliche Propaganda betrieben wurde, die alle Deutschen mit den nazistischen Verbrechern auf eine Stufe stellte. Der Artikel wurde von mir der üblichen zweiten Redaktionssitzung, in der die Beiträge der Mitarbeiter zu den einzelnen Nummern der Zeitschrift durchgesehen und diskutiert wurden, vorgelegt und von ihr ohne Widerspruch angenommen.

Die politischen Kernfragen des Artikels waren angesichts der damals gegebenen Umstände:
1. Das deutsche Volk hat, da es die Verbrechen seiner nazistischen Herrscher gegen die jüdischen Menschen zuließ, eine drückende Verantwortung auf sich geladen;
2. Der Antisemitismus ist jedoch keine angeborene Charaktereigenschaft der Deutschen, wie es von vielen Juden und von der jüdischen Presse behauptet wird;
3. Die sozialen und ökonomischen Ursachen des hitlerischen Antisemitismus sind viel mehr in der monopolistischen Entwicklung des deutschen Kapitalismus zu suchen, und er kann nur durch den Sturz des Hitlerfaschismus und durch die Nationalisierung der monopolkapitalistischen Unternehmungen und des Großgrundbesitzes ausgerottet werden.
Nach der Abfassung des Artikels „Hitlers Antisemitismus und wir" setzte ich die Studien der Entwicklung des Antismemitismus fort. In meinem Buch „Der Nazismus und sein Ende"[1] sind darüber neben einer ausführlichen Darstellung der Entwicklung der imperialistischen Rassentheorie die folgenden Abschnitte zu finden:

a) Die Entwicklung des deutschen Antisemitismus im 19. Jahrhundert
b) Der nazistische Antisemitismus
c) der Antisemitismus als Werkzeug der nazistischen Außenpolitik
d) Rassistische Methoden des Naziregimes zur chauvinistischen Verseuchung des Volkes
e) Der Antisemitismus in der Schule und in der Propaganda.

Alle diese Ausführungen sind im marxistisch-leninistischen Geiste geschrieben. Das ganze Buch wurde von der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft der UdSSR durch einen langen Artikel zustimmend und positiv besprochen. Ein Ergebnis der Studien des Antisemitismus war die Feststellung der Tatsache, daß es in der deutschen Arbeiterbewegung nur eine grundsätzliche Stellungnahme zur Frage des Antisemitismus gab. Sie war in der Rede, die August Bebel auf dem Parteitag der SPD 1893 in Köln hielt, enthalten. Diese Stellungnahme mußte unzulänglich sein, da sie zu einer Zeit erfolgte, als sich der deutsche Kapitalismus erst im Anfangsstadium seiner imperialistischen Entwicklung befand. Ich setzte mich deshalb mit Bebels Stellungnahme wie folgt auseinander:

„Bebel bezeichnet den Antisemitismus als ‚den Sozialismus der dummen Kerle'. Aber in Wirklichkeit war der Antisemitismus schon damals viel mehr. Er war ein Mittel der äußersten Reaktion, das Volk zu solchen dummen Kerlen zu erziehen. Bebel beschränkte sich auf die Erklärung, die Sozialdemokra-

[1] Sein Buch, auf das sich Merker hier bezieht und aus dem er zitiert, trägt den Titel „Das 3. Reich und sein Ende". Es erschien 1945 in Mexiko als 2. Band seiner Geschichtsdarstellung „Deutschland-Sein oder Nicht-Sein?" In den Jahren 1947 und 1948 überarbeitete er in Berlin diesen 2. Band. Er sollte nunmehr unter dem Titel „Der Nazismus und sein Ende" auf den Büchermarkt kommen. Als der Andruck bereits erfolgt war, legten Otto Grotewohl und Walter Ulbricht ihr Veto ein, der eine mit der Begründung, die SPD käme zu schlecht weg, der andere fand die Kritik an der KPD überzogen. Wilhelm Pieck entschied, Paul Merker sollte, wenn er genügend Zeit finde, noch einmal alles überarbeiten. Die Herstellung des Buches wurde gestoppt. Weder dieser noch der 1. Band von Merkers historischer Arbeit sind in der DDR jemals erschienen.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

tie trete gegen den Antisemitismus im Rahmen des Kampfes gegen die kapitalistische Wirtschaftsform auf, um ihn zusammen mit dieser zu beseitigen. Aber in Wirklichkeit wäre es notwendig gewesen, die Hetze mit einer näheren Zielsetzung und zwar in Gemeinschaft mit allen liberalen Kräften zu bekämpfen, um sie bereits innerhalb der imperialistisch-kapitalistischen Ära zurückzudrängen, den antisemitischen Kampf zu einem untrennbaren Bestandteil des Kampfes um demokratische Volksrechte und deren Verteidigung zu machen. Die im Verlaufe der Konjunktur und der imperialistischen Entwicklung zunehmende opportunistische Entartung zahlreicher Führer der deutschen Sozialdemokratie hinderte die Arbeitermassen noch mehr, die Bedeutung des Kampfes gegen den Antisemitismus zu erkennen, wie ihn z. B. der französische Liberalismus unter Führung von Emile Zola und Anatole France im Falle Dreyfus führten. Die deutsche Sozialdemokratie erkannte auch niemals die gewaltige Bedeutung des Kampfes gegen Rassismus und Antisemitismus, den die russische Sozialdemokratie unter Führung Plechanows und Lenins entfaltete."

IV. Meine Artikel über den Antisemitismus und über die Judenfrage in der Zeitschrift „Freies Deutschland", Mexiko, und die Gründe, die mich veranlaßten, sie zu schreiben.

Der Artikel „Hitlers Antisemitismus und wir" verursachte eine Diskussion der darin behandelten Fragen. Zur weiteren Klärung schrieb ich deshalb für die März-Nummer 1943 des „Freien Deutschland" den kurzen Artikel „Das Echo".

Im Verlaufe des Jahres 1943/44 wurde von nichtjüdischen und von jüdischen Anhängern der Bewegung „Freies Deutschland" in den Ländern Lateinamerikas die Frage gestellt, ob es nach dem starken Anwachsen der Bewegung unter den deutschjüdischen Emigranten für ein eigenes jüdisches Staatswesen, und nachdem diese sich fast allgemein als staatenlos betrachteten, noch angängig sei, daß sie der Bewegung „Freies Deutschland" ebenfalls angehören können. Das Mitglied des Parteivorstandes der SPD, Hans Vogel, veröffentlichte zur selben Zeit eine offizielle Stellungnahme der SPD zur Judenfrage, in der das formale Verhalten der SPD gegenüber den antisemitischen Treibereien der Nazis während der Weimarer Herrschaft verteidigt wurde.

Als Antowrt auf die gestellten Fragen und zur grundsätzlichen Auseinandersetzung mit Hans Vogel schrieb ich daraufhin in der Aprilnummer (1943) des „Freien Deutschland" den Artikel „Brief an einen Freund". In den Jahren 1944–1945 wurden in den USA, Kanada und in den lateinamerikanischen Ländern immer mehr Einzelheiten über das ungeheure Ausmaß der Naziverbrechen bekannt. Nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrags 1945 erhielten fast alle jüdischen Emigranten, die aus Deutschland, Österreich, Ungarn, Polen und der Tschechoslowakei stammten, durch das Rote Kreuz die Nachricht von der Ermordung ihrer Angehörigen in einem der nazistischen Todeslager. Die noch in Deutschland, Österreich oder in Polen lebenden oder aus den Konzentrationslagern nach dort zurückgekehrten Angehörigen der jüdischen Emigranten schrieben über das Leid, das ihnen zugefügt worden war, und baten in verzweifelten Ausdrücken, sie so schnell wie möglich nach den USA oder nach Lateinamerika zu holen.

Die tiefe Feindseligkeit der Juden gegen alles Deutsche, die in den Jahren zuvor durch die aggressiven Artikel Ehrenburgs noch besonders genährt worden war, nahm nun ein ganz außerordentliches Ausmaß an. Die Zionisten nutzten die unter den jüdischen Menschen vorhandene Erregung aus, um zu propagieren, daß es die heilige Pflicht eines jeden Juden sei, einen völligen Bruch mit allem, was deutsch oder österreichisch sei, herbeizuführen. Diejenigen jüdischen Emigranten, die versuchten, sich auch unter diesen schweren Verhältnissen ein objektives Urteil über die Deutschen zu bilden und an ihrer freundlichen Gesinnung gegenüber der Bewegung „Freies Deutschland" festhielten, wurden von den Zionisten als Verräter an der jüdischen Sache bezeichnet. Diese Propaganda drohte, nach der Auffassung der in den verschiedenen Ländern Lateinamerikas an der Spitze der „Bewegung Freies Deutschland" stehenden Genossen, dem damals schon entstandenen neuen Deutschland erheblichen Schaden zuzufügen. Von den Landeskomitees der Bewegung „Freies Deutschland" waren kurz zuvor Listen ausgelegt worden, in die sich die Mitglieder und Freunde der Bewegung, die die Absicht hatten,

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

nach Deutschland zurückzukehren, eintragen konnten. Unter denen, die sich eingetragen hatten, befanden sich auch viele jüdische Emigranten, unter ihnen vorwiegend Ärzte, Zahnärzte, Wissenschaftler, Handwerker, kleine Unternehmer und auch Kaufleute, denen es nicht gelungen war, sich eine Existenz in ihrem Emigrationsland aufzubauen und die überzeugt waren, daß auch in Palästina für ihren Beruf keine Entwicklungsmöglichkeit bestand. Unter dem Einfluß der zionistischen Propaganda ließen sich fast alle wieder aus der Rückkehrerliste streichen.

Um dieser Propaganda entgegenzuwirken und so unserem Land wertvolle Kräfte zu erhalten, schrieb ich in der Oktobernummer 1945 des „Freien Deutschlands" den Artikel „Die Juden und das neue Deutschland". Auf diesen Artikel antwortete ein Freund der Bewegung „Freies Deutschland", der jüdische Arzt Dr. J. Lourié, der in Haiti lebte. Er schilderte sehr klar die Anschauungen des Teiles der jüdischen Emigration, der es ablehnte, endgültig mit Deutschland zu brechen, und der trotz allem, was geschehen war, auch die Rückkehr nach Deutschland in Erwägung zog. Unter der Überschrift „Die Juden im neuen Deutschland" druckte die Redaktion des „Freien Deutschlands", das unterdessen den Namen „Neues Deutschland" angenommen hatte, in seiner MärzAprilnummer 1946 den Brief Dr. Louriés ab, ebenso meine Antwort, die ich an ihn schickte.

Von den Parteien des Demokratischen Blocks in Berlin war unterdessen eine Aufforderung an die Emigranten ergangen, nach Deutschland zurückzukehren. Ich versuchte deshalb in beiden Artikeln die jüdischen Menschen zu überzeugen, daß es für viele von ihnen, trotz der furchtbaren Verbrechen, die von den Nazis an ihnen verübt worden waren, doch am vorteilhaftesten sein würde, nach dem neuen Deutschland zurückzukehren.

Alle von mir in der Emigration über den Antisemitismus und die Judenfrage geschriebenen Artikel haben sich also aus ganz bestimmten politischen Umständen ergeben. Sie befinden sich in Übereinstimmung mit der Politik, die damals die KPUSA, die KP Mexikos, die kommunistischen Parteien der lateinamerikanischen Länder und die sowjetischen Freunde in der Judenfrage durchführten. Dafür einige Tatsachen:

Das Politbüro der KPUSA gab zur Judenfrage einige Broschüren heraus, deren Inhalt im Sinne dieser Politik gehalten war. Es entsandte einen besonderen Instruktur nach Mexiko, der den Auftrag hatte, das Politbüro der KP Mexikos in seiner Arbeit unter der stark angewachsenen jüdischen Bevölkerung zu unterstützen.

Das Politbüro der KP Mexikos faßte alle Parteimitglieder und Sympathisierenden jüdischer Herkunft in einer besonderen Gruppe zusammen, um deren Arbeit in den jüdischen Sprachorganisationen, denen sie angehörten, anzuleiten. Nach Mexiko kamen zwei bekannte Mitglieder des Moskauer jüdischen Theaters als Delegierte zur Herbeiführung enger Beziehungen zu den in Mexiko lebenden Juden und um über den Kongreß der Juden in Moskau, der kurz zuvor stattgefunden hatte, zu berichten.

Der damalige UdSSR-Botschafter in Mexiko, Umanski, veranstaltete wenige Wochen nach seiner Ankunft zu Ehren der Schauspielerdelegation einen großen Empfang für die in Mexiko lebenden Juden in dem größten Hotel der Stadt, zu welchem einige hundert Vertreter aller jüdischen politischen und kulturellen Organisationen eingeladen wurden. Vertreter aller dieser Organisationen erhielten auch regelmäßig Einladungen zu den großen offiziellen Veranstaltungen, die in der Botschaft stattfanden.

V. Meine Stellung zur Wiedergutmachung der den Juden vom Hitlerfaschismus zugefügten materiellen Schäden.

Ich komme nun zu den im Zusammenhange mit der Behandlung der Wiedergutmachungsfrage in den von mir geschriebenen Artikeln gegen mich erhobenen Vorwürfen. Ich stelle die Frage an mich selbst: War es überhaupt notwendig, zu der Wiedergutmachungsfrage in diesen Artikeln Stellung zu nehmen? Angesichts der Umstände, die mich veranlaßten, die Artikel zu schreiben, konnte diese Frage nicht ignoriert werden, ohne die Interessen des erstrebten neuen Deutschlands zu schädigen.

Der Artikel „Hitlers Antisemitismus und wir" wurde von mir in einer Zeit geschrieben, als die Sowjetregierung und die Regierungen der Vereinigten Nationen die Frage der Wiedergutmachung der

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Kriegsschäden durch Deutschland stark in den Mittelpunkt ihrer Antinazipropaganda stellten. Diese Frage wurde bald von der deutschjüdischen Emigration in allen Ländern Lateinamerikas, in den USA, in Kanada und in England aufgegriffen. Nach einiger Zeit mischte sich auch der Weltkongreß der Juden ein, der die Forderung an die Vereinigten Nationen richtete, durch die kommende Friedenskonferenz ihm das gesamte den deutschen Juden geraubte Vermögen, gleichviel ob deren ehemalige Besitzer noch lebten, verstorben oder ermordet waren, in Treuhänderschaft zu übergeben.

Unter den jüdischen Emigranten gab es jedoch viele, die eine solche Regelung ablehnten. Es handelte sich vor allem um die kleinen Leute unter ihnen, die von der Unterstützung lebten, die sie von den jüdischen Hilfsorganisationen erhielten. Diese Emigranten fürchteten, daß, wenn dem Jüdischen Weltkongreß die Treuhänderschaft nach dem Sturze des Hitlerregimes über das von diesem geraubte jüdische Eigentum und damit die Regelung der Wiedergutmachung überlassen würde, sich das nur zu ihrem Schaden auswirken könne. Durch die bezogene Unterstützung fühlten sie sich dem Weltkongreß gegenüber materiell verschuldet und waren überzeugt, daß dieser sich für die den Emigranten gewährte Unterstützung an den Wiedergutmachungsgeldern schadlos halten werde. Sie traten deshalb für die direkte Wiedergutmachung durch die kommende deutsche Regierung - an eine eventuelle Spaltung Deutschlands dachte damals noch niemand - an jeden einzelnen Geschädigten ein.

Die Bewegung „Freies Deutschland", in deren Namen ich den Artikel „Hitlers Antisemitismus und wir" schrieb, übernahm auf meinen Vorschlag hin diesen Standpunkt, da er sich gegen die Pläne des Jüdischen Weltkongresses richtete. Die Wiedergutmachung wurde somit von mir als eine Angelegenheit, die zwischen den einzelnen Geschädigten und der Regierung eines kommenden demokratischen Deutschlands direkt zu regeln sei, behandelt. Schon diese von mir vertretene grundsätzliche Stellungnahme richtete sich gegen die Interessen zionistischer Monopolisten, die ohne Zweifel mit der Forderung des Jüdischen Weltkongresses sehr einverstanden waren.

Aber auch der Charakter der zur Wiedergutmachung von mir gemachten Anregungen zeigt eindeutig, daß ich dabei nicht die „Interessen zionistischer Monopolkapitalisten", sondern die Interessen der jüdischen Menschen im Auge hatte, deren Rückkehr nach Deutschland oder deren Deutschfreundlichkeit jeder deutsche Patriot nur wünschen konnte. So heißt es in dem Artikel „Hitlers Antisemitismus und wir":

„Den Rückkehrern ist, ungeachtet der Wiedergutmachung wirtschaftlicher Schäden, eine Wohnung von Staats wegen zur Verfügung zu stellen. Die Behörden haben für die wirtschaftliche Sicherung der Rückkehrenden in der Übergangszeit bis zu ihrer Eingliederung in von ihnen gewählte Berufe oder Gewerbe zu sorgen. Es sind sofort umfassende Maßnahmen zur kostenlosen Schulung der durch die Verschleppung oder Verbannung in ihrer beruflichen Entwicklung gehinderten Jugendlichen zu treffen."

Daß sich der Artikel „Hitlers Antisemitismus und wir" gegen die Interessen nicht nur der nichtjüdischen, sondern auch gegen die Interessen der jüdischen Monopolkapitalisten richtete, ergibt sich ferner aus folgendem: Ich stelle in dem Artikel fest, daß die jüdischen deutschen Großbürger, indem sie sich auf die Seite der Reaktion stellten und manchmal sogar die Nazibewegung finanziell unterstützten, an ihrem eigenen und an dem Untergang ihrer jüdischen Mitbürger gearbeitet haben und schrieb dann:

„Die Lösung der lebenswichtigen Probleme der jüdischen Mitbürger Deutschlands ist demnach untrennbar verbunden mit dem Befreiungskampf der Arbeiter und des Mittelstandes. Sie ist abhängig von dem Siege über den Hitlerfaschismus und von der Vernichtung seiner Basis: des Wirtschaftsmonopols der wenigen. Die Zukunft für die jüdische Bevölkerung, die dadurch möglich gemacht wird, zeigt das Beispiel der Sowjetunion." (...)

Die Beseitigung der politischen und ökonomischen Herrschaft des Finanzkapitals und des Großgrundbesitzes in Deutschland habe ich nicht nur in dem Artikel „Hitlers Antisemitismus und wir", sondern auch in anderen Artikeln sowie in der Broschüre „Was wird aus Deutschland", die in Mexiko in deutscher Sprache und als Beitrag zu dem Schwarzbuch gegen den Naziterror in spanischer Sprache, in den USA und in England außerdem in englischer Sprache herausgegeben wurde, und in den Büchern „Von Weimar zu Hitler" und „Der Nazismus und sein Ende" immer wieder als das Kampfesziel der

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Antifaschisten, das unbedingt erreicht werden müsse, dargestellt. In keinem Falle habe ich dabei das jüdische Monopolkapital ausgenommen, sondern ich habe stets von der Gesamtheit des Finanzkapitals gesprochen.

In der Broschüre „Was wird aus Deutschland", die im Februar 1943 erschienen ist, heißt es dazu auf Seite 53:

„Die ökonomische Macht der kleinen Gruppe von Bevorrechteten, der Plutokraten und der Großgrundbesitzer, die von 1918 bis 1933 die Totengräber der demokratischen Freiheit und später die Hauptnutznießer des Hitlerregimes waren, ist zu brechen. Eine ökonomische Fundierung jener demokratischen Politik in Deutschland ist nur möglich, wenn die Schwerindustrie, die Großbanken und der Großgrundbesitz nationalisiert werden."

In dem Buch „Der Nazismus und sein Ende" schrieb ich auf Seite 330: „Alles, was sich in den Händen der deutschen Imperialisten befindet - an Industriewerken, an Rohstoffvorkommen, Geldkapital, an Betriebsgeheimnissen und Patenten sowie an finanziellen Forderungen gegenüber dem Staat - ist auf diese oder jene Weise dem deutschen Volk und den Völkern Europas gestohlen worden. Oder sind die Kriegsgewinne der deutschen Plutokraten etwa nicht das Resultat der furchtbarsten Ausbeutung der europäischen Arbeiterklasse. - Ein demokratisches Regime kann in Deutschland nur bestehen, wenn es seine gefährlichsten Gegner, die Imperialisten und Pangermanisten mit ihren faschistischen Hintermännern, die seit jeher die Wirtschaft des Landes beherrscht haben, enteignet und vernichtet. Wenn man den deutschen Imperialisten ihren Raub überlassen und gar noch die Milliardenforderungen, die sie gegenüber dem Staat erheben, anerkennen würde, so wäre das deutsche Volk im egoistischen Interesse dieser kleinen räuberischen Schicht von kaum tausend Familien auf Jahrzehnte hinaus wirtschaftlich und politisch versklavt."

Aber ich lasse auch durch die Formulierung des Abschnittes des Artikels, der sich mit der Wiedergutmachung der den deutschen Juden von den Nazis zugeführten wirtschaftlichen Schäden befaßt, keinen Zweifel darüber, daß eine Rückgabe der jüdischen Großvermögen durch eine demokratische deutsche Regierung, die die Monopolbetriebe, die Banken und den Großgrundbesitz enteignet, nicht in Frage kommen kann. Natürlich stand damals dieses Problem nicht im Mittelpunkt der Diskussion über die gesamte Wiedergutmachungsfrage und sie wurde auch in der diesbezüglichen Propaganda, die sowjetische Stellen im Auslande betrieben, nie erwähnt. Wäre es geschehen, so hätte das sofort einen heftigen Pressefeldzug gegen die Sowjetunion zur Folge gehabt. Ich habe deshalb in dem Artikel „Hitlers Antisemitismus und wir" diese Frage ebenfalls nur durch eine, jedoch genau überlegte Formulierung angedeutet. Diese Formulierung lautet:

„Die den jüdischen Staatsbürgern zugeführten wirtschaftlichen Schäden werden im Rahmen der eingeschlagenen wirtschaftlichen Orientierung wiedergutgemacht." (...)

Die sowjetische Militärregierung hat durch die Verordnung zur Entschädigung der Verfolgten des Naziregimes, deren Ausarbeitung ich - es wird wohl 1948 gewesen sein - im Auftrage des Zentralsekretariats der SED anleitete, und die von ihm beschlossen wurde, die Entschädigung der Juden im Sinne dieser Ausführungen vorgenommen. Auch hat die Sowjetische Militärregierung in Übereinstimmung mit dem Zentralsekretariat der SED Verfolgten des Naziregimes und anderen antinazistischen Unternehmern die ihnen von den Nazis geraubten Betriebe zurückgegeben oder sie im Besitze ihrer Betriebe belassen.

In diesen grundsätzlichen Ausführungen erhebe ich auch die Forderung, daß alles von den Nazis geraubte jüdische Eigentum an den Staat zurückgegeben wird. Ich wende mich damit noch einmal direkt dagegen, daß die Verfügung über dieses Eigentum durch die Friedenskonferenz dem Weltkongreß der Juden überschrieben werden soll.

Ich bin also nicht „ein Subjekt der USA-Finanzoligarchie, das die Entschädigung der jüdischen Vermögen nur forderte, um dem USA-Finanzkapital das Eindringen in Deutschland zu ermöglichen", wie es in dem Beschluß des ZK der SED heißt. Ich habe nie eine Entschädigung der „jüdischen Vermögen" gefordert, sondern die Entschädigung der einfachen, von den Nazis verfolgten jüdischen Menschen. Meine Stellungnahme richtete sich gerade gegen die von dem USA-Finanzkapital diktier-

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

ten Bestrebungen des Jüdischen Weltkongresses, und ich verteidigte damit die Interessen meiner Klasse und meines Landes.

Daß die Rückkehr der von der Hitlerregierung vertriebenen oder verbannten jüdischen Menschen auf Kosten des deutschen Staates erfolgen solle - beim Schreiben des Artikels war noch nicht zu erkennen, daß es unmittelbar nach Ende des Krieges einen selbständigen deutschen Staat nicht geben würde -, hielt ich für eine Selbstverständlichkeit. Materiell wäre die Durchführung dieser Anregung für eine gesamtdeutsche Regierung ohne Bedeutung gewesen. Sie wurde von mir natürlich nicht für jüdische Monopolisten und Kapitalisten gemacht - es gehört ja auch nicht zu deren Gewohnheiten bei ihren Reisen Zwischendeckplätze auf Schiffen und die Dritte Klasse auf der Eisenbahn zu benutzen -, sondern für die einfachen jüdischen Menschen, die sh icdanach sehnten, wieder in ihre deutsche Heimat zurückzukehren oder in einem Lande ihrer Wahl sich wieder mit ihren Familienmitgliedern zu vereinigen und zur Ruhe zu kommen. Dem Ansehen des deutschen Volkes und seiner Regierung hätte die Durchführung dieser Anregung sicher nicht geschadet und auch der Frieden wäre dadurch nicht gefährdet worden.

Daß ich die „Finanzierung der Auswanderung jüdischer Kapitalisten nach Israel und die Verschiebung deutschen Volksvermögens gefördert" hätte - wie es in dem Beschluß des ZK der SED heißt - ist ebenfalls eine Verleumdung der Berijaleute, die diesen Beschluß verfaßten und deren Praktiken ich Gelegenheit hatte, kennenzulernen. Ich habe nie selbständig über die Verwendung irgendwelcher Teile deutschen Volksvermögens entschieden. Ich habe nie mit der Frage der Ausfuhr von deutschem Volksvermögen zu tun gehabt und ich habe nie zu solchen Fragen Vorschläge gemacht, es sei denn, daß meine Vorschläge, die Qualität unserer Seife zu verbessern und den Preis unserer Margarine so festzusetzen, daß sie gegen die Westberliner Margarine konkurrieren kann, die ich 1950 machte, um den Abfluß von vielen Millionen DM nach Westberlin zu unterbinden, zu dieser Kategorie gehören. Sie dienten aber der Sicherung unseres Volksvermögens. (...)

Ohne Zweifel wäre die direkte Entschädigung der von den Nazis beraubten, noch im Auslande als Emigranten lebenden deutschen Juden durch eine Vereinbarung auf der Friedenskonferenz unter Ausschaltung der ehemaligen Besitzer von Anteilen an nationalisierten Betrieben, Banken, des Grundbesitzes und anderer Großvermögen und bei Festsetzung einer Höchstgrenze für den einzelnen Entschädigungsfall, einem Gesamtdeutschland wesentlich vorteilhafter gewesen, als der von der Regierungen Israels und Westdeutschlands unterzeichnete Vertrag, der das gesamte Vermögen der ehemals in Deutschland lebenden Juden der Regierung Israels ausliefert und Westdeutschland, wenn ich nicht irre, mit 4 Milliarden belastet, während die wirklich Geschädigten, in der Welt verstreute Juden, soweit es sich um die einfachen Menschen handelt, von der Entschädigung ausgeschaltet bleiben.

Den Standpunkt der Regierung der DDR, mit der Regierung Israels Verhandlungen über die Wiedergutmachungsfrage der deutschen Juden und über das von den Regierungen Israels und Westdeutschlands unterzeichnete Abkommen abzulehnen sowie die Frage der Wiedergutmachung durch die Verordnung der SMA von 1948 oder 1949 über die Entschädigung der Verfolgten des Naziregimes als erledigt zu betrachten, halte ich unter diesen Umständen für unbedingt richtig. (...)

VII. Hätte ich in dem Artikel „Hitlers Antisemitismus und wir" und in meinen sonstigen Veröffentlichungen zur Judenfrage in den Jahren 1942 bis 1948 gegen die Schaffung eines jüdischen Staatswesens auftreten müssen?

In dem Artikel „Hitlers Antisemitismus und wir" weise ich darauf hin, „daß der vertierte, vom Hitlerfaschismus entfesselte Antisemitismus und seine verheerenden Folgen für die Juden, als Gegenwirkung zu einer wesentlichen Stärkung des jüdischen Nationalgefühls geführt hat." Die Schaffung eines jüdischen Nationalstaates sei damit mehr denn je zu einem internationalen Problem geworden, daß von der kommenden Friedenskonferenz, ungeachtet der bisherigen Prinzipien, Erwägungen und Vorurteile, dem Wunsche der Juden rechnungtragend, behandelt werden müsse.

In dem Artikel „Die Juden und das neue Deutschland" sage ich zur Frage der nationalen Bestrebungen der Juden: „Die großen Erwartungen, die der Zionismus mit dem Siege der Arbeiterpartei in

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

England verband, sind nicht in Erfüllung gegangen ... So wird Palästina weiterhin für Hunderttausende zwar das nationale, aber auch das unerreichbare Ideal bleiben."

Diese Ausführungen waren für die Vernehmer der Staatssicherheit Anlaß zur Behauptung, daß ich Jude und Zionist sei, daß ich die Absicht gehabt hätte, nach Israel zu fliehen, und daß ich im Gegensatz zu der Stellung Stalins zur nationalen Frage den Zionismus in seinen Bestrebungen zur Errichtung eines selbständigen jüdischen Staates in Palästina untersützt hätte. Ich bin weder Jude noch Zionist – ein Verbrechen wäre wohl keines von beiden –, ich hatte nie die Absicht, nach Palästina zu fliehen, auch habe ich die Bestrebungen des Zionismus nicht unterstützt. Ich habe in den oben zitierten Äußerungen lediglich die Auffassung zum Ausdruck gebracht, daß, nachdem die Juden durch den Hitlerfaschismus ausgeplündert, auf das tiefste beleidigt, aus ihren Heimatländern vertrieben und Millionen von ihnen, nur weil sie Juden waren, ermordet worden sind, zwischen den Juden der verschiedenen Länder das Gefühl engster Verbundenheit und das Sehnen nach einem eigenen, jüdischen Lande entstanden sind. Und weiter, daß besonders wir Deutschen, da sich der Hitlerfaschismus unter uns herausgebildet hat und es uns nicht gelungen war, durch Aktionen der werktätigen Massen die Errichtung seiner Herrschaft und damit seine Verbrechen zu verhindern, dieses Gefühl der Juden, das der Ausdruck der aufs tiefste Beleidigten und Empörten war und das ich als Stärkung des jüdischen Nationalgefühls bezeichnete, nicht ignorieren oder gar bekämpfen dürfen.

Ich bin der Ansicht, daß auch diese von mir vertretene Auffassung richtig war, obwohl sie – was die Errichtung eines eigenen jüdischen Nationalstaates betrifft – mit einer Stellungnahme Lenins aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg nicht übereinstimmt. Doch der Leninismus ist kein Dogma, und ich bin fest überzeugt, daß Lenin der erste gewesen wäre, der angesichts der von dem Nazifaschismus gegen die Juden verübten Verbrechen deren Gefühl tiefer Verbundenheit untereinander und deren Sehnen nach einem eigenen Lande respektiert hätte.

Diese Ansicht und Überzeugung findet durch die Politik der Sowjetregierung zur Unterstützung der Bestrebungen der Juden nach einem eigenen Lande und Staatswesen ihre volle Bestätigung.

Da es zu keiner Friedenskonferenz gekommen ist, hat sich die UN mit diesem Problem der Juden befaßt, und es waren die Vertreter der Sowjetunion – wie hätte es auch anders sein können –, die im Frühjahr 1947 in der Palästinakonferenz der UN, die Forderung nach einer Teilung Palästinas zwischen den Juden und den Arabern erhoben, um die Sehnsucht der Juden nach einem eigenen Lande zu erfüllen.

Die Palästinakonferenz der UN hatte, nachdem die britische Regierung auf ihr Mandat über dieses Land verzichtete, über das Schicksal der dort lebenden Völker zu beraten. Die der Kommission angehörenden sowjetischen Vertreter forderten eine Lösung der Frage, die, wie sie erklärten,

„dem Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker entspricht und die berechtigten Interessen der Juden und der Araber im gleichen Maße berücksichtigt. Dieses Ziel hätte durch die Errichtung eines unabhängigen demokratischen arabisch-jüdischen Staates verwirklicht werden können. Da es aber durch erfolgte gegenseitige Verhetzung unmöglich gemacht wurde, ein friedliches Zusammenleben der arabischen und der jüdischen Bevölkerung in Palästina herbeizuführen, ist die Teilung des Landes in zwei unabhängige Staaten, d.h. in einen jüdischen und in einen arabischen, das gegebene, um den Frieden im Nahen Osten zu sichern."

In der UN-Vollversammlung, die am 19. November 1947 stattfand, stimmte die sowjetische Delegation für den Beschluß, nach dessen Wortlaut es der jüdischen Bevölkerung Palästinas ermöglicht werden sollte, „die Gründung ihres eigenen souveränen Staatswesens vorzunehmen."

Als die USA-Regierung, die anfangs den Teilungsbeschluß unterstützte, den Versuch unternahm, dessen Durchführung zu unterbinden, indem sie den Vorschlag machte, Palästina unter die Treuhänderschaft der UN zu stellen, traten die Vertreter der Sowjetunion in der Außerordentlichen Vollversammlung, die im März 1948 stattfand und die sich mit der PalästinaFrage beschäftigte, gegen diesen Vorschlag auf und brachten ihn zu Fall. Der sowjetische Vertreter Gromyko erklärte dort:

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

„Der USA-Vorschlag ist von Erdöl- und militärstrategischen Interessen bestimmt. Hinter dem Vorschlag stehen einflußreiche Kreise der USA, die aus Palästina einen militärstrategischen Stützpunkt machen möchten. Deshalb muß der Vorschlag abgelehnt werden."

In Palästina fanden unterdessen heftige Kämpfe zwischen der Arabischen Legion und der jüdischen Haganah, in der die Mitglieder der KP Palästinas eine aktive Rolle spielten, statt, und in denen die Juden die Oberhand behielten. Unter dem Einfluß der erfolgreichen Abwehr der Sabotage des Teilungsbeschlusses durch die Vertreter der Sowjetunion in der UN nahm die Führung der Juden in Palästina, die sich nicht nur aus Zionisten, sondern aus Vertretern aller Parteien zusammensetzte, im Gegensatz zu den USA und zu England die Bildung der provisorischen Regierung vor.

Von den 58 der UN angehörenden Staaten war es die Sowjetunion, die als erster dem nunmehr errichteten jüdischen Staat ihre offizielle Anerkennung mitteilte, und ihre Vertreter in der UN unterstützten ihn weiterhin gegen die Sabotage der USA und Englands.

Ich schrieb im August 1948 auf Veranlassung der sowjetischen Freunde einen Artikel „Der Krieg in Palästina" für die „Neue Welt". In diesem Artikel schilderte ich die Sabotage der USA und Englands gegenüber den Juden und die tiefen Gegensätze, die zwischen diesen beiden Mächten in der Palästina-Frage bestanden. Als Schlußfolgerung aus diesen Verhältnissen stellte ich fest, daß für die Juden in Palästina die Lösung folgender grundlegender Probleme im Mittelpunkt steht:

„Alles für eine Verbesserung des Verhältnisses zu der arabischen Bevölkerung einsetzen, die eigenen Kräfte zum Kampfe gegen die arabischen Reaktionäre und ihre Helfershelfer stärken, sich nicht in die politische oder wirtschaftliche Abhängigkeit der einen oder der anderen imperialistischen Großmacht zu begeben, enge, freundschaftliche Beziehungen mit der Sowjetunion und zu den Ländern der neuen Demokratie und der um ihre nationale Freiheit kämpfenden asiatischen Völker herbeiführen, die Kräfte des Fortschritts in der ganzen Welt unterstützen und den Staat Israel in deren Front einreihen."

Ich selbst habe jedoch die Bestrebungen der Juden nach einem eigenen Lande nicht aktiv unterstützt, aber m.E. wäre es falsch gewesen, damals gegen diese Bestrebungen aufzutreten. Das Schwergewicht meiner Stellungnahme zu diesen Fragen lag stets in der Beweisführung, daß auch die Bildung eines eigenen jüdischen Staates keine Lösung der Judenfrage bringe und daß deshalb die Propaganda der Zionisten für einen völligen Bruch der deutschen Juden mit Deutschland und die Charakterisierung der Absicht zur Rückkehr nach Deutschland als Verrat an der jüdischen Sache gegen das Lebensinteresse der heimatlos gewordenen Juden gerichtet sei.

VIII. War der Zionismus in den Jahren der hitlerfaschistischen Judenverfolgungen eine national-jüdische Bewegung?

In dem Beschluß des ZK der SED wird mir auch vorgeworfen, ich hätte die zionistische Partei der Juden - die darin als zionistische Agentur des amerikanischen Imperialismus bezeichnet wird- „in eine national-jüdische Bewegung umgefälscht". Der Vorwurf stützt sich offenbar auf einen Satz in dem Artikel „Brief an einen Freund", der folgenden Wortlaut hat: „Die Zugehörigkeit zu einer national-jüdischen Bewegung, wie z. B. zum Zionismus, schließt die Zugehörigkeit deutscher Staatsbürger zur Bewegung Freies Deutschland nicht aus."

Auch dieser Vorwurf ist unberechtigt. Denn es kann nicht bestritten werden, daß die zionistische Partei der Juden in der damaligen Zeit als eine der nationalen Bewegungen der Juden anzusehen war und zwar als diejenige, die am radikalsten für die Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina eintrat. Auch die Bezeichnung der zionistischen Partei der Juden als „Agentur des amerikanischen Imperialismus" ist für die damalige Periode geschichtlich unzutreffend. Denn ihre Bestrebungen, in Palästina einen jüdischen Staat zu errichten, stießen sowohl bei den englischen als auch bei den amerikanischen Imperialisten auf heftigen Widerstand, und ihre Realisierung war, nachdem die Massen der Juden in den verschiedenen Ländern diese Bestrebungen unter den Auswirkugen der Verbrechen des Hitlerfaschismus zu ihren eigenen gemacht hatten und große Opfer dafür brachten, nur mit der tatkräftigen Unterstützung der Sowjetunion möglich. Niemand wird behaupten wollen, daß die Sowjetregierung damals „eine Agentur des amerikanischen Imperialismus" gefördert habe. Übrigens rettete der Kampf

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

der Sowjetarmeen durch die Siege bei Stalingrad gegen die Paulus-Armee die in Palästina unter dem Zionismus lebenden Juden vor der Vernichtung durch die vordringende Rommel-Armee. Um diese Frage abzuschließen, wiederhole ich: Ich bin kein Jude und ich bin kein Zionist. Meine Anschauungen über das Sehnen der jüdischen Menschen nach einem eigenen Lande befanden sich in Übereinstimmung mit der Politik der kommunistischen Parteien der USA, Kanadas und der lateinamerikanischen Länder sowie mit der Politik der Sowjetregierung zu dieser Frage. Ich habe weder die Interessen zionistischer oder amerikanischer Monopolisten und Kapitalisten vertreten, noch habe ich im Dienste zionistischer Organisationen gestanden, ich habe auch niemanden aufgefordert, in die Organisation der deutschen und österreichischen Juden in Mexiko einzutreten - auf diese Frage komme ich noch zurück - und habe auch nicht nach meiner Rückkehr nach Deutschland - wie es in dem Beschluß des ZK der SED heißt - „die Dienste für die zionistische Agentur fortgesetzt". Und damit komme ich zu der nächsten Frage:

IX. Welchen Rat habe ich den Genossen jüdischer Herkunft betreffs ihres Verhältnisses zur Jüdischen Gemeinde in Berlin erteilt?

In einer Konferenz, die, wenn ich nicht irre, noch im Jahre 1947 auf Veranlassung der Genossen der VVN zur Beratung eines Entwurfes für eine Verordnung zur Entschädigung und Versorgung der Verfolgten des Naziregimes einberufen wurde und die ich im Auftrage des Zentralsekretariats leitete, brachte der Sekretär der Jüdischen Gemeinde in Berlin, Jules Meyer, der auch Mitglied des Vorstandes der VVN, Berlin, und Mitglied der SED und später Mitglied der Volkskammer war, zum Ausdruck, daß er der Hetze, die besonders von seiten der SPD-Leute in den Veranstaltungen der Jüdischen Gemeinde gegen die Politik der SED betrieben werde, ganz allein gegenüberstehe und daß die Genossen jüdischer Herkunft, die sich zwar die Care-Pakete von der Jüdischen Gemeinde abholen oder sich zuschicken lassen, sich nicht im geringsten um die Gemeinde und das Anwachsen reaktionärer Tendenzen in ihr kümmern.

Ich stellte daraufhin an Jules Meyer die Frage, ob der Jüdischen Gemeinde alle Bürger jüdischer Herkunft angehören können oder nur gläubige Juden. Jules Meyer antwortete, daß sie offen für alle Juden sei. Ich bezeichnete es daraufhin als die Pflicht der Genossen jüdischer Herkunft, die in der Konferenz anwesend waren, Jules Meyer in der Abwehr der Angriffe feindlicher Elemente in der Jüdischen Gemeinde gegen die Partei zu unterstützen und deren Veranstaltungen zu diesem Zwecke zu besuchen. Ich machte im Zusammenhange damit die Bemerkung, daß, wenn die Genossen sich nicht scheuen, die Care-Pakete von der Jüdischen Gemeinde anzunehmen, sie sicher auch keinen Schaden an ihrer Gesinnung erleiden würden, wenn sie in der Jüdischen Gemeinde gegen die in deren Versammlungen betriebene gegnerische Agitation auftreten. Ich habe also die Genossen nicht aufgefordert, sich der Jüdischen Gemeinde in Berlin anzuschließen, um in den Genuß der Care-Pakete „der amerikanischen Agenturzentrale Joint zu kommen, damit sie auf diese Weise dieser imperialistischen Agentur verpflichtet würden", sondern ich habe die an der Konferenz teilnehmenden Genossen jüdischer Herkunft - es handelte sich ausnahmslos um alte und geschulte Genossen -, die bereits alle von der Jüdischen Gemeinde Care-Pakete erhielten und bei ihr als Empfänger solcher Pakete eingetragen waren, aufgefordert, in den Veranstaltungen der Jüdischen Gemeinde aufklärende revolutionäre Arbeit zu leisten.

War das ein Unrecht? Ich bin nicht der Meinung. Es war der Vorschlag an die Genossen jüdischer Herkunft, in der Jüdischen Gemeinde die Leninsche Taktik anzuwenden, jede erreichbare Tribüne für die revolutionäre Arbeit unter den Werktätigen auszunützen. Das war unter den damaligen Verhältnissen auch dann richtig, wenn der religiöse Charakter der Jüdischen Gemeinde - die übrigens eine von der SMA genehmigte Organisation war - vorherrschend gewesen wäre.

Natürlich kann man zu dieser Frage auch anderer Meinung sein. Ich habe jedoch in Amerika erlebt, daß die KPUSA in vielen Orten, um überhaupt die Möglichkeit zu haben, an die Massen der farbigen Werktätigen heranzukommen, die farbigen Parteigenossen dazu anhielt, ihrer Kirchengemeinde anzugehören und an deren gesellschaftlichem Leben teilzunehmen, wenn irgend möglich, auch Funktionen im Vorstand derselben auszuüben. Fast alle Mitglieder der KPUSA, soweit sie Farbige waren, gehörten

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

ihrer Kirchengemeinde an, in der sich das gesamte gesellschaftliche Leben der Negerbevölkerung abspielt. In Chicago z. B. wurden Sitzungen oder Konferenzen der Partei unterbrochen, um den farbigen Genossen die Möglichkeit zur Teilnahme an der Betstunde in ihrer Kirche zu geben. Ein Fernbleiben der Genossen von diesen Beststunden hätte sofort eine Minderung ihres Einflusses in der Kirchengemeinde zur Folge gehabt. Wollte die Partei eine Versammlung der farbigen Werktätigen veranstalten, so konnte sie das in vielen Orten nur, wenn sie dieselbe durch den Negerpfarrer oder mit Erlaubnis des Pfarrers selbst nach der Kirche einberief. Ich habe im Mittelwesten selbst wiederholt an solchen Versammlungen teilgenommen und in ihnen gesprochen. In Marseille lebte ich 1941 bis 1942 fünf Monate illegal bei dem Vorsitzenden der Armenischen Volksfront, der gleichzeitig der politische Leiter der armenischen Kommunisten war. Sowohl die Volksfront als auch die Partei benutzte als ihre Basis unter den Werktätigen die armenische Kriche. Der Genosse, bei dem ich wohnte, hatte nicht nur die beiden genannten Funktionen, sondern er war auch der Vorsitzende des Kirchenvorstandes. Er übte einen starken Einfluß unter allen armenischen Emigranten aus. Obwohl er nicht zu den Gläubigen gehörte, nahm er an allen Veranstaltungen der Kirche teil, die stets stark besucht waren, und entfaltete dort auch in der Zeit der Illegalität eine erfolgreiche Arbeit für die Partei. Auf seine Tätigkeit war es zurückzuführen, daß viele der armenischen Emigranten, die zu den Verfolgten der Türken nach dem ersten Weltkrieg gehörten, nach Sowjetarmenien gingen. Beruflich war er Schuhmacher. Das ist Anwendung Leninscher Taktik unter besonderen Verhältnissen.

In dem Artikel „Brief an einen Freund" habe ich geschrieben, daß Hitler die Juden als Landfremde erklärte und als Feinde behandelte. Daraus ergebe sich die Pflicht für die Deutschen, sie als nationale Minderheit anzuerkennen. Ich glaube, daß die Äußerung dieser Meinung ebenfalls kein Unrecht ist, denn sie wurde ja nicht gemacht, „damit diese Agentur (gemeint ist der Zionismus) die Möglichkeit erhält, ihre Spione und Diversanten in das neue Deutschland zu entsenden", wie es in dem Beschluß des ZK der SED heißt, sondern um den jüdischen Menschen, die sich noch nicht entscheiden konnten, nach Deutschland zurückzukehren, mehr Zuversicht und eine größere Sicherheit zu geben. In dem Antwortbrief an den jüdischen Art Dr. Lourié behandele ich diese Frage eingehender in folgender Weise: „Die Anerkennung der nationalen Zugehörigkeit der Juden, die es wünschen, zum jüdischen Volke würde meines Erachtens deren Anerkennung als eine ethnische Gruppe einschließen. (Ethnisch im Sinne von volkseigentümlich.) Das Recht der freien Pflege ihrer Kultur und Religion, die Einrichtung von Schulen dafür, die Bildung von jüdischen Gemeinden gehört zur Gleichberechtigung; nur müßte es angesichts der geringen Zahl der Juden in Deutschland durch besondere Gesetzes- und praktische Maßnahmen gesichert werden, bis durch die gänzliche Ausrottung des Antisemitismus solche Maßnahmen auf natürlichen Wegen überflüssig werden. Das Problem besteht nur darin, wie ist die Zersplitterung der in Deutschland lebenden Juden zu überwinden und ihnen zu helfen, ihr kulturelles und religiöses Leben gemeinsam aufzubauen? Ich selbst sehe nur eine Lösung: die Bildung von jüdischen Gemeinden in solchen deutschen Städten und Gebieten, die schon seit Jahrhunderten als Kulturzentren der in Deutschland lebenden Juden angesehen werden konnten, als Stützpunkte der Gesamtheit der in Deutschland verstreut lebenden Juden. Bei der Auswahl dieser Stützpunkte sollte jedoch die Stärke der demokratischen Bewegung in den einzelnen Städten und Gebieten in erster Linie entscheidend sein." Vorschläge zur Durchführung dieser Anregungen sind nach meiner Rückkehr nach Deutschland von mir nicht gemacht worden. Auch bin ich nicht an der Gründung Jüdischer Gemeinden beteiligt gewesen und habe zu keiner von ihnen Beziehungen unterhalten.

Quelle: SAPMO-Arch, ZPA, NL 102/27, Bl. 1–38.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Dokument 7
Hausmitteilung, Albert Norden an Walter Ulbricht, 28. Mai 1960 (Auszug)

Wir bemühen uns, den Fall *Eichmann*, der international so großes Aufsehen erregt, maximal gegen das Bonner Regime zuzuspitzen. Heute gaben wir die beiliegende Meldung heraus, um nicht nur die politischen, sondern auch die bestimmten finanzkapitalistischen Kreise zu zeigen, die hinter Eichmann stehen.

In diesem Zusammenhang sollte man sich überlegen, ob und wie die DDR direkt in die Prozeßvorbereitung eingreifen kann. Es würde zweifellos die internationale Autorität der DDR stärken und auch für die KP Israels sehr nützlich sein, wenn wir öffentlich mit eigenem Material über Eichmann und seine heutigen Komplicen im Bonner Regime auftreten. Man sollte erwägen, daß ein oder zwei geeignete Persönlichkeiten – ich denke dabei an Genossen Cohn vom Obersten Gericht oder Rechtsanwalt Prof. Kaul – zu diesem Zweck nach Israel fahren und dort in der Vorbereitung des Prozesses auftreten. Wegen Beschaffung von Materialien habe ich mich bereits mit Genossen Erich Mielke in Verbindung gesetzt.

Quelle: SAPMO-BArch, ZPA IV 2/2/2028/2: Büro Prof. Albert Norden, S. 45.

Dokument 8
Hausmitteilung, Albert Norden an Walter Ulbricht, 25. Oktober 1960 (Auszug)

(...) Es erhebt sich die Frage, ob und wie wir uns in den Fall *Eichmann* einschalten wollen. Gegenwärtig ist es so, daß das Bonner Regime sich durch die indirekte Finanzierung des Verteidigers von Eichmann, den Kölner Rechtsanwalt Dr. Servatius, ziemlich kompromittiert. Das heißt: im Prozeß wird der westdeutsche Vertreter, ob gewollt oder nicht, die Massenmorde des Eichmann bagatellisieren.

Unter Berücksichtigung unserer Beziehungen mit den arabischen Staaten scheint es mir nicht tunlich, daß die Deutsche Demokratische Republik sich im Eichmann-Prozeß offiziell engagiert. Aber man sollte doch überlegen, ob man nicht folgenden durchaus gangbaren Weg einschlägt:

Drei oder vier bekannte jüdische Bürger der DDR, die Angehörige verloren haben, stellen den Antrag, beim Verfahren gegen Eichmann als Nebenkläger zugelassen zu werden. In ihrem Auftrag richtet Rechtsanwalt Dr. Kaul einen Brief an den Justizminister von Israel. Darin weist er darauf hin, daß die israelische Regierung es dem westdeutschen Rechtsanwalt durch eine Ausnahmeregelung gestattet hat, als Vertreter Eichmanns aufzutreten. Durch eine entsprechende Regelung sollten den Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik Gelegenheit gegeben werden, als Nebenkläger aufzutreten.

Was spricht für eine solche Initiative?

Erstens würde dadurch der Charakter der DDR und ihrer Bürger als antifaschistisch und humanitär hervortreten. Der *eine* deutsche Staat stellt den Verteidiger des weltberüchtigten Mörders, der zum Symbol der Untaten des Faschismus geworden ist. Bürger des *anderen* deutschen Staates klagen in der Person des Mörders die ganze fluchwürdige Tradition des deutschen Militarismus an. Praktisch sähe das so aus, daß (im Falle der Zustimmung durch die israelische Regierung) Dr. Kaul an dem Verfahren teilnimmt und jeweils vor dem westdeutschen Verteidiger das Wort erhält. Das würde ihm die Möglichkeit geben, auch den Fall Globke in den Prozeß einzubeziehen und die Rolle des Bonner Regimes als Fortsetzer der Hitler-Politik aufzudecken.

Quelle: SAPMO-BArch, ZPA IV 2/2/2028/2: Büro Prof. Albert Norden, S. 85–86.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Dokument 9
Fernsehinterview von Prof. Gerhart Eisler mit Walter Ulbricht am 7. März 1965 (Sonntagsgespräch des Deutschlandsenders; Auszüge)

Ulbricht: (...) Es ist doch klar: Die militärische Unterstützung Israels, die Waffengeschenke der westdeutschen Bundesrepublik bedrohen das friedliche Leben der Araber. Über den aggressiven Charakter des imperialistischen Militärstützpunktes Israel wird übrigens in der NATO offen gesprochen.

(...) Westdeutsche Zeitungen, wie z. B. das Düsseldorfer „Handelsblatt", scheuten sich nicht, offen von einem beabsichtigten Präventivkrieg des imperialistischen Militärstützpunktes Israel gegen die arabischen Staaten zu sprechen. Für solche Zwecke also liefert Bonn kostenlos Waffen oder verschenkt das Geld, damit Israel anderwärts schwere Waffen einkaufen kann.

(...) Wir haben niemals das Problem des Staates Israel mit dem Problem der Sühne und Wiedergutmachung für das von dem verbrecherischen Hitlerregime den jüdischen Bürgern Deutschlands und anderer europäischer Staaten angetane Leid und Unrecht verwechselt.

Es ist jedenfalls ein Hohn auf Sühne und Wiedergutmachung, wenn in Westdeutschland Naziverbrecher, die für die Ermordung von Millionen jüdischer Männer, Frauen und Kinder verantwortlich sind, frei herumlaufen und einflußreiche Ämter bekleiden. Und andererseits liefert die Regierung des westdeutschen Staates - zur Tarnung und Abschirmung der Übeltäter - gegen die arabischen Völker bestimmte schwere Waffen und anderes Kriegsgerät geschenkeweise an den imperialistischen Stützpunkt Israel.

Quelle: SAPMO-BArch, ZPA NL 182/721: Bestand Walter Ulbricht, S. 20–21.

Dokument 10
Erklärung des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik zur Aggression Israels

Am 5. Juni ist Israel zur Aggression gegen die Vereinigte Arabische Republik übergegangen. Israelische Flugzeuge haben Flugplätze der VAR, der SAR und Jordaniens, die Suezkanalzone sowie Stellungen der VAR-Armee entlang der VAR-Grenze zu Usrael und des Stützpunktes Sharm el-Sheik auf der Halbinsel Sinai bombardiert. Außerdem sind israelische Truppen in das Territorium der Vereinigten Arabischen Republik eingedrungen.

Diese Aggression von seiten Israels ist zusammen mit den USA und der westdeutschen Bundesrepublik von langer Hand vorbereitet worden. Der Zusammenhang zwischen den Manövern der 6. USA-Flotte im östlichen Mittelmeer, dem monarchofaschistischen Militärputsch in Griechenland, den jahrelangen umfangreichen Lieferungen von Panzern und anderem Kriegsmaterial Westdeutschlands an Israel und der Aggression Israels ist offensichtlich.

Die israelische Regierung unternimmt - wie während des Überfalls im Jahre 1956 - die Aggression gegen die arabischen Staaten in Form eines „Blitzkrieges". Sie hat dabei die militärische Unterstützung imperialistischer Mächte. Im Rahmen der sogenannten „Globalstrategie" sind vor allem die Regierungen der USA und der westdeutschen Bundesrepublik bestrebt, Konflikte in den arabischen Ländern zu schaffen, um ihre imperialistischen Positionen und Erdölprofite zu sichern, die nationale Unabhängigkeit der arabischen Staaten zu untergraben, die Ausbeutung dieser Völker fortzusetzen und ihren sozialen Fortschritt zu verhindern. Zur Erreichung dieser Ziele bedienen sie sich der herrschenden aggressiven Kreise Israels, das die rolle einer imperialistischen Speerspitze gegen die arabischen Völker erfüllt.

Das ist der wahre Hintergrund der Aggression Israels und der imperialistischen Anschläge. Niemand gefährdet Leben und Schicksal der jüdischen Bevölkerung Israels mehr als die herrschenden militaristischen Kreise in Tel Aviv und ihre abenteuerliche Politik im Dienste des Imperialismus.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, die konsequent für die Einhaltung und Festigung des Friedens eintritt, verurteilt auf das schärfste die israelische Aggression, die die Gefahr der Ausweitung des militärischen Konflikts in sich birgt. Sie fordert mit Nachdruck die sofortige Einstellung der aggressiven Handlungen Israels und die Zurücknahme der israelischen Truppen auf die Positionen vor Beginn der Aggression. Sie verlangt die sofortige Beendigung der direkten und indirekten Unterstützung Israels durch die imperialistischen Staaten, insbesondere der USA und der westdeutschen Bundesrepublik, und den unverzüglichen Abzug der 6. USA-Flotte aus dem Mittelmeer.

Erneut wendet sich die Regierung der DDR an die Regierung der westdeutschen Bundesrepublik mit der Forderung, sofort die militärische und jede andere Hilfe an den Aggressor Israel unverzüglich zu beenden, um nicht noch mehr Schuld für die entstandene Lage auf sich zu laden.

Die Regierung der DDR bekräftigt ihre volle Solidarität mit der VAR, der SAR, Irak, Algerien und den anderen arabischen Staaten, die ihre nationale Freiheit, Souveränität und Würde verteidigen. Sie wird alles in ihren Kräften Stehende tun, um zur Beendigung der Aggression und zur Wiederherstellung des Friedens beizutragen. Die Regierung der DDR erklärt, daß sie bereit ist, den arabischen Staaten und Völkern Unterstützung und Hilfe zu gewähren.

Regierung und Volk der DDR werden auch künftig den Kampf der arabischen Staaten um die Verteidigung ihrer Souveränität, territorialen Integrität und ihrer Freiheit, gegen die Aggression Israels und seiner imperialistischen Hintermänner nachhaltig unterstützen. Die DDR gibt ihrer Überzeugung Ausdruck, daß es den arabischen Staaten und Völkern zusammen mit allen fortschrittlichen Kräften in der Welt gelingen wird, die Aggressoren in die Schranken zu weisen, den Frieden wiederherzustellen und die Respektierung der Charta der UNO zu gewährleisten.

Berlin, 7. Juni 1967

Quelle: ND, 8. Juni 1967

Dokument 11
Rede Walter Ulbrichts auf der Wählerversammlung am 15. Juni 1967 in Leipzig (Auszüge)

(...) Als Werkzeug der neuen, niederträchtigen imperialistischen Aggression hat sich die Regierung des Staates Israel hergegeben. Sie hat die Schande auf sich geladen, die Rolle eines imperialistischen Aggressors gegen die arabischen Staaten zu spielen. Die israelische militärische Aggression gegen die Vereinigte Arabische Republik und die arabischen Staaten erfolgte im Rahmen der Globalstrategie der USA-Imperialisten und ihres NATO-Militärblocks.

(...) In der Tat, Bonn lieferte im Rahmen dieser Globalstrategie der Imperialisten dem Staat Israel geschenkeweise amerikanische Angriffswaffen.

(...) Der Staat Israel, der schon zweimal in nur zwei Jahrzehnten die arabischen Staaten militärisch überfallen hatte, wurde systematisch und gründlich für die dritte militärische Aggression ausgerüstet. Er wurde mit amerikanischem und westdeutschem Kriegsmaterial vollgepumpt. Die Aggressionstruppen wurden in den USA und auch auf westdeutschen Truppenübungsplätzen gedrillt. Für mehrere hundert Millionen Mark schenkte die Regierung der westdeutschen Bundesrepublik amerikanisches schweres Kriegsmaterial dem israelischen Staat, angeblich als „Wiedergutmachung" für die unter dem Nazi-Regime ermordeten jüdischen Bürger Polens, der CSSR und vieler anderer Länder.

Welch blutiger Hohn! Unter der Hitler-Herrschaft wurden polnische, holländische und ungarische Bürger, Frauen, Kinder, Greise und Männer in Auschwitz und in anderen Vernichtungslagern ermordet. Dafür zahlt die Bonner Regierung, die sich als Nachfolger des Hitler-Regimes fühlt, nicht etwa dem Staat Entschädigung, dessen Staatsbürger ermordet worden sind. Die Bonner Regierung liefert Panzer und anderes schweres Kriegsmaterial nach Israel, mit dessen Hilfe in diesen letzten Tagen zur „Wiedergutmachung" Tausende Araber, Männer, Frauen und Kinder, getötet, durch Napalm verbrannt oder auf unmenschliche Weise verstümmelt wurden.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

(...) Es ging also hier nicht um einen Kampf etwa um das sogenannte – wie man sagte – Überleben der Juden. Es ging nicht um Rassefragen und schon gar nicht um angelegenheiten des Alten Testaments. Es ging weder um David noch um Goliath, noch um altehrwürdige Tempel im jordanischen Teil Jerusalems. Erinnerungen an das Testament wurden skrupellos ausgenutzt, um die Menschen zu betrügen und kriegsreif zu machen. Es ging doch vielmehr um eine Klassenauseinandersetzung zwischen den monopolistischen Erdölinteressenten und ihren imperialistischen Regierungen einerseits und den arabischen Völkern andererseits.

(...) Daß eine israelische Regierung ihren Staat und ihre Bevölkerung für eine imperialistische Aggression zur Verfügung stellte, ist nicht nur schändlich um dem gesunden Menschenverstand widersprechend, es ist gewissermaßen auch tragisch.

Weshalb ist das tragisch?

Ich meine, in Israel wohnen nicht wenige Menschen, denen unsere Sympathie gilt, weil sie von den Hitler-Faschisten grausam verfolgt wurden, heimatlos gemacht worden waren oder den nazistischen Todesmühlen und Folterkammern gerade noch entkommen konnten.

Quelle: SAPMO-BArch, ZPA, NL 182/750: Bestand Walter Ulbricht, S. 40–47. Der Text ist auch vollständig enthalten in: Walter Ulbricht, Antwort auf aktuelle Fragen. Anhang: Dokumente zur israelischen Aggression und zu ihren Hintergründen, Berlin (Ost) 1967.

Dokument 12
Erklärung jüdischer Bürger der DDR

Als Bürger der Deutschen Demokratischen Republik jüdischer Herkunft erheben wir unsere Stimme, um feierlich die Aggression zu verurteilen, der sich die herrschenden Kreise Israels gegen die arabischen Nachbarstaaten schuldig gemacht haben. Wir fühlen uns berechtigt und verpflichtet, unsere Stimme zu erheben; denn wir Bürger der DDR, in der der Antisemitismus ausgerottet und für Antisemiten kein Platz ist, die wir selber unter den Verfolgungen des Hitlerfaschismus schwer gelitten haben, beklagen ebenso wie viele Bürger Israels den Verlust zahlreicher Familienangehöriger, gemordet von den deutschen Imperialisten. Wenn die Regierung Israels sich anmaßt, im Namen der Juden zu sprechen, so sei festgestellt, daß die erdrückende Mehrzahl der Juden außerhalb Israels lebt und dieses nicht als ihren Staat betrachtet. Sympathie, die in der Welt den durch den Hitlerfaschismus und Antisemitismus geschundenen Juden entgegengebracht werden, sollen zur Tarnung imperialistischer Interessen mißbraucht werden.

Es ist die Tragik der jüdischen Bevölkerung Israels, daß die Machthaber dieses Staates eine Politik betreiben, die sich in den Dienst der strategischen Interessen imperialistischer Großmächte am Suezkanal und an den arabischen Ölquellen gestellt hat.

Leider trifft das nicht nur auf das Jahr 1967 zu. Schon die Geburt des Staates Israel ist behaftet mit Wortbruch und Annexion. Die Resolution der UNO vom November 1947 zur Bildung eines arabischen und eines jüdischen Staates auf dem Gebiet des damaligen Palästina wurde gebrochen. Unter Mißachtung der UNO-Festlegung wurde von den reaktionären Kreisen der Staat Israel gegründet, der unrechtmäßig und in kriegerischen Handlungen 80 Prozent des Territoriums des ehemaligen Palästina okkupierte. viele Hunderttausende arabische Menschen wurden mit Waffengewalt brutal aus Heimat, Haus und Hof durch die israelische Großbourgeoisie vertrieben. So wie die USA-Imperialisten die Bundesrepublik zur Speerspitze gegen die Völker Europas ausbauten, so wurde Israel zur Speerspitze gegen die arabischen Völker auserkoren. Diese Israel zugedachte Rolle zeigte sich besonders deutlich im Jahre 1956, als Israel, gefolgt von den imperialistischen Großmächten, Ägypten überfiel. Die jetzigen Machthaber Israels, die das Brandmal der Aggression von 1956 auf ihrer Stirn tragen, kommandieren auch die Aggression von 1967, wie das Beispiel des Kriegsministers Dayan beweist. Dayan hat auch an der Aggression des USA-Imperialismus gegen Vietnam teilgenommen und sie in Wort und Schrift verherrlicht.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Nach allen schrecklichen Lehren der Vergangenheit genügte es den Machthabern Israels nicht, ein verhängnisvolles und unnatürliches Bündnis mit dem Imperialismus einzugehen, sondern darüber hinaus arbeiten sie noch offen mit den Nazimördern des jüdischen Volkes, mit den westdeutschen Imperialisten in Bonn, auf das allerengste zusammen. Systematisch haben die westdeutschen Imperialisten seit vielen Jahren das israelische Aggressionspotential durch gewaltige Waffenhilfe, durch die Ausbildung militärischer Kader in den Kasernen der Nazigernerale und den Aufbau einer Kriegsproduktion in Israel mitgeschaffen. Die verächtliche Charakterlosigkeit dieser Komplicenschaft fand bekanntlich auch ihren Ausdruck während des Eichmann-Prozesses, als durch geheime Vereinbarung zwischen den Regierungen Bonns und Tel Avivs der millioenfache Mörder Globke und andere Antisemiten, die im westdeutschen Staat entscheidende Positionen einnehmen, gedeckt wurden.

Es liegt uns am Herzen, vor der Fortsetzung der Politik der israelischen Regierung zu warnen, zu warnen vor der herausfordernden Haltung des Eroberers, wie sie zu bekunden der israelische Außenminister Abba Eban gerade in jenem Augenblick für richtig befand, als er sich dem UNO-Sicherheitsrat stellte, von dem die erregten Völker den Beschluß zur Beendigung der Kampfhandlungen erwarteten. Als „den schönsten Tag in seinem Leben" bezeichnete derselbe Außenminister den Tag des militärischen Angriffes gegen Ägypten, die Invasion in den unbestreitbaren Gebietsbesitz fremder Völker.

Wir sind in tiefer Sorge um das Schicksal der Bevölkerung Israels, unter der wir zahlreiche Freunde und Verwandte besitzen. Die imperialistische Politik richtet sich gegen deren Interessen, und sie selbst sind Opfer dieser Politik. Das alte Erbe aus der englischen Kolonialherrschaft, die Schürung der Gegensätze zwischen Arabern und Juden, wird jetzt ausgenutzt, um den geführten Angriff als Verteidigung zu maskieren.

Mit unserer Regierung gemeinsam verlangen wir DDR-Bürger jüdischer Herkunft die Einstellung der Aggression und die sofortige Zurücknahme der israelischen Truppen hinter der Linie, von der aus sie die Kriegshandlungen begonnen haben.

Es ist die Politik der Aggression, welche die Existenz Israels aufs Spiel setzt und das Leben all seiner Bürger auf das schwerste gefährdet. Wer auf der Insel lebt, soll sich das Meer nicht zum Feind machen! Frieden im vorderen Orient wird es nur geben, wenn die Regierung Israels ihre imperialistische Politik aufgibt und endlich zu einer Politik der guten Nachbarschaft und der Achtung der Interessen der arabischen Völker findet.

Carlheinz von Brück
Prof. Wolfgang Frankenstein
Kurt Goldstein
Prof. Lea Grundig
Prof. Dr. Siegbert Kahn
Prof. Dr. F. K. Kaul
Dr. habil. Franz Loeser
Dr. med. Ernst Reifenberg
Dr. med. Elisabeth Thierfeld
Gerry Wolf

Quelle: ND, 9. Juni 1967.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Dokument 13
Hausmitteilung, Albert Norden an Walter Ulbricht, 8. Juni 1967 (leicht gekürzt)

Im Zusammenhang mit dem in der gestrigen PB-Sitzung gefaßten Beschluß über die Abgabe einer Erklärung von DDR-Bürgern jüdischer Herkunft zur israelischen Aggression möchte ich über folgendes informieren:

Nachdem ich die Erklärung formuliert hatte, ließ ich gestern abend und heute vormittag durch den Nationalrat Unterschriften organisieren. Dabei zeigten sich bei einer Reihe von Personen, auch Mitgliedern der SED, ernste Schwankungen. So lehnten Prof. Kamnitzer und Peter Edel die Unterschrift ab und erklärten, sie würden versuchen, eine eigene Erklärung zu formulieren, mit der sie freilich bis zum späten Nachmittag nicht fertig geworden sind. Die bekannte Sängerin Lin Jaldati berief sich bei ihrer Ablehnung auf die Reden des Leiters der palästinensischen „Befreiungsarmee" (Schukeiri), der die Vernichtung der Juden predige. Der Präsident des Verbandes jüdischer Gemeinden, Helmut Aries[2], erklärte zur Begründung seiner Weigerung: „Für uns ist es ein schwieriges Problem: Damals sind unsere Brüder und Schwestern in Deutschland ermordet worden, und heute lassen sie wieder ihr Leben im Nahen Osten". Arnold Zweig hat rundheraus erklärt, daß er mit dem Inhalt der Erklärung prinzipiell nicht einverstanden sei. Das ist angesichts seiner althergebrachten prozionistischen Einstellung nicht erstaunlich. (...)

Quelle: SAPMO-BArch, ZPA, NL 182/1339, Bestand Walter Ulbricht, Bl. 13–14; abgedruckt auch bei Angelika Timm, Die DDR, die Schoah und der offizielle Antizionismus, in: Mario Keßler (Hg.), Arbeiterbewegung und Antisemitismus. Entwicklungslinien im 20. Jahrhundert, Bonn 1993, S. 71–72.

[2] Richtige Schreibweise: Aris.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

2. Kurzbiographien

Vorbemerkung: Die folgenden Kurzbiographien jüdischer DDR-Bürger konzentrieren sich auf Persönlichkeiten des politischen Lebens. Naturwissenschaftler, Künstler oder anderweitig beruflich Tätige wurden dann aufgenommen, wenn sie eine politisch herausgehobene Funktion ausübten. Der biographische Anhang erhebt somit nicht den Anspruch, Leben und Leistungen jüdischer DDR-Bürger insgesamt zu dokumentieren. Dennoch wird deutlich, daß sie die DDR in ihren verschiedenartigen Facetten stärker mitprägten, als es ihrem geringen zahlenmäßigen Anteil der Bevölkerung entsprach.

Die biographischen Angaben stützen sich auf Werner Röder/Herbert A. Strauss (Hg.), Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, 3 Bde., München 1980: Jochen Černý (Hg.), Wer war wer-DDR. Ein biographisches Lexikon, 2. Aufl., Berlin 1992; Andreas Herbst/Winfried Zanke/Jürgen Winkler (Hg.), So funktionierte die DDR, Bd. 3: Lexikon der Funktionäre, Reinbek b. Hamburg 1994, sowie auf allgemeine Nachschlagewerke.

Abusch, Alexander
Dr., 14.2.1902 Kraków-27.1.1982 Berlin.
Politiker
Sohn eines Kleinhändlers. Volksschulbesuch und Lehre als kaufm. Angestellter in Berlin. 1918 Freie Sozialistische Jugend; 1919 KPD-Gründungsmitglied. Journalistische Tätigkeit, 1930-1932 und 1935-1939 Chefredakteur der „Roten Fahne". 1933 Emigration nach Frankreich; 1939/40 Internierung; 1941 Emigration nach Mexiko, Chefredakteur der Zeitschrift „Freies Deutschland". Rückkehr in die SBZ. 1946-1950 Bundessekretär des Kulturbundes; 1948-1950 Mitglied des Parteivorstandes der SED; 1949/50 Mitglied der Provisorischen Volkskammer. 1950/51 Enthebung von allen Funktionen. 1951 Wiederaufnahme der hauptamtlichen Tätigkeit im Kulturbund; 1952 Vorstandsmitglied des Deutschen Schriftstellerverbandes und der Akademie der Künste. 1954-1956 Stellvertretender Kulturminister; 1956 ZK-Mitglied; 1956-1958 Staatssekretär; 1958 Volkskammerabgeordneter; 1958-1961 Kulturminister; 1961-1971 Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates; 1972 Vizepräsident, ab 1975 Ehrenpräsident des Kulturbundes. 1967 Dr. phil. h. c., Universität Jena.

Veröff.u a.: Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror (Mitherausgeber, 1934); Der Irrweg einer Nation (1945); Der Deckname (1979); Mit offenem Visier (1986).

Alt, Robert
Prof. Dr., 4.9.1905 Breslau-13.12.1978 Berlin.
Pädagoge
Sohn eines Stubenmalers. 1924-1929 Studium der Naturwiss., Philosophie u. Pädagogik in Breslau, Berlin u. Frankfurt/M. 1924 SPD; 1933 KPD. 1929 Lehrer in Berlin, ab 1933 an jüd. Schulen. 1941-1945 KZ Auschwitz. 1946 Leiter der Leulehrerkurse in Berlin. 1948 Dr. paed. 1949 Prof. u. Direktor des Instituts für systemat. Pädagogik und Geschichte der Pädagogik;

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

1954–1958 ZK-Mitglied; 1958–1961 Dekan der Pädagog. Fakultät der Humboldt-Univ. 1963–1970 Leiter der Arbeitsstelle für deutsche Erziehungs- und Schulgeschichte; 1970 Emeritierung. 1954–1958 Präsident der Gesellschaft für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland. 1961 Mitglied der Akademie der Wiss., 1970 Mitglied der Akademie der Pädagog. Wiss.

Veröff. u. a.: Erziehung und Gesellschaft (Schriftenreihe, ab 1949); Monumenta Paedagogica (Schriftenreihe, ab 1960); Bildatlas zur Schul- und Erziehungsgeschichte, 2 Bde. (1960/65); Jahrbuch für Erziehungsgeschichte (Hg., ab 1961); Pädagogische Schriften (1975).

Aris, Helmut
11.5.1908 Dresden–22.11.1987 Dresden.
Politiker, Verbandsfunktionär
Sohn eines Fabrikanten. Gymnasialbesuch; Ausbildung zum Textilkaufmann. 1938 Inhaftierung; 1940–1945 Zwangsarbeit. 1945 SPD; 1946 SED. Leitender kaufmänn. Angestellter. 1953 Vorsitzender der Jüd. Gemeinde Dresden; 1958–1962 Vizepräsident, 1962 Präsident des Verbandes der Jüd. Gemeinden. Zahlreiche ehrenamtliche u. Repräsentativ-Funktionen, u. a. Mitglied des Nationalrates der Nationalen Front.

Axen Hermann
6.3.1916 Leipzig–15.2.1992 Berlin.
Politiker
Realgymnasium in Leipzig; 1932 kommunist. Jugendverband. 19331935 illegale Tätigkeit in Leipzig; 1935–1938 Zuchthaus Zwickau, anschließend Emigration nach Frankreich; 1940–1942 Internierungslager Le Vernet, 1942–1944 KZ Ausschwitz; dort in der KPD-Lagergruppe; 1945 KZ Buchenwald. Seit 1945 Funktionen in der FDJ und SED, u. a. 1949–1953 Leiter der Abteilung Agitation beim PV bzw. ZK der SED, 1953–1956 2. Sekretär der SED-Bezirksleitung Groß-Berlin, 1956–1966 Chefredakteur des „Neuen Deutschland". 1966 ZK-Sekretär für Internationale Verbindungen; 1970 Mitglied des Politbüros. November 1989 aus allen Funktionen ausgeschieden, kurzzeitig in Haft. Zuletzt Rentner.
Veröff. u. a.: Starker Sozialismus – sicherer Frieden (1981); Kampf um den Frieden – Schlüsselfrage der Gegenwart (1986).

Baden, Hermann
18.7.1883 Danzig–30.5.1962 Halle,
Verbandsfunktionär
Besuch der Volksschule in Danzig u. kaufmänn. Ausbildung, danach kaufmänn. Tätigkeit in Halle, 1943–1945 KZ Theresienstadt. 1946–1962 Vorsitzender der Jüd. Gemeinde Halle; 1953–1962 Vorsitzender des Verbandes der Jüd. Gemeinden.

Bauer, Leo(pold)
18.12.1912 Skalat b. Tarnopol–18.9.1972 Bonn.
Politiker und Journalist
Aufgewachsen in Deutschland. 1928 SPD; 1931 KPD. 1932–1933 Studium der Rechts- und Staatswiss. in Berlin (erzwungener Abbruch). 1933 Haft und danach illegal tätig. 1934 Emigration in die ČSR, dann nach Frankreich; 1939 Internierung in Le Vernet; 1940 Flucht in die Schweiz. 1945 Rückkehr nach Frankfurt/M. Dort Arbeit für die KPD und an der „Frankfurter Rundschau". 1947 in die SBZ; 1949 Chefredakteur des „Deutschlandsenders". 23.8.1950 Verhaftung; 28.12.1952 Todesurteil durch sowjetisches Militärgericht; Januar 1953 in die UdSSR überstellt, dort zu 25 Jahre Zwangsarbeit in Sibirien „begnadigt". Okt. 1955 Entlassung in die Bundesrepublik. Umfangreiche Vortragstätigkeit im Rahmen der politischen Bildung. 1961 sozialpolitischer Redakteur des „Stern"; November 1968 Chefredakteur der SPD-Zeitschrift „Die Neue Gesellschaft".

Veröff. u. a.: Die Partei hat immer recht, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 4.7.1956; Das Ende einer Utopie (Mitautor); Perspektiven im Übergang zu den siebziger Jahren (mit Horst Ehmke).

Bloch, Ernst
Prof. Dr. Dr., 8.7.1885 Ludwigshafen–4.8.1977 Tübingen.
Philosoph und Philosophiehistoriker
Sohn eines Eisenbahnbeamten. 1905–1908 Studium der Philosophie, Musik und Physik in

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

München und Würzburg; 1908 Dr. phil., lebte anschließend in Berlin, Heidelberg und München als freier Schriftsteller. 1917–1919 als Kriegsgegner in der Schweiz. 1919 KPD-Mitglied. 1933 Emigration in die Schweiz, 1934 nach Österreich, 1935 nach Frankreich, 1936 in die ČSR, 1938 in die USA (Cambridge, Massachusetts). 1949 Rückkehr in die SBZ nach Berufung (1948) als Prof. für Philosophie an die Universität Leipzig; 1949–1957 Direktor des Instituts für Philosophie; 1953 Mitbegründer und Mitherausgeber der „Deutschen Zeitschrift für Philosophie". 1957 nach Vorwurf des „Revisionismus" Lehr- und (de facto) Publikationsverbot. 1961 zusammen mit seiner Frau Karola (1905 - 1994) keine Rückkehr von einer Reise in die Bundesrepublik nach dem 13. August. 1961 Gastprofessur an der Universität Tübingen. 1962 Ausschluß aus der Deutschen Akademie der Wissenschaften (1989 rückgängig gemacht). In der Bundesrepublik Engagement auf seiten der revoltierenden Studenten. Zahlreiche Ehrendoktorate.

Veröff. u. a.: Kritische Erörterungen über Rickert und das Problem der modernen Erkenntnistheorie (1909); Geist der Utopie (1918); Thomas Müntzer als Theologe der Revolution (1921); Spuren (1930); Erbschaft dieser Zeit (1935); Freiheit und Ordnung (1946); Subjekt-Objekt. Erläuterungen zu Hegel (1951); Avicenna und die aristotelische Linke (1952); Das Prinzip Hoffnung, 3 Bde. (1954–59); Verfremdungen, 2 Bde. (1962–65); Tübinger Einleitung in die Philosophie, 2 Bde. (1963/64); Atheismus und Christentum (1968); Vom Hasard zur Katastrophe. Politische Aufsätze aus den Jahren 1934/1939 (1972); Gesamtausgabe, 16 Bde. (1959ff.)

Bondi, Gerhard
Prof. Dr., 9.3.1911 Böhmen-3.12.1966 Halle.
Wirtschaftswissenschaftler und Jurist
Sohn eines Angestellten. Studium an der Hochschule für Welthandel in Wien u. an der Univ. Berlin sowie an der Handelshochschule Nürnberg u. der Univ. Prag. 1938 Dr. jur. 1929 Mitglied der KP Österreichs, vorher Sozialdemokrat. 1931–1933 Mitarbeiter der sowjet. Handelsvertretung in Berlin. 1939 Emigration nach Großbritannien. 1946 Rückkehr in die SBZ; Abteilungsleiter für Planung und Statistik in der Deutschen Zentralverwaltung für Energiewirtschaft und Brennstoffindustrie; 1949–1951 Leiter der Zentralverwaltung für Statistik; 1953 Prof. für Wirtschaftsgeschichte an der Univ. Halle u. 1955/56 Dekan der Wirtschaftswiss. Fakultät; 1958 Prorektor, 1959–1963 Rektor der Univ. Halle; 1960–1964 Mitglied der SED-Bezirksleitung Halle.

Veröff. u. a.: Deutschlands Außenhandel 1815–1870 (1958); Monopoltheorie-Monopolpraxis (Hg., 1958); Ökonomische Studientexte (Hg., 1959).

Brasch, Horst
Geb. 23.12.1922 Berlin.
Partei- und Staatsfunktionär
Adoptivsohn des Schriftstellers Curt Egon Thiesig (1879–1956). Real- und Klosterschulbesuch in Bich/Oberbayern u. Ettal. 1939 Emigration nach Großbritannien; 1939/40 Internierung in Kanada, danach Metallarbeiter in Großbritannien; führend am Aufbau der FDJ beteiligt; 1944 KPD. 1946 Rückkehr in die SBZ u. Funktionen in der FDJ, u. a. 1949 Mitglied des FDJ-Zentralrates; 1950–1952 Minister für Volksbildung des Landes Brandenburg; 1952–1957 Vorsitzender des Rates des Bezirkes Cottbus bzw. 1957–1959 Neubrandenburgs; 1959–1965 Vizepräsident des Nationalrates der Nationalen Front u. andere Funktionen. 1963 ZK-Mitglied; 1965–1968 Staatssekretär und Erster Stellvertreter des Ministers für Kultur 1969/70 Studium an der KPdSU-Hochschule Moskau; 1971–1975 2. Sekretär der SED-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt; 1975–1989 Vizepräsident u. Generalsekretär der Liga für Völkerfreundschaft.

Budzislawski, Hermann
Prof. Dr. Dr. 11.2.1901 Berlin-28.4.1978 Berlin.
Zeitungswissenschaftler
Studium der Staatswiss. und Nationalökonomie 1919–1923 in Berlin, Würzburg und Tübingen. Dr. rer. pol. mit Dissertation über die „Ökonomie der menschlichen Erbanlagen". Seit 1924 Redakteur und Mitarbeiter zahlreicher deut-

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

scher und ausländischer Zeitschriften. 1929 SPD. Emigration 1933 in die Schweiz, 1934 in die ČSR; dort Hrsg. der „Weltbühne"; 1938 in Frankreich; 1940 in die USA, dort u. a. Ghostwriter von Dorothy Thompson. 1948 Rückkehr in die SBZ, Prof. für Zeitungswiss. (Internat. Pressewesen) an der Universität Leipzig; 1954–1962 Direktor des Instituts für Pressegeschichte und Dekan der Fakultät für Journalistik. 1949/50, 1958–1966 Abgeordneter der Volkskammer. 1967 Emeritierung, danach Hrsg. und zeitweiliger Chefredakteur der „Weltbühne" in Ostberlin. 1971 Ruhestand. 1960 Dr. h. c. Universität Leipzig.

Veröff. u. a.: Lyons Tea (Tarnschrift, ca. 1939); Die Ausbildung der Journalisten und die Erforschung der Presse (1959); Sozialistische Journalistik (1966).

Dessau, Paul
Prof. Dr., 19.12.1894 Hamburg–28.6.1979 Berlin.
Komponist und Verbandsfunktionär
Sohn eines Kaufmanns. 1910 Besuch des Konservatoriums in Berlin; 1912 Korrepetitor am Hamburger Stadttheater; 1912 auch 2. Operettenkapellmeister in Bremen; 1915–1918 Kriegsdienst 1919–1933 Kapellmeister in Köln, Mainz u. an der Städtischen Oper Berlin. 1933 Emigration nach Frankreich, 1939 in die USA; 1946 Mitglied der KP der USA. 1948 Rückkehr in die SBZ; freischaffender Komponist; 1959 Professorentitel; 1959 Präsident der Akademie der Künste; 1968 Austritt aus der Akademie der Künste Berlin (West). 1974 Dr. phil. h. c., Univ. Leipzig.

Veröff. u. a.: Musikarbeit in der Schule (1968); Notizen zu Noten (1974); Aus Gesprächen (1974). – Sinfonische Musikkompositionen u. a.: Bach-Variationen für großes Orchester (1963); Kantaten, u. a. Deutsches Miserere (1966); Opern u. a.: Die Verurteilung des Lukullus (1951); Puntila (1966); Lanzelot (1969); Einstein (1974); weiterhin viele Lieder für die FDJ, aber auch Bühnenmusik, u. a. für zahlreiche Brecht-Stücke.

Doernberg, Stefan
Prof. Dr., geb. 21.6.1924 Berlin.
Historiker
Schulbesuch in Berlin; 1935 Emigration in die UdSSR; 1941 Abitur in Moskau. Februar bis Juni 1942 Lagerhaft in Nishni Tagil. Im 2. Weltkrieg Leutnant in der Roten Armee; 1945/46 Tätigkeit in der sowjetischen Militärverwaltung in Mecklenburg; 1946–1950 außenpolitischer Verantwortlicher der „Täglichen Rundschau"; Fernstudent für Geschichte an der Lomonossow-Universität Moskau. 1955 Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED; 1959 Dr. phil. 1957–1962 Sekretär der deutschen Sektion der Historischen Kommission DDR–UdSSR. 1961 Stellvertretender Direktor, 1962 Direktor des Deutschen Instituts für Zeitgeschichte; 1963 Prof. für deutsche Geschichte und für Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung. 1966 Habilitation an der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. 1970 Sekretär, dann Generalsekretär des DDR-Komitees für Europäische Sicherheit. 19711977 Stellvertretender Direktor des Instituts für Politik und Wirtschaft, 1977–1982 Direktor des Instituts für Politik und Wirtschaft, 1977–1982 Direktor des Instituts für Internationale Beziehungen, 1983–1987 Botschafter in Finnland; 1987–1990 Präsident des DDR-Komitees für Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit; 1990 PDS-Vertreter im Helsinki-Komitee.

Veröff. u. a.: Deutschland 1945–1949 (mit Percy Stulz, 1959); Die Geburt eines neuen Deutschland (1959); Kurze Geschichte der DDR (1964); Die ersten Schritte in ein neues Deutschland (1966); Europäische Sicherheit und internationale Entspannung (1973); Befreiung 1945. Ein Augenzeugenbericht (1977); Sturmglocken der Weltgeschichte (mit Franz Köhler, 1984); Im Bunde mit dem Feind. Deutsche auf alliierter Seite (Hg., 1995).

Eisler, Gerhart
Prof. 20.2.1897 Leipzig–21.3.1968 Jerewan
Politiker
Sohn des Philosophen Prof. Rudolf Eisler (1873–1926), Bruder der KPD-Vorsitzenden und späteren antikommunistischen Publizistin Ruth Fischer (1895–1961) und des Komponisten

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Hanns Eisler (1898–1962). Schulbesuch in Wien; 1914–1918 Kriegsdienst als Offizier in der k. u. k.-Armee. 1918 KP Österreichs, 1921 KPD. Seitdem Parteifunktionär; 1927 Kandidat des Politbüros; 1928 als „Versöhnler" Gegner Thälmanns. Ende 1928 Verlust der Parteifunktionen und Entsendung nach Moskau; dort im Apparat der Komintern tätig. 1937 Chefredakteur der „Internationale"; arbeitete u. a. in Spanien und Frankreich. 1939–1941 Internierung im Lager Le Vernet, anschließend über Trinidad in die USA. 1947 Verhaftung; Mai 1949 Flucht in die SBZ; Berufung als Professor für soziale und politische Fragen der Gegenwart an der Universität Leipzig. 1949/50 Mitglied der Provisorischen Volkskammer und des Parteivorstandes der SED; 1949–1952 Leiter des Amtes für Information. Februar 1951 Verlust aller Ämter und öffentliche „Selbstkritik" aufgrund eines angeblichen Fehlverhaltens in den zwanziger Jahren. 1956–1962 Stellvertretender Vorsitzender, anschließend Vorsitzender des Staatlichen Rundfunkkomitees beim Ministerrat der DDR; 1967 Mitglied des ZK, 1963 Dr. h. c. Universität Leipzig.

Veröff. u. a.: The Lession of Germany (mit Albert Norden und Albert Schreiner, 1946); Auf der Hauptstraße der Weltgeschichte. Artikel, Reden und Kommentare 1956–1968, hrsg. von Hilde Eisler (1981).

Ende, Lex (ursprüngl. Adolf)
6.5.1899 Bad Kissingen–15.1.1951 Hilbersdorf/Sachsen.
Politiker und Journalist
Sohn eines Kunsthändlers. Nach Gymnasialbesuch u. Kriegsdienst im 1. Weltkrieg 1918 Eintritt in die USPD, 1919 in die KPD. Seitdem als Journalist u. Parteifunktionär tätig. 1928–1930 Reichstagsabgeordneter; 1928 „Versöhnler" u. Thälmann-Gegner, 1930 Einschwenken auf ZK-Linie. 1933–1934 illegale Arbeit im Reich. 1934 Emigration ins Saargebiet, 1936 in die ČSR, 1937 nach Frankreich. 1939 bis zu seiner Flucht im August 1940 Internierung in Colombe, dann in Marolle. Parteiarbeit in Toulouse u. Marseille. 1945 Rückkehr über Hannover nach Berlin, dort journalist. Tätigkeit. 1946–1949 Chefredakteur des „Neuen Deutschland" sowie des „Frischen Wind", 1949–1950 Chefredakteur der „Friedenspost". 23.8.1950 Verlust aller Ämter u. Parteiausschluß, ab Sept. Arbeit im Uranbergbau als Buchhalter (VEB Muldenhütten).

Feistmann, Rudolf
28.1.1908 Fürth–7.6.1950 Berlin (Freitod).
Journalist
Sohn eines Holzhändlers. Gymnasialbesuch in Berlin, anschließend Studium der Rechtswissenschaften in Berlin; 1929 KPD. 1933 Emigration nach Frankreich; in Paris Arbeit an der Freien Deutschen Hochschule u. publizist. Tätigkeit; 1939 Internierung in Les Milles u. Vernet; 1941 über die USA nach Mexiko, dort Mitglied der KPD-Landesleitung u. 1. Sekretär des Heinrich-Heine-Klubs; 1943 Chefredakteur der „Demokratischen Post" (mit Bruno Frei). 1947 Rückkehr in die SBZ u. Leiter der außenpolitischen Redaktion des „Neuen Deutschland".

Veröff. u. a.: Criminales de guerra (1945).

Fürnberg, Louis
24.5.1909 Iglau/Mähren–23.6.1957 Weimar.
Schriftsteller und Kulturfunktionär
Sohn eines Fabrikanten. Lehre als Kunstkeramiker u. Besuch der Handelsschule; 1928 Mitglied der KP der ČSR, seitdem Mitarbeit an zahlreichen linken Zeitungen u. Zeitschriften sowie Leitung von Agitprop-Gruppen. 1939 Verhaftung; 1940 Emigration nach Palästina. 1946 Rückkehr in die ČSR, dort Journalist; 1949–1952 Erster Botschaftsrat der ČSR in der DDR; 1953/54 Leiter der Abteilung für kulturelle Betreuung anderssprachiger nationaler Gruppen im Ministerium für Schulwesen und Volkskultur. 1954 Übersiedlung in die DDR, dort stellvertretender Leiter der Nationalen Forschungs- und Gedenkstätten der klassischen deutschen Literatur in Weimar; Mitbegründer und Mitherausgeber der „Weimarer Beiträge"; 1955 Mitglied der Akademie der Künste u. Generalsekretär der Deutschen Schiller-Stiftung.

Veröff. u. a.: Eros und die Kinder (1926); Echo von links (1933); Das Fest des Lebens. Lyrische

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Prosa (1939); Hölle, Haß und Liebe (1943); Gustav Mahlers Heimkehr (1946); Mozart-Novelle (1947); Der Bruder Namenlos (1947); Die Begegnung in Weimar (1952), außerdem zahlreiche Nachdichtungen, Übersetzungen und Lieder (z.B „Die Partei", 1949).

Geggel, Heinz
Geb. 11.11.1921 München.
Parteifunktionär
Sohn eines Kaufmanns. Gymnasialbesuch in München. 1936 Emigration über Belgien u. die Schweiz nach Frankreich; dort 1940 interniert; 1940 Exil in Kuba, dort Diamantenschleifer. 1944 KPD; 1948 Rückkehr in die SBZ. 1949–1960 Redakteur, dann Chefredakteur des Berliner Rundfunk u. Intendant des Deutschlandsenders; 19561960 Stellvertretender Vorsitzender des Staatlichen Rundfunkkomitees; 1960–1970 Stellvertretender Leiter, dann Leiter der Westabteilung beim ZK der SED; 1971–1989 Leiter der Abteilung Agitation beim ZK. 1963–1971 Kandidat, 1971–1989 Mitglied des ZK. Weitere Staatsfunktionen.

Goldhammer, Bruno
10.2.1905 Dresden–7.8.1971 Dresden.
Politiker und Journalist
Gymnasialbesuch in Dresden. 1920 Kommunist. Jugendverband; 1922 KPD. Journalist. Tätigkeit, u. a. 1929–1931 Chefredakteur der „Sächsischen Arbeiterstimme". 1933 Emigration in die ČSR, 1935 in die Schweiz; dort journalistische und Parteiarbeit; 1940 zeitweilig interniert. 1945/46 KPD-Landesvorsitzender in Bayern; 1947 in die SBZ. 1948/49 Chefredakteur des Berliner Rundfunks; 1948/49 Abteilungsleiter im Amt für Information. 1950 Verhaftung und durch ein sowjetisches Militärgericht zum Tode verurteilt, zu 25 Jahren Zwangsarbeit „begnadigt" und in die UdSSR deportiert. 1956 voll rehabilitiert; Rückkehr in die DDR und Wiederaufnahme in die SED. 1956 Redakteur im Verlag „Zeit im Bild", Dresden, später Leiter der Nachwuchsausbildung im Verlag.

Veröff. u. a.: Im Kampf um die Staatsautorität (1929).

Grossmann, Henryk
Prof. Dr., 14.4.1881 Kraków–24.11.1950 Leipzig.
Wirtschaftswissenschaftler
Sohn eines Geschäftsmannes. Studium in Kraków, 1908 Dr. jur.; Mitbegründer der 1905 entstandenen Jüdischen Sozialdemokratischen Partei in Galizien. Im 1. Weltkrieg Artillerieoffizier in der k. u. k.-Armee. 1919 Leiter des Statistischen Amtes der Republik Polen und der ersten polnischen Volkszählung 1921. 1922–1925 Professur für Nationalökonomie, Universität Warschau; nach politisch motivierter Entlassung 1925 Privatdozent, Universität Frankfurt und Assistent, ab 1930 Hauptassistent am Institut für Sozialforschung sowie ao. Professor; 1927 Habilitation. 1933 Emigration nach Frankreich und Großbritannien, 1937 in die USA; Arbeit für das Institute of Social Research, New York. 1949 Rückkehr in die SBZ und Professor für Politische Ökonomie sowie Direktor des Instituts für Wirtschaftsplanung.

Veröff. u. a.: Österreichs Handelspolitik mit Bezug auf Galizien in der Reformperiode 1772–1790 (1914); Das Akkumulations- und Zusammenbruchsgesetz des kapitalistischen Systems (1929); Marx, die klassische Nationalökonomie und das Problem der Dynamik (hrsg. u. mit einem Nachwort von Paul Mattick, 1969).

Grünstein, Herbert
27.7.1912 Erfurt–9.1.1992 Berlin.
Staatsfunktionär
Sohn eines Angestellten. Besuch der Volksschule; 1928 Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend, 1930 des Kommunistischen Jugendverbandes, 1931 der KPD. 1933 Emigration; 1936–1938 Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg 1939–1943 Internierung in Frankreich u. Algerien; 1943 Exil in der UdSSR; Mitarbeiter der sowjet. Aufklärung in Schweden u. Rumänien; 1945–1948 Lehrer u. Stellvertretender Leiter der Antifa-Schule in Taliza. 1948 Rückkehr in die SBZ u. Mitarbeiter des Parteivorstandes der SED; 1949/50 Mitarbeiter der Deutschen Verwaltung bzw. des Ministeriums des Inneren; 1950–1974 Stellvertretender bzw. Leiter der Politischen Verwaltung der Hauptverwaltung der Deutschen Volkspolizei u. a. Funktionen; 1957–1974 1. Stellvertreter des Ministers

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

des Innern u. Staatssekretärs; Generalleutnant. 19741983 Stellvertretender Generalsekretär der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft u. a. Funktionen.

Grundig (geb. Langer), Lea
Prof. Dr., 23.3.1906 Dresden–10.10.1977 auf Mittelmeerreise.
Malerin u. Staatsfunktionärin
Tochter eines Geschäftsmannes. 1922–1927 Studium an der Kunstgewerbeschule u. der Kunstakademie Dresden; 1927 Kursantin der Marxistischen Arbeiterschule Dresden; KPD-Eintritt. 1929 Mitbegründerin der Dresdner Assoziation Revolutionärer Bildender Künstler Deutschlands. 1939 Deportation in die Slowakei, 1940 Emigration nach Palästina. 1949 Rückkehr in die SBZ. 1951 Prof. an der Hochschule für Bildende Künste Dresden. 1961 Mitglied der Akademie der Künste; 1964–1970 Präsidentin des Verbandes Bildender Künstler; 1967 ZK-Mitglied.

Veröff. u. a.: Im Tal des Todes, mit Gedichten von Kurt Liebmann (1947); Gesichte und Geschichte (1958); Werkverzeichnis der Radierungen (1973).

Heinz, Wolfgang (ursprüngl. David Hirsch)
Prof., 18.5.1900 Pilsen–30.11.1984 Berlin.
Schauspieler und Verbandsfunktionär
Sohn eines Journalisten. Besuch des Realgymnasiums in Wien; 1917 erstes Engagement in Eisenach, danach am Wiener Volkstheater, im Staatlichen Schauspielhaus Berlin, in Hamborn, Hagen u. an den Hamburger Kammerspielen; 1931 KPD; aktiv in der Revolutionären Gewerkschaftsopposition. 1933 Emigration in die Schweiz; 1934 am Schauspielhaus Zürich; zahlreiche Gastspiele in Europa. 1946 Rückkehr nach Österreich; 1946 Volkstheater Wien; 1948 Direktor des Neuen Theaters in der Scala Wien. 1956 Übersiedlung nach Ostberlin, dort Schauspieler u. Oberspielleiter am Deutschen Theater; 1959–1961 Prof. u. Direktor der Staatlichen Schaupielschule; 1960 Mitglied der Akademie der Künste; 1962/63 Intendant der Volksbühne; 1963–1969 Intendant des Deutschen Theaters; 1966 Mitbegründer u. Präsident des Verbandes der Theaterschaffenden.

Hermlin, Stephan (Rudolf Leder)
Dr., geb. 13.4.1915 Chemnitz
Schriftsteller
Sohn eines Unternehmers. Gymnasialbesuch in der Schweiz; 1931 Kommunist. Jugendverband, anschließend KPD; 1933–1936 Drucker in Berlin; 1936 Emigration über Ägypten, Palästina und Großbritannien nach Frankreich; 1936 Teilnahme am Span. Bürgerkrieg; 1939 Internierung in Frankreich; 1944 Flucht in die Schweiz, dort Internierung. 1945 Rückkehr nach Frankfurt/M. u. Rundfunkredakteur; 1947 Übersiedlung nach Ostberlin, seitdem freier Schriftsteller. Mehrere leitende Funktionen im Schriftstellerverband u. im PEN-Zentrum der DDR; 1976 Vizepräsident des Internationalen PEN-Zentrums. Dr. h. c. Univ. Jena.

Veröff. u. a.: Wir verstummen nicht. Gedichte (1945); Der Leutnant Yorck von Wartenburg (1947); Ansichten über einige neue Schriftsteller und Bücher (mit Hans Mayer, 1947); Die Zeit der Gemeinsamkeit. Erzählung (1949); Mansfelder Oratorium (1950; Musik: Ernst Hermann Meyer); Die erste Reihe. Biographische Skizzen (1951); Die Kommandeuse. Erzählung (1954); Scardanelli. Hörspiel (1970); Lektüre 1950–1971. Essays (1973); Abendlicht. Autobiographische Erzählungen (1979); Äußerungen 1944–1982 (1983); Mein Friede. Rückkehr (1985).

Herrnstadt, Rudolf
17.3.1903 Gleiwitz–28.9.1966 Halle.
Politiker und Journalist
Sohn eines Rechtsanwalts. 1921/22 Studium der Rechtswissenschaft in Heidelberg und Berlin, danach Journalist und Lektor. 1929 KPD; ab 1930 für den Nachrichtendienst (Abt. IV) der Roten Armee tätig und Auslandskorrespondent für verschiedene Zeitschriften (u. a. „L'Europe") in Warschau, Prag und Moskau. 1940–1943 Mitarbeiter im Generalstab der Roten Armee; 1943–1945 Mitarbeiter im Nationalkomitee „Freies Deutschland" und Chefredakteur der gleichnamigen Zeitung. Mai 1945 Rückkehr nach Deutschland; Mitgründer und bis März 1949 Chefredakteur der „Berliner Zeitung", anschließend bis Juli 1953 Chefredakteur des

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

„Neuen Deutschland". 1949 Mitglied der Provisorischen Volkskammer; 1950 Mitglied des ZK und Kandidat des Politbüros. 26.7.1953 Enthebung von allen Funktionen wegen angeblich fraktioneller Tätigkeit. 23.1.1954 Ausschluß aus der SED. Seit 1953 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Deutschen Zentralarchiv, Abteilung Merseburg. Erst im November 1989 posthum rehabilitiert.

Veröff. u. a.: Der Weg in die Deutsche Demokratische Republik (1950); Der Kölner Kommunistenprozeß. Die erste Verschwörung gegen das internationale Proletariat (1958); Die Beine der Hohenzollern (unter dem Pseudonym R. E. Hardt, 1960); Die Entdeckung der Klassen (1966).

Herzfelde, Wieland
Prof. 11.4.1896 Weggis (Schweiz)–23.11.1988 Berlin.
Verleger und Literaturwissenschaftler
Sohn des Publizisten Franz Herzfeld (1863–1908), Bruder des Fotographen u. Designers John Heartfield (Helmuth Herzfeld, 1891–1968). 1913 Studium der Germanistik u. Medizin in Berlin; 19141917 Kriegsdienst in der deutschen Armee; 1917–1933 Direktor des Malik-Verlages in Berlin; 1919 KPD; 1933 Emigration in die ČSR, 1938 nach Frankreich u. Großbritannien, 1939 in die USA, dort verlegerische Tätigkeit; 1949 Rückkehr in die SBZ u. Prof. für Soziologie der neueren Literatur in Leipzig. 1961 Vizepräsident der Akademie der Künste.

Veröff. u. a.: Schutzhaft. Erlebnisse vom 7. bis 20. März 1919 bei den Berliner Ordnungstruppen (1919); Tragigrotesken der Nacht (1920); Gesellschaft, Künstler und Kommunismus (1921); Die Kunst ist in Gefahr (mit George Grosz, 1925); Immergrün. Merkwürdige Erlebnisse und Erfahrungen eines fröhlichen Waisenknaben (1950); Im Gehen geschrieben. Verse aus 44 Jahren (1956); Unterwegs. Blätter aus 50 Jahren (1961); Der Malik-Verlag 1916–1947 (1966).

Heym, Stefan (Helmut Flieg)
Geb. 10.4.1913 Chemnitz.
Schriftsteller
Sohn eines Kaufmanns. 1932 Studium der Philosophie, Germanistik u. Zeitungswiss. in Berlin. 1933 Emigration in die ČSR, 1935 in die USA, dort Studium der Germanistik in Chicago; 1937–1939 Chefredakteur des „Deutschen Volksecho" in New York; 1943 US Army; 1945 Mitbegründer der „Neuen Zeitung" in München. 1952 Übersiedlung in die DDR, seitdem freier Schriftsteller u. Publizist. Seit 1965 Kritik an der DDR-Führung von sozialist. Positionen aus; 1979 Ausschluß aus dem Schriftstellerverband u. Verurteilung zu einer hohen Geldstrafe wegen angeblichen Devisenvergehens (1989 rehabilitiert). 1994 PDS-Abgeordneter u. Alterspräsident des Deutschen Bundestages. Zahlreiche politische u. publizist. Kontroversen mit stalinist. und antidemokrat.-rechtskonservativen Positionen in den USA, der DDR u. der Bundesrepublik. Publiziert in engl. u. deutscher Sprache.

Veröff. u. a.: Hostages (1941; dt.: Der Fall Glasenapp, 1958); Of Smiling Peace (1944); The Crusaders (1948; dt.: Kreuzfahrer von heute, 1950); The Eyes of Reason (1951; dt.: Die Augen der Vernunft, 1955); Goldsborough (1953; dt.: Goldsborough oder Die Liebe der Miss Kennedy, 1953); Die Papiere des Andreas Lenz, 2 Bde. (1963); Uncertain Friend (1968; dt.: Lassalle, 1969); The King David Report (1972; dt.: Der König David Bericht, 1972); Fünf Tage im Juni (geschrieben 1953/54, veröff. 1974); Die Schmähschrift oder Königin gegen Defoe (1978); Schwarzenberg (1984); Ahasver (1988); Nachruf (1988); Stalin verläßt den Raum. Politische Publizistik (1990); Radek (1995).

Heymann, Stefan
Prof., 14.3.1896 Mannheim–4.5.1967 Berlin.
Diplomat und Parteifunktionär
Sohn eines Arbeiters. Volksschulbesuch in Mannheim; Zeichner in einer Möbelfabrik, dann Bankangestellter; 1919 KPD; 1926–1933 Chefredakteur verschiedener kommunist. Zeitungen, Redakteur der „Roten Fahne". 1933–1945 Gefängnis, KZ Dachau, Buchenwald u. Auschwitz. 1945–1948 Parteiarbeit in Thüringen,

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

u.a. SED-Landessekretär; 1948–1951 Abteilungsleiter im SED-Parteivorstand; 1951–1957 Botschafter in Ungarn u. Polen; 1957–1960 Abteilungsleiter im Außenministerium; 1960 Prof. an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft; 1963 Emeritierung.

Veröff. u.a.: Marxismus und Rassenfrage (1948).

Jacobus, Hans
Geb. 6.8.1923 Berlin.
Publizist
Besuch der Jüd. Schule in Berlin. 1938 Emigration nach Großbritannien; 1939/40 Internierung in Australien, danach Rückkehr nach England. 1941 FDJ; 1945 KPD. 1947 Rückkehr in die SBZ; 1947/48 Sekretär der FDJ-Landesleitung Brandenburg; 1949–1953 Chefredakteur des „Sportecho". 1953 mehrmonatige Verhaftung; 1954 Redakteur im Berliner Rundfunk; 1976–1985 Chefredakteur des „Sonntag"; 1986–1990 Vizepräsident des Kulturbundes.

Veröff. u.a.: Träume zu Asche (1995).

Kahn, Siegbert
Prof. Dr., 23.9.1909 Berlin–15.10.1976 Berlin.
Wirtschaftswissenschaftler
Goldschmied. 1928 KPD. 1933 illegale Tätigkeit; 1934–1936 Haft im Zuchthaus Brandenburg-Görden. 1938 Emigration in die ČSR, 1939 nach Großbritannien, dort 1940/41 interniert. KPD-Funktionär. 1946 Rückkehr in die SBZ. Mitarbeiter der Zentralverwaltung für Brennstoffindustrie; Fernstudium der Wirtschaftswissensch.; Promotion. 1949 Direktor des Deutschen Wirtschaftsinstituts in Ostberlin. 1965 Emeritierung. 1951 Nationalpreis.

Veröff. u.a.: Antisemitismus und Rassenhetze. Eine Übersicht über ihre Entwicklung in Deutschland (1948); USA. Die Macht der Monopole (1948); Struktur und Entwicklung der Wirtschaft in Westdeutschland nach dem zweiten Weltkrieg (1956).

Kamnitzer, Heinz (Heinrich)
Prof. Dr., geb. 10.5.1917 Berlin.
Historiker und Schriftsteller
Sohn eines Drogisten. Gymnasialbesuch in Berlin (Askan. Gymnasium). 1931 Sozialist. Schülerbund. Herbst 1933 Inhaftierung, anschließend Emigration nach Großbritannien. 1933–1935 Studium am London Polytechnic; 1935/36 in Palästina, dort KP-Mitglied; 1936 Rückkehr nach London, dort Gasthörer an der London School of Economics u. journalist. Tätigkeit, u.a. 1939/40 Chefredakteur von „Inside Nazi Germany"; 1940/41 Internierung in Kanada, danach wieder in London; dort u.a. Mitarbeit in jüd. Hilfskomitees für die UdSSR. 1946 Rückkehr in die SBZ; Studium der Philosophie in Berlin. 1947 Lehrauftrag an der Humboldt-Univ.; 1949/50 Prof. an der Landeshochschule Brandenburg in Potsdam; 1950 Dr. phil. an der Humboldt-Univ., anschließend Professur für Geschichte. 1952–1954 Direktor des Instituts für Geschichte des Deutschen Volkes u. Dekan. 1953 Mitbegründer u. Mitherausgeber der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft". 1955 Ausscheiden aus dem Lehramt u. freier Schriftsteller. 1968 Vizepräsident, 1970 Präsident des PEN-Zentrums der DDR. 1989 Rücktritt von allen Ämtern.

Veröff. u.a.: Oil and Foreign Policy (1947); Der Kampf der Partei um die Hebung des Lebensniveaus der Werktätigen (1950); Die diplomatische Vorgeschichte des 2. Weltkrieges (1952); Zur Vorgeschichte des deutschen Bauernkrieges (1953); Über Literatur und Geschichte (1955); Wider die Fremdherrschaft. Betrachtungen zur Geschichte der Befreiungskriege (1956); Erkenntnis und Bekenntnis (1958); Die deutsche Alternative (1961); Der Tod des Dichters (1974); Heimsuchung und Testament (1981).

Kantorowicz, Alfred
Prof. Dr., 12.8.1899 Berlin–27.3.1979 Hamburg.
Schriftsteller und Literaturhistoriker
Sohn eines Textilhändlers; Studium der Rechts- und Literaturwiss. in Berlin, Freiburg i. Br., München u. Erlangen; 1923 Dr. jur., Univ. Erlangen über „Die völkerrechtlichen Grundlagen des jüdischen Heims in Palästina"; Korre-

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

spondent u. a. für die „Vossische Zeitung" u. die „Frankfurter Zeitung"; Emigration: 1933 Frankreich; 1936 Spanien, dort Offizier der Internationalen Brigaden; 1938 Frankreich; 1941 USA, dort u. a. bei der CBS tätig. 1946 Rückkehr in die SBZ; 1950–1957 Prof. für Neuere deutsche Literaturgeschichte, Humboldt-Univ. Berlin. 1957 Flucht in die Bundesrepublik. Zunächst nicht als Verfolgter des NS-Regimes wegen seiner Arbeit in der DDR anerkannt. Lebte bis 1965 in München, danach in Hamburg. 1969 Thomas-Dehler-Preis.

Veröff. u. a.: In unserem Lager ist Deutschland (1936); Tschapajew, das Bataillon der 21 Nationen (1938); Verboten und verbrannt (1948); Spanisches Tagebuch (1949); Vom moralischen Gewinn der Niederlage (1949); Heinrich und Thomas Mann (1956); Deutsches Tagebuch, 2 Bde. (1959/61); Deutsche Schicksale (1964); Exil in Frankreich (1971); Politik und Literatur (1978).

Kaul, Friedrich Karl

Prof. Dr., 21.2.1906 Posen–16.4.1981 Berlin.

Jurist und Schriftsteller

Sohn eines Kaufmanns. 1925–1929 Studium der Rechtswiss. in Berlin u. Heidelberg, 1929–1933 Referendar; 1931 Dr. jur., anschließend Univ.-Assistent. 1932 KPD. 1933 Entlassung aus dem Justizdienst, anschließend Versicherungsvertreter u. Rechtskonsultant. 1935–1937 KZ Lichtenburg u. Dachau. Emigration 1937 nach Kolumbien, 1941 nach Nicaragua, dort interniert u. in die USA ausgewiesen. 1941–1945 Internierung in Camp Kennedy (Texas). 1945 Rückkehr in die SBZ. Nov. 1947 Assessorexamen, anschließend Rechtsanwalt. 1956 Hauptprozeßbevollmächtigter im KPD-Verbotsprozeß vor dem Bundesverfassungsgericht; 1964–1966 Nebenkläger im Auschwitz-Prozeß. 1962 Vizepräsident der Vereinigung Demokratischer Juristen Deutschlands. 1965 Professur und Direktor des Instituts für zeitgenössische Rechtsgeschichte an der Humboldt-Univ. Chefjustiziar des Staatl. Komitees für Rundfunk u. Fernsehen; 1975 Stellvertr. Vorsitzender der Internat. Chile-Kommission.

Veröff. u. a.: Ankläger auf der Anklagebank (1952); Der Pitaval der Weimarer Republik, 2 Bde. (1953/61); Ich fordere Freispruch (1960); Der Fall Eichmann (1963); Der Fall Herschel Grynszpan (1965); Ärzte in Auschwitz (1968); Ich klage an (1971); In Robe und Krawatte (1972); Watergate (1975).

Klemperer, Victor

Prof. Dr. Dr., 9. 10. 1881 Landsberg/Warthe–10. 2. 1960 Dresden.

Romanist und Germanist

Sohn eines Predigers der Jüd. Reformgemeinde Berlin; Studium der Germanistik u. Romanistik in München, Genf, Paris u. Berlin. 1913 Dr. phil., 1914 Habilitation (über Montesquieu) in München. 1914/15 Lektor an der Univ. Neapel; 1914–1919 Privatdozent; 1919 ao. Prof. in München; 1920 ord. Prof. für romanische Philologie an der Techn. Hochschule Dresden. 1935 Amtsenthebung durch das NS-Regime. 1945 Wiedereinsetzung in die Professur. 1945 KPD. 1948 Prof. in Greifswald u. an der Humboldt-Univ., zugleich Direktor des Romanischen Seminars an der Univ. Halle. 1953 Mitglied der Akademie der Wissenschaften; 1953–1957 Abgeordneter der Volkskammer u. Mitglied des Präsidialrates des Kulturbunds. 1950 Dr. paed. h. c., TH Dresden.

Veröff. u. a.: Die Zeitromane Friedrich Spielhagens und ihre Wurzeln (1913); Montesquieu (1914); Einführung in das Mittelfranzösische (1921); Die moderne französische Prosa 1870–1920 (1923); Die moderne französische Literatur und die deutsche Schule (1925); Die französische Literatur von Napoleon bis zur Gegenwart, 3 Bde. (1925–1931); Die romanische Literatur von der Renaissance bis zur französischen Revolution (1926); Romanische Sonderart (1926); Die moderne französische Lyrik von 1800 bis zur Gegenwart (1929); Pierre Corneille (1933); Lingua Tertii Imperii. Notizbuch eines Philologen (1947); Vor 33/nach 45. Gesammelte Aufsätze (1956); Moderne französische Lyrik. Dekadenz-Symbolismus-Neuromantik (1957).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Kofler, Leo
Prof. Dr., 26.4.1907 Chocimierz-29.7.1995 Köln.
Soziologe und Historiker
Ausbildung an der Handelsakademie Wien, Schüler Max Adlers; 1938 Emigration in die Schweiz, dort 1944 Promotion. 1947 Rückkehr in die SBZ u. Habil. 1948-1951 Prof. u. Direktor des Instituts für Historischen Materialismus, Univ. Halle. 1951 Flucht nach Westberlin, anschließend freier Schriftsteller und Lektor in der Erwachsenenbildung in Köln. 1972 Honorarprof. Univ. Bochum.

Veröff. u.a.: Die Wissenschaft von der Gesellschaft (unter Pseudonym Jules Deverité, 1944); Zur Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft (1948); Das Wesen und die Rolle der stalinistischen Bürokratie (1952); Perspektiven des revolutionären Humanismus (1954); Geschichte und Dialektik (1955); Staat, Gesellschaft und Elite zwischen Humanismus und Nihilismus (1960), Zur Theorie der modernen Literatur (1962); Der proletarische Bürger (1964); Technologische Rationalität (1971); Aggression und Gewissen (1973); Soziologie des Ideologischen (1975); Geistiger Verfall und progressive Elite (1981); Beherrscht uns die Technik? (1983); Zur Kritik der Alternativen (1983); Der moderne Konservatismus (1984); Eros, Ästhetik, Politik (1985); Aufbruch in der Sowjetunion? (1986).

Kuczynski, Jürgen
Prof. Dr. Dr., geb. 17.9.1904 Elberfeld.
Wirtschaftswissenschaftler, Historiker und Soziologe
Sohn des Statistikers Robert René Kuczynski. Gymnasialbesuch in Berlin; 1922-1925 Studium der Finanzwirtschaft, Philosophie u. Geschichte in Berlin, Heidelberg u. Erlangen; 1925 Dr. rer. pol., anschließend u.a. Studienaufenthalte in Frankreich u. den USA; 1930 KPD; 1931-1933 Wirtschaftsredakteur der „Roten Fahne"; 1933-1936 illegale Arbeit in Deutschland. 1936 Emigration nach Großbritannien, dort u.a. Mitbegründer des Freien Deutschen Kulturbundes. 1944/45 Statistiker in der US-Armee (United States Strategic Bombing Survey). 1945 Rückkehr in die SBZ, dort Präsident der Zentralverwaltung für Finanzen; 1946 Prof. für Wirtschaftsgeschichte, Humboldt-Univ. 1947-1950 Präsident der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion, nach Aussagen in seinem Buch „Dialog mit meinem Urenkel" (1983) auch wegen möglicher Zugeständnisse an den Stalinschen Antisemitismus abgesetzt. 1949-1953 Präsident des Deutschen Wirtschaftsinstituts; 1955 Ordentl. Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften, dort 1956 Gründer u. Direktor des Instituts für Wirtschaftsgeschichte; 1949-1958 Mitglied der Volkskammer. Zahlreiche weitere Funktionen und Ehrenämter. 1969 Emeritierung. Zahlreiche Ehrendoktorate.

Veröff. u.a.: Zurück zu Marx (1926); Hitler and the Empire (1936); Labour-Conditions in Western Europe (1937); Germany's Economic Position (1939); Allies Inside Germany (1942); British Trade Unionism (1943); Germany. Economics and Labour Conditions under Fascism (1945); Die Theorie der Lage der Arbeiter (1948); Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland, 2 Bde. (1949); Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges und die deutsche Sozialdemokratie (1957); Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, 40 Bde. (1960-1972); Studien zu einer Geschichte der Gesellschaftswissenschaften, 10 Bde. (1975-78); Geschichte des Alltags des deutschen Volkes, 6 Bde. (1980-85); Dialog mit meinem Urenkel (1983); Abraham Lincoln (1985); Schwierige Jahre - mit einem besseren Ende? (1990); Kurze Bilanz eines langen Lebens (1991); Probleme der Selbstkritik (1991); Ein linientreuer Dissident. Memoiren 1945-1989 (1992); Frost nach dem Tauwetter. Mein Historikerstreit (1993); Letzte Gedanken? (1995).

Landsberg, Rolf
Prof. Dr., geb. 28.2.1920 Berlin.
Chemiker
Sohn eines Architekten. Gymnasialbesuch in Berlin; 1934 Emigration nach Großbritannien; Chemiestudium in London; 1940 Internierung in Kanada, dort Eintritt in die KP Kanadas; 1944-1947 in der brit. Armee. 1947 Rückkehr in die SBZ; Dozent an der Univ. Greifswald; seit 1955 Hochschullehrer an der Techn. Hochschule Leuna-Merseburg; 1962-1964 Rektor der Hochschule, danach Prof. für physikal.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Chemie an der Humboldt-univ. Berlin 1985 Emeritierung.

Langhoff, Wolfgang
Prof. 6.10.1901 Berlin–24.8.1966 Berlin.
Schauspieler, Regisseur, Intendant
Sohn eines Kaufmanns. 1916–1918 Schiffsjunge u. Leichtmatrose, dann Statist u. erste Rollen als Schauspieler; seit 1928 am Schauspielhaus Düsseldorf; 1928 KPD; 1933/34 KZ Esterwegen; 1934 Emigration in die Schweiz, dort Schauspieler u. Regisseur am Schauspielhaus Zürich. 1945 Rückkehr nach Deutschland u. Generalintendant der Düsseldorfer Bühnen; 1946–1963 Intendant des Deutschen Theaters in Ostberlin; 1950 Enthebung von allen Parteifunktionen im Zusammenhang mit der „Affäre Field"; seit 1962 Vizepräsident der Akademie der Künste. Professorentitel.

Veröff. u. a.: Die Moorsoldaten (1935); Eine Fuhre Holz. Erzählungen (1937); Die Bewegung „Freies Deutschland" und ihre Ziele (1945).

Lappe, Rudolf
Prof. Dr., geb. 27.5.1914 Chemnitz.
Elektrotechniker
Nach Schulbesuch 1933 Emigration nach Großbritannien. 1948 Rückkehr in die SBZ. Lehr- und Forschungstätigkeit an der Techn. Hochschule Dresden, 1960 außerordentl., 1965 ordentl. Prof. Spezialgebiet: Elektronische Regelungstechnik. 1963–1967 Kandidat des ZK der SED.

Veröff. u. a.: Stromrichter (1958); Grundlagen der elektronischen Regelungstechnik (1961); Handbuch der Energiewirtschaft (Mitverfasser, 1963).

Leo, Gerhard
Geb. 8.6.1923.
Journalist
Sohn eines Rechtsanwalts. 1933 Emigration über Belgien nach Frankreich, dort Gymnasialbesuch; Studium der Germanistik in Lyon. 1943/44 im KP-Auftrag Dolmetscher an der deutschen Transportkommandantur in Lyon; März-Juni 1944 Verhaftung; nach Befreiung Mitglied der Résistance. 1945 Rückkehr nach Deutschland; Mitglied des Parteivorstandes der KPD und Redakteur ihres Zentralorgans „Freies Volk" in Düsseldorf. 1950 Vorwurf „amerikanischer Agententätigkeit" im Zusammenhang mit der „Affäre Field". 1954 Übersiedlung in die DDR u. Leiter der Hauptredaktion Gesamtdeutsche Fragen bei der Nachrichtenagentur ADN; 1959–1962 ADN- u. Rundfunkkorrespondent in Genf; 1962–1968 Chef vom Dienst bei ADN; 1968–1973 Redaktionsmitglied, danach FrankreichKorrespondent des „Neuen Deutschland". 1967 Vizepräsident der Deutsch-Französischen Gesellschaft.

Lippmann, Heinz
24.10.1921 Berlin–11.8.1974 Köln.
Parteifunktionär; Jorunalist
Volksschulbesuch u.kaufmänn. Lehre; Angestellter; nach 1933 Verfolgung durch das NS-Regime; 1944/45 KZ Auschwitz. 1945 KPD-Mitglied u. Vorsitzender des antifasch. Jugendausschusses in Thüringen; 1946–1949 Sekretär für Kultur u. Org.-Leiter der FDJ-Landesleitung Thüringen; 1946–1953 Mitglied des FDJ-Zentralrates u. 1949–1953 seines Büros sowie Sekretär für Westarbeit bzw. 2. Sekretär des FDJ-Zentralrates; 1952/53 Präsidiumsmitglied des Nationalrates der Nationalen Front u. des Staatlichen Komitees für Körperkultur und Sport. Sept. 1953 Flucht in die Bundesrep., später Mitarbeiter der Deutschen Welle in Köln.

Veröff. u. a.: Honecker (1971).

Mayer, Hans
Prof. Dr. Dr., geb. 19.3.1907 Köln.
Literaturhistoriker
Sohn eines Geschäftsmannes. Gymnasialbesuch in Köln; 1925–1929 Studium der Staats- u. Rechtswiss., Geschichte u. Philosophie in Köln, Berlin u. Bonn. 1930 Dr. jur. mit Dissertation über „Die Krise der deutschen Staatslehre"; Gerichtsreferendar; 1933 Große Jurist. Staatsprüfung. 1930/31 Mitglied der Sozialistischen Studentengruppe, Mitherausg. des „Roten Kämpfer"; 1931 SAPD; 1932–1935 KPDO. 1933–1945 Exil in Frankreich u. der Schweiz,

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

dort zeitweilig interniert. 1945 Rückkehr nach Deutschland. 1946/47. Polit. Redakteur von Radio Frankfurt; 1947/48 Dozent an der Frankfurter Akademie der Arbeit. 1948 Prof. für Literaturwiss. in Leipzig, 1963 keine Rückkehr von einer Reise in die Bundesrep. nach stalinist. Angriffen in Leipzig. 1965 Prof. für Literaturwiss. an der Techn. Univ. Hannover. 1973 Emeritierung. Gastprofessuren in vielen Teilen der Erde. Mehrere Ehrendoktorate. 1975 Honorarprof. Univ. Tübingen. Zahlreiche Auszeichnungen u. Mitgliedschaften in wiss. Gesellschaften, u. a. 1971 Mitglied der Akademie der Künste, Berlin (West).

Veröff. u. a.: Von der dritten zur vierten Republik. Geistige Strömungen in Frankreich (1945); Georg Büchner und seine Zeit (1947); Ansichten über einige neue Schriftsteller und Bücher (mit Stephan Hermlin, 1947); Literatur der Übergangszeit (1949); Schiller und die Nation (1953); Deutsche Literatur und Weltliteratur (1957); Von Lessing bis Thomas Mann (1959); Bertolt Brecht und die Tradition (1961); Zur deutschen Klassik und Romantik (1963); Deutsche Literaturkritik im 20. Jahrhundert (1965); Zur deutschen Literatur der Zeit (1967); Goethe. Ein Versuch über den Erfolg (1973); Außenseiter (1975); Ein Deutscher auf Widerruf, 2 Bde. (1982/84); Die umerzogene Literatur. Deutsche Schriftsteller und Bücher 1968–1985 (1989): Der Turm von Babel. Erinnerungen an eine Deutsche Demokratische Republik (1991); Wendezeiten (1993); Der Widerruf (1994).

Mebel, Moritz

Prof. Dr., geb. 23.2.1923 Erfurt.

Urologe und Parteifunktionär

Schulbesuch in Erfurt. 1933 Emigration in die UdSSR; Besuch der Karl-Liebknecht-Schule in Moskau, danach Studium am 1. Medizinischen Institut; 1941–1945 in der Roten Armee; 1945–1947 Offizier der Sowjetischen Militäradministration in Halle u. Merseburg; 1947–1951 Fortsetzung des Studiums in Moskau; 1951 Examen, danach Aspirantur am Zentralinstitut für ärztliche Fortbildung in Moskau, dort Promotion. 1958 Tätigkeit als Urologe in Berlin, 1961–1981 im Städtischen Krankenhaus Berlin-Friedrichshain; 1970 Prof. für Urologie an der Humboldt-Univ. (Charité). 1971 Kandidat, 1986–1989 Mitglied des ZK der SED 1973 korrespondierendes, 1975 ordentl. Mitglied der Akademie der Wissenschaften; 1983–1990 Vorsitzender des Komitees „Ärzte der DDR zur Verhütung eines Nuklearkrieges".

Meyer, Ernst Hermann

Prof. Dr. Dr., 8.12.1905 Berlin–8.10.1988 Berlin.

Komponist, Musikwissenschaftler und Parteifunktionär

Sohn eines Arztes. Gymnasialbesuch u. Musikunterricht in Berlin; 1926–1930 Studium der Musikwiss. in Berlin u. Heidelberg; 1930 Promotion zur mehrstimmigen Spielmusik des 17. Jahrhunderts. 1930 KPD. 1933 Emigration nach Großbritannien, dort u. a. Lecturer am Bedford College; 1944 Visiting Professor, Univ. Cambridge. 1948 Rückkehr in die SBZ; 1949 Prof. für Musiksoziologie an der Humboldt-Univ., ab 1951 Herausg. der Zeitschrift „Musik und Gesellschaft"; 1963 Kandidat, 1971 Mitglied des ZK der SED; 19651969 Vizepräsident der Akademie der Künste; 1965–1971 Präsident des Musikrates der DDR; zahlreiche weitere Ehrenämter u. Funktionen. 1971 Dr. h. c., Univ. Halle. Über 500 Kompositionen in verschiedensten musikalischen Gattungen.

Veröff. u. a.: Gesunkenes Kulturgut? (1930); Die mehrstimmige Spielmusik des 17. Jahrhunderts (1933); Die Lage der zeitgenössischen Musikwissenschaft (1938); Die Vorherrschaft der Instrumentalmusik im niederländischen Barock (1938); English Chamber Music (1946); Musik im Zeitgeschehen (1952); Die nationale Intonation im deutschen Volkslied (1953); Aufsätze über Musik (1957); Die Entstehung der sinfonischen Musik (1959); Kontraste-Konflikte (1979).

Meyer, Julius

Geb. 12.2.1903 Krojanke bei Schneidemühl.

Verbandsfunktionär

Volksschulbesuch, danach in der Landwirtschaft tätig. 1938–1945 Haft, u. a. in den KZ Auschwitz u. Ravensbrück. 1945 KPD; Mitarbeiter der Abteilung Opfer des Faschismus beim Magistrat von Berlin; 1947 Mitglied des Zentralvor-

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

standes der VVN; 1949 Vorsitzender der Jüd. Gemeinde von Berlin, zugleich Vertreter der Jüd. Gemeinden der SBZ im Direktorium der Arbeitsgemeinschaft Jüdischer Gemeinden in Deutschland; 1952/53 Vorsitzender des Verbandes der Jüdischen Gemeinden in der DDR; 1949–1953 Mitglied der Provisor. Volkskammer bzw. der Volkskammer. Jan. 1953 Flucht über Westberlin in die Bundesrep.: später Übersiedlung nach Brasilien; dort verstorben.

Norden, Albert

Prof., 4.12.1904 Myslowitz/Oberschlesien–30.5. 1982 Berlin.

Politiker und Publizist

Sohn eines Rabbiners. 1911–1920 Besuch des Realgymnasiums; 19211923 Tischlerlehre; 1919 Freie Sozialistische Jugend; 1920 Kommunist. Jugendverband; 1921 KPD; 1923–1933 Volontär, Redakteur u. Chefredakteur verschiedener kommunist. Zeitungen, u. a. 19311933 stellvertret. Chefredakteur der „Roten Fahne". 1933 Emigration über Dänemark nach Frankreich, 1935 in die ČSR, 1938 nach Frankreich; 1939/40 Internierung; Juni 1940 Flucht aus dem Lager Bassens bei Bordeaux; 1940 Internierung in Trinidad; 1941 Emigration in die USA. 1944 des Council for a Democtratic Germany. 1946 Rückkehr in die SBZ; 1947/48 Pressechef der Deutschen Wirtschaftskommission; 1948/49 Chefredakteur von „Deutschlands Stimme"; 1949/50 Mitglied des Deutschen Volksrates bzw. Abgeordneter der Provisor. Volkskammer; 1949–1952 Leiter der Presseabteilung des Amtes für Information; 1952 Prof. für Neuere Geschichte an der Humboldt-Univ.; 1954/55 Sekretär des Ausschusses für Deutsche Einheit (im Rang eines Staatssekretärs); 1954 Mitglied des Präsidiums des Nationalrates der Nationalen Front; 1955–1981 Mitglied u. Sekretär des ZK der SED; 1958–1981 Mitglied des Politbüros, Abgeordneter der Volkskammer, Mitglied des Präsidiums des Deutschen Friedensrates; 1977 Vizepräsident des Weltfriedensrates; 1963–1968 Leiter der Agitationskommission des ZK; 1976–1981 Mitglied des Staatsrates: Wegen schwerer Erkrankung 1981 Rückzug aus dem polit. Leben.

Veröff. u. a.: Die wahren Herren Deutschlands (Pseudonym: Hans Behrend, 1939); The Thugs of Europe (1942); The Lession of Germany (mit Gerhart Eisler u. Albert Schreiner, 1945); Lehren deutscher Geschichte (1947); So werden Kriege gemacht (1950); Zwischen Berlin und Moskau (1954); Fälscher. Zur Geschichte der deutschsowjetischen Beziehungen (1960); Die Nation und wir, 2 Bde. (1964); In Aktion für das sozialistische Vaterland (1969).

Polak, Karl

Prof. Dr. Dr., 12.12.1905 Westerstede (Oldenburg)–27.10.1963 Berlin.

Staatsrechtler und Funktionär

Sohn eines Landwirtes. 1914–1925 Besuch der Volks- u. der Oberrealschule in Oldenburg. 1925–1933 Studium der Rechts- u. Staatswissenschaften in Frankfurt/M. u. Freiburg/Br. 1932 Promotion; 1933 1. Jurist. Staatsexamen. 1933 Emigration in die UdSSR, dort u. a. im Rechtsinstitut der Akademie der Wissenschaften u. als Mitarbeiter einer Unterkommission für die Ausarbeitung der sowjet. Verfassung tätig; 1941–1945 Lehr- u. Forschungstätigkeit am Mittelasiatischen Rechtsinstitut in Taschkent; 1945 Dr. jur. (Kandidat der Wissenschaften). 1945 Rückkehr in die SBZ; ab 1946 verschiedene rechtspolit. Funktionen in der SED maßgeblich beteiligt an der Ausarbeitung der ersten Verfassung der DDR; 1949 Prof. für allgemeine Staatslehre, Staats- und Völkerrecht an der Univ. Leipzig; 1949 Mitglied der Provisor. Volkskammer, später der Volkskammer; 1960 Mitglied des Staatsrates der DDR; 1961 Mitglied der Akademie der Wissenschaften; 1963 Leiter des Institutes für staats- und rechtswissenschaftliche Forschung an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften.

Veröff. u. a.: Marxismus und Staatsrecht (1947); Die Weimarer Verfassung, ihre Errungenschaften und Mängel (1949); Die Demokratie der Arbeiter- und Bauernmacht (1957); Zur Dialektik in der Staatslehre (1963); Reden und Aufsätze (1968).

Riesenburger, Martin

Dr., 14.5.1896 Berlin–14.4.1965 Berlin.

Landesrabbiner

Sohn eines Textilverkäufers. Schulbesuch in Berlin; Studium der Zahnmedizin im 1. Weltkrieg

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

abgebrochen, später Studium an der Hochschule für die Wissenschaft des Judentums in Berlin; 1933 Prediger in der Jüd. Gemeinde u. Angestellter des Jüd. Altersheims; 1942 Inhaftierung; 1943–1945 Arbeit auf dem Gemeindefriedhof in Berlin-Weißensee. 1945 Beteiligung am Neuaufbau der Jüd. Gemeinde; 1953 Ernennung zum Gemeinderabbiner; 1961 Berufung zum Landesrabbiner; Mitarbeit im Friedensrat; Dr. h. c.

Veröff. u. a.: Also spricht dein Bruder (1958); Das Licht verlöschte nicht (1960).

Schaul, Hans

Prof. Dr., 13.12.1905 Hohensalza (Posen)–10.5. 1988 Berlin.

Jurist und Parteifunktionär

Sohn eines Kaufmanns. Studium der Rechtswissensch. Promotion; Rechtsanwalt in Berlin. 1933 Emigration nach Frankreich; 1936 Interbrigadist in Spanien; 1937 KPD. 1939 Internierung in Frankreich u. Nordafrika; 1944–1948 Exil in der UdSSR, dort Lehrer an Antifa-Schulen. 1948 Rückkehr in die SBZ u. Arbeit in der Deutschen Wirtschaftskommission; 1951 Prof. u. Prorektor an der Hochschule für Ökonomie in Berlin-Karlshorst; 1956–1972 Abteilungsleiter im ZK der SED u. Chefredakteur der Zeitschrift „Einheit"; bis 1976 ehrenamtlicher Mitarbeiter der Abteilung Internationale Verbindungen im ZK.

Schiffer, Eugen

Dr. Dr., 14.2.1860 Breslau–5.9.1954 Berlin.

Jurist und Politiker

Gymnasialbesuch in Breslau; Studium der Rechtswissenschaften in Breslau, Leipzig u. Tübingen; Dr. jur. 1880 Eintritt in den Justizdienst; 1900 Landesgerichtsrat in Magdeburg; 1906 Mitglied des Preußischen Kammergerichts; 1910 Mitglied des Oberverwaltungsgerichts. 1903 nationalliberaler Abgeordneter des Preußischen Abgeordnetenhauses; 1911 Mitglied des Reichstages; 1917 Unterstaatssekretär im Reichsschatzamt. 1919 Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei; Fraktionsvorsitzender in der Nationalversammlung u. im Reichstag; 1919/20 Reichsfinanzminister u. Vizekanzler. 1924 Austritt aus der DDP u. bis 1929 Mitglied der Liberalen Vereinigung. 1925 Rechtsanwalt u. Präsident der Verwaltungsakademie Berlin; 1925 Mitherausg. der „Deutschen Juristenzeitung". 1933–1945 polit. u. „rassisch" verfolgt; überlebt im Berliner Jüd. Krankenhaus. 1945 Mitbegründer der Liberaldemokratischen Partei u. Mitglied ihres Parteivorstandes; 1945–1948 Präsident der Deutschen Zentralverwaltung für Justiz; 1948/49 Mitglied des Deutschen Volksrates; 1949/50 Mitglied der Provisor. Volkskammer u. 1950 Vorsitzender ihres Verfassungsausschusses. 1950 Dr. jur. h. c., Univ. Halle.

Veröff. u. a.: Die deutsche Demokratie nach den Reichstagswahlen (1920); Die deutsche Justiz. Grundlagen einer durchgreifenden Reform (1928, vollständig neubearbeitete Aufl. 1949); Ein Leben für den Liberalismus (1951).

Schleifstein, Josef

Prof. Dr. Dr., 15.3.1915 Lodz–24.7.1992 Bad Homburg.

Historiker

Sohn eines Kaufmanns. 1925–1931 Besuch des Realgymnasiums u. 1931–1932 des Musikkonservatoriums in Leipzig. 1931 Kommunist. Jugendverband, 1932 KPD. 1933–1935 Inhaftierung, dann Abschiebung nach Polen, von dort Ende 1935 Emigration in die ČSR u. 1939 nach Großbritannien. Arbeit in einem Flugzeugwerk als Motorenprüfer u. im Kriegshilfsdienst. 1946 Rückkehr nach Deutschland, Mitglied des Parteivorstandes der KPD; leitende Funktionen in der Pressearbeit, u. a. 1946–1948 Redakteur der Kölner „Volksstimme". 1951 Übersiedlung in die DDR u. Dozent im marxistisch-leninistischen Grundlagenstudium an der Univ. Leipzig; 1953 Dozent am Franz-Mehring-Institut der Univ. Leipzig; 1956 Dr. phil. mit einer Arbeit über Franz Mehring. 1957 Prorektor für das gesellschaftswiss. Grundlagenstudium; 1958 Prof. u. Direktor des Instituts für Philosophie. 1963 Mitglied des ZK u. 1964 Kandidat des Politbüros der illegalen (westdeutschen) KPD. 1964 Übersiedlung in die Bundesrep. u. Mitglied des Parteivorstandes der DKP, 1969 Mitbegründer u. Leiter des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen in

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Frankfurt/M. 1990 Austritt aus der DKP, Eintritt in die PDS. 1976 Dr. h. c., Univ. Leipzig.

Veröff. u. a.: Franz Mehring. Sein marxistisches Schaffen 1891–1919 (1959); Naturwissenschaft und Philosophie (mit Gerhard Harig, 1960); Die Septemberstreiks 1969 (mit Heinz Jung u. Kurt Steinhaus, 1969); Die Frankfurter Schule im Lichte des Marxismus (mit Jörg von Heiseler u. Robert Steigerwald, 1970); Einführung in das Studium von Marx, Engels und Lenin (1972); Zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus (mit Robert Katzenstein u. a., 1973); Zur Geschichte und Strategie der Arbeiterbewegung (1975); Mythologie der „kritischen Vernunft". Zur Kritik der Erkenntnis- und Geschichtstheorie Karl R. Poppers (mit Kurt Bayertz, 1976); Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus und ihre Kritiker (mit Heinz Jung, 1979); Die „Sozialfaschismus"-These. Zu ihrem geschichtlichen Hintergrund (1980). Mitherausg. der Gesammelten Schriften von Franz Mehring u. Rosa Luxemburg.

Seghers, Anna (Netty Radványi, geb. Reiling)
Dr. Dr., 19.11.1900 Mainz–1.6.1983 Berlin.
Schriftstellerin und Verbandsfunktionärin
Tochter eines Kunsthändlers. Schulbesuch in Mainz; 1918–1924 Studium der Philologie, Geschichte, Kunstgeschichte u. Sinologie in Köln u. Heidelberg; 1924 Dr. phil mit einer Arbeit über das Bild vom Juden im Werk Rembrandts, danach freie Schriftstellerin; 1928 Mitglied der KPD u. des Bundes proletarisch-revolutionärer Schriftsteller. 1933 Gestapo-Haft, danach Emigration über die Schweiz nach Frankreich u. 1941 nach Mexiko, dort Mitherausg. der Zeitschrift „Freies Deutschland". 1947 Rückkehr in die SBZ u. Vizepräsidentin des Kulturbundes; 1950 Gründungsmitglied der Akademie der Künste u. Mitglied des Präsidiums des Weltfriedensrates; 1952–1978 Präsidentin des Schriftstellerverbandes; zahlreiche weitere Ehrenämter. 1928 KleistPreis, 1959 Dr. h. c., Univ. Jena, 1981 Ehrenbürgerin von Mainz.

Veröff. u. a.: Aufstand der Fischer von St. Barbara (1928); Die Gefährten (1932); Der Kopflohn (1933); Der Weg durch den Februar (1935); Die Rettung (1937); Das siebte Kreuz (engl. 1942, dt. 1948); Der Ausflug der toten Mädchen (1946); Transit (span. 1944, dt. 1948); Die Toten bleiben jung (1949); Die Entscheidung (1959); Das Vertrauen (1968); Über Kunstwerk und Wirklichkeit, 3 Bde. (1970/71); Gesammelte Werke in Einzelausgaben, 12 Bde. (1975–1977).

Singer, Rudolf
10.7.1915 Hamburg–1.11.1980 Berlin.
Jorunalist und Parteifunktionär
Sohn eines Angestellten. Besuch des Realgymnasiums u. Lehre als Exportkaufmann. 1932 Kommunist. Jugendverband; 1933 KPD. 1933–1935 Inhaftierung, u. a. im KZ Fuhlsbüttel. 1938 Emigration in die Schweiz, dort Mitglied der provisor. Leitung des Bundes Freies Deutschland. 1945 Rückkehr in die SBZ; journalist. Tätigkeit u. 2. Sekretär der KPD-Landesleitung Nordbayern; 1950 Chefredakteur des KPD-Zentralorgans „Freies Volk" in Düsseldorf. 1951 Übersiedlung in die DDR; 1952–1955 stellvertretender u. 1955–1963 Chefredakteur der „Freiheit" in Halle; 1956–1963 Mitglied der SED-Bezirksleitung Halle; 1963–1966 Abteilungsleiter im ZK der SED für Agitation u. stellvertretender Vorsitzender der Agitationskommission beim Politbüro; 1966–1971 Chefredakteur des „Neuen Deutschland"; 1967 Mitglied des ZK; 1971 Vorsitzender des Staatl. Rundfunkkomitees beim Ministerrat; 1971 Abgeordneter der Volkskammer.

Stamfort, Otto
Prof. Dr., 26.11.1901 Stemmen/Schaumburg-Lippe–12.4.1981 Jena.
Mathematiker und Pädagoge
Sohn eines Kaufmanns. 1922–1927 Studium der Mathematik u. Physik in Würzburg u. Göttingen, danach Lehrer; 1930 Dr. phil. an der Techn. Hochschule Braunschweig; Mitglied des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes; 1933 Entlassung aus dem Schuldienst u. Emigration nach Frankreich, dort u. a. als Feinmechaniker u. Schlosser tätig; 1943 Flucht vor der Auslieferung an die deutschen Besatzer, danach im Widerstand aktiv; nach der Befreiung Frankreichs in Toulouse Sekretär der Vereinigung der deutschen Antifaschisten u. Vizepräsident des Na-

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

tionalkomitees Freies Deutschland in Frankreich. 1946 Rückkehr nach Deutschland; Lehrer an der Oberrealschule Ludwigshafen; Landesleiter der FDJ in Rheinland-Pfalz; KPD; 1949 Übersiedlung in die SBZ; Arbeit im Volksbildungsministerium des Landes Thüringen; 1951 Studiendirektor an der Arbeiter-und-Bauern-Fakultät der Univ. Jena; 1955 Dozent, dann Prof. für Methodik des Mathematik-Unterrichtes; 1955–1961 Prorektor für Studienangelegenheiten; 1967 Emeritierung.

Veröff. u.a.: Die philosophischen und pädagogischen Grundansichten Erhard Weigels (1931).

Steinitz, Wolfgang
Prof. Dr., 28.2.1905 Breslau–21.4.1967 Berlin.
Sprachwissenschaftler und Ethnologe
Sohn eines Rechtsanwalts. Nach Schulbesuch 1923–1928 Studium der finnisch-ugrischen Sprachen u. Völkerkunde in Berlin u. Breslau; 1932 Dr. phil. 1927 KPD; 1933 Entlassung aus dem Universitätsdienst. 1934 Emigration in die UdSSR u. Prof. für Finno-Ugristik am Institut der Nordvölker in Leningrad; 1938–1945 Gastprof. an der Univ. Stockholm. 1946 Rückkehr in die SBZ und Prof. an der Humboldt-Univ. 1949 Direktor des Finnisch-Ugrischen Instituts; 1950 Dekan der Philosoph. Fakultät; 1951 Mitglied der Akademie der Wissenschaften, dort 1952 Direktor des Instituts für deutsche Volkskunde u. Abteilungsleiter am Institut für deutsche Sprache und Literatur; 1954–1958 ZK-Mitglied; 1954–1963 Vizepräsident der Akademie; mehrere Funktionen in nationalen u. internationalen wissenschaftlichen Gesellschaften.

Veröff. u.a.: Geschichte des finno-ugrischen Vokalismus (1944); Russisches Lehrbuch (1946); Geschichte des ostjakischen Vokalismus (1950); Ostjakische Grammatik und Chrestomathie (1950); Deutsche Volkslieder demokratischen Charakters aus sechs Jahrhunderten, 2 Bde. (1954/62); Geschichte des wogulischen Vokalismus (1955); Wörterbuch der deutschen Gegenwartssprache (Leiter des Arbeitsprojektes, ab 1961); Kalevala (deutsche Neubearbeitung, 1968); Ostjakologische Arbeiten, 4 Bde. (1980). Herausgeber der „Neuen Russischen Bibliothek", 50 Bde. (1946–1953).

Stern, Leo (ursprüngl. Jonas Leib)
Prof. Dr. Dr., 27.3.1901 Woloka/Galizien–2.1.1982 Halle.
Historiker
Sohn eines Rechtsanwalts. 1921–1928 Studium der Nationalökonomie, Geschichte, Staats- u. Rechtswissenschaft an der Univ. Wien; 1925 Dr. rer. pol. 1921 Sozialdemokrat; 1928–1934 Dozent an der Volkshochschule Wien; 1933 KP Österreichs; 1934 Teilnahme an den Februarkämpfen, danach Inhaftierung, u.a. im KZ Wöllersdorf. 1935 Emigration in die ČSR, 1936 in die UdSSR; 1936–1938 Interbrigadist im Span. Bürgerkrieg; 1939 Lektor für deutsche Geschichte an der Pädagog. Hochschule für Fremdsprachen in Moskau; 1940 Habil. an der Univ. Moskau; 1941–1945 Instrukteur an der Antifa-Schule in Taliza u. Offizier der Roten Armee, 1945 Oberst u. Chefdolmetscher von Marschall Tolbuchin in Wien. 1945–1949 Gastprof. an der Univ. Wien u. Direktor des Instituts für Wissenschaft und Kunst sowie Gastprof. an der Hochschule für Welthandel in Wien. 1950 Übersiedlung in die DDR; 1950 Prof. für Neuere Geschichte an der Univ. Halle; 1951–1953 Prorektor für das gesellschaftswissenschaftl. Grundstudium, 1953–1959 Rektor der Univ. Halle; 1953–1958 Mitherausg. der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft"; 1954–1960 Mitglied der SED-Bezirksleitung Halle; 1955 Mitglied u. 1963–1968 Vizepräsident der Akademie der Wissenschaften; Mitbegründer u. Vorsitzender der Historiker-Kommission DDR–UdSSR; 1968–1981 Direktor der Forschungsstelle für Akademiegeschichte an der Akademie der Wissenschaften. Mehrere Ehrendoktorate.

Veröff. u.a.: Gegenwartsaufgaben der deutschen Geschichtsforschung (1952); Zur Geschichte und wissenschaftlichen Leistung der deutschen Akademie der Naturforscher „Leopoldina" (1952); Martin Luther und Philipp Melanchthon – ihre ideologische Herkunft und geschichtliche Leistung (1953); Der Kampf der deutschen Sozialdemokratie in der Zeit des Sozialistengesetzes 1878–1890 (1956); Der Einfluß der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung (1958); Die Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Deutschland (1959); Philipp Melanchthon - Humanist, Reformator, Preaceptor Germaniae (1960) Die zwei Traditionen der deutschen Polenpolitik und die Revolution 1905-1907 im Königreich Polen (1961); Der Antikommunismus als politische Hauptdoktrin des Imperialismus (1963); Deutschland in der Feudalepoche, 3 Bde. (mit Hans-Joachim Bartmuß u.a., 1963/64); Despotie in der Karikatur. Die russische Revolution 1905-1907 im Spiegel der deutschen politischen Karikatur (1967); Die Berliner Akademie der Wissenschaften in der Zeit des Imperialismus, 2 Bde. (Hg., 1975).

Wieland, Deba

25.3.1916 Moskau-16.12.1992 Berlin.

Schulbesuch in Riga; 1932 Beitritt zum illegalen kommunist. Jugendverband, 1933 zur (illegalen) KP Lettlands. 1933 Studium der Gebrauchsgraphik in Strasbourg u. Basel; 1933 KPD; gemeinsam mit ihrem Ehemann während des Bürgerkriegs in Spanien (wo ihr Mann als Interbrigadist fiel); 1939 Emigration in die UdSSR, dort Journalistin u. Übersetzerin. 1946 Rückkehr in die SBZ; 1946-1949 Redakteurin bzw. Chefredakteurin des Sowjet. Nachrichtenbüros; 1949-1952 stellvertretende Leiterin des Amtes für Information; 1952-1977 Direktorin bzw. Generaldirektorin der Nachrichtenagentur ADN. Mehrere Ehrenämter.

Winternitz, Josef

Prof. Dr., geb. 18.2.1896 Oxford-22.3.1952 Großbritannien.

Sozialwissenschaftler und Parteifunktionär

Sohn eines Universitätsprofessors. Gymnasialbesuch in Prag; 1917-1920 Studium der Philosophie in Prag; 1920 Dr. phil. 1918 Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, 1920 KP-Mitglied. 1923 Übersiedlung nach Deutschland, dort hauptamtl. Parteifunktionen, u.a. Chefredakteur der „Internationale"; 1925 u. 1931 in Konflikten mit der Politik der KPD; 1929-1931 ZK-Mitglied; 1934 Emigration in die ČSR, dort Redakteur der „Roten Fahne"; 1939 Emigration nach Großbritannien, dort Arbeit in der KPD u. der KP der Tschechoslowakei. 1948 Rückkehr in die SBZ; 1949 Prof., Dekan der wirtschaftswiss. Fakultät der Humboldt-Univ. u. Leiter des Marx-Engels-Instituts beim Parteivorstand der SED; März 1950 Funktionsverlust wegen „ideologischer Abweichung"; 1951 Flucht nach England.

Veröff. u.a.: Die II. Internationale und ihr Erbe 1889-1929 (Pseud. J. Lenz, 1930); Die nationale Revolution der Tschechen und Slowaken und die neue ČSR (1945); United Germany or Divided Europe (1947).

Wittkowski, Margarete

Dr., 18.8.1910 Posen-20.10.1974 Singen (Baden-Württemberg).

Präsidentin der Staatsbank und Parteifunktionärin

Tochter eines Kaufmanns. Besuch eines Lyzeums u. eines Privatgymnasiums; 1929-1934 Studium der Volkswirtschaft in Berlin u. Basel; 1934 Dr. rer. pol. Engagement zunächst in der zionist. Bewegung, 1932 KPD. 1933 Emigration in die Schweiz, 1935 nach Großbritannien, dort u.a. Org-Leiter der KPD-Landesgruppe. 1945 Rückkehr in die SBZ 1946/47 Wirtschaftsredakteurin des „Neuen Deutschland!; 1948/49 Stellvertretende Leiterin der Hauptverwaltung Planung der Deutschen Wirtschaftskommission; 1949/50 Studium an der Parteihochschule u. Studienaufenthalt in der UdSSR; 1950 Vizepräsidentin, 1951-1954 Präsidentin des Verbandes Deutscher Konsumgenossenschaften; 1952-1958 u. 1963-1967 Volkskammerabgeordnete; 1954 Mitglied des ZK der SED u. 1. Stellvertreterin des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission; 1958 des "Managertums" bezichtigt; Rückstufung vom Mitglied zum Kandidaten des ZK u. nur noch einer der stellvertretenden Vorsitzenden der Plankommission; 1961-1967 Stellvertreterin des Vorsitzenden des Ministerrates für die Bereiche Handel, Versorgung und Landwirtschaft; 1963 wiederum ZK-Mitglied; 1967 Präsidentin der Deutschen Notenbank bzw. Staatsbank; 1972 Mitglied des Ministerrates. April 1974 Rücktritt von allen Ämtern aus Gesundheitsgründen. Verstarb während einer Reise.

Veröff. u.a.: Großbanken und Industrie in Deutschland 1924-1931 (1937); The Economics of Barbarism (mit Jürgen Kuczynski, 1942); Die

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

deutsch-russischen Handelsbeziehungen in den letzten 150 Jahren (mit Jürgen Kuczynski, 1947); Versorgung der Bevölkerung (1954).

Wolf, Friedrich

Dr., 23.12.1888 Neuwied–5.10.1953 Lehnitz b. Berlin

Arzt, Schriftsteller und Diplomat

Sohn eines Kaufmannes. Nach Gymnasialbesuch 1907–1913 Medizinstudium in Tübingen, Bonn u. Berlin. 1913 Dr. med mit Dissertation über „Die multiple Sklerose im Kindesalter", danach Tätigkeit u. a. als Schiffs- u. im 1. Weltkrieg als Lazarettarzt. 1918 Mitglied des Zentralen Arbeiter- und Soldatenrates Sachsen u. polit. Engagement in der USPD; ärztl. Tätigkeit in Remscheid, Hechingen u. Stuttgart. 1928 Mitglied der KPD u. des Bundes Proletarisch-Revolutionärer Schriftsteller; 1931 Verhaftung wegen angeblichen Verstoßes gegen § 218. 1933 Emigration in die UdSSR; zahlreiche Reisen, u. a. nach Frankreich (dort 1939 Internierung in Le Vernet); Presse- u. Propaganda-Arbeit; 1943 Mitbegründer des Nationalkomitees Freies Deutschland. 1945 Rückkehr in die SBZ, dort umfangreiche kulturpolit. Arbeit, u. a. 1946 Mitbegründer der DEFA u. 1948 des PEN-Zentrums Deutschland. 1949–1951 erster DDR-Botschafter in Polen; 1951/52 1. Vorsitzender der DeutschPolnischen Gesellschaft für Frieden und gute Nachbarschaft.

Veröff. u. a.: Dramen: Das bist du (1919); Kolonne Hund (1927); Cyankali. § 218 (1929); Die Matrosen von Cattaro (1930); Professor Mamlock (1934); Florisdorf (1935); Das trojanische Pferd (1937); Beaumarchais oder die Geburt des „Figaro" (1941); Thomas Müntzer (1952); Gesammelte Werke, 16 Bde. (1960–1968).

Wolf, Konrad

20.10.1925 Hechingen/Hohenzollern–7.3.1982 Berlin.

Regisseur und Verbandsfunktionär

Sohn des Schriftstellers Friedrich Wolf. Schulbesuch in Stuttgart u. nach Emigration ab 1934 in Moskau, Tschistopol u. Alma-Ata; 1942–1946 Soldat u. Offizier in der Roten Armee. 1945 erster sowjet. Stadtkommandant von Bernau; 1945/46 Korrespondent bei der „Berliner Zeitung"; 1946–1949 in der Sowjetischen Militäradministration Sachsen-Anhalt u. im Haus der Kultur der Sowjetunion in Berlin tätig. 1949–1955 Regiestudium in Moskau, danach Regisseur bei der DEFA. 1956–1960 Mitglied des Zentralrates der FDJ; 1959–1966 Vorsitzender der Gewerkschaft Kunst; 1965 Präsident der Akademie der Künste. 1981 Mitglied des ZK der SED.

Veröff. u. a.: Direkt in Kopf und Herz. Aufzeichnungen, Reden, Interviews, hg. von Anne Renk (1989). – Spielfilme u. a.: Genesung (1956); Sonnensucher (1958); Leute mit Flügeln (1960); Professor Mamlock (1961); Der kleine Prinz (1966); Ich war neunzehn (1969); Mama, ich lebe (1977; Solo Sunny (1980).

Wolf, Markus

Geb. 19.1.1923 Hechingen/Hohenzollern.

Staatsfunktionär

Sohn von Friedrich Wolf. Schulbesuch in Stuttgart u. nach Emigration ab 1934 in Moskau, danach Studium an der Hochschule für Flugzeugbau in Moskau, nach deren Evakuierung in Alma-Ata. 1942 KPD. 1942/43 Besuch der Komintern-Schule Kuschnarenkowo (bei Ufa); 1943–1945 Redakteur am „Deutschen Volkssender" in Moskau. 1945 Rückkehr in die SBZ u. Mitarbeiter am Berliner Rundfunk, u. a. als Sonderkorrespondent beim Nürnberger Prozeß; 1949–1951 1. Rat in der DDR-Mission in der UdSSR in Moskau; 1951–1986 im Ministerium für Staatssicherheit tätig, dort ab 1952 Aufbau u. Leitung der Hauptverwaltung Aufklärung; 1953 Stellvertreter des Staatssekretärs, ab 1955 Stellvertretender Minister für Staatssicherheit; 1965 Generalleutnant, 1980 Generaloberst; 1986 Ausscheiden aus dem aktiven Dienst. Seitdem freier Schriftsteller.

Veröff. u. a.: Die Troika (1989); Ich bin kein Spion (mit Irene Runge u. Uwe Stelbrink, 1990); In eigenem Auftrag. Bekenntnisse und Einsichten (1991).

Zimmering, Max

Prof., 16.11.1909 Pirna–15.9.1973 Dresden.

Schriftsteller, Hochschullehrer und Verbandsfunktionär

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Sohn eines Lehrers. Gymnasialbesuch in Dresden, ab 1930 Lehre als Schaufensterdekorateur. 1919–1928 aktiv in der jüd. Jugendbewegung (Blau-Weiß, Kadimah, Jüdischer Wanderbund); 1928 kommunist. Jugendverband u. KPD. 1933 Emigration nach Frankreich, 1934 nach Palästina, 1935 in die ČSR, 1939 nach Großbritannien, dort 1939/40 Internierung auf der Isle of Man. Publizist. Tätigkeit für zahlreiche Exilsorgane. 1946 Rückkehr in die SBZ; 1946–1952 Kulturredakteur der Zeitschrift „Zeit im Bild" in Dresden; 1956–1958 1. Sekretär des Schriftstellerverbandes; 1958–1964 Direktor des Literaturinstituts in Leipzig; seitdem freier Schriftsteller. 1963 Kandidat des ZK der SED.

Veröff. u. a.: Brand im Warenhaus (1932); So ist Palästina (Mitverfasser, 1935); Gedichte eines Internierten (1942); Und sie bewegt sich doch (1943); Der Keim des Neuen (1944); Das Jahr 1848 und unsere Dichter (1948); Im Antlitz der Zeit (1948); Martin Andersen Nexö (1952); Begegnung mit Majakowski (1955); Dresdner Tagebuch (1960); Der gekreuzigte Grischa (1969).

Zuckermann, Leo
Dr., geb. 1905
Rechtsanwalt und Staatsfunktionär
Studium der Rechtswissenschaft; Dr. jur. 1927 KPD, nach vorheriger SPD-Mitgliedschaft. 1933 Emigration nach Frankreich, dort wahrscheinlich Mitglied im Beirat des Hochkommissars des Völkerbundes für die Flüchtlinge aus Deutschland; journalist. Tätigkeit, u. a. für das „Pariser Tageblatt" (Pseud. Leo Lambert); 1939 Internierung; 1941 Emigration nach Mexiko, dort publizist. Arbeit, u. a. für die „Demokratische Post". 1947 Rückkehr in die SBZ; 1949 Leiter der Präsidialkanzlei im Rang eines Staatssekretärs; 1952 Direktor des Instituts für Rechtswissenschaft in Potsdam-Babelsberg; nach Angriffen auf ihn im Zusammenhang mit dem Slánský-Prozeß Flucht in die Bundesrepublik; später Auswanderung nach Mexiko.

Zweig, Arnold
Dr., 10.11.1887 Glogau/Niederschlesien–26.11. 1968 Berlin.
Schriftsteller und Verbandsfunktionär
Sohn eines Sattlermeisters. 1907–1914 Studium der Germanistik, Philosophie u. Psychologie in Breslau, München, Berlin u. Rostock. 1914–1918 Soldat, anschließend Studium der Soziologie in Tübingen. 1923 Mitarbeiter der „Jüdischen Rundschau" in Berlin; 1929/30 1. Vorsitzender des Schutzverbandes Deutscher Schriftsteller. 1933 Emigration nach Palästina; 1942/43 Herausgeber der Zeitschrift „Orient". 1948 Rückkehr in die SBZ. 1949–1967 Abgeordneter der Provisorischen Volkskammer bzw. der Volkskammer; 1950–1957 Präsident der Akademie der Künste, danach Vizepräsident, ab 1957 Ehrenpräsident; 1957 Präsident des Deutschen PEN-Zentrums Ost und West; 1949–1963 Vizepräsident des Kulturbundes, danach Ehrenpräsident. 1915 Kleist-Preis.

Veröff. u. a.: Novellen um Claudia (1912); Ritualmord in Ungarn (Drama, 1915); Der Streit um den Sergeanten Grischa (1928); Junge Frau von 1914 (1931); De Vriendt kehrt heim (1932); Bilanz der deutschen Judenheit (1933/34); Erziehung vor Verdun (1935); Einsetzung eines Königs (1937); Das Beil von Wandsbeck (hebr. 1943, deutsch 1947); Die Feuerpause (1954); Verklungene Tage (1955); Die Zeit ist reif (1957); Traum ist teuer (1962).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

3. Abkürzungsverzeichnis

aal	asien - afrika - lateinamerika (Berlin)
ADN	Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst
AJDC	American Joint Distribution Committee (vgl. Joint)
BZA	Berliner Zeitung am Abend (Berlin)
BzG	Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (Berlin)
CBS	Columbia Broadcasting System
ČSR	Tschechoslowakische Republik
DEFA	Deutsche Film-Aktiengesellschaft
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DVZ	Deutsche Volkszeitung (Berlin)
FDJ	Freie Deutsche Jugend
IVVdN	Interessenverband der Verfolgten des Naziregimes
IWK	Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz (Berlin)
Jewsekzija	Jüdische Sektion der KP Rußlands (Bolschewiki)
Joint	American Joint Distribution Committee (vgl. AJDC)
KGB	Komitee für Staatssicherheit (der UdSSR)
KP	Kommunistische Partei
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPDO	Kommunistische Partei Deutschlands-Opposition
KPdSU (B)	Kommunistische Partei der Sowjetunion (Bolschewiki)
KPÖ	Kommunistische Partei Österreichs
LPD	Liberal-Demokratische Partei
Maki	Kommunistische Partei Israels
MEW	Marx-Engels-Werke (Berlin)
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MWD	Ministerium für Innere Angelegenheiten der (UdSSR)
ND	Neues Deutschland
NDP	National-Demokratische Partei
NKFD	Nationalkomitee Freies Deutschland
NÖP	Neue Ökonomische Politik
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
OdF	Opfer des Faschismus
OSS	Office of Strategic Services
PLO	Palestine Liberation Organisation
PV	Parteivorstand (der SED)

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Rakach	Neue Kommunistische Liste (Israels)
Rias	Rundfunk im Amerikanischen Sektor
SAPD	Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands
SAPMO-BArch	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SDS	Sozialistischer Deutscher Studentenbund
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
Sopade	Sozialdemokratische Partei Deutschlands (exilierter Parteivorstand)
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
UNSCOP	United Nations Special Committee on Palestine
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VVN	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
YIVO	Jewish Institute of Research
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
ZK	Zentralkomitee
ZPA	Zentrales Parteiarchiv
ZPKK	Zentrale Parteikontrollkommission

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

4. Quellen- und Literaturverzeichnis

1. Archivalische Quellen

Bundesarchiv Koblenz, Abteilungen Potsdam
Ministerrat der DDR, Amt für Kirchenfragen: Verband der Jüdischen Gemeinden in der DDR, Aktenzeichen 04/1333
Bundesarchiv Koblenz, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Zentrales Parteiarchiv, Berlin
IV 2/2/5: Politbürositzung vom 22.2.1949
IV 2/4/108ff.: Zentrale Parteikontrollkommission
IV 2027/29–31: Sekretariat H(elmut) Lehmann u. a.
IV 2/2028: Büro Prof. Albert Norden
IV 2/20/363: Internationale Verbindungen
IV A 2/14/33: Kirchenfragen
IV A 2/902/43: Bereich Agitation
V 278/2/139: Generalsekretariat VVN (Hochschulgruppen)
J IV 2/3/8: Sitzung des Kleinen Sekretariats vom 28.2.1949
2/11/v. 1142: Jakob Walcher (u. a.)
NL 70/1: Nachlaß Lex Ende
NL 90/550: Bestand Otto Grotewohl
NL 102/27: Bestand Paul Merker
NL 182/750–51, 931: Bestand Walter Ulbricht
Harvard University, School of Divinity, Cambridge, Massachusetts
Paul Tillich Correspondence
Hoover Institution on War, Revolution and Peace, Stanford, California
Karl Frank Collection
Louis Lochner Collection
William Sander Collection
Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden
SED-Archiv, Bestand A/2017
Stiftung Archiv der Akademie der Künste Berlin
Nachlaß Arnold Zweig:
Erklärung vom 9.9.1967 (Nr. 2514)

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

2. Zeitungen und Zeitschriften

a) Vor 1945:

Freies Deutschland, Mexico, D.F., Jg. 1944
Neue Zeitung, München, 23.12.1923
Die Rote Fahne, Berlin, 05.07.1923; 29.04. u. 07.09.1932
Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung, Basel, Nr. 8, 07.04.1933; Nr. 11, 28.04.1933; Nr. 57, 24.11.1938; Nr. 9, 12.04.1939
Vorwärts Berlin, 22.08.1923

b) 1945–1967:

Deutsche Volkszeitung, Berlin 03.07. und 25.09.1945
Friedenspost, Berlin, 1950, Nr. 37
Nachrichtenblatt des Verbandes der Jüdischen Gemeinden in der DDR, Berlin, Jg. 1961–1967
Neues Deutschland, Berlin, Jg. 1946–1967
Notes. Soviet Affairs, Washington, D.C., Nr. 145, 2 March 1953
Tägliche Rundschau, Berlin, 10.11.1948

3. Gedruckte Quellen und Literatur

Abdel-Malek, Anouar: Agypten: Militärgesellschaft, Frankfurt a. M. 1971
Abendroth, Wolfgang: Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie, 3. Aufl., Mainz 1974
A bis Z. Ein Taschen- und Nachschlagebuch über den anderen Teil Deutschlands, Bonn 1969
Abosch, Heinz (Hg.): Der israelisch-arabische Konflikt. Eine Dokumentation, Darmstadt 1969
Abusch, Alexander: Der Irrweg einer Nation, Berlin 1945
ders.: Mit offenem Visier. Memoiren II, Berlin 1986
Die Afrika-, Nahost- und Asienwissenschaften in Leipzig. Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig. Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe, 1985, Nr. 6
Allilujewa, Swetlana: Zwanzig Briefe an einen Freund, Wien 1967
Améry, Jean: Widersprüche, Stuttgart 1971
Antisemitismus in Westdeutschland. Judenfeinde und Judenmörder im Herrschaftsapparat der Bundesrepublik. Eine Dokumentation der Verbandes der Jüdischen Gemeinden in der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin (Ost) 1967
Antonow-Owsejenko, Anton: Stalin-Porträt einer Tyrannei, München 1983
Aronson, I. Michael: Troubled Waters. The Origins of the 1881 Anti-Jewish Progroms in Russia, Pittsburgh 1990
Ausschuß für Deutsche Einheit: Eichmann - Henker, Handlanger, Hintermänner, Berlin (Ost) 1961
ders. (Hg.): Globke und die Ausrottung der Juden. Über die verbrecherische Vergangenheit des Staatssekretärs im Amt des Bundeskanzlers Adenauer, Berlin (Ost) o. J.
B.; M.: The Trotskyists in Vorkuta Prison Camp, in: Tariq Ali (Hg.): The Stalinist Legacy. Its Impact on 20th Century World Politics, Harmondsworth 1984, S. 187–196
Bankier, David: The German Communist Party and Nazi Antisemitism, 1933–1938, in: Leo Baeck Institute, Yearbook XXXII, London 1987, S. 325–340
Barkai, Avraham: Vom Boykott zur „Entjudung". Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933–1943, Frankfurt a. M. 1987
Bator, Angelika und Wolfgang (Hg.): Die DDR und die arabischen Staaten. Dokumente 1956–1982, Berlin (Ost) 1984
Bauer, Leo: „Die Partei hat immer recht", in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 27, 04.07.1956, S. 405–413
Beinin, Joel: Was the Red Flag Flying There? Marxist Politics and the Arab-Israeli Conflict in Egypt and Israel, 1948–1965, Berkeley/Los Angeles 1990

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Benser, Günter: Die SED zwischen Massenpartei und Kaderpartei neuen Typs 1946–1948, in: Dietmar Keller u. a. (Hg.): Ansichten zur Geschichte der DDR I, Berlin/Bonn 1993, S. 81–98

Berard-Zarycka, Ewa: Ehrenburg in Post-War USSR, in: Soviet Jewish Affairs, 1987, Nr. 1, S. 44–50

Berger, Christel: Traditionen der DDR-Literatur. Gewissensfrage Antifaschismus. Analysen, Interpretationen, Interessen, Berlin 1990

Bergmann, Theodor: Wirtschaftliche und soziale Probleme im Nahen Osten, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 1967, Nr. 7, S. 385–391

ders.: Gewissenserforschung im Nahost-Konflikt, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 1968, Nr. 8, S. 462–466

ders.: Des Zwischenfeld der Arbeiterbewegung zwischen SPD und KPD 1928–1933, in: Manfred Scharrer (Hg.), Kampflose Kapitulation. Arbeiterbewegung 1933, Reinbek b. Hamburg 1984, S. 162–182

ders.: „Gegen den Strom". Die Geschichte der Kommunistischen Partei-Opposition, Hamburg 1987

ders./Mario Keßler (Hg.): Aufstieg und Zerfall der Komintern. Studien zur Geschichte ihrer Transformation (1919–1943), Mainz 1992

ders./Mario Keßler (Hg.): Ketzer im Kommunismus - Alternativen zum Stalinismus, Mainz 1993

Bergmann, Werner/Rainer Erb/ Albert Lichtblau (Hg.): Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt a. M./New York 1995

Bericht über die Verhandlungen des IX. Parteitages der KPD (7. bis 10. April 1924), Berlin 1924

Bering, Dietz: Von der Notwendigkeit politischer Beleidigungsprozesse - der Beginn der Auseinandersetzungen zwischen Polizeipräsident Bernhard Weiß und der NSDAP, in: Grab/Schoeps (Hg.), Juden in der Weimarer Republik, S. 305–329

Bieber, Hans-Joachim: Zur bürgerlichen Geschichtsschreibung und Publizistik über Antisemitismus, Zionismus und den Staat Israel, in: Das Argument, 1972, Nr. 75 (Sonderband), S. 231–274

Bienas, Maria: Begegnung mit Edith Stein, Leipzig 1963

Bier, Jean-Paul: Auschwitz et les nouvelles littératures allemandes, Bruxelles 1979

Bloch, Charles: Paul Levi - ein Symbol der Tragödie des Linkssozialismus in der Weimarer Republik, in: Grab/Schoeps (Hg.), Juden in der Weimarer Republik, S. 244–262

Bloch, Ernst u. a.: Frieden im Nahen Osten. Zum arabisch-israelischen Konflikt, Frankfurt a. Main 1967

Botting, Douglas: From the Ruins of the Reich. Germany 1945–1949, New York 1986

Brandt, Heinz: Ein Traum, der nicht entführbar ist. Mein Weg zwischen Ost und West, München 1967 (Neuauflage 1983)

Brankov, Lazar: Ein Augenzeugenbericht zum Rajk-Prozeß, in: Maderthaner u. a. (Hg.), „Ich habe den Tod verdient", S. 33–36

Brehmer, Herbert: Antisemitismus im Geheimdienst, in: Zwie-Gespräch. Beiträge zur Aufarbeitung der Stasi-Vergangenheit, 1991, Nr. 3, S. 25–28

Broder, Henryk: Antizionismus-Antisemitismus von links?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 24, 12.06.1976, S. 31–46

ders.: Linker Antisemitismus?, in: Karlheinz Schneider/Nikolaus Simon (Hg.), Solidarität und deutsche Geschichte. Die Linke zwischen Antisemitismus und Israelkritik, Berlin (West) 1984, S. 21–60

Brossat, Alain/Sonia Combe/Jean-Charles Szurek: Le génocide vu de l'Est (URSS, RDA, Pologne), in: Yannis Thanassekos/Heinz Wissmann (Hg.): Révision de l'histoire. Totalitarismes, crimes et génocides nazis, Paris 1990, S. 223–250

Bruno, F. (Bruno Frei): Der Jud' ist schuld, in: Die Internationale, 1937, Nr. 7/8, S. 48–56

Brzezinski, Zbigniew: Der Sowjetblock, Köln/Berlin (West) 1962

Buchladen Georgi Dimitroff (Hg.): 39 ehemalige Nazis in wichtigen Positionen der revisionistischen DDR der 60er Jahre, Frankfurt a. M. (1992)

Budeiri, Musa: The Palestine Communist Party 1919–1948. Arab and Jew in the Struggle for Internationalism, London 1979

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Bunzl, John: Klassenkampf in der Diaspora. Zur Geschichte der jüdischen Arbeiterbewegung, Wien 1975
ders. u. a.: Falscher Alarm? Studien zur sowjetischen Nahostpolitik, Wien 1985
Burgauer, Erica: Zwischen Erinnerung und Verdrängung. Juden in Deutschland nach 1945, Reinbek b. Hamburg 1992
Bussard, Frank: Süße Frucht, bittere Frucht Palästina, in: Die Weltbühne, 1949, Nr. 6, S. 202–208
Carlebach, Julius: Karl Marx and the Radical Critique of Judaism, London/Boston/Henley 1978
Caute, David: the Fellow-Travellers. Intellectual Friends of Communism, New Haven/London 1988
Černy, Jochen (Hg.): Wer war wer – DDR. Ein biographisches Lexikon, 2. Aufl., Berlin 1992
Ciolkosz, Adam: „Anti-Zionism" in Polish Communist Party Politics, in: Wistrich (Hg.), The Left against Zion, S. 137–152
Claussen, Detlev: Im Hause des Henkers, in: D. Wetzel (Hg.), Die Verlängerung von Geschichte, S. 103–112
ders.: Ein kategorischer Imperativ. Die politische Linke und ihr Verhältnis zum Staat Israel, in: Micha Brumlik u. a. (Hg.), Jüdisches Leben in Deutschland seit 1945, Frankfurt a. M. 1986, S. 230–242
Combe, Sonja: Mémoire colléctive et histoire officielle: Le passé nazi en RDA, in: Esprit, 1987, Nr. 10, S. 112–125
Communist Party of Palestine: Memorandum to the United Nations Organisation on the Problem of Palestine, 7 February 1947, o. O.
diess.: Memorandum to the United Nations Special Committee on Palestine, 5 July 1947, o. O.
Czichon, Eberhard: Der Primat der Industrie im Kartell der nationalsozialistischen Macht, in: Das Argument, 1968, Nr. 47, S. 168–192
Dadiani, L. Ja.: Kritika ideologii i politiki social-sionizma, Moskau 1986
Dallin, David J./Boris I. Nicolaevsky: Forced Labor in Soviet Russia, New Haven/London 1947
Danyel, Jürgen: Vom schwierigen Umgang mit der Schuld. Die Deutschen in der DDR und der Nationalsozialismus, in: ZfG, 1992, Nr. 10, S. 915–928
ders. (Hg.): Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten, Berlin 1995
ders./Olaf Groehler/Mario Keßler: Antifaschismus und Verdrängung. Zum Umgang mit der NS-Vergangenheit in der DDR, in: Kocka/Sabrow (Hg.), Die DDR als Geschichte, S. 148–152
Danziger, Carl Jakob: Die Partei hat immer recht, Stuttgart 1976
Dekrety sovetskoj vlasti, Bd. 3, Moskau 1964
Der deutsche Imperialismus und der Zweite Weltkrieg, 5 Bde., Berlin (Ost) 1960–1962
Deutsche, Linke, Juden. Ästhetik und Kommunikation, Nr. 51, Juni 1983
Deutscher, Isaac: Trotzki, Bd. 3: Der verstoßene Prophet 1929–1940, 2. Aufl., Stuttgart 1972
ders.: Die ungelöste Judenfrage. Zur Dialektik von Antisemitismus und Zionismus, Berlin (West) 1977
ders.: Stalin. Eine politische Biographie, Berlin 1990
Deutschkron, Inge: Israel und die Deutschen. Zwischen Ressentiment und Ratio, Köln 1970
Dieckmann, Cornelia/Mario Keßler: Right-Wing Extremism and Anti-Semitism after the Transformation: The Case of the New German States, in: Jan Hancil/Michael Chase (Hg.), Anti-Semitism in Post-Totalitarian Europe, Prague 1993, S. 259–271
Diedrich, Torsten: Der 17. Juni 1953 in der DDR. Bewaffnete Gewalt gegen das Volk, Berlin 1991
Dirks, Walter: Noch einmal: Christen und Juden, in: Frankfurter Hefte, 1946, Nr. 7, S. 583–584
Dittmar, Peter: Die DDR und Israel: Ambivalenz einer Nicht-Beziehung, in: Deutschland Archiv, 1977, Nr. 7, S. 737–754; Nr. 8, S. 848–861
Dohle, Horst: Die Stellung der evangelischen Kirche in Deutschland zum Antisemitismus und zur Judenverfolgung zwischen 1933 und 1945. Phil. Diss., Humboldt-Universität, Berlin (Ost) 1963
Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. II–IV, Berlin (Ost) 1952–1954
Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, Bd. 1, Berlin (Ost) 1959

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. V, Berlin (Ost) 1958
Dornberg, John: Deutschlands andere Hälfte. Profil und Charakter der DDR, München 1970
Drobisch, Klaus/Rudi Goguel/Werner Müller (unter Mitwirkung von Horst Dohle): Juden unterm Hakenkreuz. Verfolgung und Ausrottung der deutschen Juden 1933–1945, Berlin (Ost) 1973
Duhnke, Horst: Die KPD von 1933 bis 1945, Köln 1972
Edinger, Lewis J.: Sozialdemokratie und Nationalsozialismus. Der Parteivorstand der SPD im Exil von 1933–1945, Hannover/Frankfurt a. M. 1960
Eggebrecht, Axel (Hg.): Die zornigen alten Männer. Gedanken über Deutschland seit 1945, Reinbek b. Hamburg 1982
Ehrenburg, Ilja: Menschen, Jahre, Leben. Memoiren, Bd. 3 u. 4, Berlin (Ost) 1978–1990
Eichholtz, Dietrich/Kurt Gossweiler: Noch einmal: Politik und Wirtschaft 1933–1945, in: Das Argument, Nr 47, 1968, S. 210–227
Der Eichmann-Prozeß und die Eichmänner in Westdeutschland, Berlin (Ost) 1961
Einstein, Albert: Out of my Later Years, New York 1950
Elias, Hugo: Konsequenzen der israelischen Staatsgründung, in: Die Weltbühne, 1949, Nr. 18, S. 619–622
Elon, Amos: In einem heimgesuchten Land, München 1966
Eloni, Jehuda: Die zionistische Bewegung in Deutschland und die SPD 1897–1918, in: Grab (Hg.), Juden und jüdische Aspekte ..., S. 85–112
Engels, Friedrich: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, in: MEW, Bd. 20, Berlin (Ost) 1962, S. 1–303
ders: Über den Antisemitismus (Aus einem Brief nach Wien), in: MEW, Bd. 22, Berlin (Ost) 1963, S. 49–51
Eschwege, Helmut (Hg.): Kennzeichen J. Bilder, Dokumente, Berichte zur Geschichte der Verbrechen des Hitlerfaschismus an den deutschen Juden 1933–1945, Berlin (Ost) 1966
ders.: Die jüdische Bevölkerung der Jahre nach der Kapitulation Hitlerdeutschlands auf dem Gebiet der DDR bis zum Jahre 1953, in: Schoeps (Hg.), Juden in der DDR, S. 63–100
ders.: Die erneute Vertreibung der Juden. Voller Angst verließ 1952/53 ein Drittel der jüdischen Gemeindemitglieder die DDR, in: Leipziger Volkszeitung, 21./22.07.1990
ders.: Fremd unter meinesgleichen. Erinnerungen eines Dresdner Juden, Berlin 1991
ders.: Auswirkungen des Stalinismus auf die Juden der DDR von 1949 bis 1957, in: Weber/Staritz (Hg.), Kommunisten verfolgen Kommunisten, S. 507–521
Etkind, Efim: Sind Sie glücklich in Paris?, in: Karl Corino (Hg.), Autoren im Exil, Frankfurt a. M. 1981, S. 157–165
Faschismus-Ghetto-Massenmord. Dokumentation über Ausrottung und Widerstand der Juden in Polen während des zweiten Weltkriegs, Berlin (Ost) 1960
Fejtö, Francois: Judentum und Kommunismus. Antisemitismus in Osteuropa, Wien/Frankfurt a. M./Zürich 1967
Feuchtwanger, Lion: Moskau 1937. Ein Reisebericht für meine Freunde, Neuausg., Berlin 1993
Fink, Heinrich (Hg.): Stärker als die Angst. Die sechs Millionen, die keinen Retter fanden, Berlin (Ost) 1968
Flechtheim, Ossip K.: Die KPD in der Weimarer Republik, Neuausg., Frankfurt a. M. 1976
Flocken, Jan von/Michael Klonowsky (Hg.): Stalins Lager in Deutschland 1945–1950. Dokumentation, Zeugenberichte, München 1994
Foitzik, Jan: Zwischen den Fronten. Zur Politik, Organisation und Funktion linker politischer Kleinorganisationen im Widerstand 1933 bis 1939/40 unter besonderer Berücksichtigung des Exils, Bonn 1986
Frank, Pierre: Geschichte der Kommunistischen Internationale 1919–1943, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1981
Freyberg, Jutta von u. a.: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, 3. Aufl., Köln 1989

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Fricke, Karl Wilhelm: Die SED und die Juden, in: SBZ-Archiv, 1965, Nr. 23, S. 355–357
ders.: Warten auf Gerechtigkeit. Kommunistische Säuberungen und Rehabilitierungen. Bericht und Dokumentation, Köln 1971
Friedländer, Saul: Kitsch und Tod. Der Widerschein des Nazismus, München 1986
Friedrich, Thomas: „Welch eine Kraft es gab, als Stalin sprach". Personenkult und SED, Mainz 1992
Funke, Hajo: Die andere Erinnerung. Gespräche mit jüdischen Wissenschaftlern im Exil, Frankfurt a. M. 1989
Gabert, Josef/Lutz Prieß (Hg.): SED und Stalinismus. Dokumente aus dem Jahre 1956, Berlin 1990
Genin, I. A.: Palestinskaja Problema, Moskau 1948
Genschel, Helmut: Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich, Göttingen 1966
Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5, Berlin (Ost) 1966
Giordano, Ralph: Die Zweite Schuld oder Von der Last, Deutscher zu sein, Hamburg 1987
Glasneck, Johannes/Angelika Timm: Israel. Die Geschichte des Staates seit seiner Gründung, Bonn/Berlin 1992
Gleissberg, Gerhard: SPD und Gesellschaftssystem. Aktualität der Programmdiskussion 1934–1946. Dokumente und Kommentar, Frankfurt a. M. 1973
Globke – der Bürokrat des Todes, Berlin (Ost) o. J.
Görschler, Henry: Rassen, Rassentheorie und imperialistische Politik, Berlin (Ost) 1961
ders.: Die revolutionäre Arbeiterbewegung und ihr Verhältnis zum Antisemitismus, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität. Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe, 1965, Nr. 3, S. 539–551
Goldenbogen, Nora: „Säuberungen" und Antisemitismus in Sachsen (1949–1953), in: Keßler (Hg.), Arbeiterbewegung und Antisemitismus, S. 121–128
Goldmann, Nahum: Mein Leben als deutscher Jude, Frankfurt a. M./Berlin(West)/Wien 1983
Gossweiler, Kurt: Aus dem Arsenal des Kalten Krieges, in: Konkret, 1992, Nr. 8, S. 46–50
Grab, Walter (Hg.): Juden und jüdische Aspekte in der deutschen Arbeiterbewegung 1848–1918, Tel-Aviv 1977
ders./Julius H. Schoeps (Hg.): Juden in der Weimarer Republik, Stuttgart/Bonn 1986
ders.: Sozialpropheten und Sündenböcke. Juden in der deutschen Arbeiterbewegung 1840–1933, in: Schoeps (Hg.), Juden als Träger bürgerlicher Kultur ..., S. 357–378
ders.: Der deutsche Weg der Judenemanzipation 1789–1933, München/Zürich 1991
ders.: Gefahren des deutschen Nationalismus, in: Europäische Gespräche, 1992, Nr. 82, S. 33–37
Greilsammer, Alain: Les communistes israeliens, Paris 1978
Groehler, Olaf: „Aber sie haben nicht gekämpft", in: Konkret, 1992, Nr. 5, S. 38–44
ders.: Erblasten: Der Umgang mit dem Holocaust in der DDR, in: Hanno Loewy (Hg.), Holocaust: Die Grenzen des Verstehens. Eine Debatte über die Besetzung der Geschichte, Reinbek b. Hamburg 1992, S. 110–127
ders.: Die Diskussion um die Judenverfolgung in SBZ und DDR, in: Keßler (Hg.), Arbeiterbewegung und Antisemitismus, S. 79–85
ders.: Integration und Ausgrenzung von NS-Opfern. Zur Anerkennungs- und Entschädigungsdebatte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, in: Kocka (Hg.), Historische DDR-Forschung, S. 105–127
ders.: SED, VVN und Juden in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (1945–1949), in: Wolfgang Benz (Hg.), Jahrbuch für Antisemitismusforschung 3, Frankfurt a. M. 1994, S. 281–302
ders./Ulrich Herbert: Zweierlei Bewältigung. Vier Beiträge über den Umgang mit der NS-Vergangenheit in den beiden deutschen Staaten, Hamburg 1992
ders./Mario Keßler: Die SED-Politik, der Antifaschismus und die Juden in der SBZ und der frühen DDR. Hefte zur ddr-Geschichte, Nr. 26, Berlin 1995
Hacker, Jens: Deutsche Irrtümer. Schönfärber und Helfershelfer der SED-Diktatur im Westen, Berlin 1992

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Hamburger, Ernst: Juden im öffentlichen Leben Deutschlands. Regierungsmitglieder, Beamte und Parlamentarier in der monarchistischen Zeit 1948–1918, Tübingen 1968

Harich, Wolfgang: Die Tragödie der Juden, in: Die Weltbühne, 1948, Nr. 24, S. 691–696

Harsch, Donna: Der Sklarek-Skandal 1929 und die sozialdemokratische Reaktion, in: Heid/Paucker (Hg.), Juden und deutsche Arbeiterbewegung ..., S. 193–213

Hartewig, Karin: Das „Gedächtnis" der Partei. Biographische und andere Bestände im Zentralen Parteiarchiv der SED in der „Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv", in: Hermann Weber u. a. (Hg.), Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1993, Berlin 1993, S. 312–323

dies.: Jüdische Kommunisten in der DDR und ihr Verhältnis zu Israel, in: Schwanitz (Hg.), Jenseits der Legenden, S. 123–136

Hartmann, Karl-Heinz: Das Dritte Reich in der DDR-Literatur. Stationen erzählter Vergangenheit, in: Hans Wagner (Hg.), Gegenwartsliteratur und Drittes Reich. Deutsche Autoren in der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, Stuttgart 1977, S. 307–328

Heenen, Susann: Deutsche Linke, linke Juden und der Zionismus, in: D. Wetzel (Hg.), Die Verlängerung von Geschichte, S. 103–112

Heid, Ludger/Arnold Paucker (Hg.): Juden und deutsche Arbeiterbewegung bis 1933. Soziale Utopien und religiös-kulturelle Traditionen, Tübingen 1992

Heller, Otto: Der Untergang des Judentums. Die Judenfrage/Ihre Kritik/Ihre Lösung durch den Sozialismus, 2. Aufl., Berlin/Wien 1933

Henke, Hans-Gerd: Der „Jude" als Kollektivsymbol in der deutschen Sozialdemokratie 1890–1914, Mainz 1994

Herbst, Andreas: „Ich werde über alles unterrichten". Wer war Heinz Brandt? Anmerkungen zum Lebensweg eines Sozialisten zwischen Ost und West, in: ND, 15.11.1994

ders./Winfried Zanke/Jürgen Winkler: So funktionierte die DDR, Bd. 3; Lexikon der Funktionäre, Reinbek b. Hamburg 1994

Herf, Jeffrey: The „Holocaust" Reception in West Germany: Right, Center and Left, in: Anson Rabinbach/Jack Zipes (Hg.), Germans and Jews since the Holocaust. The Changing Situation in West Germany, New York 1986, S. 208–233

ders.: Antisemitismus in der SED, Geheime Dokumente zum Fall Paul Merker aus SED- und MfS-Archiven, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 1994, Nr. 4, S. 635–667

ders.: East German Communists and the Jewish Question: the Case of Paul Merker, in: Journal of Contemporary History, 1994, Nr. 4, S. 627–661

ders.: Der Geheimprozeß, in: Die Zeit, Nr. 41, 07.10.1994

Herzberg, Guntolf: Ernst Bloch in Leipzig. Der operative Vorgang „Wild", in: ZfG, 1994, Nr. 8, S. 677–693

ders./Klaus Meier (Hg.): Karrieremuster. Wissenschaftlerporträts, Berlin 1992

Herzig, Arno: The Role of Antisemitism in the Early Years of the German Workers' Movement, in: Leo Baeck Institute, Yearbook XXVI, London 1981, S. 243–259

ders.: Judenhaß und Antisemitismus bei den Unterschichten und in der frühen Arbeiterbewegung, in: Heid/Paucker (Hg.), Juden und deutsche Arbeiterbewegung ..., S. 1–18

Heyden, Ulrich: Säuberungen in der KPD 1948 bis 1951, in: Maderthaner u. a. (Hg.), „Ich habe den Tod verdient", S. 139–158

Heymann, Stefan: Marxismus und Rassenfrage, Berlin 1948

Hodos, Georg Hermann: Schauprozesse. Stalinistische Säuberungen in Osteuropa 1948–54, Berlin 1990

Hollstein, Walter: Kein Frieden in Israel. Zur Sozialgeschichte des Palästina-Konflikts, 5. Aufl., Bonn 1977

IG Farben, Auschwitz, Massenmord. Über die Blutschuld der IG Farben, Berlin (Ost) o. J.

Im Feuer vergangen. Tagebücher aus dem Ghetto, 2. Aufl., Berlin (Ost) 1959

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Institut für Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (Hg.): In den Fängen des NKWD. Deutsche Opfer des stalinistischen Terrors in der UdSSR, Berlin 1991
Jacobmeyer, Wolfgang: Jüdische Überlebende als „Displaced Persons", in: Geschichte und Gesellschaft, 1983, Nr. 3, S. 421–452
ders.: Vom Zwangsarbeiter zum heimatlosen Ausländer. Die Displaced Persons in Westdeutschland 1945–1951, Göttingen 1985
Jacobs, Jack L.: Kautsky on the Jewish Question. PhD. Thesis, Columbia University, New York 1983
ders.: Sozialisten und die „jüdische Frage" nach Marx, Mainz 1994
Jacobus, Hans: Träume zu Asche?, Berlin (1995)
Jäckel, Eberhard: Hitlers Herrschaft. Vollzug einer Weltanschauung, Stuttgart 1986
Jahnke, Karl-Heinz: „... ich bin nie ein Parteifeind gewesen". Der tragische Weg der Kommunisten Fritz und Lydia Sperling, Berlin/Bonn 1993
Jarmatz, Klaus/Simone Barck/Peter Diezel: Exil in der UdSSR, Leipzig 1979 (2. Aufl. in zwei Bänden 1989)
Jochmann, Werner: Struktur und Funktion des deutschen Antisemitismus 1878–1914, in: Herbert A. Strauss/Norbert Kampe (Hg.) Antisemitismus. Von der Judenfeindschaft zum Holocaust, Bonn 1985, S. 99–142
... der Jud' ist schuld? Diskussionsbuch über die Judenfrage, Basel/Berlin/Leipzig/Wien 1932
Kahn, Siegbert: Antisemitismus und Rassenhetze. Übersicht über ihre Entwicklung in Deutschland, Berlin 1948
ders.: Dokumente des Kampfes der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung gegen Antisemitismus und Judenverfolgung, in: BzG, 1960, Nr. 3, S. 552–564
Kaminski, Andrzej J.: Konzentrationslager 1896 bis heute. Geschichte, Funktion, Typologie, München/Zürich 1990
Kan, Alexander: Rezension zu: Wolfgang Ruge, Stalinismus. Eine Sackgasse im Labyrinth der Geschichte, in: IWK, 1991, Nr. 4, S. 515–517
ders.: Nikolai Bucharin und die skandinavische Arbeiterbewegung, Mainz 1993
Kantorowicz, Alfred: Deutsches Tagebuch. Zweiter Teil, Berlin (West) 1979
Kaplan, Karel: Die politischen Prozesse in der Tschechoslowakei 1948–1954, München 1986
Katcher, Leo: Post Mortem. The Jews in Germany-Now, London 1968
Kaul, Friedrich Karl: Der Fall Eichmann, Berlin (Ost) 1963
ders.: Der Fall Herschel Grynszpan, Berlin (Ost) 1965
ders.: Ärzte in Auschwitz, Berlin (Ost) 1968
Kautsky, Karl: Rasse und Judentum, 2. Aufl., Stuttgart 1921
Keller, Fritz: Die KPÖ und die Schauprozesse in Osteuropa 1948 bis 1953, in: Maderthaner u. a. (Hg.), „Ich habe den Tod verdient", S. 199–218
Keßler, Mario: Leo Trotzkis Haltung zum Zionismus und zur Palästinafrage, in: Martin Robbe (Hg.), Palästina-Sehnsucht und Machtpolitik. Geschichte, Strukturen und Perspektiven eines Konfliktes, Berlin 1990, S. 65–72
ders.: Die Last der Vergangenheit. Der Stalinismus in KPD und SED, in: Sozialismus, 1991, Nr. 2, S. 18–22
ders.: Stalinismus und Antisemitismus. Zu einem bitteren Problem in der Geschichte des Sozialismus, in: Sozialismus, 1991, Nr. 4, S. 32–38
ders.: Die Komintern und die jüdische Frage, in: Th. Bergmann/Keßler (Hg.), Aufstieg und Zerfall der Komintern, S. 202–224
ders.: Die Linke und Israel, in: Sozialismus, 1992, Nr. 3, S. 55
ders.: Walter Grab über die Judenemanzipation in Deutschland, in: Utopie kreativ, 1992, Nr. 17/18, S. 82–84
ders.: Der Stalinsche Terror gegen jüdische Kommunisten 1937/1938, in: Weber/Staritz (Hg.), Kommunisten verfolgen Kommunisten, S. 87–102

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

ders.(Hg.), Arbeiterbewegung und Antisemitismus. Entwicklungslinien im 20. Jahrhundert, Bonn 1993
ders.: Antisemitismus, Zionismus und Sozialismus. Arbeiterbewegung und jüdische Frage im 20. Jahrhundert, Mainz 1993, 2. Aufl. 1994
ders.: Zwischen Repression und Toleranz. Die SED-Politik und die Juden (1949–1967), in: Kocka (Hg.), Historische DDR-Forschung, S. 149–167
ders.: Zionismus und internationale Arbeiterbewegung 1897–1933, Berlin 1994
ders.: Die kommunistische Linke und die Weimarer Republik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 32–33/94, 12.08.1994, S. 20–30
ders./Yvonne Thron: Entscheidung für den Stalinismus? Die Bolschewisierung in KPD und Komintern, in: Der Stalinismus in der KPD und SED, S. 19–28
ders.: Arbeiterbewegung und Antisemitismus im deutschen Kaiserreich und in der Weimarer Republik, in: Avgust Lešnik u. a. (Hg.), The Crisis of the Social Ideas. Essays in Honour to Professor Marjan Britovsek, Ljubljana (im Druck)
ders.: Schuld, Verantwortung und Restitution. KPD, SED und die Juden in der Sowjetischen Besatzungszone 1945–1949, in: Wladislaw Hedeler/Mario Keßler/Gert Schäfer (Hg.), Ausblicke auf das vergangene Jahrhundert. Zur Politik der internationalen Arbeiterbewegung, Hamburg (im Druck)
Kießling, Wolfgang: Exil in Lateinamerika, Leipzig 1980
ders.: Die Anklage war absurd: das war kein Spion!, in: Junge Welt, 02.02.1990
ders.: Im Widerstreit mit Moskau. Paul Merker und die Bewegung „Freies Deutschland" in Mexiko, in: BzG, 1992, Nr. 3, S. 29–42
ders.: „Fleischvergiftung". Der Fall Rudolf Feistmann, in: ND, 01.12.1992
ders.: Paul Merker und der „Sozialismus der dummen Kerls", in: ND, 01.12.1992
ders.: „Ich werde mich nicht selbst bezichtigen". Paul Merker in der Zelle 36 des MfS-Gefängnisses Berlin-Hohenschönhausen, aufgenommen vom Kammeragenten Erwin, in: ND, 30.11.1993
ders.: Laßt euch nicht von jedem ins Fuchsloch jagen. Vor 100 Jahren wurde Paul Merker geboren. Sein Verständnis von Demokratie und Eigenverantwortung deutscher Kommunisten, in: ND, 01.02.1994
ders.: Partner im Narrenparadies. Der Freundeskreis um Noel Field und Paul Merker, Berlin 1994
ders.: Paul Merker in den Fängen der Sicherheitsorgane Stalins und Ulbrichts. Hefte zur ddr-Geschichte, Nr. 25, Berlin 1995
Kleßmann, Christoph: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955, 4. Aufl. Göttingen 1986 (5. Aufl. 1991)
Kloke, Martin W.: Israel und die deutsche Linke. Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses, Frankfurt a. M. 1990
ders.: Und (k)ein bißchen weiser ...? Westdeutschlands Linke im Konflikt um Israel, in: Ralph Giordano (Hg.), Deutschland und Israel: Solidarität in der Bewährung. Bilanz und Perspektive der deutsch-israelischen Beziehungen, Gerlingen 1992, S. 127–136
Knütter, Hans-Helmuth: Die Juden und die deutsche Linke in der Weimarer Republik 1918–1933, Düsseldorf 1971
Kocka, Jürgen: Neubeginn oder Restauration?, in: Carola Stern/Heinrich August Winkler (Hg.), Wendepunkte deutscher Geschichte, erw. Neuausg., Frankfurt a. M. 1994, S. 159–192
ders.(Hg.): Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien, Berlin 1993
ders./Martin Sabrow (Hg.): Die DDR als Geschichte. Fragen – Hypothesen – Perspektiven, Berlin 1994
Koenen, Gerd/Karla Hielscher: Die schwarze Front. Der neue Antisemitismus in der Sowjetunion, Reinbek b. Hamburg 1991
Königseder, Angelika/Juliane Wetzel: Lebensmut im Wartesaal. Die jüdischen DPs (Displaced Persons) im Nachkriegsdeutschland, Frankfurt a. M. 1995
Kogon, Eugen: Christen und Juden, in: Frankfurter Hefte, 1946, Nr. 6, S. 6–8
ders.: Juden und Nichtjuden in Deutschland, in: Frankfurter Hefte, 1949, Nr. 9, S. 726–729
Kopelew, Lew: Im Willen zur Wahrheit. Analysen und Einsprüche, Frankfurt a. M. 1984
Korrekt und ohne Tadel. Porträt eines Massenmörders, Berlin (Ost) 1961

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Krauss, Werner: Über marxistische Abweichungen in älterer und jüngerer Zeit, in: Einheit, 1947, Nr. 3, S. 253–259; Nr. 4, S. 356–365
Krüger, Horst (Hg.): Das Ende einer Utopie. Hingabe und Selbstbefreiung früherer Kommunisten, Olten/Freiburg i. Br. 1963
Krüger-Potratz, Marianne: Anderssein gab es nicht. Ausländer und Minderheiten in der DDR, Münster/New York 1991
Kuczynski, Jürgen: Die Barbararei – extremster Ausdruck der Monopolherrschaft in Deutschland, in: ZfG, 1961, Nr. 7, S. 1484–1508
ders.: Wo wäre das anders gewesen?, in: Konkret, 1992, Nr. 8, S. 44–46
Küchler, Stefan: Die Darstellung der jüdischen Gemeinde im Geschichtsbild und den Geschichtsbüchern der ehemaligen DDR, Manuskript, o. O. (1994)
Kühnrich, Heinz: Der KZ-Staat, Berlin (Ost) 1960
ders.: Judenmörder Eichmann. Kein Fall für die Vergangenheit, Berlin (Ost) 1961
Kwiet, Konrad: Historians of the German Democratic Republic on Antisemitism and Persecution, in: Leo Baeck Institute, Yearbook XXI, London 1976, S. 173–198
ders.: Judenverfolgung und Judenvernichtung im Dritten Reich. Ein historiographischer Überblick, in: Dan Diner (Hg.), Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit, Frankfurt a. M. 1987, S. 237–264
Lamberti, Marjorie: Liberals, Socialists and the Defense against Antisemitism in the Wilhelminian Period, in: Leo Baeck Institute, Yearbook XXV, London 1980, S. 147–162
Landmann, Michael: Das Israelpseudos der Pseudolinken, Berlin (West) 1971
Lang, Jochen von: Erich Mielke. Eine deutsche Karriere, Berlin 1991
Langbein, Hermann: Der Ausschwitz-Prozeß. Dokumentation, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1965
Langermann, Martina: Zur Geschichte der Edition und Adaption Franz Kafkas in der DDR (1962 – 1966), in: Kocka (Hg.), Historische DDR-Forschung, S. 345–359
Laqueur, Walter: Nahost – vor dem Sturm. Die Vorgeschichte des Sechstagekrieges im Juni 1967, Frankfurt a. M. 1968
Lemke, Michael: Der Nahe Osten, Indien und die Grotewohlreise im Januar 1959. Zur Anerkennungspolitik der DDR in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre, in: aal, 1993, Nr. 6, S. 1027–1042
Lendvai, Paul: Antisemitismus ohne Juden. Entwicklungen und Tendenzen in Osteuropa, Wien 1972
Leo, Anette: Antifaschismus und Kalter Krieg, in: Mythos Antifaschismus. Ein Traditionskabinett wird kommentiert, Berlin 1992, S. 143–153
Leuschen-Seppel, Rosemarie: Sozialdemokratie und Antisemitismus im Kaiserreich. Die Auseinandersetzung der Partei mit den konservativen und völkischen Strömungen des Antisemitismus (1871–1914), Bonn 1978
Lewan, Kenneth M.: Der Nahostkrieg in der westdeutschen Presse, Köln 1970
Lewis, Flora: Bauer im roten Spiel. Das Leben des Noel H. Field, Frankfurt a. M./Berlin (West) 1965
Lichtenstein, Heiner: Nicht auf gepackten Koffern sitzend, in: Tribüne, 1991, Nr. 117, S. 116–125
Link, Werner (Hg.): Mit dem Gesicht nach Deutschland. Eine Dokumentation über die sozialdemokratische Emigration, Düsseldorf 1968
Löbl, Eugen/Dušan Pokorny: Die Revolution rehabilitiert ihre Kinder. Hinter die Kulissen des Slánsky-Prozesses, Wien 1968
Loeser, Franz: Die unglaubwürdige Gesellschaft. Quo vadis, DDR?, Köln 1984
ders.: Antisemitismus in der DDR, in: Kontinent, 1989, Nr. 2, S. 50–54
Loest, Erich: Durch die Erde ein Riß. Ein Lebenslauf, Leipzig 1990
London, Arthur: Ich gestehe. Der Prozeß um Rudolf Slánsky, Neuausg., Berlin 1991
Lorenzen, Jan N.: Die Haltung der DDR zum Suez-Krieg. Das Jahr 1956 als Zäsur in der Nahost-Politik der DDR, in: Deutschland Archiv, 1995, Nr. 3, S. 278–285
Loth, Wilfried: Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte, Berlin 1994
Luckij, V. B.: Palestinskaja Problema, Moskau 1946

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Ludwig, Ester: Die Leipziger Jüdische Gemeinde und der Prager Slánsky-Prozeß, in: Sächsische Heimatblätter, 1993, Nr. 6, S. 336–342
Lust, Peter: Two Germanies. Mirror of an Age, Montreal 1966
Lustiger, Arno: Schalom Libertad! Juden im spanischen Bürgerkrieg, Frankfurt a. M. 1989
Maas, Liselotte: „Unerschüttert bleibt mein Vertrauen in den guten Kern unseres Volkes". Der Kommunist Paul Merker und die Exil-Diskussion um Deutschlands Schuld, Verantwortung und Zukunft, in: Thomas Koebner u. a. (Hg.), Deutschland nach Hitler. Zukunftspläne im Exil und aus der Besatzungszeit 1939–1949, Köln 1987, S. 181–189
dies.: Paul Merker und die Exildiskussion um Deutschlands Schuld, Verantwortung und Zukunft, in: BzG, 1990, Nr. 2, S. 153–160
Maderthaner, Wolfgang/Hans Schafranek/Berthold Unfried (Hg.): „Ich habe den Tod verdient". Schauprozesse und politische Verfolgung in Mittel- und Osteuropa 1945–1956, Wien 1991
Malycha, Andreas: Die Vereinigung von SPD und KPD und die Stalinisierung der SED, in: Der Stalinismus in der KPD und SED, S. 51–58
ders./Wladislaw Hedeler: Die Stalinisierung der SED, Mainz 1991
Mammach, Klaus: Die KPD und die deutsche antifaschistische Widerstandsbewegung 1933–1939, Berlin (Ost) 1974
Maor, Harry: Über den Wiederaufbau der Jüdischen Gemeinden in Deutschland seit 1945. Phil. Diss., Universität Mainz 1961
Margolina, Sonja: Das Ende der Lügen. Rußland und die Juden im 20. Jahrhundert, Berlin 1992
Mark, Bernard: Der Aufstand im Warschauer Ghetto, 3. Aufl., Berlin (Ost) 1960
Marx, Henry: „Der Krieg ist aus, die Rebellen sind wieder unsere Landsleute", in: Holger Becker/Volker Külow (Hg.), Zeugen der Zeitgeschichte, Berlin 1994, S. 119–130
Marx, Karl: Zur Judenfrage, in: MEW, Bd. 1, Berlin (Ost) 1961, S. 347–377
Maser, Peter: Juden und Jüdische Gemeinden in der DDR bis in das Jahr 1988, in: Shulamit Volkov/Frank Stern (Hg.), Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 1991, Gerlingen 1991, S. 393–426
ders.: Juden und Jüdische Gemeinden in der Innenpolitik der DDR, in: W. Bergmann u. a. (Hg.), Schwieriges Erbe, S. 339–368
Maser, Werner: Helmut Kohl. Der deutsche Kanzler, aktualisierte Ausg., Frankfurt a. M./Berlin 1993
Mason, Tim: Der Primat der Politik-Politik und Wirtschaft im Nationalsozialismus, in: Das Argument, 1966, Nr. 41, S. 473–494
ders.: Primat der Industrie – Eine Erwiderung, in: Das Argument, 1968, Nr. 47, S. 139–209
ders.: Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936–1939, Opladen 1975
Massiczek, Albert: Der menschliche Mensch. Karl Marx' jüdischer Humanismus, Wien 1968
Massing, Paul: Vorgeschichte des politischen Antisemitismus, Neuausg., Frankfurt a. M. 1985
Medwedew, Roy: Die Wahrheit ist unsere Stärke. Geschichte und Folgen des Stalinismus, Frankfurt a. M., 1973
Meier, Kurt: Kirche und Judentum. Die Haltung der evangelischen Kirche zur Judenpolitik des Dritten Reiches, Halle 1968
Mellenthin, Knut: Paul Merker und die Juden, in: Arbeiterkampf, Nr. 343, 03.07.1992
Mendelsohn, Ezra: The Jewish Socialist Movement and the Second International: The Struggle for Recognition (1889–1914). in: Jewish Social Studies, 1964, Nr. 3, S. 131–146
Merchav, Peretz: Die israelische Linke. Zionismus und Arbeiterbewegung in der Geschichte Israels, Frankfurt a. M. 1972
Merker, Margarethe: Der Kampf in Palästina, in: Die Weltbühne, 1948, Nr. 23, S. 652–656
Merker, Paul: Deutschland – Sein oder Nichtsein, 2 Bde., Mexico, D. F. 1944/45
ders.: Der neue Staat des jüdischen Volkes entsteht, in: Die Weltbühne, 1948, Nr. 5/6, S. 110–116

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Merrit, Richard L.: Politics of Judaism in East Germany, Manuskript, o. O. (1988)
Mertens, Lothar: Schwindende Minorität. Das Judentum in der DDR, in: Schoeps (Hg.), Juden in der DDR, S. 125–159
Mlynář, Zdeněk: Die Vorstellungen der KPTsch im Jahre 1968 zur Entwicklung des sozialistischen Systems, in: Th. Bergmann/Keßler (Hg.), Ketzer im Kommunismus, S. 339–354
Mohrmann, Walter: Antisemitismus. Ideologie und Geschichte im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Berlin (Ost) 1972
Morsey, Rudolf: Mit dem Gesicht nach Deutschland. Eine Dokumentation über die sozialdemokratische Emigration, Düsseldorf 1968
Müller, Kurt: Ein historisches Dokument aus dem Jahre 1956, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11/90, 09.03.1990, S. 16–29
Muhlen, Norbert: The Survivors. A Report on the Jews in Germany Today, New York 1962
Naimark, Norman M.: the Russians in Germany. A History of the Soviet Zone of Occupation 1945 - 1949, Cambridge 1995 (im Druck)
„Neues Deutschland" and Israel: A Diary of East German Reactions, in: Wistrich (Hg.), The Left against Zion, S. 114–136
Niekisch, Ernst: Deutsche Daseinsverfehlung, Berlin 1946
Niemann, Heinz u. a.: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1917–1945, Berlin (Ost) 1982
Offenberg, Mario: Kommunismus in Palästina. Nation und Klasse in der antikolonialen Revolution, Meisenheim am Glan 1975
Osers, Jan: Die Spezifik des Slánsky-Prozesses in der BCSR im Vergleich mit den übrigen Schauprozessen, in: Weber/Staritz (Hg.), Kommunisten verfolgen Kommunisten, S. 459–469
Ostow, Robin: Jüdisches Leben in der DDR, Frankfurt a. M. 1988
Otto, Wilfriede: Antizionismus - übergestülptes Feindbild und antisemitische Haltung, in: Keßler (Hg.), Arbeiterbewegung und Antisemitismus, S. 95–119
Pätzold, Kurt (Hg.): Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung. Dokumente des faschistischen Antisemitismus 1933 bis 1942, Leipzig 1983
Paucker, Arnold: Jüdischer Widerstand in Deutschland, Berlin (West) 1989
Pelikan, Jiří (Hg.): Das unterdrückte Dossier. Bericht der Kommission des ZK der KPTsch über politische Prozesse und „Rehabilitierungen" in der Tschechoslowakei 1949–1968, Wien 1970
Peukert, Detlev J. K.: Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde. Anpassung, Ausmerze und Aufbegehren unter dem Nationalsozialismus, Köln 1982
Phillips, Ann L.: Soviet Policy Towards East Germany Reconsidered: The Postwar Decade, New York/Westport, CT/London 1986
Pieck, Wilhelm: Reden und Aufsätze. Auswahl aus den Jahren 1908–1950, Bd. 1, Berlin (Ost) 1950
Pohle, Fritz: Das mexikanische Exil. Ein Beitrag zur Geschichte der politisch-kulturellen Emigration aus Deutschland (1937–1946), Stuttgart 1986
Poliakov, Léon: Vom Antizionismus zum Antisemitismus, Freiburg i. Br. 1992
Prinz, Michael/Rainer Zitelmann (Hg.), Nationalsozialismus und Modernisierung, 2. Aufl., Darmstadt 1994
Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Köln a. Rh. vom 22. bis 29. Oktober 1893, Berlin 1893
Pulzer, Peter G. J.: Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867–1914, Gütersloh 1966
Ragg, Albrecht: The German Socialist Emigration in the United States. PhD. Thesis, The Loyala University of Chicago 1977
Rapoport, Louis: Hammer, Sichel, Davidstern. Judenverfolgung in der Sowjetunion, Berlin 1992
Remmele, Hermann: Sowjetstern oder Hakenkreuz. Die Rettung Deutschlands aus der Young-Sklaverei und Kapitalistenherrschaft, Berlin (1930)
Renger, Reinhard (Hg.): Die deutsche „Linke" und der Staat Israel, Leipzig 1994

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Richarz, Monika: Kultur, jüdische, in: Kulturpolitisches Wörterbuch Bundesrepublik Deutschland/ Deutsche Demokratische Republik im Vergleich, Stuttgart 1984, Sp. 347–352
Richter, Hans Werner (Hg.): Die Mauer oder Der 13. August, Reinbek b. Hamburg 1961
Riemer, Jehuda: Nach dem Zusammenbruch: Fritz Naphtali im Briefwechsel 1933–34, in: International Review of Social History, 1982, Nr. 3, S. 324–356
ders.: Also spricht dein Bruder, Berlin (Ost) 1958
Riesenburger, Martin: Das Licht verlöschte nicht, Berlin (Ost) 1960 (erw. Aufl. 1984)
Robbe, Martin: Scheidewege in Nahost. Der Nahostkonflikt in Vergangenheit und Gegenwart, Berlin (Ost) 1982
Rodinson, Maxime: Peuple juif ou problème juif?, Paris 1981
ders.: Israel and the Arabs, enlarged ed., Harmondsworth 1982
Röder, Werner: Die deutschen sozialdemokratischen Exilgruppen in Großbritannien 1940–1945. Ein Beitrag zur Geschichte des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus, Hannover 1968
ders./Herbert A. Strauss (Hg.): Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, 3 Bde., München 1980
Rojahn, Jürgen (Hg.): The Communist International and its National Sections, 1919–1943, Bern (im Druck)
Rolnikaite, Mascha: Mein Tagebuch, Berlin (Ost) 1967
Rosenberg, Arthur: Geschichte der Weimarer Republik, Neuausg., Hamburg 1991
Roßmann, Gerhard u. a.: Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschland. Abriß, Berlin (Ost) 1978
Rürup, Reinhard: Emanzipation und Antisemitismus. Studien zur „Judenfrage" in der bürgerlichen Gesellschaft, Göttingen 1975
ders.: Sozialismus und Antisemitismus in Deutschland vor 1914, in: Grab (Hg.), Juden und jüdische Aspekte ..., S. 203–225
Ruge, Wolfgang: Stalinismus. Eine Sackgasse im Labyrinth der Geschichte, Berlin 1991
Schafranek, Hans: Zwischen NKWD und Gestapo. Die Auslieferung deutscher und österreichischer Antifaschisten aus der Sowjetunion an Nazideutschland 1937–1941, Frankfurt a. M. 1991
Schenk, Heinz: Jewish Citizens and their Religious Communities in the GDR, in: GDR Review, 1965, Nr. 9, S. 7–9
Schiller, Dieter (Hg.): Alltag, Widerstand und jüdisches Schicksal. Aspekte der Auseinandersetzung mit dem Dritten Reich in der literarischen Öffentlichkeit der SBZ und frühen DDR, in: W. Bergmann u. a. (Hg.), Schwieriges Erbe, S. 393–407
Schleier, Hans: Die bürgerliche deutsche Geschichtsschreibung der Weimarer Republik, Berlin (Ost) 1975
ders./Gustav Seeber: Zur Entwicklung und Rolle des Antisemitismus in Deutschland von 1871–1914, in: ZfG, 1961, Nr. 7, S. 1592–1597
Schmidt, Walter: Jüdisches Erbe deutscher Geschichte im Erbe- und Traditionsverständnis der DDR, in: ZfG, 1989, Nr. 8, S. 692–714
Schnitzler, Karl-Eduard von: Und wieder: „Die Juden sind schuld ...", in: Die Weltbühne, 1949, Nr. 3, S. 86–88
Schönaich, Freiherr von: Das Palästina-Problem, in: Die Weltbühne, 1947, Nr. 21, S. 920–921
Schoeps, Julius H. (Hg.): Juden in der DDR. Geschichte – Probleme – Perspektiven, Duisburg 1988
ders. (Hg.): Juden als Träger bürgerlicher Kultur in Deutschland, Stuttgart/Bonn 1989
Scholem, Gershom: Judaica I, Frankfurt a. M. 1963
Schüler, Thomas: Das Wiedergutmachungsgesetz vom 14. September 1945, in: Wolfgang Benz (Hg.), Jahrbuch für Antisemitismusforschung 2, Frankfurt a. M./New York 1993, S. 118–138
Schulze, Hagen (Hg.): Anpassung oder Widerstand? Aus den Akten des Parteivorstandes der deutschen Sozialdemokratie 1932/33, Bonn 1974

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Schwanitz, Wolfgang: SED-Politik als Chefsache. Die ZK-Abteilung Internationale Verbindungen 1946–1970 sowie die Nachlässe von Otto Grotewohl und Walter Ulbricht, in: aal, 1993, Nr. 1, S. 63–90

ders.: „Israel ja, Zionismus nein". Zum Israel-Bild in SED-Akten über Arabien (1948–1968), in: Keßler (Hg.), Arbeiterbewegung und Antisemitismus, S. 129–164

Schwarz, Salomon M.: The Jews in the Soviet Union, new ed., New York 1972

Seydel, Heinz (Hg.): Welch Wort in die Kälte gerufen. Die Judenverfolgung des 3. Reiches im deutschen Gedicht, Berlin (Ost) 1968

VII. (Siebenter) Weltkongreß der Kommunistischen Internationale. Referate und Resolutionen, Berlin (Ost) 1975

Silberner, Edmund: Sozialisten zur Judenfrage. Ein Beitrag zur Geschichte des Sozialismus vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis 1914, Berlin (West) 1962

ders.: Kommunisten zur Judenfrage. Zur Geschichte von Theorie und Praxis des Kommunismus, Opladen 1983

Šiška, Miroslav: „Verschwörer, Spione, Staatsfeinde ...". Politische Prozessse in der Tschechoslowakei 1948–1954, Berlin 1991

Solschenizyn, Alexander: Der Archipel Gulag, Bd. 2, Bern 1975

SS im Einsatz. Eine Dokumentation über die Verbrechen der SS, 3. Aufl., Berlin (Ost) 1960

Stadler, Karl: Opfer verlorener Zeiten. Geschichte der Schutzbund-Emigration 1934, Wien 1974

Der Stalinismus in der KPD und SED. Wurzeln, Wirkungen, Folgen, Berlin 1991

Staritz, Dietrich: Von der „Schande der Judenprogrome" zur „zionistischen Diversionsarbeit". Judenverfolgung und Antisemitismus in der Wahrnehmung der KPD, in: Th. Bergmann u.a. (Hg.), Schwieriges Erbe, S. 212–235

Steiner, Helmut: Zur politisch-ökonomischen Kritik des „real existierenden Sozialismus". Ein Musterfall – Fritz Behrens, in: Der Stalinismus in der KPD und SED, S. 93–98

Steininger, Peter (Hg.): Der Nürnberger Prozeß. Aus den Protokollen und Materialien des Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, 2 Bde., Berlin (Ost) 1962

Stern, Carola: Porträt einer bolschewistischen Partei, Köln 1957

Sternhell, Zeev: La droite révolutionnaire 1885–1914. Les origines francaises du Fascisme, Paris 1978

Stillmann, Günter: Berlin-Palästina und zurück, Berlin (Ost) 1989

Stulz-Herrnstadt, Nadja (Hg.): Das Herrnstadt-Dokument. Das Politbüro der SED und die Geschichte des 17. Juni 1953, Reinbek b. Hamburg 1990

Syré, Ludger: Isaac Deutscher – Marxist, Publizist, Historiker. Sein Leben und Werk 1907–1967, Hamburg 1984

Szász, Béla: Freiwillige für den Galgen. Die Geschichte eines Schauprozesses, Leipzig 1991

Das Tagebuch des David Rubinowicz, Berlin (Ost) 1961

Thalheimer, August: Die Potsdamer Beschlüsse. Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg, 2. Aufl., o. O. 1950

ders.: Westblock – Ostblock. Welt- und Deutschlandpolitik nach dem 2. Weltkrieg, hg. von der Gruppe Arbeiterpolitik, o. O. 1992

Thieleck, Karl-Heinz (Hg.): Fall 5. Anklageplädoyer, ausgewählte Dokumente. Urteil des Flick-Prozesses mit einer Studie über die „Arisierungen" des Flick-Konzerns, Berlin (Ost) 1965

Thompson, Jerry E.: Jews, Zionism and Israel: The Story of the Jews in the German Democratic Republic since 1945. PhD. Thesis, Washington State University, Pullman, Wash. 1978

Timm, Angelika: Der Streit um Restitution und Wiedergutmachung in der Sowjetische Besatzungszone Deutschlands, in: Babylon. Beiträge zur jüdischen Gegenwart, 1992, Nr. 10/11, S. 125–138

dies.: Die DDR, die Schoah und der offizielle Antizionismus, in: Keßler (Hg.), Arbeiterbewegung und Antisemitismus, S. 65–77

dies.: DDR – Israel: Anatomie eines gestörten Verhältnisses, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 4/93, 22.01.1993, S. 46–54

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Traverso, Enzo: Die Juden und Deutschland. Auschwitz und die „jüdisch-deutsche Symbiose", Berlin 1993
ders.: Die Marxisten und die jüdische Frage. Geschichte einer Debatte (1843-1943), Mainz 1995
Trotzki, Leo: Themidor und Antisemitismus, in: Iring Fetscher (Hg.): Marxisten gegen Antisemitismus, Hamburg 1974, S. 179-190
ders.: The Stalin School of Falsification, New York 1979
ders.: Verratene Revolution. Was ist die Sowjetunion und wohin treibt sie?, Essen 1990
Ulbricht, Walter: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen, Bd. II: 1933-1946, Zusatzband, Berlin (Ost) 1966
ders.: Antwort auf aktuelle Fragen, Berlin (Ost) 1967
ders.: Reden und Aufsätze, Hamburg 1968
Unger, Manfred: Die „Endlösung" in Leipzig. Dokumente zur Geschichte der Judenverfolgung 1933-1945, in: ZfG, 1963, Nr. 5, S. 941-957
Vatolina, L. N.: Palestinskaja problema, in: Mirovoje chozjaistvo i mirovaja ekonomika, 1947, Nr. 12, S. 63-77
Verbeek, Georgi: Marxism, Antisemitim and the Holocaust, in: Leo Baeck Institute, Yearbook XXXV, London 1990, S. 385-396
ders.: Coming to Terms with the Past: Historical Self-Perception in the GDR and in Unified Germany. Paper delivered at the IVth Conference of the GDR Studies Association. The Johns Hopkins University, Washington, D. C., 12-15 November 1992
Verhandlungen und Beschlüsse des Internationalen Arbeiter-Kongresses zu Brüssel (16. - 22. August 1891), Berlin 1893
Vetter, Matthias: Antisemiten und Bolschewiki. Zum Verhältnis von Sowjetsystem und Judenfeindschaft 1917-1939, Berlin 1995
Vogel, Rolf (Hg.): Deutschlands Weg nach Israel, Stuttgart 1967
Vogt, Ernst: Israel-Kritik von links. Dokumentation einer Entwicklung, Wuppertal 1976
Voigt, Klaus (Hg.): Friedenssicherung und europäische Einigung. Ideen des deutschen Exils 1939-1945, Frankfurt a. M. 1988
Vollnhals, Clemens (Hg.): Die evangelische Kirche nach dem Zusammenbruch. Berichte ausländischer Beobachter aus dem Jahre 1945, Göttingen 1988
Waksberg, Arkadi: Die Verfolgten Stalins. Aus den Verliesen des KGB, Reinbek b. Hamburg 1993
Walichnowski, Tadeusz: Israel und die Bundesrepublik, Warschau 1968 (poln.: Waszawa 1967)
Wallach, Erica: Licht um Mitternacht. Fünf Jahre in der Welt der Verfemten, München 1969
Weber, Hermann: Von der SBZ zur DDR, 2 Bde., Hannover 1966/67
ders.: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1969
ders. (Hg.): Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Dokumente und Materialien zum Funktionswandel der Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR 1945-1952, Köln 1982
ders.: Geschichte der DDR, München 1985
ders.: Stalinismus und KPD, in: Der Stalinismus in der KPD und SED, S. 29-35
ders.: Schauprozeß-Vorbereitungen in der DDR, in: Weber/Staritz (Hg.): Kommunisten verfolgen Kommunisten, S. 436-449
ders./Dietrich Staritz (Hg.): Kommunisten verfolgen Kommunisten. Stalinistischer Terror und „Säuberungen" in den kommunistischen Parteien Europas seit den dreißiger Jahren, Berlin 1993
Weinstock, Nathan: Le pain de misère. Histoire du mouvement ourvier juif en Europe, 3 Bde., Paris 1984-1986
Wetzel, Dietrich (Hg.): Die Verlängerung von Geschichte. Deutsche, Juden und der Palästina-Konflikt, Frankfurt a. M. 1983
Wetzel, Juliane: Ein Ende der Lügen?, in: Wolfgang Benz (Hg.): Jahrbuch für Antisemitismusforschung 2, Frankfurt a. M./New York 1993

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Winkler, Heinrich A.: Im Zickzackkurs zum Sozialismus, in: Die Zeit, Nr. 25, 17.06.1994
Wistrich, Robert S.: German Social Democracy and the Problem of Jewish Nationalism, in: Leo Baeck Institute, Yearbook XXI, London 1976, S. 109–142
ders. (Hg.): The Left against Zion. Communism, Israel and the Middle East, London/Totowa, N. J. 1979
ders.: Socialism and the Jews. The Dilemmas of Assimilation in Germany and Austria, 1878–1914, Rutherford, N. J. 1982
ders.: Der antisemitische Wahn. Von Hitler bis zum Heiligen Krieg gegen Israel, Taschenbuchausg., Rastatt 1989
ders.: Anti-Semitism. The Longest Hatred, London 1992
Wittemann, Klaus Peter: Kommunistische Politik in Westdeutschland nach 1945. Der Ansatz der Gruppe Arbeiterpolitik, Hannover 1977
Wolffsohn, Michael: Die Deutschland-Akte. Juden und Deutsche in Ost und West. Tatsachen und Legenden, München 1995
Wollenberg, Jörg (Hg.): „Neimand war dabei und keiner hat's gewußt". Die deutsche Öffentlichkeit und die Judenverfolgung 1933–1945, München/Zürich 1989
Wyschinskij, A. J.: Gerichtsreden, Berlin (Ost) 1951
Zadek, Walter: Der „verstaatlichte" Dichter. Hatte der Schriftsteller Arnold Zweig Angst in der DDR?, in: Tribüne, 1991, Nr. 117, S. 144–150
Zimmermann, Moshe: Wilhelm Marr. The Patriarch of Anti-Semitism, New York/Oxford 1986
Zuckermann, Leo: Restitution und Wiedergutmachung, in: Die Weltbühne, 1948, Nr. 17, S. 430–432
Zur Geschichte der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung 1933–1945. Eine Auswahl von Materialien, Berichten und Dokumenten, Berlin (Ost) 1957

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

5. Danksagungen

Die Idee zu diesem Buch entstand während eines mehrmonatigen USA-Aufenthaltes im Jahre 1991. Ich möchte den Verantwortlichen der Ford Foundation und des Stifterverbandes für die deutsche Wissenschaft für ihre Unterstützung danken. Der Dank richtet sich gleichermaßen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des American Institute for Contemporary Studies in Washington, D. C., und des Department of History der Johns Hopkins University, Baltimore. Besonders verpflichtet bin ich Dr. Robert Gerald Livingston, Dr. Lily Gardner Feldman und Professor Vernon L. Lidtke.

Am Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien der Förderungsgesellschaft Wissenschaftliche Neuvorhaben mbH in Potsdam fand ich optimale Bedingungen für meine Forschungsarbeit. Ich möchte allen Potsdamer Kolleginnen und Kollegen herzlich danken, vor allem der Kommissarischen Leitung des Forschungsschwerpunktes, den Professoren Jürgen Kocka und Christoph Kleßmann sowie Professor Konrad H. Jarausch, jetzt Chapel Hill, North Carolina.

Ohne die immense technische Arbeit von Waltraud Peters, unterstützt von Christa Schneider (beide Potsdam), hätte die Endfassung des Buches nicht so rasch vorgelegen, wie es dann möglich wurde. Dafür ein besonderer Dank. Der Dank geht auch an den Lektor im Akademie Verlag Günter Hertel. Schließlich sei Professor Lutz Niethammer (Jena) für kritische Anregungen nach der Lektüre der Erstfassung gedankt.

Ich hatte Gelegenheit, einige Zwischenergebnisse meiner Arbeit vor Mitgliedern des Jüdischen Kulturvereins in Berlin vorzutragen, wofür ich vor allem Cornelia Dieckmann danke.

In den verschiedenen Arbeitsphasen diskutierte ich die Probleme intensiv mit den Professoren Theodor Bergmann (Stuttgart) und Walter Grab (Tel Aviv). Ihrer ebenso strengen wie geduldigen Kritik verdanke ich viel. Alle Fehler, die dennoch im Text stehengeblieben sind, gehen auf das Konto des Autors.

Ohne die bereitwillige Unterstützung in zahlreichen deutschen und amerikanischen Archiven und Bibliotheken wäre die Niederschrift des Buches nicht möglich gewesen. Ich danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aller im Anhang der Arbeit aufgelisteten Archive sowie vor allem folgender Bibliotheken: Milton S. Eisenhower Library (Baltimore), Deutsche Staatsbibliothek/Stiftung Preußischer Kulturbesitz (Berlin), Deutsche Bücherei (Leipzig), New York Public Library, National Library, Washington, D. C., Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

6. Personenregister

Angeführt sind alle Namen der für das Thema relevanten Personen. Sofern diese in einer Fußnote erscheinen, ist die betreffende Seitenzahl *kursiv* gedruckt.

Abendroth, Wolfgang *43*, 146
Abusch, Alexander 37, 78–85, 89, 91
Abusch, Hildegard 71, 83, 85, 149
Ackermann, Anton 50, 66
Adler, Victor 16
Adorno, Theodor W. 112
Allilujewa, Swetlana 59
Améry, Jean *43*, 145
Andrejew, A. A. 58
Antonow-Owsejenko, Anton 58 f.
Apitz, Bruno 107, 117
Aris, Helmut 122, 138, 142
Attassi, Nureddin al- 133, 141
Aust, Hans Walter 140
Aveline, Claude 95
Axen, Hermann 74

Baden, Hermann 122
Baender, Paul 150
Barsky, Edward K. 96
Bauer, Leo 70, 78–82, 88
Bauer, Otto 17
Bebel, August 17
Begin, Menachem 141
Behr 74
Beling, Walter 70
Ben Gavriel, Moshe Jakov 107
Ben Gurion, David 131
Benjamin, Dora 76
Bentzien, Hans 140
Berard-Zarycka, Ewa 62
Berendsen, Fritz 127
Berger, Edith 77
Bergmann, Felix 116–118
Bergmann, Ralf 127
Bergmann, Theodor *23, 32, 43, 67, 77, 81, 87, 90, 144*, 146 f.
Berija, Lawrentij 61
Bertz, Paul 70–72, 75 f.
Beyer, Frank 107
Biermann, Wolf 147
Blecha, Kurt 140
Bloch, Ernst 108, 120, *144*, 145 f.
Bloch, Joseph 22
Bloch, Karola 120
Bock, Hellmut 35
Bolz, Lothar 124
Born, Stephan 18
Brandler, Heinrich 20, *81*
Brahn, Erwin 93
Brandt, Heinz 39, 88, *103*
Breshnew, Leonid 135
Brüning, Heinrich 22
Brzezinski, Zbigniew 88
Bucharin, Nikolai 71, *94*, 96
Budzislawski, Hermann 103

Chawinson, Jakow 62
Chruschtschow, Nikita 63, *74, 98*, 135
Cogniot, Georges 95
Crémieux, Francis 95
Czichon, Eberhard 129

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Dahlem, Franz 71, 77, *97*, 115
Dallin, David J. 60
Derech, Shlomo 135
Dessau, Paul 120
Deutscher, Isaac *18*, 42 f., 52, 55, 57–59, 61, *94*, 143
Dimitroff, Georgi 39, *140*
Dirks, Walter 47
Doernberg, Stefan 107
Dohle, Horst 109 f.
Drobisch, Klaus 108, 110
Düby, Gertrude 75
Dühring, Eugen 16

Ebert, Friedrich 72 f.
Edel, Peter 142
Ehrenburg, Ilja 62 f.
Eichmann, Adolf 127 f., 130 f., 150
Eichholtz, Dietrich 129
Eisler, Gerhart 93
Eliaschiv, Shmuel 124
Elon, Amos 142
Ende, Gertrud 74
Ende, Lex 70–75, 78, 150
Engel, Erich 107
Engels, Friedrich 15 f., 119
Eschkol, Levi 133
Eschwege, Helmut 10, *24*, 69, *79*, 99, *103*, 108–110
Etkind, Efim 64

Fabian, Hans Erich 100
Fechner, Max 44
Feistmann, Helene 75
Feistmann, Rudolf 70, 75 f., 80 f.
Fetscher, Iring 144
Feuchtwanger, Lion 94, 106
Field, Hermann Haviland 68, 79
Field, Herta 68, 79 f.
Field, Noel Haviland *11*, 67 f., 70 f., 75–81, 91, 97
Fischer, Aenne von 97
Fischer, Ruth 20, 29, 42
Florin, Peter 125
Frank, Anne 107
Frank, Karl 28 f.
Frank, Richard 103
Frankfurter, Ernst 76
Frei, Bruno 84
Fried, Erich 115
Friedemann, Max 77
Friedländer, Saul 59
Fries, Jakob Friedrich 112
Frölich, Paul 20
Frolow, E. P. 58
Frühauf, Hans 140
Fühmann, Franz 107
Fuhrmann, Bruno 70

Galinski, Heinz 39, 100 f.
Gast, Werner 140
Geffke, Hertha 75, 83, 85
Gerstner, Karlheinz 140
Geschke, Ottomar 38, 102
Geyer, Curt 28
Gießmann, Ernst-Joachim 140
Giordano, Ralf *12*, *88*, 142
Glaser, Erica (s. Wallach, Erica)
Globke, Hans 130 f.
Goebbels, Josef 25, 137
Goerdeler, Carl 113
Göring, Hermann 25
Görschler, Henry 109–112
Goguel, Rudi 109 f.
Goldenbaum, Ernst 124
Goldenbogen, Nora 68 f.
Goldhammer, Bruno 70, 78, 82, 150
Goldmann, Nahum 124
Goldstücker, Eduard 115
Gollomb, Eugen 103
Gollwitzer, Helmut 144
Gorki, Maxim 61
Gossweiler, Kurt 46, 129
Grab, Walter 13, *18*, 19, *21*, 22
Grass, Günter 120
Groehler, Olaf *11*, *32*, 34 f., *37 f.*, 39 f., *44*, *65*, *88*, *93*, *102*, *129*
Grossmann, Wassilij 62
Grotewohl, Otto 50, *75*, 101, 116, *125*, 126
Grüber, Heinrich 38
Grundig, Lea 107
Gysi, Klaus 77

Hagen, Paul (s. Frank, Karl)
Hager, Kurt 108 f.
Hallstein, Walter 106
Hamburger, Ernst 14
Hanisch, Ernst 134
Hannak, Jacques 60
Harich, Wolfgang 49, 68

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Hardtke, Werner 140
Hartewig, Karin *12*, 82, *139*
Hauser, Edith 78
Hauser, Harald 107
Heilmann, Ernst 22
Heimann, Eduard 29 f.
Heimann, Hugo 22
Heller, Otto 21, *111*
Hermlin, Stephan 106, 120, 142
Herrnstadt, Rudolf 76, 93
Hertz, Paul 28
Hervé, Pierre 95
Heymann, Stefan 35 f., 107, 109
Himmler, Heinrich *25*
Hitler, Adolf 24 f., 86, 89 f., 94, *101*, 144
Hochhuth, Rolf 115
Hodos, Georg Hermann *57, 67 f.*, 70, 73, 79, *82*, 88
Hofmeier 71
Homann, Heinrich 140
Horkheimer, Max 112
Husseini, Hadj Amin al- 48
Huster, Heinz 140

Jäckel, Eberhard 59
Jahn, Friedrich Ludwig 112
Jaldati, Lin 121, 142
Janka, Walter 83
Jeshow, Nikolai J. 61
Jogiches, Leo 20
Jungmann, Erich 80, 91, 149
Jurr, Werner 77
Jurr-Tempi, Hertha 77

Kafka, Franz 115, 150
Kaganowitsch, Lazar M. 54, 57
Kahane, Sonja 75
Kahn, Siegbert 35–37, 107, 112 f.
Kamenew, Lew B. 54
Kamnitzer, Heinz 108, 142
Kan, Alexander 65, *94*
Kantorowicz, Alfred 74, *101, 104*, 108
Kapitza, Pjotr 62
Kastner, Rudolf 131
Katz, Iwan 20
Kaul, Friedrich Karl 108, 130 f.
Kautsky, Karl 17 f.
Kawerin, Wenjamin 62
Kertzscher, Günter 140
Kiesinger, Kurt-Georg 136
Kießling, Wolfgang *11, 75 f., 90 f.*, 93 f., 96
Kipphardt, Heinar 115
Kirow, Sergej M. 61
Kisch, Egon Erwin 75, 80
Kisch, Gisela 80
Klemperer, Victor 107
Kleßmann, Christoph *43*, 88
Klöckner, Peter 20
Kloke, Martin W. *12, 47 f., 142*, 143, 145
Koenen, Wilhelm 32
Kofler, Leo 108
Kogon, Eugen 47
Kohl, Helmut 77
Kopelew, Lew 58
Korb, Robert 76
Korsch, Karl 20
Kostow, Traitscho *71*, 95
Krauss, Werner 65
Kreiser, Jakow 62
Kriegel, Annie 95
Kröger, Herbert 140
Kuczynski, Jürgen 39 f., 107, 109, 127 f., 130 f.
Kühnrich, Heinz 114, 130

Landau, Lew 62
Langen-Fränken, Else 76
Langhoff, Wolfgang 70, 78
Lappe, Rudolf 109
Laporte, Roger 95
Laqueur, Walter *134*, 137
Lassalle, Ferdinand 13
Laxness, Halldór 94
Lee, Ivy 128
Lenin, W. I. 17, 92, 111
Leo, Annette 115
Leo, Gerhard 130 f.
Levi, Paul 27
Levinė, Eugen 20
Levinson, Nathan Peter 101
Lichtenstein, Heiner 123
Litwinow, Maxim 55
Livneh, Elijahu 101
Lochner, Louis 42
Löbe, Paul 27
Löwenkopf, Leon 44, 46 f., 102
Löwenthal, Richard 102
Lohser, Helmut Salo 101 f.
Losowskij, Salomon 61, 90

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Loth, Wilfried 88
Luxemburg, Rosa 17, 20
Lust, Peter 121

Maetzig, Kurt 35, 107
Malenkow, Georgi 63
Mann, Heinrich 28
Marcuse, Herbert 130, 143
Marinin (s. Chawinson, Jakow)
Marr, Wilhelm 15
Marschak, Samuil 62
Marum, Hans 76
Marum, Sophie 71
Marx, Henry 9
Marx, Karl 10, 13, 15, 18, 59, 111, 113, 119
Maslow, Arkadi 20
Mason, Timothy *26*, 129
Massing, Paul W. 14, 112
Matern, Hermann 39, 66, 68 f., *73*, 80, 82, 102
Matern, Jenny 39
Matthes, Heinz 140
Medwedew, Roy A. 56, 58
Meir, Golda 55
Merker, Margarethe 49, 80
Merker, Paul *11*, 33, 35 f., 41, *43*, 44, 46, 48 f., 70, 72, 80, 83, 85, 89–94, 96–99, 149
Meyer, Julius 38 f., 45–47, 93, 101 f.
Mielke, Erich 70, *82*
Mikojan, Anastas 58
Mindszenty, József 95
Minz, Isaak 62
Mitin, Mark 62
Modrow, Hans 147
Mohrmann, Walter 37
Molotow, Wjatscheslaw 55, 57 f., 61
Moses, Julius 22
Müller-Tellering, Eduard von 15
Münzenberg, Willy 76

Naphtali, Fritz 22, 27 f.
Nasser, Gamal Abdel 126, 131 f., 136, 139, 141
Nelhans, Erich 100
Neumann, Franz L. 130
Neumann, Heinz 20
Niebergall, Otto 72
Niekisch, Ernst 37
Nikolajewskij, Boris I. 60
Norden, Albert 28 f., 118 f., 130, 142
Nuschke, Otto 122

Oelßner, Fred 126
Ohnesorg, Benno 145
Oistrach, David 62
Oren, Mordechai 86
Ornstein, Shimon 86

Pahlawi, Muhammed Reza 145
Pieck, Wilhelm 25, 33 f., 50, 71, *75*, 97, 101
Poliakov, Léon *95*, 104 f.
Prinz, Willy 82
Pritt, Dennis Nowell 94

Qasim, Abd al-Karim 127

Rabin, Jitzchak 133
Rabinowitsch, Hella 110
Raddatz, Karl 45
Radek, Karl 21
Rajk, László 67, *71*, 79, 99
Rapoport, Louis 61–63
Rau, Heinrich 126
Reichelt, Hans 140
Reisberg, Arnold 107 f.
Reisen, Mark 62
Remmele, Hermann 21
Rendtorff, Rolf 144
Richarz, Monika 123
Riesenburger, Martin 122
Ringer, Gerhard 138
Rodinson, Maxime 94 f., 134
Rödel, Wolfgang 140
Rommel, Erwin 127, 144
Rosenberg, Arthur 20, *22*, *113*
Rosenberg, Lucie 76
Rürup, Reinhard 14 f.
Ruge, Wolfgang 63–65
Rundstedt, Gerd von 127
Rybin, Alexej 61

Säuberlich, Kurt 140
Sartre, Jean-Paul 95, 143
Schaul, Hans 76
Scheidemann, Alfred 137, 139
Schenk, Heinz 122, 138
Schirdewan, Karl 115
Schlageter, Albert Leo 21
Schleier, Hans 112 f.
Schleifstein, Josef 103
Schnurre, Wolfdietrich 120
Scholem, Gershom 13

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Scholem, Werner 20
Scholz, Ernst 126
Schottländer, Rudolf 108
Schreiner, Albert 28 f.
Schtscherbakow, Alexander 58
Schukeiri, Achmed 133, 146
Schulz, Alfred 93
Schumacher, Kurt 66
Seeber, Gustav 112 f.
Segal, Jakob 116
Seghers, Anna 106
Seigewasser, Hans 46 f.
Seitz, Karl 124
Semjonow, Wladimir 71, 93
Sens, Heinz 83
Serow, I. A. 67 f.
Shdanow, Andrej 57 f.
Shemtschushina, Polina 61
Siebenmorgen, Willi 140
Silberner, Edmund 14 f., *20, 24*, 34, *141*
Simone, André 84, 91
Sindermann, Horst 76
Singer, Günter 107 f.
Singer, Ödön 123
Singer, Paul 16
Sinowjew, Grigorij 54, 94, 96
Slánský, Rudolf 57, 85–87, 89–91, 94, 97, *98*, 101 f., 104, 134, 149, 150
Sneh, Moshe 134–136
Solshenizyn, Alexander 64
Sperling, Fritz 82
Spielmann, Georg 116–119
Springer, Axel Cäsar 145
Stalin, J. W. 10, *29*, 36, 54, 56–59, 61–65, *67*, 68, 76, 86–90, 92, 97, 107, 149, 150
Stamfort, Hilde 77
Stamfort, Otto 77
Staudte, Wolfgang 35, 107
Stein 103
Steinberger, Ibolya 67
Steinberger, Bernhard 67 f., 70, 82
Steininger, Peter Alfons 114
Stempel, Fred 126
Stern, Leo 107
Stern, Manfred 107
Stibi, Henny 80
Stillmann, Günter 49 f.
Stinnes, Hugo 20
Stoecker, Adolf 17
Stout, Rex 29
Streicher, Julius 25
Sweezy, Paul 94
Szönyi, Tibor 68

Tarlé, Eugen (Jewgenij) 62
Tarnow, Fritz 23
Tenner, Günter 101 f.
Teubner, Hans 76
Thälmann, Ernst 82, 90
Thalheimer, August 20, 42 f., 76, 129
Theek, Peter 140
Thiessen, Peter Adolf 140
Tillich, Paul 28–30
Timm, Angelika *37, 44*, 45, *47, 122, 124, 133*
Toubi, Tawfiq 134
Traverso, Enzo 17, 59, *129*
Trotzki, Leo 17, 53–55, 60, 66, 68 f., 94, 129
Tschesnokow, Dmitrij 61

Ulbricht, Walter 25, *26*, 27, 34, 44, 70, 76, 81, 88 f., 97–99, 119, *125*, 130–132, 135, 137, 140 f., 150 f.
Unger, Manfred 112–114
Unikomer, Franz 101

Vansittart, Sir Robert Gilbert 28
Verner, Paul 135
Vildrac, Charles 95
Vilner, Meir 134–136

Waksberg, Arkadi 61 f.
Wallach, Erica 79–82
Wallach, Robert 79
Webb, Beatrice 94
Webb, Sidney 94
Weber, Hermann *23, 31, 57, 66, 67*, 71, *78 f., 90, 92*
Weiß, Bernhard 21
Weiss, Peter 107, 115
Weiterer, Maria 71
Weiz, Herbert 146
Wels, Otto 27
Wiens, Paul 120
Winternitz, Josef 107
Wistrich, Robert S. 15, *37*, 86 f., *92, 137, 141*
Wolf, Friedrich 107, 121
Wolf, Konrad 107
Wolfe, Bertram David 94

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.912

Wolfstein, Rosi 76
Wollny, Oberstleutnant 126 f.
Woroschilow, Kliment 57 f.
Wyschinskij, Andrej 71 f., 94

Yachil, Chaim 101

Zadek, Walter 142
Zaisser, Wilhelm 71
Zamojre, Leon 101
Zetkin, Clara 20
Zuckermann, Leo 40 f., 71, 80, 83, 101
Zweig, Arnold 31, 93, 106–108, 114, 118, 142
Zwerenz, Gerhard 70

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor